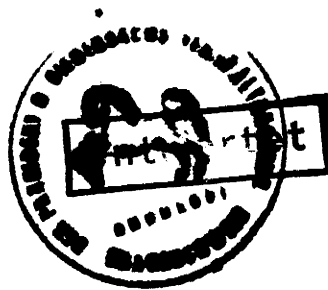


Chr 3



225-068 9 Ac 3

Ac 3 2

UB Braunschweig

84



2225-068-9



# Verhandlungen

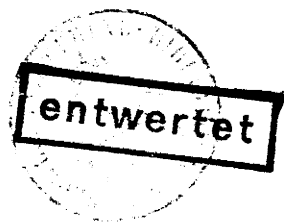
der

## fünften ordentlichen Landes-Synode

eröffnet am 19. December 1888 und geschlossen am 16. Februar 1889.

Die Landessynode tagte am 19. December 1888, vom 16. bis incl. 28. Januar  
und vom 12. bis incl. 16. Februar 1889.

Protokolle und Sitzungsberichte 1—15 nebst Anlagen 1—37.



## Sachregister.

Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	<b>A.</b>			
1.	<b>Abendmahl</b> S. Taufe u.			
2.	<b>Apostolisches Glaubensbekenntniß</b> , Erklärung über die Bedeutung desselben, S. Taufe u.			
3.	<b>Angebot</b> , kirchliches, S. Taufe u.			
4.	<b>Ausschuß der Landessynode</b> , dessen Wahl, Berichterstattung an die Synode u. f. w., S. Landessynode.			
	<b>B.</b>			
5.	<b>Bauten an geistlichen Gebäuden</b> , Verfahren dabei, S. Bittschriften.			
6.	<b>Bauten an Kirchen</b> u., Nachweisung darüber in den Jahren 1884/7. S. Zustände u.			
7.	<b>Beamte der 5. ordentlichen Landessynode</b> . S. Landessynode.			
8.	<b>Beckengelder</b> , Aufnahme des Ertrages derselben in die Mittheilungen. S. Zustände u.			
9.	<b>Begräbnißordnung</b> , Mittheilungen darüber sowie über den neuen Centralfriedhof bei Braunschweig und dessen Begräbnißordnung S. Zustände u.			
10.	<b>Begräbniß der Selbstmörder</b> , Pöckel's Anfrage deswegen S. Zustände u.			
11.	<b>Bittschriften</b> .			
	a. des Zweigvereins Braunschweig des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins daselbst, betr. Genehmigung von Kirchencollecten für seine Zwecke . . . . . (Im Prot. 11 muß es S. 52 Z. 15 v. u. statt Erhaltung heißen: Entfaltung.	Prot. 1 bei VIII und XIII.	Prot. 11.	—
	b. des Pastors adj. Stölting in Schlieftedt, betr. das Verfahren bei Reparaturen geistlicher Gebäude . . . . .	Prot. 1 bei VIII und XIII.	Prot. 6.	Anl. 23.
	c. des Pastors Eißfeldt zu Wabum und Genossen, betr. Einführung der Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses in allen Hauptgottesdiensten . . . . .	Prot. 2.	Prot. 5.	—
	d. des Pastors Billmann zu Uehrde und Genossen, betr. Aenderung des Trauformulars. S. Taufe u.			
12.	<b>Buß- und Bettag</b> , Einrichtung eines gemeinsamen, S. Zustände u.			

## Sachregister.

Ordn. Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	<b>C.</b>			
13.	<b>Centralfriedhof bei Braunschweig</b> , Mittheilungen darüber, S. Zustände u.			
14.	<b>Collecten</b> für katholische Zwecke, deren Verhinderung, und für das Marienstift u., Wahl des Tages dafür, S. Zustände u. ferner für den evangelisch-protest. Missionsverein S. Bittschriften			
15.	<b>Commissarien der Kirchenregierung und des Herzogl. Consistorii</b> , deren Benennung, S. Landessynode.			
16.	<b>Commissionen</b> u., deren Wahl, S. Landessynode.			
17.	<b>Confirmation der Kinder betr.</b> S. Taufe u.			
	<b>D.</b>			
18.	<b>Disciplinarverfahren gegen Kirchendiener</b> , Antrag deswegen, S. Zustände u.			
	<b>E.</b>			
19.	<b>Eröffnung der 5. ord. Landessynode</b> S. Landessynode.			
20.	<b>Eröffnungs-Predigt</b> , deren Druck, S. Landessynode.			
	<b>F.</b>			
21.	<b>Geistliche Arbeiter</b> , deren Vermehrung, S. Predigtamt u.			
22.	<b>Geistliche Gebäude</b> , Verfahren bei Reparaturen derselben, S. Bittschriften.			
23.	<b>Gesangbuch</b> , Einführung eines einheitlichen, sowie eines solchen für das Militair, ferner Mittheilungen über den Anhang z. Landesgesangbuche, S. Zustände u.			
24.	<b>Geschäftsordnung der Landessynode</b> , Aenderungen und Auslegung derselben u. f. w., S. Landessynode.			
25.	<b>Geschlossene Zeit</b> , Trauungen während derselben, S. Taufe u.			
26.	<b>Glaubensbekenntniß, apostolisches</b> , a. Einführung der Verlesung desselben in allen Hauptgottesdiensten S. Bittschriften. b. Erklärung über die Bedeutung desselben S. Taufe u.			

## Sachregister.

Ordn.- N.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten, u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	<b>H.</b>			
27.	<b>Tagelfeiertag</b> , Anträge auf dessen Verlegung S. Zustände u.			
28.	<b>Handarbeitsunterricht</b> , dessen obligatorische Einführung in den Gemeindeschulen S. Zustände u.			
29.	<b>Hauptgottesdienste</b> , Verlesung des apostol. Glaubensbekenntnisses in allen derselben S. Bittschriften.			
30.	<b>Hauscollecken für katholische Zwecke</b> , deren Verhinderung S. Zustände u.			
	<b>I.</b>			
31.	<b>Instructionscurse für innere Mission</b> S. Zustände u.			
32.	<b>Jungesell und Jungfrau</b> , Antrag auf Abschaffung dieser Ehrenprädicate bei dem kirchlichen Aufgebote, S. Taufe u.			
	<b>K.</b>			
33.	<b>Kirchenbauten</b> , deren Nachweisung in 1884/7 S. Zustände u.			
34.	<b>Kirchenbuchführung</b> , Antrag wegen Anzeige der seit 1876 erfolgten Legitimierung unehelicher Kinder an die Kirchenbuchführer S. Zustände u.			
35.	<b>Kirchen-Collecken</b> für Zwecke des evang.-protest. Missionsvereins S. Bittschriften.			
36.	<b>Kirchendiener</b> , Antrag wegen Neuordnung des Disciplinarverfahrens gegen dieselben S. Zustände u.			
37.	<b>Kirchen-Vermögen betr.</b> a. Uebersicht des Vermögensbestandes u. j. w. von sämtlichen lutherischen Kirchen u. de 1880/4 S. Zustände u. b. Bach's Antrag, betr. eine Erweiterung der Verwendungszwecke desselben . . . . . (Im Prot. 13 muß es auf S. 66 Abf. 4 statt §. 214 heißen: §. 217.)	Prot. 9.	Prot. 13.	Anf. 32.
38.	<b>Kirchen-Verwaltung</b> , v. Schwarz Antrag bezüglich der Gültigkeit der darüber erlassenen Verordnung v. 14. April 1814 S. Zustände u.			
39.	<b>Kirchenvorstände</b> , Antrag auf Ertheilung des Stimmrechts an Ehrenmitglieder derselben, S. Zustände u.			

## Sachregister.

Ordn.- M	Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten etc.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
<b>I.</b>			
<b>40.</b>	<b>Landessynode und deren Ausschuss betr.:</b>		
	a. Eröffnung der 5. ordentl. Landessynode . . . . .	Prot. 1 und Anl. 1.	—
	Antrag, betr. den Druck der Eröffnungs-Predigt . . . . .	Prot. 1.	Prot. 1.
	b. Erste Vertagung der Synode . . . . .	Prot. 1 und Anl. 11.	—
	Zweite Vertagung . . . . .	Prot. 11 und Anl. 28.	—
	c. Schluß der Synode . . . . .	Prot. 15 und Anl. 36.	—
	d. Die Beamten etc. bei der Synode betr.:		
	Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters . . . . .	—	Prot. 1.
	deren Bestätigung . . . . .	Prot. 1 und Anl. 3.	Anl. 2.
	Wahl zweier Secretaire . . . . .	—	Prot. 1.
	Bezeichnung der Commissarien der Kirchenregierung und des Herzogl. Consistorii . . . . .	Anl. 4 und 4 a.	—
	Bezeichnung des protokoll. Secretairs und des Beamten zur Beforgung der Registratur etc. Geschäfte . . . . .	Anl. 5 und 15.	—
	e. Die Synodal-Abgeordneten-Wahlen betr. (S. auch weiterhin bei h.)		
	Prüfung der Neuwahlen und Antrag auf Beseitigung der bei den Wahlmänner-Wahlen vorgekommenen Ordnungswidrigkeiten (In Prot. 1. Antrag des Abg. von Beltheim bezüglich der vor der Wahl der Beamten gestatteten, dem §. 7 der Geschäftsordnung nicht entsprechenden Zulassung des Berichts über die Neuwahlen.)	—	Prot. 1.
	f. die Commissionen betr.:		
	Wahl der liturgischen Commission, einer Commission für die theologische Prüfungsordnung, für die Vorlage, Kirchenzucht betr., und für Bittschriften etc. . . . .	—	Prot. 1.
	Desgl. einer Commission für die Vorlage, betr. Pfarrwitwen- Versorgungsanstalt (kirchenrechtl. Commission) . . . . .	—	Prot. 7.
	g. den Synodal-Ausschuß betr.:		
	Berichterstattung etc. über die Thätigkeit desselben seit dem Schlusse der 4. ordentl. Landessynode . . . . .	—	Prot. 2.
	(Ergänzung verweigerter Vocation von Predigern in Hondelage und Siedte u. f. w.).		

## Sachregister.

Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	Wahl des Synodal-Ausschusses . . . . .	—	Prot. 1.	—
	Beauftragung des Ausschusses zur Ueberweisung von Vor- lagen an die Commissionen u. s. w. . . . .	—	Prot. 1 und 15.	—
	h. Gesetz über die Errichtung einer Landesynode u. s. w. vom 31. Mai 1871, auch das gegenseitige Verhältnisse der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betr. (S. auch Zustände u. — das bei A. —)			
	Kirchengesetz, betr. eine Abänderung des erstbez. Gesetzes, (Ab- trennung der Parochie Lunzen-Ihedinghausen von dem Wahlkreise Holzminde und Hinzufügung zu der General- inspection Braunschweig) . . . . .	Anl. 9 und Prot. 3 bei III.	Prot. 5.	Anl. 17.
	i. die Geschäftsordnung für die Landesynode und deren Ausschuß vom 13. November 1872 betr.			
	1) von Gramm's Antrag, die Verlesung eines Schriftwortes beim Beginne jeder Sitzung betr. . . . . und	Prot. 1 bei X.	Prot. 1 bei X.	—
	Kirchengesetz deswegen . . . . . (S. auch Ordn.-Nr. 6 des Sachreg. 3. 4. Landesynode 1884/6.)	Anl. 8 und Prot. 2 bei III a. Schl.	Prot. 5 bei IV.	Anl. 18.
	2) Antrag bezüglich des Drucks der Eröffnungs-Predigt . .	Prot. 1.	Prot. 1.	—
	3) Verhandlungen über Auslegung der Geschäftsordnung S. Taufe u. bei f. v. Veltheim's Antrag bezüglich des §. 7 S. vorstehend bei e.			
	4) Sferl's Antrag, betr. die zeitigere Mittheilung der für die Landesynode bestimmten Vorlagen . . . . . (S. deswegen auch Ordn.-Nr. 4 bei c. des Sachreg. zur 3. Synode 1880.)	Prot. 15.	Prot. 15.	Anl. 37.
	<b>M.</b>			
41.	<b>Marienkist</b> , Dankagung für die außerordentlichen Zuwendungen an dasselbe, imgl. Collecten für das Stift S. Zustände u.			
42.	<b>Militairgesangbuch</b> , Einführung eines solchen S. Zustände u.			
43.	<b>Mischchen</b> , Erziehung der Kinder aus solchen S. Taufe u.			
44.	<b>Missionen</b> , a. Kirchencollecten für die Zwecke des evangel.-protestantischen Missionsvereins S. Bittschriften. b. Antrag wegen Theilnahme von Candidaten an Instructions- cursen S. Zustände u.			

## Sachregister.

Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten etc.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
<b>P.</b>				
45.	Petitionen, E. Bittschriften.			
46.	Pfarr-Wittwen, Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Versorgungsanstalt für dieselben (nebst Motiven und einem Etat über die Einnahmen und Ausgaben derselben) . . . . . (In Prot. 12 muß es heißen: S. 57 im 2. Abf. statt „bestände“: „bestimme“ und statt „entgegen“ „entzogen“, auf S. 58 bei 4 statt „Pfarrwittwenpensions“: „Pfarrwittwen-thums“ und auf S. 59 Z. 17 v. o. statt „§. 7“ „§. 27“.)	Anl. 13 und Prot. 7 bei IV.	Prot. 12.	Anl. 34.
47.	Predigtamt und dessen finanzielle Ausstattung, sowie Gründung neuer Pfarochieen u. s. w. betr. a. Prediger-Vocations-Ergänzungen S. Landessynode (daf. Synodal-Ausschuß). b. Verzeichniß der in den Jahren 1884/7 besetzten Pfarrämter E. Zustände etc. c. Zerbst's Antrag wegen Vermehrung der geistlichen Arbeiter, Gründung neuer Pfarochieen u. s. w. . . . . (In Prot. 15 muß es heißen: S. 79 Z. 4 v. o. statt fest „fast“, S. 79 Z. 20 v. o. das letzte Wort statt auch „noch“, S. 82 Z. 19 v. u. muß vor „Gemeinden“ das Wort „einzelnen“. Diese Druckfehler sind auch im Sitzungsber. 15.)	Prot. 2.	Prot. 14 und 15.	—
48.	Predigt zur Eröffnung der Synode, deren Druck S. Landessynode.			
49.	Prüfungen, theologische, betr., Entwurf eines Kirchengesetzes über dieselben nebst Motiven, sowie Entwurf zu einer Instruction für die theologische Prüfungs-Commission . . . . . (S. auch Ordn.-Nr. 21 des Sachreg. 3. 4. ord. Synode.)	Anl. 7 und Prot. 1 bei XIII.	Prot. 6 und 7.	Anl. 21.
<b>R.</b>				
50.	Reparaturen an geistlichen Gebäuden, Verfahren dabei S. Bittschriften.			
<b>S.</b>				
51.	Schluß der 5. ord. Landessynode S. Landessynode.			
52.	Secten, Anfrage wegen der Staatscontrole, Trauungen etc. in denselben und deren Bedeutung S. Zustände etc.			

## Sachregister.

Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
53.	<b>Selbstmörder, deren kirchliches Begräbniß, Pöckels' Anfrage</b> deswegen S. Zustände u.			
54.	<b>Taufe, Confirmation und Abendmahl, sowie die auf die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot bezüg- lichen Angelegenheiten betr.</b>			
	a. Bittschrift des Pastors Billmann zu Uehde und Genossen, betr. die Aenderung des dem Kirchengesetze vom 8. December 1875 über die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot ange- hängten Trauformulars (S. auch Ordn.-Nr. 15 des Sachreg. 3. 3. ordentl. Synode.)	Prot. 2.	Prot. 5 und 6.	—
	b. Hamm's Antrag, betr. Aenderung des §. 5 des bei a. bezeich- neten Gesetzes (Erziehung der Kinder aus Mischehen)	Prot. 3 S. 16. Anl. 29.	Prot. 6.  Prot. 14.	Anl. 22.  Anl. 31.
	Desfalliger Gesetzentwurf c. Anträge auf authentische Interpretation des §. 1 des ad a be- zeichneten Gesetzes bezw. auf Revision der Bestimmungen über die geschlossene Zeit	Prot. 6 bei V und 9 bei II.	Prot. 9 bei II.	Anl. 26.
	d. Eggeling's Antrag, betr. Wegfall des Ehrenprädicats „Jung- gefell“ u. bei dem kirchlichen Aufgebote	Prot. 3 S. 17.	Prot. 3 S. 17.	—
	e. Skerl's Antrag bezüglich des Zahlenverhältnisses der in den Secten vollzogenen Trauungen u. und der Bedeutung ihrer Amtshandlungen	Prot. 4 S. 21 u. 22	Prot. 4 S. 21 u. 22	—
	f. Entwurf eines Kirchengesetzes, betr. die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung Weitere Verhandlungen darüber, sowie über die §§. 43 u. 38 der Geschäftsordnung vom 13. November 1872 bezüglich einer geforderten nochmaligen Berathung und Beschluß- fassung über einen abgelehnten §. Im Prot. 11 bei III. muß es statt §. 4 b. heißen: §. 4, 13. (S. auch Ordn.-Nr. 17 des Sachreg. 3. 4. ordentl. Synode.)	Anl. 12 und Prot. 1 bei XIII.  Anl. 30.	Anl. 16, Prot. 9, 10 u. 11 bei III.  Prot. 14 und 15 bei I.	Anl. 25.  Anl. 33.



Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	g. Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betr. . . . .	Anl. 10 und Prot. 1 bei XII. —	Anl. 14, Prot. 7, 8 und 9. Prot. 11.	—  Anl. 27.
	Zweite Lesung . . . . . (In Prot. 7 S. 33 bejaht ein Vertreter des Herzogl. Consistorii die Anfrage des Abgeordneten Hammi bezüglich einer bereits in der Sitzung der 2. ordentl. Landessynode vom 12. Decbr. 1876 abgegebenen Erklärung über die Bedeutung des apostolischen Glaubensbekenntnisses.)			
	h. Entwurf eines Erlasses des Herzogl. Consistorii, betr. die Zulassung zur Confirmation . . . . .	Anl. 24.	Prot. 13 und 14.	Anl. 35.
	i. Anfrage bezüglich der Geltung einer Uebereinkunft vom Jahre 1799, betr. die Zulassung ausländischer Confirmanden . . . .	Anl. 6a S. 17.	Prot. 3 S. 16.	—
55.	<b>Theologische Prüfungen, S. Prüfungen.</b>			
56.	<b>Thurmuhren,</b> Anfrage bezüglich deren Anschaffungs- u. Pflicht S. Zustände u.			
57.	<b>Todtenfeiertag,</b> dessen Heilighaltung, S. Zustände u.			
	<b>B.</b>			
58.	<b>Verordnung vom 14. April 1814 über die Verwaltung der kirchlichen u. Angelegenheiten,</b> v. Schwarz-Exemlingen Antrag bezüglich deren Gültigkeit S. Zustände u.			
59.	<b>Vertagungen der 5. ordentl. Landessynode</b> S. Landessynode.			
60.	<b>Verwendungszwecke des Kirchenvermögens,</b> Antrag auf Erweiterung derselben S. Kirchenvermögen.			
61.	<b>Vocation von Predigern,</b> deren Ergänzung durch den Synodalausschuß S. Landessynode (daf. Synodalausschuß).			
62.	<b>Vorlagen für die Landessynode,</b> Antrag auf deren zeitigere Mittheilung, S. Landessynode.			
63.	<b>Vorsitzende der 5. ordentl. Landessynode, deren Wahl</b> S. Landessynode.			

Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	<b>W.</b>			
64.	<b>Wahlen zur Landessynode und die bei denselben vorgekommenen Ordnungswidrigkeiten</b> d. Landessynode.			
65.	<b>Wittwen der Prediger</b> , Versorgungsanstalt für dieselben d. Pfarrwittwen.			
	<b>B.</b>			
66.	<b>Zustände und Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche betr.</b> Mittheilungen der Kirchenregierung darüber für die Jahre 1884 bis incl. 1887 nebst I. Verzeichniß der in der fr. Zeit besetzten Pfarr- u. Aemter, II. Nachweisung der in 1884/7 an Kirchen und Capellen u. s. w. ausgeführten Baulichkeiten und deren Kosten, III. Uebersicht der jährl. Gesamt-Einnahme und Ausgabe, sowie des Vermögensbestandes von sämmtlichen lutherischen Kirchen u. von den Jahren 1880—1884 incl. . . . . (In Prot. 2 bei II. ist bemerkt, daß in Anl. 6 a. Cap. III. bei F. der Säkter Fall der Verweigerung der Vocation irrthümlich nicht erwähnt sei, ferner muß es im Sitzungsbericht 2 S. 10 statt v. Schwarz (Hessen) heißen: (Gremlingen). Erklärungen der Kirchenregierung u. auf frühere Anträge der Landessynode, imgleichen neue Anträge der Vögetern in Folge der Berathung der vorliegenden Mittheilungen: A. zu Cap. I.: von Schwarz-Gremlingen Antrag, betr. eine Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814, über die Verwaltung der kirchlichen u. Angelegenheiten bezüglich der endgültigen Entscheidung in rein kirchlichen Angelegenheiten und Erklärung des Vertreters der Kirchenregierung deswegen . . . . . B. zu Cap. II.: a. Einrichtung eines gemeinsamen Fuß- und Bettages . . . . . (S. auch Ordn.-Nr. 15 des Sachreg. 3. 4. Synode 1884/6.)	Anl. 6, 6a und I—III.	Prot. 2 bis 5.	Anl. 20.
		Prot. 2 S. 10 u. 12. Anl. 6a S. 3 und 4.	Prot. 12 und 13. Prot. 2 S. 11.	—

## Sachregister.

Ordn.- Nr.		Vorlagen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten zc.	Berichte der Commissionen sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	b. Einführung eines evangelischen Militair-Gesang- und Gebet- buches (S. auch Ordn.-Nr. 8 bei c. 2 des Sachreg. z. 4. Synode und nachstehend bei D. h.)	Anl. 6a S. 4 u. 5.	—	—
	c. Anfrage bezüglich der Staatscontrole über die Secten . . .	—	Prot. 2 bei IV.	—
C. zu Cap. III.	a. Mittheilung über die Genehmigung des Fixi von 300 M an die General-Superintendenten . . . (S. auch Ordn.-Nr. 3 bei C. b. des Sachregisters z. 4. ordentl. Synode.)	Anl. 6a S. 6.	—	—
	b. Eggeling's Antrag wegen Ertheilung eines Abstimmungs- rechtes an die Ehrenmitglieder der Kirchenvorstände . . .	Prot. 2 S. 11	Prot. 2 S. 11	—
D. zu Cap. IV.	a. Verhältniß der Kirche zu den Verächtern der kirchlichen Trauung u. s. w. S. Taufe zc.			
	b. Anträge betr. die Verlegung des Hagelfeiertags . . . . .	Prot. 2 S. 11.	Prot. 2 S. 11.	—
	c. Mittheilungen bezüglich des Anhanges zu dem jetzigen Landesgesangbuche, incl. Antrag wegen Einführung eines einheitlichen Gesangbuches (S. auch Ordn.-Nr. 8 bei c. des Sachreg. z. 4. Synode 1884/6 und vorstehend bei B. h.)	Anl. 6a S. 16 u. 25.	Prot. 3 S. 14—16	Anl. 20.
	d. Anfrage bezüglich der Geltung einer Uebereinkunft v. Jahre 1799, betr. Zulassung ausländischer Confirmanden . . .	Anl. 6a S. 17.	Prot. 3 S. 16	—
	e. Rhamm's Antrag, betr. die Erziehung der Kinder aus Mischehen S. Taufe zc.			
	f. Eggeling's Antrag betr. Wegfall des Ehrenprädicats „Junggefell“ zc. bei dem kirchlichen Aufgebote S. Taufe zc.			
	g. Anträge, betr. die Heilighaltung des Todtenfeiertags . . . (S. auch Ordn.-Nr. 3 bei D. b. des Sachregisters z. 4. Synode 1884/6.)	Anl. 6a S. 18.	Prot. 3 S. 17 u. 18.	Anl. 20.
	h. Pöckels' Anfrage bezüglich des kirchlichen Begräbnißes für Selbstmörder . . . . . (S. auch nachstehend bei H.)	Anl. 6a S. 18.	Prot. 3 S. 18.	—
	i. Schulz's Antrag, betr. die obligatorische Einführung des Handarbeitsunterrichts in den Gemeindeschulen . . . . .	Prot. 4 S. 20	Prot. 4 S. 20.	—
E. zu Cap. VI.	v. Schwartz-Cremlingen Antrag wegen Neuordnung des Disciplinarverfahrens gegen Kirchendiener . . . . .	Prot. 4 S. 20.	Prot. 4 S. 20.	Anl. 20.

Ordn.-  
Nr.

## F. zu Cap. VII.:

Eißfeldt's Antrag, betr. die Theilnahme von Candidaten  
an Instructionscursen für innere Mission . . . . .Prot. 4  
S. 20.Prot. 4  
S. 20.

Anl. 20.

## G. zu Cap. X.:

a. Vangerfeldt's Antrag bezüglich der vorgekommenen Haus-  
collecten für katholische Zwecke . . . . .Prot. 4  
S. 20 u. 21.Prot. 4  
S. 20 u. 21.

Anl. 20.

b. Schulz's Antrag, betr. Aufnahme des Nachweises des  
Ertrages der Bedingelder in die Mittheilungen . . . . .Prot. 4  
S. 21.Prot. 4  
S. 21.

Anl. 20.

c. Eißfeldt's Antrag, betr. Danfagung für die außer-  
ordentlichen Zuwendungen an das Marienstift . . . . .Prot. 4  
S. 21.Prot. 4  
S. 21.

Anl. 20.

d. Eggeling's Antrag bezüglich der Wahl des Tages der  
Collecte für das Marienstift und die Idiotenanstalt in der  
Stadt Braunschweig . . . . .Anl. 6 a  
S. 56.Prot. 4  
S. 21.

—

e. Zerk's Antrag bezüglich der Amtshandlungen der  
Secten u. s. w. . . . .Anl. 6 a  
S. 57.Prot. 4  
S. 21 u. 22.

—

H. zu Cap. XIII. Mittheilungen über den neuen Centrafriedhof  
in Braunschweig und die Begräbnisordnung für denselben,  
ferner über die von der Landessynode beantragten Gesetze be-  
züglich der Selbstmörder und einer allgemeinen Begräbnis-  
ordnung . . . . .Anl. 6 a  
S. 61—67.

—

—

(S. auch Ordn.-Nr. 10 des Sachreg. z. 4. Synode 1884/6  
und vorstehend bei D. h.)J. zu Cap. XV. Bach's Antrag, betr. die Anzeige der seit  
1876 erfolgten und noch erfolgenden Legitimierung außerehelich  
geborener Kinder Seitens der Standesbeamten an die Kirchen-  
buchführer . . . . .Prot. 4  
S. 22.Prot. 4  
S. 22.

Anl. 20.

K. zu Anl. II. zur Anl. 6 a., Schröter's Anfrage bezüglich der  
Anschaffungs- und Unterhaltungspflicht der Thurmuhren . . .Prot. 5  
S. 23.Prot. 5  
S. 23.

—

## Protokoll 1.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 .N<sup>o</sup> 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
19. December 1888, Morgens 11 Uhr.

Zu der durch Höchsten Erlaß vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8663 auf heute angeordneten Eröffnung der durch Landesfürstliche Verordnung vom 9. d. Mts. N<sup>o</sup> 58 berufenen fünften ordentlichen Landes-Synode hatten sich als Regierungscommissar der Herr Wirkliche Geheime-rath Dr. jur. Wirk, als Vertreter des Herzoglichen Consistoriums der Herr Consistorial-präsident von Schmidt-Pfilselbeck und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sal-lentien, Spieß und Rohde, sowie die nachfolgend aufgeführten Abgeordneten einge-funden:

- 1) Pastor Bach aus Calvörde,
- 2) General- und Stadt-Superintendent Dr. theol. Beste von hier,
- 3) Holzhändler Friedrich Blanke aus Kl.-Rhüden,
- 4) Gesandter am Königl. Preussischen Hofe, Baron von Gramm-Burgdorf aus Berlin,
- 5) Pastor Eggeling von hier.
- 6) Gemeinde-Vorsteher Eimede aus Wagem,
- 7) Pastor Eißfeldt aus Querum,
- 8) Bürgermeister Guerike aus Helmstedt,
- 9) Oberbibliothekar, Professor Dr. von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 10) Pastor Hörmann aus Kirchberg,
- 11) Superintendent Jeep aus Holzminden,
- 12) Ober-Regierungsrath von Ralm von hier,
- 13) Gemeinde-Vorsteher Reuncke aus Frellstedt,

## Protokoll 1.

- 14) General-Superintendent Dr. theol. Ruhn aus Helmstedt,
- 15) Kreisdirector Langerfeldt aus Helmstedt,
- 16) Professor Dr. Leidloff aus Holzminden,
- 17) Kreisdirector Lerche aus Gandersheim,
- 18) Oberamtsrichter Dehn aus Stadtholndorf,
- 19) Oberbürgermeister Pockels von hier,
- 20) Landyndicus Rhamm von hier,
- 21) Stadtsuperintendent, Probst Rothe aus Wolfenbüttel,
- 22) Kreis-Bauinspector Scholvin aus Gandersheim,
- 23) General-Superintendent Schönermark aus Blankenburg,
- 24) Provisor Carl Schrader von hier,
- 25) General-Superintendent Schröter aus Gandersheim,
- 26) Superintendent von Schwarzk aus Cremlingen,
- 27) Oberamtmann von Schwarzk aus Hessen,
- 28) Pastor Dr. theol. Sterl von hier,
- 29) Oberjägermeister Freiherr von Veltheim auf Destedt, und
- 30) Pastor Dr. phil. Zerbst aus Gebhardshagen.

Die Abgeordneten, der Superintendent Schulz aus Halle a. W. und der Landgerichtsrath a. D. Kühne aus Blankenburg waren, der letztere Krankheits halber, nicht erschienen.

**Knl. 1.** I. Zunächst richtet der Herr Regierungscommissarius Wirtl. Geheimerath Dr. jur. Wirt an die Versammlung die als Anlage 1 diesem Protocolle beigelegte Rede, nahm sodann durch den Herrn Regierungssassessor Schmid assistirt den in die Synode neu eintretenden Mitgliedern, den Abgeordneten Jeep, Langerfeldt, Leidloff, von Schwarzk (Cremlingen), von Schwarzk (Hessen) und Zerbst das im §. 17 des Gesetzes N. 34 vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode u. betreffend, vorgeschriebene Gelöbniß ab und erklärte die fünfte ordentliche Synode für eröffnet.

Der Herr Regierungscommissar, sowie die Vertreter Herzogl. Consistorii verließen hierauf den Sitzungsaal.

II. Hiernächst übernimmt der Abgeordnete Ruhn als Alterspräsident den Vorsitz und empfiehlt der Versammlung zur Geschäftsordnung als zweckmäßig, vor Vornahme der Neuwahl der Beamten den Bericht des Synodalausschusses über die Vorprüfung der stattgehabten Neuwahlen entgegen zu nehmen.

Nachdem sich die Abgeordneten von Gram und Pockels kurz über diesen Vorschlag geäußert haben, beschließt die Versammlung demselben entsprechend.

Der Abgeordnete Rhamm erstattet sodann im Namen des Synodalausschusses den Bericht über die qu. Neuwahlen dahin, daß die Wahlen, abgesehen von zahlreichen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen der Wahlmänner, deren thunlichste Beseitigung der Ausschuss sich habe angelegen sein lassen, in ordnungsmäßiger Weise geschehen seien, und stellt im Namen des Synodalausschusses folgende Anträge:

- 1) Hohe Synode wolle die in Gemäßheit der Höchsten Verordnung vom 17. October d. Js. stattgefundenen Wahlen als gültig anerkennen,  
und
- 2) Hohe Synode wolle die Herzogl. Kirchenregierung ersuchen, daß Herzogl. Consistorium veranlaßt werde, behuf thunlichster Beseitigung der Ordnungswidrigkeiten, welche bei der Wahl von Wahlmännern zur Vorbereitung der Wahlen von Abgeordneten zur Landessynode in zahlreichen Fällen vorgekommen sind, einheitliche Formulare zu Protokollen für die betreffende Wahlhandlung aufzustellen und den Vorstehenden der Kirchenvorstände zur Benutzung zugehen zu lassen.

Die Versammlung erkennt hierauf sämtliche Wahlen als gültig an und beschließt auch dem zweiten Antrage zu entsprechen.

Der Abgeordnete von Beltheim bemerkt, daß dieser soeben von der Versammlung gewählte Gang der Verhandlungen ein der bestimmten Vorschrift im §. 7 der Geschäftsordnung für die Landessynode vom 13. November 1873 nicht entsprechender gewesen sei, und beantragt mit Zustimmung der Versammlung, daß solches, um kein Präjudiz für die Zukunft zu statuiren, ausdrücklich im Protokolle erwähnt werde.

### III. Die Versammlung schreitet sodann zur Beamtenwahl.

In drei gefonderten Wahlgängen wurden als die Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht, Regenten des Herzogthums Braunschweig, zu dem Amte des Vorstehenden und dem feines Stellvertreters zu präsentirenden Candidaten:

- 1) der Kreisdirector Lerche aus Gandersheim mit 28 Stimmen,
- 2) der Pastor Skerl von hier mit 29 Stimmen,
- 3) der Oberbürgermeister Pockels von hier mit 21 Stimmen,

erwählt und das Präsentations schreiben (Anlage 2) expediert.

Anl.

IV. Auf Vorschlag des Abgeordneten von Gramm wählte sodann die Versammlung, nachdem sie sich mit einer Wahl durch Acclamation einverstanden erklärt hatte, die Abgeordneten von Schwarz (Hessen) und Eggeling zu Secretairen.

V. Nach kurzer Unterbrechung der Verhandlungen wird die Sitzung, während der Herr Regierungscommissarius und die Vertreter des Herzogl. Consistorii wieder in den Sitzungssaal eintreten, vom Alters-Präsidenten wieder eröffnet und der Versammlung der Eingang eines Höchsten Rescripts vom heutigen Tage (Anlage 3) mitgetheilt, inhalts dessen der Kreisdirector Lerche als Vorsitzer der Synode, und der Pastor Skerl als dessen Stellvertreter die Bestätigung erhalten haben.

Anl.

VI. Aufgefordert von dem Herrn Alters-Präsidenten übernahm sodann der Kreisdirector Lerche den Vorsitz und sprach der Versammlung seinen Dank für das ihm durch seine Wahl bewiesene Vertrauen aus.

VII. Der Herr Vorsitzende theilt sodann der Versammlung den Inhalt eines Schreibens des Herzogl. Staatsministerii mit, betreffend die Bestellung des Regierungskommissars, eines Höchsten Rescriptes, betreffend die Vertretung des Herzogl. Consistorii, sowie eines ferneren Schreibens des Herzogl. Staatsministerii, betreffend die Beordnung eines protokollierenden Secretairs und eines Registraturbeamten. (Anlage 4, 4a. und 5), und kündigt

VIII. den Eingang A. folgender Höchster Rescripte an:

- 1) vom 19. d. Mts. N<sup>o</sup> 7490, betreffend die Vorlegung der der Landessynode beim Beginne jeder ordentlichen Versammlung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche von der Kirchenregierung zu machenden eingehenden Mittheilung, (Anlage 6),
- 2) vom 19. d. Mts. N<sup>o</sup> 8415 bei Mittheilung des Entwurfes eines Kirchengesetzes über die theologischen Prüfungen, (Anlage 7),
- 3) vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8681 bei Vorlegung des Entwurfes eines Kirchengesetzes wegen Abänderung der Geschäftsordnung für die Landessynode und deren Ausschuß vom 13. Nov. 1873, (Anlage 8),
- 4) vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8648 bei Vorlegung des Entwurfes eines Kirchengesetzes wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses für die evangelisch lutherische Kirche des Landes betreffend, (Anlage 9),
- 5) vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8770 bei Vorlegung des Entwurfes eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betr. (Anlage 10.)

B. Folgender Petitionen:

- 1) Vorstellung des Vorstandes des Zweigvereins Braunschweig des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missions-Vereins hieselbst vom 16. d. Mts. betreffs Genehmigung von Kirchencollecten für seine Zwecke.
- 2) Bitte des Pastors Adj. Stölting in Schlieftedt und Genossen, betreff. das Verfahren bei Reparaturen geistlicher Gebäude. —

IX. Dem Abgeordneten Kühn e wird sodann vom Herrn Vorsitzenden Krankheits halber für die Sitzungen der nächsten Tage der erbetene Urlaub ertheilt.

X. Der Herr Vorsitzende stellt hierauf folgenden genügend unterstützten Antrag des Abgeordneten von Gram m zur Verathung:

Landessynode wolle beschließen:

Vor dem Beginne der Verhandlung jeder Sitzung wird ein Wort der Schrift verlesen.

Die Auswahl und Verlesung des Schriftwortes wird dem jetzigen zweiten Vorsitzenden übertragen.



Der Antrag wird nach kurzer Begründung desselben durch den Antragsteller von der Versammlung angenommen.

XI. Hiernächst geht die Versammlung zur Wahl der Mitglieder des Synodal-Ausschusses über und beschließt auf Antrag des Abgeordneten Pockels hierbei in der Weise zu verfahren, daß zuerst zwei geistliche, dann zwei weltliche Mitglieder, und an letzter Stelle das fünfte (geistliche oder weltliche) Mitglied gewählt werden sollen.

Die Versammlung erklärt sich sodann auf einen diesbezüglichen Antrag des Abgeordneten v. Beltheim nach kurzer Debatte mit einer Wahl derjenigen Abgeordneten, welche unzweifelhaft zu Mitgliedern des Ausschusses gewählt werden würden, durch Acclamation einverstanden.

Es werden darauf auf Antrag des Abgeordneten v. Beltheim die Abgeordneten Skerl und Rothe und auf Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) der Abgeordnete Pockels per Acclamation gewählt.

Aus den nunmehr folgenden beiden gesonderten schriftlichen Wahlgängen gingen die Abgeordneten

Rhamm mit 19 Stimmen und

Langerfeldt mit 17 Stimmen

als Mitglieder des Synodalausschusses hervor.

Es werden hierauf ferner zu Stellvertretern für die einzelnen Mitglieder und zwar für die Abgeordneten Skerl, Rothe und Langerfeldt, die Abgeordneten Eggeling, Schönermark und von Heinemann durch Acclamation — auf diesbezüglichen Antrag der Abgeordneten Pockels und von Gramm — für die Abgeordneten Pockels und Rhamm in zwei gesonderten schriftlichen Wahlgängen die Abgeordneten

Lerche mit 19 Stimmen und

Eimede mit 17 Stimmen

in hier aufgeführter entsprechender Reihenfolge gewählt.

XII. Der Herr Vorsitzende stellt sodann zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, den Bericht des Synodalausschusses und die Wahl der Commissionen, welche der Geschäftsordnung gemäß nunmehr zu folgen hätten, auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu setzen. Nach kurzer Debatte, an welcher sich namentlich die Abgeordneten von Beltheim, Eimede, Pockels und Bach betheiligen, beschließt die Versammlung die Wahlen der Commissionen noch in der heutigen Sitzung vorzunehmen.

Zur Vorberathung der liturgischen Vorlagen empfahl der Herr Vorsitzende eine Commission von fünf Mitgliedern zu wählen und wurden in dieselbe in einem schriftlichen Wahlgange die Abgeordneten

Schulz mit 30 Stimmen,

Rothe mit 29 Stimmen,

Eimede mit 18 Stimmen,

Hörmann mit 17 Stimmen,

Leidloff mit 19 Stimmen

gewählt.

XIII. Ein Johann von dem Abgeordneten von Belthelm gestellter Antrag, zur Vorberathung der Prüfungsordnung und des Gesetzes, Kirchenzucht betr., mit einer Commission von fünf Mitgliedern zu erwählen, führt Johann zu einer höchst lebhaften Debatte, an welcher sich namentlich die Abgeordneten von Schwarzk (Cremlingen), Pockels, Sterl, Lerche, Hamm, Eggeling und Bach theilnehmen.

Nachdem der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien darauf hingewiesen hat, daß namentlich, weil noch andere als die bis jetzt eingegangenen Vorlagen in Aussicht ständen, es wünschenswerth sei, daß zwei Commissionen gewählt würden, wird auf Antrag des Abgeordneten Hamm die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden auf kurze Zeit geschlossen.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung beschließt die Versammlung eine Commission für Vorberathung der Prüfungs-Ordnung, eine zweite für Vorberathung des Gesetzes, Kirchenzucht betreff., und eine dritte allgemeinerer Art für Vorprüfung von Bittschriften u. s. w. von je 5 Mitgliedern zu wählen

In drei gesonderten Wahlgängen wurden zu Mitgliedern der zuerst genannten die Abgeordneten

Eggeling	}	mit je 29 Stimmen,
v. Heinemann		
Schröter		
Pockels mit 28 Stimmen,		
und Bach mit 16 Stimmen,		

zu Mitgliedern der zweiten die Abgeordneten

Eißfeld mit 29 Stimmen,		
Schönermark mit 27 Stimmen,		
Hamm	}	
Schrader		
und Reunecke		mit je 16 Stimmen,

und

zu Mitgliedern der letztgenannten Commission die Abgeordneten

Langerfeldt	}	mit je 29 Stimmen,
Zerbst		
Jeep mit 26 Stimmen,		
Schölvig mit 25 Stimmen und Dehns mit 16 Stimmen		

gewählt.

XIV. An die Wahlen schließt sich eine Besprechung über die geschäftliche Behandlung der während der Zeit der bevorstehenden Vertagung der Versammlung eventuell eingehenden Sachen. Nach kurzer Debatte wird der Antrag des Herrn Vorsitzenden, die Versammlung wolle den Ausschuß beauftragen, die während der Zeit der bevorstehenden Vertagung eventuell einkommenden Eingänge den betreffenden Commissionen zu überweisen, sowie ein Antrag des Abgeordneten Hamm,

## Protokoll 1.

7

die Versammlung wolle beschließen, den Commissionen die Ermächtigung zu erteilen über die Vorlagen eventuell schriftlich berichten zu können, angenommen. Ebenso genehmigt die Versammlung

XV. einen von den Abgeordneten Sferl und Eggeling gestellten Antrag, Hohe Synode wolle beschließen, es möge die zur Eröffnung der Synode vom Herrn Hof- und Domprediger gehaltene Predigt gedruckt und den Synodalen überwiesen werden.

XVI. Schließlich macht der Herr Vorsitzende der Versammlung, von dem soeben erfolgten Eingange eines Höchsten Rescripts vom heutigen Tage — Anl. 11 — Mittheilung, Anl. 11. nach welchem die Synode bis zum 16. Januar kommenden Jahres vertagt wird, ersucht die Herrn Abgeordneten, sich am genannten Tage Morgens 11 Uhr hier wiederum einzufinden, und schließt darauf die heutige Sitzung.

### **Zur Beglaubigung.**

Der Präsident.

*Lerche.*

*Koch, Assessor, prot. Secretär.*

## Protokoll 2.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 № 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Gechehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
16. Januar 1889, Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode mit Ausnahme der Abgeordneten von Cramm und Kühne; sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: die Herren Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt und Ministerialrath Hartwig, als Vertreter des Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Whiseldack und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Abgeordneten Skerl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herren Vorsitzenden, nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 19. December vorigen Jahres, wurde

I. zunächst auf Antrag des Herrn Vorsitzenden den Abgeordneten von Cramm und Kühne von der Versammlung der erbetene Urlaub, Ersterem für die vier folgenden Tage, Letzterem bis auf Weiteres ertheilt.

II. Der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, vor Eintritt in die Tagesordnung den auf die heutige Sitzung verschobenen Bericht des Synodalausschusses über die Thätigkeit desselben seit dem Schlusse der vierten ordentlichen bis zum Beginne dieser Landesynode entgegenzunehmen, wurde von der Versammlung angenommen.

Der Abgeordnete Skerl erstattete darauf im Namen des bisherigen Synodalausschusses diesen Bericht dahin, daß der Ausschuss zunächst die noch zu regelnden Geschäfte der Synode zum Schluß gebracht, und daß die Thätigkeit desselben im Uebrigen lediglich sich darauf

beschränkt habe, in zwei Fällen, verweigerter Vocation und zwar Seitens der Gemeinde Hondelage für den Pastor Winter und der Gemeinde Siedte für den Pastor Drewes mit Herzogl. Consistorio die Ergänzung der verweigerter Vocation zu bewirken.

Der Herr Consistorialrath Spieß erklärte hiernächst, daß im Cap. III. der Anlage 6 a unter den Buchstaben F — betreffend die geschäftlichen Beziehungen zwischen Synode, Synodalausschuß und Consistorium — des Siedter Falles durch ein Versehen nicht Erwähnung geschehen sei.

III. Hierauf kündigte der Herr Vorsitzende der Versammlung an, daß während der Zeit der Vertagung derselben.

A. ein Höchstes Rescript vom 5. d. Mts. N. 8608 bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, betr. die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung. — Anlage 12. —

B. 1) eine Petition des Pastors Billmann zu Uehrde und Genossen, d. d. Uehrde und Wolfenbüttel, 19. November vorigen Jahres, betr. die Aenderung des dem Kirchengesetze vom 8. Dec. 1875 beigefügten Trauformulars, und

2) eine Petition des Pastors Eißfeldt zu Wabum und Genossen, d. d. Wolfenbüttel, Nov. 1888,

„die Landessynode wolle die Einführung der Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses in allen Hauptgottesdiensten unserer Landeskirche bei hoher Kirchenregierung beantragen“,

eingegangen und den betreffenden Commissionen von dem Ausschusse bereits überwiesen seien.

Die Versammlung erklärte sich sodann ferner mit dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden, für die Vorlage, betreffend ein Kirchengesetz wegen Abänderung der Geschäftsordnung der Landessynode und deren Ausschuß vom 13. Nov. 1872 Anlage 8 einen Referenten und Correferenten zu bestellen, einverstanden, und wurden als solche die Abgeordneten Langerfeldt und Bach vom Herrn Vorsitzenden bestimmt.

IV. Hierauf ging die Versammlung zur Tagesordnung, zu der Besprechung der Mittheilungen des Herzogl. Consistorii über die Zustände und Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche (Anlage 6), über.

Müdsichtlich der geschäftlichen Behandlung dieses Gegenstandes beschloß die Versammlung auf Antrag des Herrn Vorsitzenden die Mittheilungen capitelweise zur Verathung zu ziehen.

Bei Cap. I stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) folgenden Antrag:

„Hohe Landessynode wolle an die Kirchenregierung das Ersuchen richten, eine Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814 dahin herbeizuführen, daß die endgültige Entscheidung rein kirchlicher Angelegenheiten der Höchsten Kirchenbehörde vorbehalten bleibe.“

Der Antrag wurde, da derselbe genügende Unterstützung fand, vom Herrn Vorsitzenden zur Verathung gestellt, sodann aber auf diesbezüglichen Antrag des Abgeordneten von Veltheim mit Zustimmung der Versammlung der Commission für allgemeinere Angelegenheiten überwiesen. (S. auch bei V am Schluß).

Zu Cap. II. — Verhältniß der Landeskirche zu der deutschen evangelischen Gesamtkirche, sowie zu den anderen Religionsgesellschaften im Lande —

sprachen zu A. I. die Abgeordneten Sterl, Eggeling und Zerbst ihr Bedauern aus, daß in dieser so wichtigen Angelegenheit bisher nichts weiter habe erreicht werden können;

zu B. richtete der Abgeordnete Sterl die Frage an das Kirchenregiment, ob und inwieweit die Secten unter der Controle des Staates ständen.

Nachdem sich über diesen Punkt der Abgeordnete Dehns sowie der Consistorialpräsident von Schmidt-Phildeck und der Consistorialrath Rohde kurz geäußert hatten, ging die Versammlung über zur Verathung des

### Cap. III. — Kirchenverfassung —.

Der Abgeordnete Eggeling stellte zu D. (Seite 7 der Anlage 6a) den Antrag:

„Dem Kirchenregimente den Wunsch auszusprechen, es wolle in Erwägung ziehen, ob nicht den Ehrenmitgliedern der Kirchenvorstände (Gef. vom 30. Nov. 1851 §. 18) neben der beratenden Stimme auch Abstimmungsrecht gegeben werden könnte“.

Ueber diesen Antrag entspann sich, nachdem derselbe, da er genügende Unterstützung fand, zur Verathung gestellt war, eine höchst lebhafte Debatte, an welcher sich namentlich die Abgeordneten von Schwarß (Hessen), Leidloff, Hamm, Reunede, Jeep, Schröter sowie der Antragsteller betheiligten.

Ueber den Antrag wurde hierauf von der Versammlung abgestimmt und wurde derselbe abgelehnt.

Bei der nun folgenden Verathung des Cap. IV., betreffend Verhandlungen der Inspectionssynoden, wurde von dem Abgeordneten Reunede zu I. B. der Antrag:

„Landessynode wolle beschließen, an die Kirchenregierung das Ersuchen zu richten, der nächsten Landessynode eine Vorlage zu machen, wonach der Hagelfeierntag auf einen Sonntag im Monat Mai oder Juni verlegt werde“,

sowie ferner von dem Abgeordneten Eimede der Antrag:

„Synode wolle beschließen, Herzogl. Kirchenregierung zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob der Hagelfeierntag nicht auf einen Wochentag in der Woche nach dem weißen Sonntage zu verlegen sei“,

gestellt.

Diese Anträge, welche genügend unterstützt vom Herrn Vorzitzenden zur Verathung vorstellt wurden, riefen eine lebhafte und längere Debatte hervor, an welcher sich namentlich die Abgeordneten Bach, Leidloff, Schulz, Schröter, von Beltheim, der Abt Dr. Sallentien sowie die beiden Antragsteller betheiligten.

Nach Schluß derselben wurde zuerst über den Antrag „Reunede“, sodann über den Antrag „Eimede“ abgestimmt, und wurden beide von der Versammlung mit großer Majorität abgelehnt.

V. Außerhalb des vorliegend zur Verathung stehenden Gegenstands stellte sodann der Abgeordnete Zerbst, nachdem er eine längere Erläuterung vorausgeschickt hatte, folgenden Antrag:

## Protokoll 2.

- „Obwohl 1) die staatlichen Organe des Landes in anerkannter Bereitwilligkeit und Freigebigkeit sowohl der Kirche als auch der Geistlichkeit zu ihren Bedürfnissen reiche Mittel zur Verfügung gestellt haben,
- 2) die gesammte Lage der Kirche eine verhältnißmäßig günstigere als in vielen anderen deutschen Staaten ist,
- 3) und die den unten beantragten neuen Einrichtungen entgegenstehenden Schwierigkeiten bedeutend sind,

so erheischt demnach das Wohl der Kirche, daß

- 1) zur Gründung neuer Parochien und Vermehrung der geistlichen Arbeiter sowohl vom Staate als den Gemeinden neue Opfer gebracht werden,
- 2) daß das Kirchenregiment eine größere Freiheit hinsichtlich der Gründung solcher neuer Parochien und Bestellung neuer Geistlicher erhält,
- 3) daß die Art der Bestellung und Besoldung der Geistlichen der Art geändert werde,

a. daß diese wenigstens hinsichtlich derjenigen Stellen, deren Patron der Landesherr ist, nicht mehr der drückenden Nothwendigkeit und der sittlichen Gefahr einer Bewerbung sich unterziehen müssen, um ein Amt oder Beförderung zu erlangen,

b. daß statt der jetzigen Besoldung, bei welcher Arbeit und Lohn nicht in gerechtem Verhältnisse stehen, die Einnahme

a. vom Dienstalter,

β. von der geforderten größeren oder geringeren Arbeit,

γ. von der Bekleidung höherer Kirchenämter

abhängt,

c. daß das Kirchenregiment die ihm jetzt fast ganz fehlende Möglichkeit erhält, an die einzelnen Stellen die geeigneten Persönlichkeiten zu senden;

weshalb die Landessynode an das Hohe Kirchenregiment den ganz gehorsamen Antrag stellt,

einen den obigen Grundsätzen entsprechenden Gesetzentwurf bald möglichst auszuarbeiten und der Landessynode vorzulegen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung, und beschloß die Versammlung, denselben sowie den oben gestellten der Commission für allgemeinere Angelegenheiten bereits überwiesenen Antrag des Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen) — letzteren, nachdem der Antragsteller solches beantragt hatte — einer neu zu wählenden Commission zu überweisen.

Der Herr Vorsitzende bestimmte diese Wahl auf den nächsten Sitzungstag, schloß sodann die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf den 17. Januar, Morgens 10 Uhr an.

### Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*Lerche.*

Affessor *Koch*, prot. Secretär.

## Protokoll 3.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 № 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im Sitzungs-Saale der Landesversammlung  
im Landeshäuslichen Hause zu Braunschweig, am  
17. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode mit Ausnahme der Abgeordneten  
von Cramm und Kühne, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt und der Herr Mini-  
sterialrath Hartweg, als Vertreter des Herzogl. Consistorii der Herr Consistorial-  
präsident von Schmidt-Whiselbeck sowie die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallen-  
tien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Herrn Abgeordneten Skerl und darauf  
folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden, nach Verlesung und Ge-  
nehmigung des Protokolls vom 16. d. Mts. machte

I. der Herr Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag, die auf die heutige  
Sitzung angelegte Wahl einer weiteren Commission zur Vorberathung der gestern gestellten  
Anträge: von Schwarz (Gremlingen) und Zerbst: nicht schon jetzt vorzunehmen, da  
noch weitere Vorlagen in Aussicht ständen und es sich aus Zweckmäßigkeitsrücksichten empföble,  
bis zu deren Eingange zu warten, damit alsdann eine derartig zusammengesetzte Commission  
gewählt werden könne, daß derselben auch die neuen Vorlagen zur Vorberathung überwiesen  
werden könnten.

Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden und trat



II. sodann in die Fortsetzung der Berathung über die Mittheilung über die Zustände und Bedürfnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche u. s. w. ein. (Anf. 6).

Der Herr Präsident bemerkte hier, daß die Besprechungen über Cap. IV. bei *N* II. Seite 15 der Mittheilungen fortzusetzen seien, und ging die Versammlung über den Inhalt unter den Buchstaben A. 1. 2. und 3., B. und C., da sich niemand zum Wort meldete, ohne weitere Discussion hinweg.

Zu dem Capitel unter D. — betr. das kirchliche Leben — *N* 1. — Cultus — führte fernerhin der Abgeordnete Schulz zu dem unter Ziffer 8 enthaltenen Antrag der Inspectionssynode Halle-Ottenstein in längerer Rede aus, daß die Synode, obgleich durch den dem Gesangbuche gegebenen Anhang dem dringendsten Bedürfnisse abgeholfen sei, dennoch die Zeit für gekommen gehalten habe, um mit dem bestimmten Antrage, die Ausarbeitung eines ganz neuen Gesangbuches in Angriff zu nehmen, hervorzutreten.

Durch diesen Anhang sei nur ein provisorischer Zustand geschaffen; Provisorien seien indessen immer bedenklich und führten zu beunruhigenden Zuständen, wenn sie nicht sobald als möglich beseitigt würden. Es sei vor Allem die innere Verschiedenheit der Lieder des Anhangs und der des Gesangbuches eine so bedeutende, daß schon aus diesem Grunde die baldige Gewinnung eines neuen Gesangbuches unbedingt wünschenswerth erscheinen müsse.

Nachdem der Redner noch hervorgehoben und kurz begründet hatte, daß der Geldpunkt, welcher vielleicht das hauptsächlich entgegenstehende Hinderniß sei, seiner Ansicht nach gar nicht in's Gewicht fallen könne, daß man sich aber auch an der Schwierigkeit der Ausarbeitung nicht zu stoßen brauche, da, wenn auch sonst die Ansichten weit aus einander gingen, doch hier nicht unschwer eine Einigung erzielt werden würde, daß ja aber auch fast in allen anderen Nachbarländern neue Gesangbücher eingeführt seien, und man, wenn man sich die Arbeit nicht selber machen wolle, nur nach einem derselben greifen könne, erklärte derselbe zum Schluß, daß er dennoch mit seiner Forderung nicht drängen, daß er auch den Antrag der Inspectionssynode Halle-Ottenstein nicht als eigenen aufnehmen, nur die Versammlung bitten wolle, der Kirchenregierung den Wunsch auszusprechen, diese Angelegenheit fortbauend im Auge zu behalten.

Hierauf entgegnete der Abt Dr. Sallentien, daß, wie auch aus der auf den Antrag „Halle-Ottenstein“ Seitens des Herzogl. Consistorium ertheilten Resolution hervorgehe, das Letztere sich durchaus nicht principiell ablehnend gegen denselben verhalte; daß das Herzogl. Consistorium vielmehr selbst der Meinung sei, daß die Folge des Anhangs eine eingehende Revision des alten Gesangbuchs sein würde. Er wolle auch den Äußerungen des Abgeordneten Schulz über den augenblicklichen Mißstand vollkommen zustimmen und es sei auch seiner Ansicht nach nicht der Geldpunkt, welcher gegen die Einführung eines neuen Gesangbuches spreche, vielmehr seien für Herzogl. Consistorium Pietätsrückichten maßgebend gewesen; man habe die vielen Menschen von Jugend auf lieb gewordenen Lieder des alten Gesangbuches nicht so ohne Weiteres nehmen und vor Einführung ganz neuer die Lieder in der Fassung des Anhangs den Gemeinden erst bekannter werden lassen wollen. Seiner Ansicht nach handle es sich um eine Frage der Zeit. Sollte die Landessynode die Zeit für gekommen halten, so werde sie Herzogl. Consistorium bereit finden mit Freuden an die Arbeit zu gehen. Er wünsche aber deshalb hierüber eine Erklärung der Synode zu hören.

Der Abgeordnete Gimecke machte sodann ferner zu dieser Angelegenheit geltend, daß seiner Ansicht nach das Bedürfnis ein neues Gesangbuch zu schaffen durchaus nicht vorläge, daß, soweit seine Kenntniß namentlich der Landbevölkerung reiche, dadurch der Kirchenbesuch nicht gefördert werden würde, und daß man überhaupt in kirchlichen Sachen so wenig als möglich wechseln müsse.

Nachdem sodann noch der Abgeordnete Skerl darauf hingewiesen hatte, daß man im Interesse der zu erstrebenden Einheit auch des Lebens und Cultus in der evangelischen Kirche im ganzen Deutschen Reiche nicht die Hand dazu bieten solle zu den schon existierenden vielen verschiedenen Gesangbüchern noch ein neues zu schaffen, daß man vielmehr warten und sich mit dem Anhange behelfen solle, bis ein gemeinsames Gesangbuch für das ganze evangelische deutsche Reich gewonnen sein würde, führte gegen diese Ansicht der Abt Dr. Sallentien aus, daß über die Einführung eines neuen einheitlichen evangelischen Gesangbuches für das ganze deutsche Reich sicherlich noch  $\frac{1}{2}$  oder ganzes Jahrhundert hingehen würde und daß man sicherlich nicht solange warten dürfe, und richtete nochmals an die Versammlung die Aufforderung, sich in dieser Beziehung bestimmt zu äußern, damit Herzogl. Consistorium eventuell die Sache in Angriff nehmen könne.

Hiernächst stellte der Abgeordnete Skerl nach kurzer vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle Herzogl. Kirchenregierung ersuchen, dahin zu wirken, daß der deutschen evangelischen Kirche ein einheitliches Gesangbuch gegeben werde“, welchen der Herr Vorsitzende, da er genügend unterstützt wurde, zur Berathung vorstellte gleichzeitig mit einem genügend unterstützten Antrage des Abgeordneten Schulz:

„Die Versammlung wolle der Kirchenregierung den Wunsch aussprechen, daß die Erweiterung des Anhanges zu einem vollständigen Gesangbuche in nicht ferner Zeit stattfinde“.

Nachdem sich der Abt Dr. Sallentien kurz gegen den Antrag des Abgeordneten Skerl ausgesprochen hatte, stellte der Abgeordnete von Schwarzk (Cremlingen) nach einigen einleitenden Worten einen Antrag, zunächst in folgender Fassung:

„Hohe Synode wolle die hohe Kirchenregierung ersuchen, die Einführung des hannoverschen oder sächsischen Provinzialgesangbuches vorzubereiten“.

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde zur Berathung gestellt.

In der hierauf folgenden Debatte sprach sich der Abgeordnete Leidloff zunächst dafür aus, daß man mit der Einführung eines neuen, namentlich auch des hannoverschen Gesangbuches, gegen welches er ganz besondere Bedenken habe, warten solle, daß seiner Ansicht nach ein einheitliches Gesangbuch wohl schwerlich für das evangelische Deutschland jemals bei der bekannten Verschiedenheit der deutschen theologischen Köpfe eingeführt werden würde, und daß er in dem allmählichen Vorgehen mit dem Anhange eine große Weisheit Herzogl. Consistorii erblicken müsse.

Diesen Äußerungen schloß sich der Abgeordnete Reuncke im Allgemeinen an, indem er ebenfalls ein dringendes Bedürfnis nach Neuerungen nicht für vorliegend erachten könne, erklärte sich aber sonst mit dem Abgeordneten Skerl und dessen Wünsche nach einem einheit-

lichen evangelischen Gesangbuche, welches über kurz oder lang doch kommen werde, vollkommen einverstanden.

Nachdem sich dann noch der Abgeordnete Schröter gegen die von dem Abgeordneten Skerl angestrebte Uniformität mit dem Bemerken, daß die Einheitlichkeit in der evangelischen Kirche dadurch nicht gefährdet und beeinträchtigt werde, wenn in dieser Beziehung Verschiedenheiten beständen in den einzelnen Ländern, unter Hinweis auf die engen Formen in der katholischen und Englischen Hochkirche, welche durchaus keine glücklichen zu nennen seien, sich ausgesprochen hatte, ersuchte der Abt Dr. Sallentien die Versammlung, sich bei ihren Beschlüssen doch thunlichst auf practisch durchführbarem Boden zu halten.

Derjelbe empfahl sodann der Versammlung den Antrag „von Schwarz“ (Cremlingen) als den practischsten, ersuchte aber den Antragsteller, denselben präciser zu formulieren, da derselbe insofern unklar sei, als er nicht bestimmt ersehen lasse, ob der Wunsch ausgesprochen sein solle, daß der nächsten ordentlichen Landessynode eine bestimmte Vorlage Seitens Herzogl. Consistorii gemacht werde. Der Abgeordnete von Schwarz (Cremlingen) formulierte und stellte deshalb den Antrag in folgender neuen Fassung:

„Hohe Landessynode wolle die Hohe Kirchenregierung ersuchen, der nächsten Landessynode eine Vorlage wegen Einführung eines Gesangbuchs im Anschlusse an das provinzial-sächsische oder hannoversche zu machen“,

und wurde dieser Antrag ebenfalls genügend unterstützt in Berathung gezogen.

Nachdem sich hierauf der Abgeordnete Eggeling für den Antrag: Skerl, der Abgeordnete Langerfeldt für die beiden Anträge: von Schwarz und Skerl, auch die Abgeordneten Zerbst und Gimecke nochmals gegen Einführungen von Neuerungen ausgesprochen hatten, zog der Abgeordnete Schulz seinen oben gestellten Antrag zu Gunsten des Antrags: v. Schwarz zurück.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf beide Anträge: von Schwarz und Skerl neben einander zur Abstimmung, und wurde der erstere von der Versammlung abgelehnt, der letztere angenommen.

Bei D. 3 — betreffend besondere kirchliche Handlungen — zu Ziffer 12 — Antrag (Königslutter) — richteten die Abgeordneten Keunecke und Zerbst die Anfrage an die Kirchenregierung, ob die daselbst erwähnte Uebereinkunft vom Jahre 1799 noch in Geltung sei, was von dem Abt Dr. Sallentien bei kurzer Darlegung des Zwecks dieses Vertrages und der Art, wie derselbe zu verstehen und zu handhaben sei, bejaht wurde.

Nachdem sich auch die Abgeordneten Ruhn und Skerl über diesen Punkt kurz geäußert hatten, stellte der Abgeordnete Hamm zur Ziffer 14 auf Seite 18 der Mittheilungen nach vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle bei der Kirchenregierung beantragen, zu veranlassen, daß dem §. 5 des Gef. vom 8. December 1875 betr. die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot, als Nr. 4 folgender Passus hinzugefügt werde: bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Dieser Antrag wurde genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung verstellt, nach kurzer Debatte aber zwischen dem Abgeordneten Skerl, von Schwarz

(Gremlingen), dem Abt Dr. Sallentien und dem Antragsteller auf des Letzteren Vorschlag dem Abgeordneten Skerl als Referenten und dem Abgeordneten Langerfeldt als Correferenten zur Vorberathung überwiesen.

Zu Position 13 auf Seite 18 des Berichts — Antrag (Schöningen 1885) — erklärte hierauf der Abgeordnete Eggeling, daß er den daselbst enthaltenen Antrag der Inspectionssynode Schöningen vom Jahre 1885 in nachfolgender Form:

„Hohe Synode wolle beschließen, an Herzogl. Consistorium den Antrag zu stellen, dahin zu wirken, daß in Zukunft das bisher jeder unverheiratheten Person, der es nachweislich oder geständlich nicht zu verjagen ist, bei dem kirchlichen Aufgebote beigelegte Ehrenprädicat „Junggesell“ und „Jungfrau“ überall wegfalle“, als seinen eigenen aufnehmen wolle.

Der Antrag fand genügende Unterstützung und schritt die Versammlung zur Berathung desselben.

Es entspann sich im Verlaufe derselben eine lebhafte Debatte zwischen den Abgeordneten Pockels, Skerl und dem Antragsteller einerseits und den Abgeordneten Schulz, Eißfeldt, von Schwarß (Gremlingen) und Schröter andererseits, in welcher von den Unterstützern desselben es für dringend wünschenswerth hingestellt wurde, diese antiquierten und zwecklosen zumeist unverbienten Ehrenprädicate abzuschaffen, wenn die Abschaffung derselben nicht schon durch den §. 4 des Ges. über die kirchliche Trauung ausgesprochen sein sollte, von den Gegnern aber der große Werth derselben hervorgehoben wurde, welchen dieselben wenigstens in vielen Gegenden des Herzogthums als sittliches Zuchtmittel hätten.

Die auf die Debatte folgende Abstimmung des Antrages ergab dessen Ablehnung.

Die Versammlung ging hierauf zur Berathung des Abschnittes unter II. E. — betreffend sittliche Zustände in den Gemeinden (S. 18) — über.

Zu diesem Abschnitte bemerkte an erster Stelle der Abgeordnete Eißfeldt, daß, wenn er auch weit entfernt davon sei, den berechtigten Vergnügungen des Volks einen Riegel vorzuschieben zu wollen, die Vergnügungen in vielen Gemeinden ungeheuer überhand genommen hätten, und daß dadurch die mannigfaltigsten Nachtheile in kirchlicher, sittlicher, gesundheitlicher und wirthschaftlicher Beziehung entstehen müßten; daß er deshalb den Wunsch hege, die Synode möge an die Herzogliche Regierung den Antrag richten, geeignete Schritte zu thun, um der Ueberhandnahme der Vergnügungen zu steuern. Der Redner verzichtete indessen auf Stellung eines bestimmten Antrages.

Sodann stellte der Abgeordnete Schönermark folgenden Antrag:

„Herzogl. Consistorium wird ersucht, dahin zu wirken, daß der jährliche Todtenfeiertag mit demselben wünschenswerthen auf seine Ruhe und Heilighaltung gerichteten Schutze umgeben werde, dessen andere ähnliche Tage wie der Charfreitag u. s. w. sich zu erfreuen haben“,

und der Abgeordnete Guerike zu demselben nachfolgenden Zusatzantrag:

„und demgemäß das Gesetz, betreffend die Bestrafung der Polizeiübertretungen vom 27. November 1872 Nr. 2 §. 1. II. 2 dahin zu ändern, daß hinter „Bußtage“ eingeschaltet wird „Todtenfeste“.

Diese Anträge wurden von den Antragstellern begründet, genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden zur Discussion gebracht. An der Letzteren theiligten sich der Herr Ministerialrath Hartwig, sowie die Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen), Leidloff, Reunecke, Schröter nebst den Antragstellern. Nach Schluß der Debatte wurden dieselben von der Versammlung angenommen.

Bei der hieran sich knüpfenden Besprechung des Abschnittes unter F. — betr. Begräbnißwesen — wurde auf Anregung der Fragen nach der Vorlage wegen Versagung des kirchlichen Begräbnißes für Selbstmörder durch den Abgeordneten Pockels regierungsseitig von dem Herrn Geheimerath Wirt die Erklärung abgegeben, daß diese Frage stets im Auge behalten sei, daß dieselbe aber derartige Schwierigkeiten verursacht habe, daß bislang eine klare Einsicht nicht habe gewonnen werden können. Jedoch werde die Regierung mit allen Kräften bemüht sein, sobald als möglich eine Vorlage fertig zu stellen.

III. Schließlich wurde noch vom Herrn Vorsitzenden die Vorlage, betr. ein Kirchengesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, — Anlage 9, (Protokoll 1) — dem Abgeordneten Pockels als Referenten und dem Abgeordneten Leidloff als Correferenten überwiesen.

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf Freitag, den 18. Januar cr, Morgens 10 Uhr, an.

### **Zur Beglaubigung.**

Der Präsident.

*Lerche.*

Assessor **Koch**, protokoll. Secretair.

## Protokoll 4.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 .N<sup>o</sup> 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

---

Gechehen im Sitzungsjaale der Landesversammlung  
im Landtschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
13. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode mit Ausnahme der Abgeordneten von Gramm und Kühne, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt, sowie Herr Ministerialrath Hartwig; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Philstedt und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Abgeordneten Skerl und daran sich schließender Eröffnung der Sitzung, nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 17. d. Mts. verkündigte

I. der Herr Vorsitzende der Versammlung den Eingang eines Höchsten Rescripts vom 14. d. Mts. N<sup>o</sup> 8805 de 1888 bei Vorlegung eines Gesetz-Entwurfs, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr., nebst Motiven — Anl. 13.

Anl. 1

II. Hierauf ging die Versammlung zur Fortsetzung der Berathung der Mittheilungen Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangel. luth. Landeskirche (Anl. 6) über und zwar zu dem Abschnitte unter G. Seite 18.

Zu H. — Gemeinde-Schulwesen — wurde von dem Abgeordneten Schulz folgender Antrag gestellt:

„Hohe Synode wolle beschließen, an Herzogliches Consistorium das Ersuchen zu richten, auf obligatorische Einführung des Handarbeitsunterrichts in den Landeschulen Bedacht zu nehmen.“

Nachdem der Herr Vorsitzende sowie der Abgeordnete Rhamm darauf hingewiesen hatte, daß der Inhalt des Antrages nicht zu dem Wirkungskreise der Landessynode gehöre, fand der Antrag keine Unterstützung Seitens der Mitglieder.

Bei dem Abschnitte unter III. — anderweite Verhandlungen der Inspectionssynoden, welche die Ertheilung von Resolutionen nicht veranlaßt haben — wurde nur von dem Herrn Ministerialrath Hartwig zu M. 49 auf Seite 24 das Wort ergriffen, um das in dem daselbst befindlichen Ausspruche der Inspectionssynode Lunsen-~~Thedinghausen~~ enthaltene Votum gegen die Herzogl. Kreisdirection Braunschweig zurückzuweisen.

Ueber Cap. V. — der kirchliche Dienst (Lehre, Cultus, Seelsorge) in den Gemeinden — ging sodann die Versammlung ohne weitere Discussion fort.

Nachdem hierauf bei Cap. VI. — das Predigtamt — der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-~~Phiseldt~~ über den Abschnitt unter B. — betreff. Einkommensverhältnisse — kurz referiert hatte, wurde von dem Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen) zu E. — Unfreiwillige Entfernungen aus dem Amte — folgender Antrag gestellt:

„Hohe Synode wolle an das hohe Kirchenregiment den Antrag richten, auf baldige Neu-Ordnung des Disciplinarverfahrens gegen Kirchendiener hinzuwirken.“

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung, wurde zur Berathung gestellt, und nachdem sich unter Anderen auch der Herr Ministerialrath Hartwig und der Herr Consistorialrath Spieß zu demselben geäußert hatten, mit großer Majorität angenommen.

Der Herr Consistorialrath Spieß wies sodann noch auf einen Druckfehler in der vorletzten Zeile dieses Abschnittes hin, wo es anstatt Cap. VII. M. 3 „Cap. VIII. M. 3“ heißen müsse.

Bei dem hierauf folgenden Abschnitte unter Cap. VII. — die Predigtamts-candidatur — brachte der Abgeordnete Eißfeldt einen dahin lautenden Antrag ein:

„Hohe Synode wolle bei Herzogl. Kirchenregierung die Bereitstellung von Mitteln beantragen, um den dazu geeigneten Candidaten die Theilnahme an Instructionskursen für innere Mission zu ermöglichen.“

Auch dieser Antrag fand nach kurzer Begründung durch den Antragsteller genügende Unterstützung, wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt und, nachdem namentlich auch der Abt Dr. Sallentien dessen Annahme dringend befürwortet hatte, von der Versammlung angenommen.

Die Capitel VIII und IX — die dem Predigtamt untergeordneten Kirchenämter bezw. Institutionen zur Förderung der Fortbildung der Geistlichen — gaben der Versammlung zu Anträgen oder Discussionen keine Veranlassung.

Bei Cap. X — das kirchlich-religiöse Leben in den Gemeinden — zu J. — christliche Liebesthätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der äußeren und inneren Mission — stellte sodann der Abgeordnete Langerfeldt nach vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen, an das Kirchenregiment das Ersuchen zu richten, Anordnung dahin zu treffen, daß gegenüber etwa wieder vorkommender

Hauscollecten für katholische Zwecke Seitens der Organe der evangelisch-lutherischen Landeskirche durch öffentliche Ausschreiben und Ansprachen, sowie von den Kanzeln das evangelische Gewissen der Mitglieder der Landeskirche geweckt und dem Erfolge solcher Sammlungen entgegengewirkt werde.“

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Discussion gebracht. An derselben theilnahmen die Abgeordneten Zerbst, Leidloff, Eggeling und v. Schwarz (Gremlingen) sowie der Herr Ministerialrath Hartwig und der Herr Abt Dr. Sallentien. Am Schluß der Debatte wurde über den Antrag abgestimmt und wurde derselbe angenommen.

Nachträglich stellte hierauf noch der Abgeordnete Schulz zu H. — Kirchliches Armenwesen — einen Antrag dahin:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen, an Herzogliches Consistorium das Ersuchen zu richten, in Zukunft auch den Nachweis der Beckenerträge in den der Synode zugehenden Mittheilungen aufzunehmen“.

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde, nachdem sich der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Philadelph, der Herr Consistorialrath Rohde sowie die Abgeordneten Eggeling und Zerp zu demselben geäußert hatten, ebenfalls von der Versammlung angenommen.

Die Versammlung fuhr dann in der Berathung des Abschnittes unter J. fort, und stellte hierbei zu der Nr. 12 auf Seite 53 der Abgeordnete Giffelbdt einen Antrag, welcher lautete:

„Hohe Synode wolle der Hohen Herzogl. Landesregierung und der Hohen Landesversammlung ihren Dank aussprechen für die auf Antrag der 4. Landessynode bewilligten außerordentlichen Zuwendungen an das Marienstift und wolle die in reichem Segen wirkende aber noch immer von Vauschulden gedrückte Anstalt fernem Wohlwollen Hoher Landesregierung und Hoher Landesversammlung empfehlen.“

Der Antrag wurde unterstützt und ohne weitere Debatte angenommen.

Fernerhin entspann sich bei dem Buchstaben K. auf Seite 56 — Kirchliche Collecten — eine höchst lebhafteste Debatte zwischen den Abgeordneten Reuncke, Bach, von Schwarz (Gremlingen) und Gimecke einerseits und dem Herrn Consistorialpräsidenten von Schmidt-Philadelph andererseits.

Schließlich stellte der Abgeordnete Eggeling zu diesem Abschnitte folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle beschließen, an Herzogl. Consistorium den Antrag zu richten, daß für die Stadt Braunschweig den Vorständen der Kirchen die Wahl des Tages der Collecte für die Idiotenanstalt und das Marienstift freigegeben werde.“

Der Antrag wurde unterstützt, zur Berathung gestellt, nach kurzer Debatte aber zwischen dem Abt Dr. Sallentien sowie den Abgeordneten Skerl und Schröter und dem Antragsteller von Letzterem zurückgezogen.

Hierauf stellte der Herr Vorsitzende folgenden genügend unterstützten Antrag des Abgeordneten Skerl:

„Hohe Synode wolle beschließen, sich darüber von Herzogl. Kirchenregierung gefällige Auskunft zu erbitten,



- 1) ob es der Herzogl. Kirchenregierung möglich ist und angemessen erscheint, über das Zahlenverhältniß der Mitglieder der neben der Landeskirche im Herzogthum bestehenden Secten (besonders der Baptisten und der Irvingianer) und der in denselben vollzogenen Trauungen, Taufen, Confirmationen und Abendmahlsfeiern Mittheilung zu machen,
- 2) welche Bedeutung die in solchen Secten vollzogenen Amtshandlungen für die evang.-lutherische Kirche des Landes haben, besonders in Betreff solcher Glieder, welche nicht in den gesetzlichen Formen aus unserer Landeskirche ausgeschieden sind“,

zur Berathung.

Nachdem sich der Herr Consistorialrath Rohde eingehend über diesen Antrag geäußert hatte, ließ der Antragsteller den ersten Theil seines Antrages ganz fallen und zog den zweiten Theil vorläufig zurück. Ueber Cap. XI — Kirchenbauwesen — Cap. XII — Kirchenheizungsanlagen — Cap. XIII — das Friedhofs- und Begräbnißwesen — und Cap. XIV — Kirchenvermögensverwaltung u. s. w. — ging die Versammlung ohne weitere Debatte hinweg.

Schließlich stellte zu Cap. XV — Kirchenbuchführung — der Abgeordnete Bach folgenden Antrag:

„Hohe Synode ersucht Herzogl. Kirchenregierung zu veranlassen, daß die seit 1876 erfolgte und noch erfolgende Legitimierung außerehelich geborener Kinder von den Standesbeamten den Kirchenbuchführern angezeigt werde“.

Der Antrag fand genügende Unterstützung, und wurde von der Versammlung nach kurzer Begründung durch den Antragsteller angenommen.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Montag, den 21. d. Mts., Morgens 11 Uhr an.

Der Präsident.

*Lerche.*

Affessor **Koch**, protokoll. Secretair.

# Protokoll 5.

## Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N. 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Gechehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im Landchaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
21. Januar 1889, Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landesynode mit Ausnahme der Abgeordneten von Gramm und Kühne.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk. Als Vertreter Herzogl. Consistorii die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Sterl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden, nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles vom 18. d. Mts., machte

I. der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung, daß dem Abgeordneten v. Gramm von der heutigen Sitzung Urlaub ertheilt sei, und kündigte

II. den Eingang von Anträgen der liturgischen Commission zu dem vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, an. (Anlage 14.)

Darauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst

Anl. 1

III. zur Fortsetzung der Verathung der Mittheilungen über die Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche u. s. w. (Anlage 6.)

Die beiden Schlußcapitel XVI. und XVII. gaben zu Anträgen und Discussionen keine Veranlassung.

Dagegen nahm der Abgeordnete Schröter zu III. Seite 21 der Anlage 2 — betreff. die Anschaffung neuer Thurmuhren — Gelegenheit, eine Anfrage an die Vertreter Herzogl. Consistorii zu richten, wen die Anschaffungs- und Unterhaltungspflicht der Thurmuhren träge, die Gemeinden- oder die Kirchenlassen. Der Herr Consistorialrath Spieß setzte darauf

eingehend auseinander, daß sich die beregte Verpflichtung nach den verschiedenen Rechtsverhältnissen in den einzelnen Gemeinden richtete, wonach an manchen Orten die Kirchenassen, an manchen die Gemeinden die Thurmuhren zu unterhalten hätten.

Hierauf ging die Versammlung

IV. zum Punkt II der Tagesordnung „Berichterstattung und Berathung über die Vorlage, betr. ein Kirchengesetz wegen Abänderung der Geschäftsordnung für die Landessynode v. vom 13. Nov. 1872. (Anlage 8)“ über.

Aufgefordert vom Herrn Vorsitzenden erstattete zunächst der Abgeordnete Langerfeldt als Referent zu dieser Vorlage Bericht. Derselbe führte aus, daß, nachdem schon früher in der ersten ordentlichen, in der außerordentlichen Landessynode vom Jahre 1875 auch in der zweiten Landessynode von 1876 ähnliche Zusatzanträge zu der Geschäftsordnung der Landessynode, als wie sie das vorliegende Gesetz beabsichtige, gestellt seien, seit 3 Sessionen die Landessynode die constante Praxis geübt habe, daß vor Eröffnung jeder Sitzung ein Schriftwort zur Verlesung gebracht sei. Diese Praxis erfahre nun durch das vorliegende Gesetz nur insofern eine kleine Aenderung, als nach demselben nach Eröffnung der Sitzung mit Gebet oder Verlesung eines Schriftwortes begonnen werden solle.

Referent empfahl sodann der Versammlung, die Vorlage anzunehmen.

Nachdem auch noch der Abgeordnete Bach als Correferent gebeten hatte, dem vorliegenden Gesetze die Zustimmung zu ertheilen, wurde die letztere ohne weitere Debatte von der Versammlung einstimmig ertheilt.

V. Hiernächst wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Berichterstattung und Berathung über die Vorlage, betr. ein Kirchengesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871 (Anlage 9)“,

von dem Abgeordneten Bodels, als Referenten, Bericht erstattet.

Derselbe führte aus, daß nach dem Gesetze vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, sich die Wahl der Abgeordneten zur Landessynode auf 7 Wahlkreise vertheile; in dem Wahlkreise N. 3, der Generalinspektion Braunschweig sei ein Geistlicher und ein weltlicher Abgeordneter, in dem Wahlkreise N. 7, der General- und Stadtinspektion Holzminden verbunden mit der Pfarodie Lunsen-~~Thedinghausen~~ seien zwei geistliche und zwei weltliche Abgeordnete zu wählen. Ein besonderer Grund, die Pfarodie Lunsen-~~Thedinghausen~~ mit Holzminden zu verbinden, habe seines Wissens bei Erlass des obigen Gesetzes nicht vorgelegen. Die jetzt von dem in Frage stehenden Gesetze beabsichtigte Lostrennung der Pfarodie Lunsen-~~Thedinghausen~~ von dem Wahlkreise N. 7 und Zulegung derselben zum Wahlkreise N. 3 sei seiner Ansicht nach entschieden dem Interesse der betreffenden Wahlberechtigten entsprechend, da die Reise von ~~Thedinghausen~~ nach Braunschweig weniger zeitraubend und umständlich sei als nach Holzminden. Da durch diese Veränderung die beiden Wahlkörper Holzminden und Braunschweig nur ganz unerheblich verändert würden, so würde es jedenfalls nicht nöthig sein, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten für die beiden Wahlkreise anders als bisher festzusetzen. Da im Uebrigen formell und materiell gegen die Vorlage nichts zu erinnern sei, so wolle er der Versammlung anheimgeben, derselben ihre Zustimmung zu ertheilen.

Nachdem diesem der Abgeordnete Leidloff als Correferent nur noch die Bemerkung hinzugefügt hatte, daß es wünschenswerth sei, daß Thebdinghausen, da es politisch bereits mit Braunschweig geeint sei, indem es der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig unterstellt sei, nun auch kirchlich mit Braunschweig verbunden werde, ertheilte die Versammlung der Vorlage ohne weitere Debatte ihre Zustimmung.

#### VI. Sodann wurde zu Punkt 4a der Tagesordnung:

betreffend die Petition des Pastors Eißfeldt zu Wahren und Genossen wegen Einführung der Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses in allen Hauptgottesdiensten unserer Landeskirche. (Prot. 2 bei III. B. 2.)

von dem Abgeordneten Jeep im Namen der Petitionscommission Bericht erstattet.

Nachdem derselbe die Petition wörtlich zum Vortrage gebracht hatte, erklärte er, daß die Commission bei ihren Verhandlungen nicht zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß ein Bedürfniß vorhanden sei, soweit, wie die Petenten es wünschten, von den Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Januar 1877 abzugehen. Die Commission sei dabei durch Pietätsrückichten sowie durch die Ansicht geleitet, daß eine derartige Aenderung auch den Gemeinden nicht gefallen würde.

Die Commission wolle deshalb den Antrag der Petition der Versammlung nicht empfehlen.

Dagegen sei die Commission einstimmig damit einverstanden gewesen, daß die Verlesung des Apostolicums nicht nur an den hohen, sondern an allen Festtagen stattfinden in Zukunft, und stelle deshalb folgenden Antrag:

Hoch Synode wolle beim Hohen Kirchenregiment beantragen, daß in der Ordnung des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen, Ges. vom 17. Januar 1877 pag. 56, Zeile 2 von unten, wo es heißt:

„An den hohen Festtagen spricht der Pastor gegen die Gemeinde“ — folgt das Apostolicum —

das Wort „hohen“ gestrichen werde.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf den Petitions- und Commissionsantrag neben einander zur Berathung und entspann sich über dieselben eine höchst bewegte Debatte, an welcher sich namentlich die Abgeordneten Skerl, Schönermark, Jeep, Eggeling, Bach, Eißfeldt, Langerfeldt, Schulz, v. Schwarz (Gremlingen), Guericke und Reuncke betheiligten.

Nach Schluß der Debatte beschloß die Versammlung, die Petition dem Kirchenregimente nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen, und lehnte auch den von der Petitionscommission gestellten Antrag ab.

#### VII. Hierauf wurde zu 4b der Tagesordnung über eine zweite

„Petition von Pastor Willmann und Genossen, wegen Abänderung des Trauformulars“, (Prot. 2 bei III. B. 1.)

von dem Abgeordneten Langerfeldt ebenfalls im Namen der Petitionscommission Bericht erstattet.

Nachdem Referent diese Petition verlesen, erklärte derselbe, daß die Commission zu einem einheitlichen Beschlusse über dieselbe nicht gekommen sei, daß die Commission vielmehr nur mit 3 gegen 2 Stimmen den Beschluß gefaßt habe, die Petition der Versammlung zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Zu diesem Beschlusse hätten zwei Umstände hingedrängt, einmal der, daß unser Trausformular in seiner Fassung ganz allein im Deutschen Reiche stünde, und zweitens der, daß dasselbe von vielen Geistlichen unseres Landes schon jetzt nicht mehr respectiert werde.

Er, Referent, sei in der Lage gewesen, die Trausformulare der meisten größeren zum Deutschen Reiche gehörigen Länder einzusehen; nach den meisten sei gestattet, die junge Frau mit ihrem Geburtsnamen anzureden, in einzelnen sei darüber, welcher Name anzuwenden sei, keine Vorschrift vorhanden und die Wahl des Namens dem Geistlichen frei überlassen.

Gerade diese Thatsache und der Gedanke, daß, wenn alle übrigen Staaten sich über die juristischen Bedenken hinwegsetzen zu können geglaubt hätten, auch wir namentlich im Interesse der Einheitlichkeit im Deutschen Reiche keinen Grund hätten auf unserer Sonderstellung in dieser Beziehung zu beharren, habe die Majorität der Commission zu obigem Beschlusse geführt.

Daß viele Geistliche da seien, welche sich an die gesetzlich bestehende Form auch jetzt schon nicht für nicht gebunden hielten, dürfte eine auch Herzogl. Consistorio bekannte Thatsache sein.

Er stelle deshalb im Namen der Petitionscommission folgenden Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle die Petition dem Herzogl. Kirchenregimente zur Berücksichtigung empfehlen“.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf diesen Antrag, da derselbe genügende Unterstützung fand, zur Berathung und es entspann sich über denselben eine sehr lebhafte Debatte.

Nachdem namentlich der Abt Dr. Sallentien sowie die Abgeordneten Rhamm, Leibold, Schönermark, Schröter, Skerl, Zerbst, v. Schwarz (Gremlingen) und Keunecke in ausführlichen und lebhaften Reden ihre Ansichten dargelegt hatten, wurde der Antrag vieler Mitglieder auf Schluß der Debatte von der Versammlung angenommen.

Noch während der Debatte war ein Antrag des Abgeordneten v. Kalm eingegangen:

Die Abstimmung über den vorliegenden Antrag erst in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Da dieser Antrag nach kurzer Begründung durch den Antragsteller genügende Unterstützung fand, so bestimmte der Herr Vorsitzende die Abstimmung auf die nächste Sitzung.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Dienstag, den 22. Januar, Morgens 10 Uhr an.

**Zur Beglaubigung:**

Der Präsident.

*Lerche.*

**Affessor Koch.**  
**protokoll. Secretair.**

## Protokoll 6.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N<sup>o</sup> 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Gechehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
22. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode mit Ausnahme des Abgeordneten Kühne, und der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk. Als Vertreter des Herzogl. Consistorii die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Herrn Abgeordneten Skerl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden,

I. machte der Herr Vorsitzende der Versammlung die Mittheilung, daß wegen Erkrankung des mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte beauftragten Assessor Koch das letzte Sitzungsprotokoll nicht verlesen werden könne.

Ferner machte der Herr Vorsitzende Mittheilung von einem Schreiben des Herzogl. Staatsministerii vom heutigen Tage, wonach während der Dauer der Behinderung des Assessors Koch der Referendar v. Damm hieselbst mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte beauftragt ist. — Anlage 15 —.

Anl. 15

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

II. Zunächst erfolgte die Abstimmung über den Antrag der zur Vorprüfung von Bittschriften u. eingeleiteten Commission:

## Protokoll 6.

Hochwürdige Synode wolle den Antrag in der Petition des Pastors Pöhlmann zu Uehde und Gen. vom 19. November 1888, nämlich:

„Hochwürdige Landessynode wolle bei dem Kirchenregimente Sr. Königl. Hoheit die Abänderung des Trauformulars beantragen insoweit, daß künftig in den nach §. 1 des Gesetzes vom 8. December 1875 als Regel geltenden Fällen, in welchen die Trauung möglichst unmittelbar auf den Civilact folgt, die Braut nicht mit dem Namen des Mannes, sondern mit ihrem Familiennamen bezeichnet bzw. angeredet werde.“

dem Kirchenregimente zur Berücksichtigung empfehlen.

Der Antrag wird von der Versammlung gegen 10 Stimmen abgelehnt.

III. Demnächst referirte der Abgeordnete Langerfeldt über die Petition wegen des Baues geistlicher Gebäude (Prot. 1).

Referent schloß mit dem Vorschlage:

„Hochwürdige Synode wolle dem Herzogl. Kirchenregimente die Petition mit der Aufgäbe zur Berücksichtigung überweisen, daß mit den erforderlichen regelmäßigen Revisionen, sei es der betreffende Herzogl. Kreis-Bauinspector, sei es ein dazu bei Herzogl. Consistorio anzustellender Baubeamter, sei es der zuständige Superintendent beauftragt wird, diese Beauftragten indessen nicht das Recht der „Anordnung“ erhalten, sondern lediglich über den Befund an Herzogl. Consistorium behuf des Weiteren zu berichten haben.“

Nach Schluß der Verhandlung, an welcher sich die Herrn Abgeordneten Gimecke, Pockels, Reunecke, Schröter, Leidloff und Dehnz, sowie auch der Herr Consistorialrath Spieß theilnahmen, wurde der Vorschlag des Herrn Referenten von der Versammlung angenommen.

IV. Es folgte sodann das Referat des Herrn Abgeordneten Skerl, über den Antrag des Herrn Abgeordneten Rhamm (Prot. 3.)

„Hohe Synode wolle bei der Kirchenregierung beantragen, zu veranlassen, daß dem §. 5 des Ges. vom 8. December 1875, betr. die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot, als Nr. 4 folgender Passus hinzugefügt werde: bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Der Referent, sowie auch der Correferent Herr Abgeordnete Langerfeldt schließen mit dem Antrage:

„Hohe Synode wolle beschließen, an das Kirchenregiment das ergebene Ersuchen zu richten, ein dem Rhamm'schen Antrage entsprechendes Gesetz zur Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875 der Landessynode zur verfassungsmäßigen Mitwirkung, wo möglich noch in dieser Sitzung, vorzulegen“, welcher Antrag von der Versammlung angenommen ist.

## V. Hiernach stellte der Herr Abgeordnete Skerl den Antrag:

„Hohe Synode wolle darüber eine Entscheidung bei Herzoglicher Kirchenregierung beantragen, ob die stille Woche wie vor Erlass des Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, als eine für kirchliche Trauungen geschlossene Zeit anzusehen ist, oder aber, ob die Worte des §. 1 gedachten Gesetzes: die kirchliche Trauung u. ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen, so zu verstehen sind, daß wenn die bürgerliche Eheschließung in der stillen Woche stattgefunden hat, die kirchliche Trauung dann gleichfalls auch in der stillen Woche vorgenommen werden darf.“

Der Antrag wurde genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung verstellt. Nach kurzer Debatte zwischen den Herren Abgeordneten Skerl und Rhamm, sowie den Herren Consistorialrathen Spieß und Sallentien und dem Herrn Wirklichen Geheimrath Dr. jur. Wirt zog der Herr Abgeordnete Skerl seinen Antrag einstweilen zurück.

## VI. Schließlich erstattete der Herr Abgeordnete Eggeling der Versammlung Bericht über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend (Anlage 7).

Derselbe beantragte namens der Majorität der Commission:

„§. 2 des Kirchengesetzes die theologischen Prüfungen betreffend, Absatz 1 möge gefaßt werden:

Zur Abhaltung derselben wird bei Unserem Herzogl. Consistorium eine theologische Prüfungs-Commission eingesetzt, welche aus den drei demselben angehörenden geistlichen Rätthen und zwei Mitgliedern besteht, zu deren Wahl auf die Dauer von vier Jahren uns die Landesynode drei Landesgeistliche vorzuschlagen hat.“

Im Uebrigen empfahl derselbe den Entwurf unverändert anzunehmen.

Darauf wurde die Einleitung zum Gesetz, sowie §. 1 ohne Debatte angenommen.

Der Antrag zu §. 2 wurde nach längerer Debatte, an welcher sich die Herren Abgeordneten Eggeling, Skerl, v. Heinemann, Bach, Schröter, Pockels, Zerbst, v. Gramm, sowie der Herr Consistorialrath Sallentien und der Herr Wirkl. Geh. Rath Dr. jur. Wirt theiligten, von der Versammlung abgelehnt.

Darauf wurden der Reihe nach §. 2, §. 3, §. 4, §. 5, §. 6, §. 7 und §. 8 unverändert von der Versammlung angenommen.

Zu §. 7 bemerkte der Herr Abgeordnete Leidloff, es sei wünschenswerth, daß bei der Prüfung auch ermittelt werde, ob der Geprüfte die nöthige musicalische Beanlage besitze, und

entpand sich darüber zwischen dem Herrn Abgeordneten Leidloff und dem Herrn Consistorialrath Sallentien eine kurze Debatte.

Zu §. 9 beantragte der Herr Abgeordnete Schönermark, an Stelle des §. 9 in Zeile 3 statt „einen sechsmonatigen Seminarcurfus“ zu setzen „einen dreimonatlichen Seminarcurfus“.



An der Debatte betheiligten sich die Herrn Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen), Schönermark, Schröter, Schulz, Leidloff und der Herr Consistorialrath Sallentien.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wurde die Verhandlung abgebrochen.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 23. d. Mts., Morgens 10 Uhr, an.

Der Präsident.

*Lerche.*

Referendar v. *Damm*,  
protokoll. Secretair.

## Protokoll 7.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 № 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
23. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode mit Ausnahme der Abgeordneten von Beltheim und Kühne, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Herr Wirtl. Geheimerath Dr. jur. Wirt, sowie Herr Ministerialrath Hartwig; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Whisfelbeck und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Herrn Abgeordneten Skerl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden, nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 22. d. Mts. machte

I. der Herr Präsident die Mittheilung, daß der Herr Abgeordnete v. Beltheim geschäftlich behindert sei, der heutigen Sitzung beizuwohnen und daher für diesen Tag beurlaubt sei.

II. Sodann verkündete der Herr Vorsitzende der Versammlung den Eingang der Anträge der Commission zur Vorprüfung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung betreffend. (Anl. 16.) Anl. 16.

III. Darauf ging die Versammlung zur Fortsetzung der Berathung über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, über. (Anl. 7.)

Zunächst wurde die Berathung für den Antrag des Herrn Abgeordneten Schönermark zu §. 9 des Entwurfs wieder aufgenommen.

Im Laufe der Debatte stellte der Herr Abgeordnete von Schwarz (Hessen) den eventuellen Antrag,

in §. 9 Abs. 1 vor den Worten „einen sechswöchentlichen Seminarcurfus durchzumachen“ das Wort „mindestens“ einzuschieben.

In Folge der vom Herrn Consistorialrath Sallentien geltend gemachten practischen Bedenken zog der Herr Abgeordnete Schönermark seinen Antrag zurück, worauf der Antrag des Herrn Abgeordneten von Schwarz von der Versammlung angenommen wurde.

Hierauf wurden der §. 10, §. 11, §. 12, §. 13 der Reihe nach unverändert angenommen.

Zu §. 14 erklärte der Herr Consistorialrath Sallentien:

Da die Landes Synode nicht, wie erwartet, im December v. Js. ihre Verhandlungen habe zu Ende führen können, zu denselben vielmehr auch der Monat Januar d. J. noch müsse in Anspruch genommen werden, aber noch einige Examina gehalten werden müßten, so sei es wünschenswerth, wenn aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt werde,

an Stelle des 1. April 1889 zu setzen „15. April 1889“.

Der Herr Abgeordnete Eggeling stellte diesen Antrag, welcher von der Versammlung angenommen wurde.

Darauf gelangten der §. 14, §. 15 und der Schluß und darauf der ganze Entwurf in seiner jetzt gewonnenen Gestalt zur Annahme.

Sodann stellte der Herr Vorsitzende den Entwurf zu einer Instruction für die theologische Prüfungscommission (Anlage 7 c) zur Berathung.

Hierzu stellte der Herr Abgeordnete Eggeling namens der Commission für Vorberathung der Prüfungs-Ordnung folgende Anträge:

1) in §. 2 statt der Worte „je um Ostern und Michaelis“ zu sagen: „im März und im September“,

da auf diese Weise dem Candidaten ermöglicht werde, an dem darauf folgenden 1. April resp. 1. October als Einjährig-Freiwilliger einzutreten.

2) im §. 17 Abs. 1 statt der Worte: „die Predigtprobe besteht im Vortrage eines Theiles der eingeliesserten Predigt“ zu sagen: „die Predigtprobe besteht im Vortrage der eingeliesserten Predigt.“

da nach Ansicht der Commission der Vortrag eines Theiles einer Predigt ungenügend sei.

3) im §. 17 Abs. 2 statt der Worte „für die Probefatechisation wird den Candidaten spätestens Tags vorher die Aufgabe zugestellt“ zu sagen: „Für die Probefatechisation wird den Candidaten spätestens 3 Tage vorher die Aufgabe zugestellt“.

4) In §. 24 Abs. 1 die letzten beiden Sätze, von den Worten „Wenn dieses“ bis „abzulegen“ zu streichen.

Die Anträge werden von der Versammlung, nachdem darüber verhandelt ist, sämmtlich gebilligt.

IV. Hierauf wird zur Wahl der Commission zur Vorberathung des Gesetz-Entwurfs, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr. (Anl. 13) geschritten.

Auf Antrag des Herrn Abgeordneten Rhamm wird beschloffen, daß die Abstimmung durch Zuruf erfolgen solle, und werden auf diese Weise zu Commissionsmitgliedern gewählt die Herren Abgeordneten

Rhamm,  
Langerfeldt,  
Dehns,  
Skerl,  
Schönermark.

V. Es folgte nunmehr die Berichterstattung des Herrn Abgeordneten Hörmann über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betr. (Anl. 10 und 14).

Derjelbe befürwortet die von der liturgischen Commission zu dem vorgelegten Entwurf gestellten Anträge.

Im Großen und Ganzen empfiehlt derselbe die unveränderte Annahme der Vorlage und wünscht nur einige redactionelle Abänderungen, sowie die Berichtigung verschiedener Druckfehler.

Auf Antrag des Herrn Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) wird die zweimalige Lesung der Vorlage beschloffen.

In Bezugnahme auf eine längere Ausführung des Herrn Abgeordneten Zerbst, in welcher sich derselbe unter Anderen auch über die Stellung des Apostolicum im Taufformular aussprach, richtete der Herr Abgeordnete Rhamm an die Herzogliche Kirchenregierung die Anfrage, ob dieselbe hinsichtlich der Bedeutung des apostolischen Glaubensbekenntnisses noch auf dem gleichen Standpunkte stehe, welchen der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti auf der 2. ordentlichen Landesynode (in der Sitzung vom 12. December 1876) durch folgende Erklärung:

„Aus der Aufnahme des Apostolicums in die Gottesdienstordnung kann nach Ansicht des Kirchenregiments eine Verächtigung zur Bedrückung der Gewissen nicht abgeleitet werden. Das Bekenntniß ist überhaupt norma normata, nicht normans credendum“

dargelegt habe.

Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien bejahte die gestellte Anfrage.

Der Herr Abgeordnete Hörmann beantragte, daß am Schlusse des Taufformulars 2 (Seite 4 Zeile 14 hinter den Worten „zu eigen geben“) „Amen“ hinzugefügt werde; nach kurzer Debatte zog derselbe jedoch diesen Antrag zurück.

Sodann wurde festgestellt, daß es auf Seite 4, Zeile 7 v. u. statt der Worte „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen“ lauten müsse: „Niemand soll dich aus meiner Hand reißen“.

Ferner auf Seite 7, Zeile 2 v. o. statt: „oder wenn es sonst zu wissen“ „oder wem es sonst zu wissen“.

Ferner auf Seite 7, Zeile 8 v. o. statt „erinnert wird“ „erinnert werde“.

Es folgte nunmehr die Berathung über den Commissionsantrag N. 1. Derjelbe wurde von der Versammlung abgelehnt.

## Protokoll 7.

Hiernach beantragte der Herr Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen),  
daß auf Seite 7 Zeile 11 v. o., anstatt „der Herr segne Euch und behüte Euch“  
gesagt werde: „der Herr segne Dich und behüte Dich.“

Der Antrag wird nach kurzer Debatte von der Versammlung angenommen.

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste  
Sitzung, nach Mittheilung der Tagesordnung, auf Donnerstag, den 24. Januar cr.,  
Morgens 10 Uhr an.

Der Präsident.

*Lerche.*

Referendar v. Damm,  
protokoll. Secretair.

## Protokoll S.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N. 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Gechehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
24. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode mit Ausnahme des Abgeordneten Kühne, und der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk. Als Vertreter des Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Phisfeld und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Herrn Abgeordneten Sterl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden, nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles vom 23. d. Mts.  
wurde in die Tagesordnung eingetreten.

I. Zunächst wurde die Berathung über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend (Anl. 10 u. 14), fortgesetzt.

Zunächst stellte der Herr Vorsitzende fest, daß in Folge der Annahme des Antrages des Herrn Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen), auf Seite 7, Zeile 11 die Worte „der Herr segne Euch und behüte Euch“ in „der Herr segne Dich und behüte Dich“ umzuwandeln, die gleiche Aenderung in Zeile 12 und 13, sowie auch in der auf Seite 8 und 9 vorkommenden Segensformel vorgenommen werden müsse.

Hierauf wurden die Commissionsanträge 2, 3 und 4 der Anl. 14 von der Versammlung angenommen.

Sodann wurde festgestellt, daß es auf S. 7 Z. 19 v. u. statt „daß“ „des“ lauten, ferner daß auf S. 10 Z. 1 v. u. das Comma fortzufallen müsse.

Ferner wurde auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 10 Z. 4 v. o. das Wort „nachstehenden“ in „folgenden“ umgewandelt.

Auf S. 11 vor Zeile 1 hinzugefügt: „der Geistliche legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“

auf S. 11. Z. 16 v. o. statt „vielmehr“ gesagt „vielmehr ist“, auf S. 11. Z. 6 v. u. statt „das Gut“ „das Gute“.

Sodann wurde von der Versammlung ein Antrag des Herrn Abgeordneten von Schwarzh (Eremlingen):

auf Seite 11 Z. 15 v. u. hinter dem Worte Stirn und hinter dem Worte Brust, gleichwie auf Seite 5 Z. 3 v. o., das Kreuzeszeichen hinzuzufügen, angenommen.

Ferner wurde auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 12 am Ende „Amen“ hinzugefügt.

Auf S. 13 vor Z. 1 die Worte: „Der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“

Hiernach wurde der Commissionsantrag 5 der Anlage 14 berathen.

Der Referent, Herr Abgeordnete Hörmann zieht jedoch diesen Antrag nach kurzer Debatte zurück.

Darauf wird auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 13 am Ende „Amen“, auf S. 14 vor Z. 1 „der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“ hinzugefügt.

Auf S. 14 Z. 2 v. o. das Wort „Sünde“ in „Sünden“,

auf S. 15 Z. 2 v. o. „bauet“ in „trauet“,

auf S. 15 Z. 18 v. u. „Herrn“ in „Höchsten“ umgewandelt.

Endlich beantragte der Herr Abgeordnete von Schwarzh:

festzustellen, daß sein Antrag, in der Segensformel „Euch“ in „Dich“ umzuwandeln, sich nicht nur auf die 3 ersten Taufformulare, sondern auch auf die auf S. 11, S. 13, S. 14 vorkommenden Segensformeln beziehe,

welchem Antrage die Versammlung zustimmte.

Hiernach wurde zur Berathung der liturgischen Ordnung der Confirmationshandlung geschritten.

Auf S. 17 Z. 8 v. o. werden auf Antrag der liturgischen Commission die Worte „an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage“ in „an einem vorhergehenden Sonn- oder Festtag-nachmittage“ verwandelt.

Ueber den fernerer Antrag auf S. 17 Z. 19 v. o. hinter „Confirmationsacte“ einzuschreiben: „bei welchem die Betglocke angeschlagen werden kann“ entspann sich eine längere Debatte. Der Referent Herr Abgeordnete Hörmann zog darauf den Antrag zurück und beantragte anstatt dessen

auf S. 18 Z. 4 hinter den Worten „fährt derselbe fort“ einen Stern hinzuzufügen und die Fußnote: „Während des Folgenden oder auch während der Einsegnung kann die Betglocke angeschlagen werden“.

Derjelbe bemerkte dabei, daß die an manchen Orten beſtehende Sitte, während der Einſegnung mit den Glocken zu läuten, auch fernerhin beibehalten werden könne.

Der Antrag wurde von der Verſammlung angenommen.

Der Herr Abgeordnete Skerl ſpricht den Wunſch aus, daß auf S. 17 Z. 19 v. o. ſtatt „Confirmationsact“ geſagt werden möge „Confirmationshandlung.“

Sodann wird der Commissionsantrag 6 der Anl. 14 berathen.

Der Herr Abgeordnete Eggeling ſtellt den Antrag:

Den Satz, deſſen Einſchiebung die Commission beantragt hat, in Klammern zu drucken.

Beide Anträge werden von der Verſammlung angenommen.

Der Commissionsantrag 7 der Anlage 14 wird nach vorangegangener Berathung von der Verſammlung abgelehnt.

Hiernach beantragt der Herr Abgeordnete Skerl:

Die dritte Frage an die Conſirmanden, Seite 18, möge lauten: Wollt ihr in ſolchem Glauben, wie ihn unſere evangeliſch-lutheriſche Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, beſtändig beharren, die Gnadenmittel dieſer Kirche, inſonderheit die Predigt und Gottes Wort, das Gebet und das Sacrament des Altars fleißig und gewiſſenhaft gebrauchen und in dem allen getreu ſein biß in den Tod? (ſo antwortet: . . . .)

Es wurde über den Antrag verhandelt und dieſer von der Verſammlung angenommen.

Ferner beantragt der Herr Abgeordnete Skerl,

daß die erſte Antwort der Conſirmanden (S. 18) lauten möge: Ja, das glauben wir.

die zweite Antwort: Ja, das geloben wir.

die dritte Antwort: Ja, mit Gottes Hilfe.

Der Antrag wird von der Verſammlung ohne Debatte angenommen.

Sodann beantragt der Herr Abgeordnete Eiſfeldt:

Hohe Synode wolle beſchließen in der Fußnote S. 18 zu ſagen:

So fordere ich euch auf alle mit einem Munde euren chriſtlichen Glauben zu bekennen

oder zu ſagen:

einer oder mehrere Knaben ſprechen das apoſtoliſche Glaubensbekenntniß.

Nach vorangegangener Verhandlung wird der Antrag von der Verſammlung angenommen.

Hierauf wurde ein Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl:

„in die eigentliche Confirmationsformel möge in Zeile 4 von oben hinter den Worten „beſtätige euch als Glieder unſerer evangeliſch-lutheriſchen Kirche“ der Zuſatz gemacht werden: „und wie ihr damit alle Verpflchtungen derſelben über-  
nimmt, ſo . . . .“

von der Verſammlung ohne Debatte angenommen.

Sodann iſt der Commissionsantrag 8 der Anl. 14 und zu gleicher Zeit ein Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl:



der auf Seite 19 befindliche Stern und die dazu gehörige Anmerkung werde hinter das eingebettete Amen am Schlusse der Seite 18 veretzt, berathen.

Der Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl wird von der Versammlung abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Hierauf wird auf Antrag der Commission auf S. 19 Z. 11 v. o. „möge“ in „mögen“ umgewandelt.

Hierauf wurde der Antrag 9 der Commission (Anl. 14) berathen.

Gleichzeitig auch ein Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl:

Oben auf Seite 19 werde fortgefahren: „Darnach folgt die Einsegnung der Kinder etwa mit folgendem Gebete:“

Letzterer Antrag wird von der Versammlung abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Endlich wurde darüber verhandelt, ob der auf S. 20 zwischen Z. 13 u. 14 v. o. befindliche Strich an dieser Stelle stehen bleiben oder ob er auf S. 19 zwischen Z. 28 u. 29 v. o. gesetzt werden, oder ob derselbe ganz fortfallen solle. Eine Abstimmung erklärt der Herr Vorsitzende für nicht erforderlich.

II. Nachdem sodann noch die an Se. Königliche Hoheit, den Regenten, zu richtenden Schreiben über erledigte Gegenstände,

- a. Entwurf zu einem Kirchengesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betr., (Anlage 17.)
- b. Entwurf zu einem Kirchengesetz, Abänderung der Geschäftsordnung für die Landessynode und deren Ausschuss betr. (Anl. 18)
- c. betr. ein Ersuchen um Beseitigung der bei dem Wahlverfahren vorgekommenen Ordnungswidrigkeiten (Anl. 19.)

verlesen und genehmigt waren, schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung, nach Mittheilung der Tagesordnung, auf Freitag, den 25. Januar 1889, Morgens 10 Uhr an.

Der Präsident.

*Lerche.*

Referendar v. *Damm*,  
protokoll. *Secretair.*

## Redactionelle Aenderungen und Zusätze zu dem Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, welche bei der ersten Lesung angenommen sind.

- 1) §. 2 §. 2 soll lauten „Der Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation wird im Verordnungswege festgesetzt.“
- 2) §. 4 §. 7 v. u. Anstatt „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen“ soll es heißen „Niemand soll dich aus meiner Hand reißen.“
- 3) §. 7 §. 11—13 v. o. Statt „Der Herr segne euch und behüte euch u. s. w.“ soll gesagt werden „Der Herr segne dich und behüte dich u. s. w.“
- 4) §. 7 §. 19 v. u. Statt „Daß“ soll es lauten „Deß.“
- 5) §. 7 §. 5 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Die beiden Fragen können auch gemeinsam durch ein Ja beantwortet werden.“
- 6) §. 8 §. 15—17 v. o. Wie bei N. 3.
- 7) §. 8 §. 10 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Anstatt dieser Frage können auch die beiden Fragen aus dem zweiten Formular gebraucht werden.“
- 8) Zu §. 8 unten soll hinzugefügt werden „Hier kann das am Schluß der beiden ersten Formulare stehende Dankgebet hinzugefügt werden.“
- 9) §. 9 §. 1—3 v. o. Wie bei N. 3.
- 10) §. 10 §. 1 v. o. Nach dem Worte gemäß fällt das Komma fort.
- 11) §. 10 §. 4 v. o. Statt „nachstehenden“ soll gesagt werden „folgenden.“
- 12) §. 11 vor §. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 13) §. 11 §. 5—7 v. o. Wie bei N. 3.
- 14) §. 11 §. 16 v. o. Statt „vielmehr“ soll es heißen „vielmehr ist“
- 15) §. 11 §. 6 v. u. Statt „das Gut“ soll es lauten „das Gute.“
- 16) §. 12 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.

- 17) S. 13 vor Z. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 18) S. 13 Z. 14—16 v. o. Wie bei M 3.
- 19) S. 13 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 20) S. 14 vor Z. 1 v. o. Wie bei M 17.
- 21) S. 14 Z. 2 v. o. Statt „Sünde“ soll es heißen „Sünden“
- 22) S. 14 Z. 14—16 v. o. Wie bei M 3.
- 23) S. 15 Z. 2 v. o. Statt „bauet“ soll es lauten „trauet“
- 24) S. 15 Z. 18 v. u. Statt „Herrn“ soll es heißen „Höchsten“.
- 25) S. 17 Z. 8 v. o. Statt „an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage“ soll es heißen „an einem vorhergehenden Sonn- oder Festagnachmittage“
- 26) S. 17 Z. 19 v. o. Statt „zu dem eigentlichen Confirmationsacte“ soll gesagt werden „zu der eigentlichen Confirmationshandlung“
- 27) S. 17 wird vor Z. 21 v. o. unter Einklammerung hinzugefügt „Unsere Hülfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Meine Geliebten in dem Herrn, ihr seht hier diese Söhne und Töchter, welche schon in ihrer Kindheit durch die heilige Taufe unserm Herrn Jesus Christus und Seiner heiligen Kirche eingepflanzt sind, auf daß sie unter christlicher Zucht und Ermahnung als Gottes Pflanzen erwachsen und mit Früchten der Gerechtigkeit erfüllt werden möchten. Weil sie nun nach dem Befehle des Herrn in Gottes Wort unterrichtet und zur Erkenntniß Seines Willens und Seines heiligen Evangeliums angeleitet worden sind, so begehren sie ihren christlichen Glauben mit eigenem Munde allhier zu bekennen und das Taufgelübde selbst über sich zu nehmen, damit sie an dem Sacrament des heiligen Abendmahls Theil haben und als vollständige Glieder der Kirche Christi wandeln können.“
- 28) S. 18 nach Z. 5 v. o. wird unter Einklammerung folgende Bemerkung hinzugefügt „Während des Folgenden oder bei der Einsegnung kann mit der Betglocke angeschlagen werden, oder kann Glockengeläut eintreten.“
- 29) S. 18 Z. 16 u. 17 v. o. Statt „Ja, wir glauben“ soll es heißen „Ja, das glauben wir.“
- 30) S. 18 Z. 20 u. 21 v. o. Statt „Ja, mit Gottes Hülfe“ soll es heißen „Ja, das geloben wir.“
- 31) S. 18 Z. 25—27 v. o. Statt „Ja, Gott stärke uns durch Jesum Christum“ soll es heißen „Ja, mit Gottes Hülfe.“
- 32) S. 18 Z. 23—25 v. o. soll die Frage lauten „Wollet ihr in solchem Glauben, wie ihn unsere evangelisch-lutherische Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, beständig beharren, die Gnadenmittel dieser Kirche, insonderheit die Predigt und Gottes Wort, das Gebet und das Sacrament des Altars fleißig und gewissenhaft gebrauchen und in dem Allen getreu sein bis in den Tod?“
- 33) S. 18 Z. 31 v. o. Statt „und spreche“ soll es heißen „und wie ihr damit alle Verpflichtungen, derelassen übernehmt, so ihre ich“

- 34) S. 18 in der Fußnote soll nach Z. 3 hinzugefügt werden „(indem ihr Alle gemeinsam ihn sprechen möget)“  
Seite 18 in der Fußnote soll nach Z. 4 hinzugefügt werden „(die Confirmanden sprechen das apostolische Glaubensbekenntniß.)“
- 35) S. 19 Z. 1 v. o. Statt „Lasset uns beten:“ soll gesagt werden „Lasset uns nun zur Stärkung und Kräftigung dieser Kinder im rechten Glauben und wahrhaftiger Gottseligkeit den Beistand des allmächtigen Gottes anrufen und also für sie beten:“
- 36) S. 19 nach Z. 19 v. o. wird folgende Bemerkung eingeschoben „(Während dieses Gebetes kann der Geistliche segnend seine rechte Hand über die Confirmanden ausstrecken, entweder am Altare stehend, oder zwischen ihnen hindurchschreitend. Wo die Zahl der Confirmanden es zuläßt, kann dabei jedem einzelnen die Hand aufs Haupt gelegt werden.)“
-

## Protokoll 9.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N. 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
25. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode mit Ausnahme der Abgeordneten von Cramm und Kühne, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk;

als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Philstedt und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Herrn Abgeordneten Skerl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden, nach Verlesung und Genehmigung des Protokollens vom 24. d. Mts. machte

I. der Herr Präsident der Versammlung die Mittheilung, daß der Herr Abgeordnete von Cramm durch dringende Berufsgeschäfte nach Berlin gerufen und daher für den 25. und 26. d. Mts. beurlaubt sei.

II. Sodann stellte der Herr Abgeordnete Skerl den Antrag:

Höhe Synode wolle an die Herzogliche Kirchenregierung das ergebene Ersuchen richten, dieselbe möge die Landessynode thunlichst noch in dieser Sitzungsperiode zu verfassungsmäßiger Mitwirkung bei der authentischen Interpretation des §. 1 des Gesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, heranziehen.

Die Interpretation selbst aber möge in der Richtung erfolgen:

durch die Worte am Schlusse des §. 1 des gedachten Gesetzes: „ist

möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen“, sollen die früheren gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf das Geschlossensein der Charwoche für Trauungen aufgehoben sein, und soll vielmehr, wenn die bürgerliche Eheschließung in der stillen Woche sich nicht hat verhindern lassen, die kirchliche Trauung dann gleichfalls in der stillen Woche vorgenommen werden.“

Der Antrag wurde genügend unterstützt und die sofortige Berathung desselben von der Versammlung beschlossen.

Der Herr Abgeordnete Jeep betonte, daß am Charfreitag Trauungen unter keinen Umständen erlaubt werden dürften.

Als der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien darauf bemerkte, daß eine derartige Bestimmung im Wege der authentischen Interpretation nicht zu erreichen sei, stellte der Herr Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen) den Antrag,

Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, eine Revision der Bestimmungen über die geschlossene Zeit herbeizuführen.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und die sofortige Berathung desselben beschlossen.

Die Abstimmung erfolgte zunächst über den Antrag des Herrn Abgeordneten von Schwarz, als den weitergehenden.

Derselbe wurde von der Versammlung angenommen und damit der Antrag des Herrn Abgeordneten Sferl hinfällig.

### III. Hiernächst stellte der Herr Abgeordnete Bach den Antrag:

„Hohe Synode erucht Herzogl. Kirchenregierung in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Erweiterung der Verwendungszwecke des Kirchenvermögens nach der Richtung hin thunlich sei, daß dasselbe da, wo es dazu ausreicht, auch zu Zwecken der Förderung des christlichen Lebens innerhalb der betreffenden Gemeinden verwandt werden darf, und eventuell der nächsten ordentlichen Landesynode einen diesbezüglichen Gesekentwurf vorzulegen.“

Der Herr Abgeordnete Bach begründete seinen Antrag. Derselbe wurde genügend unterstützt und die Ueberweisung desselben an die kirchenrechtliche Commission von der Versammlung beschlossen.

### IV. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst das Gesetz, betreffend die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation (Anl. 10 und 14) berathen.

Der Titel und Eingang des Gesetzes, sowie der §. 1 desselben werden ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Darauf stellte der Herr Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen) den Antrag:

Hohe Synode wolle dem §. 2 des Gesetzes folgende Fassung geben:

„Der Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation wird im Besordnungswege festgesetzt.“

Der Antrag wurde von der Versammlung angenommen. Hiernach wird der §. 3 und der Schluß des Gesetzes, sowie das ganze Gesetz in der jetzt gewonnenen Gestalt von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

V. Es folgte nunmehr die Berichterstattung des Herrn Abgeordneten Rhamm über den Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung. (Anl. 12 und 16.)

Derselbe befürwortet die Annahme des Gesetzes mit den von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen und begründete diesen Vorschlag folgendermaßen:

Da durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, betreffend die Beurkundung des Personenstandes, die staatliche Nöthigung zur Taufe und kirchlichen Trauung fortgefallen sei, so müsse jetzt die Kirche mit eigenen Mitteln ihre Mitwirkung bei der Regelung des Familienlebens erzwingen. Es sei durchaus billig, daß die Ausübung der kirchlichen Rechte von der Erfüllung der einfachsten kirchlichen Pflichten abhängig gemacht werde.

Dieser Grundgedanke finde sich zum Theil bereits in dem Gesetze Nr. 52 von 1851 §. 9 angedeutet.

Neuerdings seien in den meisten deutschen Staaten Gesetze von ähnlichem Inhalt wie der vorgeschlagene Gesetzentwurf erlassen. Der Entwurf stimme fast wörtlich mit dem Gesetze für altpreussische Provinzen von 1880 überein.

Die Frage, ob ein derartiges Gesetz für das Herzogthum Braunschweig ein Bedürfnis sei, könne allerdings nur bedingt bejaht werden. Nach den der Synode überreichten statistischen Zusammenstellungen sei der Procentatz der nicht Getauften und nicht kirchlich Getrauten auf dem Lande und in den kleineren Städten ein sehr geringer. Anders verhalte sich dieses aber in der Stadt Braunschweig.

Hier sei es indessen fraglich, ob ein nennenswerther Fortschritt erreicht werden könne.

Das Recht, derartige Mittel, wie die vorgeschlagenen, anzuwenden, könne der Kirche nicht bestritten werden. Eine jede Corporation bestrafe die Uebertretung ihrer Satzungen. Die Kirche sei nun eine öffentlich rechtliche Corporation von der höchsten Bedeutung. Sie müsse daher auch die Mißachtung ihrer Satzungen bestrafen können.

Die Inspectionssynoden hätten sich sämmtlich für den Erlaß eines derartigen Gesetzes ausgesprochen.

Wenn nicht bereits früher ein derartiges Gesetz erlassen sei, so liege das nicht daran, weil principielle Bedenken dagegen obgewaltet hätten, sondern man habe erst die anderwärts gemachten Erfahrungen abwarten wollen.

Diese Erfahrungen seien nun im höchsten Grade günstig.

Aus den über den Erfolg dieser Gesetze veröffentlichten Berichten geht hervor, daß durch dieselben das Gemeinbewußtsein gekräftigt und das Ansehen der Kirchenvorstände gestiegen ist.

Ein derartiger Versuch dürfe also nicht von vorn herein abgebrochen werden. Referent bittet an das Gesetz ohne Voreingenommenheit heranzugehen.

Was die Commissionsanträge betreffe, so behalte sich Referent vor, dieselben bei der Berathung der einzelnen Gesetzes-Paragraphe zu begründen.

Auf Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl beschließt sodann die Versammlung, daß der besonderen Berathung eine allgemeine vorhergehe.

Es folgt darauf eine umfangreiche Debatte über den Gesetzentwurf.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Verhandlung angenommen war, erhielt der Referent das Wort zu einem Schlußvortrage.

Derselbe führt aus, daß die Schwierigkeit der Durchführung durchaus nicht gegen das Gesetz spreche. — Wenn nun die Befürchtung ausgesprochen sei, es werde auf dem betretenen Wege weiter fortgeschritten werden und eine weitere Verschärfung der kirchlichen Zuchtmittel eintreten, so sei dieses unbedenklich.

Der Kirchenregierung liege eine derartige Absicht fern.

Außerdem könne zu einer derartigen Verschärfung später die Synode immer noch ihre Mitwirkung versagen. Die vorgeschlagenen Mittel widersprächen durchaus nicht dem Geiste der evangelisch-lutherischen Kirche.

Hierauf beschließt die Versammlung auf Antrag des Herrn Abgeordneten Rhamm, daß die Berathung der einzelnen Paragraphen auf die nächste Sitzung verschoben werde.

VI. Zum Schlusse wurden verschiedene an Se. Königl. Hoheit, den Regenten zu richtende Schreiben verlesen und genehmigt; und zwar:

- a. vom Herrn Abgeordneten v. Schwarz (Hessen) ein Schreiben über die durch die Mittheilung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche veranlaßten Anträge der Landesynode. — Anl. 20 —,
- b. vom Herrn Abgeordneten Eggeling über das Schicksal des Entwurfs die theologischen Prüfungen betr. — Anl. 21 —,
- c. vom Herrn Abgeordneten Skerl über den Antrag der Synode, betreffend die Ergänzung des §. 5 des Gesetzes vom 8. December 1875. — Anl. 22 —.

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung, nach Mittheilung der Tagesordnung, auf Sonnabend, den 26. Januar cr., Morgens 10 Uhr an.

### **Zur Beglaubigung:**

Der Präsident.

*Lerche.*

Referendar v. Damm,  
protokoll. Secretair.



# Protokoll 10.

## Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 *N.* 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
26. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landessynode mit Ausnahme der Abgeordneten von Gramm und Kühne, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretär.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Pfisselbeck, sowie die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Sterl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden, nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle vom 21. und 25. d. Mts., verlas

I. der Abgeordnete Langerfeldt ein Schreiben an Seine Königliche Hoheit, den Regenten, betreffend den Beschluß der Versammlung über die Petition des Pastors Stöltzing und Genossen über das Verfahren bei Reparaturen geistlicher Gebäude, welches von der Versammlung genehmigt wurde. (Anlage 23).

Anl. 23

II. Hiernächst wurde vom Abt Dr. Sallentien, um der in der gestrigen General-Debatte über den Entwurf, betreff. ein Kirchengesetz wegen Verletzung kirchlicher Pflichten u. s. w., von mehreren Abgeordneten geäußerten Besorgniß, daß dieses vorliegende Gesetz nur das erste Glied einer Kette weiterer Maßregeln der Kirchenzucht sein werde, entgegenzutreten, eine Erklärung dahin abgegeben, daß die Vorlage eines Kirchengesetzes über weitergehende Maßregeln der Kirchenzucht, als in dem gegenwärtig vorliegenden Kirchengesetze enthalten seien, nicht in der Absicht des Herzogl. Consistoriums läge.

III. Sodann ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über, und zwar zur Fortsetzung der Berathung des Entwurfes eines Kirchengesetzes, betreff. die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung. (Anlagen 12 und 16).

Der Titel und Eingang des Gesetzes wurden genehmigt und ging die Versammlung über die §§. 1 und 2 ohne Debatte hinweg; auch der erste Absatz des §. 3 wurde angenommen; die Berathung über den zweiten Absatz des §. 3 wurde einstweilen ausgesetzt.

Zu §. 4, dessen zweiter Absatz ebenfalls vorläufig von der Berathung ausgeschlossen wurde, stellte zunächst der Abgeordnete von Schwarz (Cremlingen) nach kurzer Begründung den Antrag:

die Worte „ohne triftige Gründe“ zu streichen,  
und ferner der Abgeordnete Keunecke einen weiteren Antrag:

die Worte „sowie des Rechtes der Taufpathenschaft“ zu streichen.

Beide Anträge fanden genügende Unterstützung und wurden vom Herrn Vorsitzenden mit zur Berathung gestellt.

Nachdem sich der Abt Dr. Sallentien sowie die Abgeordneten Bach und Langerfeldt gegen den Antrag von Schwarz (Cremlingen), sowie der Abgeordnete Rhamm gegen diesen sowie auch gegen den Antrag Keunecke auf's entschiedenste ausgesprochen hatten, wurden beide Anträge von der Versammlung mit großer Majorität abgelehnt.

Der Abs. 1 des §. 4 wurde hierauf angenommen.

Bei dem §. 5 entspann sich sodann eine sehr bewegte Debatte, an welcher sich namentlich die Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde, sowie die Abgeordneten Eskerl, Rhamm, Zerbst, von Schwarz (Cremlingen), Schröter und Leidloff theilnahmen. Nach Schluß derselben wurde der §. 5 angenommen.

Auch der §. 6 gab den Abgeordneten Leidloff, Schulz, Rhamm, Eimecke und Bach sowie dem Abt Dr. Sallentien zu einer kurzen Discussion Veranlassung, welche aber damit schloß, daß der §. 6 angenommen wurde.

Zu §. 7 referirte hierauf der Abgeordnete Rhamm über den zu demselben vorgeschlagenen Commissionsantrag Nr. 2 der Anlage 16 und wurde dieser, nachdem auch der Abt Dr. Sallentien sich für denselben ausgesprochen hatte, und darauf der §. 7 selbst von der Versammlung angenommen.

Der §. 8 wurde ohne Debatte und ohne Aenderung acceptirt.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Langerfeldt beschloß sodann die Versammlung, über die §§. 9, 10 und 11 gemeinschaftlich zu berathen, mit dem Vorbehalte, daß der Abs. 2 des §. 11 vorläufig außer Betracht bleibe.

Der Abgeordnete Langerfeldt stellte hierauf nach kurzer vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

die §§. 9—11 ganz zu streichen und durch folgenden neuen §. zu ersetzen:

„Wird die versäumte Pflicht nachträglich erfüllt, oder ist die nachträgliche Erfüllung der verletzten kirchlichen Pflicht nicht mehr möglich, so können die entzogenen Rechte (in letzterem Falle auf Grund nachhaltiger Beweise kirchlichen Wohlverhaltens) vom Kirchenvorstande wieder beigelegt werden.“

Dieser Antrag wurde genügend unterstützt und mit zur Berathung gezogen, nach kurzer Debatte aber, in welcher sich der Abt Dr. Sallentien, sowie die Abgeordneten Rhamm, Rothe, Schröter und v. Schwarz (Cremlingen) gegen dessen Annahme ausgesprochen hatten, von der Versammlung abgelehnt.

Die Versammlung nahm darauf die §§. 9, 10 und 11 Abj. 1 unverändert an.

Hierauf ging die Versammlung zur Berathung des §. 12 zugleich mit dem zweiten Absatz des §. 4 über.

Nachdem sich der Abgeordnete Rhamm als Referent dahin ausgesprochen hatte, dem Commissionsantrage gemäß (Antrag 4 a der Anlage 16)

den ganzen §. 12 zu streichen, entpann sich eine lange und sehr bewegte Debatte, in welcher namentlich die Abgeordneten Eißfeldt, Bach, Schönermark, Schulz, Zerbst, Reunecke, v. Schwarz (Cremlingen), Schröter und der Abt Dr. Sallentien in eingehenden und umfassenden Reden ihre Ansichten darlegten.

Während der Debatte stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) einen Antrag dahin:

dem §. 12 folgende Fassung zu geben:

„Kirchenglieder“ u. s. w. bis „zurückzuweisen, wenn nicht aus den besonderen Umständen des Falles hervorgeht, daß keine Verachtung des Wortes Gottes oder der auf dasselbe gegründeten kirchlichen Ordnung vorliegt.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Ein zweiter Antrag des Abgeordneten Guericke, welcher dahin ging:

dem §. 12 folgende Fassung zu geben, „Kirchenglieder“ u. s. w. bis „zurückzuweisen, wenn sie durch öffentliches Aergerniß erregende Reden oder Handlungen befunden, daß sie das Sacrament verachten“,

fand keine Unterstützung Seitens der Mitglieder.

Nach Schluß der Debatte wurde von der Versammlung der Commissionsantrag A 4 a der Anlage 16, den ganzen §. 12 zu streichen, angenommen, worauf der Herr Vorsitzende erklärte, daß damit selbstverständlich auch der Abj. 2 des §. 4 in Wegfall gekommen sei.

Darauf wurden die §§. 13, 14 und 15 ohne Debatte, der §. 16 nach kurzer Discussion zwischen den Abgeordneten Rothe, Reunecke, Bach und dem Abt Dr. Sallentien angenommen.

Nachdem der Herr Vorsitzende sodann noch den §. 3 Abj. 2 und den §. 11 Abj. 2 zur Berathung gestellt hatte, wurde von dem Abgeordneten Rhamm über die Commissionsanträge 1, 3 und 5 der Anlage 16 kurz referiert und deren Annahme der Versammlung empfohlen.

Nachdem sich der Abt Dr. Sallentien darauf gegen die Anträge der Commission ausgesprochen hatte, wurde der Vorschlag des Referenten Rhamm, den Antrag A 5 der Anlage 16 nochmals an die Commission zurückzuverweisen, von der Versammlung acceptiert.

Der Abgeordnete Rhamm ersuchte dann ferner den Herrn Vorsitzenden, die Verhandlungen für eine kurze Zeit zu schließen, in welcher sich die Commission über eine andere Fassung des Antrages 5 der Anlage 16 schlüssig machen werde.

Der Herr Vorsitzende hob deshalb die Sitzung für die Dauer von 15 Minuten auf.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen stellte sodann der Abgeordnete Rhamm im Namen der Commission folgenden neu formulierten Antrag:

Dem Entwurf folgenden Schlußparagraphen hinzuzufügen:

„Den Betheiligten steht“ u. s. w. wie im Antrage 5 der Anlage 16 bis „das Recht der Beschwerde“ und dann weiter: „an Herzogliches Consistorium zu, welches in der im § 27 Nr. 3 der Synodal-Ordnung angegebenen Weise unter Zuziehung des Ausschusses der Landessynode endgültig zu entscheiden hat.“

Die Versammlung nahm darauf die Commissionsanträge 1, 3 und 5, letzteren in der eben angegebenen neuen Fassung, an.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Montag, den 28. d. Mts. morgens 10 Uhr an.

### **Zur Beglaubigung:**

Der Präsident.

*Lerche.*

Affessor **Koch**,  
protokoll. Secretair.

## Protokoll 11.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N. 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Gechehen im Sitzungsjaale der Landesversammlung  
im Landtschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
28. Januar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode mit Ausnahme der Abgeordneten von Cramm und Kühne, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretär.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt und der Herr Ministerialrath Hartwig; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Phiseldiek, sowie die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Skerl und darauf folgender Eröffnung der Sitzung, nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles vom 26. Januar, theilte

I. der Herr Vorsitzende der Versammlung mit, daß dem Abgeordneten von Cramm auf sein Ansuchen für die heutige Sitzung Urlaub ertheilt sei, und theilte ferner

II. den Eingang und Inhalt eines Höchsten Rescripts vom 25. d. Mts. N. 8828 bei Vorlegung des Entwurfes eines Erlasses des Herzogl. Consistorii, die Zulassung zur Confirmation betreffend, mit. (Anlage 24).

Der Entwurf wurde sodann von dem Herrn Vorsitzenden der zur Vorberathung des Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, gewählten Commission zur Vorprüfung zugewiesen.

Anl.

III. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte sodann der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) auf Grund des §. 43 der Geschäftsordnung für die Landesynode den Antrag: die Verhandlungen über §. 4, b und Schlußparagraph des Kirchengesetzes, die Kirchenzucht betreffend, nochmals wieder aufzunehmen, sowie die Abstimmung über §. 12 wiederholen zu lassen.

Der Antrag wurde, nachdem sich der Abgeordnete Hamm kurz gegen denselben ausgesprochen hatte, von der Versammlung abgelehnt.

IV. Hierauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung und zwar zunächst zu der zweiten Lesung des Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend (Anl. 10 und 14, Prot. 7, 8 und 9), über.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten wurde hierbei beschlossen, den Entwurf nicht seinem ganzen Wortlaute nach nochmals durchzuberathen, sondern nur insoweit als redactionelle Aenderungen und Zusätze zu demselben in erster Lesung angenommen seien.

Die Versammlung beschloß hierauf folgende Aenderungen resp. Zusätze:

- 1) §. 2 §. 2 soll lauten „Der Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation wird im Verordnungswege festgesetzt.“

Sodann stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) folgende Anträge:

- a: Auf Seite 4 der Anlage 10 b Zeile 5 die Worte „von Natur“ zu streichen, ferner
- b: Auf Seite 4 der Anlage 10 b M. 2 Absatz 2 den letzten Relativsatz „und welcher“ bis „im Licht“ zu streichen.

Der zweite Antrag fand keine Unterstützung Seitens der Mitglieder. Der erste Antrag wurde genügend unterstützt, zur Berathung gestellt, nach kurzer Debatte aber zwischen den Abgeordneten Hörmann, Schönermark, dem Abt Dr. Sallentien und dem Antragsteller abgelehnt.

Die Versammlung beschloß darauf ferner folgende Aenderungen resp. Zusätze:

- 2) §. 4 Z. 7 v. u. Anstatt „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen“ soll es heißen „Niemand soll dich aus meiner Hand reißen.“
- 3) §. 7 Z. 11—13 v. o. Statt „Der Herr segne euch und behüte euch u. s. w.“ soll gesagt werden „Der Herr segne dich und behüte dich u. s. w.“
- 4) §. 7 Z. 19 v. u. Statt „Daß“ soll es lauten „Deß.“
- 5) §. 7 Z. 5 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Die beiden Fragen können auch gemeinsam durch ein Ja beantwortet werden.“
- 6) §. 8 Z. 15—17 v. o. Wie bei M. 3.
- 7) §. 8 Z. 10 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Anstatt dieser Frage können auch die beiden Fragen aus dem zweiten Formulare gebraucht werden.“
- 8) Zu §. 8 unten soll hinzugesetzt werden „Hier kann das am Schluß der beiden ersten Formulare stehende Dankgebet hinzugefügt werden.“
- 9) §. 9 Z. 1—3 v. o. Wie bei M. 3.
- 10) §. 10 Z. 1 v. o. Nach dem Worte gemäß fällt das Komma fort.

- 11) S. 10 Z. 4 v. o. Statt „nachstehenden“ soll gesagt werden „folgenden.“
- 12) S. 11 vor Z. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 13) S. 11 Z. 5—7 v. o. Wie bei M. 3.
- 14) S. 11 Z. 16 v. o. Statt „vielmehr“ soll es heißen „vielmehr ist“
- 15) S. 11 Z. 6 v. u. Statt „das Gut“ soll es lauten „das Gute.“
- 16) S. 12 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 17) S. 13 vor Z. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 18) S. 13 Z. 14—16 v. o. Wie bei M. 3.
- 19) S. 13 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 20) S. 14 vor Z. 1 v. o. Wie bei M. 17.
- 21) S. 14 Z. 2 v. o. Statt „Sünde“ soll es heißen „Sünden“
- 22) S. 14 Z. 14—16 v. o. Wie bei M. 3.
- 23) S. 15 Z. 2 v. o. Statt „bauet“ soll es lauten „trauet“
- 24) S. 15 Z. 18 v. u. Statt „Herrn“ soll es heißen „Höchsten“.
- 25) S. 17 Z. 8 v. o. Statt „an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage“ soll es heißen „an einem vorhergehenden Sonn- oder Festagnachmittage“
- 26) S. 17 Z. 19 v. o. Statt „zu dem eigentlichen Confirmationsacte“ soll gesagt werden „zu der eigentlichen Confirmationshandlung“
- 27) S. 17 wird vor Z. 21 v. o. unter Einflammerung hinzugefügt „Unsere Hülfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Meine Geliebten in dem Herrn, ihr seht hier diese Söhne und Töchter, welche schon in ihrer Kindheit durch die heilige Taufe unserm Herrn Jesus Christus und Seiner heiligen Kirche eingepflanzt sind, auf daß sie unter christlicher Zucht und Ermahnung als Gottes Pflanzen erwachsen und mit Früchten der Gerechtigkeit erfüllt werden möchten. Weil sie nun nach dem Befehle des Herrn in Gottes Wort unterrichtet und zur Erkenntniß Seines Willens und Seines heiligen Evangeliums angeleitet worden sind, so begehren sie ihren christlichen Glauben mit eigenem Munde allhier zu bekennen und das Taufgelübde selbst über sich zu nehmen, damit sie an dem Sacrament des heiligen Abendmahls Theil haben und als vollständige Glieder der Kirche Christi wandeln können.“
- 28) S. 18 nach Z. 5 v. o. wird unter Einflammerung folgende Bemerkung hinzugefügt „Während des Folgenden oder bei der Einsegnung kann mit der Betglocke angeschlagen werden oder kann Glockengeläut eintreten.“
- 29) S. 18 Z. 16 u. 17 v. o. Statt „Ja, wir glauben“ soll es heißen „Ja, das glauben wir.“
- 30) S. 18 Z. 20 u. 21 v. o. Statt „Ja, mit Gottes Hülfe“ soll es heißen „Ja, das geloben wir.“
- 31) S. 18 Z. 25—27 v. o. Statt „Ja, Gott stärke uns durch Jesus Christum“ soll es heißen „Ja, mit Gottes Hülfe.“

Zu M 3 auf Seite 18 der Anlage 10 b Zeile 25—27 von oben stellte sodann zunächst der Abgeordnete Schulz folgenden Antrag:

die Frage folgendermaßen zu formulieren:

„Wolltet ihr in solchem Glauben, wie ihn unsere evangelisch-lutherische Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, beständig verharren, und damit ihr solches wohl vollführen möget, die Gnadenmittel dieser Kirche insonderheit die Predigt und das Wort Gottes und das Sacrament des Altars unter fleißigem Gebet gewissenhaft gebrauchen und in dem Allen getreu sein bis in den Tod?“

Dieser Antrag wurde nach kurzer Motivirung durch den Antragsteller zur Berathung gestellt, da derselbe genügende Unterstützung fand.

Auch der folgende zu diesem Punkte von dem Abgeordneten Nothe gestellte Antrag:

„hinter den Worten „beständig verharren“ in dem Antrage des Abgeordneten Schulz die Worte „gottselig leben“ einzuschließen“, fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden mit zur Berathung gestellt.

Die Anträge riefen eine lebhaftc Debatte hervor, an welcher sich außer den Antragstellern namentlich der Abt Dr. Sallentien sowie die Abgeordneten Sferl, Hörmann, Schröter und Zerbst theilnahmen.

Während der Debatte hatte der Abgeordnete Schulz einen fernerer neu formulierten Antrag eingereicht:

die Frage folgendermaßen zu fassen:

„Wollt ihr in solchem Glauben, wie ihn unsere evang.-luth. Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, und in gottseligem Wandel mit Gottes Hülfe beständig verharren, und damit ihr solches wohl vollbringen möget, auch mit fleißigem Gebet zu Gottes Wort und Tisch treulich halten?“

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde von dem Herrn Vorsitzenden mit zur Discussion gebracht.

Hierauf wurde auf Antrag des Abgeordneten Eggeling von dem Herrn Vorsitzenden die Sitzung für die Dauer von 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen wurde sodann von dem Abgeordneten Hörmann im Namen der Commission folgender weitere Antrag gestellt:

der Frage folgenden Wortlaut zu geben:

„Wollet ihr in solchem rechten Glauben und gottseligem Wandel mit Gottes Hülfe bis an euer Ende beharren, und damit ihr solches wohl vollbringen möget, auch mit fleißigem Gebet in unserer evang.-luth. Kirche zu Gottes Wort und Tisch treulich halten?“

Auch dieser Antrag wurde zur Discussion gestellt und rief eine neue Debatte hervor, an welcher sich der Abt Dr. Sallentien und namentlich die Abgeordneten Hörmann, Schulz, Rothe, Leidloff und Skerl betheiligten.

Die Abgeordneten Nothe und Schulz zogen ihre oben gestellten Anträge zurück.

Die Versammlung lehnte hierauf den Commissionsantrag ab und beschloß, die in der Regierungsvorlage gewählte Fassung der Frage 3 beizubehalten.



Die Versammlung beschloß darauf weiter folgende Aenderungen respective Zusätze:

- 32) §. 18 Z. 31 v. o. Statt „und spreche“ soll es heißen „und wie ihr damit alle Verpflichtungen derselben übernehmt, so spreche ich“
- 33) §. 18 in der Fußnote soll nach Z. 3 hinzugefügt werden „oder: indem ihr Alle gemeinsam ihn sprechen möget“  
 §. 18 in der Fußnote soll nach Z. 4 hinzugefügt werden „oder: die Confirmanden sprechen das apostolische Glaubensbekenntniß.“
- 34) §. 19 Z. 1 v. o. Statt „Lasset uns beten.“ soll gesagt werden „Lasset uns nun zur Stärkung und Kräftigung dieser Kinder im rechten Glauben und wahrhaftiger Gottseligkeit den Beistand des allmächtigen Gottes anrufen und also für sie beten.“
- 35) §. 19 nach Z. 19 v. o. wird folgende Bemerkung eingeschoben „(Während dieses Gebetes kann der Geistliche segnend seine rechte Hand über die Confirmanden ausstrecken, entweder am Altare stehend, oder zwischen ihnen hindurchschreitend. Wo die Zahl der Confirmanden es zuläßt, kann dabei jedem einzelnen die Hand aufs Haupt gelegt werden.)“

Schließlich wurde dem Gesetze im Ganzen mit den oben beschlossenen Aenderungen resp. Zusätzen die Zustimmung von der Versammlung ertheilt.

V. Die Versammlung ging sodann zum Punkt 2 der Tagesordnung über, zur Berichtserstattung und Berathung der Vorstellung des Vorstandes des Zweigvereins Braunschweig des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins betreffs Genehmigung von Kirchencollecten für seine Zwecke. d. d. Braunschweig, am 16. November 1888 (Prot. 1 bei VIII B. 1.)

Zunächst wurde von dem Abgeordneten Herbst im Namen der Petitionscommission, nachdem derselbe die Petition ihrem wörtlichen Inhalte nach zum Vortrage gebracht hatte, Bericht erstattet und Folgendes ausgeführt:

Die Petition enthielt einen historischen Theil und eine principielle Erörterung. In dem ersteren wurde darauf hingewiesen, wie sich im Jahre 1884 zu den älteren Missionsvereinen ein neuer, der allgemeine evangel. protestantische gebildet habe, wie dieser schnell gewachsen sei, so daß er zur Zeit der Eingabe der Petition aus 111 Zweigvereinen und 11760 Mitgliedern bestände. Derselbe habe auch in Braunschweig zahlreiche Anhänger gewonnen. Dann wurde der Beweis angetreten, daß dieser junge Verein ebenbürtig neben die älteren getreten sei, sozusagen eine Lücke in den Missionsbestrebungen ausfülle, und vorzüglich geeignet sei, in solchen Kreisen, welche bisher der Mission kühl gegenüber gestanden hätten, Anhänger und Geber zu erhalten. Darauf wurde die Veranlassung der Eingabe erörtert. Ein Gesuch des Kirchenvorstandes von St. Martini in Braunschweig, die jährliche Collecte für die Heidenmission an den allgem. evang. protest. Missionsverein einzusenden zu dürfen, sei von Herzogl. Consistorio unter dem 28. November 1885 zurückgewiesen. Herzogl. Consistorium habe ferner mittelst Ausschreibens sämtliche evang. luth. Geistliche des Landes angewiesen, die zum Besten der Heidenmission durch Kirchencollecten gesammelten Gelder ausschließlich an den Rechnungsführer des evang. luth. Missionsvereins des Landes einzusenden.

Nach diesem geschichtlichen Theile folge nun eine principielle Erörterung der Frage, in wie weit die Petition berechtigt sei. Darauf eine kirchenrechtliche Beleuchtung der Frage, in wie weit die oberste geistliche Behörde das Recht habe, so specielle Anweisungen hinsichtlich der abzuhaltenden Collecten zu erlassen. Die Eingabe leugne dieses Recht nicht geradezu, gäbe aber in folgenden Worten ihrer Ansicht einen Ausdruck,

„nach §. 39 des Ges. vom 30. November 1851, die Errichtung von Kirchenvorständen betreffend, verwaltete der Kirchenvorstand die zum Besten der Armen veranstalteten und sonstigen Collecten nach der vom Herzogl. Consistorio zu erlassenden Anweisung. Es möge immerhin zweifelhaft sein, ein wie weit gehendes Verfügungsrecht dem Herzogl. Consistorio durch diese gesetzliche Bestimmung gegeben sei. Wenn aber Herzogl. Consistorium auf eine abermalige Eingabe des Vorstandes des allgem. evang. protest. Missionsvereins am 31. August 1887 erwidert habe, daß es bereit sei, in solchen Gemeinden, in welchen man bisher der Mission gegenüber sich ablehnend verhalten habe, welche sich aber zur Gestattung von Sammlungen für den allgem. evang. protest. Missionsverein willig zeigen sollten, solche Collecten für die Zwecke des gedachten Vereins auf besonderen Antrag gestatten zu wollen, so läge darin eine gewisse Inconsequenz.“

Weiter werde dann ausgeführt, daß es doch gleichgültig sei, welchem Theile der ausgedehnten Missionsthätigkeit man seine Liebe und Opfer zuwende.

Die Commission habe sich dem Petition gegenüber in einiger Verlegenheit befunden. Was den Rechtsstandpunkt anlange, so sei dieselbe schließlich zu der Ansicht gekommen, daß nicht nur aus dem §. 39 des Gesetzes von 1851 sondern aus dem allgemeinen Aufsichtsrecht über innere geistliche Angelegenheiten der Landeskirche die Befugniß Herzogl. Consistorii zu besonderer Zuweisung solcher Collecten an bestimmte Anstalten folge; wie dieses wiederum nur auf Grund allerhöchster Ermächtigung die Abhaltung einer Landescollecte verfügen könne. Die Commission habe sich nun vor die Frage gestellt gesehen, was ist für das Wohl der Mission selbst und für die Erhaltung der Liebesthätigkeit in den Gemeinden am segensreichsten? Die Commission habe ferner geglaubt, auf eine principielle Erörterung der Frage, welchem Vereine der Vorzug zu geben sei, nicht eingehen zu müssen, und richte auch an Hohe Synode den dringenden Wunsch, auf diesem Gebiete keine Entscheidung abzugeben. Man müsse vielmehr die schwierige Frage prüfen, was vorzuziehen sei, der Zusammenfluß aller Gaben einer auch in der Form einigen Kirche in ein Sammelbecken und die Constatierung brüderlicher Gemeinschaft auch in dieser äußeren Form, oder die Möglichkeit weite Kreise, welche nicht für den alten Verein zu gewinnen seien, durch die Freiheit, etwas für den neuen Verein opfern zu können, dem heiligen Werke der Mission günstig zu stimmen? Die Commission habe sich schließlich für das Erstere entschieden und beschlossen, die Petition hoher Landessynode nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen. Obgleich er, Referent, auch ein begeistertes Mitglied des allgem. evang. protest. Missionsvereins sei, so sei dies doch von Anfang an seines Herzens Ansicht gewesen; ein Ziel auf verschiedenen Wegen zu erreichen, sei nicht wünschenswerth; die brüderliche Eintracht werde dadurch gefördert, daß alle für den einen alten Verein sammelten.

Er wolle jedoch Herzogl. Consistorium bitten, auch dem neuen Vereine eine geneigte Neutralität zu bewahren, und schließlich einen Vermittlungsvorschlag der Commission aussprechen, dahin lautend:

„daß es den einzelnen Kirchenvorständen gestattet sein möge, nachdem sie eine Collecte für den alten evangelisch-lutherischen Missionsverein des Landes verwilligt und abgehalten haben, auf Antrag bei Herzogl. Consistorio noch eine neue an einem anderen Sonntage für den allgem. evang.-protest. Missionsverein zu halten.“

Nach diesem Referate entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über die Petition, an welcher sich namentlich die Abgeordneten Langerfeldt, Eggeling und Bach, sowie die Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien und Rohde theilnahmen.

Nach Schluß der Discussion beschloß die Versammlung, die Petition der Kirchenregierung nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen.

#### VI. Hierauf verlas

##### a. der Abgeordnete Rhamm

ein Schreiben vom 28. d. Mts. an Seine Königliche Hoheit, den Regenten, betreffend die von der Synode zu dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, Kirchenzucht betr., beschlossenen Abänderungen, (Anlage 25),

Anl. 25

##### b. der Abgeordnete v. Schwarz (Hessen)

ein Schreiben vom 28. d. Mts. an Seine Königl. Hoheit, den Regenten, betreffend einen Beschluß der Landessynode, „hohe Kirchenregierung zu ersuchen, eine Revision der Bestimmungen über die geschlossene Zeit herbeizuführen“, (Anlage 26),

Anl. 26

##### c. der Abgeordnete Hörmann

ein Schreiben vom 28. d. Mts. an Seine Königl. Hoheit, den Regenten, betreffend die von der Synode zu dem Gesetze, die liturgische Ordnung u. s. w. betreffend, beschlossenen Abänderungen und Zusätze, (Anlage 27),

Anl. 27

welche sämmtlich von der Versammlung genehmigt wurden.

VII. Sodann theilte der Herr Vorsitzende der Versammlung den Eingang und Inhalt eines Höchsten Rescripts vom heutigen Tage N. 563 mit, nach welchem die Synode bis zum Dinstag, den 12. Februar cr., vertagt wird. (Anlage 28.)

Anl. 28

VIII. Nachdem schließlich die Versammlung den Synodalausschuß mit der Abnahme und Genehmigung des Protokolls vom heutigen Tage beauftragt hatte, schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und ersuchte die Mitglieder, sich am 12. Februar cr. morgens 11 Uhr hier wiederum einzufinden.

### Zur Beglaubigung:

*W. Pockels.*

*C. Langerfeldt.*

*A. Skerl.*

*Rhamm.*

*E. Rothe.*

*Affessor Koch, protokoll. Secretair.*

## Protokoll 12.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 .N. 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
12. Februar 1889, Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landessynode mit Ausnahme des Abgeordneten von Gramm, sowie der unterzeichnete protokollierende Secretär.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Bisfeldbeck, und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nachdem die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet war, wurde zunächst durch den Abgeordneten Sterl ein Wort aus der heiligen Schrift verlesen.

I. Hierauf theilte der Herr Vorsitzende der Versammlung mit, daß dem Abgeordneten v. Gramm auf sein Ansuchen Urlaub für die heutige und die beiden folgenden Sitzungen erteilt sei.

II. Sodann ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst zur Berichterstattung und Verathung über den Entwurf eines Gesetzes, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr. (Anlage 13).

An erster Stelle wies der Herr Vorsitzende auf folgende Druckfehler in dem Entwurfe (Anlage 13a) hin:

- 1) im §. 4 Zeile 5 v. unten sei das Semikolon hinter die Klammer zu setzen,
- 2) im §. 11 Zeile 3 müsse es statt „3. u. 4. Absätze des §. 24“ heißen „5. u. 6. Absätze des §. 24.“

Aufgefordert von dem Herrn Vorsitzenden wurde darauf von dem Abgeordneten Rhamm, als Referenten, im Namen der Commission folgender Bericht erstattet:

Nach den bestehenden landesrechtlichen Bestimmungen erfolge die Fürsorge für Wittwen und Waisen der Geistlichen zur Zeit theils aus den Erträgnissen einzelner, selbstständiger kirchlicher Stiftungen, theils mittelst Leistungen der Kirchengemeinden (Miethsentschädigungen), theils durch Belastung der kirchlichen Pfründen (Aussscheidung <sup>1,10</sup> der Pfarrländerei) und theils vermittelt Heranziehung der Pfarrinhaber zur Landes-Beamten-Wittwen- und Waisenkasse, insofern nämlich bei den einzelnen Pfarrstellen entweder ein Witthum überhaupt nicht oder einstweilen besetzt oder unzureichend sei. Diese Einrichtung litte aber, wie auch in den Motiven ausgeführt sei, an den erheblichsten Mängeln und Unzuträglichkeiten, indem sie 1) auf Versorgung der Waisen nur in sehr ungenügendem Maße Rücksicht nähme, 2) für pünktliches Eingehen der vielfach an Stelle der Naturalbezüge getretenen Geldentschädigungen keinerlei Sicherheit böte, 3) die einzelnen Pfarrinhaber ungleichmäßig belaste und 4) ihren Hinterbliebenen danach nicht die Vortheile gewährleistete, deren die Hinterbliebenen der Staatsbeamten sich zu erfreuen hätten. Die Entschließung der Regierung, diesem Zustande ein Ende zu machen, könne deshalb im Interesse der Betheiligten wie in Hinblick auf die Hebung des Standes nur freudig begrüßt werden.

Der Weg, den das Gesetz einschlägt, läge nur in der Errichtung einer eigenen Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt. Derselben solle als Grundstock zugeführt werden: Das Capitalvermögen der bei den einzelnen Pfarrstellen bestehenden Pfarrwitwen- bezw. Pfarrwitwenhauscassen und die zur Pfarrwitwenversorgung bestimmten, beim Kloster-Capitalfonds oder bei Kirchencassen verwalteten Capitalien, soweit sie nicht nachweislich aus Privatstiftungen herrührten. Die laufenden Einnahmen der Anstalt würden bestehen aus 1) den Jahreszinsen des Grundstocks (u. eventuell des Reservefonds) 2) den jährlichen Beiträgen der Theilnehmer der Anstalt ( $3\frac{1}{2}$  % des Dienst Einkommens entsprechend der gleichen Leistung der Staatsbeamten). Mittelfst dieser Einnahmen solle die Anstalt in den Stand gesetzt werden, neben Uebernahme der auf den Pfarrwitwencassen ruhenden Lasten den Wittwen und Waisen der Prediger Pensionen zu zahlen im Betrage von 24 % desjenigen Jahreseinkommens, von welchem die Beiträge geleistet wären. Bestimmungen über Berechtigung zur Pension, deren Fälligkeit, Zahlung, Anrecht der Kinder, Betheiligung Emeritirter seien dem Gesetze von 1876 nachgebildet, zum Theil in einfacherer und übersichtlicherer Fassung. Zur Deckung der Ausgaben solle ferner ein Reservefonds gebildet werden, über dessen Ansammlung und Verwendung die §§. 7—9 sachgemäße Anordnungen trafen. Die Durchführung dieses Planes solle ferner nur sehr allmählig erfolgen. Nach Absicht des Gesetzes solle die Berechtigung und Verpflichtung zur Theilnahme mit „Neuanstellung“ oder „Versetzung“ beginnen. Fände letzteres nicht statt, so blieben den Wittwen und Waisen der betreffenden ihre bisherigen Ansprüche — je nachdem der Versorger Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisencasse gewesen wäre oder nicht — im Augenblicke ungeschmälert (§. 26); Predigerwitwen, welche sich bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes im Genuß eines Pfarrwitwen- bezw. Pfarrwitwenhauscassen befänden, würden in dessen Besitz und Genuß gelassen, für die übrigen möglichen Fälle seien im § 27 angemessene Uebergangsbestimmungen gegeben.

Seitens der Kirchenregierung sei nun ein Gutachten der Synode gefordert, theils über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit des Plans, theils darüber, ob es, um die Einrichtung ins Leben zu rufen, lediglich eines Aktes der Staatsgesetzgebung — wie im Eingang des Entwurfes vorgesehen sei — bedürfe oder ob daneben noch ein Kirchengesetz erforderlich sei? In dieser Hinsicht glaube nun die Commission der Synode 3 Fragen zur Prüfung unterbreiten zu müssen, 1) ist die Errichtung der Anstalt rechtlich zulässig, 2) ist dieselbe finanziell durchführbar und 3) ist dieselbe dem Interesse der Betheiligten und des Standes entsprechend? Nach Ansicht der Commission seien alle 3 Fragen zu bejahen.

Was die erste Frage anlange, so bestände der §. 216 und 217 der neuen Landschaftsordnung, das Sallen (kirchlichen) Stiftungen der volle Besitz ihres Vermögens zugesichert würde, daß das Vermögen seiner ursprünglichen Bestimmung nicht entzogen, nur zu ähnlichen Zwecken als dem ursprünglichen mit Zustimmung der Betheiligten, eventuell der Landstände verwendet werden dürfe. Nun läge es aber auf der Hand, daß Waisen-Versorgung ein erweiterter aber ähnlicher Zweck sei. Die Frage sei rechtlich nur die: der Entwurf setze an Stelle der einzelnen, mit selbständiger juristischer Persönlichkeit ausgestatteter Cassen eine einheitliche Anstalt, löse das Vermögen von seiner Stelle los und verschmelze es zu dem einheitlichen Grundstock der neuen Stiftung. Es frage sich, ob diese Consolidation zulässig sei? Zunächst würden wohlervorbene Rechte dritter Personen nicht geschmälert; dafür sei im §. 4 Abs. 1 und 4 gesorgt. Das Interesse der Betheiligten sei gewahrt durch Uebergangsbestimmungen. *aufgez.*

Daß den Gemeinden nach Art und Weise, wie künftige Einrichtungen auf ihre bisherigen Verpflichtungen einwirken würden, kein Widerspruchsrecht zustände, diese Frage habe in der Begründung des Entwurfes zutreffende Darlegung gefunden. Im Uebrigen aber sei zu erwägen, daß die Entstehung fast all der einzelnen Pfarrwittwenstiftungen, die im Laufe der letzten 3 Jahrhunderte allmählig hervorgewachsen seien, auf einen Akt der Staats- (resp. Kirchen-) Gewalt zurückzuführen seien, und daß, wie das jeweilige Ermessen der Staatsgewalt seither maßgebend gewesen sei für die Bestimmung der Wege, mittelst deren die Durchführung von ausreichender Wittwenversorgung am angemessensten erreichbar erschien, so könne derselben auch jetzt unter Mitwirkung der verfassungsmäßig bestehenden Vertretung der Landeskirche keine Schranke gesetzt werden, wenn die völlig veränderten Zeit- und Lebensverhältnisse es bedingten, die Rechtsform, innerhalb deren seine Fürsorge sich bethätigen solle, durch eine andere, neue zu ersetzen.

Der Wille des Staates hätte die einzelnen Stiftungen ins Leben gerufen, er dürfe auch in ihr Geschick eingreifen und sie umwandeln, wenn der ursprüngliche Zweck auf dem bisherigen Wege unausführbar erscheine, und dem beabsichtige auch die neue Landschaftsordnung nicht entgegen zu wirken.

Was ferner den finanziellen Punkt anlange, so enthielten die Motive und der denselben angeschlossene Etat für die ersten 24 Jahre eine Zusammenstellung über die muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben. Soweit es sich übersehen lasse, sei an dem günstigen Erfolge der Anstalt nicht zu zweifeln. Es stehe ein reiches Grundvermögen zur Seite und es sei in vorsichtiger Weise auf nachhaltiges Anwachsen des Grundstocks, wie Ansammlung des Reservefonds Rücksicht genommen. Bei Bemessung der Einnahmen sei behutsam verfahren. Nur

3 $\frac{1}{2}$ % sei zu Grunde gelegt. Die Ausgaben seien ziffermäßig hoch gegriffen. Die Eats seien darauf berechnet, Mittel darzubieten, um dauernd 121 Wittwenpensionen — entsprechend der seit einer langen Reihe von Jahren einmal erreichten Höchstzahl — zahlen zu können. Die Berechnungen des Entwurfes hätten übrigens auch von technischer geübter Seite eine Nachprüfung erfahren, welche durchaus günstig ausgefallen sei.

Die 3. Frage anlangend, so würde der Erlaß des Gesetzes zur Folge haben, daß die Mängel und Ungleichheiten des bisherigen Zustandes beseitigt würden, und daß die Geistlichen in Bezug auf die Versorgung ihrer Hinterbliebenen gleiche Rechte mit den übrigen Staatsbeamten erhielten, in gewissen Beziehungen sogar Bevorzugungen (§. 9, 17 Abs. 2, 22 Abs. 3, 23 Schluß.) Es müsse voll anerkannt werden, daß der Entwurf allen billigen Anforderungen des Predigerstandes auf ausreichende und würdige Versorgung seiner Angehörigen in jeder Weise Rechnung trüge.

Was das formale Vorgehen anlange, so sei in den Motiven hervorgehoben, daß der Entwurf vorwiegend Staatsgesetz sei. Im Gesetz von 1882 sei das Verhältniß der Kirchen- und Staatsgesetzgebung geordnet. Daß ein Gesetz in beiderseitiger Eigenschaft erlassen werde, sei ausgeschlossen. Es müsse das vorliegende Gesetz entweder lediglich als Staatsgesetz erlassen, oder es müßten, wie es bei dem Emeritirungsgesetze von 1882 geschehen sei, 2 Gesetze erlassen werden. Letzteres würde aber nur eine unnötige Weiterung sein und das Inkrafttreten des Entwurfes bedeutend erschweren und verzögern. Im Uebrigen sei die Commission mit den in den Motiven in dieser Beziehung gemachten Ausführungen vollkommen einverstanden gewesen, und glaube er, Referent, deshalb von weiteren Erörterungen über diese Frage absehen zu können.

Schließlich wolle er folgende Wünsche, welche commissionsseitig vorgeschlagen worden wären, der Herzogl. Kirchenregierung gegenüber zu dem vorliegenden Gesetze zu äußern, vortragen:

- 1) Im Eingang zwischen den Worten „erlassen“ und „mit“ einschieben:  
„nach angehörtem Rath und Gutachten der Landessynode“.
- 2) Im §. 1 und im §. 5 *N*. 2 statt „hiesigen Landeskirche“ zu sagen „evang.-lutherische Landeskirche des Herzogthums“.
- 3) Im §. 4 Abs. 6 Zeile 2 statt „entbehrlichen Ueberschüssen“ zu sagen „neu entstehenden und entbehrlichen Capitale“.
- 4) Im §. 6 als *N*. 2 einzuschreiben:  
„2. den entbehrlichen Ueberschüssen aus den laufenden Einnahmen der weiter bestehenden einzelnen Pfarrwittwenpensions- bzw. Pfarrwittwenhauscaffen (s. §. 28 Abs. 4 und 5)“.
- 5) In §. 17 als einen 4. Absatz hinzuzufügen:  
„die Pensionen werden bis zum Schluß desjenigen Monats ausgezahlt, in welchem das Anrecht zum Bezuge derselben erloschen ist“.
- 6) In §. 24 Abs. 3 am Ende statt: „im Verordnungswege“ zu sagen: „im Verordnungs- oder Verwaltungswege“.
- 7) Im §. 30 Abs. 1 die Worte: „nachdem zuvor die Landessynode sich mit letzterem einverstanden erklärt hat“ zu streichen.

Sodann wolle er im Namen der Commission den Antrag stellen:

„die Landessynode wolle — unbeschadet der vorstehenden Wünsche — zu dem vorgelegten Entwurf ihr Gutachten beifällig abgeben.“

Hierauf sprach sich zunächst der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Phisfeld mit dem Bemerken, daß er nach dem Vortrage des Herrn Referenten einer weiteren Erläuterung der Vorlage im allgemeinen überhoben sei, über die von der Commission ausgesprochenen Wünsche aus und empfahl dieselben sämtlich der Versammlung zur Annahme.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß sodann die Versammlung von einer Generaldebatte über den Entwurf seinem ganzen Inhalte nach Abstand zu nehmen und nur die von der Commission gestellten Wünsche nebst Antrag zur Berathung zu ziehen.

Die Versammlung stimmte hierauf dem Wunsche der Commission ad 1, nach kurzer Debatte zwischen den Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) und Rhamm, dem Wunsche ad 2 nach längerer Debatte zwischen dem Herrn Consistorialpräsidenten v. Schmidt-Phisfeld einerseits und den Abgeordneten Reuncke und Eimcke andererseits, den Wünschen ad 3, 4, 5 und 6 ohne weitere Debatte zu.

Sodann stellte der Abgeordnete Hörmann einen Antrag:

„Folgenden Zusatz dem §. 7 hinzuzufügen:

„Denjenigen Predigern, welche eine Pfarrstelle innehaben, deren voriger Prediger emeritirt ist, kann auf Antrag bei Herzöglichem Consistorium der Eintritt in die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gewährt werden.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Der Antrag rief eine längere Debatte hervor, an welcher sich namentlich außer dem Antragsteller die Abgeordneten Eißfeld, v. Schwarz (Cremlingen), Jeep und Rhamm, sowie der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Phisfeld theilnahmen.

Nach Schluß der Debatte zog der Abgeordnete Hörmann den obigen Antrag zurück und stellte folgenden weiteren Antrag:

„Hohe Synode wolle beschließen, eine Erweiterung der Vorlage in der Richtung der Herzogl. Kirchenregierung zu empfehlen, daß denjenigen Predigern, welche eine Pfarrstelle innehaben, deren voriger Prediger emeritirt ist, auf einen binnen einer bestimmten Präjudizialfrist bei Herzogl. Consistorio zu stellenden Antrag der Eintritt in die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gewährt werden könne.“

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung, wurde zur Berathung gestellt und von der Versammlung angenommen.

Darauf stellte der Abgeordnete Bach nach kurzer vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

Im §. 28 Abs. 2 am Ende statt der Worte: „kommen in Wegfall.“ zu sagen: „kommen der Pfarrwitwenversorgungsanstalt zu Gute.“

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.



Nachdem sich der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Bisfeldt unter eingehender Darlegung der Gründe, auch die Abgeordneten Reuncke und Eimecke gegen den Antrag ausgesprochen hatten, wurde derselbe vom Antragsteller zurückgezogen.

Bei der nun folgenden Besprechung des Wunsches der Commission ad 7 stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) zunächst folgenden Antrag:

„In dem §. 30 des Entwurfes folgenden Passus einzuschließen:

„die Abänderung desselben ist nur mit Zustimmung der Landessynode zulässig.“

Nachdem der Antrag, da er genügende Unterstützung fand, zur Verathung gestellt war, entspann sich eine Debatte, an welcher außer dem Antragsteller der Abgeordneten Hamm sowie der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt theilnahmen.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) zog hierauf obigen Antrag zurück und stellte folgenden neuen Antrag:

„Die Synode giebt ihr Erachten dahin ab, daß ein Staatsgesetz die Bedingungen der neuen Einrichtung festzustellen hat, während die weitere Ausführung der Kirchengesetzgebung zu überlassen ist.“

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Verathung gestellt. Gegen denselben sprachen sich die Abgeordneten Hamm und Sterl aus.

Vor der Abstimmung über denselben eröffnete der Herr Vorsitzende zunächst die Verathung über den von der Commission gestellten Antrag. Die ohne vorhergehende Debatte über den letzteren erfolgende Abstimmung ergab darauf die Annahme desselben.

Die Versammlung lehnte schließlich den Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) ab.

Damit war Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

III. Die Versammlung ging nunmehr zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung, der Berichterstattung und Verathung des Antrages des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen), wegen Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der Kirchen- u. Angelegenheiten betreffend, über (Prot. 2 bei IV).

Im Namen der Commission wurde zunächst von dem Abgeordneten Langerfeldt, nachdem derselbe den Antrag wörtlich verlesen hatte, Bericht dahin erstattet:

Die Commission sei zu dem Beschlusse gelangt, den Antrag der Versammlung nicht zur Genehmigung zu empfehlen, das Herzogl. Kirchenregiment aber um eine Rückäußerung über die rechtliche Lage der dadurch betroffenen Angelegenheit zu ersuchen. Der Antrag sei durch ein practisches Bedürfnis nicht veranlaßt, da Recurse in rein geistlichen Angelegenheiten äußerst selten seien; namentlich sei aber kein Bedürfnis vorhanden eine höchste Kirchenbehörde erst neu einzurichten. Juristisch liege kein Grund vor, an den bestehenden Bestimmungen zu ändern, wenn die Kirchenregierung mit den nachfolgenden Ausführungen einverstanden sei. Im §. 1 der Verordnung von 1814 hieße es „die allgemeine Aufsicht über das evang.-luth. Kirchen- und Schulwesen ist Unserem Consistorio unmittelbar unter Uns und Unserem Geheimen-Raths-Collegio übertragen“, und im §. 2 (Gehorsam der Kirchendiener u. gegen das Consistorium) „vorbehältlich jedoch nöthigen Falls des Vortrages der Gegengründe bei unserem Geheimen-Raths-Collegio“.

Die Commission sei der Ansicht, daß diese Verordnung, wie sie bislang ja nicht aufgehoben sei, entschieden zu Recht bestände, insoweit es sich um nicht rein geistliche Angelegenheiten handle, dagegen, sofern es sich nur um solche handle, aufgehoben sei. In der Verordnung von 1814 sei ein Unterschied zwischen Kirchenhoheit und Kirchengewalt nicht gemacht. Die Neue Landschaftsordnung mache in den §§. 212 u. 213 einen ganz scharfen Unterschied zwischen Kirchenhoheit und Kirchengewalt. Nach Ansicht der Commission handle der §. 213 cit. von den Angelegenheiten, welche der Abgeordnete von Schwarz bei seinem Antrage vor Augen gehabt habe. In dem §. 213 werde nur von der Mitwirkung und dem Beirathe des mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzten Consistoriums gesprochen. Sollte noch eine andere Behörde mitzuwirken haben, so müsse das im §. 213 gesagt sein. Wenn aber die Ausübung der Kirchengewalt in der evang. luth. Landeskirche durch §. 213 dem Landesfürsten, unter Beirath des Consistoriums ausdrücklich zugesprochen und einer anderen Behörde keine Erwähnung geschehen sei, so dürften damit die beregten Bestimmungen in der Verordnung von 1814 implicite aufgehoben sein. Die oberste Kirchenbehörde sei in der Person des Landesfürsten vorhanden; der Landesfürst sei aber nicht allein in der Lage kraft der ihm zustehenden Kirchengewalt Verfügungen zu treffen, sondern er würde sich der Contraspignatur eines Mitgliedes Herzogl. Staatsministerii bedienen müssen (cf. §§. 155 u. 156 der N. L. O.). Diese Contraspignatur habe aber nur die Bedeutung einer Bescheinigung, daß die Verfügung landesverfassungsmäßig sei, wie ja auch im §. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. März 1882 Nr. 16, den Erlaß der Kirchengesetze betr., für „Kirchengesetze“ und „Kirchenverordnungen“ die Contraspignatur eines Ministers vorgeschrieben sei. Die Commission hielte eine Abänderung dieser Bestimmung für aussichtslos; der Staat würde sich dieses Rechts nicht begeben. Richtig sei es, daß der §. 158 der N. L. O. keine Garantie dafür böte, daß nicht Katholiken, Juden u. in das Herzogl. Staatsministerium berufen würden. Indessen sei die Möglichkeit dieses Falles nach Lage der Verhältnisse auch für die Zukunft vollkommen ausgeschlossen.

Es sei dieses graue Theorie, welche vorläufig zu Aenderungen keine Veranlassung bieten könnte. Für den Fall, daß der Landesfürst selbst nicht evang. luth. Bekenntnisses sein sollte, träte der §. 214 ibid. genügende Vorsoorge.

Aus angeführten Gründen stelle die Commission folgenden Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen in der Erwägung, daß

- 1) die Bestimmungen in §§. 1 und 2 der landesherrlichen Verordnung vom 14. April 1814, insofern dadurch auch in rein geistlichen Angelegenheiten eine Unterordnung Herzogl. Consistoriums unter das Herzogl. Staatsministerium ausgesprochen wird, durch die §§. 212 u. 213 der neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 als aufgehoben zu betrachten sind;
- 2) nach diesen Bestimmungen vielmehr in rein geistlichen Angelegenheiten das Herzogl. Consistorium direct unter dem Landesherrn als *summus episcopus* steht;
- 3) dieses Verhältniß den rechtsbegründeten Ansprüchen und Interessen der evang. luth. Landeskirche entspricht, wenn nur von den Mitgliedern des

Herzogl. Staatsministeriums die auch bei den kirchlichen Anlegenheiten zu übende staatsverfassungsmäßige Mitwirkung lediglich in dem der Kirchenverfassung entsprechenden Sinne ausgeübt wird;

- 4) eventuell aber, Falls die angezogenen Bestimmungen der Verordnung von 1814 noch zu Recht bestehen sollten, doch zu einer Aenderung des bestehenden Rechtszustandes ein begründeter Anlaß um so weniger vorliegt, als practische Unzuträglichkeiten daraus sich nicht ergeben haben;

der Antrag des Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen) zu Cap. I der Anlage 6 a (Prot. 2 bei N IV) zwar auf sich beruhen zu lassen, das Herzogl. Kirchenregiment aber um eine Rückäußerung über die rechtliche Lage der dadurch betroffenen Angelegenheit zu ersuchen."

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende wegen vorgerückter Zeit die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf Mittwoch, den 13. d. Mts., Morgens 10 Uhr an.

### **Zur Beglaubigung:**

Der Präsident.

*Lerche.*

Assessor **Koch**,  
protokoll. Secretair.

### **Druckfehlerberichtigung:**

Im Protokolle 11 Seite 48 Zeile 3 v. o. muß es heißen statt „§. 4 b und Schlußparagraph“, „§. 4, 13 und Schlußparagraph.“

## Protokoll 13.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 .N<sup>o</sup> 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landständischen Hause zu Braunschweig, am  
13. Februar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landessynode mit Ausnahme des Abgeordneten von Gramm, sowie der unterzeichnete protokollierende Secretär.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Bisfeldbeck, sowie die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nachdem die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet war, wurde zunächst von dem Abgeordneten Skerl ein Wort aus der heiligen Schrift verlesen.

Hierauf wurde das Protokoll vom 12. d. Mts. verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Sodann machte

I. der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von dem Eingange und Inhalte eines Höchsten Rescripts vom 11. d. Mts. N<sup>o</sup> 905, bei Vorlegung des Entwurfes eines Kirchengesetzes wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend (Anlage 29), und bestimmte die Schluß- Anl. -beratung über diese Vorlage auf die nächste Sitzung.

II. Die Versammlung ging hierauf zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst zur Beratung des Antrages des Abgeordneten von Schwarz (Gremlingen)

wegen Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814 über die Verwaltung der Kirchen- u. Angelegenheiten (Prot. 2 bei IV).

An erster Stelle ergriff der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt das Wort und führte aus:

Was die durch vorliegenden Antrag angeregte Frage anbeträfe, so wäre über dieselbe von dem Herrn Referenten bereits gestern ein seiner Ansicht nach durchaus zutreffender Bericht erstattet. Er stimme damit überein, daß der §. 1 der Verordnung von 1814 längst aus der Praxis verschwunden sei, und seit langer Zeit, wenn überhaupt jemals, Unruhe nicht mehr verursacht habe. An seine Stelle sei der §. 213 der neuen Landschaftsordnung getreten, nach welchem die Kirchengewalt dem Landesfürsten zustehe, welcher sie mit dem Beirathe Herzogl. Consistorii auszuüben habe. Verfassungsmäßig sei also festgestellt, daß die diesbezüglichen Vorschläge oder Anträge Herzogl. Consistorii keinesfalls mehr einer Nachprüfung oder Bearbeitung des Herzogl. Staatsministeriums unterlägen. Der Staat sei bei Angelegenheiten dieser Art nur insofern betheiligt, als nach §. 212 der N. L. O. zu prüfen sei, ob die Sache eine rein geistliche Angelegenheit sei und auch sonst staatliche Bedenken nicht entgegenständen. Nach §. 212 cit. habe im Zweifel die Landesregierung hier zu entscheiden und habe also nach diesen beiden Richtungen hin der Minister der geistlichen Angelegenheiten seine Prüfung anzustellen.

Seien in dieser Beziehung keine Bedenken vorhanden, so sei es die Pflicht des Ministers, die betreffende Sache ohne seine eigene Meinung hineinzumischen zur Kenntniß des Landesfürsten zu bringen. Dieses sei auch immer gewissenhaft befolgt. Der Minister für geistliche Angelegenheiten trage also die Verantwortung für gewissenhafte Prüfung der beiden Fragen, ob die Sache rein geistlicher Art sei und ob sonstige staatliche Bedenken nicht entgegenständen, ferner dafür, daß die Sache in ihrer reinen Ursprünglichkeit vorgetragen würde. Durch die Contrasignatur solle nur bezeugt werden, daß die Bestimmungen, welche der Minister zu befolgen habe, auch wirklich befolgt seien. Hiernach glaube er, daß der in Frage stehende Antrag zu Aenderungen in den gesetzlichen Bestimmungen keine Veranlassung bieten könne.

Hierauf stellte der Abgeordnete Langerfeldt im Namen der Commission und mit Zustimmung des Abgeordneten v. Schwarß (Cremlingen) folgenden neuen Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen in der Erwägung, daß

- 1) die Bestimmungen in §§. 1 und 2 der Landesherrlichen Verordnung vom 14. April 1814, insofern dadurch auch in rein geistlichen Angelegenheiten eine Unterordnung Herzogl. Consistoriums unter das Herzogl. Staatsministerium ausgesprochen wird, durch die §§. 212 und 213 der neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 als aufgehoben zu betrachten sind;
- 2) nach diesen Bestimmungen vielmehr in rein geistlichen Angelegenheiten das Herzogl. Consistorium direct unter dem Landesherrn als summus episcopus steht;
- 3) dieses Verhältniß den rechtsbegründeten Ansprüchen und Interessen der evang.-lutherisch. Landeskirche entspricht, wenn nur von den Mitgliedern des Herzogl. Staats-Ministeriums die auch bei den kirchlichen Angelegenheiten zu übende staats-

verfassungsmäßige Mitwirkung lediglich in dem der Kirchenverfassung entsprechenden Sinne ausgeübt wird;

über den Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen) zu Cap. I der Anlage 6a (Prot. 2 bei IV.) zur Tagesordnung überzugehen."

Der Antrag wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Verathung gestellt und von der Versammlung angenommen.

III. Zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung der Berichterstattung und Verathung über den Antrag des Abgeordneten Bach, betreffend eine Erweiterung der Verwendungszwecke des Kirchenvermögens (Prot. 9 bei III.),

wurde zunächst von dem Abgeordneten Schönermark im Namen der Commission als Referent folgender Bericht erstattet:

Der Antrag des Abgeordneten Bach habe es im Wesentlichen auf die Förderung des kirchlichen Lebens innerhalb der einzelnen Kirchengemeinden abgesehen und ginge von dem jedenfalls richtigen Standpunkte aus, daß das Kirchenvermögen zur Erreichung dieses Zwecks verwendet, eine gute Verwendung gefunden habe. Die Commission habe deshalb den Antrag freudig begrüßt. Geistliche und Kirchenvorstände hätten es oft als einen Uebelstand empfunden, und häufig gerade Nothständen gegenüber mit Bedauern erfahren müssen, daß sie nach der bisherigen Praxis bei Verwendung des Kirchenvermögens sich hätten außer Stande sehen müssen, die vorhandenen Mittel der Kirchen nach dieser Richtung hin, der Hebung des kirchlichen Lebens, flüssig zu machen. Es müsse höchst wünschenswerth erscheinen, daß wirklich vorhandene Kirchenmittel nicht brach lägen, sondern zu dem genannten Zwecke Verwendung fänden. Was nun die Rechtslage hinsichtlich der Verwendung von Kirchenmitteln anlange, so enthielte die erneuerte Kirchenordnung von 1709, welche in dem Cap. XX. von den Kirchengütern und deren Administration handle, über die speciellen Verwendungszwecke des Kirchenvermögens nichts weiter. Indessen sei die Grundidee von Anfang an gewesen, daß das Kirchenvermögen in erster Linie dazu hätte dienen sollen, die Baulasten und die Zwecke des Cultus zu bestreiten. Der §. 217 der neuen Landschaftsordnung schriebe dementsprechend vor: „Das Vermögen der Kirchen darf nie seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werden“ u. s. w.

Diesen Bestimmungen gemäß sei bisher das Verfahren Herzogl. Consistorii gewesen. Früher möge eine liberalere Praxis stattgefunden haben. Durch Rescripte Herzogl. Staatsministerii vom 24. November 1855 und 21. Juli 1869 sei allerdings als zulässig anerkannt, „in besonderen Nothfällen Kirchendienern und Landschullehrern aus entbehrlichen Ueberflüssen des betröff. Kirchenvermögens Unterstützungen zu gewähren“, hiervon würde aber schon lange kein Gebrauch mehr gemacht. Selbst Anträge auf Verwendungen des Kirchenvermögens im allgemeinen Kircheninteresse z. B. für außerordentliche Gottesdienste, Beleuchtung und Heizung der Kirchen u. s. w. seien von Herzogl. Consistorio abschlägig beschieden. Herzogl. Consistorium habe es für bedenklich gehalten, derartige Verwilligungen zu gewähren. Solches Festhalten an der gesetzlichen Vorschrift sowie die weiße Fürsorge, das Kirchenvermögen nicht geschädigt zu sehen, müsse völlig anerkannt werden. Trotzdem aber habe die Commission es beklagen zu müssen geglaubt, wenn auf diese Weise wirklich überflüssiges Kirchenvermögen nur

zu Bau- und Cultuszwecken sollte Verwendung finden, und nicht sollte dazu gebraucht werden dürfen, das letzte Ziel des Cultus, die Förderung des kirchlichen Lebens in den Gemeinden, mit erreichen zu helfen.

Daß die Hoffnung vielleicht nur gering sei, auf diesem Wege das kirchliche Leben bedeutend zu fördern, da im Lande nicht viel Gemeinden seien, welche erhebliche Ueberflüsse zu solchen Zwecken verwenden könnten, sei kein Grund, nun Schritte nach dieser Richtung hin überhaupt zu unterlassen. Als solche Zwecke ließen sich nun sehr verschiedene denken, z. B. Errichtung von Volksbibliotheken, Kinderbewahranstalten u. dergl.; Vertheilung von Predigten und Traubibeln, künstlerisch ausgestatteten Scheine zur Erinnerung an die Confirmation, Sonntagschulen, Kindergottesdienste, Gemeindepflege durch Diakonie u. s. w.

Wollte man bei den ersteren bedenkl. sein, ob zu solchen Zwecken das Kirchenvermögen irgend welche Beziehung haben könne, so müsse doch die Verwendungsmöglichkeit desselben für die 2. Kategorie weniger fraglich erscheinen. Mittel zu außerordentlichen Gottesdiensten, zur Heizung und Beleuchtung der Kirchen lägen aber ohne Frage im Bereiche der Verwendbarkeit der kirchlichen Mittel.

Wenn deshalb die Commission dem Bach'schen Antrage freundlich gegenüber gestanden habe, so habe dieselbe aber dennoch gemeint, daß es zur Flüssigmachung hinreichend vorhandenem Kirchenvermögens zu solchen Zwecken eines bestimmten neuen Gesetzentwurfs, wie ihn der Antrag im Auge habe, nicht bedürfe, da die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen Raum genug zur Verwendung der Kirchenmittel zu obigen Zwecken böten.

Er wolle in dieser Beziehung zunächst auf die §§. 1 und 2 des Gesetzes über die Parochiallasten hinweisen, namentlich aber auch auf den §. 21 der erneuerten Landschaftsordnung von 1832.

Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen hielte die Commission ein besonderes neues Gesetz nicht für nöthig; sie hielte vielmehr dafür, daß, wo die Gemeinden, unter Umständen auch die politischen, deren Zustimmung es bedürfe, in allen Fällen, wo nur der leiseste Zweifel an der dauernden Solvenz der Kirchencasse bestände, ihre Zustimmung nicht verlagten zur Verwendung des Kirchenvermögens zu einem der oben genannte Zwecke, Herzogl. Consistorium auch ohne weiteres neues Gesetz in der Lage sei, darauf gerichteten Anträgen zu willfahren.

Schließlich wolle er, Referent, im Namen der Commission folgenden Antrag stellen:

„Hohe Synode wolle über den Antrag des Abgeordneten Bach zur Tagesordnung übergehen, dabei aber Herzogl. Consistorio den Wunsch zu erkennen geben, Hochdasselbe wolle bei an dasselbe gerichteten Gesuchen um Verwilligung von Kirchenmitteln zu Zwecken, welche dem ursprünglichen Zwecke derselben ähnlich sind, dem Stande der einzelnen Kirchencassen entsprechend bei solchen Verwilligungen ein möglichst weitgehendes und mildestes Verfahren walten lassen.“

Nachdem dieser Antrag von dem Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt war und der Abgeordnete Bach seine vollste Uebereinstimmung mit demselben ausgesprochen hatte, entspann sich eine längere Debatte, an welcher die Abgeordneten Reunecke, Rothe, Schröter, Langerfeldt und Rhamm, der Referent sowie der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Philselbeck theilnahmen.

Nach Schluß der Debatte wurde der Commissionsantrag angenommen.

IV. Den 3. Gegenstand der Tagesordnung bildete die Berichterstattung und Berathung über den Entwurf eines Erlasses des Herzogl. Consistorii, die Zulassung zur Confirmation betr., (Anlage 24).

Zunächst wurde von dem Abgeordneten Bach, als Referenten, im Namen der Commission folgender Bericht erstattet:

Der Entwurf verdanke seine Entstehung den in der vierten ordentlichen Landessynode in ihren Sitzungen vom 11. und 12. December 1884 in Folge mehrerer aus ihrer Mitte gestellten Anträge, betreffend die Zulassung der Kinder zur Confirmation, von der Synode gefaßten Beschlüssen. Die Tendenz des Entwurfes gehe dahin, ein größere Strenge als früher walten zu lassen bei der Zulassung zur Confirmation und der Prüfung der eine Dispensation von dem Erfordernisse des vorschriftsmäßigen Alters eventuell rechtfertigenden Gründe. Der Entwurf sei deshalb von der Commission mit Freuden begrüßt. Denn theils durch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, theils durch die fast allgemein von den Geistlichen geübte zu große Rücksichtigkeit habe sich der Zustand gebildet, daß dasjenige (die Dispensation), was nur eine unter besonderen Umständen mögliche Ausnahme sein solle, allgemein als ein Recht angesehen würde.

Das Mittel, welches der Entwurf gewählt habe, um die Dispensationen mehr zu erschweren als bisher, sei nun das, daß fortan eine doppelte Sichtung unter den der Dispensation bedürftigen Confirmanden stattfinden solle. Nach dem §. 3 des Entwurfes solle die erste Prüfung schon vor der Zulassung zum Confirmandenunterricht eintreten und sollten Kinder, welche das in dem §. näher bestimmte Schulzeugniß nicht beibrächten, schon vom Unterrichte von vorn herein ausgeschlossen werden.

Nach §. 5 sei aber auch noch eine Ausscheidung von Kindern während des Unterrichts möglich nach den in dem §. näher gegebenen Bestimmungen. Das Hauptgewicht würde auf die erste Prüfung fallen, weil auch die Schule dabei gehört werden würde.

Die Commission habe nun aber geglaubt, eine noch schärfere Bestimmung treffen zu müssen und zwar dadurch, daß das im §. 2 des Entwurfes auf 13 $\frac{1}{2}$  Jahre gemäß der früheren Vorschrift bestimmte Alter auf 13 $\frac{3}{4}$  Jahre erhöht würde. Dieser wichtige Punkt habe die Commission lange beschäftigt. Die Commission sei aber der Ansicht gewesen, daß man vor Allem das Wohl der Kinder im Auge haben und bemüht sein müsse, die Kinder zu schützen gegen die oft übertriebenen und harten Ansprüche der Eltern, welche in nur zu häufigen Fällen nur wünschten, die Kinder ohne jede Rücksicht auf die größeren Ansprüche, die Schule und Leben heute an dieselben stelle, so bald als möglich von der Last los zu werden. Dieses sei der wesentlichste Abänderungs-Vorschlag, welchen die Commission zu dem Erlasse zu machen habe.

Im Namen der Commission wolle er nun folgende Anträge zu dem vorliegenden Entwurfe stellen:

- 1) In §. 1 den Zusatz hinzuzufügen:  
„Ist der betreffende Geistliche selbst Superintendent, so hat er unter genauer Berichterstattung die Entscheidung Herzogl. Consistoriums einzuholen“.
- 2) In §. 2 statt „13 $\frac{1}{2}$  Jahren“ — „13 $\frac{3}{4}$  Jahren“ zu sagen.
- 3) In Absatz 2 des §. 3 beide Male die Worte „oder zweite“ zu streichen.



4) Zu §. 4 den Zusatz zu machen:

„Auch hier gilt das im letzten Absatz von §. 1 Gesagte“.

5) Herzoglichem Consistorio anheimzugeben, bei Publikation des in Rede stehenden Erlasses den Geistlichen zu eröffnen, daß sie sich die durch den Erlaß beabsichtigte größere Strenge in der Prüfung der Gründe der dispensationsbedürftigen Confirmanden fortan aneignen lassen.

Nachdem der Antragsteller noch die Anträge ad 1, 3, 4, und 5 kurz begründet hatte, bat derselbe die Versammlung dem Entwurf in Uebrigen zuzustimmen.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß hierauf die Versammlung, da es sich nur um ein Seitens der Landessynode abzugebendes Gutachten handle, in eine Generaldebatte über den vorliegenden Entwurf nicht einzutreten, vielmehr nur diejenigen §§. des Entwurfes, zu welchen von der Commission Abänderungsanträge gestellt seien, mit den letzteren zusammen zur Berathung zu ziehen.

Darauf wurde der Commissionsantrag Nr. 1 nach kurzer Debatte zwischen den Abgeordneten v. Schwarß (Hessen), v. Schwarß (Oremlingen), Eggeling, Schröter und Bach angenommen.

Bei der folgenden Berathung des §. 2 des Erlasses nebst dem dazu gestellten Abänderungsantrage der Commission entspann sich eine sehr lange und lebhafte Debatte. Nachdem sich die Abgeordneten Eimcke und Guericke, namentlich aber der Abt Dr. Sallentien in ausführlicher Rede gegen den Commissionsantrag und für Beibehaltung des §. 2 der Regierungsvorlage, die Abgeordneten Skerl, Pockels und Leidloff für den Commissionsantrag ausgesprochen hatten, wurde von dem Abgeordneten v. Schwarß (Oremlingen) für den Fall, daß der Commissionsantrag angenommen werden würde, der Antrag gestellt:

„Im §. 2 Abs. 2 des Erlasses die Worte: „und sehr erhebliche Gründe dafür sprechen“: zu streichen.“

Der Antrag fand, nachdem er vom Antragsteller kurz begründet war, genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Hierauf wurde die Debatte von den Abgeordneten Bach, Reuncke und Schulz fortgesetzt, von denen der zuletzt genannte am Schluß seiner Ausführungen folgenden weiteren Antrag stellte:

„Die Synode wolle beschließen unter Streichung des §. 2 folgende Bestimmung als §. 2 in den Erlaß einzufügen:

#### §. 2.

Kinder, die erst im Mai, Juni oder Juli des betreffenden Jahres das 14. Lebensjahr erreichen, können zum Confirmandenunterricht zugelassen werden, wenn sie den Durchschnitt der als Ziel der betreffenden Schule geforderten Bildung erreicht haben, und triftige Gründe ihrer Dispensation vorhanden sind.

Kinder, die erst im August, September oder October des betreffenden Jahres das 14. Lebensjahr erreichen, dürfen nur aus dringenden Gründen der Armuth oder wirthschaftlichen Noth zum Confirmandenunterricht zugelassen werden unter Voraussetzung guter Schulkennntnisse oder bei deren Mangel unter der Be-

dingung, daß dieser Mangel nicht veranlaßt ist durch Trägheit oder Schulversäumniß."

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt. Ein inzwischen von mehreren Abgeordneten gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt.

Hierauf wurde die Discussion von den Abgeordneten Schröter, Skerl und Guericke fortgesetzt, nach dessen letzteren Ausführungen die Versammlung den Schluß der Debatte beschloß.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß die Versammlung ferner, zunächst über den Commissionsantrag, dann eventuell über den Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) und zuletzt über den Antrag des Abgeordneten Schulz abzustimmen.

Es wurde hierauf der Antrag der Commission abgelehnt, wonach eine Abstimmung über den Antrag v. Schwarz (Cremlingen) unnöthig wurde, und der Antrag des Abgeordneten Schulz angenommen.

Bei der sich hier anschließenden Berathung über den §. 3 des Erlasses und den Commissionsantrag N. 3 wurde der letztere nach kurzer Debatte zwischen dem Abt Dr. Sallentien und den Abgeordneten Bach, Pockels und Leidloff von der Versammlung angenommen.

Darauf stellte der Abgeordnete Langerfeldt nach vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

"Im §. 3 des Erlasses zwischen dem ersten und zweiten Abjaze die Worte einzuschließen:

Fällt dies Zeugniß ungenügend aus, so ist die Zulassung zum Confirmanden-Unterrichte zu versagen."

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung, wurde von dem Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt und nach kurzer Debatte, an welcher außer dem Antragsteller die Abgeordneten Pockels, Bach, v. Schwarz (Cremlingen) und Skerl, sowie der Abt Dr. Sallentien theilnahmen, von der Versammlung angenommen.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Freitag, den 15. d. Mts., Morgens 10 Uhr an.

### **Zur Beglaubigung:**

Der Präsident.

*Lerche.*

Affessor **Koch.**  
protokoll. Secretair.

**Druckfehlerberichtigung:**

Im Protokolle 12 Seite 57 Zeile 9 v. o. statt „bestände“ zu sagen „bestimme“.

4 entzogen S. 57 Zeile 11 statt „entzogen“ zu sagen „entzogen.“

S. 58 Zeile 9 v. unt.: statt „Pfarrwittwenpensions“ zu sagen „Pfarrwittwen-  
thums.“

S. 59 Zeile 17 statt „§. 7“ zu sagen „§. 27.“

---

## Protokoll 14.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N. 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landtschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
15. Februar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landesynode, sowie der unterzeichnete  
protokollierende Secretär.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt und der Herr  
Ministerialrath Hartwig; als Vertreter Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident  
von Schmidt-Phisfeld, sowie die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien,  
Spieß und Rohde.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und Verlesung eines  
Schriftwortes durch den Abgeordneten Skerl, wurde das Protokoll vom 13. d. Mts. ver-  
lesen und genehmigt.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende

I. der Versammlung Mittheilung von dem Eingange und Inhalte eines Höchsten  
Rescripts vom 14. d. Mts. N. 1093, enthaltend die Rückäußerung des Kirchenregiments  
auf das Schreiben der Landesynode vom 28. vorig. Mts., wegen der von der letzteren zu  
dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug  
auf Taufe, Confirmation und Trauung beschlossenen Abänderungen. (Anl. 30.)

Mit Rücksicht auf den Inhalt des soeben mitgetheilten Höchsten Rescripts, insbesondere  
das in demselben an die Landesynode gerichtete Ersuchen, wegen Wiederholung der Berathung  
und Beschlussfassung über den §. 12 des vorgenannten Entwurfes unter Berücksichtigung der

Anl. 30

in dem Rescripte enthaltenen Kundgebungen, beschloß hierauf die Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden eine Abänderung der Tagesordnung in der Weise, daß der soeben genannte Gegenstand voran gestellt werden, dann *N* 3 der Tagesordnung sich daran schließen und darauf *N* 1 der Tagesordnung als dritter Gegenstand folgen solle.

Nachdem darauf dementsprechend an erster Stelle die Berathung über das Ersuchen des Kirchenregiments wegen Wiederaufnahme der Verhandlungen über den §. 12 cit. vom Herrn Vorsitzenden eröffnet war, wurde von dem Abgeordneten *R* h a m m, als Referenten der Commission, ausgeführt, daß er dem Antrage des Kirchenregiments entschieden widersprechen müsse, weil einmal materiell über den §. 12 nach allen Richtungen hin vollkommen ausreichend, für und wider aufs eingehendste verhandelt sei, und auf der anderen Seite formell, weil eine wiederholte Abstimmung über den §. 12 nach §§. 43 und 38 der Geschäftsordnung für die Landessynode ohne allen Zweifel unzulässig sein und eine Abweichung von genannten gesetzlichen Bestimmungen enthalten, daß aber eine Abweichung von der Geschäftsordnung nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Versammlung gestattet sein würde.

Diese beiden von dem Abgeordneten *R* h a m m dargelegten Fragen

- 1) daß eine Wiederaufnahme der Verhandlung über den §. 12 cit. eine Abweichung von der Geschäftsordnung enthalten würde, und
- 2) daß eine Abweichung von der Geschäftsordnung nur auf Grund einstimmigen Beschlusses der Versammlung zulässig sein würde,

gaben darauf zu einer längeren und lebhaften Debatte Veranlassung, in welcher für Bejahung vorstehender Fragen außer dem Abgeordneten *R* h a m m namentlich die Abgeordneten von *C* r a m m, *B* o c k e l s und *W* a c h eintraten, von dem Abgeordneten v. *S* c h w a r z (*C* r e m l i n g e n) und dem Abt Dr. *S* a l l e n t i e n aber Ausführungen dahin gehend gemacht wurden, daß eine Abweichung von der Geschäftsordnung gar nicht in Frage stehe, vielmehr auf Grund des §. 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zulässig sein würde.

Nachdem schließlich der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. *W* i r t darauf hingewiesen hatte, daß nach dem ergangenen Höchsten Rescript der Wunsch, die Beschlußfassung und Berathung über den §. 12 cit. wiederholt zu sehen, um deswillen an die Synode gerichtet sei, weil hiernach Seine Königliche Hoheit der Regent sich eher geneigt sehen würde, seine Einwilligung dem ganzen Gesetze zu geben, und daß er deßhalb die Synode ersuchen wolle, zunächst die Frage zu prüfen, ob überhaupt eine nochmalige Berathung und Beschlußfassung über den §. 12 möglich sein würde, wurde von dem Abgeordneten v. *C* r a m m nach kurzer Begründung der Antrag gestellt:

„Darüber abzustimmen:

- 1) ob eine nochmalige Berathung und Beschlußfassung über den §. 12 cit. eine Abweichung von der Geschäftsordnung für die Landessynode vom 13. November 1872 enthalten würde, und
- 2) ob die Versammlung den Grundsatz für zutreffend anerkennen wolle, daß Abweichungen von der Geschäftsordnung nur auf Grund einstimmigen Beschlusses der Versammlung statthaft seien.“

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Die ohne weitere Debatte folgende Abstimmung ergab die Bejahung beider in der Anlage gestellter Fragen.

Hierauf stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) auf Grund des Abf. 3 des §. 38 der Geschäftsordnung für die Landesynode den Antrag:

„die Synode wolle in nochmalige Communication mit dem Kirchenregimente treten“.

Auch dieser Antrag rief, nachdem, da er genügende Unterstützung fand, vom Herrn Vorsitzenden die Berathung über denselben eröffnet war, eine höchst bewegte und lange Debatte hervor, an welcher sich außer dem Antragsteller namentlich die Abgeordneten Rhamm, Bach, v. Gramm, Herbst, v. Kalm, Keunecke und Skerl, sowie der Abt Dr. Sallentien, auch der Wirkl. Geheimrath Dr. jur. Wirt und der Ministerialrath Hartwig betheiligten.

Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag von der Versammlung angenommen.

Sodann stellte nach vorausgeschickter Begründung

1) der Abgeordnete v. Gramm einen Antrag:

„Landesynode wolle beschließen, daß die Commission wegen einer eventuellen neuen Fassung des §. 12 cit. mit dem Kirchenregimente nochmals in Verhandlung zu treten habe“,

2) der Abgeordnete Pockels einen Antrag:

„Landesynode wolle beschließen, dem Kirchenregimente zu erklären, daß sie an ihrem Beschlusse wegen Streichung des §. 12 der Vorlage festhalte“,

3) der Abgeordnete v. Beltheim einen Antrag:

„Landesynode wolle beschließen, daß sofort eine Verhandlung in pleno stattfinden solle“.

Sämmtliche 3 Anträge wurden genügend unterstützt und neben einander zur Berathung gestellt.

Nach kurzer Debatte zwischen den Antragstellern, den Abgeordneten Rhamm und v. Schwarz (Cremlingen), sowie dem Herrn Ministerialrath Hartwig beschloß die Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, an erster Stelle über den Antrag v. Gramm abzustimmen.

Die Abstimmung ergab die Annahme desselben, und war daher eine Abstimmung über die Anträge Pockels und v. Beltheim nicht mehr erforderlich.

Hiernächst wurde die Sitzung auf Vorschlag des Abgeordneten Rhamm zum Zwecke sofortiger Communication der Commission mit dem Kirchenregimente für die Dauer von 15 Minuten vom Herrn Vorsitzenden aufgehoben.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung erklärte der Abgeordnete Rhamm im Namen der Commission, daß nach dem Ergebnisse der inzwischen mit Herzogl. Kirchenregimente stattgehabten Communication das letztere sich mit der Streichung des §. 12 einverstanden erklären würde unter der Voranssetzung, daß die Synode nachfolgende Erklärung abgeben würde:

„Synode wolle anerkennen, daß durch Streichung des §. 12 die bisherigen kirchenrechtlichen Bestimmungen über den von demselben betroffenen Gegenstand nicht beeinträchtigt werden, und

es dem Herzogl. Consistorio vorbehalten bleiben müsse, wegen deren Beobachtung das Weitere seinen Zuständigkeiten entsprechend im Instructionswege anzuordnen.“

Referent beantragte darauf im Namen der Commission:

„Hohe Synode wolle vorstehende Erklärung abgeben.“

Die Berathung über diesen Antrag wurde eröffnet und wurde derselbe mit großer Majorität angenommen.

Schließlich wurde über die Vorlage im Ganzen abgestimmt und erhielt dieselbe mit großer Majorität die Zustimmung der Versammlung.

II. Hiernächst schritt die Versammlung zur Erledigung des zweiten Gegenstands der Tagesordnung, der Schlußberathung über den Entwurf eines Kirchengesetzes wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. Dec. 1875, die kirchliche Trauung u. f. w. betr. (Anlage 29.).

Der Gesetzentwurf wurde vom Herrn Vorsitzenden wörtlich verlesen, Eingang, einziger Paragraph und Schluß desselben wurden ohne weitere Debatte angenommen, und erhielt dasselbe darauf im Ganzen die Zustimmung der Versammlung.

III. Bei dem nun folgenden dritten Gegenstande der Tagesordnung, der Fortsetzung der Berathung über den Entwurf eines Erlasses des Herzogl. Consistorii, die Zulassung zur Confirmation betreffend (Anlage 24) empfahl zunächst der Abt Dr. Sallentien auf Grund des §. 43 der Geschäftsordnung der Versammlung, die Verhandlung über den §. 2 der Vorlage nebst dem Commissionsantrage Nr. 2, sowie den in gestriger Sitzung angenommenen Antrag des Abgeordneten Schulz nochmals zu eröffnen. Zur Begründung führte derselbe aus, daß die Formulirung des Antrages Schulz ihm in folgender Beziehung zu Bedenken Veranlassung geboten habe:

- 1) Im ersten Absatz desselben würde vom „Confirmandenunterricht“, im 2. Absätze von „Confirmation“ gesprochen.
- 2) Auch der Ausdruck im Absatz 1 „Durchschnitt der als Ziel der betreffenden Schule geforderten Bildung“ sei incorrect, da ja hiernach z. B. ein Gymnasiast den Schluß des Gymnasiums erreicht haben müßte.
- 3) Ferner sei im ersten Absätze von „triftigen Gründen“ gesprochen, im zweiten Absatz seien specielle Gründe angeführt. Die Fassung des §. ließe nicht ersehen, ob die Gründe der beiden Absätze verschiedene sein sollten oder nicht. Wenn die Tendenz des §. die sein solle, daß, je jünger die Kinder seien, um so wichtiger und triftiger die Gründe sein müßten, so sei er mit dieser Tendenz einverstanden, aber die Fassung des §. sei jedenfalls in dieser Form bedenklich.

Die Versammlung beschloß hierauf die Verhandlung über den §. 2 der Vorlage nebst dem Commissionsantrage Nr. 2, sowie über den Antrag Schulz nochmals aufzunehmen.

Der Abgeordnete Schulz hob zunächst dagegen hervor, daß das Bedenken des Abts Dr. Sallentien ad 1 auf einem Irrthum beruhen müsse und besserte dann seinen Antrag dahin ein,

daß in dem ersten Absätze desselben statt „der betreffenden Schule“ — „der Volksschule“ zu sagen ist und im zweiten Absätze vor den Worten „der Armuth“ — die Worte „wie namentlich“ einzuschalten sind.

Nachdem der Antragsteller dann den Antrag in dieser veränderten Form nochmals ausführlich begründet hatte, wurde dieser neue Antrag, welcher genügende Unterstützung fand, zur Berathung gestellt. Derselbe rief wiederum eine längere Discussion hervor, an welcher sich die Abgeordneten Herbst, Schröter, Pockels, Bach, Eimede, Reunecke, von Schwarzh (Cremlingen) und Eggeling, sowie die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien und Rhode betheiligten.

Nach Schluß der Debatte beschloß die Versammlung zunächst über den Commissionsantrag und an zweiter Stelle über den Antrag des Abgeordneten Schulz in seiner neuen Fassung abzustimmen.

Beide Anträge wurden hierauf von der Versammlung abgelehnt, und war danach eine Abstimmung über den §. 2 der Vorlage nicht erforderlich.

Bei der sich hieran schließenden Berathung des §. 4 der Vorlage nebst dem zu denselben gestellten Commissionsantrage Nr. 4 wurde von dem Abgeordneten Eißfeldt zunächst folgender Antrag gestellt:

„An Stelle des zu streichenden §. 4 der Vorlage folgenden neuen §. als §. 4 zu setzen:

#### §. 4.

Sämmtliche dispensationsbedürftige Confirmanden, deren Eltern die Zulassung zum Confirmandenunterricht beantragen, sind an den zuständigen Schulinspector zur Prüfung zu verweisen, und ist von dessen Entscheidung die Zulassung derselben zum Confirmandenunterrichte abhängig zu machen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Nachdem sich der Abgeordnete Bach gegen diesen Antrag ausgesprochen hatte, stellten die Abgeordneten Eißfeldt und v. Schwarzh (Cremlingen) den obigen Antrag in folgender neuen Fassung:

„Wenn der Geistliche selbst Localschulinspector ist, so hat er die dispensationsbedürftigen Confirmanden, deren Eltern oder Angehörige die Confirmation beantragen, an den zuständigen Schulinspector zur Prüfung zu verweisen und ist von dessen Entscheidung die Zulassung derselben zum Confirmandenunterrichte abhängig zu machen.“

Auch dieser Antrag wurde genügend unterstützt und zur Berathung gestellt.

Nachdem sich der Abgeordnete Herbst gegen, der Abgeordnete Schröter für denselben ausgesprochen hatte, wurde derselbe abgelehnt.

Die Versammlung nahm hierauf ohne weitere Debatte den Commissionsantrag Nr. 4 an.

Hierauf stellte der Abgeordnete Schröter zum §. 6 der Vorlage folgende Zusatzanträge:



- 1) „Die Landessynode wolle gegen hohe Kirchenregierung den Wunsch aussprechen, dieselbe wolle in §. 6 der Vorlage hinter den Worten „bei Herzogl. Consistorium“ einschließen: „durch die Superintendenten.“
- 2) Den Wunsch aussprechen, daß in demselben §. statt der Worte „innerhalb der drei Wochen vom Sonntage Oculi bis zum Sonntage Palmarum“ gesetzt werde: „innerhalb der 6 Fastenwochen.“

Beide Anträge fanden, nachdem sie von dem Antragsteller ausführlich begründet waren, genügende Unterstützung und eröffnete der Herr Vorsitzende die Berathung über dieselben.

An der Debatte theiligten sich außer dem Antragsteller der Abgeordnete Skerl und der Abt Dr. Sallentien, worauf beide Anträge angenommen wurden.

Schließlich eröffnete der Herr Vorsitzende die Berathung über den Commissionsantrag Nr. 5. Derselbe fand, nachdem der Abgeordnete Bach mit einigen Worten nochmals dessen Annahme empfohlen hatte, die Zustimmung der Versammlung.

Damit war der dritte Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

IV. Es folgte nun die Berichterstattung und Berathung über den Antrag des Abgeordneten Zerbst, betreffend die Gründung neuer Pfarorien und Vermehrung der geistlichen Arbeiter u. s. w. (Prot. 2 bei V).

Der Abgeordnete Skerl erstattete zunächst, als Referent, im Namen der Commission kurzen Bericht dahin, daß einstweilen nicht von ihm erwartet werden würde, eingehend sich über die so wichtigen und tief eingreifenden Vorschläge und Anträge des Abgeordneten Zerbst zu äußern. Die Commission habe sich nicht überzeugen können, daß es sich hier um wirkliche Nothstände handle, wenn sie auch dem Antragsteller darin Recht geben müsse, daß in den von demselben angeregten Verhältnissen und Zuständen manche Uebelstände der Beseitigung harren. Die Vorschläge seien nicht der Art, daß die Commission der Synode rathen könne, auf dieselben einzugehen. Das Gesetz über das Normaldiensteinkommen und die Emeritirungsordnung habe den nothwendigsten Mißständen abgeholfen. Die Anträge seien zu weitgehend, und meine die Commission, daß man noch warten solle, was die Zukunft brächte. Er wolle sich jetzt auf diese Andeutungen beschränken und im Namen der Commission den nachfolgenden Antrag stellen:

„Hochwürdige Synode wolle, trotzdem sie den in den Anträgen des Abgeordneten Zerbst beregten Uebelständen eine gewisse Berechtigung zugesteht, diesen Anträgen keine Folge geben.“

Wegen vorgerückter Zeit schloß hier der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Sonnabend, den 16. d. Mts., Morgens 10 Uhr an.

**Zur Beglaubigung:**

Der Präsident.

*Lerche.*

Assessor Koch,  
protokoll. Secrétaire.

## Protokoll 15.

# Verhandlungen

der

durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 .N<sup>o</sup> 58 berufenen  
5. ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im Landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
16. Februar 1889, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Landes-Synode, sowie der unterzeichnete  
protokollierende Secretair.

Regierungsseitig: Der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk; als Vertreter  
Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Phiseldorf und die Herren  
Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und Verlesung eines  
Schriftwortes durch den Abgeordneten Skerl, wurde das Protokoll vom 15. d. Mts. ver-  
lesen und genehmigt.

Hierauf erklärte

I. der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen), daß ihm zu Ohren gekommen sei, daß der  
in der gestrigen Generaldebatte über die Geschäftsordnung von ihm gebrauchte Ausdruck, „es  
sei seiner Ansicht nach eine grobe Unschicklichkeit, wenn man dem Antrage Herzogl. Kirchen-  
regiments auf Wiederaufnahme der Verhandlung über den §. 12 der Anlage 12 nicht Folge  
geben wolle“, so aufgefaßt sei, als habe er denselben gegen einen Theil der Versammlung richten  
wollen. Er wolle hier Gelegenheit nehmen zu erklären, daß er bedaure im Eifer der Debatte  
zu einem so schroffen Ausdruck hingerissen zu sein, daß es aber durchaus nicht in seiner Ab-  
sicht gelegen habe, Mitglieder der Versammlung mit demselben zu treffen, er vielmehr nur  
ganz allgemein habe ausdrücken wollen, daß er es für geziemend und eine Anstandspflicht  
halten müsse, dem Antrage des Kirchenregiments Folge zu leisten.

II. Sodann verlasen folgende Schreiben der Landesynode an Se. Königl. Hoheit den Regenten :

- a. der Abgeordnete von Schwarz (Hessen) als Secretair der Synode, betreff. die Zustimmungserklärung der Landesynode zu dem Entwurfe eines Kirchengesetzes wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreff. (Anlage 31).
- b. der Abgeordnete Schönermark, betreff. den von der Versammlung über den Antrag des Abgeordneten Bach, wegen Erweiterung der Verwendungszwecke des Kirchenvermögens (Prot. 9 bei III) gefaßten Beschluß (Anlage 32).
- c. für den augenblicklich behinderten Abgeordneten Rhamm der protokollführende Secretair,
  - 1) betreff. die Mittheilung der dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, wegen Verletzung der kirchlichen Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, im Ganzen von der Versammlung erteilten Zustimmung (Anlage 33),
  - 2) betreff. die von der Versammlung zu dem Entwurfe eines Gesetzes, wegen Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt, gefaßten Abänderungsbeschlüsse. (Anlage 34.)

Sämmtliche Schreiben wurden von der Versammlung genehmigt.

III. Hierauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung und zwar zunächst zur Verathung über den Antrag des Abgeordneten Zerbst, betreff. die Gründung neuer Pfarochien und Vermehrung der geistlichen Arbeiter u. s. w. (Prot. 2 bei V.) über.

An erster Stelle ergriff der Abgeordnete Skerl, als Referent der Commission das Wort mit dem Bemerken, daß er sich in gestriger Sitzung wegen der knappen Zeit nur kurz über den vorliegenden Antrag habe äußern können, und daß er deshalb Gelegenheit nehmen wolle, nochmals auf denselben zurück zu kommen.

Der Antragsteller habe seinen Antrag durch die vorhandene Kirchennoth begründet. Diese Noth selbst sei unleugbar und bestehe, so führe derselbe aus, in dem riesigen Anwachsen unübersichtlicher Pfarochien in der Stadt Braunschweig und ungenügend zu verwaltender in anderen Städten des Herzogthums. Die Unmöglichkeit, so große Gemeinden seelsorgerisch zu pflegen, sei aber in einer Zeit, wo der Unglaube gemischt sei bald mit rücksichtslosem Erwerbsfinn und Genußsucht, bald mit social-anarchistischen Bestrebungen, und wo die siegreich vordringende und mit ungeheuren Geldmitteln versehene Katholische Kirche ihre zerstörende und verführende Macht täglich mehr beweise, von höchster Gefahr für unsere evang.-luth. Landeskirche. Diese Noth müsse bekämpft werden und zwar einmal durch größere Opfer des Staates und der Gemeinden, als bisher getragen worden seien, oder wo dies nun einmal nicht zu erreichen sei, dadurch, daß die bislang gewährten Mittel fernerhin in gleicher Weise zur Verfügung gestellt, aber in anderer Weise verwendet würden.

Was zunächst den Staat anlange, so erscheine es doch nicht unmöglich, daß die Landesregierung und der Landtag die bisher der Kirche für ihre Bedürfnisse zur Verfügung gestellten Mittel noch etwas erhöhe, wenn man namentlich berücksichtige, welche großen Summen in

den letzten 20 Jahren im Herzogthume für Profanbauten aufgewendet seien. Ein Land, welches so reiche Mittel besitze und darüber so freigebig zum Wohle des Volkes verfügt habe, müsse auch den Wunsch haben, das kirchliche Wohl der Bürger möglichst zu berücksichtigen. Braunschweig sei ein Land von fast nur evang.-luth. Einwohnern, so daß die Pflege der Kirche zugleich die Pflege eines Bedürfnisses der überwiegenden Mehrzahl der Staatsbürger bilde. Aus dem modernen Staatsbegriffe und Paritätsbegriffe und einer immer fortschreitenden Trennung der vom Mittelalter ererbten Verbindung von Staat und Kirche folge keineswegs die Berechtigung der radicalen Trennung beider Lebensgebiete, bei der der Staat sich jeden Einflusses auf Gestaltung, Entfaltung und Wirksamkeit der Kirche und jeden Schutzes wie jeder Ueberwachung zu enthalten habe.

Der Staat müsse bedenken, daß es für die Mehrzahl seiner Unterthanen — trotz des weitverbreiteten Unglaubens — auch heute ein Bedürfniß sei in kirchlichen Verbänden zu leben, und, diesem Bedürfnisse zu seiner Befriedigung zu verhelfen, sei zugleich eine politische Aufgabe desselben. Ein pecuniäres Opfer, welches der Staat der Kirche brächte, würde und müßte ihm selber reiche Zinsen tragen.

Ähnliche Beweggründe beständen auch für die einzelnen politischen Gemeinden, welche sich ja hinsichtlich ihrer Glieder fast mit denen der evang.-luth. Kirche deckten; daß die Gemeinden viel und bereitwillig gegeben hätten, sei voll anzuerkennen, aber auch hier sei die geleistete Hülfe für die riesig wachsende Noth unzureichend.

Aber auch für den Fall, daß weder die Landesregierung noch Landesvertretung *auch noch* die Gemeindeorgane mehr Gelder bewilligen wollten und könnten, würden dennoch die bisherigen Leistungen bei anderer Verwendung für die Minderung der dargestellten Noth gegenständig wirken können.

Der mittlere Durchschnitt für die Perioden 1880—83 und 1884—87 ergäbe, daß zu Kirchen- und Pfarrbauten pro Jahr aus Staatsmitteln 99756,78 M und aus Kirchenmitteln 117881 M aufgewendet seien. Es würde nun nur erforderlich sein, daß diejenigen Gemeinden, in denen Neubauten und Ausbesserungen freilich wünschenswerth, aber nicht durchaus nothwendig wären, eine Reihe von Jahren auf alle theueren Neubauten und Reparaturen verzichteten, dann würden schon innerhalb 10 Jahren nach obiger Berechnung  $10 \times 99756,78$  M also in Summa 997567 M der Kirche zur Verfügung stehen. Würden davon den Gemeinden mit normalen Verhältnissen  $\frac{1}{4}$  = rund 250000 M gegeben, so könnten rund 750000 M nebst Zinsen für Neubauten von Kirchen- und Neubegründung von Parochieen verwendet werden. Durch solche Gaben des Staates an die Gemeinden würden dann, so sei bestimmt zu hoffen, diese selber zu größern Opfern gereizt werden. Diejenigen Kirchencassen, welche so reiche Capitalien besäßen, daß deren Zinsen für das eigene Gotteshaus gar nicht aufgebraucht werden könnten, müßten ferner, wenn nicht durch Geschenke, so durch Anleihen mit mäßigem Zinsfuße den armen Kirchencassen zu Hülfe kommen.

Unzweifelhaft würde sich auch, sobald das Vorgenannte durch Gesetz festgestellt sei, die Privatwohlthätigkeit mehr rühren als sonst.

Wenn nun ferner der Antragsteller hinsichtlich der neuen Form der Einrichtung für das Kirchenregiment eine größere Freiheit in Bezug auf Gründung solcher neuen Parochieen und Bestallung neuer Geistlicher gewünscht habe, so habe er damit nicht gemeint, daß Herzogl.

Consistorium im Verwaltungswege so ohne weiteres decretiren solle. Sondern das Herzogl. Consistorium solle sich mit den Gemeindeorganen in Verbindung setzen, einen Plan ausarbeiten und denselben der Synode zur Genehmigung vorlegen. Die Synode würde dann die Sache durch Gesetz endgültig regeln, und, da sie die jura circa sacra betreffe, werde der summus episcopus nach Vortrag des Cultusministers dem Gesetzentwurfe erst die volle Rechtskraft verleihen.

Einen fernerer Nothstand erblicke der Antragsteller in der Bestallung und Besoldung der Geistlichen, und zwar in folgenden Beziehungen. Dieser Nothstand sei ein moralischer und materieller.

Der moralische Nothstand sei vielleicht der Mehrzahl der Geistlichen und Gemeinden nur deshalb so wenig drückend erschienen, weil er Jahrhunderte alt sei. Zunächst sei die Bewerbung bei Gemeinden, Patronen wie Behörden etwas, was sittliche Gefahren mit sich brächte. Er wage allerdings nicht in seinem Antrage soweit zu gehen die Aufhebung der Patronatsrechte von Gemeinden und Privaten zu fordern, doch müsse er leugnen, daß eine Ausdehnung des Wahlrechts, Präsentationsrechtes und dergleichen zu Gunsten der Gemeinden ein Segen für die Kirche sein würde. Man müsse prüfen, welchen sittlichen Einfluß das Bewerben der geistlichen Arbeiter auf den Charakter der Bewerber wie Verleiher ausübe? Die Versuchung sei immer da, die Schwierigkeiten der Lage, die Tüchtigkeit der Persönlichkeit in ein möglichst helles Licht zu stellen, um dadurch die Stelle zu bekommen, die in den Wünschen des Bewerbers liege. Aber nicht allein bei Gemeinden und Patronen, welche Wahlrecht hätten, sondern auch bei Herzogl. Consistorio sei das Bewerben drückend und von sittlichen Gefahren begleitet. Auch der Befehungsmobus sei sehr mangelhaft. Der Antragsteller wolle indessen nur die drückende Nothwendigkeit einer Bewerbung um ein Amt oder Beförderung abgeschafft sehen, das Recht wolle er bestehen lassen. Keinem anderen Staatsdiener außer den Theologen und Volksschullehrern sei diese Last aufgebürdet, sich das ganze Leben hindurch bewerben zu müssen, wenn sie angestellt werden oder aufrücken wollten. Die Versuchung sei zu nahelegend, daß nur um eine bessere Stelle zu erhalten, die Klagen über die eigene Lage das Maß der Wirklichkeit oft weit überschritten.

Wenn man auch nicht wünschen könne, Herzogl. Consistorium mit der Macht eines Papstes auszurüsten, so müsse doch demselben die Möglichkeit gegeben werden, wenigstens besser wie bisher die geeigneten Persönlichkeiten an den eines Arbeiters bedürftigen Platz zu senden, eine Kunst, welche gerade die katholische Kirche so meisterhaft verstände. Um dieses einigermaßen zu erreichen, müsse die Sache folgendermaßen geregelt werden. Die Anstellung und Beförderung jedes Theologen, der praestanda prästirt, und gegen dessen Lehre und Wandel nichts Hinderndes vorläge, müsse wo irgend möglich nach der Anciennetät erfolgen, ohne alle Meldung seinerseits.

Wenn so die Anstellung gesetzlich erfolgen müsse, so brauche der Candidat sich entweder gar nicht zu bewerben oder seine Bewerbung, zu welcher das Recht bestehen bliebe, erfolge in einer wesentlich anderen und angenehmeren Weise als bislang, indem sie in einer einfachen objectiven Darlegung der Gründe bestände, aus welchen sich der Candidat für eine bestimmte Pfarrstelle oder für eine bestimmte Kategorie von Land-, Stadtpfarren u. s. w. geeignet hielt. Solche Bewerbungen müßten von Herzogl. Consistorium thunlichst berück-

sichtigt werden, dasselbe müsse aber auch befugt sein, Geistliche an einen Platz zu senden, um welchen sie sich nicht beworben hätten. Ebenso wie bei der ersten Anstellung müsse das später möglich sein, wobei man gesetzlich festsetzen könne, daß eine Zwangsversetzung nur nach Ablauf einer bestimmten Reihe von Jahren und nur mit Zustimmung des Synodalausschusses statthaft sei. Man solle bedenken, wie schädlich es sei für Prediger und Gemeinden, wenn jemand um des Geldes willen sich dahin versetzen lasse, wohin er vielleicht nach leiblicher und geistlicher Anlage durchaus nicht passe, oder wie bedauerlich es sei, wenn jemand eine gute aber saure Pfarrstelle entweder nicht nehmen könne oder zu seinem Schaden auf Kosten seiner Gesundheit und nicht zur Freude seiner Gemeinde erwürbe. Es sei bekannt, wie groß die Einnahmeunterschiede zwischen Stellen gleicher Arbeitslast seien, und bekannt, wie gewaltig verschieden die Arbeitslast bei gleicher Einnahme sei. Wenn er nun den Geistlichen das Recht einer Bewerbung nicht nehmen wolle, so könne auch den Gemeinden an Stelle des Wahlrechts eventuell gestattet werden, der Behörde ihre Wünsche hinsichtlich des ihnen zu sendenden Geistlichen in der Weise zu äußern, daß sie die Eigenschaften, welche sie bei der Persönlichkeit als für ihre Verhältnisse passend fänden, zur Berücksichtigung vortrügen.

Der Antragsteller erblicke nun ferner die nothwendige Grundlage einer in dieser Hinsicht herbeizuführenden gesetzlichen Aenderung in der Loslösung der Pfründen von der einzelnen Stelle und in der Vereinigung der sämmtlichen Pfarreinnahmen des Landes in einen Centralfonds. Durch den auf diese Weise zu erreichenden neuen Besoldungsmodus der Geistlichen würden 1) die großen unzurechtfertigenden Ungleichheiten in der Einnahme, wobei zwei Personen des gleichen Alters und der gleichen Würdigkeit in der Einnahme vielleicht um 3000 M. unterschieden seien, verschwinden, 2) es würde um des Geldes willen sich niemand versetzen lassen müssen, der gerade in seiner Gemeinde zum Segen wirke, um dahin zu kommen, wohin er nicht passe, 3) es würden nicht sehr saure Stellen schlecht, sehr bequeme gut dotirt sein, 4) es würde nicht ein zu häufiger Wechsel der Prediger stattfinden, 5) es brauchten alte nicht mehr allen Anstrengungen gewachsene Prediger nicht um höherer Einnahmen willen eine Pfründe erwerben wollen, deren Arbeit sie gar nicht mehr gewachsen seien.

Zur sicheren Durchführung dieser Gedanken sei es freilich erforderlich, die Einnahmen der sämmtlichen Pfarrstellen im Lande in eine gemeinsame Cassé zu vereinigen, um dann aus dieser den einzelnen Geistlichen je nach dem Dienstalter derselben und der größeren oder geringeren Arbeitslast, die ihnen ihre Pfarrstelle auferlege, ihr Gehalt zu zahlen. Die allmähliche Erhöhung des Gehaltes soll dann innerhalb eines niedrigsten und höchsten Satzes nach gewissen Dienstjahren und einer näher zu bestimmenden Classeneintheilung geregelt werden. Der Antragsteller gebe zu, daß über die kirchenrechtliche Zulässigkeit einer solchen Maßregel unter den Kirchenrechtslehrern gestritten werde, gelegentlich des Gesetzes, betreffs der Abnahme der Stolgebührenrente von einzelnen Pfarrstellen, des Emeritirungsgesetzes, des eben erst beschlossenen Gesetzes über Einrichtung einer gemeinamen Pfarrwittwenhumscasse sei aber für unsere Landeskirche der alte Rechtszustand durchbrochen. Was endlich die wirkliche Durchführbarkeit seines Vorschlages betreffe, so spreche dafür die Erfahrung, die man in vielen anderen Landeskirchen bereits gemacht habe. Der Antragsteller berufe sich dafür auf Erfundigungen, die er unter der Hand bei vertrauenswürdigen und mit den einschlagenden Verhältnissen vertrauten Persönlichkeiten eingezogen habe, die nach seiner Meinung wohl

geeignet seien, die gegen das von ihm vorgeschlagene Verfahren a priori erhobenen Bedenken zu zerstreuen und dasselbe nach allen Richtungen hin zu empfehlen.

Dieses seien im Großen und Ganzen die Grundgedanken des Zerbst'schen Antrages. Die Commission habe sich eingehend mit allen Punkten desselben beschäftigt, dieselbe habe aber, wie er, Referent, bereits gestern hervorgehoben habe, sich nicht davon überzeugen können, daß es sich hier bei den von dem Antragsteller dargelegten Zuständen um so schreiende Nothstände handele, daß dieselben eine schnelle Abhülfe in der vorgeschlagenen Weise erheischten. Die Commission habe dem Antragsteller in vielen Beziehungen Recht geben müssen und anerkannt, daß allerdings auf diesen beregten Gebieten mancherlei schwere Uebelstände wohl noch zu beseitigen sein würden. Es seien das aber zum Theil Uebelstände, wie sie in allen menschlichen Einrichtungen zu finden seien. Die Herzogliche Kirchenregierung habe aber auch schon seit längerer Zeit mit Umsicht und Eifer dahin gearbeitet, jenen Uebelständen nach Möglichkeit abzuhelpen und dieselbe würde fortfahren, auf diesem Wege weiter zu arbeiten.

Namentlich, was die Besoldung der Prediger anbeträfe, seien doch von der Kirchenregierung große Verbesserungen geschaffen und sei dieselbe fortgesetzt damit beschäftigt an Stellen, wo es nöthig sei, zu helfen. Die große Beweglichkeit in der Besetzung der Pfarrstellen sei veranlaßt durch die Einführung der Emeritirungsordnung, welche zu Anfang naturgemäß zahlreiche Anträge auf Emeritirung zur Folge hätte haben müssen, und dem damit zusammenstehenden Mangel an jungen Candidaten. Auch in dieser Beziehung herrsche zur Zeit schon wieder ein ruhigerer normaler Zustand; an Candidaten sei entschieden schon jetzt ein Ueberfluß vorhanden und es werde dem Herzogl. Kirchenregiment vorbehalten bleiben, die damit gegebenen Kräfte in angemessener Weise zur Abstellung der geschilderten Nothstände in der Kirche zu verwerthen. Der Vorschlag des Antragstellers, es möge der Staat und die *hiesigen* Gemeinden zu größeren Leistungen für die Kirche geseplich herangezogen werden, lasse sich wegen seiner Undurchführbarkeit in der allgemeinen Form nicht empfehlen. Im Einzelnen hätten sich der Staat und die Gemeinden noch immer bereit finden lassen in Nothfällen ausreichend zu helfen, es erscheine aber der Commission nicht angänglich, unter der Angabe es seien Verbesserungen an Kirchen und Pfarr- und Schulgebäuden nothwendig große Summen anzufordern, von denen doch nur ein Viertel wirklich verwandt, der Rest aber auf 10 Jahre gesammelt werden solle, um davon die Kosten von Neubauten von Kirchen und von Neubegründung von Pfarrsystemen zu bestreiten.

Die von dem Antragsteller gewünschte Freiheit für das Herzogliche Consistorium in Bezug auf Gründung neuer Parochieen bestehe schon jetzt und sei in verschiedenen Fällen benutzt, es sei aber unmöglich, das Herzogliche Consistorium mit dem Recht auszustatten, die Gemeinden und gar den Staat zu zwingen, überall da die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, wo das Herzogliche Consistorium die Nothwendigkeit der Neueinrichtung eines Pfarrsystems erkannt habe. Was endlich den Wunsch des Antragstellers betreffe, es möge die Art der Bestallung und Besoldung der Geistlichen geändert werden, so werde sich die Bewerbung um andere Stellen nicht vermeiden lassen, es solle nicht geleugnet werden, daß darin etwas unbehagliches, ja für manche Geistliche sittlich verführerisches liegen könne, das Bedürfnis nach Versetzung stärker als nöthig zu betonen, aber eine das kirchliche Leben bedrohende Gefahr könne Commission nach den bisherigen Erfahrungen in dieser Art der

Stellenbeziehung nicht sehen. Noch weniger aber könne sich die Commission die weiteren Gründe des Antragstellers zur Durchführung seiner Vorschläge aneignen. Herzogliches Consistorium habe dafür gesorgt, daß schon jetzt die Einnahmen der Geistlichen auch abgesehen von ihrer Pfründe durch Zulagen erhöht werden können: durch Sicherung des Normaleinkommens, durch Alterszulagen, durch die Folgen des Emeritirungsgegesetzes, und des Gesetzes über die gemeinsame Pfarrwittwenhumscasse, durch die Beilegung von höheren Kirchenämtern. Es werde dadurch von selbst möglich werden, die einzelnen Geistlichen länger in ihren Stellen als sonst zu belassen, es könnten auch jüngere Prediger auf Stellen befördert werden, die früher nur älteren zugänglich waren; daß sei schon lange Grundsatz Herzogl. Consistoriums gewesen, Prediger in sehr hohem Lebensalter gar nicht mehr zu versetzen. Undurchführbar aber sei der Gedanke des Antragstellers, daß die Höhe des Gehaltes auch abhängig sein solle von der mit der Stelle geforderten größeren oder geringeren Arbeit. Das geschähe auf keinem Gebiete des Staatslebens.

Die Commission habe aber entschieden die größten Bedenken gegen Abschaffung des Pfründensystems gehabt, wenn auch in anderen Ländern z. B. Württemberg, Baden, Oldenburg, Hannover diesbezügliche ähnliche Einrichtungen, wie sie der Antragsteller wünsche, bereits getroffen seien. Es sei doch eine schwer zu entscheidende und zu übersehende Frage, ob man auch in unserem Herzogthum mit Vortheil von den alten Einrichtungen abgehen könne. Die Commission habe aus allen diesen Gründen entschiedene Bedenken gehabt auf die Vorschläge des Abgeordneten Zerbst weiter einzugehen, sei vielmehr der Meinung gewesen daß man die Wirkung der verschiedenen seitens der Herzoglichen Kirchenregierung versuchten Maßregeln, den Uebelständen in Beziehung auf Anstellung und Besoldung der Geistlichen abzuheffen, abwarten möge.

Er wolle deshalb den in der gestrigen Sitzung im Namen der Commission gestellten Antrag nochmals der Versammlung zur Annahme empfehlen, wobei er jedoch bemerken wolle, daß in demselben ein Redactionsversehen enthalten sei, und daß derselbe folgendermaßen lauten müsse:

„Hochwürdige Synode wolle, trotzdem sie das Vorhandensein der in den Anträgen des Abgeordneten Zerbst beregten Uebelstände in gewissen Maßen anerkannt, diesen Anträgen keine Folge geben.“

Nachdem hierauf die Berathung über den Antrag des Abgeordneten Zerbst jowie den Commissionsantrag vom Herrn Vorsitzenden eröffnet war, und der Abgeordnete Zerbst nochmals einige Punkte seines Antrages kurz erläutert hatte, wurde von dem Abgeordneten Eißfeldt nach vorausgeschickter längerer Begründung folgender Antrag gestellt:

„Hohe Synode wolle Herzogl. Kirchenregierung ersuchen, von Herzogl. Landesregierung zur Gründung neuer Pfarrstellen besonders in der Stadt Braunschweig Landesmittel zu erwirken und Herzogl. Consistorio zur Verfügung zu stellen“.

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden mit zur Berathung gestellt.

Nachdem sich der Abgeordnete v. Schwarz (Crem.) für, die Abgeordneten v. Gram und Skerl gegen denselben ausgesprochen hatten, und darauf der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Philbeck in eingehender Ausführung seine Ansicht sowohl über den letzteren



Antrag wie über den Antrag des Abgeordneten Zerbst dargelegt hatte, zog der Abgeordnete Eißfeldt seinen Antrag zurück.

Die Versammlung nahm hierauf ohne weitere Debatte den Commissionsantrag an.

IV. Der Herr Vorsitzende stellte hierauf folgenden Antrag des Abgeordneten Skerl:  
„Hochwürdige Synode wolle das hohe Kirchenregiment ersuchen, die einer Synode zu machenden Vorlagen, wenn irgend thunlich, dem Synodalausschusse so zeitig zugehen zu lassen, daß dieser die Vorlagen, nachdem er die Wahlprüfungen vollzogen hat, den Synodalen zu übermitteln im Stande ist“,

welcher vom Antragsteller kurz begründet wurde und genügende Unterstützung fand zur Berathung.

Der Antrag wurde von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

V. Nachdem sodann noch der Abgeordnete Bach ein Schreiben der Landesynode vom 16. d. Mts., betreffend die zu dem Entwurfe eines Erlasses Herzogl. Consistorii, wegen Zulassung zur Confirmation, von der Versammlung vorgeschlagenen Wünsche (Anlage 35) verlesen hatte und dasselbe von der Versammlung genehmigt war,

VI. wurde der Synodalausschuß mit der Abnahme des heutigen Protokolles sowie dem Erlasse etwa noch rückständiger Schreiben an Herzogl. Kirchenregierung beauftragt.

Der Herr Vorsitzende verlas sodann ein Höchstes Rescript vom heutigen Tage  
nl. 36. Nr. 1076, nach welchem die Landesynode geschlossen wird (Anlage 36) und schloß die Sitzung.

VII. Nachrichtlich wird bemerkt, daß auf Grund des erhaltenen Auftrags (S. bei VI) der Ausschuß der Landesynode das noch an die Kirchenregierung zu richtende Schreiben bezüglich des Antrags des Abgeordneten Skerl (S. bei IV) erledigt hat — Anlage 37. —

Dieses Protokoll ist vom Synodal-Ausschusse festgestellt und wie folgt unterschrieben:

**W. Pockels. Rhamm. A. Skerl. C. Langerfeldt. Rothe.**

**Assessor Koch,** protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 1.

19. December 1888.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup> 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Die durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 N<sup>o</sup> 58 berufene fünfte ordentliche Landes-Synode wurde heute im Sitzungssaale des landständischen Hauses zu Braunschweig in Anwesenheit der nachstehend aufgeführten Abgeordneten:

- 1) Pastor Bach aus Calvörde,
- 2) General- und Stadt Superintendent Dr. theol. Beste von hier,
- 3) Holzhändler Friedrich Blanke aus Kl.-Rhüden,
- 4) Gesandter am Königl. Preussischen Hofe, Baron von Gramm-Burgdorf aus Berlin,
- 5) Pastor Eggeling von hier.
- 6) Gemeinde-Vorsteher Gimede aus Wazum,
- 7) Pastor Eißfeldt aus Querum,
- 8) Bürgermeister Guericke aus Helmstedt,
- 9) Oberbibliothekar, Professor Dr. von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 10) Pastor Hörmann aus Kirchberg,
- 11) Superintendent Jeep aus Holzminden,
- 12) Ober-Regierungsrath von Kalm von hier,
- 13) Gemeinde-Vorsteher Keuncke aus Frellstedt,
- 14) General-Superintendent Dr. theol. Kuhn aus Helmstedt,
- 15) Kreisdirector Langerfeldt aus Helmstedt,
- 16) Professor Dr. Leidloff aus Holzminden,
- 17) Kreisdirector Lerche aus Sandersheim,
- 18) Oberamtsrichter Dohns aus Stadtholendorf,
- 19) Oberbürgermeister Pockels von hier,
- 20) Land syndicatus Rhamm von hier,
- 21) Stadtsuperintendent, Probst Rothe aus Wolfenbüttel,
- 22) Kreis-Bauinspector Scholvin aus Sandersheim,

## Sitzungsbericht 1.

- 23) General-Superintendent Schönermark aus Blankenburg,
- 24) Provisor Carl Schrader von hier,
- 25) General-Superintendent Schröter aus Gandersheim,
- 26) Superintendent von Schwarzk aus Cremlingen,
- 27) Oberamtmann von Schwarzk aus Hesse,
- 28) Pastor Dr. theol. Skerl von hier,
- 29) Oberjägermeister Freiherr von Beltheim auf Desfeldt, und
- 30) Pastor Dr. theol. Zerbst aus Gebhardshagen.

Durch den Herrn Wirkl. Geheimrath Dr. jur. Wirk, in Gegenwart der Vertreter des Herzogl. Consistorii, der Herren Consistorialpräsident v. Schmidt-Philstedt, Consistorialräthe Abt Dr. Sallentien, Spieß und Rohde mit nachfolgender Rede im Allerhöchsten Auftrage Sr. Königl. Hoheit, des Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig eröffnet:

Von Sr. Königl. Hoheit, dem Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig, gnädigst mit dem Auftrage beehrt, die fünfte ordentliche Landessynode zu eröffnen, lasse ich es mein Erstes sein, Sie, meine hochgeehrten Herren, die Sie, dem Rufe Sr. Königl. Hoheit folgend, sich heute zum Beginne Ihrer synodalen Thätigkeit hier versammelt haben, von ganzem Herzen willkommen zu heißen.

Als die vierte ordentliche Landessynode zusammentrat, geschah dies unter dem Drucke der Trauer und der schweren Sorge, welche in Folge des Hinscheidens Seiner Hoheit, unseres Herzogs Wilhelm, auf dem ganzen Lande und auf allen Gemüthern lastete, und von welcher auch unsere evangelisch-lutherische Landeskirche sich tief ergriffen finden mußte. In die Trauer um den dahingeshiedenen Hüter ihres Heiligthums — eine Trauer, welcher sie den vollsten und würdigsten Ausdruck gab — mischte sich unwillkürlich die Sorge um ihre nunmehr verkleinert vor ihr liegende Zukunft. Aber sie vertraute auf die Gnade des Höchsten. Wie der Höchste die lange segensreiche Regierung des verewigten Landesfürsten auch für sie eine Zeit stetigen friedevollen und segensbringenden Waltens und Wesens hatte sein lassen, so durfte sie sich der Zuversicht getrösten, daß Er sie auch fernerhin unter seinen gnädigen Schutz und Schirm werde nehmen wollen. Heute wissen wir längst, daß sie sich in dieser Zuversicht nicht getäuscht hat. In der Person des Prinzen Albrecht von Preußen, unseres durchlauchtigsten Regenten, hat Gottes Gnade unserer theuren Landeskirche einen obersten Bischof wieder verliehen, dessen von tieffter Erschlossenheit kirchlichen Sinnes getragener Weisheit und Fürsorge sie sich — freudig gehobenen Muthes — von Anfang an hat versichert halten dürfen und fortbauern zu erfreuen haben wird. Um so freudiger werden denn auch Sie, meine hochverehrten Herren, sich der hochbedeutsamen Aufgabe widmen wollen, die Ihrer jetzt im Namen unserer Landeskirche wartet.

Und diese Kirche selbst — wie hochwerth Ihrer liebevollsten Hingebung an diese Aufgabe muß sie Ihnen, meine Herren Synodalen! erscheinen — sie, die entgegen einem schrillen und ungeligen Widerstreite eigensüchtiger Meinungen in kirchlichen Dingen und in Sachen des Glaubens sich in ihrem Innersten den Geist des Friedens und den Einflang mit der Stimme des Evangeliums zu bewahren gewußt hat. Ich möchte hierbei wörtlich wiederholen dürfen, was in dieser Beziehung von dieser Stelle aus zu der zweiten ordentlichen Landessynode bei deren Eröffnung aus Christgläubig bereitem Munde geredet wurde:

„Im Innern unserer Landeskirche giebt es wohl verschiedene Stellungen und Richtungen, aber keine Wortführer, welche in den geweihten Räumen der Kirche Sitz und Stimme fordern, um unser christliches Heiligthum

den Glauben an den geoffenbarten Sohn des lebendigen Gottes zu bemäkeln und negiren.“

Das ist — Gott sei gepriesen! — bis heute wahr geblieben, und mit Gottes gnädigem Beistande werden wir uns dieses Segens auch ferner zu erfreuen haben; Sie aber, meine Herren Synodalen! werden Sich beglückwünschen wollen, daß dem Rufe, den diese Kirche an Sie ergehen läßt, kein Mißklang beigemischt ist, welcher in Ihren Verhandlungen einen, wenn auch nur unwillkürlichen Wiederhall finden könnte.

Von den Vorlagen, welche die Kirchenregierung Ihnen zu machen hat, werden die von Herzoglichem Consistorium zusammengestellten Mittheilungen über die Zustände und Verhältnisse unserer Landeskirche Ihnen abermals einen erfreulichen Einblick in das fortwährend reich und tiefbewegte innere Leben und Weben derselben und ihre Wirkungen nach außen hin gewähren, zugleich aber Ihnen in mannigfaltigster Beziehung Gelegenheit und Anlaß zur Erwägung von weiter fördernden Wegen und Mitteln darbieten können. — Von den übrigen Vorlagen, welche an Sie gelangen werden, dürfte Ihrer Aufmerksamkeit vorzugsweise der Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, zu empfehlen sein. Derselbe ergeht an Sie auf Anlaß eines bereits von der dritten ordentlichen Landesynode ausgesprochenen Verlangens, hat aber nicht wohl schon bei der vierten Synode eingebracht werden können. — Ferner werden Sie Sich durch den Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, und durch ein paar andere Gesegentwürfe, eine Abänderung des §. 3 A. 3 resp. A. 7 der Synodalordnung, bezw. eine Ergänzung der Geschäftsordnung (§. 25) betreffend, beschäftigt finden.

Im Uebrigen behält die Kirchenregierung sich vor, Ihnen im Laufe der Sitzungsperiode auch noch andere Vorlagen zugehen zu lassen.

Ich schließe mit dem Ausdruche der Freude, die es mir in meiner berufsmäßigen, herzlich hoch und werth gehaltenen Stellung zu unserer evangelisch lutherischen Landeskirche gewährt hat, mich mit dieser zuversichtlichen Ansprache an Sie, meine hochgeehrten Herren! beim Beginne Ihrer synodalen Thätigkeit wenden zu dürfen.

Der Herr Regierungscommissar Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirtz nahm sodann von dem Herrn Regierungsassessor Schmid assistirt den neu in die Synode eintretenden Mitgliebern Seep, Langerfeldt, Leidloff, v. Schwarzh (Cremlingen), v. Schwarzh (Hessen) und Herbst das im §. 17 des Gesetzes A. 34 vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landesynode u. betreffend, vorgeschriebene Gelöbniß ab und erklärte im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Regenten die Synode für eröffnet.

Aufgefordert von dem Abgeordneten Bodels, dem Vorsitzenden des bisherigen Synodalausschusses, und unter Beifall der Versammlung übernahm darauf der Abgeordnete Kuhn als Alterspräsident den Vorsitz. Derselbe machte zunächst zur Geschäftsordnung den Vorschlag und forderte die Versammlung auf, sich darüber zu äußern, ob es nicht zweckmäßiger sei, vor der Neuwahl der Beamten der Synode vorerst den Bericht des Synodalausschusses über die Vorprüfung der stattgehabten Neuwahlen entgegen zu nehmen.

Der Vorschlag fand Widerspruch namentlich von Seiten des Abgeordneten Bodels, welcher ein derartiges Verfahren nach dem §. 7 der Geschäftsordnung für die Landesynode und deren Ausschuß vom 13. November 1872 für unzulässig erklärte.

Nachdem darauf von dem Herrn Vorsitzenden und auch dem Abgeordneten v. Gram darauf hingewiesen war, daß über diesen Punkt unbedenklich ein Beschluß der Versammlung herbeizuführen sei, beschloß die Reptere nach kurzer Debatte zunächst den Ausschußbericht hören zu wollen.

Derselbe wurde hierauf von dem Abgeordneten Khamm im Namen des Synodalausschusses dahin erstattet, daß die dem Ausschuss eingesandten Protokolle über die Wahlen der Abgeordneten zu Ausstellungen Anlaß nicht gegeben hätten, daß dagegen bei den Wahlen der Wahlmänner zur Vorbereitung der Wahlen der Abgeordneten sehr zahlreiche und erhebliche Verstöße vorgekommen seien. Was die Art dieser Unregelmäßigkeiten anlange, so handle es sich meist um die Anzahl der Wähler, um die Nichtinnehaltung der Fristen um Mitwahl seitens der Pastöre und um die bei einzelnen Vorstehenden der Kirchenvorstände herrschende Unklarheit über den Begriff der absoluten Majorität. Wären auch die meisten dieser Unregelmäßigkeiten nicht derartig, daß sie das Resultat der Wahlen beeinträchtigten, so sei doch in 2 Fällen, bei der Wahl der Abgeordneten Gericke und Herbst, die Frage, ob die Gültigkeit der Wahlhandlung zu beanstanden sei, der Erwägung des Ausschusses sehr nahe gerückt. Der Synodalausschuss habe aber, was die erstere Wahl betreffe, nach der in dieser Beziehung herrschenden milden Praxis von Beanstandung derselben Abstand nehmen zu sollen geglaubt und sich anlegen sein lassen auf nachträgliche Beseitigung einzelner in Frage kommender Ordnungswidrigkeiten hinzuwirken: was die 2. Wahl betreffe, so seien bei Berechnung der angegebenen Stimmenzahl 2 ungültige Stimmen irrtümlich mit in Anschlag gebracht und die absolute Majorität auf Seiten des Gewählten nach Einbesserung dieses Verzeichens unzweifelhaft vorhanden. Es werde demnach auch der Versammlung anheim gegeben, sämtliche Neuwahlen als gültig anzuerkennen; es sei aber dringend wünschenswerth, daß Maßnahmen getroffen würden, wodurch dergleichen Unregelmäßigkeiten in Zukunft vermieden würden.

Zum Schluß stellte der Redner im Namen des Ausschusses die nachfolgenden Anträge:

- 1) Hohe Synode wolle die in Gemäßheit der Höchsten Verordnung vom 17. October d. Jz. stattgefundenen Wahlen als gültig anerkennen,  
und
- 2) Hohe Synode wolle die Herzogl. Kirchenregierung ersuchen, daß Herzogl. Consistorium veranlaßt werde, behuf thunlichster Beseitigung der Ordnungswidrigkeiten, welche bei der Wahl von Wahlmännern zur Vorbereitung der Wahlen von Abgeordneten zur Landesynode in zahlreichen Fällen vorgekommen sind, einheitliche Formulare zu Protokollen für die betreffende Wahlhandlung aufzustellen und den Vorstehenden der Kirchenvorstände zur Benutzung zugehen zu lassen.

Die Versammlung erkannte hierauf sämmtliche Wahlen als gültig an und beschloß auch dem zweiten Antrage zu entsprechen.

Hierauf bemerkte der Abgeordnete von Weltheim zur Geschäftsordnung, daß dieser soeben von der Versammlung gewählte Gang der Verhandlungen ein der bestimmten Vorschrift im §. 7 der Geschäftsordnung für die Landesynode vom 13. November 1873 nicht entsprechender gewesen sei, und beantragte mit Zustimmung der Versammlung, daß solches, um kein Präjudiz für die Zukunft zu statuiren, ausdrücklich im Protokolle erwähnt werde.

Nachdem sodann der Herr Regierungskommissar sowie die Vertreter des Herzogl. Consistorii den Sitzungsaal verlassen hatten, schritt die Versammlung zur Beamtenwahl.

In drei geordneten Wahlgängen wurden als die Er. Königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht, Regenten des Herzogthums Braunschweig, zu dem Amte des Vorstehenden und dem seines Stellvertreters zu präsentirenden Candidaten:

- 1) der Kreisdirector Verche aus Gandersheim mit 28 Stimmen,
- 2) der Pastor Ekerl von hier mit 29 Stimmen,
- 3) der Oberbürgermeister Pockels von hier mit 21 Stimmen,

erwählt,

von denen der Erstgenannte als Vorstehender, der Zweitgenannte als dessen Stellvertreter die Allerhöchste Bestätigung erhielten.

Auf Vorschlag des Abgeordneten von Cramm wählte sodann die Versammlung, nachdem sie sich mit einer Wahl durch Acclamation einverstanden erklärt hatte, die Abgeordneten von Schwarzh (Hessen) und Eggeling zu Secretairen.

Nach kurzer Unterbrechung übernahm hierauf auf Aufforderung des Herrn Alterspräsidenten der Abgeordnete Lerche den Vorsitz und richtete an die Versammlung eine Ansprache des Inhalts, daß er bei seinen vorgekehrten Jahren allerdings gehofft habe, die Versammlung würde dieses Mal ihre Wahl auf eine jüngere, kräftigere und tüchtigere Kraft richten, daß er aber trotzdem bereit sei, das Amt eines Vorsitzenden zu übernehmen, daß er sich hoch geehrt fühle durch diese auf ihn gefallene Wahl, daß er der Versammlung für das ihm dadurch bewiesene Vertrauen seinen Dank aussprechen wolle, und biete dieselbe Nachsicht wie früher gegen ihn zu üben.

Nachdem die Versammlung die Worte des Redners durch Beifall geehrt hatte, verlas der Herr Vorsitzende sodann zwei Schreiben des Herzogl. Staatsministerium, betr. die Bestellung eines Regierungscommissars sowie die Beordnung eines protokollierenden Secretairs und eines Registraturbeamten, nach deren Ersteren sämtliche Mitglieder des Herzogl. Staatsministerium ermächtigt sind, Sr. Königl. Hoheit den Regenten bei den Verhandlungen dieser Synode zu vertreten und speciell der Wirkl. Geheimrath Dr. jur. Wirk den Auftrag erhalten hat, den Verhandlungen als Commissar Sr. Königl. Hoheit beizuwohnen, ferner ein Höchstes Rescript, nach welchem als Vertreter des Herzogl. Consistorii der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Phildeck und die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Sallen-tien, Spieß und Rohde fungiren werden.

Ferner kündigte der Herr Vorsitzende den Eingang an

#### A. folgender Höchster Rescripte:

- 1) vom 19. d. Mts. N<sup>o</sup> 7490, betreffend die Vorlegung der der Landesynode beim Beginne jeder ordentlichen Versammlung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche von der Kirchenregierung zu machenden eingehenden Mittheilung,
- 2) vom 19. d. Mts. N<sup>o</sup> 8415 bei Mittheilung des Entwurfs eines Kirchengesetzes über die theologischen Prüfungen,
- 3) vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8681 bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes wegen Abänderung der Geschäftsordnung für die Landesynode und deren Ausschuß vom 13. Nov. 1873,
- 4) vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8648 bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landesynode und eines Synodalausschusses für die evangelisch lutherische Kirche des Landes betreffend,
- 5) vom 17. d. Mts. N<sup>o</sup> 8770 bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betr.

#### B. Folgender Petitionen:

- 1) Vorstellung des Vorstandes des Zweigvereins Braunschweig des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missions-Vereins hieselbst vom 16. d. Mts. betreffs Genehmigung von Kirchencollecten für seine Zwecke.
- 2) Bitte des Pastors Abj. Stöltzing in Schlieftedt und Genossen, betr. das Verfahren bei Reparaturen geistlicher Gebäude. —

Dem Abgeordneten Kühne wurde sodann vom Herrn Vorsitzenden Krankheits halber für die Sitzungen der nächsten Tage der erbetene Urlaub ertheilt.

Die Versammlung nahm hierauf einen von dem Abgeordneten von Gramm gestellten Antrag:

Landesynode wolle beschließen:

Vor dem Beginne der Verhandlung jeder Sitzung wird ein Wort der Schrift verlesen.

Die Auswahl und Verlesung des Schriftwortes wird dem jetzigen zweiten Vorsitzenden übertragen.

nach kurzer Motivirung durch den Antragsteller an.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden schritt die Versammlung nunmehr zur Wahl der Mitglieder des Synodalausschusses und nahm den Vorschlag des Abgeordneten Pockels, zuerst zwei geistliche, dann zwei weltliche Mitglieder und zuletzt das fünfte (geistliche oder weltliche) Mitglied zu wählen an.

Auch der Vorschlag des Abgeordneten von Beltheim, diejenigen Herren, welche unzweifelhaft in den Ausschuß gewählt werden würden, einfach durch Acclamation zu wählen, wurde nach kurzer Debatte acceptirt, und es wurden dementsprechend auf Antrag des Abgeordneten von Beltheim die Abgeordneten Skerl und Rothe und auf Antrag des Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen) der Abgeordnete Pockels per Acclamation gewählt.

Aus den sodann folgenden beiden gesonderten schriftlichen Wahlgängen gingen die Abgeordneten

Rhamm mit 19 Stimmen und

Langerfeldt mit 17 Stimmen

als Mitglieder des Synodalausschusses hervor.

Es wurden hierauf ferner zu Stellvertretern für die einzelnen Mitglieder und zwar für die Abgeordneten Skerl, Rothe und Langerfeldt, die Abgeordneten Eggeling, Schönermark und von Heinemann durch Acclamation — auf diesbezüglichen Antrag der Abgeordneten Pockels und von Gramm — für die Abgeordneten Pockels und Rhamm in zwei gesonderten schriftlichen Wahlgängen die Abgeordneten

Perche mit 19 Stimmen und

Gimecke mit 17 Stimmen

in hier aufgeführter entsprechender Reihenfolge gewählt.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf sodann zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, den Bericht des Synodalausschusses und die Wahl der Commissionen, welche der Geschäftsordnung gemäß nunmehr zu folgen hätten, auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu setzen. Nach kurzer Debatte, an welcher sich namentlich die Abgeordneten von Beltheim, Gimecke, Pockels und Bach betheiligen, beschließt die Versammlung die Wahlen der Commissionen noch in der heutigen Sitzung vorzunehmen.

Zur Vorberathung der liturgischen Vorlagen empfiehlt der Herr Vorsitzende eine Commission von fünf Mitgliedern zu wählen und wurden in dieselbe in einem schriftlichen Wahlgange die Abgeordneten

Schulz mit 30 Stimmen,

Rothe mit 29 Stimmen,

Gimecke mit 18 Stimmen,

Hörmann mit 17 Stimmen,

Leidloff mit 19 Stimmen

gewählt.

Nachdem darauf von dem Herrn Vorsitzenden fernerhin vorgeschlagen war, eine zweite Commission zur Vorberathung der Prüfungsordnung zu wählen, wurde von dem Abgeordneten von Beltheim ein von einem großen Theile der Mitglieder unterstützter Antrag gestellt, zur Vorberathung der Prüfungsordnung und des Gesetzes Kirchenrecht betr., nur eine Commission

zu wählen. Dieser Antrag rief lebhaften Widerspruch eines anderen Theils der Mitglieder hervor, und es entpann sich eine längere Debatte, an welcher sich namentlich die Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen), Pockels, Ekerl, Verche, Rhamm, Eggeling und Bach betheiligten.

Gegen den Antrag sprach sich auch namentlich der Consistorialrath Abt Dr. Sallentien aus, indem er darauf hinwies, daß die in Frage stehenden Vorlagen schon verschiedenartig genug seien, um zweckmäßig verschiedenen Commissionen zugewiesen werden zu müssen, daß aber außerdem voraussichtlich demnächst noch andere Vorlagen eingehen würden, welche materiell den bislang vorliegenden noch weniger gleichartig sein würden, und daß er daher die Wahl von 2 Commissionen nur dringend empfehlen könne.

Auf Antrag des Abgeordneten Rhamm, welcher allgemeine Zustimmung fand, wurde hiernach die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden für kurze Zeit ( $\frac{1}{4}$  Stunde) aufgehoben.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung beschloß dann die Versammlung zur Vorberathung, für die beiden in Rede stehenden Vorlagen, Prüfungsordnung und Gesetz, Kirchenzucht betr., zwei getrennte Commissionen und außerdem eine dritte allgemeiner Art für Vorprüfung der Petitionen p. p. von je 5 Mitgliedern zu wählen.

In drei gesonderten Wahlgängen wurden zu Mitgliedern der zuerst genannten die Abgeordneten

Eggeling  
v. Heinemann } mit je 29 Stimmen,  
Schröter

Pockels mit 28 Stimmen,

und Bach mit 16 Stimmen,

zu Mitgliedern der zweiten die Abgeordneten

Eißfeld mit 29 Stimmen,  
Schönermark mit 27 Stimmen,

Rhamm  
Schrader } mit je 16 Stimmen,  
und Reunecke

und

zu Mitgliedern der letztgenannten Commission die Abgeordneten

Langerfeldt } mit je 29 Stimmen,  
Zerbst

Jeep mit 26 Stimmen,

Schölvin mit 25 Stimmen und Dehns mit 16 Stimmen

gewählt.

An die Wahlen schloß sich eine Besprechung über die geschäftliche Behandlung der während der Zeit der bevorstehenden Vertagung der Versammlung eventuell an die Synode eingehenden Sachen.

Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung einen von dem Herrn Vorsitzenden gestellten Antrag:

die Versammlung wolle den Ausschuß beauftragen, die während der Zeit der bevorstehenden Vertagung eventuell einkommenden Eingänge den betreffenden Commissionen zu überweisen,

ferner einen Antrag des Abgeordneten Rhamm:

die Versammlung wolle beschließen, den Commissionen die Ermächtigung zu ertheilen, über die Vorlagen eventuell schriftlich berichten zu können,

an.



## Sitzungsbericht 1.

Schließlich wurde noch ein von den Abgeordneten Ekerl und Eggeling gestellter Antrag:

Hohe Synode wolle beschließen, es möge die zur Eröffnung der Synode vom Herrn Hof- und Domprediger gehaltene Predigt gedruckt und den Synodalen überwiesen werden.

nach kurzer Begründung von Seiten der Antragsteller angenommen.

Der Herr Vorsitzende eröffnete hiernach der Versammlung, daß die Tagesordnung für den heutigen Tag nunmehr erledigt sei, verlas ein soeben eingegangenes Höchstes Rescript vom heutigen Tage, nach welchem die Synode bis zum 16. Januar kommenden Jahres vertagt ist, ersuchte die Abgeordneten, sich am genannten Tage Morgens 11 Uhr hier wiederum einzufinden, und schloß die Sitzung.

Assessor **Koch**,  
protok. Secretair.

# Sitzungsbericht 2.

16. J a n u a r 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung .N. 58 vom  
9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den zweiten Vorsitzenden, wurde die Sitzung vom Herrn Präsidenten eröffnet, das Protokoll vom 19. December 1888 verlesen und genehmigt.

Sodann wurde auf Antrag des Herrn Vorsitzenden den Abgeordneten von Gram und Kühne der erbetene Urlaub, Ersterem für die 4 folgenden Tage, Letzterem bis auf Weiteres von der Versammlung ertheilt.

Der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, vor Eintritt in die Tagesordnung den auf die heutige Sitzung verschobenen Bericht des Synodalausschusses über die Thätigkeit desselben seit dem Schlusse der vierten ordentlichen bis zum Beginne dieser Landes-Synode entgegenzunehmen, wurde von der Versammlung angenommen.

Der Abgeordnete Skerl erstattete darauf im Namen des bisherigen Synodalausschusses diesen Bericht dahin, daß der Ausschuss zunächst die noch zu regelnden Geschäfte der Synode zum Schluß gebracht, und daß die Thätigkeit desselben im Uebrigen lediglich sich darauf beschränkt habe, in zwei Fällen verweigerter Vocation und zwar Seitens der Gemeinde Hondelage für den Pastor Winker und der Gemeinde Siedte für den Pastor Drewes mit Herzoglichem Consistorio die Ergänzung der verweigten Vocation zu bewirken.

~~Der Herr Consistorialrath Spieß erklärte hiernächst, daß im Cap. III. der Anlage 6a unter den Buchstaben F betreffend die geschäftlichen Beziehungen zwischen Synode, Synodalausschuss und Consistorium des Siedter Falles durch ein Versehen nicht Erwähnung geschehen sei.~~

In dem einen Falle habe der Kirchenvorstand der Gemeinde Hondelage dem Pastor Winker die Vocation verweigert wegen unzureichenden Organs. Der Pastor Winker sei durch Herzogl. Consistorium veranlaßt, in Wolfenbüttel eine Predigt zu halten, die Stimme desselben habe hier allerdings nicht ganz angenehm geklungen, indeß sei seine Predigt überall und vollständig zu verstehen gewesen. Infolge davon, und da außerdem ein ärztliches Attest vorgelegt habe, nach welchem derselbe von einem Halsleiden vollständig geheilt sei, habe sich der Synodalausschuss in der Sitzung vom 3. August 1887 einstimmig gegen die Verweigerung der Vocation ausgesprochen.

Ungefähr ebenso habe es sich im zweiten Fall verhalten, in welchem Seitens des Kirchenvorstandes von Siedte dem Pastor Drewes die Vocation verweigert sei. Da in diesem Fall die Kirchenvisitatoren erklärt hatten, daß sie die Predigt des p. Drewes vollständig verstanden hätten, die Stimme desselben auch hinreichend dem Consistorium bekannt gewesen sei, sei hier von einer Probepredigt Abstand genommen, und hätte auch hier der Synodalausschuss seine Zustimmung zur Ergänzung der Vocation gegeben. Hierauf beschränkte sich die ganze Thätigkeit des Synodalausschusses.

Der Herr Consistorialrath Spieß erklärte hiernächst, daß im Cap. III der Anlage 6a unter F — betreff. die geschäftlichen Beziehungen zwischen Consistorium und Synodalausschuss — des Siedter Falles durch ein Versehen nicht Erwähnung geschehen sei, daß derselbe sich aber so verhalte, wie der Herr Vorredner eben vorgetragen habe.

Hierauf kündigte der Herr Vorsitzende der Versammlung an, daß während der Zeit der Vertagung derselben

- A. ein Höchstes Manuscript vom 5. d. Mts. N. 8608 bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, betr. die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung.
- B. 1) eine Petition des Pastors Billmann zu Uehrde und Genossen, d. d. Uehrde und Wolfenbüttel, 19. November vorigen Jahres, betr. die Aenderung des dem Kirchengesetz vom 8. Dec. 1875 beigefügten Trauformulars, und
- 2) eine Petition des Pastors Eißfeldt zu Wabum und Genossen, d. d. Wolfenbüttel, Nov. 1888,

„die Landes Synode wolle die Einführung der Verletzung des apostolischen Glaubensbekenntnisses in allen Hauptgottesdiensten unserer Landeskirche bei hoher Kirchenregierung beantragen“,

eingegangen und den betreffenden Commissionen von dem Ausschusse bereits überwiesen seien.

Die Versammlung erklärte sich sodann ferner mit dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden, für die Vorlage, betreffend ein Kirchengesetz wegen Abänderung der Geschäftsordnung der Landes Synode und deren Ausschuss vom 13. Nov. 1872 einen Referenten und Correferenten zu bestellen, einverstanden, und wurden als solche die Abgeordneten Langerfeldt und Bach vom Herrn Vorsitzenden bestimmt.

Hierauf ging die Versammlung zur Tagesordnung, zu der Besprechung der Mittheilungen des Herzogl. Consistorii über die Zustände und Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche über.

Rücksichtlich der geschäftlichen Behandlung dieses Gegenstandes beschloß die Versammlung auf Antrag des Herrn Vorsitzenden die Mittheilungen capitelweise zur Berathung zu ziehen

Bei Cap. I führte der Abgeordnete von Schwarz <sup>(Gremlingen)</sup> aus, daß allerdings durch das Gesetz vom 27. März 1882 (N. 16) das Verhältniß zwischen Landeskirche und Staat geregelt und seitdem unverändert geblieben sei, daß aber in Bezug auf die Verwaltung der Kirchenangelegenheiten der §. 2 der Verordnung vom 14. April 1814, falls derselbe noch in Geltung sei, immer noch zu Uebelständen Veranlassung bieten könne, und deshalb unbedingt der Beseitigung bedürfe. In rein kirchlichen Angelegenheiten müsse eine kirchliche Behörde die letzte Instanz sein. Nach dem §. 2 cit. aber sei eine Appellation an das frühere fürstliche Geheime Rathsscollegium, das jetzige Staatsministerium gegen das Consistorium zulässig. Heute, wo es keinen reinen christlichen Staat mehr gebe, und die Mitglieder des Staatsministeriums auch anderen ConfeSSIONen angehören könnten, sei ein solches Verfahren bedenklich. Daß sich bis jetzt kein Uebelstand herausgestellt habe, sei kein Grund diese Sache nicht in Anregung zu bringen, im Gegentheil sei jetzt gerade der Moment günstig, diese Bestimmung qu. zu ändern. Zunächst wolle er indessen an das Kirchenregiment die Frage richten, ob der §. cit. überhaupt noch als in Geltung befindlich anzusehen sei.

Nachdem hierauf der Consistorialpräsident von Schmidt-Bisfeld eine Erklärung dahin abgegeben hatte, daß der §. 2 cit. bislang nicht aufgehoben und, soweit er mit dem Landesgrundgesetz von 1832 vereinbar, als geltend anzusehen sei, stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen) nachfolgenden Antrag:

„Hohe Landes Synode wolle an die Kirchenregierung das Ersuchen richten, eine Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814 dahin herbeizuführen, daß die endgültige Entscheidung rein kirchlicher Angelegenheiten der Höchsten Kirchenbehörde vorbehalten bleibe.“

Der Antrag wurde, da derselbe genügende Unterstützung fand, vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung verstellt, sodann aber auf diesbezüglichen Antrag des Abgeordneten von Beltheim mit Zustimmung der Versammlung der Commission für allgemeinere Angelegenheiten überwiesen.

Zu Cap. II. — Verhältniß der Landeskirche zu der deutschen evangelischen Gesamtkirche, sowie zu den anderen Religionsgesellschaften im Lande —

sprach zu A. I. die Abgeordneten Skerl, Eggeling und Zerbst ihr Bedauern aus, daß in dieser so wichtigen Angelegenheit bisher nichts weiter habe erreicht werden können;

zu B. richtete der Abgeordnete Skerl die Frage an das Kirchenregiment, ob und inwieweit die Secten unter der Controle des Staates ständen.

Der Consistorialpräsident v. Schmidt-Bijeldeck erwiderte hierauf, daß in dieser Beziehung die bekannten gesetlichen Bestimmungen, Landesverfassung, Vereinsgesetze, Dissidentengesetz u. s. w., maßgebend seien. Ueber Religionsübungen innerhalb des Familienkreises gäbe es eine staatliche Controle nicht, nur sobald dieselben in das öffentliche Leben hinaus-treten, unterlägen sie den bestehenden gesetlichen Normen. Indessen könne er sich eingehend augenblicklich in dieser Beziehung weiter nicht äußern.

Der Abgeordnete Dohns hob sodann hierzu noch hervor, daß seit dem Personenstands-gesetz vom 6. Februar 1875 Dissidentenregister bei den Gerichten nicht mehr geführt würden, welche Behauptung vom Herrn Consistorialrath Rohde als für Stadtdendorff wohl für zutreffend, im Uebrigen aber in Abrede gestellt wurde mit dem Bemerken, daß die Dissidenten-register vielfach bei den Amtsgerichten fortgeführt würden.

Nachdem der Abgeordnete Skerl sodann noch bemerkt hatte, daß ihm vor allem eine Auskunft Seitens des Kirchenregiments darüber erwünscht sei, inwieweit von den Angehörigen der sogenannten apostolischen Gemeinde vorgenommenen Amtshandlungen als verbindlich an-zusehen seien, z. B. Copulationen, Taufe und Confirmation u., sowie ferner von dem Ab-geordneten Dohns noch constatirt war, daß, obwohl in 5 Gemeinden seines Amtsbezirks die Secte der Wiedertäufer existiere, dennoch bislang kein Fall des Austritts aus der evangelischen Kirche zur gerichtlichen Anzeige gekommen sei, ging die Versammlung zur Berathung des Cap. III über.

Der Abgeordnete Eggeling stellte zu D. den Antrag:

„Dem Kirchenregimente den Wunsch auszusprechen, es wolle in Erwägung ziehen, ob nicht den Ehrenmitgliedern der Kirchenvorstände (Ges. vom 30. Nov. 1851 §. 18) neben der beratenden Stimme auch Abstimmungsrecht gegeben werden könnte“.

und wurde derselbe, da er genügende Unterstützung fand, zur Berathung vom Herrn Vor-sitzenden gestellt.

Nachdem der Antragsteller den Antrag kurz begründet hatte, indem er darauf hinwies, daß der §. 18 leg. cit. einen Uebelstand enthielte, welchen man gerade in der Stadt am meisten empfinde, da man auf diese Weise gerade die tüchtigsten Kräfte aus den Kirchenvor-ständen verlore, entspann sich über denselben eine lebhafte Debatte, und sprachen sich die Abgeordneten von Schwarz (Heffen), Leidloff, Rhamm, Reunecke, Jeep und Schröter entschieden gegen denselben aus.

Nach Schluß der Debatte stimmte die Versammlung über den Antrag ab und wies denselben zurück

Hiernächst erklärte der Abgeordnete Zerbst, daß er einen Antrag von großer Be-deutung zu stellen habe, daß er aber vorher eine Aeußerung der Versammlung darüber wünsche, ob dieser Antrag bereits hier oder erst bei dem Cap. VI. besprochen werden müsse. Nachdem der Antragsteller den Antrag vorgelesen hatte, empfahl der Herr Vorsitzende dem-selben, aus Opportunitätsrücksichten den Antrag nicht in dieser Debatte zu stellen, sondern als selbstständigen Antrag zu behandeln, worauf der Abgeordnete Zerbst bat, denselben am Schlusse dieser Berathung stellen zu dürfen.

Bei der nun folgenden Berathung des Cap. IV., betreffend Verhandlungen der In-spectionssynoden, wurde von dem Abgeordneten Reunecke zu I. B. der Antrag:

„Landessynode wolle beschließen, an die Kirchenregierung das Ersuchen zu richten, der nächsten Landessynode eine Vorlage zu machen, wonach der Hagelfeiertag auf einen Sonntag im Monat Mai oder Juni verlegt werde“,

sowie ferner von dem Abgeordneten Gimecke der Antrag:

„Synode wolle beschließen, Herzogl. Kirchenregierung zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob der Hagelfeiertag nicht auf einen Wochentag in der Woche nach dem weißen Sonntage zu verlegen sei“,

gestellt.

Dieje Anträge, welche genügend unterstützt vom Herrn Vorjizenden zur Berathung verjtelit wurden, riefen eine lebhaftte und längere Debatte hervor, an welcher ſich namentlich die Abgeordneten Bach, Leidloff, Schulz, Schröter, von Weltheim, der Abt Dr. Sallentien ſowie die beiden Antragjtellet betheiligtien.

Nach Schluß derjelben wurde zuerst über den Antrag „Reunede“, fodann über den Antrag „Eimede“ abgeftimmt, und wurden beide von der Verfammlung mit großer Majorität abgelehnt.

Schließlich stellte der Abgeordnete Zerbst außerhalb des vorliegend zur Berathung stehenden Gegenstands, nachdem er eine längere Erläuterung zu demselben gegeben hatte, den bereits oben verlesenen nachfolgenden Antrag:

„Obwohl 1) die staatlichen Organe des Landes in anerkennenswerther Bereitwilligkeit und Freigebigkeit sowohl der Kirche als auch der Geistlichkeit zu ihren Bedürfnissen reiche Mittel zur Verfügung gestellt haben,

- 2) die gefammte Lage der Kirche eine verhältnißmäßig günstigere als in vielen anderen deutschen Staaten ist,
- 3) und die den unten beantragten neuen Einrichtungen entgegenstehenden Schwierigkeiten bedeutend sind,

so erheischt demnach das Wohl der Kirche, daß

- 1) zur Gründung neuer Pfarochien und Vermehrung der geistlichen Arbeiter sowohl vom Staate als den Gemeinden neue Opfer gebracht werden,
- 2) daß das Kirchenregiment eine größere Freiheit hinsichtlich der Gründung solcher neuer Pfarochien und Bestellung neuer Geistlicher erhält,
- 3) daß die Art der Bestellung und Bejoldung der Geistlichen der Art geändert werde.

- a. daß diese wenigstens hinsichtlich derjenigen Stellen, deren Patron der Landesherr ist, nicht mehr der drückenden Nothwendigkeit und der sittlichen Gefahr einer Bewerbung sich unterziehen müssen, um ein Amt oder Beförderung zu erlangen,

1. daß statt der jetzigen Bejoldung, bei welcher Arbeit und Lohn nicht in gerechtem Verhältnisse stehen, die Einnahme

- a. vom Dienſtalter,

2. von der geforderten größeren oder geringeren Arbeit,

- ### 7. von der Bekleidung höherer Kirchenämter

abhängt,

- c. daß das Kirchenregiment die ihm jetzt fast ganz fehlende Möglichkeit erhält, an die einzelnen Stellen die geeigneten Persönlichkeiten zu senden;

weßhalb die Landes Synode an das Hohe Kirchenregiment den ganz gehoramen Antrag stellt.

einen den obigen Grundsätzen entsprechenden Gesetzentwurf bald möglichst auszuarbeiten und der Landessynode vorzulegen."

Der Antrag fand genügende Unterstützung, und beschloß die Versammlung, denselben sowie den oben gestellten der Commission für allgemeinere Angelegenheiten bereits überwiesenen Antrag des Abgeordneten von Schwarz (Gremlingen) — letzteren, nachdem der Antragsteller solches beantragt hatte — einer neu zu wählenden Commission zu überweisen.

Der Herr Vorsitzende bestimmte diese Wahl auf den nächsten Sitzungstag, schloß sodann die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf den 17. Januar, Morgens 10 Uhr an.

# Sitzungsbericht 3.

17. J a n u a r 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup> 58 vom  
9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Skerl, wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 16. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag, die auf die heutige Sitzung angelegte Wahl einer weiteren Commission zur Vorberathung der gestern gestellten Anträge: von Schwarz (Gremlingen) und Zerbst: nicht schon jetzt vorzunehmen, da noch weitere Vorlagen in Aussicht ständen und es sich aus Zweckmäßigkeitsrückichten empfehle, bis zu deren Eingange zu warten, damit alsdann eine derartig zusammengesetzte Commission gewählt werden könne, daß derselben auch die neuen Vorlagen zur Vorberathung überwiesen werden könnten.

Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden und trat sodann in die Fortsetzung der Berathung über die Mittheilung über die Zustände und Bedürfnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche u. s. w. ein.

Der Herr Präsident bemerkte hier, daß die Besprechungen über Cap. IV. bei N<sup>o</sup> II. Seite 15 der Mittheilungen fortzusetzen seien, und ging die Versammlung über den Inhalt unter den Buchstaben A. 1. 2. und 3., B. und C., da sich niemand zum Wort meldete, ohne weitere Discussion hinweg.

Zu dem Capitel unter D. — betr. das kirchliche Leben — N<sup>o</sup> 1. — Cultus — führte fernerhin der Abgeordnete Schulz zu dem unter Ziffer 8 enthaltenen Antrag der Inspectionssynode Halle-Ottenstein in längerer Rede aus, daß die Synode, obgleich durch den dem Gesangbuche gegebenen Anhang dem dringendsten Bedürfnisse abgeholfen sei, dennoch die Zeit

für gekommen gehalten habe, um mit dem bestimmten Antrage, die Ausarbeitung eines ganz neuen Gesangbuches in Angriff zu nehmen, hervorzutreten.

Durch diesen Anhang sei nur ein provisorischer Zustand geschaffen; Provisorien seien indessen immer bedenklich und führten zu beunruhigenden Zuständen, wenn sie nicht sobald als möglich beseitigt würden. Es sei vor Allem die innere Verschiedenheit der Lieder des Anhangs und der des Gesangbuches eine so bedeutende, daß schon aus diesem Grunde die baldige Gewinnung eines neuen Gesangbuches unbedingt wünschenswerth erscheinen müsse.

Nachdem der Redner noch hervorgehoben und kurz begründet hatte, daß der Geldpunkt, welcher vielleicht das hauptsächlich entgegenstehende Hinderniß sei, seiner Ansicht nach gar nicht in's Gewicht fallen könne, daß man sich aber auch an der Schwierigkeit der Ausarbeitung nicht zu stoßen brauche, da, wenn auch sonst die Ansichten weit aus einander gingen, doch hier nicht unschwer eine Einigung erzielt werden würde, daß ja aber auch fast in allen anderen Nachbarländern neue Gesangbücher eingeführt seien, und man, wenn man sich die Arbeit nicht selber machen wolle, nur nach einem derselben greifen könne, erklärte derselbe zum Schluß, daß er dennoch mit seiner Forderung nicht drängen, daß er auch den Antrag der Inspectionssynode Halle-Ottenstein nicht als eigenen aufnehmen, nur die Versammlung bitten wolle, der Kirchenregierung den Wunsch auszusprechen, diese Angelegenheit fortdauernd im Auge zu behalten.

Hierauf entgegnete der Abt Dr. Sallentien, daß, wie auch aus der auf den Antrag „Halle-Ottenstein“ Seitens des Herzogl. Consistorium ertheilten Resolution hervorgehe, das Letztere sich durchaus nicht principiell ablehnend gegen denselben verhalte; daß das Herzogl. Consistorium vielmehr selbst der Meinung sei, daß die Folge des Anhangs eine eingehende Revision des alten Gesangbuches sein würde. Er wolle auch den Äußerungen des Abgeordneten Schulz über den augenblicklichen Mißstand vollkommen zustimmen und es sei auch seiner Ansicht nach nicht der Geldpunkt, welcher gegen die Einführung eines neuen Gesangbuches spreche, vielmehr seien für Herzogl. Consistorium Pietätsrückichten maßgebend gewesen; man habe die vielen Menschen von Jugend auf lieb gewordenen Lieder des alten Gesangbuches nicht so ohne Weiteres nehmen und vor Einführung ganz neuer die Lieder in der Fassung des Anhangs den Gemeinden erst bekannter werden lassen wollen. Seiner Ansicht nach handle es sich um eine Frage der Zeit. Sollte die Landessynode die Zeit für gekommen halten, so werde sie Herzogl. Consistorium bereit finden mit Freuden an die Arbeit zu gehen. Er wünsche aber deshalb hierüber eine Erklärung der Synode zu hören.

Der Abgeordnete Eimcke machte sodann ferner zu dieser Angelegenheit geltend, daß seiner Ansicht nach das Bedürfniß ein neues Gesangbuch zu schaffen durchaus nicht vorläge, daß, soweit seine Kenntniß namentlich der Landbevölkerung reiche, dadurch der Kirchenbesuch nicht gefördert werden würde, und daß man überhaupt in kirchlichen Sachen so wenig als möglich wechseln müsse.

Die neuen Lieder und Melodien seien den älteren Leuten nicht bekannt, und, wenn sie früher mit Eifer die alten Lieder gesungen hätten, so würden sie dann wahrscheinlich den Mund gar nicht mehr aufthun können. Der Geldpunkt käme allerdings auch seiner Ansicht nach nicht in Frage.

Nachdem Johann noch der Abgeordnete Sterl darauf hingewiesen hatte, daß man im Interesse der zu erstrebenden Einheit auch des Lebens und Cultus in der evangelischen Kirche im ganzen Deutschen Reiche nicht die Hand dazu bieten solle zu den schon existierenden vielen verschiedenen Gesangbüchern noch ein neues zu schaffen, daß man vielmehr warten und sich mit dem Anhang behelfen solle, bis ein gemeinsames Gesangbuch für das ganze evangelische deutsche Reich gewonnen sein würde, führte gegen diese Ansicht der Abt Dr. Sallentien aus, daß über die Einführung eines neuen einheitlichen evangelischen Gesangbuches für das ganze deutsche Reich sicherlich noch <sup>1 2</sup> oder ganzes Jahrhundert hingehen würde und daß man sicherlich nicht solange warten dürfe.

Schon in den 50er Jahren hätte die Eisenacher Kirchenconferenz 150 Lieder als Kern für ein einheitliches evangelisches Gesangbuch herausgegeben und an sämtliche Länder verschickt. Indessen die Eisenacher Konferenz sei ja auch nur eine Vertretung der verschiedenen Staaten zu gemeinsamen Besprechungen, verfügen könne sie nichts, nur wünschen und Anträge stellen. Der Versuch sei mißglückt, und seien seitdem in Hannover, Sachsen, Hessen, Baiern u. s. w. neue Gesangbücher eingeführt. Diese erst seit wenigen Jahren eingeführten Gesangbücher würden auch nicht so leicht in den betreffenden Staaten wieder abgeschafft werden. Jedenfalls müsse er die Synode entschieden auffordern, sich bestimmt über diesen Punkt zu äußern, damit Herzogl. Consistorium eventuell diese Sache in Angriff nehmen könne und gegen spätere Vorwürfe gedeckt sei.

Hiernächst stellte der Abgeordnete Sterl nach kurzer vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle Herzogl. Kirchenregierung ersuchen, dahin zu wirken, daß der deutschen evangelischen Kirche ein einheitliches Gesangbuch gegeben werde“, welchen der Herr Vorsitzende, da er genügend unterstützt wurde, zur Berathung vorstellte gleichzeitig mit einem genügend unterstützten Antrage des Abgeordneten Schulz:

„Die Versammlung wolle der Kirchenregierung den Wunsch aussprechen, daß die Erweiterung des Anhangs zu einem vollständigen Gesangbuche in nicht ferner Zeit stattfinde“.

Nachdem sich der Abt Dr. Sallentien kurz gegen den Antrag des Abgeordneten Sterl ausgesprochen hatte, stellte der Abgeordnete von Schwarz (Cremlingen) nach einigen einleitenden Worten, in welchen er aussprach, daß er die Einführung eines neuen Gesangbuches geradezu für ein Unglück hielte, daß man die Einheit in der evangelischen Kirche in der Weise anstreben solle, daß unsere kleine Landeskirche sich einer größeren durch Acceptation entweder des hannoverschen oder Provinzial-Sächsischen neuen Gesangbuches anschlüsse, und daß er insbesondere das hannoversche empfehlen wolle, da dasselbe die neuen Lieder am meisten berücksichtige, einen Antrag zunächst in folgender Fassung:

„Hohe Synode wolle die hohe Kirchenregierung ersuchen, die Einführung des hannoverschen oder sächsischen Provinzialgesangbuches vorzubereiten“.

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde zur Berathung gestellt.

In der hierauf folgenden Debatte sprach sich der Abgeordnete Leidlöff zunächst dafür aus, daß man mit der Einführung eines neuen, namentlich auch des hannoverschen Gesangbuches, gegen welches er ganz besondere Bedenken habe, warten solle, daß seiner Ansicht nach



ein einheitliches Gesangbuch wohl schwerlich für das evangelische Deutschland jemals bei der bekannten Verschiedenheit der deutschen theologischen Köpfe eingeführt werden würde, und daß er in dem allmählichen Vorgehen mit dem Anhange eine große Weisheit Herzogl. Consistorii erblicken müsse.

Diesen Aeußerungen schloß sich der Abgeordnete Keunecke im Allgemeinen an, indem er ebenfalls ein dringendes Bedürfniß nach Neuerungen nicht für vorliegend erachten könne, erklärte sich aber sonst mit dem Abgeordneten Skerl und dessen Wunsche nach einem einheitlichen evangelischen Gesangbuche, welches über kurz oder lang doch kommen werde, vollkommen einverstanden.

Nachdem sich dann noch der Abgeordnete Schröter gegen die von dem Abgeordneten Skerl angestrebte Uniformität mit dem Bemerken, daß die Einheitlichkeit in der evangelischen Kirche dadurch nicht gefährdet und beeinträchtigt werde, wenn in dieser Beziehung Verschiedenheiten beständen in den einzelnen Ländern, unter Hinweis auf die engen Formen in der katholischen und Englischen Hochkirche, welche durchaus keine glücklichen zu nennen seien, sich ausgesprochen hatte, ersuchte der Abt Dr. Sallentien die Versammlung, sich bei ihren Beschlüssen doch thunlichst auf practisch durchführbarem Boden zu halten.

Derselbe empfahl sodann der Versammlung den Antrag „von Schwarz“ (Gremlingen) als den practischsten, ersuchte aber den Antragsteller, denselben präciser zu formulieren, da derselbe insofern unklar sei, als er nicht bestimmt ersehen lasse, ob der Wunsch ausgesprochen sein solle, daß der nächsten ordentlichen Landesynode eine bestimmte Vorlage Seitens Herzogl. Consistorii gemacht werde. Der Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen) formulierte und stellte deshalb den Antrag in folgender neuen Fassung:

„Hohe Landesynode wolle die Hohe Kirchenregierung ersuchen, der nächsten Landesynode eine Vorlage wegen Einführung eines Gesangbuches im Anschlusse an das provincial-sächsische oder hannoversche zu machen“,

und wurde dieser Antrag ebenfalls genügend unterstützt in Berathung gezogen.

Nachdem sich hierauf der Abgeordnete Eggeling für den Antrag: Skerl, der Abgeordnete Langerfeldt für die beiden Anträge: von Schwarz und Skerl, auch die Abgeordneten Zerbst und Gimecke nochmals gegen Einführungen von Neuerungen ausgesprochen hatten, zog der Abgeordnete Schulz seinen oben gestellten Antrag zu Gunsten des Antrags: v. Schwarz zurück.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf beide Anträge: von Schwarz und Skerl neben einander zur Abstimmung, und wurde der erstere von der Versammlung abgelehnt, der letztere angenommen.

Bei D. 3 — betreffend besondere kirchliche Handlungen — zu Ziffer 12 — Antrag (Königsutter) — richteten die Abgeordneten Keunecke und Zerbst die Anfrage an die Kirchenregierung, ob die daselbst erwähnte Uebereinkunft vom Jahre 1799 noch in Geltung sei, was von dem Abt Dr. Sallentien bei kurzer Darlegung des Zwecks dieses Vertrages und der Art, wie derselbe zu verstehen und zu handhaben sei, bejaht wurde.

Nachdem sich auch die Abgeordneten Ruhn und Skerl über diesen Punkt kurz geäußert hatten, stellte der Abgeordnete Rhamm zur Ziffer 14 auf Seite 18 der Mittheilungen nach vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle bei der Kirchenregierung beantragen, zu veranlassen, daß dem §. 5 des Ges. vom 8. December 1875 betr. die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot, als N. 4 folgender Passus hinzugefügt werde: bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Dieser Antrag wurde genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung verstellt, nach kurzer Debatte aber zwischen dem Abgeordneten Skerl, von Schwarz (Gremlingen), dem Abt Dr. Sallentien und dem Antragsteller auf des Letzteren Vorschlag dem Abgeordneten Skerl als Referenten und dem Abgeordneten Langerfeldt als Correferenten zur Vorberathung überwiesen.

Zu Position 13 auf Seite 18 des Berichts — Antrag (Schöningen 1885) — erklärte hierauf der Abgeordnete Eggeling, daß er den daselbst enthaltenen Antrag der Inspections-synode Schöningen vom Jahre 1885 in nachfolgender Form:

„Hohe Synode wolle beschließen, an Herzogl. Consistorium den Antrag zu stellen, dahin zu wirken, daß in Zukunft das bisher jeder unverheiratheten Person, der es nachweislich oder geständlich nicht zu versagen ist, bei dem kirchlichen Aufgebote beigelegte Ehrenprädicat „Junggefell“ und „Jungfrau“ überall wegfalle“,

als seinen eigenen aufnehmen wolle.

Der Antrag fand genügende Unterstützung und schritt die Versammlung zur Berathung desselben.

Es entspann sich im Verlaufe derselben eine lebhafte Debatte zwischen den Abgeordneten Pockels, Skerl und dem Antragsteller einerseits und den Abgeordneten Schulz, Eißfeldt, von Schwarz (Gremlingen) und Schröter andererseits, in welcher von den Unterstützern desselben es für dringend wünschenswerth hingestellt wurde, diese antiquierten und zwecklosen zumeist unverdienten Ehrenprädicale abzuschaffen, wenn die Abschaffung derselben nicht schon durch den §. 4 des Ges. über die kirchliche Trauung ausgesprochen sein sollte, von den Gegnern aber der große Werth derselben hervorgehoben wurde, welchen dieselben wenigstens in vielen Gegenden des Herzogthums als sittliches Zuchtmittel hätten.

Die auf die Debatte folgende Abstimmung des Antrages ergab dessen Ablehnung.

Die Versammlung ging hierauf zur Berathung des Abschnittes unter II. E. — betreffend sittliche Zustände in den Gemeinden (S. 18) — über.

Zu diesem Abschnitte bemerkte an erster Stelle der Abgeordnete Eißfeldt, daß, wenn er auch weit entfernt davon sei, den berechtigten Vergnügungen des Volks einen Riegel vorzuschieben zu wollen, die Vergnügungen in vielen Gemeinden ungeheuer überhand genommen hätten, und daß dadurch die mannigfaltigsten Nachtheile in kirchlicher, sittlicher, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung entstehen müßten; daß er deshalb den Wunsch hege, die Synode möge an die Herzogliche Regierung den Antrag richten, geeignete Schritte zu thun, um der Ueberhandnahme der Vergnügungen zu steuern. Der Redner verzichtete indessen auf Stellung eines bestimmten Antrages.

Sodann nahm der Abgeordnete Schönermark Gelegenheit Folgendes auszuführen:

Er wolle von den bis zum Unwesen getriebenen Belustigungen im Allgemeinen gar nicht sprechen. Er habe jetzt nur die Störung eines erst seit wenigen Jahren im hiesigen

Landes eingeführten Festtages, nämlich des Todtenfestes durch unpassende Vergnügungen im Auge. Das Todtenfest erfreue sich in Preußen eines großen Ansehens schon seit langen Jahren, und habe sich auch in unserem Lande schon tief in das christliche Bewußtsein hineingelebt. Gerade dem ernstesten Character dieses Tages entsprächen am allerwenigsten laute und lustige Vergnügungen. In Preußen seien auch gesetzliche Bestimmungen gegeben, um die Ruhe dieses Tages zu sichern und die Feierlichkeit desselben zu erhöhen. Nun sei es ihm höchst angenehm gewesen, daß gerade aus Laientreihen, nemlich der Polizeibehörde in Blankenburg das Ersuchen an ihn gerichtet sei, diese Sache in die Hand zu nehmen und bei der Landesynode zur Sprache zu bringen. Gerade am Abend des letzten Todtenfeiertages hätten in Blankenburg in allen möglichen Wirthschaften laute Tanzvergnügungen und im Theater lustige Aufführungen stattgefunden. Der Redner stellte sodann folgenden Antrag:

„Herzogl. Consistorium wird ersucht, dahin zu wirken, daß der jährliche Todtenfeiertag mit demselben wünschenswerthen auf seine Ruhe und Heilighaltung gerichteten Schutze umgeben werde, dessen andere ähnliche Tage wie der Charfreitag u. s. w. sich zu erfreuen haben“,

und der Abgeordnete Guericke zu demselben nachfolgenden Zusatzantrag:

„und demgemäß das Gesetz, betreffend die Bestrafung der Polizeiübertretungen vom 27. November 1872 Art. 2 §. 1. II. 2 dahin zu ändern, daß hinter „Bußtage“ eingeschaltet wird „Todtenfeste“.

Beide Anträge fanden genügende Unterstützung und wurden vom Herrn Vorsitzenden zur Discussion gebracht.

An der Letzteren theiligten sich der Herr Ministerialrath Hartwig, sowie die Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen), Leidloff, Keunecke, Schröter nebst den Antragstellern. Nach Schluß der Debatte wurden dieselben von der Versammlung angenommen.

Bei der hieran sich knüpfenden Besprechung des Abschnittes unter F. — betr. Begräbnißweisen — wurde auf Anregung der Fragen nach der Vorlage wegen Versagung des kirchlichen Begräbnißes für Selbstmörder durch den Abgeordneten Pockels regierungsseitig von dem Herrn Geheimrath Wirt die Erklärung abgegeben, daß diese Frage stets im Auge behalten sei, daß dieselbe aber derartige Schwierigkeiten verursacht habe, daß bislang eine klare Einsicht nicht habe gewonnen werden können. Jedoch werde die Regierung mit allen Kräften bemüht sein, sobald als möglich eine Vorlage fertig zu stellen.

Schließlich wurde noch vom Herrn Vorsitzenden die Vorlage, betr. ein Kirchengesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, dem Abgeordneten Pockels als Referenten und dem Abgeordneten Leidloff als Correferenten überwiesen.

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf Freitag, den 18. Januar cr, Morgens 10 Uhr, an.

Assessor Koch, prot. Secretär.

# Sitzungsbericht 4.

18. Januar 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung N. 58 vom  
9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Abgeordneten Sterl, wurde die Sitzung vom Herrn Präsidenten eröffnet, das Protokoll vom 17. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von dem Eingange eines Höchsten Rescripts vom 14. d. Mts. N. 8805 de 1888, bei Vorlegung eines Geheiß-Entwurfes, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr., nebst Motiven.

Anknüpfend an diese Mittheilung richtete der Abgeordnete Hamm die Anfrage an die Vertreter der Kirchenregierung, ob etwa eine Vertagung der Landes-Synode Seitens der Kirchenregierung beabsichtigt werde.

Der Herr Regierungscommissarius Wirt erwiderte hierauf, daß diese Frage bislang Seitens der Regierung noch nicht in Betracht zu ziehen gewesen sei, daß aber für den Fall, daß die Verhandlungen der übrigen Vorlagen früher abgeschlossen sein sollten, als die Vorberathung der ja ziemlich umfangreichen heute angekündigten neuen Vorlage zu Ende gebracht werden würde, möglicherweise eine Vertagung der Versammlung eintreten könnte.

Hierauf ging die Versammlung zur Fortsetzung der Berathung der Mittheilungen Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche über und zwar zu dem Abschnitte unter G. Seite 18.

Zu H. — Gemeinde-Schulwesen — wurde von dem Abgeordneten Schulz folgender Antrag gestellt:

„Hohe Synode wolle beschließen, an Herzogliches Consistorium das Ersuchen zu richten, auf obligatorische Einführung des Handarbeitsunterrichts in den Landesschulen Bedacht zu nehmen.“

Zur Begründung dieses Antrages führte der Antragsteller folgendes aus:

Er habe häufig Gelegenheit gehabt im Leben, wahrzunehmen, daß die Ursache der so vielen verkommenen und elenden Verhältnisse in dem Familienleben der ärmeren Leute gerade

die Frau gewesen sei, wenn sie nicht früh genug die Fertigkeit in allen den kleinen und nothwendigen Handarbeiten, welche das häusliche Leben verlange, sich angeeignet habe. Es handle sich hier um ein Stück socialer Frage, und es sei dies ein Angriffspunkt, um manchem Elend in den Schichten der ärmeren Leute zu steuern. Freilich erhielten häufig in den Landgemeinden die Mädchen im Pfarrhause oder in der Lehrerfamilie eine solche Unterweisung in Handarbeiten. Indessen seien dies wohl nur die Kinder der wohlhabenden Leute; die Kinder gerade der ärmeren Leute würden schon ganz früh zur Arbeit herangeholt, und es würde ihnen auf diese Weise jede Zeit und Möglichkeit entzogen, sich in diesen für das spätere Leben so ungemein wichtigen Dingen auszubilden. Dieser Uebelstand zeige sich namentlich in den Gegenden, wo viele Fabriken wären und die Mädchen schon ganz jung in denselben arbeiteten. Besondere Schwierigkeiten, den Handarbeitsunterricht obligatorisch in den Landschulen einzuführen, dürften ja auch nicht vorhanden sein.

Der Herr Präsident: Seiner Ansicht nach gehöre dieser Gegenstand nicht zum Wirkungsbereich der Landessynode. Es werde daher auch eine weitere Besprechung desselben hier nicht eintreten können.

Der Abgeordnete Hamm: Nach §. 20 des Ges. vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode u. s. w. betr., gehörte dieser Gegenstand entschieden nicht zum Wirkungsbereich der Landessynode; es würde über denselben vielmehr lediglich die Landesversammlung zu entscheiden haben.

Der Antrag fand hierauf keine Unterstützung Seitens der Mitglieder und beruhigte sich der Antragsteller dabei, daß die Sache wenigstens einmal hier in Anregung gebracht sei.

Bei dem nun folgenden Abschnitte unter III. — anderweite Verhandlungen der Inspectionsynoden, welche die Ertheilung von Resolutionen nicht veranlaßt haben — wurde sodann zu Nr. 49 auf Seite 24 von dem Herrn Ministerialrathe Hartwig das Wort ergriffen.

Die Inspectionsynode Lunzen-Ihedinghausen habe hier ihr Bedauern ausgesprochen, daß Seitens der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig noch in neuester Zeit neue Schank-Concessionen erteilt seien. Er müsse die Herzogl. Kreisdirection Braunschweig gegen das in dieser Aeußerung enthaltene Votum in Schutz nehmen. Bei Ertheilung von Schankconcessionen hätten die Landesverwaltungsbehörden die Bedürfnisfrage zu prüfen, eine häufig sehr schwer zu entscheidende Frage. Seit dem Jahre 1880 seien nun im Bezirke Ihedinghausen zwei neue Concessionen erteilt; die eine für die Gemeinde Bürgerei, eine Gemeinde von 550 Einwohnern, wo bis dahin noch keine Wirthschaft gewesen sei, auf dringendes Ansuchen dieser Gemeinde; im zweiten Falle für die Gemeinde Hagen, wo schon mehrere Wirthschaften vorhanden waren. Der damalige Chef der Kreisdirection habe ein Bedürfnis im letzteren Fall für vorliegend angenommen, der jetzige Chef meine allerdings, man könne hierüber zweifelhaft sein. Es sei eben in vielen Fällen die Entscheidung dieser Frage zweifelhaft. Jedenfalls aber seien in den letzten Jahren die Herzogl. Kreisdirectionen im ganzen Lande mit der größten und peinlichsten Vorsicht in dieser Beziehung zu Werke gegangen. Er persönlich müsse sich auch mit dem Vorgehen der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig in den beiden vorliegenden Fällen durchaus einverstanden erklären.

Ueber Cap. V. — der kirchliche Dienst, Lehre, Cultus, Seelsorge, in den Gemeinden — ging sodann die Versammlung ohne weitere Discussion hinweg.

Sodann wurde zu Cap. VI. — das Predigtamt — von dem Herrn Consistorialpräsidenten von Schmidt-Phildeck zu dem Abschnitte unter B. — betreff. Einkommensverhältnisse — über die Grundsätze referirt, nach welchen mit der Zulegung von Renten verfahren sei, um der stellenweise verbreiteten Ansicht entgegen zu treten, daß in dieser Beziehung willkürlich vorgegangen werde. Man habe im Auge gehabt, zunächst diejenigen Pfarrstellen Renten zuzulegen, welche sich ihrer Beschaffenheit nach als zu schlecht dotirt erwiesen hätten; so z. B. sämtliche Pfarrstellen in Wolfenbüttel, auf dem Harze, im Wejerkreise u. s. w. Es werde

noch immer mit Zulegung von Renten fortgefahren werden müssen. Die nächste Tabelle werde klarer die Principien, welche in dieser Beziehung befolgt wurden, erkennen lassen.

Zu C. — Befegung der Pfarrämter und Hülfspredigtämter — auch zu D. — Emeritirungen — meldete sich Niemand zum Wort

Zu E. — unfreiwillige Entfernungen aus dem Amte — stellte sodann der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen) nach kurzer vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle an das Kirchenregiment den Antrag richten, auf baldige Neuordnung des Disciplinarverfahrens gegen Kirchendiener hinzuwirken.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Der Consistorialrath Spieß wies zunächst auf einen Druckfehler in der vorletzten Zeile dieses Abschnittes hin, wo es statt Cap. VII A<sup>2</sup> 3 „Cap. VIII A<sup>2</sup> 3“ heißen müsse, und erklärte darauf, daß Seitens Herzogl. Consistorium die Dringlichkeit baldiger Aenderungen auf diesem Gebiete der Herzoglichen Landesregierung vorgestellt sei. Letzteres wurde von dem Herrn Ministerialrath Hartwig bestätigt mit dem Bemerken, daß Herzogliche Landesregierung sich länger bereits mit diesem Gegenstande beschäftigt habe, und daß derselbe, sobald bezüglich des neuen Civilstaatsdienstgefeßbuchs mit der Landesversammlung eine Einigung erzielt sein würde, ohne Verzug in Angriff genommen werden solle.

Der Antrag wurde hierauf mit großer Majorität von der Versammlung angenommen.

Bei Cap. VII. — die Predigtamts-Candidatur — ergriff der Abgeordnete Eißfeldt das Wort um Folgendes vorzutragen:

Von großer Bedeutung für die Ausbildung der Candidaten würde eine Betheiligung derselben an Instructionscursen für innere Mission sein. Die innere Mission habe sich in den letzten Jahren weithin ausgedehnt und einen reichen Boden der Wirksamkeit erworben, jedoch derselben nunmehr auch die Staatsregierungen ihre Unterstützung angedeihen lassen. Die wichtigste Frage für das Gedeihen und Wachsen der Thätigkeit der inneren Mission sei aber nicht die Geld- sondern die Personenfrage. In Hannover, Berlin, Dresden und am Rhein seien nun solche Instructionscurse für Candidaten eingerichtet und denselben Gelegenheit geboten, auf diese Weise gründlich das ganze innere Wesen und Leben der inneren Mission kennen zu lernen. Die Betheiligung sei auch eine sehr zahlreiche. Da nun aber die Kosten für Betheiligung an denselben für viele Candidaten doch sehr erheblich ins Gewicht fallen müßten, so wolle er folgenden Antrag zur hochgeneigten Annahme dringend empfehlen:

„Hohe Synode wolle bei Herzogl. Kirchenregierung die Bereitstellung von Mitteln beantragen, um den dazu geeigneten Candidaten die Theilnahme an Instructionscursen für innere Mission zu ermöglichen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde zur Discussion gebracht.

Der Abt Dr. Sallentien nahm Gelegenheit, denselben aufs wärmste zur Annahme zu empfehlen, indem er ausführte, daß man sich Seitens der fremden Regierungen bereit erklärt habe, auch Fremde an den Instructionscursen theilnehmen zu lassen, daß ein Candidat bereits in Schleswig-Holstein an einem solchen theilgenommen habe, und daß unser Land zu klein sei, um Anstalten und Möglichkeiten für die Ausbildung der Candidaten in dieser Beziehung zu schaffen.

Der Antrag wurde darauf von der Versammlung angenommen.

Zu dem hierauf folgenden Capitel VIII — betref. die dem Predigtamt untergeordneten Kirchenämter — ebenso wie zu Cap. IX — betref. Institutionen zur Förderung der Fortbildung der Geistlichen — wurde von Niemandem das Wort ergriffen

Hierauf brachte zu Cap. X — betr. das kirchlich-religiöse Leben in den Gemeinden — bei J. — betref. christliche Liebesthätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der äußeren und inneren Mission — der Abgeordnete Langerfeldt Folgendes zum Vortrage:

Es würde wohl allgemein bekannt sein, daß vor Kurzem katholische Ordensschwestern in unserem Lande zu irgend einem Zwecke (einem Waisenhause) gesammelt hätten. Der Ertrag dieser Collecte solle nicht unbedeutend gewesen sein. Das sei aber ein Unfug. Evangelische Collecten würden jedenfalls im katholischen Lande nicht so unbehelligt stattfinden können. Die Landeskirche hätte entschieden Anlaß dagegen einzuschreiten. Er habe als Polizeibeamter davon Abhand nehmen müssen. Denn Hauscollecten könnten veranstaltet werden, wenn sie nicht von der Polizeibehörde verboten seien. Die Sammlung zu einem Waisenhause könne man aber unmöglich gut polizeilich verbieten. Als evangelischer Christ sei er aber ganz anderer Ansicht. Meistens wüßten die Leute auch gar nicht, daß diese Ordensschwestern katholisch wären; und die letzteren ließen sie auch gern in dem Glauben. Hiergegen müsse von der Kirche eingeschritten werden und zwar am zweckmäßigsten mittelst vom Herzogl. Consistorio zu erlassenden Bekanntmachungen, auch Ansprachen von den Kanzeln.

Zum Schluß stellte Redner folgenden Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen, an das Kirchenregiment das Ersuchen zu richten, Anordnung dahin zu treffen, daß gegenüber etwa wieder vorkommender Hauscollecten für katholische Zwecke Seitens der Organe der evangelisch-lutherischen Landeskirche durch öffentliche Ausschreiben und Ansprachen, sowie von den Kanzeln das evangelische Gewissen der Mitglieder der Landeskirche geweckt und dem Erfolge solcher Sammlungen entgegen gewirkt werde.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung, und wurde vom Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

An erster Stelle erklärte der Abgeordnete Zerbst, daß er dem Antragsteller nur zustimmen könne. Bei dieser letzten Collecte seien aber auch die unglaublichsten Dinge passiert. Die Ordensschwestern hätten geradezu an vielen Orten erzählt, sie seien aus dem Marienstifte. Uebrigens könne schon eine Warnung von der Kanzel herab in dieser Beziehung viel helfen. Er und einige Nachbarcollegen hätten damals von den Kanzeln herab ihre Gemeinden vor diesem Unfug gewarnt, und von da ab sei die Sache in ihren Gemeinden wie abgeschnitten gewesen.

Fernerhin erklärte der Abt Dr. Sallentien, daß Herzogl. Consistorium gern bereit sein würde geeignete Bekanntmachungen in solchen Fällen zu erlassen, wenn dasselbe nur rechtzeitig von solchen Dingen in Kenntniß gesetzt würde. Es sei meist eine Zufälligkeit, wenn es überhaupt davon etwas erführe.

Der Antragsteller empfahl hierauf als zweckmäßig, wenn sämtliche Ortsbehörden von Herzogl. Staatsministerium und sämtliche Geistliche von Herzogl. Consistorium angewiesen würden, von solchen Collecten sofort Meldung zu machen.

Der Abgeordnete Leidloff hielt dagegen diese Maßregeln nicht für ausreichend; denn die Schwestern richteten ihre Bitten meist an die Frauen, und bei diesen würden sie auch trotzdem immer noch Erfolg haben. Es würde nur ein Verbot helfen, daß das Betreten des Landes zu solchen Zwecken unterjage.

Nachdem dann noch der Herr Ministerialrath Hartwig hervorgehoben hatte, daß es bedenklich sei ein solches Verbot von oben herab zu erlassen, da das Land doch auch katholische und andern Religionen angehörige Einwohner habe, erklärte der Abt Dr. Sallentien nochmals, daß, da diese Bedenken für Herzogl. Consistorium natürlich nicht vorlägen, Seitens des letzteren sofort Bekanntmachungen erlassen werden würden, sobald eine diesbezügliche Nachricht an dasselbe gelangen würde. Hierauf wurde der Antrag von der Versammlung angenommen.

Die Abgeordneten Eggeling und v. Schwarz (Gremlingen) sprachen sodann über den unter J. 1. 2 auf Seite 49 erwähnten Colportage-Verein.

Dieselben bemerkten, daß im Lande ungeheuer viel mit einer Schandliteratur herum colportiert würde, wodurch der Geschmack und die Moral der Leute nicht unerheblich verdorben

würde. Dagegen solle man wirken, indem man den Colportage-Verein auf's kräftigste unterstützte und so eine gute und gediegene geistige Nahrung unter dem Volke verbreiten hülfe. Nachträglich stellte hierauf noch der Abgeordnete Schulz zu H. — kirchliches Armenwesen — nach vorausgeschickter kurzer Begründung einen Antrag dahin:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen, an Herzogliches Consistorium das Ersuchen zu richten, in Zukunft auch den Nachweis der Bedenerträge in den der Synode zugehenden Mittheilungen aufzunehmen“.

Der Antrag fand ebenfalls genügende Unterstützung und wurde, nachdem der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Whiselded sowie der Herr Consistorialrath Kohde sich dahin ausgesprochen hatten, daß sich ein derartiger Nachweis ohne große Schwierigkeiten zusammenstellen lassen würde, von der Versammlung angenommen.

Die Versammlung fuhr hierauf in der Berathung des Abschnittes unter J. fort, und stellte hierbei zu der № 12 auf Seite 53 der Abgeordnete Eißfeldt, nachdem er eine kurze Motivirung vorausgeschickt hatte, einen Antrag, welcher lautete:

„Hohe Synode wolle der Hohen Herzogl. Landesregierung und der Hohen Landesversammlung ihren Dank aussprechen für die auf Antrag der 4. Landesynode bewilligten außerordentlichen Zuwendungen an das Marienstift und wolle die in reichem Segen wirkende aber noch immer von Bau Schulden gedrückte Anstalt fernern Wohlwollen Hoher Landesregierung und Hoher Landesversammlung empfehlen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen.

Auch zu № 14 auf Seite 55, das evang.-luth. Frauenkloster Marienberg bei Helmstedt betreff., nahm der Abgeordnete Guericke Gelegenheit der Seitens Herzogl. Landesregierung diesem Institute zu Theil gewordenen außerordentlichen Unterstützungen an dieser Stelle mit wärmstem Danke Erwähnung zu thun.

Hierauf sprach sich der Abgeordnete Kenecke zu K. — kirchliche Collecten — dahin aus, daß seiner Ansicht nach der ungünstige Ausfall der Collecten zum größten Theile darauf zurückzuführen sei, daß in den Gemeinden eine Mißstimmung darüber herrsche, daß den Wünschen der Kirchenvorstände Seitens Herzogl. Consistorii so wenig Rechnung getragen würde. Habe es sich z. B. um Anschaffungen gehandelt, und habe der Kirchenvorstand gewünscht, hierzu Gelder aus der Kirchencasse nehmen zu können, so hätte Herzogl. Consistorium namentlich da, wo reiche Kirchencassen vorhanden wären, es nicht so genau zu nehmen brauchen und hätte den Gemeinden entgegen kommen können. Auch der Umstand, daß es bei den Wahlen so lauherginge, hätte in derselben Ursache seinen Grund; die Kirchenvorstände verlören eben die Lust und Freudigkeit, wenn man ihnen gar kein Entgegenkommen zeige. Herzogl. Consistorium sei in dieser Beziehung wohl etwas zu unzeitgemäß conservativ.

Diesem entgegnete der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Whiselded, daß es ihm sehr erfreulich sein würde, wenn der Herr Vorredner die einzelnen Fälle genauer angeben wolle, damit er in der Lage sei, bestimmte Erklärungen abzugeben. Herzogl. Consistorium habe in manchen Fällen ablehnen müssen, Ausgaben aus den Kirchencassen zu leisten, weil, wenn der Zweck im einzelnen Falle auch noch so löblich gewesen wäre, diese Ausgabe gesetzlich aus den Kirchencassen nicht hätte geleistet werden dürfen. Die Kirchencassen seien gesetzlich nur für die Kirchengebäude, Pfarrhaus u. s. w. und den Cultus bestimmt. Anträge, für andere Zwecke Gelder aus den Kirchencassen zu bewilligen, hätten nach der bestimmten und zwingenden Gesetzesvorschrift zurückgewiesen werden müssen.

Der Abgeordnete Bach: Er müsse sich den Ausführungen des Abgeordneten Kenecke im Allgemeinen anschließen. Es seien z. B. die Anträge vieler Gemeinden, die Kosten der Beleuchtung des Abendgottesdienstes, für das Sylvestergeläut u. s. w. aus den Kirchencassen zu bestreiten, abgelehnt, obgleich dieses doch nur unerhebliche Kosten seien. Für diese Zwecke



Collecten anzustellen sei höchst peinlich. Auch er müsse am Herzogl. Consistorium die Bitte richten, sich in dieser Beziehung das Herz etwas weiter zu machen.

Herr Consistorial-Präsident v. Schmidt-Phiseldorf: Sylvestergeläut gehöre nicht zum Cultus; an vielen Orten z. B. auch in Wolfenbüttel habe man hierfür Stiftungen.

Die Kosten für die Beleuchtung des Abendgottesdienstes aus den Kirchencassen zu bestreiten, sei den Gemeinden niemals abgeschlagen, wenn ausreichende Mittel vorhanden gewesen wären. Es wäre in solchen Fällen nur stets sorgfältig zu prüfen, ob die Kirchencasse auch dauernd solvent wäre diese Ausgabe zu bestreiten; sonst hätte es abgeschlagen werden müssen, um die Kirchencasse nicht in Deficit zu bringen.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen): Auch ihm sei es sehr erwünscht, wenn die Mittel reicher Kirchencassen flüssig gemacht würden für practische Zwecke, und nicht als todttes Capital dalägen. Aber Herzogl. Consistorium sei allein nicht im Stande hierzu etwas zu thun.

Nachdem nochmals der Abgeordnete Reunecke seine oben ausgesprochene Ansicht wiederholt, auch der Abgeordnete Gimecke dem Herzogl. Consistorio anheim gegeben hatte, in dieser Beziehung in Zukunft nicht allzu penibel zu verfahren, fand diese Angelegenheit damit hier ihren Abschluß.

Hierauf stellte der Abgeordnete Eggeling zu diesem Abschnitte folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle beschließen, an Herzogl. Consistorium den Antrag zu richten, daß für die Stadt Braunschweig den Vorständen der Kirchen die Wahl des Tages der Collecte für die Idiotenanstalt und das Marienstift freigegeben werde.“

Der Antrag wurde unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gebracht.

Nachdem sich der Abgeordnete Sterk für und der Abgeordnete Schröter gegen den Antrag ausgesprochen hatte, erklärte der Abt Dr. Sallentien, daß die Wahl der für die Collecten bestimmten Tage auf den Anträgen der Anstalten beruhten, welche wahrscheinlich von solchen Tagen sich einen möglichst reichen Ausfall der Collecten versprochen hätten, daß aber wenn sich für diese oder jene Gemeinde Schwierigkeiten herausstellten die Collecten an jenen Tagen vorzunehmen, es nur einer Mittheilung an Herzogl. Consistorium bedürfe, welches ohne Bedenken die Collecten auch an anderen Tagen gestatten werde.

Der Abgeordnete Eggeling zog hierauf seinen Antrag zurück.

Sodann stellte der Abgeordnete Sterk zu M. — das Sectenwesen —, nachdem derselbe auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes im allgemeinen hingewiesen, namentlich auch hervorgehoben hatte, daß es von großer Bedeutung für die Geistlichen sei über den Umfang der Secten stets möglichst genau unterrichtet zu sein, folgenden Antrag:

„Hohe Synode wolle beschließen, sich darüber von Herzogl. Kirchenregierung gefällige Auskunft zu erbitten,

- 1) ob es der Herzogl. Kirchenregierung möglich ist und angemessen erscheint, über das Zahlenverhältniß der Mitglieder der neben der Landeskirche im Herzogthum bestehenden Secten (besonders der Baptisten und der Irvingianer) und der in denselben vollzogenen Trauungen, Taufen, Confirmationen und Abendmahlsfeiern Mittheilung zu machen,
- 2) welche Bedeutung die in solchen Secten vollzogenen Amtshandlungen für die evang.-lutherische Kirche des Landes haben, besonders in Betreff solcher Glieder, welche nicht in den gesetzlichen Formen aus unserer Landeskirche ausgeschieden sind“.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zur Discussion gebracht.

Zu diesem Antrage ergriff der Herr Consistorialrath Rohde das Wort und führte aus:

Der erste Theil des Sterk'schen Antrages sei schwer zu erfüllen, da das Material sehr schwer zu erlangen sei.

Diese Secten hätten sich größtentheils nicht völlig constituiert. Die völlig aus unserer Landeskirche ausgetretenen Mitglieder ließen sich wohl ermitteln, aber es hielten sich auch

jebr viele namentlich zu den Baptisten und der sogenannten apostolischen Gemeinde, welche aus unserer Kirche nicht ausgetreten seien.

Ebenso führe der zweite Theil des Antrages zu zum Theil jebr schwierigen Fragen, auf die er augenblicklich ausführliche Auskunft nicht ertheilen könnte. Eine Erörterung dieser Frage würde auch zweckmäßiger bei der demnächstigen Beiprechung des Entwurfes eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, vorgenommen werden können. Uebrigens werde Herzogl. Consistorium gern den Versuch machen, eingehende Mittheilungen und Nachrichten zusammenzustellen.

Der Abgeordnete Eferl ließ hierauf den ersten Theil seines Antrages ganz fallen und zog den zweiten vorläufig zurück.

Ueber Cap. XI — Kirchenbaujachen — Cap. XII — Kirchenheizungsanlagen — Cap. XIII — das Friedhofs- und Begräbnißwesen — und Cap. XIV — Kirchenvermögensverwaltung u. s. w. — ging die Versammlung ohne weitere Debatte hinweg.

Schließlich hob bei Cap. XV — Kirchenbuchführung — der Abgeordnete Bach einen Uebelstand hervor, der darin bestände, daß von den erfolgten Legitimationen den Kirchenbuchführern keine Anzeige von den Standesbeamten gemacht werde, und daß daher in den Kirchenbüchern die legitimierte Person mit dem Mutternamen und in den Standesamtsregistern mit dem Vaternamen fortgeführt würde. Daß durch die Verpflichtung zu solcher Anzeige die Last der Standesbeamten erhöht würde, sei wohl nicht zu befürchten. Er wolle deshalb den Antrag stellen:

„Hohe Synode ersucht Herzogl. Kirchenregierung zu veranlassen, daß die seit 1876 erfolgte und noch erfolgende Legitimierung außerehelich geborener Kinder von den Standesbeamten den Kirchenbuchführern angezeigt werde“.

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde zu demselben von dem Herrn Consistorialrath Rohde ausgeführt:

Diese Angelegenheit sei schon bei einer früheren Synode zur Sprache gekommen. Herzogl. Consistorium habe auch damals an Herzogl. Staatsministerium den Antrag gerichtet, den Standesbeamten dementprechende Weisung zugehen zu lassen: Herzogl. Staatsministerium habe aber dem Antrage nicht Folge gegeben, um eine weitere Belastung der Standesbeamten zu vermeiden. Später sei einmal von Seiten Herzogl. Kreisdirection Braunschweig die Anfrage an Herzogl. Consistorium gerichtet, ob letzteres Werth darauf lege, daß die Standesbeamten von Herzogl. Kreisdirection ersucht würden, Anzeige in solchen Fällen an die Kirchenbuchführer zu erstatten. Auf Ersuchen Herzogl. Consistorii habe jodann Herzogl. Kreisdirection Braunschweig einen diesbezüglichen Wunsch an die Standesbeamten gerichtet. Uebrigens sei auch die hierdurch den Standesbeamten erwachsende Last eine nicht so bedeutende. Herzogl. Consistorium habe deshalb gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Der Antrag wurde hierauf von der Versammlung angenommen.

Der Präsident schloß jodann die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Montag, den 21. d. Mts., Morgens 11 Uhr an.

Affessor **Koch**, protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 5.

21. J a n u a r 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung N. 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Sterl wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 18. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung, daß dem Abgeordneten v. Gramm von der heutigen Sitzung Urlaub ertheilt sei, und kündigte

den Eingang von Anträgen der liturgischen Commission zu dem vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, an.

Darauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst

zur Fortsetzung der Berathung der Mittheilungen über die Verhältnisse der evangelisch lutherischen Landeskirche u. s. w.

Die beiden Schlußcapitel XVI. und XVII. gaben zu Anträgen und Discussionen keine Veranlassung.

Dagegen nahm der Abgeordnete Schröter zu III. Seite 21 der Anlage 2 — betreff. die Anschaffung neuer Thurmuhren — Gelegenheit, eine Anfrage an die Vertreter Herzogl. Consistorii zu richten, wen die Anschaffungs- und Unterhaltungspflicht der Thurmuhren träge, die Gemeinden- oder die Kirchentassen. Der Herr Consistorialrath Spieß setzte darauf eingehend auseinander, daß sich die beregte Verpflichtung nach den verschiedenen Rechtsverhältnissen in den einzelnen Gemeinden richtete, wonach an manchen Orten die Kirchentassen, an manchen die Gemeinden die Thurmuhren zu unterhalten hätten.

Hierauf ging die Versammlung

zum Punkt II der Tagesordnung „Berichterstattung und Berathung über die Vorlage, betr. ein Kirchengesetz wegen Abänderung der Geschäftsordnung für die Landes-synode zc. vom 13. Nov. 1872“ über.

Aufgefordert vom Herrn Vorsitzenden erstattete zunächst der Abgeordnete Langerfeldt als Referent zu dieser Vorlage Bericht. Derselbe führte aus, daß, nachdem schon

früher in der ersten ordentlichen, in der außerordentlichen Landesynode vom Jahre 1875 auch in der zweiten Landesynode von 1876 ähnliche Zusatzanträge zu der Geschäftsordnung der Landesynode, als wie sie das vorliegende Gesetz beabsichtige, gestellt seien, seit 3 Sessionen die Landesynode die constante Praxis geübt habe, daß vor Eröffnung jeder Sitzung ein Schriftwort zur Verlesung gebracht sei. Diese Praxis erfahre nun durch das vorliegende Gesetz nur insofern eine kleine Aenderung, als nach demselben nach Eröffnung der Sitzung mit Gebet oder Verlesung eines Schriftwortes begonnen werden solle.

Referent empfahl sodann der Versammlung, die Vorlage anzunehmen.

Nachdem auch noch der Abgeordnete Bach als Correferent gebeten hatte, dem vorliegenden Gesetze die Zustimmung zu erteilen, wurde die letztere ohne weitere Debatte von der Versammlung einstimmig ertheilt.

Sodann brachte der Abgeordnete Hörmann in Anregung, daß es erforderlich sei, für die Landesynode, namentlich für die Commissionsberatungen eine Bibel anzuschaffen. Derselbe nahm davon Abstand, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, da der Herr Regierungscommissar Wirtl. Geheimrath Dr. jur. Wirtl erklärte, es werde eine Bibel angeschafft werden.

Hiernächst wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Berichterstattung und Berathung über die Vorlage, betr. ein Kirchengesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871“,

von dem Abgeordneten Pockels, als Referenten, Bericht erstattet.

Derselbe führte aus, daß nach dem Gesetze vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landesynode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, sich die Wahl der Abgeordneten zur Landesynode auf 7 Wahlkreise vertheile; in dem Wahlkreise N. 3, der Generalinspection Braunschweig sei ein Geistlicher und ein weltlicher Abgeordneter, in dem Wahlkreise N. 7, der General- und Stadtinspection Holzminden verbunden mit der Parochie Lunen-Thedinghausen seien zwei geistliche und zwei weltliche Abgeordnete zu wählen. Ein besonderer Grund, die Parochie Lunen-Thedinghausen mit Holzminden zu verbinden, habe seines Wissens bei Erlaß des obigen Gesetzes nicht vorgelegen. Die jetzt von dem in Frage stehenden Gesetze beabsichtigte Lostrennung der Parochie Lunen-Thedinghausen von dem Wahlkreise N. 7 und Zulegung derselben zum Wahlkreise N. 3 sei seiner Ansicht nach entchieden dem Interesse der betreffenden Wahlberechtigten entsprechend, da die Kreise von Thedinghausen nach Braunschweig weniger zeitraubend und umständlich sei als nach Holzminden. Da durch diese Veränderung die beiden Wahlkörper Holzminden und Braunschweig nur ganz unerheblich verändert würden, so würde es jedenfalls nicht nöthig sein, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten für die beiden Wahlkreise anders als bisher festzusetzen. Da im Uebrigen formell und materiell gegen die Vorlage nichts zu erinnern sei, so wolle er der Versammlung anheimgeben, derselben ihre Zustimmung zu erteilen.

Nachdem diesem der Abgeordnete Leidloff als Correferent nur noch die Bemerkung hinzugefügt hatte, daß es wünschenswerth sei, daß Thedinghausen, da es politisch bereits mit Braunschweig geeint sei, indem es der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig unterstellt sei, nun auch kirchlich mit Braunschweig verbunden werde, ertheilte die Versammlung der Vorlage ohne weitere Debatte ihre Zustimmung.

Sodann wurde zu Punkt 4a der Tagesordnung:

betreffend die Petition des Pastors Eißfeldt zu Wabum und Genossen wegen Einführung der Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses in allen Hauptgottesdiensten unserer Landeskirche.

von dem Abgeordneten Jeep im Namen der Petitionscommission Bericht erstattet.

Nachdem derselbe die Petition wörtlich zum Vortrage gebracht hatte, erklärte er, daß die Commission bei ihren Verhandlungen nicht zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß ein Bedürfniß vorhanden sei, soweit, wie die Petenten es wünschten, von den Bestimmungen des

Geheßes vom 17. Januar 1877 abzugehen. Die Commission sei dabei durch Pietätsrücksichten sowie durch die Ansicht geleitet, daß eine derartige Aenderung auch den Gemeinden nicht gefallen würde.

Die Commission wolle deshalb den Antrag der Petition der Versammlung nicht empfehlen.

Dagegen sei die Commission einstimmig damit einverstanden gewesen, daß die Verlesung des Apostolicums nicht nur an den hohen, sondern an allen Festtagen stattfinden in Zukunft, und stelle deshalb folgenden Antrag:

Hohe Synode wolle beim Hohen Kirchenregiment beantragen, daß in der Ordnung des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen, Ges. vom 17. Januar 1877 pag. 56, Zeile 2 von unten, wo es heißt:

„An den hohen Festtagen spricht der Pastor gegen die Gemeinde“ — folgt das Apostolicum —

das Wort „hohen“ gestrichen werde.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf den Petitions- und Commissionsantrag neben einander zur Berathung.

Zunächst ergriff der Abgeordnete Sterl das Wort und führte aus: Er müsse sich gegen beide Anträge aussprechen. Es sei ihm bedenklich, jetzt, nachdem wir erst seit wenigen Jahren eine feste Gottesdienstordnung gewonnen hätten, schon wieder einen Wechsel eintreten zu lassen, um so mehr, als seiner Ansicht nach dieser Antrag nur ein Vorläufer für weitere Anträge sein würde. Auf kirchlichem Gebiete sei aber ein häufiges Wechseln und Aendern ein unermeßlicher Schaden. Man solle nur dann Aenderungen einführen, wenn es sich um wirkliche Fehler oder Lücken in den bestehenden Ordnungen handle. Dieses sei hier aber durchaus nicht der Fall. Der Commissionsantrag würde ja thatsächlich nur eine ganz unbedeutende Erweiterung bringen. Die Commission hätte auch bestimmte Tage in Vorschlag bringen müssen. Er möchte deshalb aus allgemeinen Grundsätzen der Synode anheimgeben, bei dem bisherigen Bestehenden zu verharren, zumal da auch die Gemeinde ein Bedürfnis nach solcher Erweiterung absolut nicht empfinde.

Der Abgeordnete Schönermark: Er habe die erst vor wenigen Wochen in Blankenburg in Umlauf gesetzte Petition ohne Bedenken unterschrieben und sei auch durch die Bedenken der Abgeordneten Jeep und Sterl jetzt nicht anderer Ueberzeugung geworden. Wenn das Glaubens-Bekenntniß einmal zur gottesdienstlichen Ordnung gehöre, so könne es auch für alle Sonntage gelten; durch das Surrogat des Bekenntnißliedes würde dasselbe auch durchaus nicht ersetzt. Daß das Apostolicum durch häufigen Gebrauch abgeschwächt werden könnte, sei seiner Ansicht nach auch nicht zu befürchten.

Der Abgeordnete Jeep: In der Commission seien allerdings die einzelnen in Frage kommenden Festtage besprochen, indessen habe die Commission davon abgesehen, bestimmte Tage zu benennen, aus redactionellen Gründen, dieselbe sei aber bereit in dieser Beziehung Vorschläge zu machen.

Der Abgeordnete Eggeling:

Die jetzige Landessynode sei mit zwei Hoffnungen begrüßt. Einmal hätten die Gemeinden gehofft, daß die Kirchenvorstände eine Erweiterung ihrer Machtvollkommenheit erhalten würden. Diese Hoffnung sei nicht erfüllt. Zum zweiten habe man auf eine Regelung unserer kirchlich liturgischen Verhältnisse gehofft. Auf diesem Gebiete würde man aber, da die Hoffnungen und Wünsche weit auseinander gingen, die merkwürdigsten Petitionen erleben können. Diese Petition halte er jedenfalls nicht für angezeigt. Die Gemeinden hätten sich an die jetzige Kirchenordnung nun schon sehr gewöhnt und dieselbe lieb gewonnen. Man solle jetzt durch Aenderungen nicht wieder unnötige Unruhe hervorrufen, und das ewige Rütteln an kirchlichen Dingen unterlassen.

Der Abgeordnete Bach: Er müsse sich den Ausführungen der Abgeordneten Eggeling und Serl aus ganzem Herzen anschließen. Namentlich an Gottesdienstordnungen solle man nur rütteln, wenn wirkliche Noth vorhanden sei. Die Petenten hätten ja aber selbst erklärt, daß das Bekenntnißlied das Apostolicum seinem Inhalte nach enthielte. Deshalb sei doch eine Nothwendigkeit zu der beabsichtigten Erweiterung nicht vorhanden. Der Vorschlag der Commission zeuge nur von ihrem guten Herzen, allen möglichst gerecht zu werden.

Der Abgeordnete Eißfeldt:

Er wolle zunächst sein Verwundern darüber aussprechen, daß diese Petition den einstimmigsten Widerspruch gerade von dem Theil der Abgeordneten erfahren habe, welcher sonst immer jeden Fortschritt für wünschenswerth hielte. Um grundsätzliche Aenderungen handle es sich hier ja gar nicht. Es sei aber sehr wünschenswerth gerade in der heutigen Zeit, wo die katholische Kirche sich anshierte uns mit aller Kraft zu bekämpfen, möglichste Einigkeit mit den Kirchenordnungen der übrigen Nachbarländer herbeizuführen. Es sei auch ein ganz entschiedener Uebelstand, daß z. B. am Himmelsfahrtstage oder am Reformationsfeste das Apostolicum nicht verlesen werden dürfe. Luther selbst habe großen Werth auf das Apostolicum gelegt, er habe es täglich gebetet und an die Spitze aller Glaubensartikel gestellt. Gemeinut der evangelischen Kirchenmitglieder werde das Bekenntniß erst werden, wenn es an jedem Sonntage verlesen würde. Er wolle deshalb die Annahme der Petition empfehlen.

Der Abgeordnete Langerfeld:

Er habe dem Commissionsbeschlusse eigentlich gegen seine Ueberzeugung zugestimmt; unsere Gottesdienstordnung habe immer seine volle Sympathie gehabt, und die Auszeichnung der hohen Festtage durch das Apostolicum sei ihm stets lieb gewesen. Indessen die von der Commission empfohlene Aenderung sei ja keine sehr bedeutende; die Gemeinden würden dieselbe gar nicht empfinden. Uebrigens hätten ihm auch Geistliche mehrfach erklärt, daß sie nicht einmal darüber einig seien, was mit den Worten „an den hohen Festtagen“ im Gesetze gemeint sei. Es bestände schon jetzt eine ungleichmäßige Handhabung dieser Bestimmung. Durch Annahme des Commissionsantrages würde, wenn auch eine unbedeutende Aenderung, so doch auch eine Gleichmäßigkeit in dieser Beziehung geschaffen werden, weshalb er der Versammlung die Annahme des Commissionsantrages empfehlen müsse.

Der Abgeordnete Schulz: Auch er müsse sich dem Commissionsantrage anschließen: das Bekenntnißlied, welches Erjaß für das Apostolicum bieten solle, sei kein Bekenntnißlied, es sei vielmehr nur ein Preislied für das gehörte Gotteswort.

Nachdem sich auch der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) dafür ausgesprochen hatte, wenn nicht den Petitionsantrag, so doch wenigstens den Commissionsantrag anzunehmen, führte der Abgeordnete Guerike aus, daß er sich aus dem Umstande gegen beide Anträge erklären müsse, weil er fürchte, daß die Gemeinden durch das lange Bekenntniß, welches doch immer etwas monotones an sich habe, wenn es zu oft wiederholt werden würde, sich gelangweilt fühlen würden. Auch der Abgeordnete Keuneke glaubte, daß die Gemeinden jedenfalls eine so häufige Wiederholung des Apostolicums nicht wünschen würden. Der Abgeordnete Eggeling hob schließlich noch hervor, daß die Liturgie in manchen Gemeinden von den Geistlichen schon derartig, oft bis zu einer halben Stunde, ausgedehnt würde, und daß es daher jedenfalls wünschenswerth sei, nicht neue Gelegenheiten zu noch größeren Ausdehnungen derselben zu geben.

Hiermit fand die Debatte ihren Abschluß.

Die Versammlung beschloß sodann, die Petition dem Kirchenregimente nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen, und lehnte auch den Commissionsantrag ab.

Hierauf wurde zu 4h der Tagesordnung über eine zweite

„Petition von Pastor Willmann und Genossen, wegen Abänderung des Trauformulars“,

von dem Abgeordneten Langerfeldt ebenfalls im Namen der Petitionscommission Bericht erstattet.

Nachdem Referent diese Petition verlesen, erklärte derselbe, daß die Commission zu einem einheitlichen Beschlusse über dieselbe nicht gekommen sei, daß die Commission vielmehr nur mit 3 gegen 2 Stimmen den Beschluß gefaßt habe, die Petition der Versammlung zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Zu diesem Beschlusse hätten zwei Umstände hingedrängt, einmal der, daß unser Trauformular in seiner Fassung ganz allein im Deutschen Reiche stünde, und zweitens der, daß dasselbe von vielen Geistlichen unseres Landes schon jetzt nicht mehr respectiert werde.

Er, Referent, sei in der Lage gewesen, die Trauformulare der meisten größeren zum Deutschen Reiche gehörigen Länder einzusehen: nach den meisten sei gestattet, die junge Frau mit ihrem Geburtsnamen anzureden, in einzelnen sei darüber, welcher Name anzuwenden sei, keine Vorschrift vorhanden und die Wahl des Namens dem Geistlichen frei überlassen.

Gerade diese Thatsache und der Gedanke, daß, wenn alle übrigen Staaten sich über die juristischen Bedenken hinwegsetzen zu können geglaubt hätten, auch wir namentlich im Interesse der Einheitlichkeit im Deutschen Reiche keinen Grund hätten auf unserer Sonderstellung in dieser Beziehung zu beharren, habe die Majorität der Commission zu obigem Beschlusse geführt.

Daß viele Geistliche da seien, welche sich an die gesetzlich bestehende Form auch jetzt schon nicht für nicht gebunden hielten, dürfte eine auch Herzogl. Consistorio bekannte Thatsache sein.

Er stelle deshalb im Namen der Petitionscommission folgenden Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle die Petition dem Herzogl. Kirchenregimente zur Berücksichtigung empfehlen“.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf diesen Antrag, da derselbe genügende Unterstützung fand, zur Verathung und es entspann sich über denselben eine sehr lebhafte Debatte.

Der Abt Dr. Sallentien erklärte mit dem Bemerken über den vorliegenden Gegenstand selbst noch nicht reden zu wollen, daß er mit dem größten Erstaunen von dem Abgeordneten Eggeling gehört habe, daß von manchen Geistlichen von der liturgischen Ordnung abgewichen und die Liturgie häufig über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus ausgedehnt würde. Er könne doch nicht unerwähnt lassen, daß Herzogl. Consistorio nichts bekannt geworden sei. Noch erstaunter sei er aber gewesen, von dem Abgeordneten Langerfeldt hören zu müssen, daß von dem Trauungsgeetze in zahlreichen Fällen Seitens der Geistlichen schon jetzt abgewichen würde. Er müsse bemerken, daß hiervon auch nicht ein Wort Herzogl. Consistorium zu Ohren gekommen sei, denn sonst würde dasselbe sicherlich Veranlassung genommen haben, auf das Entschiedenste die betreffenden Geistlichen anzuweisen, sich unbedingt an die bestehenden Vorschriften für gebunden zu halten.

Der Abgeordnete Hamm: Er bedauere von Herzen, daß man diese Petition in die Welt gesetzt habe. Wenn in der Petition von Gewissensbeunruhigung und dem Nothdrei des geängstigten Laiengewissens gesprochen wurde, so seien das denn doch erstaunliche Behauptungen. Es handle sich hier vielmehr um einen Sturmhauf der Geistlichkeit gegen die Civilehe. Nicht eine Gewissensverwirrung, aber eine Verwirrung der Begriffe stünde hier in Frage, wenn die Geistlichen die civiliter abgeschlossene Ehe einfach ignorieren wollten. Wenn alle übrigen Länder diese Frage anders geregelt hätten als wir, so sei das kein Vorzug vielmehr eine Abschwächung der Bedeutung der Civilehe. Auch könne der Mißbrauch eines Gesetzes doch niemals dahin führen, dasselbe abzuschaffen. Ein Nothstand sei sicherlich nicht vorhanden, und müsse er sich auf's energischste gegen die Petition erklären.

Der Abgeordnete Leidloff: Auch er sei über diese Petition im höchsten Grade verwundert gewesen. Wie ein Gewissen sich beunruhigt fühlen sollte, dafür habe er kein Verständnis; ihm sei davon nie etwas zu Ohren gekommen. Diese Verwirrung und Beunruhigung

würde höchstens von den Herren Geistlichen in die Gemüther hineingetragen. Wenn das Gesetz zwei Menschen getraut hätte, dann trüge doch selbstverständlich die junge Frau den Namen ihres Mannes. Etwas anderes sei doch ganz undenkbar. Er müsse die Versammlung dringend ersuchen, diese Petition abzulehnen.

Der Abgeordnete Schönermark: Er habe auch diese Petition unterschrieben und müsse auch jetzt noch seine Unterschrift für wohlbegründet halten. In der Petition sei ja ausdrücklich hervorgehoben, daß an den bestehenden Gesetzen nichts geändert werden solle. Der Ausdruck „Gewissensverwirrung“ sei nur unglücklich gewählt und sei so etwas furchtbar schlimmes hinter demselben nicht zu vermuthen. Viele von dem weiblichen Geschlechte seien doch der Ansicht, daß die kirchliche Trauung als andere Seite zum Eheabschluß hinzugehöre, und daher schreibe sich auch der so oft geäußerte Wunsch, bei der kirchlichen Trauung noch mit dem Vaternamen genannt zu werden.

Der Abgeordnete Schröter: Er würde für die Petition stimmen. Er könne nur nicht umhin die Geistlichen gegen den heftigen Vorwurf des Abgeordneten Leidloff in Schutz zu nehmen. So einfach wie der Abgeordnete Leidloff meinte, läge die so unendlich schwierige Frage der Eheschließung nicht. Man müsse nicht glauben, daß dieser so tief in das Menschenleben eingreifende Act auf dem Standesamte abgethan würde. Hier seien noch andere Factoren außer der Rechtsfrage zu berücksichtigen. Er müsse auch vollkommen bestreiten, daß jede junge Frau sich als solche anähle, wenn sie vom Standesamte käme.

Nachdem sich sodann der Abgeordnete Skerl gegen die Petition ausgesprochen hatte, erklärte auch der Abgeordnete Zerbst, daß er schon in der Commission gegen dieselbe gestimmt habe. Seiner Ansicht nach habe das kleine Ländchen Braunschweig das allein und einzig normale Gesetz in dieser Beziehung und er könne nur wünschen, daß es beim Alten bliebe.

Der Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen): dem Vorwurfe, daß von ihm und seinen Freunden Beunruhigung und ein Sturmhauf ausgegangen sei, müsse er entgegen halten, daß im Allgemeinen keine Petitionen kämen, wenn keine Veranlassung dazu vorläge. Diese Petition würde stets wieder von Neuem eingereicht werden und deshalb sollten diejenigen, welche Ruhe wünschten, dieselbe nur annehmen; das sei das einfachste Mittel.

Nachdem sich schließlich auch noch der Abgeordnete Kenecke gegen die Petition kurz geäußert hatte, wurde von der Versammlung der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Noch während der Debatte war ein Antrag des Abgeordneten v. Kalm eingegangen: Die Abstimmung über den vorliegenden Antrag erst in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Da dieser Antrag nach kurzer Begründung durch den Antragsteller genügende Unterstützung fand, so bestimmte der Herr Vorsitzende die Abstimmung auf die nächste Sitzung.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Dienstag, den 22. Januar, Morgens 10 Uhr an.

Assessor **Koch**, protokoll. Secretair.



# Sitzungsbericht 6.

22. J a n u a r 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung N. 58 vom  
9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Herrn Abgeordneten Skerl wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Zunächst machte der Herr Vorsitzende die Mittheilung, daß wegen Erkrankung des mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte beauftragten Assessor Koch das letzte Sitzungsprotokoll nicht verlesen werden könne.

Ferner machte der Herr Vorsitzende Mittheilung von einem Schreiben des Herzogl. Staatsministerium vom heutigen Tage, wonach während der Dauer der Behinderung des Assessors Koch der Referendar v. Damm hieselbst mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte beauftragt ist.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zunächst erfolgte die Abstimmung über den in voriger Sitzung eingehend debattirten Antrag der zur Vorprüfung von Bittschriften etc. eingesetzten Commission:

Hochwürdige Synode wolle den Antrag in der Petition des Pastors Billmann zu Mehrde und Gen. vom 19. November 1888, nämlich:

„Hochwürdige Landesynode wolle bei dem Kirchenregimente Sr. Königl. Hoheit die Abänderung des Trauformulars beantragen insoweit, daß künftig in den nach §. 1 des Gesetzes vom 8. December 1875 als Regel geltenden Fällen, in welchen die Trauung möglichst unmittelbar auf den Civilact folgt, die Braut nicht mit dem Namen des Mannes, sondern mit ihrem Familiennamen bezeichnet bzw. angedeutet werde.“

dem Kirchenregimente zur Berücksichtigung empfehlen.

Der Antrag wird von der Versammlung gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Darauf berichtete der Herr Abgeordnete Langerfeldt im Namen der Petitions-Commission über das Gesuch des Pastor Adj. Stölting in Schlieftedt und Gen., betr. das Verfahren bei Reparaturen geistlicher Gebäude.

Zunächst verliest derselbe das bejagte Gesuch, worin ausgeführt wird, daß durch das Ausschreiben des Herzoglichen Consistorii vom 10. Februar 1877 Nr. 315a, die Kirchenvorstände allerdings angewiesen seien, ihre Anträge auf Reparaturen an geistlichen Gebäuden nicht an die Zahlungspflichtigen unmittelbar zu richten, sondern sich an Herzogliches Consistorium oder an die Kirchenvisitatoren zu wenden. Indessen auch bei diesem Verfahren bleibe der Uebelstand, daß thatächlich derartige Reparaturen von den Geistlichen zuerst angeregt werden müssen, daß also der Pastor Ansprüche an anderer Leute Geldbeutel stellt und zwar für sich selbst, wenn es sich um Reparatur von Pfarrgebäuden handelt. Derselbe lehne sich daher mit Anträgen hervorzutreten und unterblieben aus diesem Grunde häufig selbst die nothwendigsten Reparaturen. Dadurch litten aber die Gebäude sehr und sei eine anderweite Regelung des Verfahrens wünschenswerth.

Dieses sei nicht nur im Interesse der Geistlichen, sondern auch für die Zahlungspflichtigen würde es vortheilhaft sein, wenn die geistlichen Gebäude stets im guten Zustande erhalten würden.

Die Petenten beantragen:

„Hochwürdige Landesynode wolle bei Hoher Kirchenregierung dahin vorstellig werden, daß das Verfahren bei Ausführung von Reparaturen an geistlichen Gebäuden abgeändert werde, etwa in der Weise, daß die geistlichen Gebäude von Zeit zu Zeit einer Revision durch einen Herzoglichen Baubeamten unterworfen werden, welcher dann ohne daß es eines Antrages von Seiten des Pastors bedürfe, anzuordnen hätte, was an Reparaturen, Aenderungen bezw. Neubauten zu geschehen habe.“

Referent ist mit den angeführten Gründen völlig einverstanden.

Indessen sei das Petikum, daß die Reparaturen auf Anordnung eines Baubeamten geschehen sollten, nicht zu billigen, da hierdurch die bestehenden Kompetenzverhältnisse völlig geändert werden würden.

Wohl aber könne das Verfahren geändert werden unter Berücksichtigung der Competenz der Kirchenvorstände.

Es sei zweckmäßig anzuregen, ob nicht ein bei Herzogl. Consistorio anzustellender Baubeamter regelmäßige Revisionen vornehmen und über deren Befund an Herzogl. Consistorium behuf des Weiteren berichten solle, da die Kreisbauinspectoren kaum Zeit haben würden, derartige Revisionen vorzunehmen.

Eventuell würden die Superintendenten die Revisionen vornehmen müssen. In diesem Falle würde aber nach Anbringung der Wünsche immer noch eine technische Revision stattfinden müssen. Jedenfalls halte es die Commission für richtig, daß den Pfarrern die Revision abgenommen werde.

Referent schloß mit dem Vorschlage:

Hochwürdige Synode wolle dem Herzogl. Kirchenregimente die Petition mit der Maßgabe zur Berücksichtigung überweisen, daß mit den erforderlichen regelmäßigen Revisionen, sei es der betreffende Herzogl. Kreis-Bauinspector, sei es ein dazu bei Herzogl. Consistorio anzustellender Baubeamter, sei es der zuständige Superintendent beauftragt wird, diese Beauftragten indessen nicht das Recht der „Anordnung“ erhalten, sondern lediglich über den Befund an Herzogl. Consistorium behuf des Weiteren zu berichten haben.

Der Herr Abgeordnete Cimecke erklärt sich als Gegner des Antrages.

Bei dem jetzigen Modus kämen Unannehmlichkeiten nicht vor, wenn der Pastor verstehe sich mit seiner Gemeinde gut zu stellen.

Die Gemeinden gingen gern auf die Wünsche der Pastöre ein. Der Antrag sei unnöthig und gefährlich, denn die Neuerung verursache große Kosten und erzeuge nur Unzufriedenheit.

Darauf spricht sich der Herr Abgeordnete B o d e l s ebenfalls gegen den Antrag aus. Nach den bisher bei Staatsbauten gemachten Erfahrungen verspreche die Revision keinen großen practischen Erfolg; auch erscheine es nicht angemessen, den schon beschränkten Wirkungsbereich der Kirchenvorstände noch mehr einzuzengen. — Jedenfalls würde, falls eine Bestimmung im Sinne der Petition getroffen würde, die Stadt Braunschweig, welche bereits besondere Vorschriften besitze, ausdrücklich auszunehmen sein.

Herr Consistorialrath S p i e ß spricht sich, da thatsächlich eine Calamität bestehe, für eine Aenderung der Verhältnisse dahin aus, daß die Anregung zur Vornahme von Reparaturen in die Hand eines Sachverständigen gelegt werde. Der in dritter Linie gemachte Commissionsantrag, daß die Revision durch den Superintendenten vorgenommen werden solle, sei nicht empfehlenswerth. — Die bestehenden Kompetenzverhältnisse brauchten wegen dieser Neuerung nicht geändert zu werden. Eine Beschränkung der Rechte der Kirchenvorstände sei nicht beabsichtigt.

Auf dem Lande werde allerdings eine Einmischung der Behörden nicht gewünscht, in dessen sei der Herr Abgeordnete G i m e d e doch im Irrthum, wenn er meine, daß Collisionen nicht vorkämen. Die Schuld liege aber sehr häufig an den Gemeinden. Sehr häufig seien auch größere Reparaturen erforderlich geworden, die sich hätten vermeiden lassen, wenn rechtzeitig ein Sachverständiger revidirt hätte. Der Schaden treffe in solchen Fällen die Baupflichtigen.

Der Herr Abgeordnete K e u n e c k e spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Synode schon wieder mit einer Petition befaßt sei, durch welche die Unzufriedenheit in den Gemeinden erhöht würde. Anstatt den Gemeinden bezw. Kirchenvorständen größere Rechte einzuräumen, bezwecke man aufs Neue, sie zu bevormunden. Ein wandernder Baumeister solle sich auf die Suche begeben um Schäden aufzudecken.

Man solle sich hüten auf diese Weise Zerwürfnisse herbeizuführen, welche das kirchliche Leben nur schädigen könnten. Redner bittet den Antrag abzulehnen.

Der Herr Abgeordnete S c h r ö t e r befürwortet den Antrag.

Derselbe wolle die vorhandenen Uebelstände abstellen; keineswegs enthalte derselbe irgend welches Mißtrauen gegen die Kirchenvorstände.

Der Herr Abgeordnete L e i d l o f f betont, daß sich zwar in reichen Gemeinden Zerwürfnisse zwischen Pastor und Gemeinde vermeiden ließen. Arme Gemeinden seien jedoch nicht so zuvorkommend gegen den Pastor, wie es der Herr Abgeordnete G i m e d e schildere, hier entständen leicht die unangenehmsten Streitigkeiten. Diese würden sich vermeiden lassen, wenn der Antrag angenommen würde.

Der Herr Abgeordnete D e h n s erklärt sich gegen den Antrag. Die Mitwirkung der Kirchenvorstände bei Pfarr- und Schulbauten sei schon jetzt sehr beschränkt. Diese Competenz dürfe nicht noch mehr beschränkt werden.

Sodann spricht sich der Herr Abgeordnete G i m e d e nochmals gegen den Antrag aus, während der Herr Consistorialrath S p i e ß denselben befürwortet.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Verhandlung angenommen war, hebt der Herr Referent in den Schlußworten nochmals hervor, daß dort, wo zwischen den Geistlichen und der Gemeinde ein gutes Verhältniß herrsche, Streitigkeiten allerdings kaum vorkommen würden. Ueberall würden sich jedoch derartige Streitigkeiten nicht vermeiden lassen.

Der Antrag bezwecke, die Geistlichen der peinlichen Initiative zu überheben. Von irgend welcher Bevormundung der Gemeinde- oder Kirchenvorstände könne keine Rede sein. Referent empfiehlt nochmals die Annahme seines Vorschlags.

Derselbe wird von der Versammlung bei der darauf folgenden Abstimmung angenommen.

Es folgte sodann das Referat des Herrn Abgeordneten S k e r l, über den Antrag des Herrn Abgeordneten R h a m m:

## Sitzungsbericht 6.

36

„Hohe Synode wolle bei der Kirchenregierung beantragen, zu veranlassen, daß dem §. 5 des Gef. vom 8. December 1875, betr. die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot, als Art. 4 folgender Passus hinzugefügt werde: bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Referent führt aus, daß die Frage entstanden sei, ob bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Theil die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat, eine kirchliche Trauung stattfinden solle oder nicht. Man müsse hier unterscheiden, ob die Braut, oder ob der Mann dieses Versprechen abgegeben habe. Im ersteren Falle erscheine die Trauung unbedenklich.

Im zweiten Falle müsse dieselbe jedoch verweigert werden. Nun sei es jedoch immerhin zweifelhaft, ob auf Grund der Art. 3 des §. 5 des Gesetzes vom 8. December 1875, wonach die kirchliche Trauung verweigert werden kann,

wenn nach den besonderen Umständen des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte,

im vorliegenden Falle eine Verweigerung der Trauung statthalt sei. Es sei daher eine Ergänzung des besagten §. 5 im Sinne des Antrages des Herrn Abgeordneten Rhamm erforderlich. Referent schließt mit dem Antrage:

„Hohe Synode wolle beschließen, an das Kirchenregiment das ergebene Ersuchen zu richten, ein dem Rhamm'schen Antrage entsprechendes Gesetz zur Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875 der Landessynode zur verfassungsmäßigen Mitwirkung, wo möglich, noch in dieser Sitzung vorzulegen.“

Der Correferent Herr Abgeordnete Langerfeldt befürwortet ebenfalls die Annahme dieses Antrages und spricht insbesondere den Wunsch aus, daß noch dieser Landes-Synode ein entsprechender Gesetz-Entwurf unterbreitet werden möge. Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien verspricht, daß dafür Sorge getragen werden solle. Der Antrag des Herrn Abgeordneten Rhamm, sowie der Antrag des Referenten werden darauf von der Versammlung angenommen.

Hierauf stellte der Herr Abgeordnete Skerl den Antrag:

„Hohe Synode wolle darüber eine Entscheidung bei Herzoglicher Kirchenregierung beantragen, ob die stille Woche wie vor Erlass des Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, als eine für kirchliche Trauungen geschlossene Zeit anzusehen ist, oder aber, ob die Worte des §. 1 des gedachten Gesetzes: die kirchliche Trauung u. ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen, so zu verstehen sind, daß wenn die bürgerliche Eheschließung in der stillen Woche stattgefunden hat, die kirchliche Trauung dann gleichfalls auch in der stillen Woche vorgenommen werden darf.“

Der Antrag wurde genügend unterstützt und die sofortige Berathung desselben beschlossen. Der Herr Abgeordnete Skerl führt darauf zur Begründung seines Antrages aus:

Auf dem Lande hätten zwar die Geistlichen Einfluß genug um Trauungen während der stillen Woche zu verhindern. Dieses sei jedoch nicht der Fall in den Städten, insbesondere in der Stadt Braunschweig. Es sei daher die authentische Entscheidung der Frage wünschenswerth, ob durch §. 1 des Gef. v. 8. Dec. 1875 die Bestimmungen über das Geschlossensein der stillen Woche aufgehoben seien oder nicht. Am liebsten würde er sehen, wenn Trauungen während der Charwoche verboten würden, da dieselben nach seiner Ansicht, sowie überhaupt nach der Ansicht der hiesigen Stadtgeistlichkeit, als eine Störung des religiösen Gefühls gelten müßten.

Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien erwidert, daß nach seiner Ansicht die Bestimmung des §. 1 des Gef. vom 8. Dec. 1875 maßgebend sei, wonach die kirchliche Trauung möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen ist. Schließe

also der Standesbeamten in der Charwoche Ehen, so müsse der Geistliche die Trauung folgen lassen. Indessen sei weder das Herzogl. Consistorium noch das Kirchenregiment in der Lage, ein Kirchengesetz authentisch zu interpretiren, da hierzu die Mitwirkung der Landesynode gehöre.

Der Herr Abgeordnete Skerl bemerkte darauf, er habe nur die nöthige Anregung geben wollen. Das Consistorium könne jetzt die nöthigen Schritte ergreifen.

Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien wünscht zuvor die Ansicht der Versammlung kennen zu lernen.

Der Herr Abgeordnete Eggeling wirft die Frage auf, ob nicht in der Weise auf die Standesbeamten eingewirkt werden könne, daß Trauungen in der Charwoche unterjagt würden.

Nachdem darauf der Herr Consistorialrath Spieß den Antragsteller aufgefordert hatte, seinen Antrag abzuändern, sowie nach einigen Rechtsausführungen des Herrn Wirkl. Geh.-Raths Dr. jur. Wirk und des Herrn Abgeordneten Rhamm, zog der Herr Abgeordnete Skerl seinen Antrag einstweilen zurück.

Hiernach erstattete der Herr Abgeordnete Eggeling über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, im Namen der zur Prüfung dieses Entwurfs eingesetzten Commission der Versammlung Bericht.

Derselbe führt aus, daß die Commission mit dem Gesetze durchaus einverstanden sei. Nur eine Abänderung des §. 2 Abs 1 des Entwurfs, wonach die Prüfungs-Commission aus den drei dem Herzoglichen Consistorium angehörenden geistlichen Räten und zwei aus der Landesgeistlichkeit auf die Dauer von drei Jahren zu ernennenden Mitgliedern bestehen solle, beantrage er im Namen der Majorität der Commission, nämlich:

„§. 2 des Kirchengesetzes die theologischen Prüfungen betreffend, Absatz 1 möge gefaßt werden:

Zur Abhaltung derselben wird bei Unserem Herzogl. Consistorium eine theologische Prüfungs-Commission eingesetzt, welche aus den drei demselben angehörenden geistlichen Räten und zwei Mitgliedern besteht, zu deren Wahl auf die Dauer von vier Jahren uns die Landesynode drei Landesgeistliche vorzuschlagen hat.“

Referent führt aus, es sei der Wunsch der Majorität der Commission, daß die Synode auf die Ernennung der erwähnten 2 Mitglieder einen Einfluß ausübe. Eine Minorität der Commission habe sich allerdings gegen die vorgeschlagene Aenderung erklärt.

Dieselbe habe zunächst das Bedenken geäußert, daß eine derartige Mitwirkung der Synode bei Ernennung der Mitglieder der Prüfungscommission außerhalb des der Landesynode in §. 20 des Gesetzes Nr. 34 von 1871 zugewiesenen Wirkungsbereiches liege und daher unzulässig sei. Dieses Bedenken habe sie jedoch später fallen lassen. Ferner habe dieselbe hervorgehoben, die Landesynode sei nicht in der Lage, sich über die wissenschaftliche Qualifikation der Geistlichen ein genügendes Urtheil zu bilden. Außerdem könne leicht ein unerfreuliches Verhältniß eintreten, wenn die Gewählten andere Anschauungen hätten, als die geistlichen Räte des Herzoglichen Consistorii.

Es sei auch die Frage aufgeworfen, ob vielleicht ein academischer Professor oder ob ein stummer Beisitzer an der Prüfung theilnehmen solle. Ersteres sei jedoch verworfen, da es wünschenswerth wäre, daß practische Männer prüften, Letzteres, weil die Stellung eines stummen Beisitzers für diesen selbst sehr peinlich sei und auch durchaus kein Grund zum Mißtrauen gegen die Prüfenden vorhanden wäre.

Die Majorität halte es für das Beste, wenn die Synode 3 Geistliche vorschlage, von denen die Kirchenregierung 2 auswählt. In diesem Falle sei es erforderlich, daß die Ernennung auf 4 Jahre, nicht auf 3 Jahre geschehe, da die Synode nur alle 4 Jahre zusammentritt. —

Darauf wurde die Einleitung zum Gesetze, sowie der §. 1 ohne Debatte angenommen.

Bei der Berathung des §. 2 entspann sich über den Commissionsantrag eine lebhafte Debatte.

Zunächst erklärte sich der Herr Abgeordnete Eskerl mit dem Antrage einverstanden.

Der Herr Abgeordnete v. Heinemann wünscht, daß der §. 2 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen werde. Gegen den Commissionsantrag habe er zunächst principielle Bedenken. Die Synode würde durch das Recht der Präsentation in das Gebiet der Verwaltung übergreifen. Die Regierung könne sich das Recht, die Prüfenden zu ernennen, nicht bestreiten lassen.

Aber auch practische Gründe sprächen gegen den Commissionsantrag. Die Synode sei wegen mangelnder Personenkenntniß gar nicht im Stande, geeignete Geistliche für die Prüfungscommission vorzuschlagen. Sollte aber bei dem Commissionsantrage der Gedanke im Hintergrunde ruhen, in die Prüfungscommission Vertreter der verschiedenen Ansichten hineinzubringen, so sei dieses nicht zu billigen, da der Streit der dogmatischen Ansichten nicht in die Prüfungscommission hineingehöre.

Der Herr Abgeordnete Bach ist der Ansicht, daß die Gemeinden ein Interesse daran hätten bei der Besetzung der Prüfungs-Commission mitzuwirken. Der Einwand, daß die Synode die wissenschaftliche Befähigung der einzelnen Geistlichen nicht beurtheilen könne, sei unbegründet, denn unser Land sei so klein, daß jeder einzelne hinlänglich bekannt sei. Es sei auch nicht zu befürchten, daß Zwistigkeiten zwischen diesen beiden Mitgliedern und den geistlichen Räten entstehen werden. Der parlamentarische Anstand, den die Synode bei den letzten Commissionswahlen bewiesen habe, sei ein Zeugniß dafür, daß sie nie ausgesprochene Parteimänner in die Prüfungs-Commission entsenden werde.

Der Herr Abgeordnete Schröter erwidert darauf, daß die einzige Stelle, wo man über die Fähigkeiten der sämtlichen Geistlichen urtheilen könne, das Herzogliche Consistorium sei. Hier liefen die Berichte der Kirchenvisitatoren, der Inspections-Synoden und die Synodalarbeiten zusammen. Der einzelne Geistliche oder Laie dagegen könne sich nur ein Urtheil bilden über einen kleinen Kreis von Geistlichen, nicht aber über die sämtlichen Geistlichen des Landes.

Der Herr Abgeordnete Pockels hebt hervor, daß bei der Prüfung nur das Wissen des Candidaten nicht der theologische Standpunkt desselben geprüft werden soll. Es sei allerdings anzuerkennen, daß bis jetzt das Consistorium einen streng objectiven Standpunkt beobachtet habe. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß bei einem Personenwechsel auch in jenem Principe eine Aenderung stattfinde, und dem solle bei Zeiten ein Kegel vorgeschoben werden.

Der Herr Abgeordnete Zerbst spricht sich gegen die Wahl der Commissionsmitglieder durch die Synode aus. Die Synode solle ein gesetzgebender Factor, nicht ein Verwaltungsfactor, sein.

Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien empfiehlt auf das allerdringendste dem Vorschlage der Commission die Zustimmung zu versagen. Nach §. 20 des Synodalgesetzes habe die Synode nur eine gesetzgeberische, nicht eine Verwaltungsthätigkeit auszuüben.

Wenn man eine gesetzliche Bestimmung, wie die von der Commission vorgeschlagene erlassen wolle, so müsse man zuvor das Synodalgesetz abändern. Aber nicht nur die formelle, auch die materielle Seite komme in Betracht. Die Synode sei durchaus nicht in der Lage die geeigneten Persönlichkeiten wählen zu können. Es sei auch zu befürchten, daß von der Synode Parteimänner gewählt werden, was wiederum zu dem Institute der Auspasser, die man habe abschaffen wollen, führen würde. Er halte daher den Commissionsantrag für sehr bedenklich.

Der Herr Wirkl. Geheime-Rath Dr. jur. Wirt erklärte sodann, daß die Kirchenregierung großen Werth darauf lege, daß der fest umschriebene Wirkungskreis der Synode nicht durchbrochen werde, wie es geschehen würde, wenn sich die Synode eine Verwaltungs-

thätigkeit anmaßen würde. Die höchste Kirchenregierung werde sich voraussichtlich nicht zur Vollziehung des nach dem Commissionsantrage abgeänderten Gesetzentwurfs entschließen.

Der Herr Abgeordnete Pockels bemerkt gegenüber den formellen Bedenken des Herrn Consistorialrath Abt Dr. Sallentien, daß die Synodalordnung nicht ein Grundgesetz sei, welches man nur unter Erschwerungen abändern könne.

Im Uebrigen findet er es bedauerlich, wenn an dieser einen Streitfrage das ganze Gesetz scheitern würde.

Der Herr Abgeordnete Skerl würde es am liebsten sehen, wenn die jungen Theologen an den Universitäten geprüft würden.

Die gegen den Commissionsantrag geltend gemachten Bedenken theile er nicht. Es handle sich nur um eine gutachtliche Aeußerung der Synode. Dieselbe beabsichtige nicht, sich eine Verwaltungsthätigkeit anzumaßen.

Der Herr Abgeordnete von Cramm hält den Commissionsantrag für eine Verbesserung der Vorlage, hält diese Verbesserung jedoch für nicht bedeutend genug um dieserhalb das ganze Gesetz zu gefährden. Er habe sich daher entschlossen für die Fassung der Regierungsvorlage zu stimmen.

Darauf befüwortete der Referent Herr Abgeordnete Eggeling nochmals den Commissionsantrag.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Commissionsantrag von der Versammlung abgelehnt.

Sodann wurden der Reihe nach §. 2, §. 3, §. 4, §. 5, §. 6, §. 7 und §. 8 des Entwurfs unverändert von der Versammlung angenommen.

Zu §. 7 bemerkte der Herr Abgeordnete Leidloff, es sei wünschenswerth, daß bei der Prüfung auch ermittelt werde, ob der Geprüfte die nöthige musicalische Beanlage besitze.

Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien bemerkte darauf, daß der §. 24 der Instruction, wonach der Candidat den liturgischen Theil eines Gottesdienstes zu besorgen habe, diesem Wunsche Rechnung trage.

Es knüpfen sich hieran einige weitere Bemerkungen der genannten beiden Herren.

Bei der nunmehr folgenden Berathung des §. 9 des Entwurfs führt der Herr Abgeordnete Schönermark aus:

Die Schulaufsicht, welche dem Geistlichen obliege, setze voraus, daß derselbe auch nach dieser Seite hin die nöthige Ausbildung habe. Es sei daher erfreulich, daß nach §. 9 des Entwurfs der Candidat zwischen der ersten und zweiten Prüfung einen Seminarcursus durchmachen solle. Einen 6wöchigen Seminarcursus, wie ihn die Vorlage beabsichtigt, halte er jedoch für ungenügend. Nach seiner Ansicht müsse der Seminarcursus mindestens ein halbes Jahr dauern und werde er einen dementisprechenden Antrag stellen.

Herr Abgeordneter v. Schwarzk (Cremlingen) hebt hervor, daß er denselben Antrag habe stellen wollen.

Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien trägt Bedenken gegen einen derartigen Antrag. Die Einrichtung des 6wöchigen Curusus habe sich in anderen Ländern als segensreich erwiesen. Daß es segensreicher sein würde, wenn statt eines 6wöchigen Curusus ein halbjähriger verlangt würde, liege auf der Hand. Er wünsche aber nicht, daß den Candidaten unseres Landes schwierigere Bedingungen auferlegt würden, als denen anderer Länder.

Es würde aber auch zu großen Unzuträglichkeiten führen, wenn sämtliche Candidaten ein halbes Jahr ein hiesiges Seminar besuchen würden, da es unmöglich sei, eine große Anzahl von Candidaten in den beiden im Herzogthume bestehenden Seminaren auf längere Zeit unterzubringen. Der Seminardirector sei auch nicht in der Lage sich so lange mit den Candidaten beschäftigen zu können.

Der Herr Abgeordnete Schröter befürwortet die Regierungsvorlage. Die Bedenken des Herrn Consistorialrath Abt Gallentien hätten die Synode veranlaßt den 6 wöchentlichen Cursus nicht abzuändern.

Der Herr Abgeordnete Schulz spricht sich für die Verlängerung des Cursus auf ein halbes Jahr aus. Das Seminar werde aber nur dann jegenzreich wirken, wenn damit eine Uebungsschule verbunden würde.

Der Herr Abgeordnete Leidloff spricht sich in demselben Sinne aus.

Nunmehr beantragte der Herr Abgeordnete Schönermark,

daß in §. 9 Zeile 3, statt „einen 6 wöchigen Seminarcurfus“ gesetzt werde „einen 3 monatlichen Seminarcurfus“.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wurde die Verhandlung abgebrochen.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf Mittwoch, den 23. d. Mts, Morgens 10 Uhr an.

Referendar *v. Damm*,  
protokoll. Secretair.



(Sitzungsbericht 7 und 8.)

## Sitzungsbericht 7.

23. J a n u a r 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung .N. 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch Herrn Abgeordneten Sterl wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 22. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Zunächst verkündete der Herr Präsident der Versammlung den Eingang der Anträge der Commission zur Vorprüfung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung betreffend.

Darauf ging die Versammlung zur Fortsetzung der Berathung über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, über.

Zunächst wurde die Berathung für den Antrag des Herrn Abgeordneten Schönermark

in §. 9 Zeile 3 des Entwurfs statt „einen sechswöchigen Seminarcurfus“ zu setzen „einen dreimonatlichen Seminarcurfus“

wieder aufgenommen.

Abgeordneter Sterl erklärte sich für den Antrag des Herrn Abgeordneten Schönermark. Ein sechswöchiger Seminarcurfus reiche nicht aus. Wenn die Kirche das Recht in Anspruch nehme, über die Schule die Aufsicht zu führen, so müsse sie auch für die erforderliche Ausbildung der Geistlichen Sorge tragen. Er halte einen sechsmonatlichen Curfus für nothwendig.

Abgeordneter Schönermark stimmt dem Vorredner zu und führt aus, daß er nur mit Rücksicht auf die vielen Schwierigkeiten, auf die er aufmerksam gemacht sei, von seiner ursprünglichen Absicht, einen sechsmonatlichen Curfus zu beantragen, abgewichen sei. Er habe daher einen dreimonatlichen Curfus beantragt. Dieses sei aber das Minimum, welches gefordert werden müsse.

Consistorialrath Sallentien bemerkt, er habe principiell gegen die Sache nichts einzuwenden. Er halte einen viertel- oder halbjährigen Curfus für sehr heilsam. Lediglich practische Bedenken veranlaßten ihn gegen den Antrag zu sprechen.

Bisher hätten sich alle Kirchenregierungen mit der Forderung eines sechswöchigen Seminarcurfus begnügt. Mit dem Seminarcurfus solle übrigens die Ausbildung der Candidaten durchaus nicht abgeschlossen sein. Dieselben sollten dadurch zu weiteren Privatstudien angeregt werden.

Ueber das Gelernte hätten sie sich im Examen auszuweisen.

Die Errichtung einer Uebungsschule, welche der Herr Abgeordnete Schulz fordere, sei nicht nothwendig, da als solche die Schulen der Stadt Wolfenbüttel dienten. Die Seminar-directoren seien besonders angewiesen nicht nur für die theoretische, sondern auch für die praktische Ausbildung der Candidaten Sorge zu tragen.

Nedner bittet jetzt weiter keine Schwierigkeiten zu machen. Es sei etwas ganz Neues, was der Antrag bezwecke, so daß man zur Zeit noch nicht übersehen könne, in welcher Weise die Sache durchführbar sei. Gern verspreche er, daß das Consistorium die Frage im Auge behalten, Erfahrungen in Bezug darauf sammeln und danach den Vorschlag in Erwägung ziehen wolle. Er bitte daher, den Antrag nach dieser Richtung hin zu modificiren, etwa in der Weise, daß dem Kirchenregimente zur Erwägung gestellt wird, ob sich die vorgeschriebene Frist nicht verlängern lasse. Am guten Willen solle es nicht fehlen.

Abgeordneter Schröter bittet die Freude, welche Alle an der Vorlage haben, nicht durch weitere Verbesserungsvorschläge zu stören. In Hannover bestehe seit längerer Zeit ein sechswöchiger Curfus und habe sich dort gut bewährt. Derselbe werde sich auch hier als heilsam erweisen.

Abgeordneter Bach hat sich nicht überzeugen können, daß die dem Antrage Schönermark entgegenstehenden Schwierigkeiten so groß sind, als daß man sie nicht überwinden könnte.

Es sei unmöglich, daß der Candidat in 6 Wochen die nöthigen Kenntnisse sammle, welche ihn zur Uebernahme des verantwortlichen Amtes der Schulinpection befähigten. Man beklage oft, daß die Schule versuche, sich von dem Einflusse der Kirche zu emancipiren, man gebe aber selbst ein Recht dazu, wenn man nicht dafür Sorge trage, daß die Geistlichen durch ernste und gewissenhafte Vorbereitung den Lehrern zeigen, daß sie ein Recht haben, die Aufsicht über die Schule zu führen.

Darauf sprach sich der Abgeordnete Guerike für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage, der Abgeordnete v. Gramm für den Antrag Schönermark aus.

Consistorialrath Sallentien betont nochmals, daß es sich zur Zeit noch nicht übersehen lasse, auf welche Schwierigkeiten die Sache stoßen werde. Man möge doch durch diesen einen Punkt die Einführung der ganzen Prüfungsordnung nicht in Frage stellen. Man könne vielleicht betreffs des Curfus sagen: „mindestens sechs Wochen“.

Nunmehr stellte der Herr Abgeordnete von Schwarß (Essen) den eventuellen Antrag,

in §. 9 Abj. 1 vor den Worten „einen sechswöchentlichen Seminarcurfus durchzumachen“ das Wort „mindestens“ einzuschieben.

Der Herr Abgeordnete Schönermark zog darauf in Folge der vom Herrn Consistorialrath Sallentien geltend gemachten practischen Bedenken seinen Antrag zurück, worauf der Antrag des Herrn Abgeordneten v. Schwarß von der Versammlung angenommen wurde.

Hierauf wurden der §. 10, §. 11, §. 12, §. 13 der Reihe nach unverändert angenommen.

Zu §. 14 erklärte der Herr Consistorialrath Sallentien:

Da die Landessynode nicht, wie erwartet, im December v. Jz. ihre Verhandlungen habe zu Ende führen können, zu denselben vielmehr auch der Monat Januar d. J. noch müsse in Anspruch genommen werden, aber noch einige Examina gehalten werden müßten, so sei es wünschenswerth, wenn aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt werde, an Stelle des „1. April 1889“ zu setzen „15. April 1889“.

Der Herr Abgeordnete Eggeling stellte diesen Antrag, welcher von der Versammlung angenommen wurde.

Darauf gelangten der §. 14, §. 15 und der Schluß und darauf der ganze Entwurf in seiner jetzt gewonnenen Gestalt zur Annahme.

Sodann stellte der Herr Vorsitzende den Entwurf zu einer Instruction für die theologische Prüfungscommission zur Berathung.

Hierzu stellte der Herr Abgeordnete Eggeling namens der Commission für Vorberathung der Prüfungs-Ordnung folgende Anträge:

1) in §. 2 statt der Worte „je um Ostern und Michaelis“ zu sagen „im März und im September“,  
da auf diese Weise dem Candidaten ermöglicht werde, an dem darauf folgenden 1. April resp. 1. October als Einjährig-Freiwilliger einzutreten.

2) im §. 17 Abf. 1 statt der Worte: „die Predigtprobe besteht im Vortrage eines Theiles der eingeliesserten Predigt“ zu sagen: „die Predigtprobe besteht im Vortrage der eingeliesserten Predigt.“

da nach Ansicht der Commission der Vortrag eines Theiles einer Predigt ungenügend sei.

3) im §. 17 Abf. 2 statt der Worte „für die Probekatechisation wird dem Candidaten spätestens Tags vorher die Aufgabe zugestellt“ zu sagen: „Für die Probekatechisation wird dem Candidaten spätestens 3 Tage vorher die Aufgabe zugestellt.“

4) In §. 24 Abf. 1 die letzten beiden Sätze, von den Worten „Wenn dieses“ bis „abzulegen“ zu streichen.

Der erste Antrag wird von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Zu dem zweiten Antrage bemerkt der Herr Consistorialrath Sallentien:

Nur schweren Herzens und nicht etwa, weil die Commission keine Neigung habe, zu viele Predigten anzuhören, habe man sich zu der Bestimmung entschlossen, daß Candidat nur einen Theil der eingeliesserten Predigt vorzutragen habe.

Bisher seien höchstens 3 Candidaten zu gleicher Zeit zum Examen zugelassen. Diese habe man sehr gut an einem Sonntage predigen lassen können. Dieses sei aber jetzt nicht mehr möglich, da sich jetzt zu einem Prüfungstermin eine bedeutend größere Anzahl von Candidaten melden könne.

Er habe aber nichts dagegen einzuwenden, wenn an Stelle des §. 17 Abf. 1 die für das zweite theologische Examen erlassene Bestimmung des §. 24 Abf. 1 gesetzt werde:

„Die eingeliesserte Predigt ist in einem öffentlichen Gemeindegottesdienste zu halten und hat der Candidat dabei auch den liturgischen Theil des Gottesdienstes zu besorgen. Wenn dieses wegen der zu großen Zahl der Candidaten nicht thunlich sein sollte, so kann die Predigtprobe durch Beschluß der Commission auf den Vortrag eines Theiles der Predigt von der Commission beschränkt werden. In diesem Falle ist aber auch eine Probe des liturgischen Vortrages im Singen und Lesen abzulegen.“

Abgeordneter Bach hält es für sehr wohl möglich, daß alle Candidaten eine ganze Predigt halten.

Es sei nicht nöthig, daß alle Candidaten in Wolfenbüttel predigten. Es könnten also zu gleicher Zeit 5 Predigten gehalten haben, von welchen die 5 Mitglieder der Prüfungs-Commission je eine anhörten. Seien noch mehr Candidaten vorhanden, so könne man die Predigten auf mehrere Sonntage vertheilen.

Im gleichen Sinne spricht sich der Herr Abgeordnete v. Gramm aus. Ebenso hält der Abgeordnete v. Schwarzh (Gremlingen) die Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich.

Abgeordneter Leidlöff schlägt vor im §. 17 zu sagen:

besteht im Vortrage der eingeliesserten Predigt oder eines Theils derselben.

Consistorialrath Sallentien bemerkt darauf, daß sich dieser Vorschlag mit dem jeinigen decke.

Wenn man habe vermeiden wollen, daß mehrere Sonntage hintereinander von den Candidaten gepredigt werde, so sei das aus Rücksicht auf die Candidaten geschehen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Commission von der Versammlung angenommen.

Bei der Berathung des dritten Antrages empfiehlt Abg. Leidloff, dem Candidaten die Arbeit für die Probekatechisation sofort nach dem schriftlichen Examen zuzustellen.

Abgeordneter Bach spricht sich dagegen aus, da eine wochenlange Vorbereitung nicht wünschenswerth sei. Dagegen hält er drei Tage für erforderlich.

Consistorialrath Sallentien spricht sich ebenfalls gegen den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Leidloff aus.

Mit dem Commissionsantrage ist er einverstanden.

Dieser wird darauf von der Versammlung angenommen.

Bei der Berathung des vierten Commissionsantrages bemerkt Referent Abgeordneter Eggeling, daß derselbe nur eine Consequenz des zweiten Antrages sei.

Derselbe wird darauf ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird zur Wahl der Commission zur Vorberathung des Gesetz = Entwurfs, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr. geschritten.

Auf Antrag des Herrn Abgeordneten Hamm wird beschlossen, daß die Abstimmung durch Zurfur erfolgen solle, und werden auf diese Weise zu Commissionsmitgliedern gewählt die Herren Abgeordneten Hamm, Langerfeldt, Dehns, Sterl, Schönermark.

Es folgte nunmehr die Berichterstattung des Herrn Abgeordneten Hörmann über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betr.

Referent führt aus, daß durch die Vorlage einem Wunsche entsprochen werde, der von der dritten Synode ausgesprochen sei. Es sei erfreulich, daß endlich eine Einheit geschaffen werden solle. Derselbe erklärt sich im Großen und Ganzen mit der Vorlage vollständig einverstanden. Insbesondere billige die Commission die drei ersten Taufformulare und sei es auch anzuerkennen, daß ein Formular für die Taufe von Erwachsenen geschaffen werde. Schwierig sei es wegen der Confirmationshandlung zu einer Einheit zu gelangen.

Referent befürwortet darauf die von der liturgischen Commission als Anlage 14 zum Protokoll überreichten Anträge. Im Uebrigen empfiehlt derselbe die unveränderte Annahme der Vorlage und wünscht nur einige redactionelle Abänderungen, sowie die Berichtigung verschiedener Druckfehler.

Sodann erklärte Abgeordneter v. Schwarz (Gremlingen), er beabsichtige nur einen einzigen Abänderungsvorschlag.

das Wort „Guch“ in der Segensformel in „Dich“ zu verwandeln

Sollten von der anderen Seite noch mehr Abänderungsvorschläge beabsichtigt werden, so werde er eine zweimalige Lesung der Vorlage beantragen.

Abgeordneter Zerbst erklärt, daß er keine Abänderungsvorschläge beabsichtige, um eine möglichst einheitliche Annahme der Vorlage zu sichern. Er bespricht sodann die Stellung des apostolischen Glaubensbekenntnisses im Taufformular. Er wolle der Auffassung Ausdruck geben, daß die Zugehörigkeit zur Braunschweigischen Landeskirche nicht erfordere, daß man jeden Satz des Apostolicums für unverbrüchliche Wahrheit halte.

Da Redner hieran noch weitere allgemeine Ausführungen anknüpft, macht der Herr Präsident darauf aufmerksam, daß es sich augenblicklich nur darum handele, ob eine zweite Lesung der Vorlage stattfinden solle.

Der Herr Abgeordnete Sterl erklärt, daß er einige Abänderungsanträge bei der Berathung des Confirmationsformulars stellen werde.

Nachdem sodann von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht war, daß ein Verzicht auf die Einbringung von Anträgen, wie ihn der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen) wünsche, unzulässig sei, wird auf Vorschlag des Abgeordneten v. Schwarz die zweimalige Lesung der Vorlage beschlossen.

Vor Beginn der ersten Lesung erklärte der Herr Abgeordnete Hamm, bezugnehmend auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zerbst:

Im Interesse der Beruhigung der Gemüther richte er an die Herzogliche Kirchenregierung die Anfrage, ob dieselbe hinsichtlich der Bedeutung des apostolischen Glaubensbekenntnisses noch auf dem gleichen Standpunkte stehe, welchen der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti auf der 2. ordentlichen Landessynode (in der Sitzung vom 12. December 1876) durch folgende Erklärung:

„Aus der Aufnahme des Apostolicums in die Gottesdienstordnung kann nach Ansicht des Kirchenregiments eine Berechtigung zur Bedrückung der Gewissen nicht abgeleitet werden. Das Bekenntniß ist überhaupt *norma normata*, nicht *normans credendorum*“

dargelegt habe.

Der Herr Consistorialrath Abt Dr. Sallentien bejahte die gestellte Anfrage.

Hiernach wurde die Berathung der Vorlage fortgesetzt.

Zunächst beantragte Referent Abg. Hörmann namens der liturgischen Commission, daß am Schlusse des Taufformulars 2 (Seite 4 Zeile 14 hinter den Worten „zu eigen geben“) „Amen“ hinzugefügt werde.

Consistorialrath Abt Dr. Sallentien führt aus, das Taufformular 1 endige mit einem Gebet. Nicht aber das Formular 2 und 3. Daher sei bei dem ersten am Schlusse „Amen“ hinzugefügt, nicht aber bei dem zweiten und dritten.

Abgeordneter Kothé. Auch er habe geglaubt, daß ein redactioneller Fehler vorliege. Er müsse aber die Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Consistorialrath Sallentien anerkennen.

Referent zieht darauf den Antrag zurück.

Sodann wurde festgestellt, daß es auf Seite 4, Zeile 7 v. u. statt der Worte „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen“ lauten müsse: „Niemand soll dich aus meiner Hand reißen“

Ferner auf Seite 7, Zeile 8 v. o. statt „erinnert wird“ „erinnert werde“.

Es folgte nunmehr die Berathung über den Commissionsantrag N. 1 der Anlage 14: auf S. 7 möge die Anrede an die Gevattern direct gefaßt werden: „Ihr werdet nun diesem Kinde“ . . . . . u. s. w.

Referent Hörmann und Abgeordneter Schröter sprechen sich für directe Rede aus. Abgeordneter Eggeling und Consistorialrath Sallentien wollen die dritte Person beibehalten. Der Antrag wird darauf von der Versammlung abgelehnt.

Hiernach beantragte der Herr Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen), daß auf Seite 7 Zeile 11 v. o., anstatt „der Herr segne Euch und behüte Euch“ gesagt werde: „der Herr segne Dich und behüte Dich.“

Der Abgeordnete v. Schwarz befürwortet die von ihm vorgeeschlagene Fassung, nach welcher die versammelte Gemeinde als ein Ganzes aufgefaßt werde, da dieselbe textgemäß sei. Consistorialrath Sallentien hat gegen den Antrag nichts einzuwenden. Nur der Deutlichkeit wegen sei in der Vorlage „Euch“ gesagt.

Nachdem auch Abgeordneter Skerl den Antrag befürwortet hatte, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung, nach Mittheilung der Tagesordnung auf Donnerstag, den 24. Januar cr., Morgens 10 Uhr, an.

Referendar v. **Damm**,  
protokollführender Secretair.

# Sitzungsbericht 8

v o m 24. J a n u a r 1889.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Herrn Abgeordneten Skerl wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 23. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und die Verathung über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend fortgesetzt.

Zunächst stellte der Herr Vorsitzende fest, daß in Folge der Annahme des Antrages des Herrn Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen), auf Seite 7, Zeile 11 die Worte „der Herr segne Euch und behüte Euch“ in „der Herr segne Dich und behüte Dich“ umzuwandeln, die gleiche Aenderung in Zeile 12 und 13, sowie auch in der auf Seite 8 und 9 vorkommenden Segensformel vorgenommen werden müsse.

Hierauf wurden die Commissionsanträge 2, 3 und 4 der Anl. 14 von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Sodann wurde festgestellt, daß es auf S. 7 Z. 19 v. u. statt „daß“ „das“ lauten, ferner, daß auf S. 10 Z. 1 v. o. das Komma fortfallen müsse.

Ferner wurde auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 10 Z. 4 v. o. das Wort „nachstehenden“ in „folgenden“ umgewandelt.

Auf S. 11 vor Zeile 1 hinzugefügt: „der Geistliche legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“

auf S. 11. Z. 16 v. o. statt „vielmehr“ gesagt „vielmehr ist“, auf S. 11. Z. 6 v. u. statt „das Gut“ „das Gute“.

Sodann wurde von der Versammlung ein Antrag des Herrn Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen):

auf Seite 11 Z. 15 v. u. hinter dem Worte Stirn und hinter dem Worte Brust, gleichwie auf Seite 5 Z. 3 v. o. das Kreuzeszeichen hinzuzufügen, angenommen.

Ferner wurde auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 12 am Ende „Amen“ hinzugefügt.

Auf S. 13 vor Z. 1 die Worte: „Der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“

Hiernach wurde der Commissionsantrag 5 der Anlage 14 auf S. 13 lautet die Antwort auf Frage 1 „Ja (ich glaube)“ statt „Ja“, auf Frage 2 „Ja (das gelobe ich)“

berathen.

Consistorialrath Sallentien führte aus, daß die vorge schlagenen Antworten auf die Fragen nicht passen würden.

Abgeordneter Hörmann: der Antrag sei gestellt, weil die Antwort „ja“ zu kahl sei.

Im gleichen Sinne sprechen sich der Abgeordnete Skerl und Abgeordneter Jeep aus. Letzterer schlägt vor als Antwort auf Frage 1 zu sagen „Ja das glaube und begehre ich.“

Consistorialrath Sallentien erkennt die geltend gemachten Bedenken an, hält jedoch die vorgeschlagenen Fassungen für nicht angemessen.

Abgeordneter Leidloff schlägt als Antwort auf Frage 1 vor:

„Ja, das ist mein Glaube und mein Begehren.“

Abgeordneter Hörmann hält auch diese Fassung für zu künstlich. Derselbe zieht seinen Antrag zurück.

Die Fassung der Vorlage bleibt mithin bestehen.

Darauf wird auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 13 am Ende „Amen“ hinzugefügt. Auf S. 14 vor Z. 1 „der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“

Auf S. 14 Z. 2 v. o. das Wort „Sünde“ in „Sünden“,

auf S. 15 Z. 2 v. o. „bauet“ in „trauet“,

auf S. 15 Z. 18 v. u. „Herrn“ in „Höchsten“ umgewandelt.

Endlich beantragte der Herr Abgeordnete von Schwarzh:

festzustellen, daß sein Antrag, in der Segensformel „Euch“ in „Dich“ umzuwandeln, sich nicht nur auf die 3 ersten Taufformulare, sondern auch auf die auf S. 11, S. 13, S. 14 vorkommenden Segensformeln beziehe,

welchem Antrage die Versammlung zustimmte.

Hiernach wurde zur Berathung der liturgischen Ordnung der Confirmationshandlung geschritten.

Auf S. 17 Z. 8 v. o. werden auf Antrag der liturgischen Commission die Worte „an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage“ in „an einem vorhergehenden Sonn- oder Festtagsnachmittage“ verwandelt.

Sodann wird der fernere Antrag der liturgischen Commission berathen,

auf S. 17 Z. 19 v. o. hinter Confirmationsact einzuschließen:

„bei welchem die Betglocke angeschlagen werden kann.“

Zunächst spricht der Abgeordnete Skerl den Wunsch aus, daß auf S. 17 Z. 19 v. o. statt „Confirmationsact“ gesagt werden möge „Confirmationshandlung“

Consistorialrath Sallentien hat gegen den Commissionsantrag nichts einzuwenden, hält es jedoch für angemessen, daß die Betglocke dann angeschlagen werde, wenn die Kinder das Gelübde ablegen. Es sei daher das Beste, wenn der Antrag zurückgezogen werde und anstatt dessen auf S. 18 Z. 4 hinter den Worten „fährt derselbe fort“ ein Stern hinzugefügt werde und die Fußnote „Während des Gelübdes kann die Betglocke geschlagen werden.“

Abgeordneter Hörmann. Der Einsegnungsact dauere zu lange; 3 oder 9 Schläge würden nicht ausreichen.

Abgeordneter Skerl begrüßt die einheitliche Form mit Freuden, hält es aber nicht für Nothwendig, daß alle Kleinigkeiten bestimmt werden.

Abgeordneter Nothe hat gegen den Commissionsantrag an sich nichts zu erinnern, spricht sich aber in demselben Sinne aus wie Abgeordneter Skerl.

Abgeordneter Schulz. Die Commission habe dem Geistlichen nur Winke geben, keineswegs aber denselben binden wollen, daher sei in dem Antrage gesagt „kann.“ Er halte den Commissionsantrag aufrecht.

Der Referent Abgeordneter Hörmann zog nunmehr den Commissionsantrag zurück und beantragte anstatt dessen

auf S. 18 Z. 4 hinter den Worten „fährt derselbe fort“ einen Stern hinzuzufügen und die Fußnote: „Während des Folgenden oder auch während der Einsegnung kann die Beglocke angeschlagen werden“.

Derselbe bemerkte dabei, daß die an manchen Orten bestehende Sitte, während der Einsegnung mit den Glocken zu läuten, auch fernerhin beibehalten werden könne.

Der Antrag wurde von der Versammlung angenommen.

Sodann wurde der Commissionsantrag 6 der Anl. 14 berathen:

Auf S. 17 wird vor Z. 21 v. o. hinzugefügt „Unsere Hilfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Meine Geliebten in dem Herrn, ihr seht hier diese Söhne und Töchter, welche schon in ihrer Kindheit durch die heilige Taufe unserm Herrn Jesus Christus und Seiner heiligen Kirche eingepflanzt sind, auf daß sie unter christlicher Zucht und Ermahnung als Gottes Pflanzen erwachen und mit Früchten der Gerechtigkeit erfüllt werden möchten. Weil sie nun nach dem Befehle des Herrn in Gottes Wort unterrichtet und zur Erkenntniß Seines Willens und Seines heiligen Evangeliums angeleitet worden sind, so begehren sie ihren christlichen Glauben mit eigenem Munde alldhier zu bekennen und das Taufgelübde selbst über sich zu nehmen, damit sie an dem Sacrament des heiligen Abendmahls Theil haben und als vollständige Glieder der Kirche Christi wandeln können.“

Abgeordneter Schulz: Die vorgeschlagene Fassung sei zu knapp. Die Handlung wende sich jetzt an die Gemeinde und sei es wünschenswerth die verschiedenen liturgischen Stücke in Verbindung zu bringen. Ferner sei es nothwendig, daß die Gemeinde auf die Wichtigkeit der Confirmationshandlung aufmerksam gemacht werde, da augenblicklich die Auffassung der Confirmation lediglich als Familienfest gar zu verbreitet sei.

Die von der Commission vorgeschlagenen Worte fänden sich in vielen Agenden.

Consistorialrath Sallentien hält den Zusatz für unbedenklich; derselbe sei in der Vorlage fortgeblieben um eine gar zu große Länge des Formulars zu vermeiden. Außerdem sei eine Wiederholung zu befürchten, da der Inhalt der vorgeschlagenen Worte häufig in der Predigt werde ausgeführt werden.

Es empfehle sich daher die Fassung:

Auf Seite 17 kann hinzugefügt werden.

Abgeordneter Nothe stimmt diesen Ausführungen zu.

Der Consistorialrath Sallentien läßt sein letztes Bedenken wieder fallen, da der Satz vorhergehe:

Hierauf leitet der Geistliche zu dem eigentlichen Confirmationsacte etwa in folgender Weise über:

Abgeordneter Eggeling beantragt,

den von der Commission vorgeschlagenen Satz in Klammern zu drucken.

Darauf werden der Commissionsantrag, sowie der Antrag des Abgeordneten Eggeling von der Versammlung angenommen.

Sodann wird der Commissionsantrag 7 der Anlage 14

Auf S. 18 wird zwischen Z. 27 u. 28 v. o. eingeschoben: „Amen. — Der Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der in euch angefangen hat das gute Werk, wolle es durch Seinen heiligen Geist bestätigen und vollführen bis auf den Tag Jesu Christi. Amen.“

Abgeordneter Skerl hält es für das Beste die Vorlage unverändert zu lassen, da die vorgeschlagenen Worte im Gebete wieder vorkommen.



Abgeordnete Hörmann: Nachdem die Fragen an die Confirmanden erledigt seien, habe der Geistliche das Bedürfnis einige Worte an diese zu richten. Ein Wunsch, wie der vorgeeschlagene, liege daher nahe.

Abgeordnete Skerl: Die vorgeeschlagenen Worte bildeten nur eine Unterbrechung der Handlung. Auf die Antworten der Confirmanden müsse sofort die Bestätigung folgen.

Abgeordneter Schröter spricht sich in demselben Sinne aus.

Der Antrag der Commission wird darauf abgelehnt.

Hiernach beantragt der Herr Abgeordnete Skerl:

Die dritte Frage an die Confirmanden, Seite 18, möge lauten: Wollt ihr in solchem Glauben, wie ihn unsere evangelisch-lutherische Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, beständig beharren, die Gnadenmittel dieser Kirche, insonderheit die Predigt und Gottes Wort, das Gebet und das Sacrament des Altars fleißig und gewissenhaft gebrauchen und in dem allen getreu sein bis in den Tod? (so antwortet: . . . .)

Abgeordneter Skerl. Mit den ersten beiden Fragen an die Confirmanden sei er einverstanden. Die dritte bitte er jedoch in Gemäßheit seines Antrages abzuändern. Die Confirmation sei zwar die Bestätigung des Taufbundes, aber sie habe auch einen confessionellen Charakter. Man bestätige die Kinder als Glieder der evangelisch-lutherischen Kirche. Ihr Bekenntnis dürfe daher kein völlig allgemeines sein.

Abgeordneter Zerbst befürwortet diesen Antrag. Man müsse den Strebungen der Secten und der römischen Kirche entgegentreten.

Abgeordneter Schulz giebt zwar den Abgeordneten Skerl und Zerbst der Sache nach recht, hält jedoch die vorgeschlagene Fassung für liturgisch unrichtig. In den kirchlichen Handlungen dürfe der confessionelle Standpunkt nicht hervortreten. Die Kirche handele immer als die allein wahre Kirche, unbefürchtet, in die Confession.

Abgeordneter Skerl bittet die theoretischen Bedenken fallen zu lassen. Wolle man den Standpunkt des Vorredners consequent durchführen, so müsse die Erwähnung der evangelisch-lutherischen Kirche auch in der Bestätigungsformel fortfallen.

Abgeordneter Schulz erwidert darauf, daß dieses auch sein Wunsch gewesen, daß er jedoch damit in der Commission nicht durchgedrungen sei.

Abgeordneter Skerl. Die Väter und Mütter der Confirmanden würden die theoretischen Bedenken des Herrn Abgeordneten Schulz nicht theilen und an der vorgeschlagenen Fassung keinen Anstoß nehmen. Die Inconsequenz der Vorlage, die schließlich auch der Herr Abgeordnete Schulz zugelassen habe, würde vermieden werden, wenn man den Antrag annehme.

Abgeordneter v. Cramm spricht sich für den Antrag aus.

Consistorialrath Sallentien. Er sei dem Antrage des Herrn Abgeordneten Skerl nicht durchaus entgegen. Die Confirmation sei nach alter Auffassung die Bestätigung des Taufbundes. Nach der Taufe sei das Kind in den Unterricht der Particularkirche genommen und bestätige den Bund in dem Sinne, wie er in der Particularkirche gelehrt sei. Dieses trete S. 17 a. E. in den Worten hervor: wollet ihr nun euren Taufbund mit Gott bestätigen, euren christlichen Glauben, in welchen ihr nach der Lehre der evangelisch-lutherischen Kirche unterwiesen seid, öffentlich bekennen . . . .

Es empfehle sich, den Antrag durch eine Commission prüfen zu lassen.

Abgeordneter Skerl hält Letzteres für unnütz, da noch eine zweite Lesung stattfinde. Der Hinweis auf die Unterweisung in der Lehre der evangelisch-lutherischen Kirche sei nicht ausreichend wegen der vorausgehenden Worte: „Der Geistliche leitet zu dem eigentlichen Confirmationsacte etwa in folgender Weise über:“

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl von der Versammlung angenommen.

Ferner beantragt der Herr Abgeordnete Sterl,  
daß die erste Antwort der Confirmanden lauten möge: Ja, das glauben wir.  
die zweite Antwort: Ja, das geloben wir.  
die dritte Antwort: Ja, mit Gottes Hilfe.

Der Antrag wird von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Sodann beantragt der Herr Abgeordnete Eißfeldt:

Hohe Synode wolle beschließen in der Fußnote S. 18 zu sagen:

So fordere ich euch auf alle mit einem Munde euren christlichen Glauben zu bekennen.

Antragsteller führt aus, daß es nicht empfehlenswerth sei, wenn ein Kind allein das apostolische Glaubensbekenntniß spreche. Der Stolz des Kindes werde dadurch in unangemessener Weise erregt. Es werde auch die Kindesseele dadurch in dieser besonders heiligen Stunde gestört.

Abgeordneter Bach hält diese Bedenken für berechtigt. Es müsse jedoch in den einzelnen Gemeinden die bestehende Sitte erhalten bleiben. Alle Confirmanden gemeinsam würden das apostolische Glaubensbekenntniß nicht in würdiger Weise vortragen können.

Abgeordneter v. Schwarzk (Cremlingen) will die Lösung dieser Frage den einzelnen Gemeinden überlassen.

Abgeordneter Schönermark spricht sich in demselben Sinne aus.

Abgeordneter Eißfeldt fügte darauf seinem Antrage die Worte hinzu:

oder zu sagen: einer oder mehrere Knaben sprechen das apostolische Glaubensbekenntniß.

In dieser Fassung wird der Antrag angenommen.

Hierauf wurde ein Antrag des Herrn Abgeordneten Sterl:

in die eigentliche Confirmationsformel möge in Zeile 4 von oben hinter den Worten „bestätige euch als Glieder unserer evangelisch-lutherischen Kirche“ der Zusatz gemacht werden: „und wie ihr damit alle Verpflichtungen derselben übernehmt, so . . . .“

von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Sodann ist der Commissionsantrag 8 der Anlage 14:

S. 19 oben wird das „Lasset uns beten“ erweitert in „Lasset uns nun zur Stärkung und Kräftigung dieser Kinder im rechten Glauben und wahrhaftiger Gottseligkeit den Beistand des allmächtigen Gottes anrufen und also für sie beten:“ und zu gleicher Zeit ein Antrag des Herrn Abgeordneten Sterl:

der auf Seite 19 befindliche Stern und die dazu gehörige Anmerkung:

„Hiernach kann auch noch eine kurze Ansprache gehalten werden, in welcher die Kinder dem Gebet und der Fürsorge der Gemeinde empfohlen werden“ werde hinter das eingebesserte Amen am Schlusse der Seite 18 versetzt, berathen.

Abgeordneter Sterl. Nachdem die Kinder in die Gemeinschaft aufgenommen seien, schließe sich passend eine kurze Ansprache an.

Abgeordneter Schulz. Die Anrede, welche der Herr Abgeordnete Sterl wünsche, würde an dieser Stelle stören. Dagegen empfehle es sich, die von der Commission beantragten Worte einzuschließen um die hohe Wichtigkeit des folgenden Acts hervorzuheben.

Abgeordneter Sterl. Mit der Bestätigung sei der eigentliche Confirmationsact zu Ende. Jetzt müßten die jungen Glieder der Gemeinde den alten übergeben werden. Hierauf könnten dann die von der Commission vorgeschlagenen Worte folgen.

Abgeordneter Rothe bestreitet, daß mit der Bestätigung die Confirmation zu Ende sei. Das Fürbittegebet sei das letzte und vielleicht das wichtigste Stück derselben. Dasselbe dürfe von dem Bestätigungsact nicht abgerissen werden.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Abgeordneten Skerl von der Versammlung abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Hierauf wird auf Antrag der liturgischen Commission auf S. 19 Z. 11 v. o. „möge“ in „mögen“ umgewandelt.

Hiernächst wurde der Antrag 9 der Commission:

auf S. 19 wird nach Z. 19 v. o. folgende Bemerkung eingeschoben „(Während dieses Gebetes kann der Geistliche segnend seine rechte Hand über die Confirmanden ausstrecken, entweder am Altare stehend, oder zwischen ihnen hindurchschreitend. Wo die Zahl der Confirmanden es zuläßt, kann dabei jedem einzelnen die Hand aufs Haupt gelegt werden)“ beraten.

Gleichzeitig auch ein Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl:

Oben auf Seite 19 werde fortgesetzt: „Darnach folgt die Einsegnung der Kinder etwa mit folgendem Gebete:“

Abgeordneter Hörmann. Der Commissionsantrag sei gestellt, weil es wünschenswerth sei, daß der Charakter als Einsegnungsgebet besonders hervortrete.

Abgeordneter Skerl. So sehr er mit dem vorgeschlagenen Gebete einverstanden sei, so halte er es doch nicht für richtig den Geistlichen an den Wortlaut desselben zu binden. Es sei nicht möglich in so feierlicher Stunde ein auswendig gelerntes Gebet wörtlich herzujaßen. Während des Segens aber das Gebetbuch in der Hand zu halten sei unliturgisch. Es liege auch kein Grund vor dem Geistlichen jede Aenderung des Gebetes zu verbieten. So sei es in der Stadt Braunschweig Sitte und würde er dieselbe gern beibehalten, die Worte einzuschließen:

„Nehmet hin den heiligen Geist“ u. s. w.

Abgeordneter Rothe hält das Bedenken, daß der Geistliche während des Segens das Gebetbuch nicht in der Hand halten dürfe, für ungegründet.

Dagegen sei es fraglich ob dann, wenn der Geistliche segnend zwischen den Confirmanden hindurchschreite, das Gebet wegen seiner Kürze ausreiche. Troßdem dürfe dem Geistlichen nicht gestattet werden das Gebet abzuändern, da bei der Einsegnung der Subjectivität keine Rechnung getragen werden dürfe. Diese sei bei liturgischen Formen ausgeschlossen. Insbesondere müsse aber verhindert werden, daß bei der Einsegnung der Confirmanden in sentimentaler Weise gebetet werde, wie es früher vielfach Sitte gewesen sei. Er bitte daher den Antrag des Herrn Abgeordneten Skerl abzulehnen.

Conistorialrath Sallentien kann die Wünsche des Herrn Abgeordneten Skerl nicht befürworten. Die Confirmation bestehe wesentlich in der Einsegnung. Es sei nun ein schöner Brauch den Segen durch das Symbol der Handauslegung jedem einzelnen Kinde zu geben. Es sei jedoch nicht durchzuführen, daß der Segen jedem einzelnen Kinde mit einem besonderen Spruche gegeben werde. Insbesondere sei das nicht möglich in der Stadt Braunschweig. Es solle dem Geistlichen unbenommen bleiben, damit der Segen besser zum Bewußtsein komme, segnend die Hand auszustrecken. Es sei auch nichts dagegen einzuwenden, daß dort, wo es die localen Verhältnisse gestatten, der Geistliche zwischen den Kindern hindurchschreite. Eins müsse jedoch fortfallen: daß sich der Geistliche bei dem Gebet zwischen den enggedrängten Reihen der Kinder hindurchdrängt. So gut dieses gemeint sei, so sei es doch im höchsten Grade unerbaulich. Da es nun dem einzelnen Geistlichen sehr schwer falle, in dieser Beziehung Aenderungen einzuführen, so sei es wünschenswerth, daß dieses durch die Vorlage abgeändert werde. Aber auch dort, wo so viel Platz sei, daß der Geistliche zwischen den Kindern hindurchschreiten kann, entstehe doch das Bedenken, ob das Formular ausreiche. Er habe nun nichts dagegen einzuwenden, wenn ein passendes längeres Gebet vorgeschlagen würde. Er weitern dürfe jedoch der Geistliche das Gebet nicht. Bei einem kirchlichen Acte sei Subjectivität nicht am Platze. Es sei zu fürchten, daß dann Gebete sentimentaler Art gebraucht würden.

Die Formel „Nehmet hin den heiligen Geist“ ic., welche der Herr Abgeordnete Skerl vermisste, finde sich zuerst in der der katholischen Kirche nahestehenden hessischen Kirchenordnung und liege derselben ein katholischer Gedanke zu Grunde. Wenn nun auch aus der Einführung derselben keine ernstlichen Gefahren entstehen würden, so könne sie doch aus dem angeführten Grunde nicht empfohlen werden.

Nachdem darauf der Abgeordnete Skerl nochmals seinen Antrag vertheidigt hatte, wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Abgeordneten Skerl wird von der Versammlung abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Endlich wurde darüber verhandelt, ob der auf S. 20 zwischen Z. 13 u. 14 v. o. befindliche Strich an dieser Stelle stehen bleiben oder ob er auf S. 19 zwischen Z. 28 u. 29 v. o. gesetzt werden, oder ob derselbe ganz fortfallen solle. Eine Abstimmung erklärt der Herr Vorsitzende für nicht erforderlich.

Nachdem sodann noch die an Se. Königliche Hoheit, den Regenten, zu richtenden Schreiben über erledigte Gegenstände,

- a. Entwurf zu einem Kirchengesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betr.,
- b. Entwurf zu einem Kirchengesetz, Abänderung der Geschäftsordnung für die Landessynode und deren Ausschuss betr.
- c. betr. ein Ersuchen um Beseitigung der bei dem Wahlverfahren vorgekommenen Ordnungswidrigkeiten

verlesen und genehmigt waren, schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und be-  
raumte die nächste Sitzung, nach Mittheilung der Tagesordnung, auf Freitag, den 25. Januar 1889, Morgens 10 Uhr an.

Referendar v. **Damm**,  
protokollführender Secretair.

# Sitzungsbericht 9.

25. Januar 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung Nr. 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Wortes aus der heiligen Schrift durch den Herrn Abgeordneten Skerl wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 24. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Sodann stellte der Herr Abgeordnete Skerl den Antrag:

Hoch Synode wolle an die Herzogliche Kirchenregierung das ergebene Ersuchen richten, dieselbe möge die Landessynode thunlichst noch in dieser Sitzungsperiode zu verfassungsmäßiger Mitwirkung bei der authentischen Interpretation des §. 1 des Gesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, heranziehen.

Die Interpretation selbst aber möge in der Richtung erfolgen:

durch die Worte am Schlusse des §. 1 des gedachten Gesetzes: „ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen“, sollen die früheren gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf das Geschlossensein der Charwoche für Trauungen aufgehoben sein, und soll vielmehr, wenn die bürgerliche Eheschließung in der stillen Woche sich nicht hat verhindern lassen, die kirchliche Trauung dann gleichfalls in der stillen Woche vorgenommen werden.“

Abgeordneter Skerl. Die Gründe für meinen Antrag habe er bereits in der Sitzung vom 22. d. Mts. dargelegt. Er habe damals den Wunsch ausgesprochen, daß Trauungen in der stillen Woche nicht zugelassen werden möchten. Er habe sich jedoch inzwischen überzeugt, daß es dem Sinne des Gesetzes entspreche die Trauung unter allen Umständen unmittelbar auf die bürgerliche Eheschließung folgen zu lassen, also auch in der Charwoche. Er empfehle aus diesem Grunde eine authentische Interpretation nach dieser Richtung hin vorzunehmen.

Der Antrag des Abgeordneten Skerl wurde genügend unterstützt und die sofortige Verathung desselben von der Versammlung beschloffen.

## Sitzungsbericht 9.

Abgeordneter Jeep ist mit dem Antrage einverstanden. Er betont jedoch, daß am Charfreitag Trauungen unter keinen Umständen erlaubt werden dürften.

Als Abgeordneter Sferl darauf bemerkt, daß am Charfreitage Trauungen nicht vorkommen könnten, weil an diesem Tage die Standesämter geschlossen seien, wird er von den Abgeordneten Jeep, Langerfeldt und von Schwarz (Gremlingen) darauf aufmerksam gemacht, daß am Charfreitag allerdings in der Stadt Braunschweig das Standesamt geschlossen sei, daß aber auf dem Lande am Charfreitage sehr wohl Trauungen vorkommen könnten.

Consistorialrath Sallentien. Der Absicht des Abgeordneten Jeep in der stillen Woche zwar Trauungen zu erlauben, am Charfreitage aber zu verbieten, werde sich im Wege der authentischen Interpretation nicht erreichen lassen.

Abgeordneter von Schwarz (Gremlingen) stellt darauf den Antrag,

Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, eine Revision der Bestimmungen über die geschlossene Zeit herbeizuführen.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und die sofortige Berathung desselben beschlossen.

Die Abstimmung erfolgte zunächst über den Antrag des Abgeordneten von Schwarz, als den weitergehenden.

Derjelbe wurde von der Versammlung angenommen und damit der Antrag des Herrn Abgeordneten Sferl hinfällig.

Hiernächst stellte der Herr Abgeordnete Bach den Antrag:

„Hohe Synode ersucht Herzogl. Kirchenregierung in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Erweiterung der Verwendungszwecke des Kirchenvermögens nach der Richtung hin thunlich sei, daß dasselbe da, wo es dazu ausreicht, auch zu Zwecken der Förderung des christlichen Lebens innerhalb der betreffenden Gemeinden verwandt werden darf, und eventuell der nächsten ordentlichen Landessynode einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen.“

Zur Begründung seines Antrages führt Abgeordneter Bach aus: Nach den bestehenden Bestimmungen dürfe kirchliches Vermögen nur zu Kirchenbauten und Culturzwecken verwandt werden. Nun sei aber auch zur Pflege und Förderung des religiösen Lebens Geld, und zwar viel Geld, nöthig

Hierzu könne man in reichen Gemeinden die Ueberschüsse des Kirchenvermögens verwenden. In dieser Richtung empfehle sich die Vertheilung von Traubibeln, die Einrichtung von Sonntagsschulen, von Gemeindegeldconferenzen u. dergl. Die Durchführung seines Vorschlages würde allerdings eine eingreifende Aenderung der bestehenden Bestimmungen herbeiführen. Es würden dadurch die §§. 216 und 217 der neuen Landschaftsordnung betroffen und müßten daher auch die Landstände ihre Zustimmung geben. Es sei aber nothwendig, daß die angeregte Frage in Erwägung gezogen werde.

Der Antrag des Abgeordneten Bach wurde genügend unterstützt und die Ueberweisung desselben an die kirchenrechtliche Commission von der Versammlung beschlossen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst das Gesetz, betreffend die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation berathen.

Der Titel und Eingang des Gesetzes, sowie der §. 1 desselben werden ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Bei der Berathung des §. 2 stellt Abgeordneter v. Schwarz (Gremlingen) die Anfrage, ob es möglich sei, daß das Gesetz schon am 1. April 1889, wie die Regierungsvorlage vorschlägt, eingeführt werde.

Consistorialrath Sallentien. Da sich die Verhandlungen der Synode länger, als erwartet, hinausgezögert hätten, sei dieses zweifelhaft. Er hoffe jedoch, daß es möglich sei.

Es hänge wesentlich von der Schnelligkeit der zweiten Lesung ab. Am besten sei es, wenn aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt würde:

Hoch Synode wolle dem §. 2 des Gesetzes folgende Fassung geben:

„Der Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation wird im Verordnungswege festgesetzt.“

Abgeordneter von Schwarz (Cremlingen) stellte diesen Antrag, welcher von der Versammlung angenommen wurde. Hiernach wird der §. 3 und der Schluß des Gesetzes, sowie das ganze Gesetz in seiner jetzt gewonnenen Gestalt von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Es folgte nunmehr die Berichterstattung des Herrn Abgeordneten Rhamm über den Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung.

Derselbe befürwortet die Annahme des Gesetzes mit den von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen und begründete diesen Vorschlag folgendermaßen:

Da durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, betreffend die Beurkundung des Personenstandes, die staatliche Nothigung zur Taufe und kirchlichen Trauung fortgefallen sei, so müsse jetzt die Kirche mit eigenen Mitteln ihre Mitwirkung bei der Regelung des Familienlebens erzwingen. Es sei durchaus billig, daß die Ausübung der kirchlichen Rechte von der Erfüllung der einfachsten kirchlichen Pflichten abhängig gemacht werde.

Dieser Grundgedanke finde sich zum Theil bereits in dem Gesetze Nr. 52 von 1851 §. 9 angedeutet.

Neuerdings seien in den meisten deutschen Staaten Gesetze von ähnlichem Inhalt wie der vorgeschlagene Gesetzentwurf erlassen. Der Entwurf stimme fast wörtlich mit dem Gesetze für die altpreussischen Provinzen von 1880 überein.

Die Frage, ob ein derartiges Gesetz für das Herzogthum Braunschweig ein Bedürfnis sei, könne allerdings nur bedingt bejaht werden. Nach den der Synode überreichten statistischen Zusammenstellungen sei der Procentatz der nicht Getauften und nicht kirchlich Getrauten auf dem Lande und in den kleineren Städten ein sehr geringer. Anders verhalte sich dieses aber in der Stadt Braunschweig.

Hier sei es indessen fraglich, ob ein nennenswerther Fortschritt erreicht werden könne.

Das Recht, derartige Mittel, wie die vorgeschlagenen, anzuwenden, könne der Kirche nicht bestritten werden. Eine jede Corporation bestrafe die Uebertretung ihrer Satzungen. Die Kirche sei nun eine öffentlich rechtliche Corporation von der höchsten Bedeutung. Sie müsse daher auch die Mißachtung ihrer Satzungen bestrafen können.

Die Inspectionssynoden hätten sich sämmtlich für den Erlaß eines derartigen Gesetzes ausgesprochen.

Wenn nicht bereits früher ein derartiges Gesetz erlassen sei, so liege das nicht daran, weil principielle Bedenken dagegen obgewaltet hätten, sondern man habe erst die anderwärts gemachten Erfahrungen abwarten wollen.

Diese Erfahrungen seien nun im höchsten Grade günstig.

Aus den über den Erfolg dieser Gesetze veröffentlichten Berichten gehe hervor, daß durch dieselben das Gemeindebewußtsein gekräftigt und das Ansehen der Kirchenvorstände gestiegen sei.

Ein derartiger Versuch dürfe also nicht von vorn herein abgeschnitten werden. Referent bittet an das Gesetz ohne Voreingenommenheit heranzugehen.

Was die Commissionsanträge betreffe, so behalte sich Referent vor, dieselben bei der Berathung der einzelnen Gesetzes-Paragraphen zu begründen.

Auf Antrag des Herrn Abgeordneten Sterl beschließt sodann die Versammlung, daß der besonderen Verathung eine allgemeine vorhergehe.

Zunächst ergreift das Wort der Abgeordnete Schönermark.

Er hätte lieber gesehen, daß keine allgemeine Verathung stattfinde. Da dieselbe jedoch beschlossen sei, könne er nicht umhin einige Worte zu sprechen.

Das Gesetz habe für viele Kirchenmitglieder etwas peinliches und werde nicht mit sehr liebenden Augen angesehen, denn es spiele hinein in das Gebiet der Kirchengucht, von der man im Allgemeinen in der evangelischen Kirche nichts wissen möchte. Dieses Vorurtheil müsse jedoch beseitigt werden. So lange die Kirche bestanden, habe es auch Kirchengucht und Kirchendisziplin gegeben. Diese sei auf kirchlichem Gebiete ebenso nöthig, wie auf jedem anderen. Auch im bürgerlichen Leben suche jede Gemeinschaft ihre Mitglieder durch Strafen zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten. Die Kirche würde geradezu ihr Todesurtheil unterschreiben, wenn sie auf das Recht, auf die einzelnen Glieder disciplinariisch einzuwirken, verzichteten wolle.

Es sei häufig gesagt worden, man müsse etwas thun dem Wachsthum der katholischen Kirche gegenüber; wenn man aber der Ausübung aller kirchlichen Zucht und Disciplin entsagen wolle, so würde man damit geradezu der katholischen Kirche das Schwert in die Hand liefern, denn diese sehe nichts lieber, als daß es bei uns möglichst unordentlich zugehe. In der katholischen Kirche sei das Vorurtheil sehr verbreitet, wir seien eine Gemeinschaft derer, die lehren und glauben, was sie wollen. Diesem Vorurtheile müsse entgegen gearbeitet werden. Er hoffe daher, daß das Gesetz von der Synode freundlich aufgenommen werde.

Abgeordneter Keuncke hält es für unnöthig und unzweckmäßig mit solchen Mitteln vorzugehen, wie sie der Entwurf vorschlage.

Die kirchlichen Zustände hätten sich nicht verschlechtert, sondern verbessert. Man solle sich hüten zu so scharfen Mittel zu greifen. Dadurch erreiche man in vielen Fällen gerade das Gegentheil. Wenn anderwärts mit derartigen Gesetzen gute Resultate erreicht seien, so möchten dort vielleicht andere Verhältnisse herrschen.

Er habe schließlich in der Commission im Principe nachgelassen und habe sich mit dem Gesetze theilweise einverstanden erklärt. Er könne aber nicht allen Bestimmungen desselben zustimmen. Insbesondere nicht der Bestimmung des §. 12, wonach die Zurückweisung vom heiligen Abendmahle zulässig sei. Wenn sich jemand, der der Kirche entfremdet sei, derselben wieder nähren wolle, so müsse man ihm entgegenkommen.

Mit den Commissionsanträgen sei er im Allgemeinen einverstanden.

Abgeordneter Sterl. Er müsse sich von seinem Standpunkt aus gegen das ganze Gesetz erklären und bitte dasselbe abzulehnen. Der vom Herrn Abgeordneten Rhamm angestellte Vergleich der Kirche mit einem weltlichen Verein möge juristisch richtig sein, vom Standpunkte des kirchlichen Bewußtseins aus könne er ihn nicht für richtig halten. Die Kirche liege auf ganz anderem Gebiete. Dieselbe sei eine Nothwendigkeit. Sie brauche nicht mit einem Schirm und Schutz umgeben zu sein, wie ein weltlicher Verein. Der Abgeordnete Schönermark sei noch weiter gegangen und habe gesagt, wenn die Kirche solche Gesetze nicht annähme, so spräche sie selbst ihr Todesurtheil. Man habe aber nun eben vom Abgeordneten Rhamm gehört, wie ganz jungen Datums diese ganze derartige Gesetzgebung noch ist, man brauche sich deshalb durch solche Uebertreibungen nicht ängstlich machen zu lassen. Wenn man ein Gesetz erlassen wolle, so müsse dafür eine innere Nothwendigkeit vorliegen. Diese sei aber nicht vorhanden. Die Inspectionssynoden hätten zum Beweise ihrer Gutachten in dieser Frage gar kein Material beigebracht. Der Consistorialbericht spreche eher gegen, als für das Gesetz.

Wenn in derartigen Berichten angegeben werde, daß eine Anzahl Paare nicht kirchlich getraut oder eine Anzahl Kinder nicht getauft oder confirmirt seien, so spreche das durchaus



nicht für die Zweckmäßigkeit des Gesetzes. Die Nothwendigkeit desselben werde nur erwiesen, wenn festgestellt werde, daß eine große Anzahl nicht Getaufte, Confirmirter oder nicht kirchlich Getraute sich zu den kirchlichen Wahlen oder zur Taufpathenschaft zugedrängt hätten. Sollte dieses festgestellt werden, so würde man manche Bedenken, die man gegen das Gesetz habe, fallen lassen müssen. Es sei dieses aber durchaus nicht zu befürchten und sei das Gesetz practisch ohne jede Bedeutung.

Was die Ausführung des Gesetzes betreffe, so möge dieselbe ja auf dem Lande leichter sein. In der Stadt Braunschweig dagegen sei dasselbe gar nicht auszuführen.

Er komme oft in die Lage, an einem Sonntage bis zu fünfzehn Taufen mit bis zu je acht Gevattern vornehmen zu müssen, solle er nun nach Annahme dieses Gesetzes jeden Einzelnen fragen: Hast du dich auch taufen, confirmiren und trauen lassen? und wenn er nun belogen werde, was solle er dann machen.

Unrichtig sei es, wenn man unsere Kirche mit der katholischen Kirche vergleiche. Diese sei eine gesetzgebende Kirche und wende selbst gewaltsame Mittel an, um ihre Glieder zusammenzuhalten. Die evangelische Kirche dagegen brauche keine Zwangsmittel. Ihr Zuchtmittel ist das Wort, ihr Hilfsmittel das Gebet. Es sei nicht zufällig, daß die evangelische Kirche den Gedanken einer Kirchenzucht mehr und mehr aufgegeben habe.

Es sei durchaus nicht zu billigen, daß nach dem Entwurfe den armen Verführten sogar die Fürbitte entzogen werden solle.

Durch das Gesetz werde eine Verwirrung der Gewissen eintreten, da durch dasselbe rein menschliche Einrichtungen, wie Trauung und Confirmation, mit dem Sacramente der heiligen Taufe auf eine Stufe gestellt werden, während andere wichtigere Dinge, wie der Besuch des Gottesdienstes und Theilnahme am Sacramente des Altars, vom Gesetze nicht berücksichtigt würden.

Es könne vorkommen, daß Jemand aus rein äußerlichen Gründen die kirchliche Trauung unterlassen habe, er führe aber sonst ein gottseliges Leben und erziehe seine Kinder in aller Gottessucht. Der solle durch das Gesetz getroffen werden. In derselben Gemeinde lebe vielleicht ein Säufer, der Weib und Kinder mißhandle, den solle man dagegen zum Gevatter zulassen. In diesen und ähnlichen Fällen werde doch die Gemeinde sagen, daß sei ein himmel-schreiendes Unrecht.

Wenn man das Rechtsgefühl in den Gemeinden aufrecht erhalten wolle, so werde man auf dem betretenen Wege weiter fortschreiten und noch weitere Maßregeln fordern müssen. Redner bittet nochmals, das Gesetz abzulehnen.

Abgeordneter Bach kann sich den Bedenken des Abgeordneten Skerl gegen das Gesetz nicht anschließen. Man müsse unterscheiden zwischen den Leuten, die aus Ueberzeugung die Taufe, Confirmation und kirchliche Trauung verschmähen und solchen Leuten, welche die Kirche verhöhn wollen. Ersteren sei die Entziehung der kirchlichen Rechte gleichgültig. Letzteren dagegen müßten die kirchlichen Rechte entzogen werden nach dem Grundsatz: Wer verhöhnt, soll nicht geehrt werden.

Dagegen sei er durchaus gegen die im §. 12 vorgesehene Ausschließung vom Abendmahl. Man müsse denen, welche wieder eine Anknüpfung suchen, entgegenkommen.

Was die Aeußerung des Abgeordneten Keunecke betreffe, man solle nicht zu schroffen Mitteln greifen, so könne man doch die vorgeschlagenen Mittel unmöglich schroff nennen.

Das Beispiel des Abgeordneten Skerl von dem gottesfürchtigen Manne, der sich nicht habe kirchlich trauen lassen, sei verfehlt, da ein frommer Mann den Ermahnungen des Geistlichen, seine kirchlichen Pflichten zu erfüllen, Folge leisten werde. Es sei auch nicht zu befürchten, daß später eine weitere Verschärfung der kirchlichen Zuchtmittel eintreten werde, da wegen derselben die Synode gefragt werden müsse und diese ihre Zustimmung verweigern könne.

Abgeordneter Giffel dt. Abgeordneter Sterl habe den finsternen Schatten der römischen Hierarchie und Kirchenzucht heraufbeschworen. Die Schatten seien häufig den Fortschritten, die man in unserer Kirche beabsichtigt habe, im Wege gewesen. So z. B. der Einführung des Diaconissenwesens. Jetzt habe man erkannt, daß dieses und die barmherzigen Schwestern der katholischen Kirche zwei durchaus verschiedene Einrichtungen seien.

So sei auch die Kirchenzucht der katholischen Kirche eine ganz andere, als die Kirchenzucht der evangelischen Kirche.

Man müsse unterscheiden zwischen einer positiven und negativen Kirchenzucht. Erstere sei sehr bedenklich, auf die zweite dagegen könne die Kirche nicht verzichten. Die Kirche habe bereits in den ältesten Zeiten eine Kirchenzucht ausgeübt. So ermahne Paulus in dem ersten Corinthherbriefe die Corinthen an die von ihnen unterlassene Verpflichtung.

Es könne die kirchliche Unwürdigkeit so offen vorliegen, daß die Kirche ein Unrecht begehen würde, wenn sie den Unwürdigen zum Abendmahl zulassen und ihm so das Gewissen noch mehr verhärten würde. Einen derart Unwürdigen dürfe man aber auch kein kirchliches Amt anvertrauen.

Dem bußfertigen Sünder solle allerdings eine Brücke gebaut werden. Dieses wolle das Gesetz nicht verhindern. Dasselbe wolle durchaus keine Härte ausüben. Dasselbe beabsichtige nur die Schonung des Gewissens.

Redner bittet dem Gesetz zuzustimmen.

Abgeordneter Pockels. Da die Landeskirche insgesammt ins Auge zu fassen sei, so sei er für die Vorlage mit den von der Commission vorgeschlagenen Abänderungen. Er habe indeß auch die Ueberzeugung, daß die Vorlage, wenn sie Gesetz werden sollte, für die Stadt Braunschweig ein todter Buchstaben bleiben werde.

Es liege das in der eigenthümlichen Bevölkerungsbewegung unserer Stadt, die es geradezu unmöglich mache, daß die Kirche und deren einzelne Organe eine Controle darüber führen könnten, ob das einzelne in Betracht kommende Kirchenglied seine Pflichten verletzt habe. Zum Beweise wolle er folgende Zahlen über die Bevölkerungsbewegung in der Stadt Braunschweig im Jahre 1886 mittheilen. In diesem Jahre habe die Zahl der von auswärts Zugezogenen 15 849 betragen, der von hier Verzogenen 13 894, im Laufe des Jahres wechselten in der Stadt Braunschweig ihre Wohnung und zogen damit meist in einen anderen Pfarrbezirk 6802 Familien und 18024 alleinstehende Personen. Bei einer solchen Bevölkerungsbewegung sei doch eine Controle über den Einzelnen vollständig unmöglich.

Abgeordneter Schönermark. Er sei vom Abgeordneten Sterl mißverstanden. Er habe nicht gesagt, die Kirche würde einen Selbstmord begehen, wenn sie dieses Gesetz nicht erlasse, sondern wenn sie auf Kirchenzucht verzichte. Derselbe verweist betreffs der Kirchenzucht auf den Apostel Paulus und auf Matth. 18.

Abgeordneter Eggeling stimmt den Ausführungen des Abgeordneten Sterl aus vollster Ueberzeugung zu, er werde auch gegen das Gesetz stimmen. Wenn die Entwicklung bei diesem Gesetze, wie es nach den Widerungsvorschlägen der Commission aussehe, stehen bliebe, wer würde dann gegen ein so kleines Gesetz sprechen. Dasselbe enthalte nicht viel mehr, als wozu auch die bisherigen Bestimmungen den Geistlichen berechtigten. Dieses könne aber nur der Anfang sein. In der Instruction des preussischen Oberkirchenraths werde dieses ausdrücklich ausgesprochen. Einer derartigen Bewegung könne man anfangs ein „nein“ entgegensetzen. Habe sie aber einmal angefangen, so sei es logisch nothwendig, daß sie fortgehe und auch die Widerwilligen würden mit der Fluth fortgerissen werden. Denn wenn derjenige, welcher die Taufe verschmähe, unter die Kirchenzucht falle, dann müsse auch der gestraft werden, welcher das Abendmahl verschmähe. Davon, daß eine derartige Verschmähung bestraft werden solle, sei aber in der Schrift nichts gesagt.

Das Evangelium Christi gehe darauf hinaus, daß das Böse mit Gutem vergolten werden solle und daß die Sünde der Welt überwunden werde nicht mit dem Stab „Wehe“ des Gesetzes, sondern mit Thränen und der Liebe, in der unser Herr Jesus Christus lebendig geworden ist. Im Jahre 1775 sei in der Landeskirche die bis dahin bestehende Kirchenzucht abgeschafft. Es liege kein Grund vor, dieselbe jetzt wieder einzuführen.

Abgeordneter Eimcke führt aus, daß man durch Güte mehr erreichen werde, als durch Strafen. Vom heiligen Abendmahl dürfe niemand zurückgewiesen werden.

Abgeordneter Jeep führt als Material für die Nothwendigkeit des Gesetzes einige Fälle an, die ihm vorgekommen seien und bemerkt dabei, daß der einzelne Geistliche naturgemäß immer nur wenige derartige Fälle vorzubringen in der Lage sein werde.

In seiner früheren Gemeinde Harzburg habe kurz nach Erlaß des Gesetzes, betreffend die Beurkundung des Personenstandes ein Mann eine übel beleumundete Person geheirathet. Derselbe habe die kirchliche Trauung verschmäht, auch gelästert und sich damit gebrüstet, daß er der Erste nicht kirchlich Getraute sei.

Sein kurz darauf geborenes Kind habe er zur Taufe und sich selbst zur Gevatterchaft gemeldet. Redner habe ihn darauf von der Gevatterchaft zurückgewiesen und dafür nach den jetzt geltenden Bestimmungen einen scharfen Verweis bekommen.

Jetzt sei er in einer Gemeinde, in welcher die Katholiken versuchten, einen Keil einzuschieben.

Hier käme es nun vor, daß sich Männer, die ihre Kinder katholisch erziehen lassen, zur Gevatterchaft meldeten. Nach den gemachten Erfahrungen könne er dieselben nicht zurückweisen, trotzdem sich sein evangelisches Gefühl dagegen aufbäume.

Abgeordneter Schröter betont die Nothwendigkeit, sich nicht nur der katholischen Kirche, sondern auch der Secten zu erwehren, die gerade in der Stadt Braunschweig der Kirche die besten Elemente entrißen. Es sei richtig, daß das neue Testament das Gebot der Liebe predige. Wenn aber die Mittel der Fürbitte und des Zuspruches erschöpft seien, so dulde die rechte Liebe nicht das weiter Schreiten auf dem falschen Wege.

Nach der Apostel Lehre sei die Kirche ein Leib. Ein krankes Glied solle abgezeichnet werden, um das Leben des ganzen Leibes zu retten. Dieses habe man verkannt.

Sowohl in Math. 18, als auch im 1. Briefe an die Corinthier werde die Kirchenzucht gefordert.

Das Bild des Verächters der kirchlichen Trauung habe Abgeordneter Skerl zu rosig gemalt. Nach den Vorschriften der Vorlage werde derselbe gemahnt werden, gedrängt werden, wenn er sich dann trotzdem nicht trauen lassen wolle, so gehe er trotzig von dannen.

Die Schwierigkeit, das Gesetz durchzuführen, sei allerdings anzuerkennen. Das spreche aber nicht gegen das Gesetz.

Die jenseit des Gesetzes liegende Möglichkeit, es könne eine weitere Verschärfung der Zuchtmittel eintreten, brauche uns nicht zu bekümmern. — Je heiliger die Güter seien, welche die Kirche zu verwalten habe, desto mehr müsse sie darauf ausgehen, dieselben zu schützen.

Abgeordneter v. Schwarz (Gremlingen):

Die Vorlage schlage zweierlei Arten von Maßregeln vor.

Die einen lägen auf dem Gebiete der Kirchenordnung, die anderen auf dem Gebiete der Heilsordnung.

Gegen die ersteren hätten sich nur die Abgeordneten Skerl und Eggeling erklärt. Alle anderen seien damiteinverstanden, daß denen, welche ihre kirchlichen Pflichten versäumen, auch das Recht genommen werde, kirchliche Aemter zu bekleiden. Die hiergegen gemachten Einwendungen seien auch nicht zutreffend. Es sei zwar dem Abgeordneten Skerl darin Recht zu geben, daß die Kirche als göttliche Stiftung mehr sei wie ein Verein. Soweit jedoch die

Kirchenordnung in Betracht komme, sei sie ein staatlich privilegirter Verein. In diesem dürften aber Unwürdige nicht zur Mitregierung zugelassen werden.

Strafe und Zwang seien überhaupt nicht die Absicht des Gesetzes. Die Strafdrohung solle nur warnen und so der Uebertretung der kirchlichen Satzung vorbeugen.

Wenn Abgeordneter Eskerl sage, die Kirchenzucht sei katholisch, so verweise er auf die von Luther verfaßten Schmalkaldischen Artikel, worin ausgesprochen werde: „Das sei die wahre Kirchenzucht, daß man halsstarrige Sünder nicht soll zum Sacrament kommen lassen.“ Bußfertige wolle Niemand zurückweisen.

Nur der Bußfertige habe den Segen vom Sacramente.

Wenn Abgeordneter Eskerl wünsche, daß Jeder zugelassen werden solle, so liege dem die katholische Auffassung zu Grunde, das Sacrament wirke ex opere operato.

Er würde es ganz recht finden, wenn Leute, die beharrlich nicht in die Kirche gehen oder das Abendmahl verschmähen, nicht Mitglieder des Kirchenvorstandes werden könnten.

Abgeordneter Eggeling befinde sich im Irrthum, wenn er meine, daß im Jahre 1775 jede Kirchenzucht abgeschafft sei. Auch jetzt noch beständen Bestimmungen, daß Unwürdige vom Abendmahl oder der Taufpathenschaft ausgeschlossen werden könnten. Das vorgeschlagene Gesetz wolle nur das jetzige Verfahren, wonach ein Bericht an das Consistorium erforderlich sei, vereinfachen.

Die Ansicht des Abgeordneten Eskerl, den armen Verführten solle nach dem Entwurf die Fürbitte entzogen werden, sei durchaus unrichtig. Dieselben würden im Kirchengebet ausdrücklich erwähnt. Der Entwurf spreche nur davon, daß die Einsegnung der Wöchnerin verjagt werden könne. Diese Einsegnung sei aber ein kirchliches Ehrenrecht und finde nur statt bei ehelichen Kindern.

Die kirchliche Trauung und die Confirmation seien allerdings menschliche Ordnungen. Für die Verweigerung derselben solle aber auch nach dem Entwurf nur dann Strafe eintreten, wenn sie aus Verachtung der kirchlichen Ordnung geschehe. Wer diese verachte, begehe eine Sünde. Ob diese nun groß oder klein sei, sei gleichgültig. Wer daran festhalte, sei unbußfertig und daher unfähig die Gnadengabe des Sacramentes in Segen zu empfangen.

Die Durchführung des vorgeschlagenen Gesetzes möge allerdings besonders in der Stadt Braunschweig schwierig sein.

Aber auch in dieser Beziehung habe Abgeordneter Eskerl zu schwarz gemalt.

Abgeordneter Leidloff erklärt sich für das Gesetz. Er wolle keine theologischen Gründe vorbringen, sondern betrachte dasselbe vom pädagogischen Standpunkte. Auch der Lehrer solle seine Schüler mit Liebe erziehen. Dennoch könne die Schule Zuchtmittel und Strafen nicht entbehren. Ebenso die Kirche.

Ferner erfordere auch das Ansehen der Kirchenvorstände, daß die Verächter der Kirche des kirchlichen Wahlrechts beraubt werden. Würde man diese mit wählen lassen, so würde das Amt der Kirchenverordneten aufhören ein Ehrenamt zu sein.

Abgeordneter Langerfeldt. Er habe die Regierungsvorlage mit Freuden begrüßt und sei daran durch die Ausführungen der Abgeordneten Eskerl und Eggeling nicht irre geworden.

Die vorgeschlagenen Mittel widerstrebten durchaus nicht dem Wesen der evangelisch-lutherischen Kirche. Das vorgeschlagene Gesetz sei kein Strafgesetz, sondern ein Zuchtgesetz. Die Mittel, welche dasselbe anwenden wolle, seien Erziehungsmittel, nicht Strafmittel. Dieses zeige sich darin, daß nach der Vorlage eine Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses nicht eintreten solle, abgesehen von Untertaufen (§. 16.).

Das Gesetz wolle nicht alle Fälle treffen, wo Kirchenzucht geübt werden könne. Auch lasterhaftes Leben, Gotteslästerung u. s. w. könnten dazu führen.

Die Vorlage wende sich nur gegen die Mißachtung derjenigen kirchlichen Handlungen, für welche früher ein staatlicher Zwang bestanden habe.

Bis 1876 habe es staatliche Strafbestimmungen für die Verweigerung der Taufe gegeben. Daran habe Niemand Anstoß genommen. Jetzt sei der Zwang fortgefallen. Die Kirche müsse sich daher selbst schützen.

Ebenso habe früher für die kirchliche Trauung ein Zwang bestanden, da diese die einzige Form der Eheschließung gewesen sei. Indirect habe auch für die Confirmation ein Zwang bestanden, denn bis zu dieser sei jedes Kind schulpflichtig gewesen.

Wenn der Abgeordnete Sterl Zahlen für die Nothwendigkeit des Gesetzes vermittele, so sei darauf zu erwidern, daß es zu spät sein würde, wenn diese erst da seien.

Die Durchführung des Gesetzes in Braunschweig möge schwierig sein. Jedenfalls seien hier die Verhältnisse nicht schwieriger wie in anderen großen Städten.

Wolle man in der Stadt Braunschweig eine Vesserung der kirchlichen Verhältnisse erreichen, so müsse man allerdings zunächst dahin streben, daß die Zahl der Kirchen vermehrt werde.

Abgeordneter Eggeling. Er danke den Abgeordneten v. Schwarz und Langerfeldt, daß sie ihm bezeugt hätten, es müsse noch in anderen Fällen, als den in der Vorlage behandelten, Zuchtmittel geben. Das sei es gerade, was uns in Zukunft bevorstehe und das bewege ihn gegen das Gesetz auch in seiner harmlosesten Form zu stimmen.

Abgeordneter Zerbst: Man müsse unterscheiden die Kirche 1) als Reich Gottes, 2) als Organisation. Als letztere habe sie das Recht, Kirchenzucht zu üben.

Er sei der Vorlage nicht durchaus entgegen. Er halte jedoch eine derartige seelsorgereiche Vorarbeit, wie sie der Entwurf verlange, nicht für durchführbar. Er werde daher gegen die betreffenden Paragraphen stimmen.

Consistorialrath Sallentien. Die für die Annahme der Vorlage sprechenden Gründe seien bereits vom Referenten klar dargelegt worden. Auf die gegen das Gesetz erhobenen Bedenken wolle er nicht eingehen, weil dieselben im Laufe der Debatte bereits hinreichend beleuchtet seien.

Er wolle sich nur gegen den einen hervorgehobenen Punkt wenden, daß man noch keine Erfahrungen über die Wirkung solcher Gesetze gesammelt habe. Im Jahre 1880 sei in Preußen für die alten Provinzen ein mit dem vorliegenden Entwurf fast gleichlautendes Gesetz erlassen.

Darauf seien von sämmtlichen Consistorien Erhebungen angestellt, bezüglich der Wirkungen des Gesetzes. So habe das Consistorium zu Magdeburg sich von allen Pfarrern der Provinz Sachsen darüber Bericht erstatten lassen.

Redner verliest darauf den auf Grund dieser Erhebungen ergangenen Consistorialbericht vom 2. Februar 1882, worin das Consistorium zu Magdeburg ausspricht, daß die Wirkung des Gesetzes eine sehr segensreiche gewesen sei. Abgesehen von der Anwendung desselben habe sogar schon die Verkündigung desselben gute Folgen gehabt. — Der preussische Oberkirchenrath habe darauf die verschiedenen Berichte zusammengefaßt. Derselbe spreche in dem Circularerlaß vom 23. Juli 1883 aus, daß das Gesetz in den weitesten Kreisen eine geeignete Wirkung habe.

Dieses habe die hiesige Kirchenregierung zum Erlaß des Gesetzes bewogen.

Daß das Gesetz sich in einer Stadt wie Braunschweig nicht in der Weise durchführen lasse, wie auf dem Lande, müsse Redner zugeben, indessen werde dasselbe auch hier von Segen sein.

Es liege ein pädagogischer Werth darin, daß die Kirche ausspricht, daß ihre Satzungen nicht ungestraft mißachtet werden können. Er habe die Hoffnung, daß das Gesetz, wie anderwärts, so auch bei uns gute Folgen haben werde.

Es wurde darauf ein Antrag auf Schluß der Verhandlung von der Versammlung angenommen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) und des Abgeordneten Eggeling erhielt der Referent das Wort zu einem Schlußvortrage.

Derselbe führt aus, daß die Schwierigkeit der Durchführung durchaus nicht gegen das Gesetz spreche. — Wenn nun die Befürchtung ausgesprochen sei, es werde auf dem betretenen Wege weiter fortgeschritten werden und eine weitere Verschärfung der kirchlichen Zuchtmittel eintreten, so sei dieses unbedenklich. Der Kirchenregierung liege eine derartige Absicht fern. Außerdem könne zu einer derartigen Verschärfung später die Synode immer noch ihre Mitwirkung versagen. Die vorgeschlagenen Mittel widersprechen durchaus nicht dem Geiste der evangelisch-lutherischen Kirche.

Hierauf beschließt die Versammlung auf Antrag des Herrn Abgeordneten Rhamm, daß die Berathung der einzelnen Paragraphen auf die nächste Sitzung verschoben werde.

Zum Schluß wurden verschiedene an Se. Königl. Hoheit, den Regenten zu richtende Schreiben verlesen und genehmigt; und zwar:

- a. vom Herrn Abgeordneten v. Schwarz (Heßen) ein Schreiben über die durch die Mittheilung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche veranlaßten Anträge der Landessynode, —
- b. vom Herrn Abgeordneten Eggeling über das Schicksal des Entwurfs die theologischen Prüfungen betr., —
- c. vom Herrn Abgeordneten Sterl über den Antrag der Synode, betreffend die Ergänzung des §. 5 des Gesetzes vom 8. December 1875. —

Darauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung, nach Mittheilung der Tagesordnung, auf Sonnabend, den 26. Januar cr., Morgens 10 Uhr an.

Referendar *v. Damm*,  
protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 10.

26. J a n u a r 1889.

## Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung .12 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Skerl wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet und wurden sodann zunächst die Protokolle vom 21. und 25. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Darauf verlas der Abgeordnete Langerfeldt ein an Seine Königliche Hoheit, den Regenten, gerichtetes Schreiben, welches die Versammlung genehmigte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff sodann der Herr Abt Dr. Sallentien das Wort und führte aus:

In der gestrigen Generaldebatte über den Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung sei von mehreren Abgeordneten die Besorgniß geäußert, daß das vorliegende Kirchengesetz nur das erste Glied einer Kette neuer Maßregeln, die Kirchenzucht betreffend, sein würde. Er läge sich deshalb veranlaßt die Erklärung abzugeben, daß die Vorlage eines Kirchengesetzes über weitergehende Maßregeln der Kirchenzucht, als in dem gegenwärtig vorliegenden Kirchengesetz enthalten seien, nicht in der Absicht des Herzoglichen Consistoriums läge. Diese Erklärung könne er im Namen der noch hier gegenwärtigen 3 Mitglieder Herzogl. Consistorii abgeben und in der festen Ueberzeugung, daß auch die übrigen Mitglieder sich derselben anschließen würden.

Der Abgeordnete Rhamm beantragte, diese Erklärung in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen, welchem Antrage die Versammlung zustimmte.

Hierauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zu der Fortsetzung der Berathung des Entwurfes eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung.

Der Titel und Eingang des Gesetzes, die §§. 1, 2 und der erste Absatz des §. 3 wurde ohne Debatte angenommen. Der zweite Absatz des §. 3 wurde einstweilen von der Berathung ausgeschlossen.

Auf Antrag des Abgeordneten Rhamm wurde auch der 2. Absatz des §. 4 späterer Besprechung vorbehalten.

Zu §. 4 richtete sodann der Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen) die Anfrage an die Vertreter der Kirchenregierung, was unter „triftigen Gründen“ zu verstehen sei, welche eine „beharrliche Verjämniß“ entschuldigen könnten?

Abt Dr. Sallentien: Eine Specialisirung dieser triftigen Gründe zu geben, sei er im Augenblick nicht im Stande. Daß solche vorliegen könnten, sei seiner Ansicht nach zweifellos, z. B. häusliche Umstände und dergleichen.

Der Abgeordnete Skerl: Er bäte die Vertreter der Kirchenregierung um Aufklärung, z. B. über die Frage, ob denn nun nach §. 4 auch derjenige, der aus baptistischen Rücksichten die Taufe seiner Kinder verweigere, demnächst des Rechtes der Taufpathenschaft verlustig gehen solle?

Der Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen): Dieser Zwischenfall „ohne triftige Gründe“ fände sich in den Kirchengesetzen aller übrigen Länder nicht. Ein Aufschub könne ja unter Umständen berechtigt sein, aber „triftige Gründe für eine beharrliche Versäumnis“ seien seiner Ansicht nach undenkbar. Er stelle deshalb den Antrag:

Die Worte „ohne triftige Gründe“ in dem §. zu streichen.

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Abt Dr. Sallentien: In dem Kirchengesetz von Hessen, welches ihm vorläge, fände sich dieser Passus allerdings nicht; dagegen z. B. im Anhalt'schen Gesetze. Er habe diesen Zusatz in den §. 4 aufgenommen, um jede Härte möglichst zu vermeiden.

Der Abgeordnete Bach: Er bäte den Antrag von Schwarz unbedingt abzulehnen, da sich die Tragweite desselben gar nicht übersehen lasse; jedenfalls enthalte dieser Zusatz die mildere Form.

Der Abgeordnete Langerfeldt: Er müsse sich ebenfalls gegen den Antrag erklären, schon aus der Rücksicht, daß den Kirchenvorständen im einzelnen Falle nicht die Möglichkeit der Prüfung genommen würde.

Hierauf sprach sich auch noch der Abgeordnete Reuncke gegen den Antrag aus und stellte einen weiteren Antrag dahin:

im §. 4 die Worte „sowie des Rechtes der Taufpathenschaft“ zu streichen.

Zur Begründung desselben führte der Antragsteller aus, daß der Ausschluß von der Taufpathenschaft ja logisch richtig sein möchte. Dieser Punkt sei aber schwerlich durchzuführen. Wenn die Taufzeugen in die Kirche kämen, könnten sie doch unmöglich erst von dem Geistlichen einem Verhöre unterworfen werden. Man treffe auch die Person garnicht damit, sondern die Familie. Eine falsche und kleinliche Handhabung dieses §., wie sie ja immer Seitens eines Geistlichen geheißen könne, würde doch leicht zu höchst unangenehmen Weitläufigkeiten und Zwistigkeiten führen können.

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden mit zur Berathung gestellt.

Der Abgeordnete Hamm: Er müsse die Versammlung dringend bitten, beide Anträge abzulehnen. Speciell die von dem Abgeordneten Reuncke angeführten Bedenken seien in der Commission reiflich erwogen; eine rigorose Handhabung liege ja aber durchaus nicht in der Absicht des Gesetzes. Wenn jemand die Taufe verachte, könne er aber auch doch unmöglich Sacramentalzeuge sein.

Der Abgeordnete von Schwarz (Gremlingen): Er sei nur nicht damit einverstanden, daß durch den Passus vom kirchlichen Standpunkte aus „triftige Gründe zu einer beharrlichen Versäumnis der Taufe“ anerkannt würden.

Hierauf wurde über beide Anträge abgestimmt und wurden beide mit großer Majorität von der Versammlung abgelehnt.

Der Absatz 1 des §. 4 wurde sodann in der vorliegenden Fassung angenommen.

Zu §. 5 erklärte der Abgeordnete Skerl, er sei auf seine oben gestellte Frage ohne Antwort geblieben, er wolle jetzt von neuem die Frage stellen, ob bei einer Copulation in der sogenannten apostolischen Gemeinde auch der Verlust der in §. 4 genannten Rechte eintreten müßte.

Der Abgeordnete Hamm erklärte hierauf, daß ja in jedem solchen einzelnen Falle der Kirchenvorstand zu entscheiden haben würde.

Der Abgeordnete Skerl: Wenn die Kirchenvorstände entscheiden sollten, dann müßte doch auch Sorge getragen werden, daß diese Entscheidungen gleichmäßig ausfielen; die Synode müßte doch eine Directive in dieser Beziehung geben.

Der Abgeordnete Hamm: Um diese Einheitlichkeit herzustellen, sei das einfachste Mittel, bei dem ersten demnächstigen practischen Falle eine gutachtliche Aeußerung Herzogl. Consistorii einzuholen.

Der Abgeordnete Zerbst: Er müsse dem Abgeordneten Skerl in dem Wunsche, schon jetzt Aufklärungen über diese Fragen zu erhalten, entschieden beitreten.



Abt Dr. Sallentien: Eine Erklärung, wie Herzogl. Consistorium sich im Beschwerdefalle entscheiden würde, könne er jetzt nicht abgeben; diese würde immer von dem einzelnen Falle abhängen.

Consistorialrath Rohde: Die Frage, ob eine in der baptistischen oder apostolischen Gemeinde vorgenommene Copulation als Trauung anzusehen sei, sei seiner Ansicht nach zu verneinen.

Consistorialrath Spieß: Nach dem §. 5 solle die Unterlassung der Trauung mit Folgen belegt werden; natürlich könne unsere Kirche nur Trauungen, welche nach ihren Institutionen vollzogen seien, als solche anerkennen.

Nachdem sich hierauf noch die Abgeordneten Skerl und v. Schwarz (Cremlingen) über die Frage, ob auch die Katholiken von der Taufpathenschaft auszuschließen seien, kurz ausgesprochen hatten, erklärte der Abgeordnete Schröter, daß die Mitglieder der Secte der Baptisten ganz entschieden von dem Rechte bei unseren Taufen Zeuge zu sein, ausgeschlossen werden müßten.

Der Abgeordnete Rothe machte auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liege, daß man die Katholiken als Taufzeugen zulassen und die Anhänger z. B. der apostolischen Gemeinde, wenigstens die offen erklärten Anhänger, da diese ja gar nicht unter unserer Disciplin ständen, von der Taufpathenschaft ausschließen wolle. Dieser Ansicht stimmte der Abgeordnete Leidloff bei, indem er ausführte, daß alles auf die Gesinnung und den Lebenswandel der betreffenden Person ankäme, und daß man jemanden, der keinen Anstoß erzeuge, doch nicht auszuschließen brauche.

Nachdem nunmehr der Herr Consistorialrath Spieß erklärt hatte, daß in den Rahmen des vorliegenden evangelisch-lutherischen Kirchengesetzes auf keinen Fall eine Erörterung der Frage, ob außerhalb unserer Kirche stehende Personen auszuschließen oder zuzulassen seien, hinein gehöre, fand die Discussion über diese Fragen damit ihren Abschluß.

Der §. 5 wurde hierauf angenommen.

Bei der Besprechung des §. 6 wurde zunächst auf Eruchen des Abgeordneten Leidloff der Inhalt des §. 5 des Gesetzes vom 8. December 1875 Nr. 91 über die kirchliche Trauung von dem Abt Dr. Sallentien mitgetheilt.

Hierauf führte der Abgeordnete Schulz aus, daß er Bedenken gegen die Fassung des §. 6 habe, derselbe scheine eine Härte zu enthalten. Nach §. 5 Nr. 1 des Trauungsgesetzes von 1875 sei die kirchliche Trauung zu verlagern, „wenn nicht beide Ehebeschließenden der christlichen Kirche angehören.“ Ein evangelischer Mann, der sich also in solcher Weise verheirathet hätte, solle nun nach §. 6 deshalb die in demselben genannten Strafen erleiden. Dieses wolle ihm zu hart erscheinen. Daß ein solcher Mann nicht kirchlich getraut werden könne, sei selbstverständlich; aber weshalb solle derselbe auch der Fähigkeit zur Bekleidung eines kirchlichen Amtes, des kirchlichen Wahlrechts und des Rechtes der Taufpathenschaft verlustig gehen?

Er wolle deshalb zunächst die Vertreter der Kirchenregierung um eine Erklärung bitten, ob der §. 6 wirklich diese Consequenz ziehen wolle.

Abt Dr. Sallentien: Es sei dieses allerdings die richtige Interpretation des §. 6. Er könne darin aber auch keine Härte erblicken; denn demjenigen, dem die Kirche die kirchliche Segnung habe verlagern müssen, könne sie auch nicht das Vertrauen schenken, um ihm Aemter anzuvertrauen u. s. w.

Der Abgeordnete Schulz: In Bezug auf die Taufpathenschaft möge das richtig sein, aber das active und passive Wahlrecht könne man einem solchen Manne doch lassen.

Der Abgeordnete Hamm: Der Gedanke des Abgeordneten Schulz sei ihm durchaus sympathisch, auch die Commission würde einen diesbezüglich von demselben gestellten Abänderungsantrag jedenfalls befürworten.

Nachdem sodann noch der Abgeordnete Gimecke unter Anführung eines practischen Falles gebeten hatte, man möge in diesen Angelegenheiten möglichst milde Bestimmungen treffen, erklärte der Abgeordnete Bach, daß ja für die vom Abgeordneten Schulz angeregten

Fälle der nachfolgende §. 10 ein Nushülfsmittel an die Hand gäbe, und deshalb eine Aenderung des §. 6 nicht nöthig sei.

Der §. 6 wurde hierauf angenommen.

Zu dem nun folgenden §. 7 referirte zunächst der Abgeordnete Rhamm zur Motivirung des Commissionsantrags, „In Zeile 4 die Worte „sind beide Ehegatten“ und „besondere“ zu streichen“. Der Commission habe es angemessen erschienen, dem Manne die Rechte zu nehmen, es sei derselben aber zweifelhaft gewesen, Rechte z. B. gegen eine katholische Frau auszuüben. Das Wort „besondere“ habe die Commission wegen der darin liegenden Härte in Wegfall bringen wollen.

Die Versammlung acceptierte hierauf den Commissionsantrag (Nr. 2 der Anlage 16) und nahm den §. 7 mit der durch ersteren Antrag geschaffenen Aenderung an.

Auch der §. 8 wurde ohne jede Debatte angenommen.

Hierauf beschloß die Versammlung auf Antrag des Abgeordneten Langerfeldt, über die §§. 9, 10 und 11 gemeinschaftlich zu berathen, jedoch den Absatz 2 des §. 11 vorläufig außer Betracht zu lassen.

Der Abgeordnete Langerfeldt führte aus, daß nach §. 9 die Wiederbeilegung der entzogenen Rechte auf Antrag des Betroffenen erfolgen solle. Ihm würde es erwünscht sein, wenn diese Worte „auf seinen Antrag“ wegfiele; es würde das eine Erleichterung für die betreffende Person und auch den Kirchenvorstand sein. Es würde oft peinlich sein können, einen solchen Antrag zu stellen. Es wäre eine Milde rung des Gesetzes, welche er in Vorschlag brächte. Er würde vorschlagen die §§. 9, 10 und 11 ganz zu streichen und durch einen neuen, wie er ihn formulieren würde, zu ersetzen.

Der Abgeordnete Rhamm sprach sich für Beibehaltung des §. 9 des Entwurfes aus; auch der Abt Dr. Sallentien rieth ab den Vorschlag des Abgeordneten Langerfeldt anzunehmen, indem er es für bedenklich erklärte, wenn der „Antrag“ in Wegfall käme, da im §. 11 Abz. 2 gesagt sei, daß gegen den Beschluß des Kirchenvorstandes die Beschwerde an Herzögl. Consistorium, event. der Recurs offen stehen solle. Es müsse doch rechtlich festgestellt werden können, ob der Betreffende einen Antrag gestellt habe, und er könne doch erst dann Beschwerde und Recurs einlegen, wenn er auf seinen Antrag abgewiesen sei.

Der Abgeordnete Langerfeldt: Es läge durchaus nicht in seiner Absicht, den Antrag überhaupt auszuschließen; er sei lediglich bestrebt, dem Reuigen nicht nur Brücken, sondern goldene Brücken zu bauen.

Er stelle deshalb folgenden Antrag:

die §§. 9—11 durch folgenden §. zu ersetzen:

„Wird die veräumte Pflicht nachträglich erfüllt, oder ist die nachträgliche Erfüllung der verletzten kirchlichen Pflicht nicht mehr möglich, so können die entzogenen Rechte (im letzteren Falle auf Grund nachhaltiger Beweise kirchlichen Wohlverhaltens) vom Kirchenvorstande wieder beigelegt werden.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Nachdem sich die Abgeordneten Rothe und Schröter gegen den Antrag ausgesprochen hatten, bat auch der Abt Dr. Sallentien nochmals die Versammlung, denselben abzulehnen. Er glaube nicht, daß die Betroffenen davon Nutzen haben würden. Ueber eine Form des Antrages sei ja auch im Gesetze gar nichts bestimmt; derselbe könne ja in aller und jeder Weise gestellt werden; es brauche nur ein Wunsch ausgesprochen zu werden. Eine Härte liege hier absolut nicht vor. Auf der anderen Seite sei es doch aber der Kirche ungeheuer wichtig, zu wissen, daß der Betreffende wirklich Werth auf die Wiedererlangung der Rechte lege.

Der Antragsteller hob hierauf nochmals hervor, daß er den Antrag durchaus nicht ausschließen wolle, daß er nur gern dem Kirchenvorstande das Recht vorbehalten wolle, auch aus eigener Initiative vorzugehen.

Ueber den Antrag wurde hierauf abgestimmt und wurde derselbe abgelehnt.

Darauf wurden die §§. 9, 10 und 11 Abz. 1 von der Versammlung angenommen.

Bei der nun folgenden Berathung des §. 12 in Verbindung mit dem §. 4 Abs. 2 ergriff zunächst der Abgeordnete *Rhmann*, als Referent der Commission, das Wort, um den Commissionsantrag Nr. 4a der Anlage 16, welcher dahin ging, den §. 12 ganz zu streichen, zu motiviren.

Derselbe führte aus, daß der §. 12 der Majorität der Commission zu den ernstesten Bedenken Veranlassung gegeben habe. In dem §. stelle sich das Gesetz auf das Gebiet der Heilsordnung. Der §. werde practisch zu den größten Unzuträglichkeiten führen. Er würde Meinungsverschiedenheiten zwischen den Geistlichen und den Kirchenvorständen zur Folge haben. Die Majorität der Commission sei der innersten Ueberzeugung gewesen, daß durch diesen §. das größte Unheil angestiftet werden könne, und empfehle daher der Versammlung aufs dringendste den ganzen §. 12 zu streichen.

Diesem gegenüber äußerte zunächst der Abgeordnete *Eißfeldt* etwa folgendermaßen: Er müsse sich entschieden gegen die Streichung des §. 12 erklären, da derselbe nothwendig zu dem vorliegenden Gesetze hinzugehöre. Es sei Pflicht der Kirche, solchen, die offen Zeichen der Unbüssfertigkeit gegeben hätten, das Abendmahl zu verjagen, gerade wie der Arzt oft dem Kranken eine Arznei verjagen müsse, wenn dessen Constitution sie nicht verträge. Das müsse natürlich constatirt werden, ob ein solcher Seelenzustand vorläge, der zum Empfang des Sacramentes unfähig mache. Aber auch die Feststellung dieses Thatbestandes solle noch nicht entscheidend sein, das Abendmahl zu verweigern. Sofern Zeichen der Reue und der Sinnesänderung gegeben würden, so sei der Sacramentsgenuß gestattet. Auch bei trotzigem Verhalten solle noch nicht die Verweigerung eintreten: dann sollten erst Versuche gemacht werden, den Abtrünnigen zu seiner Pflicht zurückzubringen. Die seelsorgerische Thätigkeit der Geistlichen träte ein unterstützt von den Kirchenverordneten; endlich komme das warnende Schreiben. Erst, wenn alle Mittel erfolglos gewesen wären, dann würde die Verweigerung des Sacramentes erfolgen. Dann könne man aber auch, wenn alles dieses vorhergegangen sei, doch mit Bestimmtheit als constatirt ansehen, daß die Unfähigkeit, das Sacrament zu empfangen, vorhanden sei.

Wenn dieser §. gestrichen würde, welchen Eindruck würde das hervorrufen? Würde es dann nicht so ausfallen, als ob das Sacrament niemals verweigert werden dürfe? Dadurch würde ein viel größerer Schaden angerichtet werden, und die Zuchtlosigkeit könnte dadurch nur noch erhöht werden!

Nachdem hierauf der Abgeordnete *Bach* sich für die Streichung des §. 12 ausgesprochen hatte unter Hinweis auf die durch solche Zurückweisung vom Abendmahle möglichen Störungen der Weihe und Feierlichkeit des gottesdienstlichen Actes, erklärte der Abgeordnete *Schönermark*:

Er habe bis in die letzte Zeit hinein geschwankt, wie er sich zu dieser Frage stellen sollte. Es sei ihm zweifelhaft gewesen, ob es überhaupt zulässig sei, jemanden vom Abendmahle zurückzuweisen. In der katholischen Kirche sei das ja zulässig; die katholische Kirche sei Gesezeskirche. Unser evangelischer Grundsatz sei aber, „jeder kann und soll seines Glaubens leben“. Jedem würde in unserer Kirche die Verantwortlichkeit für sein Handeln auf seine eigenen Schultern gelegt. Nun sei allerdings in der evangelischen Kirche grundsätzlich die Ausschlussmöglichkeit niemals verneint worden. Er möchte deshalb auch dieses höchste und letzte Mittel in einem solchen Gesetze nicht entbehrt wissen. Der §. 12 sei die Spitze des ganzen Gesetzes. Er wünche aber, daß dies so milde als nur möglich ausgesprochen würde; nur die Möglichkeit des Ausschlusses vom Sacramente solle ausgesprochen werden, deshalb sei ihm auch der Hinweis im §. 4 Abs. 2 auf den §. 12 nicht angenehm. Er wolle deshalb die Versammlung bitten, nicht den ganzen §. 12 zu streichen, denselben aber vielleicht eine andere mildere Form zu geben.

Der Abgeordnete *Schulz*: Wenn der Abgeordnete *Bach* Störungen der heiligen Handlung befürchtet habe, so könne er dieses Bedenken nicht theilen. Eine Zurückweisung vor versammelter Gemeinde solle natürlich nicht vorkommen, sei auch ein eigentlich unmöglicher Fall. Solche Zurückweisung würde natürlich in privater Besprechung erfolgen müssen.

Auch große Schwierigkeiten zwischen den Geistlichen und den Kirchenvorständen seien nicht zu befürchten. Wenn Alles geschehen sei, was Geistliche und Kirchenvorstände thun könnten, dann stehe die Kirche einfach vor der Erwägung, sollen wir dennoch das heilige Abendmahl gewähren?

Eine solche Zulassung könne niemals von der Kirche zugestanden werden. Man könne eventuell den §. 12 deshalb für unnöthig halten, weil solche Menschen wie die, von denen hier die Rede sei, sich überhaupt nicht zum heiligen Abendmahl melden würden. Indessen sei trotzdem der Fall nicht ausgeschlossen, daß solche Leute vielleicht gerade aus Trost und Oppositionslust oder um Verrger und Störungen zu erregen das heilige Abendmahl verlangten.

Der Abgeordnete Zerbst wies hierauf darauf hin, daß die meisten diesbezüglichen Kirchengesetze anderer Länder z. B. in Württemberg, Bayern, den Thüringischen Staaten, Sachsen u. s. w. nicht weiter gegangen seien als bis zum Ausschluß vom activen und passiven Wahlrecht und dem Recht der Taufpathenschaft.

Der Abgeordnete Reunecke. Er müsse sich entschieden für Streichung des §. 12 erklären. Man gehe hier zu weit. Man komme hier auf ein Gebiet, auf welchem ohne Zweifel die unangenehmsten Zwistigkeiten zwischen dem Prediger und der Gemeinde zu befürchten seien. Er werde, wenn dieser §. angenommen würde, gegen das ganze Gesetz stimmen.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen): Es sei dieses ohne Zweifel eine sehr schwierige und zarte Frage. Wie der Staat die Idee des Rechts, so müsse die Kirche die Idee der Heiligkeit schützen. Der Abgeordnete Rhamm habe vollkommen Recht, wenn er gesagt habe, daß die Uebertretungen der Kirchenordnungen noch nicht nothwendig eine Strafe auf dem Gebiete der Heilsordnung nach sich ziehen müsse.

Nur wenn eine Verletzung der Gebote Gottes vorläge nicht bloß der Kirchenordnungen, solle der Ausschuß vom Sacramente eintreten.

Wenn dieses übrigens auch nicht in dem Gesetze aufgenommen würde, so bleibe es bei dem bestehenden Rechte, nach welchem die Geistlichen einstweilen vom Abendmahle zurückweisen könnten vorbehaltlich der Entscheidung Herzogl. Consistorii. Wenn man aber einmal ein solches Kirchengesetz geben wolle, so sei es höchst bedauerlich, wenn der §. 12 in demselben nicht Aufnahme fände. Gerade ehe die Leute darüber sich entschlossen, ob sie taufen, trauen u. s. w. lassen sollten, müsse man ihnen sagen, wie die Kirche über diese Dinge dächte, und müßten die Folgen der Unterlassung klar im Gesetze ausgesprochen sein. Dadurch würde vorgebeugt werden.

Wenn die Entscheidung erst gefaßt werden solle, wenn eine Meldung zum Abendmahl vorläge, so könne das allerdings zu Unzuträglichkeiten führen. Eine Zurückweisung nach erfolgter Meldung müsse vermieden werden.

Daher wolle er eine andere Fassung des §. 12 vorschlagen.

Bei dieser Fassung würde der Kirchenvorstand schon bei Beschlussfassung über den Ahatbestand der §§. 4—7 sich über das Vorhandensein etwaiger Wilderungsgründe schlüssig zu machen haben. Das würde zu Mißhelligkeiten zwischen Pastor und Kirchenvorstand nicht führen können. Der §. 12 werde dann nur in Anwendung kommen, wenn Pastor und Kirchenvorstand einig seien. Gerade solche klare gesetzlichen Bestimmungen würden dem Prediger seine Aufgabe erleichtern. Schließlich wolle er bemerken, daß der Inhalt des §. 12 ja durchaus nicht erst in neuerer Zeit nichts aufgetommenes enthielte. In den Rheinlanden habe dieses Recht schon lange bestanden, ehe man an die Civilehe gedacht hätte. Die Rheinisch-Westphälische Kirchenordnung habe schon lange die Verweigerung des Sacramentes für solche Fälle gekannt, und die Presbyterier im Rheinlande erfreuten sich eines so großen Ansehens und Einflusses, wie wir es unseren Kirchenvorständen nur wünschen könnten.

Er wolle nur den Antrag stellen:

dem §. 12 folgende Fassung zu geben:

„Kirchenglieder“ u. s. w. bis „zurückzuweisen“, „wenn nicht aus den besonderen Umständen des Falles hervorgeht, daß keine Verachtung des Wortes Gottes oder der auf dasselbe gegründeten kirchlichen Ordnung vorliegt“.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und mit zur Berathung gestellt.

Der Abgeordnete Schröter: Er würde dem Gesetze zustimmen, auch wenn der §. 12 fallen sollte. Der §. 12 würde aber als wichtiges Zuchtmittel dienen können für die Mitglieder der Gemeinde, welche das Wort des Seelsorgers nicht erreichte. Für diese Menschen würde das Gesetz der erste und ernste mütterliche Gruß sein, der da heißen würde, „lehret wieder ihr abtrünnigen Kinder“. Das Gesetz würde ohne den §. 12 unvollständig und widerspruchsvoll sein; es würde ihm der Kopf fehlen. Die Kirchendisziplin habe sich historisch gerade an das heilige Abendmahl angelehnt. Wenn diejenigen, von denen das Gesetz handelte, ohne weiteres in der Abendmahlsgemeinschaft sein könnten, dann könnten sie auch in dem Kirchenvorstande oder Taufpathen sein. Wenn ferner alle Mittel Seitens der Kirche, den Abtrünnigen zur Umkehr zu bewegen, erschöpft und erfolglos geblieben seien, dann sei auch ein unbedingter, zum Ausschluß vom Sacramente zwingender Gegensatz in der Seele des Menschen gegen die Kirche vorhanden. Daß dieses Zuchtmittel, welches der §. 12 gewähren wolle, selbstverständlich von den Geistlichen mit aller Milde gehandhabt werden würde, darüber könnte man doch keine Besorgniß hegen. Um das Gesetz vor einer bedauerlichen Lücke und einem bösen Widerspruche zu bewahren, müsse er dringend dazu rathen, den §. 12 anzunehmen.

Der Abt Dr. Sallentien: Er wolle nur noch einige Punkte hervorheben. Zunächst müsse er der Ansicht entgegenreten, daß der §. 12 deshalb unnöthig wäre, weil diejenigen, welche überhaupt zum Abendmahle kämen, unzweifelhaft auch reumüthig seien. Diese Voraussetzung sei leider nicht immer zutreffend; sie würde auch von den meisten Kirchenregierungen, welche ähnliche Gesetze gegeben hätten, nicht getheilt. Auch die bei weitem größte Zahl unserer Inspectionssynoden im Lande hätten sich nach der entgegengesetzten Richtung hin ausgesprochen. In den Mittheilungen des Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche u. s. w. (Anl. 6) sei auf S. 10 und 11 eine Angabe über die diesbezüglichen Ansichten der Inspectionssynoden gemacht. Danach sei die Frage: „Ist denselben u. s. w., eventuell unter welchen Umständen die Zulassung zum heiligen Abendmahle zu verweigern?“ nur von 4 Inspectionssynoden sowohl bezüglich der Trauungs-, als auch der Taufverweigerer unbedingt verneint, von 3 anderen wenigstens in Bezug auf die Trauungsverweigerer. Von 20 Inspectionssynoden dagegen sei die Frage dahin beantwortet, daß den Betreffenden die Zulassung zum heiligen Abendmahle nur dann zu verweigern sei, wenn die Unterlassung der kirchlichen Handlungen ihren Grund in offenkundiger Verachtung des göttlichen Wortes oder der kirchlichen Ordnung habe u. s. w. Nach dieser Erklärung habe die Kirchenregierung das Gesetz eingerichtet; der §. 12 deckte sich also vollkommen mit der ausgesprochenen Stimmung im Lande. Mit dieser Bestimmung komme aber auch nichts Neues in das Land, denn, was hier im §. 12 ausgesprochen sei, das sei schon lange bei uns bestehendes und geltendes Recht. Wenn man also den §. 12 streiche, so bleibe dieses bestehende Recht natürlich in Geltung. Nach diesem hätte jeder Geistliche die Befugniß vom Abendmahle zurückzuweisen, wenn auch vorbehaltlich der auf den Bericht desselben erfolgenden definitiven Entscheidung Herzoglichen Consistorii. Wenn nun ferner der Commissionsantrag Nr. 5 der Anlage 16 beabsichtige, in allen Fällen der §§. 4—7 eventuell auch 12 die Entscheidung über die Beschwerden dem Herzogl. Consistorium zu nehmen und auf den Synodalausschuß zu übertragen, so wolle er dazu bemerken, daß jeder Kirchenzuchtsfall Herzogl. Consistorio stets ein gewisses Grauen verursache, und daß dasselbe mit Freuden diese Angelegenheiten auf den Synodalausschuß abwälzen würde. Er mache aber darauf aufmerksam, daß, wenn der §. 12 in Wegfall käme, natürlich jede Zuziehung des Synodalausschusses in Angelegenheiten dieser Art fortfallen müßte. Nach seiner und auch des Herzogl. Consistorii Ansicht sei der §. 12 aber auch durchaus liberal. Nach den §§. 4—7 würden alle übrigen daselbst genannten Rechte ohne weiteres entzogen; zu dem Aeußersten, der Entziehung des Sacraments des Altars wolle aber das Gesetz nur schreiten, wenn eine wirkliche Verachtung des Wortes Gottes u. s. w. vorläge. Schließlich wolle er nochmals auf die namentlich pädagogische Bedeutung dieses Gesetzes hinweisen; gerade aus dieser Rücksicht sei die Beibehaltung des §. 12 so sehr wichtig, damit die Menschen sähen und lernten, wie ungeheuer ernst die Kirche solche Veräumnisse ansehe.

Hiernächst stellte noch der Abgeordnete Guericke nach kurzer Begründung folgenden Antrag:

dem §. 12 folgende Fassung zu geben:

„Kirchenglieder“ u. s. w. bis „zurückzuweisen, wenn sie durch öffentliches Aergerniß erregende Töden oder Handlungen befunden, daß sie das Sacrament verachten.“

Dieser Antrag fand jedoch keine Unterstützung Seitens der Mitglieder. Nachdem damit die Debatte über den §. 12 ihren Abschluß gefunden hatte, beschloß die Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden nunmehr über die Frage abzustimmen, ob der Commissionsantrag Nr. 4 a der Anlage 16 „den ganzen §. zu streichen“ angenommen werden sollte? Die Abstimmung ergab hierauf die Annahme dieses Commissionsantrages. Der Herr Vorsitzende erklärte sodann, daß damit der Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen) seine Erledigung gefunden habe und natürlich auch der Absatz 2 des § 4 in Wegfall gekommen sei.

Sodann nahm die Versammlung die §§. 13, 14 und 15 ohne weitere Discussion unverändert an.

Auch der §. 16 wurde nach einer kurzen Discussion zwischen den Abgeordneten Rothe, Reunecke und Bach sowie dem Abt Dr. Sallentien angenommen.

Nachdem der Herr Vorsitzende sodann noch den §. 3 Abj. 2 und den §. 11 Abj. 2 zur Berathung gestellt hatte, wurde von dem Abgeordneten Rhamm über die Commissionsanträge 1, 3 und 5 der Anlage 16 kurz referiert und deren Annahme der Versammlung empfohlen.

Nachdem sich der Abt Dr. Sallentien darauf gegen die Anträge der Commission ausgesprochen hatte, wurde der Vorschlag des Referenten Rhamm, den Antrag Nr. 5 der Anlage 16 nochmals an die Commission zurückzuverweisen, von der Versammlung acceptiert.

Der Abgeordnete Rhamm ersuchte dann ferner den Herrn Vorsitzenden, die Verhandlungen für eine kurze Zeit zu schließen, in welcher sich die Commission über eine andere Fassung des Antrages 5 der Anlage 16 schlüssig machen werde.

Der Herr Vorsitzende hob deshalb die Sitzung für die Dauer von 15 Minuten auf.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen stellte sodann der Abgeordnete Rhamm im Namen der Commission folgenden neu formulierten Antrag:

Dem Entwurf folgenden Schlußparagraphen hinzuzufügen:

„Den Betheiligten steht“ u. s. w. wie im Antrage 5 der Anlage 16 bis „das Recht der Beischwerde“ und dann weiter: „an Herzogliches Consistorium zu, welches in der im § 27 Nr. 3 der Synodal-Ordnung angegebenen Weise unter Zuziehung des Ausschusses der Landessynode endgültig zu entscheiden hat.“

Die Versammlung nahm darauf die Commissionsanträge 1, 3 und 5, letzteren in der eben angegebenen neuen Fassung, an.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Montag, den 28. d. Mts. morgens 10 Uhr an.

Affessor **Koch**, protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 11.

28. J a n u a r 1889.

## Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung N. 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Skerl, wurde die Sitzung vom Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 26. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Der Herr Vorsitzende theilte hierauf der Versammlung mit, daß dem Abgeordneten v. Gramm auf sein Ansuchen für die heutige Sitzung Urlaub ertheilt sei.

Darauf machte der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von dem Eingange und Inhalte eines Höchsten Recripts vom 25. d. Mts. N. 8828, bei Vorlegung des Entwurfes eines Erlasses Herzogl. Consistorii die Zulassung zur Confirmation betreff., und überwies diese Vorlage mit Zustimmung der Versammlung der zur Vorprüfung für das Kirchengesetz, die theologischen Prüfungen betreff., gewählten Commission zur Vorberathung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte sodann der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen) auf Grund des §. 43 der Geschäftsordnung für die Landes-Synode folgenden genügend unterstützten Antrag:

„die Verhandlungen über den §. 4, 13 und Schlußparagraph des Kirchengesetzes, Kirchenzucht betreffend, nochmals wieder aufzunehmen, sowie die Abstimmung über §. 12 wiederholen zu lassen.“

Der Antrag wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt und hob der Antragsteller zur Begründung desselben folgende 3 Punkte hervor. Zunächst handle es sich um den gemäß dem neu formulierten Commissionsantrage N. 5 dem Gesetze hinzugefügten Schlußparagraphen. Es sei in demselben von der Bestimmung irgend welcher Frist für die Verfolgung der Beschwerde oder des Recurses abgesehen, was seiner Ansicht nach nicht angängig sei. Wolle man nicht eine so kurze Frist von 14 Tagen stellen, so könne man doch vielleicht eine solche von 4—6 Wochen setzen; irgend eine müsse aber gesetzt werden, damit die Beschlüsse der Kirchenvorstände überhaupt jemals unanfechtbar würden. Ferner vermisse er, das im §. 13 nicht ausgesprochen sei, daß Unconfirmirten der Empfang des heiligen Abendmahls nicht zustehe. Wenn ferner im §. 4 der Verlust der Fähigkeit ein kirchliches Amt zu bekleiden, und der Verlust des kirchlichen Wahlrechts neben einander gestellt sei, so sei dieses unnöthig, da sich dieses beides vollkommen decke, denn wahlfähig seien nur wahlberechtigte. Wer das active Wahlrecht verloren habe, dem sei selbstverständlich damit zugleich die Fähigkeit abgeprochen, kirchliche Aemter zu bekleiden.

Schließlich wolle er sich noch in Bezug auf den in voriger Sitzung von der Versammlung aus dem Entwurfe gestrichenen §. 12 einige Worte erlauben.

Man müsse zunächst Bedenken haben, ob die Abstimmung über den §. 12 in gesetzmäßiger Weise geschehen sei. Es hätte vor der Abstimmung beschlossen werden müssen, über welchen Antrag abgestimmt werden sollte. Im Uebrigen müsse er nochmals hervorheben, daß, wenn der §. 12 falle, er gegen das ganze Gesetz stimmen müsse. Der größte Werth des Gesetzes solle aber der pädagogische sein; ohne den §. 12 habe das Gesetz einen solchen nicht mehr.

Wenn durch das Gesetz nur das Wahlrecht und das Recht, Taufpathe zu sein, genommen würde, so würde das nur wenige zurückschrecken, die Gewissen müßten vielmehr getroffen werden.

Der Herr Vorsitzende unterbrach hierauf den Redner mit dem Bemerken, daß, bevor eine weitere Verhandlung über das Kirchenzuchtgesetz stattfinden könnte, von der Versammlung über den Wiederantrag des Abgeordneten Schwarz

Nachdem hierauf der Abgeordnete Hamm bemerkt hatte, daß, soweit es sich um Verbesserungsanträge handle, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen vielleicht unbedenklich sein würde, daß aber eine wiederholte Abstimmung über den §. 12 ganz entschieden unzulässig sein würde, da die Abstimmung über denselben in vollkommen gleichmäßiger Weise geschehen sei, wurde der Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen) von der Versammlung mit großer Majorität abgelehnt.

Darauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst zur zweiten Lesung des Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß die Versammlung nicht den ganzen Entwurf seinem vollständigen Wortlaute nach nochmals durchzuberathen, sondern nur insoweit, als von der Versammlung in erster Lesung redactionelle Aenderungen resp. Zusätze zu demselben beschlossen seien.

Es wurden hierauf folgende Aenderungen resp. Zusätze beschlossen:

- 1) §. 2 §. 2 soll lauten „Der Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation wird im Verordnungswege festgesetzt.“

Zu dem Abschnitte unter A. 2 auf Seite 4 der Anlage 10b stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen) nach kurzer Begründung folgende Anträge:

- a: „in Zeile 5 v. o. die Worte „von Natur“ zu streichen“,
  - b: „den letzten Relativsatz „und welcher“ bis „im Licht“ im Absatz 2 zu streichen“,
- von welchen Anträgen der letztere keine Unterstützung Seitens der Mitglieder fand, der erstere aber genügend unterstützt zur Berathung gestellt wurde.

Nachdem sich die Abgeordneten Hörmann und Schönermark gegen den Antrag und für Beibehaltung der Ausdrucksweise der Vorlage ausgesprochen hatten, auch der Abt Dr. Sallentien ausgeführt hatte, daß die Worte „von Natur“ aufgenommen seien, um den den Gegensatz gegen „die Gnade“ recht scharf hervorzuheben und so dem Zuhörer den Gedankengang deutlicher zu machen, wurde der Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Gremlingen) abgelehnt.

Die Versammlung beschloß sodann folgende weitere Aenderungen und Zusätze:

- 2) §. 4 §. 7 v. u. Anstatt „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen“ soll es heißen „Niemand soll dich aus meiner Hand reißen.“
- 3) §. 7 §. 11—13 v. o. Statt „Der Herr segne euch und behüte euch u. s. w.“ soll gesagt werden „Der Herr segne dich und behüte dich u. s. w.“
- 4) §. 7 §. 19 v. u. Statt „Daß“ soll es lauten „Deß.“
- 5) §. 7 §. 5 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Die beiden Fragen können auch gemeinsam durch ein Ja beantwortet werden.“
- 6) §. 8 §. 15—17 v. o. Wie bei A. 3.
- 7) §. 8 §. 10 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Anstatt dieser Frage können auch die beiden Fragen aus dem zweiten Formulare gebraucht werden.“
- 8) Zu §. 8 unten soll hinzugesetzt werden „Hier kann das am Schluß der beiden ersten Formulare stehende Dankgebet hinzugefügt werden.“
- 9) §. 9 §. 1—3 v. o. Wie bei A. 3.
- 10) §. 10 §. 1 v. o. Nach dem Worte gemäß fällt das Komma fort.
- 11) §. 10 §. 4 v. o. Statt „nachstehenden“ soll gesagt werden „folgenden.“
- 12) §. 11 vor §. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 13) §. 11 §. 5—7 v. o. Wie bei A. 3.
- 14) §. 11 §. 16 v. o. Statt „vielmehr“ soll es heißen „vielmehr ist“
- 15) §. 11 §. 6 v. u. Statt „das Gut“ soll es lauten „das Gute.“
- 16) §. 12 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 17) §. 13 vor §. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“



- 18) S. 13 Z. 14–16 v. o. Wie bei A 3.
- 19) S. 13 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 20) S. 14 vor Z. 1 v. o. Wie bei A 17.
- 21) S. 14 Z. 2 v. o. Statt „Sünde“ soll es heißen „Sünden“
- 22) S. 14 Z. 14–16 v. o. Wie bei A 3.
- 23) S. 15 Z. 2 v. o. Statt „bauet“ soll es lauten „trauet“
- 24) S. 15 Z. 18 v. u. Statt „Herrn“ soll es heißen „Höchsten“.
- 25) S. 17 Z. 8 v. o. Statt „an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage“ soll es heißen „an einem vorhergehenden Sonn- oder Festagnachmittage“
- 26) S. 17 Z. 19 v. o. Statt „zu dem eigentlichen Confirmationsacte“ soll gesagt werden „zu der eigentlichen Confirmationshandlung“
- 27) S. 17 wird vor Z. 21 v. o. unter Einklammerung hinzugefügt „Unsere Hilfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Meine Geliebten in dem Herrn, ihr seht hier diese Söhne und Töchter, welche schon in ihrer Kindheit durch die heilige Taufe unserm Herrn Jesus Christus und Seiner heiligen Kirche eingepflanzt sind, auf daß sie unter christlicher Zucht und Ermahnung als Gottes Pflanzen erwachsen und mit Früchten der Gerechtigkeit erfüllt werden möchten. Weil sie nun nach dem Befehle des Herrn in Gottes Wort unterrichtet und zur Erkenntniß Seines Willens und Seines heiligen Evangeliums angeleitet worden sind, so begehren sie ihren christlichen Glauben mit eigenem Munde allhier zu bekennen und das Taufgelübde selbst über sich zu nehmen, damit sie an dem Sacrament des heiligen Abendmahls Theil haben und als vollständige Glieder der Kirche Christi wandeln können.“
- 28) S. 18 nach Z. 5 v. o. wird unter Einklammerung folgende Bemerkung hinzugefügt „Während des Folgenden oder bei der Einsegnung kann mit der Betglocke angeschlagen werden oder kann Glockengeläut eintreten.“
- 29) S. 18 Z. 16 u 17 v. o. Statt „Ja, wir glauben“ soll es heißen „Ja, das glauben wir.“
- 30) S. 18 Z. 20 u 21 v. o. Statt „Ja, mit Gottes Hilfe“ soll es heißen „Ja, das geloben wir.“
- 31) S. 18 Z. 25–27 v. o. Statt „Ja, Gott stärke uns durch Jesum Christum“ soll es heißen „Ja, mit Gottes Hilfe.“

Zu A 3 auf Seite 18 der Anlage 10 b. Zeile 23–25 v. o. ergriff sodann der Abt Dr. Sallentien das Wort, um sich gegen die in erster Lesung von der Versammlung dieser Frage A 3 gegebenen Fassung auszusprechen. Er sei überzeugt, daß diese neue Fassung keine Verbesserung enthielte. Der Gedankengang würde dadurch ein vollständig anderer als in der Vorlage. Der Gedankengang der Vorlage sei der, daß die Frage A 1 sich auf das „Bekenntniß“, A 2 auf das „Gelöbniß“ beziehen sollte, in der Frage A 3 würde dann gefragt, ob sie hierin Treue bewahren und sich dazu der Gnadenmittel bedienen wollten. Nach der neuen Fassung würde die Frage 3 nur ein bestärktes Bekenntniß sein: darin liege aber eine Unzuträglichkeit; es sei auch unschön, die Bekenntnißfrage nochmals in verärfster Form zu bringen. Er müsse anheimgeben, es bei der Vorlage zu belassen.

Der Abgeordnete Schulz erklärte sich mit der Darlegung des Abt Dr. Sallentien vollkommen einverstanden und sprach auch den Wunsch aus, es möchte bei der Vorlage sein Bewenden behalten. Für den Fall aber, daß diese nicht angenommen würde, wolle er folgenden Antrag stellen:

die Frage A 3 folgendermaßen zu formulieren:

„Wollet ihr in solchem Glauben, wie ihn unsere evangelisch-lutherische Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, beständig verharren, und damit ihr solches wohl vollführen möget, die Gnadenmittel dieser Kirche insonderheit die Predigt und das Wort Gottes und das Sacrament des Altars unter fleißigem Gebet gewissenhaft gebrauchen und in dem Allen getreu sein bis in den Tod?“

In dieser Fassung würde der Hinweis auf die Gnadenmittel der Kirche liegen und würde dieselbe auch vollkommen passend mit dem Gedankengange der Vorlage sein.

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde von dem Herrn Vorsitzenden zur Berathung gebracht.

Der Abgeordnete Sterl erklärte sich zunächst gegen den Antrag und bat den in erster Lesung angenommenen Wortlaut beizubehalten, indem er wiederholt betonte, daß bei der Confirmation gerade das Confessionelle hervortreten, und daß die Frage Nr. 3 deutlich die Verpflichtung unserer, der evangelisch-lutherischen Kirche gegenüber hervorheben müßte.

Der Abgeordnete Hörmann erklärte, daß der Antrag Schulz bereits in der Commission erwogen und gut geheßen sei, daß diese Fassung die Frage nach der Treue am schönsten enthielte und daß er die Annahme des Antrages empfehlen wolle.

Der Herr Vorsitzende stellte hiernächst folgenden genügend unterstützten Antrag des Abgeordneten Rothe:

„hinter den Worten „beständig verharren“ in dem Antrage des Abgeordneten Schulz die Worte „gottselig leben“ einzuschließen“, mit zur Berathung.

Nachdem hierauf der Abgeordnete Schröter seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Abts Dr. Sallentien dargethan und hervorgehoben hatte, daß eine Erwähnung unserer Kirche in Frage Nr. 3 durchaus unnöthig sei, weil in Frage Nr. 1 genügend auf dieselbe hingewiesen würde, und der Abt Dr. Sallentien nochmals erklärt hatte, daß er in den gestellten Verbesserungsanträgen einen Vortheil durchaus nicht sehen könnte, wurde von dem Abgeordneten Schulz folgender weitere Antrag gestellt:

die Frage Nr. 3 folgendermaßen zu fassen:

„Wollt ihr in solchem Glauben, wie ihn unsere evang.-luth. Kirche aus der heiligen Schrift erkannt und bezeugt hat, und in gottseligem Wandel mit Gottes Hülfe beständig verharren, und damit ihr solches wohl vollbringen möget, auch mit fleißigem Gebet zu Gottes Wort und Tisch treulich halten?“

Auch dieser Antrag wurde genügend unterstützt und von dem Herrn Vorsitzenden mit zur Discussion gebracht.

In der hierauf folgenden kurzen Debatte bat der Abgeordnete Sterl nochmals dringend, in Frage Nr. 3 vor Allem das Verharren im Glauben auf dem Grunde des evang.-luth. Bekenntnisses zum Ausdruck zu bringen und den evang.-luth. Charakter deutlich hervorzuheben. Auch der Abgeordnete Herzst theilte diesen Wunsch unter Hinweis auf die Kirchenordnungen anderer Länder.

Sodann wurde auf Antrag des Abgeordneten Eggeling die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden auf die Dauer von 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen wurde von dem Abgeordneten Hörmann im Namen der Commission folgender Antrag gestellt:

der Frage Nr. 3 folgenden Wortlaut zu geben:

„Wollt ihr in solchem rechten Glauben und gottseligem Wandel mit Gottes Hülfe bis an euer Ende beharren, und damit ihr solches wohl vollbringen möget, auch mit fleißigem Gebet in unserer evang.-luth. Kirche zu Gottes Wort und Tisch treulich halten?“

Nachdem dieser Antrag zur Berathung gestellt war, zogen die Abgeordneten Rothe und Schulz ihre oben gestellten Anträge zurück.

Der Abt Dr. Sallentien bat auch den Commissionsantrag abzulehnen und einfach die Regierungsvorlage anzunehmen, welchem Wunsche sich der Abgeordnete Leidloff aufs entschiedenste anschloß.

Die Versammlung lehnte hierauf den Commissionsantrag ab und beschloß, die in der Regierungsvorlage gewählte Fassung der Frage 3 beizubehalten.

Die Versammlung beschloß darauf weiter folgende Aenderungen respective Zusätze:

32) S. 18 Z. 31 v. o. Statt „und spreche“ soll es heißen „und wie ihr damit alle Verpflichtungen derselben übernehmt, so spreche ich“

33) S. 18 in der Fußnote soll nach Z. 3 hinzugefügt werden „oder: indem ihr Alle gemeinsam ihn sprechen möget“

§. 18 in der Fußnote soll nach §. 4 hinzugefügt werden „oder: die Confirmanden sprechen das apostolische Glaubensbekenntniß.“

34) §. 19 §. 1 v. o. Statt „Lasset uns beten:“ soll gesagt werden „Lasset uns nun zur Stärkung und Kräftigung dieser Kinder im rechten Glauben und wahrhaftiger Gottseligkeit den Beistand des allmächtigen Gottes anrufen und also für sie beten:“

35) §. 19 nach §. 19 v. o. wird folgende Bemerkung eingeschoben „(Während dieses Gebetes kann der Geistliche segnend seine rechte Hand über die Confirmanden ausstrecken, entweder am Altare stehend, oder zwischen ihnen hindurchschreitend. Wo die Zahl der Confirmanden es zuläßt, kann dabei jedem einzelnen die Hand aufs Haupt gelegt werden.)“

Schließlich wurde dem Gesetze im Ganzen mit den oben beschlossenen Aenderungen resp. Zuzügen die Zustimmung von der Versammlung ertheilt.

Die Versammlung ging sodann zum Punkt 2 der Tagesordnung über, zur Berichterstattung und Berathung der Vorstellung des Vorstandes des Zweigvereins Braunschweig des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins betreffs Genehmigung von Kirchencollecten für seine Zwecke. d. d. Braunschweig, am 16. November 1888.

Zunächst wurde von dem Abgeordneten Zerbst im Namen der Petitionscommission, nachdem derselbe die Petition ihrem wörtlichen Inhalte nach zum Vortrage gebracht hatte, Bericht erstattet und Folgendes ausgeführt:

Die Petition enthielte einen historischen Theil und eine principielle Erörterung. In dem ersteren wurde darauf hingewiesen, wie sich im Jahre 1884 zu den älteren Missionsvereinen ein neuer, der allgemeine evangel. protestantische gebildet habe, wie dieser schnell gewachsen sei, so daß er zur Zeit der Eingabe der Petition aus 111 Zweigvereinen und 11760 Mitgliedern bestände. Derselbe habe auch in Braunschweig zahlreiche Anhänger gewonnen. Dann wurde der Beweis angetreten, daß dieser junge Verein ebenbürtig neben die älteren getreten sei, sozusagen eine Lücke in den Missionsbestrebungen ausfülle, und vorzüglich geeignet sei, in solchen Kreisen, welche bisher der Mission kühl gegenüber gestanden hätten, Anhänger und Geber zu erhalten. Darauf wurde die Veranlassung der Eingabe erörtert. Ein Gesuch des Kirchenvorstandes von St. Martini in Braunschweig, die jährliche Collecte für die Heidenmission an den allgem. evang. protest. Missionsverein einsenden zu dürfen, sei von Herzogl. Consistorio unter dem 28. November 1885 zurückgewiesen. Herzogl. Consistorium habe ferner mittelst Ausschreibens sämtliche evang. luth. Geistliche des Landes angewiesen, die zum Besten der Heidenmissio. durch Kirchencollecten gesammelten Gelder ausschließlich an den Rechnungsführer des evang. luth. Missionsvereins des Landes einzusenden. Nach diesem geschichtlichen Theile folge nun eine principielle Erörterung der Frage, in wie weit die Petition berechtigt sei. Darauf eine kirchenrechtliche Beleuchtung der Frage, in wie weit die oberste geistliche Behörde das Recht habe, so specielle Anweisungen hinsichtlich der abzuhaltenden Collecten zu erlassen. Die Eingabe leugne dieses Recht nicht geradezu, gäbe aber in folgenden Worten ihrer Ansicht einen Ausdruck,

„nach §. 39 des Ges. vom 30. November 1851, die Errichtung von Kirchenvorständen betreffend, verwaltete der Kirchenvorstand die zum Besten der Armen veranstalteten und sonstigen Collecten nach der vom Herzogl. Consistorio zu erlassenden Anweisung. Es möge immerhin zweifelhaft sein, ein wie weit gehendes Verfügungsrecht dem Herzogl. Consistorio durch diese gesetzliche Bestimmung gegeben sei. Wenn aber Herzogl. Consistorium auf eine abermalig Eingabe des Vorstandes des allgem. evang. protest. Missionsvereins am 31. August 1887 erwidert habe, daß es bereit sei, in solchen Gemeinden, in welchen man bisher der Mission gegenüber sich ablehnend verhalten habe, welche sich aber zur Gestattung von Sammlungen für den allgem. evang. protest. Missionsverein willig zeigen sollten, solche Collecten für die Zwecke des gedachten Vereins auf besonderen Antrag gestatten zu wollen, so läge darin eine gewisse Inconsequenz.“

Weiter werde dann ausgeführt, daß es doch gleichgültig sei, welchem Theile der ausgedehnten Missionsthätigkeit man seine Liebe und Opfer zuwende.

Die Commission habe sich dem Petition gegenüber in einiger Verlegenheit befunden. Was den Rechtsstandpunkt anlange, so sei dieselbe schließlich zu der Ansicht gekommen, daß nicht nur aus dem §. 29 des Gesetzes von 1851 sondern aus dem allgemeinen Aufsichtsrecht über innere geistliche Angelegenheiten der Landeskirche die Befugniß Herzogl. Consistorii zu besonderer Zuweisung solcher Collecten an bestimmte Anstalten folge; wie dieses wiederum nur auf Grund allerhöchster Ermächtigung die Abhaltung einer Landescollecte verfügen könne. Die Commission habe sich nun vor die Frage gestellt gesehen, was ist für das Wohl der Mission selbst und für die Erhaltung der Liebeshätigkeit in den Gemeinden am segensreichsten? Die Commission habe ferner geglaubt, auf eine principielle Erörterung der Frage, welchem Vereine der Vorzug zu geben sei, nicht eingehen zu müssen, und richte auch an Hohe Synode den dringenden Wunsch, auf diesem Gebiete keine Entscheidung abzugeben. Man müsse vielmehr die schwierige Frage prüfen, was vorzuziehen sei, der Zusammenfluß aller Gaben einer auch in der Form einigen Kirche in ein Sammelbecken und die Constatierung brüderlicher Gemeinschaft auch in dieser äußeren Form, oder die Möglichkeit weite Kreise, welche nicht für den alten Verein zu gewinnen seien, durch die Freiheit, etwas für den neuen Verein opfern zu können, dem heiligen Werke der Mission günstig zu stimmen? Die Commission habe sich schließlich für das Erstere entschieden und beschlossen, die Petition hoher Landessynode nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen. Obgleich er, Referent, auch ein begeistertes Mitglied des allgem. evang. protest. Missionsvereins sei, so sei dies doch von Anfang an keines Herzens Ansicht gewesen; ein Ziel auf verschiedenen Wegen zu erreichen, sei nicht wünschenswerth; die brüderliche Eintracht werde dadurch gefördert, daß alle für den einen alten Verein sammelten.

Er wolle jedoch Herzogl. Consistorium bitten, auch dem neuen Vereine eine geneigte Neutralität zu bewahren, und schließlich einen Vermittlungsvorschlag der Commission aussprechen, dahin lautend:

„daß es den einzelnen Kirchenvorständen gestattet sein möge, nachdem sie eine Collecte für den alten evangelisch-lutherischen Missionsverein des Landes verwilligt und abgehalten haben, auf Antrag bei Herzogl. Consistorio noch eine neue an einem anderen Sonntage für den allgem. evang. protest. Missionsverein zu halten.“

Der Abgeordnete Langerfeldt:

Er habe sich als Mitglied der Commission von ganzem Herzen dem Commissionsantrage angeschlossen. Er sei entschieden gegen die Befürwortung der Petition, aber nicht etwa aus Sympathie oder Antipathie gegen den einen oder den anderen Missionsverein. Auch er müsse den Wunsch aussprechen, den theologischen Gegensatz möglichst mit Stillschweigen übergangen zu sehen.

Nur practische Gründe hätten die Commission zu ihrem Beschlusse bestimmt. Vor allen Dingen wünsche die Commission, den Frieden in den Gemeinden aufrecht erhalten zu sehen. Die Gefahr, daß der Friede gestört würde, sei aber seiner Ansicht nach sehr nahe liegend. Selbstverständlich sei es, daß die Geistlichen je nach ihrer Richtung und Stellung für den einen oder anderen Missionsverein Partei nehmen und zunächst innerhalb des Kirchenvorstandes für diesen oder jenen zu wirken sich angelegen sein lassen würden. Der Geistliche müßte wenig gesinnungstüchtig sein, der nicht für diesen oder jenen spräche in seiner Gemeinde; ganz unparteiisch würde kein Geistlicher sein, das sei ganz undenkbar.

Wenn nun Wechsel im Pfarramte eintreten, so würden natürlich auch die Stimmungen gegen die verschiedenen Vereine eventuell wechseln. Jedenfalls würde eine Duell von Zwistigkeiten entpringen, die man besser thäte von vornherein abzuschneiden. Der Leipziger Missionsverein bestände als Verein schon seit dem Jahre 1848, aber erst seit dem Jahre 1876 habe er allgemeine Kirchencollecten im Lande abhalten dürfen: er habe also auch ohne Kirchencollecten zum Segen der Menschheit bestanden.

Der neue Missionsverein sei erst 4 Jahre alt und wolle nun schon dasselbe Recht in Anspruch nehmen, welches der alte Verein sich erst nach langen Jahren errungen habe. Die Gerechtigkeit erfordere jedenfalls, daß man dem neuen Verein nicht gleich mit offenen Armen entgegen komme. Er, Redner, würde sich herzlich freuen, wenn der neue Verein recht viel

Mitglieder sich erwerben würde, aber er könne und solle seine Petition vielleicht in 10 oder 20 Jahren wiederholen.

Nicht nur dem Leipziger Missionsverein sondern auch dem Gustav-Adolf-Verein seien im Lande allgemeine Kirchencollecten bewilligt. Würde jetzt die Synode das Kirchenregiment veranlassen, daß dem neuen Missionsvereine ebenfalls allgemeine Kirchencollecten bewilligt würden, so würde das dem Leipziger Missionsverein entschieden pecuniär nachtheilig sein. Unmittelbar darauf würde dann auch von Seiten der rechtsstehenden Theologen um eine Collecte für den Gotteskasten gebeten werden. So würde jedenfalls überall Streit und Meinungsverschiedenheit entstehen, was unbedingt vermieden werden müßte.

Der Abgeordnete Eggeling: Ihm scheine es doch eine sehr verantwortliche Sache, den Kirchenvorständen vorzuschreiben, für wen sie ihr Geld hergeben sollten. Der Vorredner wünsche Frieden. Wenn man aber dadurch, daß man verschiedenen Richtungen hülfte, ein wärmeres und frischeres Leben auf dem Gebiete der Missionsthätigkeit hervorrufen könnte, so würde doch diesem frischen Leben vor dem ruhigen Frieden entschieden der Vorzug zu geben sein. Früher wäre die Verwilligung von Collecten viel schwieriger gewesen als heute. Der Gustav-Adolf-Verein verträte ja gar keine Richtung sondern die ganze evangelische Kirche. Daß die Kirchenvorstände sich so oder so nach dem Willen der Geistlichen entscheiden würden, das könne er nicht glauben, da verkenne man denn doch die Kirchenvorstände. Man sollte Vertrauen in die Sache setzen. Ein Auseinanderlaufen nach rechts und links würde jedenfalls nicht stattfinden. Daß eine Collecte für den Gotteskasten erbeten werden würde, glaube er auch nicht. Er sei fest überzeugt, daß in Braunschweig kein Abfall von dem Leipziger Missionsverein eintreten würde; auch der Gustav-Adolf-Verein laufe keine Gefahr geschädigt zu werden. Es seien ja auch noch viel zu wenig Vereine in der Welt; für das Reich Gottes würde noch viel zu wenig an Geld ausgegeben; man müsse und solle allen Vereinen angehören. Er wolle deshalb die Petition von ganzem Herzen empfehlen.

Abt Dr. Sallentien: Das Herzogl. Consistorium habe diese Frage auch nicht vom principiellen sondern rein practischen Standpunkte aufgefaßt. Einerseits habe dasselbe gemeint, daß man dem alten Missionsvereine, welcher so lange Jahre im Besitze der Wohlthat gewesen sei, diese Wohlthat nun auch nicht nehmen solle. Andererseits habe man die Nichtberücksichtigung der Petition anheimgeben zu müssen geglaubt, um den lieben Frieden in den Gemeinden zu erhalten. Der neue Verein wolle sich ja allerdings nicht als Parteiverein hinstellen; practisch seien die Missionsvereine aber dennoch der liberalen oder orthodoxen Partei Sache geworden; practisch hätte sich die Sache nun einmal zur Parteiache gestaltet. Diese Frage sei auch daher schon von den Inspectionssynoden in sehr unliebsamen und erregten Debatten verhandelt.

Es sei entschieden Unruhe in Kirchenvorständen und Gemeinden zu befürchten. Jetzt läge die Sache so, daß in sämmtlichen Gemeinden ohne alles Bedenken für den Leipziger Missionsverein gesammelt würde. Wenn nun der neue Verein hinzukommt, dann würde der liberale Geistliche für den neuen, der orthodoxe Geistliche für den alten Verein in den Gemeinden sprechen. Das hätte Herzogl. Consistorium vermeiden wollen; dasselbe habe aber eine Möglichkeit gefunden, auch dem neuen Verein bis zu einem gewissen Grade entgegen zu kommen. Da, wo eine Gemeinde sich dem alten Verein ablehnend gegenüber verhalten hätte, könnte man ja eine Collecte für den neuen Verein gestatten.

Herzogliches Consistorium habe sich deshalb bereit erklärt, in solchen Gemeinden, welche sich bisher ablehnend gegen die Mission verhalten hätten, allgemeine Kirchencollecten für den neuen Verein auf Antrag zu gestatten. Hierbei sei absichtlich die Grenze „bisher“ gestellt. Um eine große Zahl von Gemeinden, welche sich ablehnend verhalten hätten, wie in der Eingabe gesagt sei, handelte es sich nun aber nicht. Herzogl. Consistorium habe eine Zusammenstellung gemacht.

Zunächst käme die Gemeinde St. Martini in Braunschweig in Frage. Hier wäre die Collecte für den Leipziger Missionsverein ständig seit dem Jahre 1876 bis 1882 zum Tode des Generalsuperintendenten Steinmeyer angestellt; seit 1882 habe dieselbe aufgehört und

sei regelmäßig abgelehnt. Dann habe es sich um eine Landgemeinde gehandelt; hier habe indessen die Voraussetzung nicht zugetroffen.

Auch eine Eingabe von St. Andreas zu Braunschweig, betreffend Genehmigung einer Collecte für den neuen Verein, wäre zurückgewiesen, weil in dieser Gemeinde seit dem Jahre 1876—1887 regelmäßig eine Collecte alljährlich für den Leipziger Missionsverein bewilligt worden wäre, obige Voraussetzung also nicht vorgelegen hätte. Im Uebrigen sei in dieser Beziehung Ruhe und Frieden im Lande.

Der Gustav Adolf-Verein sei, als er gegründet worden wäre, von der orthodoxen Partei wenig freundlich aufgenommen; er hätte ihnen zu sehr liberalistische Tendenzen gehabt. Der Verein hätte auch längere Zeit hindurch nicht die erwünschte Betheiligung der Geistlichen gehabt. Er, Redner, glaube mit geholfen zu haben, daß der Verein von der orthodoxen Partei allmählig anders angesehen worden wäre. Die Gegensätze hätten sich auch mit der Zeit vermischt auf diesem Gebiete. Der neue Missionsverein würde nur eine neue Aflust reifen. Der Wunsch um Genehmigung einer Collecte für den Gotteskasten sei ihm gegenüber auch bereits geäußert, indessen habe er, Redner, erklärt, daß er auf das ernsteste und nachhaltigste gegen einen diesbezüglichen Antrag sprechen und stimmen würde. Herzogliches Consistorium wünscht den Streit in den Gemeinden nicht und hätte keine Verantwortung auf sich nehmen wollen. Er bäte daher dringend, die Petition nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Der Abgeordnete Bach: Er stände nach wie vor allen Missionsbestrebungen im hohen Grade sympathisch gegenüber. Er sei aber trotzdem mit mehreren Gesinnungsgegnossen nach reiflicher Ueberlegung schließlich zu der Ansicht gekommen, daß durch Zulassung des neuen Missionsvereins der Friede auf einem Gebiete gestört werden würde, wo jetzt Ruhe und Eintracht herrsche. Namentlich sei es auch sein dringendster Wunsch die Sache des Gustav-Adolf-Vereins vor Störungen geschützt zu sehen. Er bäte deshalb die Petition wenigstens zur Zeit abzulehnen.

Nach Schluß der Discussion beschloß die Versammlung, die Petition der Kirchenregierung nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Hierauf verlas

a. der Abgeordnete Hamm

ein Schreiben vom 28. d. Mts. an Seine Königliche Hoheit, den Regenten, betreffend die von der Synode zu dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, Kirchenzucht betr., beschlossenen Abänderungen,

b. der Abgeordnete v. Schwarz (Hessen)

ein Schreiben vom 28. d. Mts. an Seine Königl. Hoheit, den Regenten, betreffend einen Beschluß der Landesynode, „hohe Kirchenregierung zu eruchen, eine Revision der Bestimmungen über die geschlossene Zeit herbeizuführen“,

c. der Abgeordnete Hörmann

ein Schreiben vom 28. d. Mts. an Seine Königl. Hoheit, den Regenten, betreffend die von der Synode zu dem Gesetze, die liturgische Ordnung u. s. w. betreffend, beschlossenen Abänderungen und Zusätze,

welche sämmtlich von der Versammlung genehmigt wurden.

Sodann theilte der Herr Vorsitzende der Versammlung den Eingang und Inhalt eines höchsten Manuscripts vom heutigen Tage Nr. 563 mit, nach welchem die Synode bis zum Dinstag, den 12. Februar cr., vertagt wird.

Nachdem schließlich die Versammlung den Synodalausschuß mit der Abnahme und Genehmigung des Protokolls vom heutigen Tage beauftragt hatte, schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und eruchte die Mitglieder, sich am 12. Februar cr. morgens 11 Uhr hier wiederum einzufinden.

**Assessor Koch.**  
protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 12.

12. Februar 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung Nr. 58 vom 9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nachdem die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet war, wurde zunächst durch den Abgeordneten Sterl ein Wort aus der heiligen Schrift verlesen.

Hierauf theilte der Herr Vorsitzende der Versammlung mit, daß dem Abgeordneten v. Gram auf sein Ansuchen Urlaub für die heutige und die beiden folgenden Sitzungen ertheilt sei.

Sodann ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst zur Berichterstattung und Berathung über den Entwurf eines Gesetzes, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr.

An erster Stelle wies der Herr Vorsitzende auf folgende Druckfehler in dem Entwurfe hin:

- 1) im §. 4 Zeile 5 v. unten sei das Semikolon hinter die Klammer zu setzen,
- 2) im §. 11 Zeile 3 müsse es statt „3. u. 4. Absätze des §. 24“ heißen „5. u. 6. Absätze des §. 24.“

Aufgefordert von dem Herrn Vorsitzenden wurde darauf von dem Abgeordneten Hamm, als Referenten, im Namen der Commission folgender Bericht erstattet:

Nach den bestehenden landesrechtlichen Bestimmungen erfolge die Fürsorge für Wittwen und Waisen der Geistlichen zur Zeit theils aus den Erträgnissen einzelner, selbstständiger kirchlicher Stiftungen, theils mittelst Leistungen der Kirchengemeinden (Miethschädigungen), theils durch Belastung der kirchlichen Pfründen (Auscheidung  $\frac{1}{10}$  der Pfarrländerei) und theils vermittelt Heranziehung der Pfarrinhaber zur Landes-Beamten-Wittwen- und Waisenkasse, insofern nämlich bei den einzelnen Pfarrstellen entweder ein Witthum überhaupt nicht oder einstweilen besetzt oder unzureichend sei. Diese Einrichtung litte aber, wie auch in den Motiven ausgeführt sei, an den erheblichsten Mängeln und Unzuträglichkeiten, indem sie 1) auf Versorgung der Waisen nur in sehr ungenügendem Maße Rücksicht nähme, 2) für pünktliches Eingehen der vielfach an Stelle der Naturalbezüge getretenen Geldentschädigungen keinerlei Sicherheit böte, 3) die einzelnen Pfarrinhaber ungleichmäßig belaste und 4) ihren Hinterbliebenen danach nicht die Vortheile gewährleistete, deren die Hinterbliebenen der

Staatsbeamten sich zu erfreuen hätten. Die Entschließung der Regierung, diesem Zustande ein Ende zu machen, könne deshalb im Interesse der Betheiligten wie in Hinblick auf die Hebung des Standes nur freudig begrüßt werden.

Der Weg, den das Gesetz einschläge, läge nur in der Errichtung einer eigenen Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt. Derselben solle als Grundstock zugeführt werden: Das Capitalvermögen der bei den einzelnen Pfarrstellen bestehenden Pfarrwittwenenthums- bezw. Pfarrwittwenhauscassen und die zur Pfarrwittwenversorgung bestimmten, beim Kloster-Capitalfonds oder bei Kirchencassen verwalteten Capitalien, soweit sie nicht nachweislich aus Privatstiftungen herrührten. Die laufenden Einnahmen der Anstalt würden bestehen aus 1) den Jahreszinsen des Grundstocks (u. eventuell des Reservefonds) 2) den jährlichen Beiträgen der Theilnehmer der Anstalt ( $3\frac{1}{2}\%$  des Diensteinkommens entsprechend der gleichen Leistung der Staatsbeamten). Mittelfst dieser Einnahmen solle die Anstalt in den Stand gesetzt werden, neben Uebernahme der auf den Pfarrwittwencassen ruhenden Lasten den Wittwen und Waisen der Prediger Pensionen zu zahlen im Betrage von  $24\%$  desjenigen Jahreseinkommens, von welchem die Beiträge geleistet wären. Bestimmungen über Berechtigung zur Pension, deren Fälligkeit, Zahlung, Anrecht der Kinder, Theilheiligung Emeritirter seien dem Gesetze von 1876 nachgebildet, zum Theil in einfacherer und übersichtlicherer Fassung. Zur Deckung der Ausgaben solle ferner ein Reservefonds gebildet werden, über dessen Ansammlung und Verwendung die §§. 7—9 sachgemäße Anordnungen trafen. Die Durchführung dieses Planes solle ferner nur sehr allmählig erfolgen. Nach Absicht des Gesetzes solle die Berechtigung und Verpflichtung zur Theilnahme mit „Neuanstellung“ oder „Versetzung“ beginnen. Fände letzteres nicht statt, so blieben den Wittwen und Waisen der betreffenden ihre bisherigen Ansprüche — je nachdem der Versorger Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisencasse gewesen wäre oder nicht — im Augenblicke unge schmälert (§. 26); Predigerwittwen, welche sich bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes im Genuß eines Pfarrwittwenenthums befänden, würden in dessen Besitz und Genuß gelassen, für die übrigen möglichen Fälle seien im §. 27 angemessene Uebergangsbestimmungen gegeben.

Seitens der Kirchenregierung sei nun ein Gutachten der Synode gefordert, theils über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit des Plans, theils darüber, ob es, um die Einrichtung ins Leben zu rufen, lediglich eines Aktes der Staatsgesetzgebung — wie im Eingang des Entwurfes vorgesehen sei — bedürfe oder ob daneben noch ein Kirchengesetz erforderlich sei? In dieser Hinsicht glaube nun die Commission der Synode 3 Fragen zur Prüfung unterbreiten zu müssen, 1) ist die Errichtung der Anstalt rechtlich zulässig, 2) ist dieselbe finanziell durchführbar und 3) ist dieselbe dem Interesse der Betheiligten und des Standes entsprechend? Nach Ansicht der Commission seien alle 3 Fragen zu bejahen.

Was die erste Frage anlange, so bestimme der §. 216 und 217 der neuen Landschaftsordnung, daß allen (kirchlichen) Stiftungen der volle Besitz ihres Vermögens zugesichert würde, daß das Vermögen seiner ursprünglichen Bestimmung nicht entzogen, nur zu ähnlichen Zwecken als dem ursprünglichen mit Zustimmung der Betheiligten, eventuell der Landstände verwendet werden dürfe. Nun läge es aber auf der Hand, daß Waisen-Versorgung ein erweiterter aber ähnlicher Zweck sei. Die Frage sei rechtlich nur die: der Entwurf setze an Stelle der einzelnen, mit selbständiger juristischer Persönlichkeit ausgestatteten Cassen eine einheitliche Anstalt, löse das Vermögen von seiner Stelle los und verschmelze es zu dem einheitlichen Grundstock der neuen Stiftung. Es fräge sich, ob diese Consolidation zulässig sei? Zunächst würden wohlverordnete Rechte dritter Personen nicht geschmälert; dafür sei im §. 4 Abs. 1 und 4 gesorgt. Das Interesse der Betheiligten sei gewahrt durch Uebergangsbestimmungen.

Daß den Gemeinden nach Art und Weise, wie künftige Einrichtungen auf ihre bisherigen Verpflichtungen einwirken würden, kein Widerspruchsrecht zustände, diese Frage habe in der Begründung des Entwurfes zutreffende Darlegung gefunden. Im Uebrigen aber sei



zu erwägen, daß die Entstehung fast all der einzelnen Pfarrwittwenstiftungen, die im Laufe der letzten 3 Jahrhunderte allmählig hervorgewachsen seien, auf einen Akt der Staats- (resp. Kirchen-) Gewalt zurückzuführen seien, und daß, wie das jeweilige Ermessen der Staatsgewalt seither maßgebend gewesen sei für die Bestimmung der Wege, mittelst deren die Durchführung von ausreichender Wittwenversorgung am angemessensten erreichbar erschien, so könne derselben auch jetzt unter Mitwirkung der verfassungsmäßig bestehenden Vertretung der Landeskirche keine Schranke gesetzt werden, wenn die völlig veränderten Zeit- und Lebensverhältnisse es bedingten, die Rechtsform, innerhalb deren seine Fürsorge sich bethätigen solle, durch eine andere, neue zu ersetzen.

Der Wille des Staates hätte die einzelnen Stiftungen ins Leben gerufen, er dürfe auch in ihr Geschick eingreifen und sie umwandeln, wenn der ursprüngliche Zweck auf dem bisherigen Wege unausführbar erscheine, und dem beabsichtige auch die neue Landschaftsordnung nicht entgegen zu wirken.

Was ferner den finanziellen Punkt anlange, so enthielten die Motive und der denselben angeschlossene Etat für die ersten 24 Jahre eine Zusammenstellung über die mutmaßlichen Einnahmen und Ausgaben. Soweit es sich übersehen lasse, sei an dem günstigen Erfolge der Anstalt nicht zu zweifeln. Es stehe ein reiches Grundvermögen zur Seite und es sei in vorsichtiger Weise auf nachhaltiges Anwachsen des Grundstocks, wie Ansammlung des Reservefonds Rücksicht genommen. Bei Bemessung der Einnahmen sei behutsam verfahren. Nur  $3\frac{1}{2}\%$  sei zu Grunde gelegt. Die Ausgaben seien ziffermäßig hoch gegriffen. Die Etats seien darauf berechnet, Mittel darzubieten, um dauernd 121 Wittwenpensionen — entsprechend der seit einer langen Reihe von Jahren einmal erreichten Höchstzahl — zahlen zu können. Die Berechnungen des Entwurfes hätten übrigens auch von technischer geübter Seite eine Nachprüfung erfahren, welche durchaus günstig ausgefallen sei.

Die 3. Frage anlangend, so würde der Erlaß des Gesetzes zur Folge haben, daß die Mängel und Ungleichheiten des bisherigen Zustandes beseitigt würden, und daß die Geistlichen in Bezug auf die Versorgung ihrer Hinterbliebenen gleiche Rechte mit den übrigen Staatsbeamten erhielten, in gewissen Beziehungen sogar Bevorzugungen (§. 9, 17 Abs. 2, 22 Abs. 3, 23 Schluß.) Es müsse voll anerkannt werden, daß der Entwurf allen billigen Anforderungen des Predigerstandes auf ausreichende und würdige Versorgung seiner Angehörigen in jeder Weise Rechnung trüge.

Was das formale Vorgehen anlange, so sei in den Motiven hervorgehoben, daß der Entwurf vorwiegend Staatsgesetz sei. Im Gesetz von 1882 sei das Verhältniß der Kirchen- und Staatsgesetzgebung geordnet. Daß ein Gesetz in beiderseitiger Eigenschaft erlassen werde, sei ausgeschlossen. Es müsse das vorliegende Gesetz entweder lediglich als Staatsgesetz erlassen, oder es müßten, wie es bei dem Emeritierungsgeetze von 1882 geschehen sei, 2 Gesetze erlassen werden. Letzteres würde aber nur eine unnötige Weiterung sein und das Inkrafttreten des Entwurfes bedeutend erschweren und verzögern. Im Uebrigen sei die Commission mit den in den Motiven in dieser Beziehung gemachten Ausführungen vollkommen einverstanden gewesen, und glaube er, Referent, deshalb von weiteren Erörterungen über diese Frage absehen zu können.

Schließlich wolle er folgende Wünsche, welche commissionsseitig vorgeschlagen worden wären, der Herzogl. Kirchenregierung gegenüber zu dem vorliegenden Gesetze zu äußern, vortragen:

- 1) Im Eingang zwischen den Worten „erlassen“ und „mit“ einschieben:  
„nach angehörtem Rath und Gutachten der Landessynode“.
- 2) Im §. 1 und im §. 5 Nr. 2 statt „hiesigen Landeskirche“ zu sagen „evang.-lutherischen Landeskirche des Herzogthums“.
- 3) Im §. 4 Abs. 6 Zeile 2 statt „entbehrlichen Ueberschüssen“ zu sagen „neu entstehenden und entbehrlichen Capitale“.

- 4) Im §. 6 als *Nr.* 2 einzuschließen:  
„2. den erheblichen Ueberschüssen aus den laufenden Einnahmen der weiter bestehenden einzelnen Pfarrwittwenhums- bezw. Pfarrwittwenhause-  
cassen (s. §. 28 Abs. 4 und 5)“.
- 5) Im §. 17 als einen 4. Absatz hinzuzufügen:  
„die Pensionen werden bis zum Schluß desjenigen Monats ausgezahlt, in welchem das Anrecht zum Bezuge derselben erloschen ist“.
- 6) Im §. 24 Abs. 3 am Ende statt: „im Verordnungswege“ zu sagen „im Verordnungs- oder Verwaltungswege“.
- 7) Im §. 30 Abs. 1 die Worte: „nachdem zuvor die Landesynode sich mit letzterem einverstanden erklärt hat“ zu streichen.

Sodann wolle er im Namen der Commission den Antrag stellen:

„die Landesynode wolle — unbeschadet der vorstehenden Wünsche — zu dem vor-  
gelegten Entwurf ihr Gutachten beifällig abgeben.“

Hierauf sprach sich zunächst der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Philfeld mit dem Bemerken, daß er nach dem Vortrage des Herrn Referenten einer weiteren Erläute-  
rung der Vorlage im allgemeinen überhoben sei, über die von der Commission ausgesprochenen  
Wünsche aus und empfahl dieselben sämmtlich der Versammlung zur Annahme.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß sodann die Versammlung von einer  
Generaldebatte über den Entwurf seinem ganzen Inhalte nach Abstand zu nehmen und nur  
die von der Commission gestellten Wünsche nebst Antrag zur Berathung zu ziehen.

Der Abgeordnete von Schwarzh (Ermlingen) sprach seine Bedenken aus über den  
formalen Weg, welchen das Gesetz einschläge; es sei richtig, daß es bequemer und einfacher  
sei diesen Gegenstand durch ein Landesgesetz zu regeln; er glaube indessen nicht, daß Rück-  
sichten der Bequemlichkeit dazu verleiten dürften zu der unklaren Vermischung von Kirchen-  
und Landesgesetzgebung zurückzukehren. Wenn dieses Gesetz als Landesgesetz erlassen würde,  
so könne es auch nur durch Landesgesetz abgeändert werden. Er müsse wünschen, daß das  
Vorgehen anders geschehen möge, als die Commission vorgeschlagen habe.

Nachdem diese Bedenken von dem Abgeordneten Rhamm kurz widerlegt waren,  
stimmte die Versammlung dem Wünsche der Commission ad 1 zu.

Hierauf bemerkten die Abgeordneten Keuncke und Eimcke, daß sie eigentlich eine  
Generaldebatte über das ganze Gesetz gewünscht hätten, um manche schwierige Fragen zur  
Sprache zu bringen, welche in dem Entwurfe ihrer Ansicht nach gar nicht berücksichtigt seien.  
Namentlich erscheine es ihnen nicht gerechtfertigt und unbillig, wenn man behaupten wolle,  
daß die Gemeinden bei diesen Angelegenheiten nicht zu hören seien, obgleich nach ihrem  
Dafürhalten durch diese neuen Bestimmungen einzelne Gemeinden sicherlich benachtheiligt  
werden würden.

Nachdem die genannten Abgeordneten in längeren Ausführungen solche Punkte und  
Schwierigkeiten, über welche die Vorlage nichts enthielte, ihrer Ansicht nach, durch Anführung  
von Beispielen erläutert hatten, nahm der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-  
Philfeld die Gelegenheit, insbesondere durch Hinweis auf den § 28 Abs. 2 der Vorlage und  
eingehender Erläuterung desselben nachzuweisen, daß und wie alle die Angelegenheiten, von  
welchen die Abgeordneten Keuncke und Eimcke gesprochen hätten, in der Vorlage  
geregelt seien, daß das Gesetz sich klar darüber ausspreche, und daß irgend welche Schwierig-  
keiten gar nicht entstehen könnten. Der Entwurf wolle aber auch den Gemeinden eine  
bedeutende Entlastung zu theil werden lassen, die Gemeinden würden nur Vortheile davon  
haben und hätten durchaus keine Veranlassung ängstlich zu sein. Daß den Gemeinden an  
dem Eigenthum des Pfarrwittwenhums absolut kein Privatrecht zustände, in dieser Be-  
ziehung verweise er auf die in den Motiven enthaltenen Ausführungen.

Die Versammlung ertheilte hierauf den Wünschen der Commission ad 2. 3. 4. 5 und 6 ohne weitere Debatte ihre Zustimmung.

Sodann richtete der Abgeordnete Eißfeldt die Anfrage an das Hohe Kirchenregiment, ob es nicht möglich sei eine Bestimmung in die Vorlage aufzunehmen, nach welcher auch diejenigen Geistlichen, welche nach den Bestimmungen derselben zur Theilnahme nicht berechtigt und verpflichtet seien, doch wenigstens die Möglichkeit erhielten, dieser Anstalt ebenfalls beizutreten, was nach der ganzen Anlage der Anstalt doch möglich sein müsse. Der Ausschluß derselben könnte doch in manchen Fällen eine große Härte für dieselben sein.

Der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Philstedt: Es sei richtig, daß die Einführung dieser neuen Anstalt wie das bei jeder Neubildung der Fall sei, ein Uebergangsstadium herbeiführen müsse, welches diesen oder jenen Uebelstand mit sich brächte. Die Lösung dieser angeregten Frage würde die sein, daß man allen Geistlichen nach ihrer Wahl den Eintritt in die Anstalt freistellte. Das sei aber eine sehr schwierige Sache, da man bei Gründung einer neuen Anstalt mit thunlichst bestimmten Factoren rechnen müsse, um feststellen zu können, ob dieselbe lebensfähig sei. Dieser Factor sei aber unberechenbar, denn, wie viele der Herren Geistlichen Neigung haben würden beizutreten, ließe sich nicht voraussagen. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, welcher die Vorlage in Bezug auf ihre finanzielle Lebensfähigkeit geprüft habe, sei herausgerechnet, daß die Mittel den Anforderungen genügen würden. Ob das auch der Fall sein würde, wenn man jetzt noch ein unbestimmtes X zuließe, möchte zweifelhaft sein. Daher liege ein schweres finanzielles Bedenken gegen den Wunsch des Abgeordneten Eißfeldt vor. Wo sich etwa in Zukunft außerordentlich schwere Fälle zeigen sollten, wäre es vielleicht besser der Noth auf andere Weise abzuhelpen, und sich damit in dieser Beziehung zu behelfen.

Sodann stellte der Abgeordnete Hörmann einen Antrag:

„Folgenden Zusatz dem §. 27 hinzuzufügen:

„Denjenigen Predigern, welche eine Pfarrstelle innehaben, deren voriger Prediger emeritirt ist, kann auf Antrag bei Herzoglichem Consistorium der Eintritt in die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gewährt werden“.

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Der Antrag rief eine längere Debatte hervor, an welcher sich namentlich außer dem Antragsteller die Abgeordneten Eißfeldt, v. Schwarz (Gremlingen), Jeep und Hamm, sowie der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Philstedt theilnahmen.

Nach Schluß der Debatte zog der Abgeordnete Hörmann den obigen Antrag zurück und stellte folgenden weiteren Antrag:

„Hohe Synode wolle beschließen, eine Erweiterung der Vorlage in der Richtung der Herzogl. Kirchenregierung zu empfehlen, daß denjenigen Predigern, welche eine Pfarrstelle innehaben, deren voriger Prediger emeritirt ist, auf einen binnen einer bestimmten Präjudizialfrist bei Herzogl. Consistorio zu stellenden Antrag der Eintritt in die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gewährt werden könne.“

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung, wurde zur Berathung gestellt und von der Versammlung angenommen.

Darauf stellte der Abgeordnete Bach in Rücksicht auf den §. 28 Abs. 2 der Vorlage und mit dem Bemerken, daß es ihm nicht billig erschiene, die in dem letzten Satz desselben erwähnten Verpflichtungen den Gemeinden einfach zu schenken, weil dann die auf diese Weise in Wegfall kommenden Beträge von den Geistlichen aufgebracht werden müßten, folgenden Antrag:

Im §. 28 Abs. 2 am Ende statt der Worte: „kommen in Wegfall:“ zu sagen: „kommen der Pfarrwitwenversorgungsanstalt zu Gute“.

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Bisfeldt: Er bitte, den Antrag abzulehnen, und zwar aus practischen Gründen. Es handle sich hier nicht um bedeutende Werthe, welche der Wittwenversorgung entzogen würden. Diese in Betracht kommenden Abgaben der Gemeinden seien sehr gering; es handle sich um ganz geringe Beträge, Holz u., selten Grundstücke, zumeist Bagatellen. Wolle man sie nicht wegfallen lassen, so schaffe man der Verwaltung der Anstalt unseligen Verdruß und große Schwierigkeiten, welche mit dem Werthe derselben in gar keinem Verhältnisse ständen.

Deshalb sei von diesen Kleinigkeiten dem großen Entwurfe gegenüber abgesehen worden.

Nachdem sich auch die Abgeordneten Keuncke, Cimecke und Zerbst kurz gegen den Antrag ausgesprochen hatten, wurde derselbe von dem Antragsteller zurückgezogen.

Bei der nun folgenden Besprechung des Wunsches der Commission ad 7 stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) zunächst folgenden Antrag:

„In dem §. 30 des Entwurfes folgenden Passus einzuschließen:

„die Abänderung desselben ist nur mit Zustimmung der Landessynode zulässig.“

Nachdem der Antrag, da er genügende Unterstützung fand, zur Berathung gestellt war, entspann sich eine Debatte, an welcher außer dem Antragsteller der Abgeordnete Rhamm sowie der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk theilnahmen.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) zog hierauf obigen Antrag zurück und stellte folgenden neuen Antrag:

„Die Synode giebt ihr Erachten dahin ab, daß ein Staatsgesetz die Bedingungen der neuen Einrichtung festzustellen hat, während die weitere Ausführung der Kirchengesetzgebung zu überlassen ist.“

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt. Gegen denselben sprachen sich die Abgeordneten Rhamm und Serl aus.

Vor der Abstimmung über denselben eröffnete der Herr Vorsitzende zunächst die Berathung über den von der Commission gestellten Antrag. Die ohne vorhergehende Debatte über den letzteren erfolgende Abstimmung ergab darauf die Annahme desselben.

Die Versammlung lehnte schließlich den Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) ab.

Damit war Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Die Versammlung ging nunmehr zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung, der Berichterstattung und Berathung des Antrages des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen), wegen Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der Kirchen- u. Angelegenheiten betreffend, über.

Im Namen der Commission wurde zunächst von dem Abgeordneten Langerfeldt, nachdem derselbe den Antrag wörtlich verlesen hatte, Bericht dahin erstattet:

Die Commission sei zu dem Beschlusse gelangt, den Antrag der Versammlung nicht zur Genehmigung zu empfehlen, das Herzogl. Kirchenregiment aber um eine Rückäußerung über die rechtliche Lage der dadurch betroffenen Angelegenheit zu ersuchen. Der Antrag sei durch ein practisches Bedürfnis nicht veranlaßt, da Recurse in rein geistlichen Angelegenheiten äußerst selten seien; namentlich sei aber kein Bedürfnis vorhanden eine höchste Kirchenbehörde erst neu einzurichten. Juristisch liege kein Grund vor, an den bestehenden Bestimmungen zu ändern, wenn die Kirchenregierung mit den nachfolgenden Ausführungen einverstanden sei. Im §. 1 der Verordnung von 1814 hieße es „die allgemeine Aufsicht über das evang.-luth. Kirchen- und Schulwesen ist Unserem Consistorio unmittelbar unter Uns und Unserem Geheimen-Raths-Collegio übertragen“, und im §. 2 (Gehorsam der Kirchendiener u. gegen das Consistorium) „vorbehältlich jedoch nöthigen Falls des Vortrages der Gegengründe bei unserem Geheimen-Raths-Collegio“.

Die Commission sei der Ansicht, daß diese Verordnung, wie sie bislang ja nicht aufgehoben sei, entschieden zu Recht bestände, insoweit es sich um nicht rein geistliche Angelegenheiten handle, dagegen, sofern es sich nur um solche handle, aufgehoben sei. In der Verordnung von 1814 sei ein Unterschied zwischen Kirchenhoheit und Kirchengewalt nicht gemacht. Die Neue Landschaftsordnung mache in den §§. 212 u. 213 einen ganz scharfen Unterschied zwischen Kirchenhoheit und Kirchengewalt. Nach Ansicht der Commission handle der §. 213 cit. von den Angelegenheiten, welche der Abgeordnete von Schwarz bei seinem Antrage vor Augen gehabt habe. In dem §. 213 werde nur von der Mitwirkung und dem Beirathe des mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzten Consistoriums gesprochen. Sollte noch eine andere Behörde mitzuwirken haben, so müsse das im §. 213 gesagt sein. Wenn aber die Ausübung der Kirchengewalt in der evang. luth. Landeskirche durch §. 213 dem Landesfürsten, unter Beirath des Consistoriums ausdrücklich zugesprochen und einer anderen Behörde keine Erwähnung geschehen sei, so dürften damit die beregten Bestimmungen in der Verordnung von 1814 implicite aufgehoben sein. Die oberste Kirchenbehörde sei in der Person des Landesfürsten vorhanden; der Landesfürst sei aber nicht allein in der Lage kraft der ihm zustehenden Kirchengewalt Verfügungen zu treffen, sondern er würde sich der Contrasignatur eines Mitgliedes Herzogl. Staatsministerii bedienen müssen (cf. §§. 155 u. 156 der N. L. O.). Diese Contrasignatur habe aber nur die Bedeutung einer Bescheinigung, daß die Verfügung landesverfassungsmäßig sei, wie ja auch im §. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. März 1882 *M. 16*, den Erlass der Kirchengesetze betr., für „Kirchengesetze“ und „Kirchenverordnungen“ die Contrasignatur eines Ministers vorgeschrieben sei. Die Commission hielte eine Abänderung dieser Bestimmung für aussichtslos; der Staat würde sich dieses Rechts nicht begeben. Richtig sei es, daß der §. 158 der N. L. O. keine Garantie dafür böte, daß nicht Katholiken, Juden u. in das Herzogl. Staatsministerium berufen würden. Indessen sei die Möglichkeit dieses Falles nach Lage der Verhältnisse auch für die Zukunft vollkommen ausgeschlossen.

Es sei dieses graue Theorie, welche vorläufig zu Aenderungen keine Veranlassung bieten könnte. Für den Fall, daß der Landesfürst selbst nicht evang. luth. Bekenntnisses sein sollte, träfe der §. 214 ibid. genügende Vorsorge.

Aus angeführten Gründen stelle die Commission folgenden Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen in der Erwägung, daß

- 1) die Bestimmungen in §§. 1 und 2 der landesherrlichen Verordnung vom 14. April 1814, insofern dadurch auch in rein geistlichen Angelegenheiten eine Unterordnung Herzogl. Consistoriums unter das Herzogl. Staatsministerium ausgesprochen wird, durch die §§. 212 u. 213 der neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1882 als aufgehoben zu betrachten sind;
- 2) nach diesen Bestimmungen vielmehr in rein geistlichen Angelegenheiten das Herzogl. Consistorium direct unter dem Landesherrn als *summus episcopus* steht;
- 3) dieses Verhältniß den rechtsbegründeten Ansprüchen und Interessen der evang. luth. Landeskirche entspricht, wenn nur von den Mitgliedern des Herzogl. Staatsministeriums die auch bei den kirchlichen Angelegenheiten zu übende staatsverfassungsmäßige Mitwirkung lediglich in dem der Kirchenverfassung entsprechenden Sinne ausgeübt wird;
- 4) eventuell aber, Falls die angezogenen Bestimmungen der Verordnung von 1814 noch zu Recht bestehen sollten, doch zu einer Aenderung des bestehenden Rechtszustandes ein begründeter Anlaß um so weniger vorliegt, als practische Unzuträglichkeiten daraus sich nicht ergeben haben;

der Antrag des Abgeordneten von Schwarz (Gremlingen) zu Cap. I der Anlage 6 a zwar

## Sitzungsbericht 12.

auf sich beruhen zu lassen, das Herzogl. Kirchenregiment aber um eine Rückäußerung über die rechtliche Lage der dadurch betroffenen Angelegenheit zu ersuchen.“

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende wegen vorgerückter Zeit die heutige Sitzung und beraumte die nächste Sitzung nach Mittheilung der Tagesordnung auf Mittwoch, den 13. d. Mts., Morgens 10 Uhr an.

Assessor **Koch**,  
protokoll. Secretair.

(Sitzungsberichte 13 und 14.)

# Sitzungsbericht 13.

13. F e b r u a r 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung .L. 58 vom  
9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Sterk, wurde das Protokoll vom 12. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Sodann machte

der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von dem Eingange und Inhalte eines höchsten Rescripts vom 11. d. Mts. N. 905, bei Vorlegung des Entwurfes eines Kirchengesetzes wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, und bestimmte die Schlußberatung über diese Vorlage auf die nächste Sitzung.

Die Versammlung ging hierauf zur Erledigung der Tagesordnung über und zwar zunächst zur Beratung des Antrages des Abgeordneten von Schwarz (Cremlingen) wegen Abänderung der Verordnung vom 14. April 1814 über die Verwaltung der Kirchen- u. Angelegenheiten.

An erster Stelle ergriff der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirt das Wort und führte aus:

Was die durch vorliegenden Antrag angeregte Frage anbeträfe, so wäre über dieselbe von dem Herrn Referenten bereits gestern ein seiner Ansicht nach durchaus zutreffender Bericht erstattet. Er stimme damit überein, daß der §. 1 der Verordnung von 1814 längst aus der Praxis verschwunden sei, und seit langer Zeit, wenn überhaupt jemals, Unruhe nicht mehr verursacht habe. An seine Stelle sei der §. 213 der neuen Landschaftsordnung getreten, nach welchem die Kirchengewalt dem Landesfürsten zustehe, welcher sie mit dem Beirathe Herzogl. Consistorii auszuüben habe. Verfassungsmäßig sei also festgestellt, daß die diesbezüglichen Vorschläge oder Anträge Herzoglichen Consistorii keinesfalls mehr einer Nachprüfung oder Bearbeitung des Herzogl. Staatsministeriums unterlägen. Der Staat sei bei Angelegenheiten dieser Art nur insofern theilhaftig, als nach §. 212 der N. V. D. zu prüfen sei, ob die Sache eine rein geistliche Angelegenheit sei und auch sonst staatliche Bedenken nicht entgegenständen. Nach §. 212 cit. habe im Zweifel die Landesregierung hier zu entscheiden

und habe also nach diesen beiden Richtungen hin der Minister der geistlichen Angelegenheiten seine Prüfung anzustellen.

Seien in dieser Beziehung keine Bedenken vorhanden, so sei es die Pflicht des Ministers, die betreffende Sache ohne seine eigene Meinung hineinzumischen zur Kenntniß des Landesfürsten zu bringen. Dieses sei auch immer gewissenhaft befolgt. Der Minister für geistliche Angelegenheiten trage also die Verantwortung für gewissenhafte Prüfung der beiden Fragen, ob die Sache rein geistlicher Art sei und ob sonstige staatliche Bedenken nicht entgegenständen, ferner dafür, daß die Sache in ihrer reinen Ursprünglichkeit vorgetragen würde. Durch die Contrasignatur solle nur bezeugt werden, daß die Bestimmungen, welche der Minister zu befolgen habe, auch wirklich befolgt seien. Hiernach glaube er, daß der in Frage stehende Antrag zu Aenderungen in den gesetzlichen Bestimmungen keine Veranlassung bieten könne.

Der Abgeordnete von Schwarzh (Cremlingen): Nach diesen soeben gehörten Erklärungen vom Regierungstische müßte er sich vollkommen befriedigt erklären und sei in der Lage, seinen Antrag zurückzuziehen, denn hiernach sei ja das, was er mit seinem Antrage zu erreichen gewünscht habe, bereits bestehendes Recht. Er sei aber durch einige Fälle, von denen er gehört habe, zu dem Antrage veranlaßt und habe den Zweifel in dieser Beziehung zu beseitigen gewünscht. Mit den in dem Commissionsantrage enthaltenen Ausführungen sei er bis auf den Punkt ad 4 einverstanden, er wolle aber verzichten gegen diesen, mit dem er durchaus nicht einverstanden sei, sich zu äußern.

Nachdem darauf der Abgeordnete Rhamm darauf hingewiesen hatte, daß eine Zurückziehung des vorliegenden Antrages in dem jetzigen Stadium nicht mehr zulässig sein würde, daß es auch höchst erwünscht sein würde, wenn die Versammlung sich mit den in dem Commissionsantrage enthaltenen Rechtsansichten einverstanden erkläre, und daß die Commission jedenfalls bereit sein würde, ihren Antrag in anderer Weise — eventuell auch unter Weglassung der Nr. 4 — zu formulieren, stellte der Abgeordnete Langerfeldt im Namen der Commission und mit Zustimmung des Abgeordneten v. Schwarzh (Cremlingen) folgenden neuen Antrag:

„Hochwürdige Synode wolle beschließen in der Erwägung, daß

- 1) die Bestimmungen in §§. 1 und 2 der Landesherrlichen Verordnung vom 14. April 1814, insofern dadurch auch in rein geistlichen Angelegenheiten eine Unterordnung Herzogl. Consistoriums unter das Herzogl. Staatsministerium ausgesprochen wird, durch die §§. 212 und 213 der neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 als aufgehoben zu betrachten sind;
- 2) nach diesen Bestimmungen vielmehr in rein geistlichen Angelegenheiten das Herzogl. Consistorium direct unter dem Landesherrn als summus episcopus stehe;
- 3) dieses Verhältniß den rechtsbegründeten Ansprüchen und Interessen der evang.-lutherisch Landeskirche entspreche, wenn nur von den Mitgliedern des Herzogl. Staatsministeriums die auch bei den kirchlichen Angelegenheiten zu übende staatsverfassungsmäßige Mitwirkung lediglich in dem der Kirchenverfassung entsprechenden Sinne ausgeübt wird;

über den Antrag des Abgeordneten v. Schwarzh (Cremlingen) zu Cap. I der Anlage 6a zur Tagesordnung überzugehen.“

Der Antrag wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt und von der Versammlung angenommen.

Zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung der Berichterstattung und Berathung über den Antrag des Abgeordneten Bach, betreffend eine Erweiterung der Verwendungszwecke des Kirchenvermögens,

wurde zunächst von dem Abgeordneten Schönermark im Namen der Commission als Referent folgender Bericht erstattet:



Der Antrag des Abgeordneten Bach habe es im Wesentlichen auf die Förderung des kirchlichen Lebens innerhalb der einzelnen Kirchengemeinden abgesehen und ginge von dem jedenfalls richtigen Standpunkte aus, daß das Kirchenvermögen zur Erreichung dieses Zwecks verwendet, eine gute Verwendung gefunden habe. Die Commission habe deshalb den Antrag freudig begrüßt. Geistliche und Kirchenvorstände hätten es oft als einen Uebelstand empfunden, und häufig gerade Nothständen gegenüber mit Bedauern erfahren müssen, daß sie nach der bisherigen Praxis bei Verwendung des Kirchenvermögens sich hätten außer Stande sehen müssen, die vorhandenen Mittel der Kirchen nach dieser Richtung hin, der Hebung des kirchlichen Lebens, flüssig zu machen. Es müsse höchst wünschenswerth erscheinen, daß wirklich vorhandene Kirchenmittel nicht brach lägen, sondern zu dem genannten Zwecke Verwendung fänden. Was nun die Rechtslage hinsichtlich der Verwendung von Kirchenmitteln anlange, so enthielte die erneuerte Kirchenordnung von 1709, welche in dem Cap. XX. von den Kirchengütern und deren Administration handle, über die speciellen Verwendungszwecke des Kirchenvermögens nichts weiter. Indessen sei die Grundidee von Anfang an gewesen, daß das Kirchenvermögen in erster Linie dazu hätte dienen sollen, die Baulasten und die Zwecke des Cultus zu bestreiten. Der §. 217 der neuen Landschaftsordnung schriebe dementsprechend vor: „Das Vermögen der Kirchen darf nie seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werden“ u. s. w.

Diesen Bestimmungen gemäß sei bisher das Verfahren Herzogl. Consistorii gewesen. Früher möge eine liberalere Praxis stattgefunden haben. Durch Rescripte Herzogl. Staatsministerii vom 24. November 1855 und 21. Juli 1869 sei allerdings als zulässig anerkannt, „in besonderen Nothfällen Kirchendienern und Landschullehrern aus entbehrlichen Ueberflüssen des betr. Kirchenvermögens Unterstützungen zu gewähren“, hiervon würde aber schon lange kein Gebrauch mehr gemacht. Selbst Anträge auf Verwendungen des Kirchenvermögens im allgemeinen Kircheninteresse z. B. für außerordentliche Gottesdienste, Beleuchtung und Heizung der Kirchen u. s. w. seien von Herzogl. Consistorio abschlägig beschieden. Herzogl. Consistorium habe es für bedenklich gehalten, derartige Verwilligungen zu gewähren. Solches Festhalten an der gesetzlichen Vorschrift sowie die weise Fürsorge, das Kirchenvermögen nicht geschädigt zu sehen, müsse völlig anerkannt werden. Trotzdem aber habe die Commission es beklagen zu müssen geglaubt, wenn auf diese Weise wirklich überflüssiges Kirchenvermögen nur zu Bau- und Cultuszwecken sollte Verwendung finden, und nicht sollte dazu gebraucht werden dürfen, das letzte Ziel des Cultus, die Förderung des kirchlichen Lebens in den Gemeinden, mit erreichen zu helfen.

Daß die Hoffnung vielleicht nur gering sei, auf diesem Wege das kirchliche Leben bedeutend zu fördern, da im Lande nicht viel Gemeinden seien, welche erhebliche Ueberflüsse zu solchen Zwecken verwenden könnten, sei kein Grund, nun Schritte nach dieser Richtung hin überhaupt zu unterlassen. Als solche Zwecke ließen sich nun sehr verschiedene denken, z. B. Errichtung von Volksbibliotheken, Kinderbewahranstalten u. dergl.; Vertheilung von Predigten und Traubibeln, künstlerisch ausgestatteten Scheinen zur Erinnerung an die Confirmation, Sonntagschulen, Kindergottesdienste, Gemeindepflege durch Diaconie u. s. w.

Wollte man bei den ersteren bedenklich sein, ob zu solchen Zwecken das Kirchenvermögen irgend welche Beziehung haben könne, so müsse doch die Verwendungsmöglichkeit desselben für die 2. Kategorie weniger fraglich erscheinen. Mittel zu außerordentlichen Gottesdiensten, zur Heizung und Beleuchtung der Kirchen lägen aber ohne Frage im Bereiche der Verwendbarkeit der kirchlichen Mittel.

Wenn deshalb die Commission dem Bach'schen Antrage freundlich gegenüber gestanden habe, so habe dieselbe aber dennoch gemeint, daß es zur Flüssigmachung hinreichend vorhandenem Kirchenvermögens zu solchen Zwecken eines bestimmten neuen Gesetzesentwurfs, wie ihn der Antrag im Auge habe, nicht bedürfe, da die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen Raum genug zur Verwendung der Kirchenmittel zu obigen Zwecken böten.

Er wolle in dieser Beziehung zunächst auf die §§. 1 und 2 des Gesetzes über die Parochiallasten hinweisen, namentlich aber auch auf den §. 217 der erneuerten Landschaftsordnung von 1832.

Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen hielte die Commission ein besonderes neues Gesetz nicht für nöthig; sie hielte vielmehr dafür, daß, wo die Gemeinden, unter Umständen auch die politischen, deren Zustimmung es bedürfe, in allen Fällen, wo nur der leiseste Zweifel an der dauernden Solvenz der Kirchencasse bestände, ihre Zustimmung nicht versagten zur Verwendung des Kirchenvermögens zu einem der oben genannten Zwecke, Herzogl. Consistorium auch ohne weiteres neues Gesetz in der Lage sei, darauf gerichteten Anträgen zu willfahren.

Schließlich wolle er, Referent, im Namen der Commission folgenden Antrag stellen: „Hohe Synode wolle über den Antrag des Abgeordneten Bach zur Tagesordnung übergehen, dabei aber Herzogl. Consistorio den Wunsch zu erkennen geben, Hochdasselbe wolle bei an dasselbe gerichteten Gesuchen um Verwilligung von Kirchmitteln zu Zwecken, welche dem ursprünglichen Zwecke derselben ähnlich sind, dem Stande der einzelnen Kirchencassen entsprechend bei solchen Verwilligungen ein möglichst weitgehendes und mildes Verfahren walten lassen.“

Nachdem der Antrag von dem Herrn Vorsitzenden zur Verathung gestellt war, richtete der Abgeordnete Bach an die Vertreter Herzogl. Consistorii die Anfrage, ob dieselben in der Lage seien, Auskunft darüber zu geben, wie sich Herzogl. Consistorium zu dem Antrage der Commission stellen würde.

Der Herr Consistorialpräsident von Schmidt-Bisfeld:

Der Antrag der Commission ließe alle gesetzlichen Bestimmungen bestehen, er wünsche nur eine mildere Praxis, Herzogl. Consistorium könne etwas bereitwilliger verfahren. Im Falle, daß es sich um ähnliche Zwecke handelte, seien ja allerdings Verwilligungen aus der Kirchencasse möglich, allein nur unter der Voraussetzung der Zustimmung der Betheiligten. Als solcher Betheiligter käme aber die politische Gemeinde wesentlich in Frage, wenn die Kirchencasse keine oder keine ausreichenden Mittel habe.

Ohne daß das Interesse der politischen Gemeinde berührt würde, könnten Verwilligungen aus den Kirchencassen nur dann stattfinden, wenn die letzteren dauernd solvent seien. Dieses sei aber mit Gewißheit nur in sehr seltenen Fällen zu bestimmen, und aus diesem Grunde habe Herzogl. Consistorium in solchen Fällen stets so vorsichtig wie möglich verfahren. Sei die Zustimmung der politischen Gemeinde erforderlich und würde dieselbe gebracht, so würden, falls es sich um ähnliche Zwecke handle, keine Bedenken gegen die Verwilligung vorhanden sein. Er wolle indessen zur Erwägung geben, daß es nicht wünschenswerth sei, neben die Beschlüsse der Kirchenvorstände die Beschlüsse der politischen Gemeindebehörde zu setzen. Dieser doppelte Verkehr mit den beiden verschiedenen Gemeindebehörden sei nicht so einfach und habe seine Bedenken und Unannehmlichkeiten wenigstens in vielen Fällen.

Der Abgeordnete Pockels constatirte hierauf, daß in der Stadt Braunschweig bereits Verwendungen der Ueberschüsse der Kirchenmittel im Sinne des Commissionsantrages mit Zustimmung Herzogl. Consistorii auch zu sonstigen Zwecken als denen des Kirchenbaues und des Cultus vielfach z. B. für Heizung und Beleuchtung der Kirchen stattgefunden hätten.

Der Abgeordnete Bach: Bei Besprechung dieser Angelegenheit in der Verathung über die Zustände und Verhältnisse unserer Landeskirche, wo bereits ein diesbezüglicher Wunsch von dem Abgeordneten Keuneke geäußert sei, habe die Antwort von Seiten des Regierungsstiches ganz anders gelaute als die heutige. Nach der heutigen Erklärung des Herrn Consistorialpräsidenten v. Schmidt-Bisfeld könne er sich vollständig für befriedigt erklären, und sich für den Antrag der Commission erwärmen.

Ihm sei nur daran gelegen, daß Herzogl. Consistorium Abstand nähme von der bisher geübten Engherzigkeit.

Der Abgeordnete Kenecke: Er sei auch der Ansicht, daß neue gesetzliche Bestimmungen nicht nöthig seien. Wenn der Commissionsantrag angenommen würde, so würde das hinreichen, daß Herzogl. Consistorium in Zukunft sich diesbezüglichen Anträgen gegenüber geneigter zeigen würde. Wenn man im Herzogl. Consistorium Mißbilligkeiten zwischen Kirchenvorständen und Gemeindebehörden befürchte, so könne er diese Befürchtungen durchaus nicht theilen.

Der Herr Consistorialpräsident v. Schmidt-Bijeldeck: Wenn man in seinen heutigen und seinen früheren Erklärungen einen Widerspruch finden wolle, so beruhe das entschieden auf einem Irrthum. Er habe an früherer Stelle gesagt, was die Gesetze vorschrieben, und habe sich heute über die möglichen Ausnahmen geäußert. Er wolle nochmals hervorheben, daß ja an den gesetzlichen Bestimmungen nach dem Wunsche der Commission nichts geändert werden solle, daß es sich hier nur darum handle in möglichen Ausnahmefällen milde zu verfahren.

Der Abgeordnete Nothe: Auch in Wolfenbüttel seien für Beleuchtung, außerordentliche Gottesdienste, Kirchengeläut u. s. w. mit Einwilligung Herzogl. Consistorii Mittel aus den Kirchencassen verwendet. Er wolle das nur constatiren und bemerken, daß Herzogl. Consistorium, wo es seine Genehmigung versagt habe, dieses nur aus berechtigten Gründen werde gethan haben.

Hierauf wurde der Commissionsantrag angenommen.

Den 3. Gegenstand der Tagesordnung bildete die Berichterstattung und Berathung über den Entwurf eines Erlasses des Herzogl. Consistorii, die Zulassung zur Confirmation betr. Zunächst wurde von dem Abgeordneten Bach, als Referenten, im Namen der Commission folgender Bericht erstattet:

Der Entwurf verdanke seine Entstehung den in der vierten ordentlichen Landesynode in ihren Sitzungen vom 11. und 12. December 1884 insolge mehrerer aus ihrer Mitte gestellten Anträge, betreffend die Zulassung der Kinder zur Confirmation, von der Synode gefaßten Beschlüssen. Die Tendenz des Entwurfes gehe dahin, ein größere Strenge als früher walten zu lassen bei der Zulassung zur Confirmation und der Prüfung der eine Dispensation von dem Erfordernisse des vorchriftsmäßigen Alters eventuell rechtfertigenden Gründe. Der Entwurf sei deshalb von der Commission mit Freuden begrüßt. Denn theils durch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, theils durch die fast allgemein von den Geistlichen geübte zu große Nachsichtigkeit habe sich der Zustand gebildet, daß dasjenige (die Dispensation), was nur eine unter besonderen Umständen mögliche Ausnahme sein solle, allgemein als ein Recht angesehen würde.

Das Mittel, welches der Entwurf gewählt habe, um die Dispensationen mehr zu erschweren als bisher, sei nun das, daß fortan eine doppelte Sichtung unter den der Dispensation bedürftenden Confirmanden stattfinden solle. Nach dem §. 3 des Entwurfes solle die erste Prüfung schon vor der Zulassung zum Confirmandenunterricht eintreten und sollten Kinder, welche das in dem §. näher bestimmte Schulzeugniß nicht beibrächten, schon vom Unterrichte von vorn herein ausgeschlossen werden.

Nach §. 5 sei aber auch noch eine Ausscheidung von Kindern während des Unterrichts möglich nach den in dem §. näher gegebenen Bestimmungen. Das Hauptgewicht würde auf die erste Prüfung fallen, weil auch die Schule dabei gehört werden würde.

Die Commission habe nun aber geglaubt, eine noch schärfere Bestimmung treffen zu müssen und zwar dadurch, daß das im §. 2 des Entwurfes auf 13½ Jahre gemäß der früheren Vorschrift bestimmte Alter auf 13¾ Jahre erhöht würde. Dieser wichtige Punkt habe die Commission lange beschäftigt. Die Commission sei aber der Ansicht gewesen, daß man vor Allem das Wohl der Kinder im Auge haben und bemüht sein müsse, die Kinder zu schützen gegen die oft übertriebenen und harten Ansprüche der Eltern, welche in nur zu häufigen Fällen nur wünschten, die Kinder ohne jede Rücksicht auf die größeren Ansprüche,

die Schule und Leben heute an dieselben stelle, so bald als möglich von der Last los zu werden. Dieses sei der wesentlichste Abänderungs-Vorschlag, welchen die Commission zu dem Erlasse zu machen habe.

Im Namen der Commission wolle er nun folgende Anträge zu dem vorliegenden Entwurfe stellen:

1) Zu §. 1 den Zusatz hinzuzufügen:

„Ist der betreffende Geistliche selbst Superintendent, so hat er unter genauer Berichterstattung die Entscheidung Herzogl. Consistoriums einzuholen“.

2) In §. 2 statt „13<sup>1/2</sup> Jahren“ — „15<sup>1/2</sup> Jahren“ zu sagen.

3) In Absatz 2 des §. 3 beide Male die Worte „oder zweite“ zu streichen.

4) Zu §. 4 den Zusatz zu machen:

„Auch hier gilt das im letzten Absatz von §. 1 Gesagte“.

5) Herzoglichem Consistorio anheimzugeben, bei Publikation des in Rede stehenden Erlasses den Geistlichen zu eröffnen, daß sie sich die durch den Erlaß beabsichtigte größere Strenge in der Prüfung der Gründe der dispensationsbedürftigen Confirmanden fortan angelegen sein lassen.

Nachdem der Antragsteller noch die Anträge ad 1, 3, 4 und 5 kurz begründet hatte, bat derselbe die Versammlung dem Entwurf im Uebrigen zuzustimmen.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß hierauf die Versammlung, da es sich nur um ein Seitens der Landesynode abzugebendes Gutachten handle, in eine Generaldebatte über den vorliegenden Entwurf nicht einzutreten, vielmehr nur diejenigen §§. des Entwurfes, zu welchen von der Commission Abänderungsanträge gestellt seien, mit den letzteren zusammen zur Berathung zu ziehen.

Darauf wurde der Commissionsantrag Nr. 1 nach kurzer Debatte zwischen den Abgeordneten v. Schwarzh (Hessen), v. Schwarzh (Cremlingen), Eggeling, Schröter und Bach angenommen.

Bei der nun folgenden Berathung über den §. 2 des Erlasses nebst dem dazu gestellten Abänderungsantrage der Commission führte zunächst der Abgeordnete Gimecke aus

Er müsse sich entschieden gegen den Commissionsantrag erklären, weil durch eine solche Bestimmung in vielen Fällen eine Härte entstehen würde. Wenn die Kinder bis zum 13<sup>1/2</sup> Jahre die Schule besucht hätten, könnten sie wohl reif zur Confirmation sein. Mit einer Verlängerung dieses Zeitraumes würde nichts erreicht; es läge das auch weder im Interesse der Kinder namentlich aber nicht der Eltern, auf deren Verhältnisse man doch auch vor allem Rücksicht nehmen müsse. Es würden ja auf diese Weise Kinder bis zum beinahe vollendeten 15. Lebensjahre die Schule besuchen müssen; man könne es aber den Eltern nicht zumuthen, so lange ihre Kinder in der Schule und im Hause zu erhalten.

Der Abgeordnete Guerike:

Er müsse sich auch unbedingt gegen diese Verschärfung aussprechen; es kämen namentlich die Kinder armer Leute in Frage, welche zumeist um Dispensation nachsuchten. Wenn die Commission vermeine mit dieser Verschärfung im Interesse der Kinder zu wirken, so sei das ein entschiedener Irrthum. Das Kind armer Eltern, welches vielleicht schon selbstständig arbeiten und verdienen könnte, wenn es sich als Lehrling oder Magd vermiethe u. s. w., würde zu Hause darben müssen; es sei eine alte Erfahrung, daß solche Kinder, wenn sie vom Hause fort in bessere Pflege und Nahrung kämen, sich alsbald besser entwickelten. In der Schule würde man ihnen auch nicht viel neues mehr bieten können.

Der Abgeordnete Pockels:

Der Commissionsantrag sei aus dem Wunsche entsprungen, die vorzeitige Confirmation möglichst zu erschweren. Die bisherigen Bestimmungen betreff. die Dispensation und deren Handhabung hätten dazu geführt, daß gemeinlich als Regel angesehen würde, was nur eine Ausnahme sein solle. In Folge hiervon werde jetzt fast die Hälfte aller Kinder vor dem

vollendeten 14. Lebensjahre confirmirt. Das sei aber unbedingt bedenklich. Er wolle nur hervorheben, daß auf diese Weise die größte Anzahl der Kinder in das Leben hinausgedrängt würde zu einer Zeit, wo sie den Gefahren und Anforderungen desselben absolut noch nicht gewachsen seien. Um diesem Uebelstande möglichst energisch entgegenzutreten, habe die Commission diese schärfere Grenze gesteckt. Dispensationen müßten dann auch innerhalb dieser engeren Grenze nur aus ganz besonders erheblichen Gründen erteilt werden. Man müsse nur Rücksicht auf das Wohl der Kinder nehmen, nicht auf die etwa bedrängte Lage der Eltern. Die weitaus meisten Eltern seien ja leider bedürftig, und dann käme es wieder zu dem alten Zustande zurück. Aus diesen Gründen habe die Commission solchen Werth auf diesen Antrag gelegt.

Nachdem sich hierauf auch der Abgeordnete **Leidloff** in Rücksicht auf die Ausführungen des Vorredners für den Commissionsantrag kurz ausgesprochen hatte, erklärte der Abgeordnete **v. Schwarz** (Cremlingen): Er wolle zunächst den Gründen des Abgeordneten **Podels** entgegen halten, daß doch in vielen Fällen das Wohl der Kinder von dem der Eltern gar nicht zu trennen und das eine unabhängig von dem anderen nicht wohl zu beurtheilen sei. Er habe indeß auf einen anderen Uebelstand hierbei hinzuweisen, der darin bestände, daß den Pastoren die große Last aufgebürdet sei, darüber zu entscheiden, ob erhebliche Gründe vorhanden seien oder nicht. Dieses sei in vielen Fällen eine sehr peinliche Sache und um des lieben Friedens willen in der Gemeinde hätten dann auch die Pastöre meistens nachgegeben. Es würde dem Geistlichen immer als eine ganz specielle Bosheit ausgelegt, wenn sie Dispensationsgesuche zurückwiesen; daraus entsände eine Feindschaft der Eltern, deren pecuniäres Interesse in Frage stände oder deren Eigenliebe zu den Kindern sich verletzt fühle, und die Eltern suchten den Pastor jedesmal dann damit zu strafen, daß sie längere Zeit nicht in die Kirche gingen. Er wolle deshalb für den Fall, daß der Commissionsantrag angenommen werden würde, den Antrag stellen:

„Im §. 2 Abs. 2 des Erlasses die Worte „und sehr erhebliche Gründe dafür sprechen“ zu streichen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Der Abt **Dr. Sallentien**: Auch Herzogl. Consistorium habe gewünscht die Dispensation zu erschweren, um dieser Unmasse von Petitionen entgegenzutreten. Dasselbe habe aber auch nur erschweren, nichts ändern wollen an den alten geistlichen Bestimmungen.

Wenn jetzt der Zeitraum beschränkt werden solle, so habe das große Schwierigkeiten, da das Volk sich einmal an den alten gewöhnt habe. Auch in den Nachbarländern seien die diesbezüglichen Bestimmungen, wie der Herr Commissionsreferent vermeint habe, durchaus keine schärfere als die bei uns bestehenden, vielmehr zum Theil noch leichtere. Eine solche Bestimmung, wie sie die Commission gewünscht habe, würde vielmehr weit hinausgehen über die Bestimmungen der Nachbarländer. Wenn der Abgeordnete von **Schwarz** (Cremlingen) die „erheblichen Gründe“ streichen wolle, so hieße das einfach das Alter der Confirmation auf 13½ Jahre festsetzen. Er wolle zugeben, daß es oft keine Schwierigkeiten haben würde, die eventuellen erheblichen Gründe zu bestimmen. Seiner Ansicht nach aber käme man mit dem Vorschlage des Entwurfes auch zum erwünschten Ziel, wenn nur die Geistlichen bei Prüfung der Gründe für die Dispensationen mit aller Gewissenhaftigkeit und Strenge verfahren wollten. Darin bestehe der Hauptfehler, daß die Herren Geistlichen zu milde und nachsichtig seien. Von einem Ausschreiben, wie es die Commission vorgeschlagen habe, könne er sich absolut keine große Wirkung versprechen. Vor allen Dingen aber wolle er seinen Wunsch wiederholen, daß unser Land durch eine solche Bestimmung nicht in einen Ausnahmezustand den Nachbarländern gegenüber möge gebracht werden.

Der Abgeordnete **Bach**: Bei den Geistlichen würde eben leider dieselbe Milde wie früher auch fernerhin vorwalten, und der Zustand würde auf diese Weise derselbe bleiben wie vordem. Deshalb habe eben die Commission eine noch strengere Bestimmung treffen wollen.

Auf dem Lande sei die Zahl der Dispensirten noch größer als in den Städten; das Interesse der Kinder erfordere diese schärfere Maßregel; man solle sich nur einmal die Kinder ansehen! man müsse dieselben auf alle mögliche Weise schützen gegen die unberechtigten Ansprüche der Eltern; es handle sich hier um ein Stück Socialpolitik.

Der Abgeordnete **Keuncke**: Er bitte, es bei der Regierungsvorlage zu belassen; er müsse dem Abgeordneten **Guericke** voll beipflichten. Es sei denn doch sehr die Frage, womit den Kindern mehr gedient sei, wenn man sie zu Hause und in der Schule ließe oder wenn man sie confirmire und in das Leben hinausführe. Materiell würden sich dieselben jedenfalls meistens besser befinden und entwickeln im letzteren Falle; die Schulbildung würde in dem einen Jahre auch nicht bedeutend aufgebessert werden können. Gerade in den Landgemeinden sei es so häufig aus allen möglichen Rücksichten für Kinder wie Eltern erwünscht, daß sie mit 13<sup>1/2</sup> Jahren dieses Ziel und das Ende der Schule erreichten. Und es handle sich hier immer um ein volles Jahr, welches die Kinder länger in der Schule bleiben müßten. Viele Eltern hätten so schon Mühe und Sorge genug, ihre Kinder so lange zu erhalten und so weit zu bringen; man solle die Sache nicht noch mehr erschweren. Wenn die Nachbarn so scharfe Bestimmungen nicht für nöthig gehalten und sich gut dabei befunden hätten, so brauchten auch wir hier im Lande keine so weitgehende Ausnahme zu machen.

Der Abgeordnete **Schulz** erklärte hierauf, daß er sich von dem Erlasse wenig Erfolg verspreche: der Zustand würde derselbe bleiben wie früher. Nach wie vor würde die Hälfte der Kinder die Dispensation erwirken. Den Mangel sehe er darin, daß der Ausdruck „erhebliche Gründe“ zu unbestimmt sei.

Nur schulmäßige Gründe schienen darunter verstanden zu sein. Daß die Schulkenntnisse allein den Ausschlag geben sollten, damit könne er sich nicht einverstanden erklären, so segensvoll er auch die Verbindung von Schule und Kirche hielte. Aber die Confirmationfähigkeit, die doch eigentlich Abendmahlssfähigkeit sei, würde nicht allein durch die Schulkenntnisse constatirt. Er stimme den Ausführungen der Abgeordneten **Gimede**, **Keuncke** und **Guericke** vollkommen bei. Man dürfe Armuth und wirtschaftliche Noth nicht zu gering anschlagen. Wenn es auf die Schulkenntnisse allein ankäme, so würden Kinder reicher Eltern zugelassen werden, Kinder armer Eltern nicht, denn es läge in der Natur der Sache, daß zumeist die Kinder wohlhabender Leute besser und tüchtiger seien in der Schule. Trägheit und Schulversäumniß müsse allerdings unfähig zur Dispensation machen. Er wolle deshalb folgenden Antrag stellen:

„Die Synode wolle beschließen unter Streichung des §. 2 folgende Bestimmung als §. 2 in den Erlaß einzusetzen:

#### §. 2.

Kinder, die erst im Mai, Juni oder Juli des betreffenden Jahres das 14. Lebensjahr erreichen, können zum Confirmandenunterricht zugelassen werden, wenn sie den Durchschnitt der als Ziel der betreffenden Schule geforderten Bildung erreicht haben, und triftige Gründe ihrer Dispensation vorhanden sind.

Kinder, die erst im August, September oder October des betreffenden Jahres das 14. Lebensjahr erreichen, dürfen nur aus dringenden Gründen der Armuth oder wirtschaftlichen Noth zum Confirmandenunterricht zugelassen werden unter Voraussetzung guter Schulkenntnisse oder bei deren Mangel unter der Bedingung, daß dieser Mangel nicht veranlaßt ist durch Trägheit oder Schulversäumniß.“

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt. Ein inzwischen von mehreren Abgeordneten gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt.

Hierauf wurde die Discussion von den Abgeordneten **Schröter**, **Sterl** und **Guericke** fortgesetzt, nach dessen letzteren Ausführungen die Versammlung den Schluß der Debatte beschloß.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschloß die Versammlung ferner, zunächst über den Commissionsantrag, dann eventuell über den Antrag des Abgeordneten v. Schwarz (Cremlingen) und zuletzt über den Antrag des Abgeordneten Schulz abzustimmen.

Es wurde hierauf der Antrag der Commission abgelehnt, wonach eine Abstimmung über den Antrag v. Schwarz (Cremlingen) unnöthig wurde, und der Antrag des Abgeordneten Schulz angenommen.

Bei der sich hier anschließenden Verathung über den § 3 des Erlasses und den Commissionsantrag N. 3 wurde der letztere nach kurzer Debatte zwischen dem Abt Dr. Sallentien und den Abgeordneten Bach, Pockels und Leidloff von der Versammlung angenommen.

Darauf stellte der Abgeordnete Langerfeldt nach vorausgeschickter Begründung folgenden Antrag:

„Im §. 3 des Erlasses zwischen dem ersten und zweiten Absätze die Worte einzuschieben:

Fällt dies Zeugniß ungenügend aus, so ist die Zulassung zum Confirmanden-Unterrichte zu verlagern.“

Auch dieser Antrag fand genügende Unterstützung, wurde von dem Herrn Vorsitzenden zur Verathung gestellt und nach kurzer Debatte, an welcher außer dem Antragsteller die Abgeordneten Pockels, Bach, v. Schwarz (Cremlingen) und Skerl, sowie der Abt Dr. Sallentien theilnahmen, von der Versammlung angenommen.

Hierauf schloß der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Freitag, den 15. d. Mts., Morgens 10 Uhr an.

**Assessor Koch,**  
protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 14.

15. Februar 1889.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Sterl, wurde das Protokoll vom 13. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende

der Versammlung Mittheilung von dem Eingange und Inhalte eines Höchsten Rescripts vom 14. d. Mts. Nr. 1093, enthaltend die Rückäußerung des Kirchenregiments auf das Schreiben der Landessynode vom 28. vorig. Mts., wegen der von der letzteren zu dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung beschlossenen Abänderungen.

Mit Rücksicht auf den Inhalt des soeben mitgetheilten Höchsten Rescripts, insbesondere das in demselben an die Landessynode gerichtete Ersuchen, wegen Wiederholung der Verathung und Beschlußfassung über den §. 12 des vorgenannten Entwurfes unter Berücksichtigung der in dem Rescripte enthaltenen Rundgebungen, beschloß hierauf die Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden eine Abänderung der Tagesordnung in der Weise, daß der soeben genannte Gegenstand voran gestellt werden, dann Nr. 3 der Tagesordnung sich daran schließen und darauf Nr. 1 der Tagesordnung als dritter Gegenstand folgen solle.

Nachdem darauf dementsprechend an erster Stelle die Verathung über das Ersuchen des Kirchenregiments wegen Wiederaufnahme der Verhandlungen über den §. 12 cit. vom Herrn Vorsitzenden eröffnet war, wurde von dem Abgeordneten Hamm, als Referenten der Commission, ausgeführt, daß er dem Antrage des Kirchenregiments entschieden widersprechen müsse, weil einmal materiell über den §. 12 nach allen Richtungen hin vollkommen ausreichend, für und wider aufs eingehendste verhandelt sei, und auf der anderen Seite formell, weil eine wiederholte Abstimmung über den §. 12 nach §§. 43 und 38 der Geschäftsordnung für die Landessynode ohne allen Zweifel unzulässig sein und eine Abweichung von genannten gesetzlichen Bestimmungen enthalten, daß aber eine Abweichung von der Geschäftsordnung nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Versammlung gestattet sein würde.

Diese beiden von dem Abgeordneten Hamm dargelegten Fragen

- 1) daß eine Wiederaufnahme der Verhandlung über den §. 12 cit. eine Abweichung von der Geschäftsordnung enthalten würde, und
- 2) daß eine Abweichung von der Geschäftsordnung nur auf Grund einstimmigen Beschlusses der Versammlung zulässig sein würde,

gaben darauf zu einer längeren und lebhaften Debatte Veranlassung.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen): Er müsse dem Herrn Referenten entschieden widersprechen, wenn derselbe meine, daß nach §. 38 der Geschäftsordnung eine Wiederaufnahme der Verhandlungen unstatthaft sei. Er beabsichtige auf Grund des Abs. 3 des §. 38 cit. den Antrag zu stellen, mit dem Kirchenregimente in abermalige Communication zu treten.

Der Abgeordnete Hamm: Er müsse bei seiner Ansicht bestehen bleiben, daß die Geschäftsordnung eine Wiederaufnahme unzweifelhaft ausschließe.



Der Abt Dr. Sallentien: Er müsse der Ansicht des Abgeordneten Rhamm entschieden widersprechen. Eine Abweichung von der Geschäftsordnung käme gar nicht in Frage, vielmehr träfe der Abs. 2 des §. 38 cit. hier zu, denn das Kirchenregiment habe sich in dem verlesenen Rescripte bereit erklärt, eventuell auch auf den Eventualantrag der Commission einzugehen zu wollen, und insofern liege eine neue Bestimmung vom Kirchenregimente im Sinne des §. 38 cit. Abs. 2 zur Annahme ohne allen Zweifel vor. Einen §. der Geschäftsordnung, welcher vorschriebe, daß Abweichungen von der Geschäftsordnung einstimmig beschlossen werden müßten, kenne er nicht.

Der Abgeordnete Rhamm: Eine Bestimmung über den letzteren Punkt finde sich allerdings weder in der Geschäftsordnung für die Synode noch in der für die Landesversammlung bestimmt ausgesprochen; es sei dies aber ein unzweifelhafter und allgemein anerkannter und befolgter Grundsatz. Daß ein Antrag auf nochmalige Communication mit dem Kirchenregimente zulässig sei, habe er durchaus nicht bestritten; derselbe sei aber vollständig zwecklos, da die Synode bei dem gefaßten Beschlusse entschieden verharren würde.

Der Abgeordnete von Gramm: Er wolle nur constatiren, daß es ein in allen parlamentarischen Versammlungen von jeher anerkannter Grundsatz sei, daß Abweichungen von der Geschäftsordnung nur statthaft seien, wenn von keiner Seite Widerspruch erhoben würde.

Der Abt Dr. Sallentien und der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen) wiederholten nochmals, daß Seitens des Kirchenregiments ein neuer Antrag gestellt sei und es sich danach um eine Abweichung von der Geschäftsordnung gar nicht handle.

Der Abgeordnete Pockels gab anheim, durch einfache Abstimmung festzustellen, wer gegen die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den §. 12 Widerspruch erheben würde.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Cremlingen). Er müsse es für eine grobe Unschicklichkeit erklären, wenn man dem Antrage des Kirchenregimentes nicht Folge geben wolle.

Der Abgeordnete Bach: Er wolle zunächst an erster Stelle den joeben von dem Herrn Vorredner gebrauchten unparlamentarischen Ausdruck entschieden zurückweisen, und dann zur Erwägung geben, wohin es führen solle, wenn, nachdem Berathung und Beschluffassung abgeschlossen seien, immer wieder noch neue Anträge gestellt würden.

Der Abgeordnete Pockels: Er könne nicht umhin, zu constatiren, daß ein Beschuß, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, entschieden richtig sein würde, wenn auch nur ein Mitglied sich dagegen erklärt hätte.

Nachdem schließlich der Herr Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Wirk darauf hingewiesen hatte, daß nach dem ergangenen Höchsten Rescript der Wunsch, die Beschluffassung und Berathung über den §. 12 cit. wiederholt zu sehen, um deswillen an die Synode gerichtet sei, weil hiernach Seine Königl. Hoheit der Regent sich eher geneigt sehen würde, seine Einwilligung dem ganzen Gesetze zu geben, und daß er deshalb die Synode ersuchen wolle, zunächst die Frage zu prüfen, ob überhaupt eine nochmalige Berathung und Beschluffassung über den §. 12 möglich sein würde, wurde von dem Abgeordneten v. Gramm nach kurzer Begründung der Antrag gestellt:

„Darüber abzustimmen:

- 1) ob eine nochmalige Berathung und Beschluffassung über den §. 12 cit. eine Abweichung von der Geschäftsordnung für die Landessynode vom 13. November 1872 enthalten würde, und
- 2) ob die Versammlung den Grundsatz für zutreffend anerkennen wolle, daß Abweichungen von der Geschäftsordnung nur auf Grund einstimmigen Beschlusses der Versammlung statthaft seien.“

Dieser Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Die ohne weitere Debatte folgende Abstimmung ergab die Bejahung beider in der Anlage gestellter Fragen.

Hierauf stellte der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen) auf Grund des Abf. 3 des §. 38 der Geschäftsordnung für die Landessynode den Antrag:

„die Synode wolle in nochmalige Communication mit dem Kirchenregimente treten“.

Auch dieser Antrag rief, nachdem, da er genügende Unterstützung fand, vom Herrn Vorsitzenden die Berathung über denselben eröffnet war, eine höchst bewegte und lange Debatte hervor, an welcher sich außer dem Antragsteller namentlich die Abgeordneten Rhamm, Bach, v. Gramm, Zerbst, v. Kalm, Keunecke und Skerl, sowie der Abt Dr. Sallentien, auch der Wirkl. Geheimrath Dr. jur. Wirt und der Ministerialrath Hartwig betheiligten.

Im Laufe dieser Debatte wies der Abgeordnete Rhamm nochmals darauf hin, daß ja doch diese Sache vollkommen geklärt sei, daß die Synode bei ihrem Beschlusse, den §. 12 zu streichen, stehen bleiben würde, daß also eine nochmalige Communication mit dem Kirchenregimente vollkommen zwecklos sei und die Versammlung ruhig in die Abstimmung über das ganze Gesetz eintreten könne.

Der Abt Dr. Sallentien: Er könne nur bedauern, daß man den Abf. 2 des §. 38 der Geschäftsordnung nicht für zutreffend ansehen wolle. Er müsse aber nochmals wiederholen, daß, wenn auch der §. 12 gestrichen würde, der Inhalt desselben als geltendes Recht bestehen bleibe, mit der einzigen Abweichung, daß nach dem §. 12 der Kirchenvorstand, nach dem bisherigen Rechte das Consistorium zu beschließen habe. In diesem Falle würde sich aber Herzogl. Consistorium gedrängt und genöthigt sehen, im Amtsblatte ein öffentliches Schreiben an die Geistlichen zu erlassen und in solchem dieselben entschieden anzuweisen, in vorkommenden Fällen das geltende Recht seinem vollen Umfange nach zur Anwendung zu bringen. Nach seinem Gefühle müsse aber ein solches Schreiben etwas unschönes haben und deshalb wünsche er so dringend, daß der Inhalt desselben, der ja wesentlich dem §. 12 entsprechend sei, in dem Gesetze Aufnahme fände. Er wolle deshalb die Versammlung auf's eindringlichste nochmals ersuchen, zu erwägen, ob nicht eine nochmalige Communication mit dem Kirchenregimente möglich und wünschenswerth sei.

Der Abgeordnete Keunecke: Er sei entschieden gegen eine nochmalige Berathung und Communication. Neue Punkte und Gründe seien von dem Kirchenregimente nicht in's Feld geführt. Er wünsche nicht, daß die Synode die Verantwortung für den §. 12 zu tragen habe. Wenn Herzogl. Consistorium mit dem Ausschreiben gedroht habe, so möge es die etwaigen Folgen selber tragen und auf seine Kappe nehmen. Die Gemeinden würden sich dadurch nicht einschüchtern lassen.

Der Abt Dr. Sallentien: Er habe durchaus nicht die Absicht gehabt Drohungen auszustößen. Es sei aber die Pflicht Herzogl. Consistorii, ein altes bestehendes Recht nicht aufzugeben. Wenn jetzt der §. 12 aus der Vorlage gestrichen würde, so könne das leicht den Anschein geben, als bestände dieses behauptete Recht gar nicht nach Ansicht der Versammlung. Dadurch könnte Herzogl. Consistorium in ein falsches Licht gestellt werden, und aus diesem Grunde sei das Ausschreiben nöthig; dasselbe würde nur eine offene und ehrliche Erklärung sein. Er wolle ferner nochmals auf die pädagogische Bedeutung des Gesetzes hinweisen, um deren willen die Aufnahme des §. 12 in demselben so außerordentlich wichtig sein würde, wie dieses je auch in dem höchsten Rescript ausgeführt sei.

Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag von der Versammlung angenommen.

Sodann stellte nach vorausgeschickter Begründung

1) der Abgeordnete v. Gramm einen Antrag:

„Landessynode wolle beschließen, daß die Commission wegen einer eventuellen neuen Fassung des §. 12 cit. mit dem Kirchenregimente nochmals in Verhandlung zu treten habe“.

## 2) der Abgeordnete Pockels einen Antrag:

„Landessynode wolle beschließen, dem Kirchenregimente zu erklären, daß sie an ihrem Beschlusse wegen Streichung des §. 12 der Vorlage festhalte“,

## 3) der Abgeordnete v. Beltheim einen Antrag:

„Landessynode wolle beschließen, daß sofort eine Verhandlung in pleno stattfinden solle“.

Sämmtliche 3 Anträge wurden genügend unterstützt und neben einander zur Berathung gestellt.

Nach kurzer Debatte zwischen den Antragstellern, den Abgeordneten Rhamm und v. Schwarz (Gremlingen), sowie dem Herrn Ministerialrath Hartwig beschloß die Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, an erster Stelle über den Antrag v. Cramm abzustimmen.

Die Abstimmung ergab die Annahme desselben, und war daher eine Abstimmung über die Anträge Pockels und v. Beltheim nicht mehr erforderlich.

Hiernächst wurde die Sitzung auf Vorschlag des Abgeordneten Rhamm zum Zwecke sofortiger Communication der Commission mit dem Kirchenregimente für die Dauer von 15 Minuten vom Herrn Vorsitzenden aufgehoben.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung erklärte der Abgeordnete Rhamm im Namen der Commission, daß nach dem Ergebnisse der inzwischen mit Herzogl. Kirchenregimente stattgehabten Communication das letztere sich mit der Streichung des §. 12 einverstanden erklären würde unter der Voraussetzung, daß die Synode nachfolgende Erklärung abgeben würde:

„Synode wolle anerkennen, daß durch Streichung des §. 12 die bisherigen kirchenrechtlichen Bestimmungen über den von demselben betroffenen Gegenstand nicht beeinträchtigt werden, und

es dem Herzogl. Consistorio vorbehalten bleiben müsse, wegen deren Beobachtung das Weitere seinen Zuständigkeiten entsprechend im Instructionswege anzuordnen.“

Referent beantragte darauf im Namen der Commission:

„Hohe Synode wolle vorstehende Erklärung abgeben.“

Die Berathung über diesen Antrag wurde eröffnet und wurde derselbe mit großer Majorität angenommen.

Schließlich wurde über die Vorlage im Ganzen abgestimmt und erhielt dieselbe mit großer Majorität die Zustimmung der Versammlung.

Hiernächst schritt die Versammlung zur Erledigung des zweiten Gegenstands der Tagesordnung, der Schlußberathung über den Entwurf eines Kirchengesetzes wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. Dec. 1875, die kirchliche Trauung u. s. w. betr.

Der Gesekentwurf wurde vom Herrn Vorsitzenden wörtlich verlesen, Eingang, einziger Paragraph und Schluß desselben wurden ohne weitere Debatte angenommen, und erhielt dasselbe darauf im Ganzen die Zustimmung der Versammlung.

Bei dem nun folgenden dritten Gegenstande der Tagesordnung, der Fortsetzung der Berathung über den Entwurf eines Erlasses des Herzogl. Consistorii, die Zulassung zur Confirmation betreffend empfahl zunächst der Abt Dr. Sallentien auf Grund des §. 43 der Geschäftsordnung der Versammlung, die Verhandlung über den §. 2 der Vorlage nebst dem Commissionsantrage M 2, sowie den in gestriger Sitzung angenommenen Antrag des Abgeordneten Schulz nochmals zu eröffnen. Zur Begründung führte derselbe aus, daß die Formulirung des Antrages Schulz ihm in folgender Beziehung zu Bedenken Veranlassung gegeben habe:

- 1) Im ersten Absatz desselben würde vom „Confirmandenunterricht“, im 2. Absatze von „Confirmation“ gesprochen.

- 2) Auch der Ausdruck im Absatz 1 „Durchschnitt der als Ziel der betreffenden Schule geforderten Bildung“ sei incorrect, da ja hiernach z. B. ein Gymnasiast den Schluß des Gymnasiums erreicht haben müßte.
- 3) Ferner sei im ersten Absätze von „triftigen Gründen“ gesprochen, im zweiten Absatz seien specielle Gründe angeführt. Die Fassung des §. ließe nicht ersehen, ob die Gründe der beiden Absätze verschiedene sein sollten oder nicht. Wenn die Tendenz des §. die sein solle, daß, je jünger die Kinder seien, um so wichtiger und triftiger die Gründe sein müßten, so sei er mit dieser Tendenz einverstanden, aber die Fassung des §. sei jedenfalls in dieser Form bedenklich.

Die Versammlung beschloß hierauf die Verhandlung über den §. 2 der Vorlage nebst dem Commissionsantrage Nr. 2, sowie über den Antrag Schulz nochmals aufzunehmen.

Der Abgeordnete Schulz hob zunächst dagegen hervor, daß das Bedenken des Abts Dr. Sallentien ad 1 auf einem Irrthum beruhen müsse und besserte dann seinen Antrag dahin ein,

daß in dem ersten Absätze desselben statt „der betreffenden Schule“ — „der Volksschule“ zu sagen ist und im zweiten Absätze vor den Worten „der Armuth“ — die Worte „wie namentlich“ einzuschalten sind.

Zur Begründung seines Antrages führte der Antragsteller nochmals aus: Der Ausdruck „Durchschnitt der u. j. w. Bildung“ im ersten Absatz seines Antrages sei allerdings incorrect; er habe nur die Volksschulen im Auge gehabt. Er habe seinen Antrag, wie schon hervorgehoben in gestriger Sitzung als einen „vermittelnden“ gestellt. Die Worte im ersten Absatz „und triftige Gründe ihrer Dispensation vorhanden sind“ habe er deswegen hinzugefügt, damit nicht die Eltern der Kinder, welche im Mai, Juni oder Juli des betreffenden Jahres das 14. Lebensjahr erreichen, verlangen könnten, daß die Kinder zugelassen werden müßten. Er habe auch hier den Geistlichen die Möglichkeit lassen wollen, auch solche Kinder zurückzuweisen. Wenn er ferner im zweiten Absätze die Gründe speciell formulirt habe, so sei seine Tendenz dabei die gewesen, die Kinder, welche erst im August, September oder October des betreffenden Jahres das 14. Lebensjahr vollendeten, principiell zurückzuweisen und nur in den angegebenen bestimmten Ausnahmefällen zuzulassen. Er habe damit die Kinder der wohlhabenden ausschließen wollen. Er wolle gern zugeben, daß sein Antrag vielleicht verbessert werden könne in der Fassung, im Princip würde er aber jedenfalls eine Erleichterung schaffen.

Der Antrag wurde in seiner veränderten Form genügend unterstützt und zur Berathung gestellt.

Der Abt Dr. Sallentien: Nach Absatz 1 des Antrages sollten also triftige Gründe vorliegen, dazu gehörten auch die Gründe des Absatz 2. Es seien doch aber auch noch andere Gründe möglich. Principiell seien auch die Kinder, welche unter Abs. 1 fielen, abzuweisen, auch diese müßten recht triftige Gründe beibringen.

Der Abgeordnete Zerbst: Er stehe dem Antrage des Abgeordneten Schulz höchst sympathisch gegenüber, wenn auch die Fassung eine correctere sein könne. Er habe den Gedanken desselben so verstanden, daß, weil das Wort „erheblich“ eine schwankende Grenze habe, so solle im 2. Absätze nur ein Grund, die materielle Noth, als zur Dispensation berechtigend angesehen werden. Die Armuth sei eine feste Grenze, an die man sich halten könne. Nur wünsche er, daß es sich nicht um den Unterricht sondern um die Confirmation selbst handle. Der Gedanke des Antrages sei im Uebrigen vollständig klar.

Der Abt Dr. Sallentien: Wenn der 2. Absatz nur von „Armuth und wirtschaftlicher Noth“ spräche, so habe er dieses nur für Beispiele gehalten. Die alleinigen bringenden Gründe, welche für den Abs. 2 in Frage kämen, könnten aber die angegebenen beiden unmöglich sein, so z. B. könne doch auch ein ärztliches Attest ein bringender Grund sein. Ihm sei die Fassung durchaus nicht klar.

Nachdem der Abgeordnete Schröter hierauf bemerkt hatte, daß der Antrag Schulz die ganze Construction der Vorlage störe, erklärte der Abgeordnete Zerbst:

Allerdings gebe es viele triftige Gründe, z. B., der Vater wird verstorben; das Kind soll in die Lehre, jetzt ist eine Lehrstelle frei, später nicht; die Tochter ist im Hause nöthig u. und noch viele andere außer der Armuth. Der Antrag stelle nun für die Kinder, von denen der Abs. 2 handle, die Grenze, daß nur die Armuth, wozu ja vielleicht noch Krankheit hinzukommen könne, einen Grund zur Dispensation bilden könne.

Der Abgeordnete Pockels wies sodann darauf hin, daß es noch viel wichtigere Gründe als Armuth gäbe, so z. B. die Auswanderung in ein Land, wo die Confirmation unmöglich sei.

Der Abgeordnete Bach: der Schulz'sche Antrag gäbe wieder zu allen möglichen Schwierigkeiten Veranlassung; er wolle nochmals den Commissionsantrag aufs wärmste empfehlen; der sei der allein heilsame. Sonst würde es beim Alten bleiben.

Der Abgeordnete Eimcke bekämpfte hierauf nochmals den Commissionsantrag mit kurzen Worten, worauf der Herr Consistorialrath Rohde ausführte: Er müsse den einzigen möglichen und richtigen Weg, zu dem erwünschten Ziele zu gelangen, darin sehen, daß in Zukunft bei Ertheilung der Dispensationen und Prüfung der Gründe möglichst scharf verfahren würde. Uebrigens gäbe es auch andere triftige Gründe, welche bei Kindern, von denen der Abs. 2 des Antrages Schulz handle, zu berücksichtigen seien außer Armuth und Krankheit. Er wolle nur einen hervorheben. Es sei gar nicht selten, daß Mädchen auch schon mit 13½ Jahren so vollkommen entwickelt seien, daß es große Unzuträglichkeiten mit sich brächte, wenn sie, was ja allerdings nur bei Landschulen in Frage käme, noch ein Jahr lang mit den Knaben zusammen auf der Schulbank sitzen sollten.

Er gäbe anheim, die Bestimmung der Vorlage nicht zu ändern.

Die Debatte wurde hierauf noch kurze Zeit von den Abgeordneten Reuncke, von Schwarz (Cremlingen) und Eggeling fortgeführt.

Nach Schluß der Debatte beschloß die Versammlung zunächst über den Commissionsantrag und an zweiter Stelle über den Antrag des Abgeordneten Schulz in seiner neuen Fassung abzustimmen.

Beide Anträge wurden hierauf von der Versammlung abgelehnt, und war danach eine Abstimmung über den § 2 der Vorlage nicht erforderlich.

Bei der sich hieran schließenden Berathung des §. 4 der Vorlage nebst dem zu denselben gestellten Commissionsantrage Nr. 4 wurde von dem Abgeordneten Eißfeldt zunächst folgender Antrag gestellt:

„An Stelle des zu streichenden § 4 der Vorlage folgenden neuen §. als §. 4 zu setzen:

#### §. 4.

Sämmtliche dispensationsbedürftige Confirmanden, deren Eltern die Zulassung zum Confirmandenunterricht beantragen, sind an den zuständigen Schulinspector zur Prüfung zu verweisen, und ist von dessen Entscheidung die Zulassung derselben zum Confirmandenunterrichte abhängig zu machen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde mit zur Berathung gestellt.

Nachdem sich der Abgeordnete Bach gegen diesen Antrag ausgesprochen hatte, stellten die Abgeordneten Eißfeldt und v. Schwarz (Cremlingen) den obigen Antrag in folgender neuen Fassung:

„Wenn der Geistliche selbst Localschulinspector ist, so hat er die dispensationsbedürftigen Confirmanden, deren Eltern oder Angehörige die Confirmation beantragen, an den zuständigen Schulinspector zur Prüfung zu verweisen und ist von dessen Entscheidung die Zulassung derselben zum Confirmandenunterrichte abhängig zu machen.“

Auch dieser Antrag wurde genügend unterstützt und zur Berathung gestellt.

Nachdem sich der Abgeordnete Herbst gegen, der Abgeordnete Schröter für denselben ausgesprochen hatte, wurde derselbe abgelehnt.

Die Versammlung nahm hierauf ohne weitere Debatte den Commissionsantrag N<sup>o</sup> 4 an. Hierauf stellte der Abgeordnete Schröter zum §. 6 der Vorlage folgende Zusatzanträge:

- 1) „Die Landesynode wolle gegen hohe Kirchenregierung den Wunsch aussprechen, dieselbe wolle in §. 6 der Vorlage hinter den Worten „bei Herzogl. Consistorium“ einschieben: „durch die Superintendenden.“
- 2) Den Wunsch aussprechen, daß in demselben §. statt der Worte „innerhalb der drei Wochen vom Sonntage Oculi bis zum Sonntage Palmarum“ gesetzt werde: „innerhalb der 6 Fastenwochen.“

Beide Anträge fanden, nachdem sie von dem Antragsteller ausführlich begründet waren, genügende Unterstützung und eröffnete der Herr Vorsitzende die Berathung über dieselben.

An der Debatte theiligten sich außer dem Antragsteller der Abgeordnete Skerl und der Abt Dr. Sallentien, worauf beide Anträge angenommen wurden.

Schließlich eröffnete der Herr Vorsitzende die Berathung über den Commissionsantrag N<sup>o</sup> 5. Derselbe fand, nachdem der Abgeordnete Bach mit einigen Worten nochmals dessen Annahme empfohlen hatte, die Zustimmung der Versammlung.

Damit war der dritte Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Es folgte nun die Berichterstattung und Berathung über den Antrag des Abgeordneten Herbst, betreffend die Gründung neuer Pfarorien und Vermehrung der geistlichen Arbeiter u. s. w.

Der Abgeordnete Skerl erstattete zunächst, als Referent, im Namen der Commission kurzen Bericht dahin, daß einstweilen nicht von ihm erwartet werden würde, eingehend sich über die so wichtigen und tief eingreifenden Vorschläge und Anträge des Abgeordneten Herbst zu äußern. Die Commission habe sich nicht überzeugen können, daß es sich hier um wirkliche Nothstände handle, wenn sie auch dem Antragsteller darin Recht geben müsse, daß in den von demselben angeregten Verhältnissen und Zuständen manche Uebelstände der Beseitigung harren. Die Vorschläge seien nicht der Art, daß die Commission der Synode rathen könne, auf dieselben einzugehen. Das Gesetz über das Normaldienstesinkommen und die Emeritirungsordnung habe den nothwendigsten Mißständen abgeholfen. Die Anträge seien zu weitgehend, und meinte die Commission, daß man noch warten solle, was die Zukunft brächte. Er wolle sich jetzt auf diese Andeutungen beschränken und im Namen der Commission den nachfolgenden Antrag stellen:

„Hochwürdige Synode wolle, trotzdem sie den in den Anträgen des Abgeordneten Herbst beregten Uebelständen eine gewisse Berechtigung zugesteht, diesen Anträgen keine Folge geben“.

Wegen vorgerückter Zeit schloß hier der Herr Vorsitzende die heutige Sitzung und beraumte nach Mittheilung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Sonnabend, den 16. d. Mts., Morgens 10 Uhr an.

Affessor Koch,  
protokoll. Secretair.

# Sitzungsbericht 15.

16. Februar 1889.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung .N. 58 vom  
9. December 1888 berufenen 5. ordentlichen Landes-Synode.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und Verlesung eines  
Schriftwortes durch den Abgeordneten Eskerl, wurde das Protokoll vom 15. d. Mts. ver-  
lesen und genehmigt.

Hierauf erklärte

der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen), daß ihm zu Ohren gekommen sei, daß der  
in der gestrigen Generaldebatte über die Geschäftsordnung von ihm gebrauchte Ausdruck „es  
sei seiner Ansicht nach eine grobe Unschicklichkeit, wenn man dem Antrage Herzogl. Kirchen-  
regiments auf Wiederaufnahme der Verhandlung über den §. 12 der Anlage 12 nicht Folge  
geben wolle“, so aufgefaßt sei, als habe er denselben gegen einen Theil der Versammlung richten  
wollen. Er wolle hier Gelegenheit nehmen zu erklären, daß er bedaure im Eifer der Debatte  
zu einem so schroffen Ausdruck hingerissen zu sein, daß es aber durchaus nicht in seiner Ab-  
sicht gelegen habe, Mitglieder der Versammlung mit denselben zu treffen, er vielmehr nur  
ganz allgemein habe ausdrücken wollen, daß er es für geziemend und eine Anstandspflicht  
halten müsse, dem Antrage des Kirchenregiments Folge zu leisten.

Sodann verlasen folgende Schreiben der Landesynode an Se. Königl. Hoheit den  
Regenten:

- a. der Abgeordnete von Schwarz (Hessen) als Secretair der Synode, betreff. die  
Zustimmungserklärung der Landesynode zu dem Entwurfe eines Kirchengesetzes  
wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche  
Trauung und das kirchliche Aufgebot betreff.
- b. der Abgeordnete Schönermark, betreff. den von der Versammlung über den  
Antrag des Abgeordneten Bach, wegen Erweiterung der Verwendungszwecke des  
Kirchenvermögens gefaßten Beschluß.
- c. für den augenblicklich behinderten Abgeordneten Rhamm der protokollführende  
Secretair,  
  - 1) betreff. die Mittheilung der dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, wegen Ver-  
letzung der kirchlichen Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und  
Trauung, im Ganzen von der Versammlung erteilten Zustimmung,

- 2) betreff. die von der Versammlung zu dem Entwurfe eines Gesetzes, wegen Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt, gefaßten Abänderungsbeschlüsse.

Sämmtliche Schreiben wurden von der Versammlung genehmigt.

Hierauf ging die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung und zwar zunächst zur Berathung über den Antrag des Abgeordneten Zerbst, betreff. die Gründung neuer Pfarochien und Vermehrung der geistlichen Arbeiter u. s. w. über.

Am erster Stelle ergriff der Abgeordnete Sterl, als Referent der Commission das Wort mit dem Bemerken, daß er sich in gestriger Sitzung wegen der knappen Zeit nur kurz über den vorliegenden Antrag habe äußern können, und daß er deshalb Gelegenheit nehmen wolle, nochmals auf denselben zurück zu kommen.

Der Antragsteller habe seinen Antrag durch die vorhandene Kirchennoth begründet. Diese Noth selbst sei unleugbar und bestehe, so führe derselbe aus, in dem riesigen Anwachsen unübersichtlicher Pfarochien in der Stadt Braunschweig und ungenügend zu verwaltender in anderen Städten des Herzogthums. Die Unmöglichkeit, so große Gemeinden heilsorgerisch zu pflegen, sei aber in einer Zeit, wo der Unglaube gemischt sei bald mit rücksichtslosem Erwerbsinn und Genußsucht, bald mit social-anarchistischen Bestrebungen, und wo die siegreich vordringende und mit ungeheuren Geldmitteln versehene Katholische Kirche ihre zerstörende und verführerische Macht täglich mehr beweise, von höchster Gefahr für unsere evang.-luth. Landeskirche. Diese Noth müsse bekämpft werden und zwar einmal durch größere Opfer des Staates und der Gemeinden, als bisher getragen worden seien, oder wo dies nun einmal nicht zu erreichen sei, dadurch, daß die bislang gewährten Mittel fernerhin in gleicher Weise zur Verfügung gestellt, aber in anderer Weise verwendet würden.

Was zunächst den Staat anlange, so erscheine es doch nicht unmöglich, daß die Landesregierung und der Landtag die bisher der Kirche für ihre Bedürfnisse zur Verfügung gestellten Mittel noch etwas erhöhe, wenn man namentlich berücksichtige, welche großen Summen in den letzten 20 Jahren im Herzogthume für Profanbauten aufgewendet seien. Ein Land, welches so reiche Mittel besitze und darüber so freigebig zum Wohle des Volkes verfügt habe, müsse auch den Wunsch haben, das kirchliche Wohl der Bürger möglichst zu berücksichtigen. Braunschweig sei ein Land von fast nur evang.-luth. Einwohnern, so daß die Pflege der Kirche zugleich die Pflege eines Bedürfnisses der überwiegenden Mehrzahl der Staatsbürger bilde. Aus dem modernen Staatsbegriffe und Paritätsbegriffe und einer immer fortschreitenden Trennung der vom Mittelalter ererbten Verbindung von Staat und Kirche folge keineswegs die Berechtigung der radicalen Trennung beider Lebensgebiete, bei der der Staat sich jeden Einflusses auf Gestaltung, Entfaltung und Wirksamkeit der Kirche und jeden Schutzes wie jeder Ueberwachung zu enthalten habe.

Der Staat müsse bedenken, daß es für die Mehrzahl seiner Unterthanen — trotz des weitverbreiteten Unglaubens — auch heute ein Bedürfnis sei in kirchlichen Verbänden zu leben, und, diesem Bedürfnisse zu seiner Befriedigung zu verhelfen, sei zugleich eine politische Aufgabe desselben. Ein pecuniäres Opfer, welches der Staat der Kirche brächte, würde und müßte ihm selber reiche Zinsen tragen.

Ähnliche Beweggründe beständen auch für die einzelnen politischen Gemeinden, welche sich ja hinsichtlich ihrer Glieder fast mit denen der evang.-luth. Kirche deckten; daß die Gemeinden viel und bereitwillig gegeben hätten, sei voll anzuerkennen, aber auch hier sei die geleistete Hülfe für die riesig wachsende Noth unzureichend.

Aber auch für den Fall, daß weder die Landesregierung noch Landesvertretung auch die Gemeindeorgane mehr Gelder bewilligen wollten und könnten, würden demnach die bis-



herigen Leistungen bei anderer Verwendung für die Minderung der dargestellten Noth gegensreich wirken können.

Der mittlere Durchschnitt für die Perioden 1880—83 und 1884—87 ergäbe, daß zu Kirchen- und Pfarrbauten pro Jahr aus Staatsmitteln 99756,78 M. und aus Kirchenmitteln 117881 M. aufgewendet seien. Es würde nun nur erforderlich sein, daß, diejenigen Gemeinden, in denen Neubauten und Ausbesserungen freilich wünschenswerth, aber nicht durchaus nothwendig wären, eine Reihe von Jahren auf alle theueren Neubauten und Reparaturen verzichteten, dann würden schon innerhalb 10 Jahren nach obiger Berechnung  $10 \times 99756,78 \text{ M.}$  also in Summa 997567 M. der Kirche zur Verfügung stehen. Würden davon den Gemeinden mit normalen Verhältnissen  $\frac{1}{4} =$  rund 250000 M. gegeben, so könnten rund 750000 M. nebst Zinsen für Neubauten von Kirchen- und Neubegründung von Pfarochien verwendet werden. Durch solche Gaben des Staates an die Gemeinden würden dann, so sei bestimmt zu hoffen, diese selber zu größern Opfern gereizt werden. Diejenigen Kirchengassen, welche so reiche Capitalien besäßen, daß deren Zinsen für das eigene Gotteshaus gar nicht aufgebraucht werden könnten, müßten ferner, wenn nicht durch Geschenke, so durch Anleihen mit mäßigem Zinsfuße den armen Kirchengassen zu Hülfe kommen.

Unzweifelhaft würde sich auch, sobald das Vorgenannte durch Gesetz festgestellt sei, die Privatwohlthätigkeit mehr rühren als sonst.

Wenn nun ferner der Antragsteller hinsichtlich der neuen Form der Einrichtung für das Kirchenregiment eine größere Freiheit in Bezug auf Gründung solcher neuen Pfarochien und Bestallung neuer Geistlicher gewünscht habe, so habe er damit nicht gemeint, daß Herzogl. Consistorium im Bewaltungswege so ohne weiteres decretiren solle. Sondern das Herzogl. Consistorium solle sich mit den Gemeindeorganen in Verbindung setzen, einen Plan ausarbeiten und denselben der Synode zur Genehmigung vorlegen. Die Synode würde dann die Sache durch Gesetz endgültig regeln, und, da sie die jura circa sacra betreffe, werde der summus episcopus nach Vortrag des Cultusministers dem Gesetzentwurfe erst die volle Rechtskraft verleihen.

Einen fernerer Nothstand erblicke der Antragsteller in der Bestallung und Besoldung der Geistlichen, und zwar in folgenden Beziehungen. Dieser Nothstand sei ein moralischer und materieller.

Der moralische Nothstand sei vielleicht der Mehrzahl der Geistlichen und Gemeinden nur deshalb so wenig drückend erschienen, weil er Jahrhunderte alt sei. Zunächst sei die Bewerbung bei Gemeinden, Patronen wie Behörden etwas, was sittliche Gefahren mit sich brächte. Er wage allerdings nicht in seinem Antrage soweit zu gehen die Aufhebung der Patronatsrechte von Gemeinden und Privaten zu fordern, doch müsse er leugnen, daß eine Ausdehnung des Wahlrechts, Präsentationsrechtes und dergleichen zu Gunsten der Gemeinden ein Segen für die Kirche sein würde. Man müsse prüfen, welchen sittlichen Einfluß das Verwerben der geistlichen Arbeiter auf den Charakter der Bewerber wie Verleiher ausübe? Die Versuchung sei immer da, die Schwierigkeiten der Lage, die Tüchtigkeit der Persönlichkeit in ein möglichst helles Licht zu stellen, um dadurch die Stelle zu bekommen, die in den Wünschen des Bewerbers liege. Aber nicht allein bei Gemeinden und Patronen, welche Wahlrecht hätten, sondern auch bei Herzogl. Consistorio sei das Bewerben drückend und von sittlichen Gefahren begleitet. Auch der Besetzungsmobus sei sehr mangelhaft. Der Antragsteller wolle indessen nur die drückende Nothwendigkeit einer Bewerbung um ein Amt oder Beförderung abgeschafft sehen, das Recht wolle er bestehen lassen. Keinem anderen Staatsdiener außer den Theologen und Volksschullehrern sei diese Last aufgebürdet, sich das ganze Leben hindurch bewerben zu müssen, wenn sie angestellt werden oder aufrücken wollten. Die Versuchung sei

zu naheliegend, daß nur um eine bessere Stelle zu erhalten, die Klagen über die eigene Lage das Maß der Wirklichkeit oft weit überschritten.

Wenn man auch nicht wünschen könne, Herzogl. Consistorium mit der Macht eines Papstes auszurüsten, so müsse doch demselben die Möglichkeit gegeben werden, wenigstens besser wie bisher die geeigneten Persönlichkeiten an den eines Arbeiters bedürftigen Platz zu senden. Eine Kunst, welche gerade die katholische Kirche so meisterhaft verstände. Um dieses einigermaßen zu erreichen, müsse die Sache folgendermaßen geregelt werden. Die Anstellung und Beförderung jedes Theologen, der praestanda prästirt, und gegen dessen Lehre und Wandel nichts Hinderndes vorläge, müsse wo irgend möglich nach der Anciennetät erfolgen, ohne alle Meldung seinerseits.

Wenn so die Anstellung gesetzlich erfolgen müsse, so brauche der Candidat sich entweder gar nicht zu bewerben oder seine Bewerbung zu welcher das Recht bestehen bliebe, erfolge in einer wesentlich anderen und angenehmeren Weise als bislang, indem sie in einer einfachen objectiven Darlegung der Gründe bestände, aus welchen sich der Candidat für eine bestimmte Pfarrstelle oder für eine bestimmte Kategorie von Land-, Stadtpfarren u. s. w. geeignet hielt. Solche Bewerbungen müßten von Herzogl. Consistorium thunlichst berücksichtigt werden, dasselbe müsse aber auch befugt sein, Geistliche an einen Platz zu senden, um welchen sie sich nicht beworben hätten. Ebenso wie bei der ersten Anstellung müsse das später möglich sein, wobei man gesetzlich festsetzen könne, daß eine Zwangsversetzung nur nach Ablauf einer bestimmten Reihe von Jahren und nur mit Zustimmung des Synodalausschusses statthaft sei. Man solle bedenken, wie schädlich es sei für Prediger und Gemeinden, wenn jemand um des Geldes willen sich dahin versetzen lasse, wohin er vielleicht nach leiblicher und geistlicher Unlage durchaus nicht passe, oder wie bedauerlich es sei, wenn jemand eine gute aber saure Pfarrstelle entweder nicht nehmen könne oder zu seinem Schaden auf Kosten seiner Gesundheit und nicht zur Freude seiner Gemeinde erwürbe. Es sei bekannt, wie groß die Einnahmeunterschiede zwischen Stellen gleicher Arbeitslast seien, und bekannt, wie gewaltig verschieden die Arbeitslast bei gleicher Einnahme sei. Wenn er nun den Geistlichen das Recht einer Bewerbung nicht nehmen wolle, so könne auch den Gemeinden an Stelle des Wahlrechts eventuell gestattet werden, der Behörde ihre Wünsche hinsichtlich des ihnen zu sendenden Geistlichen in der Weise zu äußern, daß sie die Eigenschaften, welche sie bei der Persönlichkeit als für ihre Verhältnisse passend fänden, zur Berücksichtigung vortrügen.

Der Antragsteller erblicke nun ferner die nothwendige Grundlage einer in dieser Hinsicht herbeizuführenden gesetzlichen Aenderung in der Loslösung der Pfründen von der einzelnen Stelle und in der Vereinigung der sämmtlichen Pfarreinnahmen des Landes in einen Centralfonds. Durch den auf diese Weise zu erreichenden neuen Besoldungsmodus der Geistlichen würden 1) die großen unzurechtfertigenden Ungleichheiten in der Einnahme, wobei zwei Personen des gleichen Alters und der gleichen Würdigkeit in der Einnahme vielleicht um 3000 M. unterschieden seien, verschwinden, 2) es würde um des Geldes willen sich niemand versetzen lassen müssen, der gerade in seiner Gemeinde zum Segen wirkte, um dahin zu kommen, wohin er nicht passe, 3) es würden nicht sehr saure Stellen schlecht, sehr bequeme gut dotirt sein, 4) es würde nicht ein zu häufiger Wechsel der Prediger stattfinden, 5) es bräuchten alte nicht mehr allen Anstrengungen gewachsene Prediger nicht um höherer Einnahmen willen eine Pfründe erwerben wollen, deren Arbeit sie gar nicht mehr gewachsen seien.

Zur sicheren Durchführung dieser Gedanken sei es freilich erforderlich, die Einnahmen der sämmtlichen Pfarrstellen im Lande in eine gemeinsame Cassé zu vereinigen, um dann aus dieser den einzelnen Geistlichen je nach dem Dienstalter derselben und der größeren oder geringeren Arbeitslast, die ihnen ihre Pfarrstelle auferlege, ihr Gehalt zu zahlen. Die

allmähliche Erhöhung des Gehaltes soll dann innerhalb eines niedrigsten und höchsten Satzes nach gewissen Dienstjahren und einer näher zu bestimmenden Classeneintheilung geregelt werden. Der Antragsteller gebe zu, daß über die kirchenrechtliche Zulässigkeit einer solchen Maßregel unter den Kirchenrechtslehrern gestritten werde, gelegentlich des Gesetzes, betreffs der Abnahme der Stolgebührenrente von einzelnen Pfarrstellen, des Emeritirungsgesetzes, des eben erst beschlossenen Gesetzes über Einrichtung einer gemeinsamen Pfarrwitwenenthumscaße sei aber für unsere Landeskirche der alte Rechtszustand durchbrochen. Was endlich die wirkliche Durchführbarkeit seines Vorschlages betreffe, so spreche dafür die Erfahrung, die man in vielen anderen Landeskirchen bereits gemacht habe. Der Antragsteller berufe sich dafür auf Erkundigungen, die er unter der Hand bei vertrauenswürdigen und mit den einschlagenden Verhältnissen vertrauten Persönlichkeiten eingezogen habe, die nach seiner Meinung wohl geeignet seien, die gegen das von ihm vorgeschlagene Verfahren a priori erhobenen Bedenken zu zerstreuen und dasselbe nach allen Richtungen hin zu empfehlen.

Dieses seien im Großen und Ganzen die Grundgedanken des Zerbst'schen Antrages. Die Commission habe sich eingehend mit allen Punkten desselben beschäftigt, dieselbe habe aber, wie er, Referent, bereits gestern hervorgehoben habe, sich nicht davon überzeugen können, daß es sich hier bei den von dem Antragsteller dargelegten Zuständen um so schreiende Nothstände handele, daß dieselben eine schnelle Abhülfe in der vorgeschlagenen Weise erheischen. Die Commission habe dem Antragsteller in vielen Beziehungen Recht geben müssen und anerkannt, daß allerdings auf diesen beregten Gebieten mancherlei schwere Uebelstände wohl noch zu beseitigen sein würden. Es seien das aber zum Theil Uebelstände, wie sie in allen menschlichen Einrichtungen zu finden seien. Die Herzogliche Kirchenregierung habe aber auch schon seit längerer Zeit mit Umsicht und Eifer dahin gearbeitet, jenen Uebelständen nach Möglichkeit abzuhelpen und dieselbe würde fortfahren, auf diesem Wege weiter zu arbeiten.

Namentlich, was die Besoldung der Prediger anbeträfe, seien doch von der Kirchenregierung große Verbesserungen geschaffen und sei dieselbe fortgesetzt damit beschäftigt an Stellen, wo es nöthig sei, zu helfen. Die große Beweglichkeit in der Besetzung der Pfarrstellen sei veranlaßt durch die Einführung der Emeritirungsordnung, welche zu Anfang naturgemäß zahlreiche Anträge auf Emeritirung zur Folge hätte haben müssen, und dem damit zusammenstreichenden Mangel an jungen Candidaten. Auch in dieser Beziehung herrsche zur Zeit schon wieder ein ruhigerer normaler Zustand; an Candidaten sei entschieden schon jetzt ein Ueberfluß vorhanden und es werde dem Herzogl. Kirchenregiment vorbehalten bleiben, die damit gegebenen Kräfte in angemessener Weise zur Abstellung der geschilderten Nothstände in der Kirche zu verwerthen. Der Vorschlag des Antragstellers, es möge der Staat und die Gemeinden zu größeren Leistungen für die Kirche gekehrt herangezogen werden, lasse sich wegen seiner Undurchführbarkeit in der allgemeinen Form nicht empfehlen. Im Einzelnen hätten sich der Staat und die Gemeinden noch immer bereit finden lassen in Nothfällen ausreichend zu helfen, es erscheine aber der Commission nicht angänglich, unter der Angabe es seien Verbesserungen an Kirchen und Pfarr- und Schulgebäuden nothwendig große Summen anzufordern, von denen doch nur ein Viertel wirklich verwandt, der Rest aber auf 10 Jahre gesammelt werden solle, um davon die Kosten von Neubauten von Kirchen und von Neubegründung von Pfarrsystemen zu bestreiten.

Die von dem Antragsteller gewünschte Freiheit für das Herzogliche Consistorium in Bezug auf Gründung neuer Parochien bestehe schon jetzt und sei in verschiedenen Fällen benutzt, es sei aber unmöglich, das Herzogliche Consistorium mit dem Recht auszustatten, die Gemeinden und gar den Staat zu zwingen, überall da die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, wo das Herzogliche Consistorium die Nothwendigkeit der Neueinrichtung

eines Pfarrsystems erkannt habe. Was endlich den Wunsch des Antragstellers betreffe, es möge die Art der Bestallung und Besoldung der Geistlichen geändert werden, so werde sich die Bewerbung um andere Stellen nicht vermeiden lassen, es solle nicht gelehnet werden, daß darin etwas Unbezagliches, ja für manche Geistliche sittlich verführerisches liegen könne, das Bedürfniß nach Veretzung stärker als nöthig zu betonen, aber eine das kirchliche Leben bedrohende Gefahr könne Commission nach den bisherigen Erfahrungen in dieser Art der Stellenbeziehung nicht sehen. Noch weniger aber könne sich die Commission die weiteren Gründe des Antragstellers zur Durchführung seiner Vorschläge aneignen. Herzogliches Consistorium habe dafür gesorgt, daß schon jetzt die Einnahmen der Geistlichen auch abgesehen von ihrer Pfründe durch Zulagen erhöht werden können: durch Sicherung des Normaleinkommens, durch Alterszulagen, durch die Folgen des Emeritirungsgesetzes, und des Gesetzes über die gemeinsame Pfarrwittwenbundschaft, durch die Beilegung von höheren Kirchenämtern. Es werde dadurch von selbst möglich werden, die einzelnen Geistlichen länger in ihren Stellen als sonst zu belassen, es könnten auch jüngere Prediger auf Stellen befördert werden, die früher nur älteren zugänglich waren; daß sei schon lange Grundsatz Herzogl. Consistoriums gewesen, Prediger in sehr hohem Lebensalter gar nicht mehr zu versetzen. Undurchführbar aber sei der Gedanke des Antragstellers, daß die Höhe des Gehaltes auch abhängig sein solle von der mit der Stelle geforderten größeren oder geringeren Arbeit. Das geschähe auf keinem Gebiete des Staatslebens.

Die Commission habe aber entschieden die größten Bedenken gegen Abschaffung des Pfründenystems gehabt, wenn auch in anderen Ländern z. B. Württemberg, Baden, Oldenburg, Hannover diesbezügliche ähnliche Einrichtungen, wie sie der Antragsteller wünsche, bereits getroffen seien. Es sei doch eine schwer zu entscheidende und zu überhebende Frage, ob man auch in unserem Herzogthum mit Vortheil von den alten Einrichtungen abgehen könne. Die Commission habe aus allen diesen Gründen entschiedene Bedenken gehabt auf die Vorschläge des Abgeordneten Zerbst weiter einzugehen, sei vielmehr der Meinung gewesen daß man die Wirkung der verschiedenen seitens der Herzoglichen Kirchenregierung versuchten Maßregeln, den Uebelständen in Beziehung auf Anstellung und Besoldung der Geistlichen abzuwehren, abzuwenden möge.

Er wolle deshalb den in der gestrigen Sitzung im Namen der Commission gestellten Antrag nochmals der Versammlung zur Annahme empfehlen, wobei er jedoch bemerken wolle, daß in demselben ein Redactionsversehen enthalten sei, und daß derselbe folgendermaßen lauten müsse:

„Hochwürdige Synode wolle, trotzdem sie das Vorhandensein der in den Anträgen des Abgeordneten Zerbst beregten Uebelstände in gewissen Maßen anerkannt, diesen Anträgen keine Folge geben.“

Nachdem hierauf die Berathung über den Antrag des Abgeordneten Zerbst sowie über den zu demselben gestellten Commissionsantrag von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet war, führte der Abgeordnete Zerbst zunächst folgendes an:

Der Herr Referent habe über den von ihm gestellten Antrag einen so umfassenden, objectiven und unparteiischen Bericht erstattet, daß er, Redner, sich nicht mehr veranlaßt sehen könne, nochmals in längerer Ausführung auf denselben zurückzukommen, daß er vielmehr nur einige Worte hinzuzufügen habe. Er sei sich bei Stellung seines Antrages auf Abhilfe der Kirchennoth und der Mängel des Besoldungs- und Besetzungsmodus voll und klar bewußt gewesen, daß derselbe bei seiner ungeheuren Tragweite und der bedeutenden Schwierigkeiten, welche einer grundsätzlichen Aenderung des bisherigen Zustandes entgegen stehen möchten, nicht so ohne Weiteres von der Synode würde angenommen werden; er habe aber geglaubt,

daß das vielfache Ausdruckgeben des Bedauerns über schwer wiegende Mängel und Schäden Pflicht der Synode sei, und habe auch seinen Antrag durchaus nicht für einen rein theoretisch-doctrinären Traum halten können. Ihm sei es ein Bedürfniß gewesen, auf diese Nothstände hinzuweisen und eine Prüfung derselben in Anregung zu bringen. Wenn die Commission nach reiflicher Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß man vorläufig mit den vorhandenen Mitteln und Einrichtungen auskommen könne, so sei es selbstverständlich nicht mehr Sache des Einzelnen so große Veränderungen in Vorschlag zu bringen. Die Zukunft und der Erfolg werde es zeigen, was in seinem Antrage an berechtigten Wünschen enthalten sei. Nach 20 Jahren würde man vielleicht anders urtheilen. Er, Redner, würde sich sicherlich freuen, wenn er später erfahren würde, daß seine Befürchtungen unnütz gewesen seien. Er wolle aber bemerken, daß er mit seinen Befürchtungen und Wünschen, obgleich er jetzt zum ersten Mal damit an die Oeffentlichkeit getreten sei, durchaus nicht allein stände, sondern daß dieselben von vielen anderen Personen, welchen man Einsicht und Interesse zutrauen könne, seit langer Zeit schon wiederholt besprochen und getheilt seien. Er habe aber nie seine Gedanken und Vorschläge als die absolut richtigen hinstellen wollen, er habe nur prüfen wollen, ist der Zustand, den wir haben, ein normaler? Sind nicht etwa jetzt, wo die katholische Kirche mit aller Anstrengung und großem Erfolge ihren Kampf gegen unsere Kirche führt, Änderungen nöthig und möglich? Er habe nachzuweisen gesucht, daß Mißstände vorhanden seien, und es möglich sei, denselben abzuhelpen. So sei die Bewerbung ein entschiedener Mißstand, wenn derselbe auch durch die Lebenswürdigkeit der Behörde gemildert würde.

Die sittliche Gefahr, welche dieselbe mit sich brächte, sei nicht zu leugnen, und die Versuchung, wenn ihr auch gottlob! nicht jeder unterläge, vorhanden. Herzogl. Consistorium würde das am besten wissen und erfahren haben, wenn es die Aktenstücke von Gesuchen durchgelesen habe. Ein Mißstand liege ferner unzweifelhaft in dem Mißverhältnisse zwischen Arbeit und Lohn. Solche Unterschiede wie im geistlichen Stande, seien in keinem anderen Stande vorhanden. Es gäbe Prediger, die ganz gleichaltig seien, deren Arbeitslast aber höchst verschieden vertheilt sei, ohne daß ein Unterschied in der Besoldung vorhanden wäre. Es gäbe Unterschiede in der Besoldung von 1000 Thlr. und darüber, ohne daß dieselben durch Arbeit und persönliche Tüchtigkeit begründet seien. Der Grund zu diesen großen Ungerechtigkeiten sei aber in unseren Einrichtungen zu suchen.

Er müsse zugeben, daß das Emeritirungsgegesetz, die Ablösung der Stolgebühren u. s. w. in etwas Abhülfe geschaffen habe, auch eine Besserung in Bezug auf die Beweglichkeit der Besetzung der Pfarrstellen sei eingetreten. Das Kirchenregiment habe auch Gelegenheit gefunden, die einzelnen Personen zweckmäßiger für die einzelnen Stellen auszuwählen. Was die Aufhebung des Pfründenystems anlange, so sei ja das Princip, daß die Pfründen unantastbar seien, schon lange durchbrochen; am schärfsten durch den jetzigen Entwurf einer Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt. Die Abschaffung des Pfründenystems habe aber auch in den Ländern, wo sie geschehen sei, keine Mißstände hervorgebracht. Bei dem Entwurfe seines Planes habe er sich allerdings der optimistischen Ansicht hingegeben, daß Staat und Gemeinden ebenso freundlich und bereitwillig wie bisher dieselben Mittel zur Verfügung stellen würden. Wenn in seinen Gedanken etwas von Werth enthalten sei, so würde es bestehen, seien sie falsch, nun, so habe er sich geirrt, wie sich ja jeder Mensch irren könnte.

#### Der Abgeordnete Eißfeldt:

Man müsse doch dem Antragsteller dankbar sein, daß er diese Uebelstände angeregt habe, und die Landessynode habe seiner Ansicht nach allen Grund da zu bessern, wo es möglich sei. Vor allen Dingen habe der Antragsteller Recht in seinem Wunsche, da neue Pfarrstellen gegründet zu sehen, wo wirklich ein dringender Nothstand vorhanden sei. Und ein Nothstand sei in vielen Gegenden des Landes unzweifelhaft vorhanden, so z. B. auf dem

Sollinge, in Holzminden, auf dem Harze u. s. w. Namentlich aber befände sich die Stadt Braunschweig in einer großen und unbedingt einer baldigen Abhülfe bedürftigen Nothlage; zumal bei der centralen Bedeutung, welche Braunschweig auch in geistiger und kirchlicher Beziehung für das ganze Land habe. Die Seelenzahl in Braunschweig seien von 20000 auf 90000 gewachsen, aber die Pfarrstellen seien nicht vermehrt worden. Einzelne Pfarrstellen befänden sich in ganz besonders bedrängter Lage, so z. B. die zu St. Magni. Hier seien 2 Geistliche dazu berufen im Jahre etwa bei 700 Tausen, 500 Begräbnissen des kirchlichen Amtes zu walten, 400 Confirmanden zu unterrichten, 100 Trauungen zu halten u. s. w. Bei einer solchen Thätigkeit sei es aber unmöglich den Anforderungen der Pflege für die erwachsene Jugend und der seelsorgerischen Aufgaben auch nur annähernd gerecht zu werden.

Damit sei aber die vielfältige Verwahrlosung von Familien, da ihnen der Zuspruch des Seelsorgers nicht zur rechten Zeit geboten werden könne, verbunden. Er wolle nur hervorheben, daß eine Familie, wenn sie sittlich verkomme, dem Staate oft mehr an Gelde kostete, als die ganze Gründung einer neuen Pfarrstelle. Man habe berechnet, daß die Kosten für eine verwahrloste Familie, in mehreren Generationen, (Aufwand, entgangener Lohn &c.) die Höhe von 1 Million Thalern erreichten. Er wolle indessen der Herzogl. Landesregierung keine Unterlassungshünden vorhalten, denn dieselbe habe genügende Proben ihrer Bereitwilligkeit, Hülfe nach allen Kräften zu leisten, gegeben, indessen glaube er, daß Herzogl. Landesregierung sich auch jetzt wieder veranlaßt sehen könnte die Hand zu neuen Opfern und Gaben zu bieten. Er wolle deshalb folgenden Antrag stellen:

„Hohe Synode wolle Herzogl. Kirchenregierung ersuchen, von Herzogl. Landesregierung zur Gründung neuer Pfarrstellen besonders in der Stadt Braunschweig Landesmittel zu erwirken und Herzogl. Consistorio zur Verfügung stellen.“

Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde vom Herrn Vorsitzenden zur Berathung gestellt.

Der Abgeordnete von Gramm: Die Commission habe die Anträge des Abgeordneten Jербst wohlwollend geprüft und der Herr Referent habe einen höchst unparteiischen ausführlichen Bericht erstattet. Auch er stehe, so müsse er zugestehen, den Anträgen in hohem Grade sympathisch gegenüber, aber er müsse es für unmöglich erklären, einen anderen Beschluß als den der Commission zu fassen. Auch dem Antrage des Abgeordneten Eißfeldt könne unmöglich stattgegeben werden. Die Anträge seien zu allgemein und viel zu weitgehend; sie würden eine ganz außerordentliche Vorarbeit erforderlich machen. Die hervorgehobenen Uebelstände seien ja aber auch dem Herzogl. Kirchenregimente in jeder Weise bekannt, und sei dieselbe schon seit langer Zeit mit Eifer bemüht gewesen, denselben abzuheben; dieselbe würde auch fernerhin ohne weitere Anträge, was irgend möglich und erreichbar, zu erreichen und bessern bestrebt sein. Er müsse deshalb dringend bitten einfach dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Der Abgeordnete v. Schwarz (Gremlingen). Er müsse zugestehen, daß der Abgeordnete Jербst es der Commission sehr schwer gemacht habe zu einem andern Beschlusse und Antrage, als dem gestellten, zu kommen. Er würde es aber dennoch sehr bedauern müssen, wenn es nicht möglich sein sollte einen gebiegenen brauchbaren Kern aus denselben herauszuschälen. Es seien wirklich zum Theil Nothstände vorhanden. Ein Punkt würde auch keine so weite Arbeit erfordern, wie der Herr Vorredner gemeint habe, nämlich der Gesbtpunkt. Das Herzogl. Kirchenregiment würde gegen einen Antrag, wie ihn der Abgeordnete Eißfeldt gestellt habe, „Gelder flüssig zu machen“ nichts einzuwenden haben. Wenn jetzt ein großer Zufluß und Ueberfluß von jungen Theologen vorhanden und noch zu befürchten sei, so solle man doch auch Mittel und Wege ausfindig machen, um sie ihren Leistungen und Fähigkeiten gemäß demnächst beschäftigen zu können. In Preußen habe man kürzlich zu diesen Zwecken

reichliche Mittel flüssig gemacht. Er wolle deshalb bitten, wenigstens den Antrag des Abgeordneten Eißfeldt anzunehmen.

Der Abgeordnete Skerl:

Er wolle nochmals dem Antrage Eißfeldt gegenüber bemerken, daß die Kirchenregierung bisher bereitwillig auf alle Anträge eingegangen sei; daß aber die Landesregierung nicht so ohne weiteres in der Lage sei, — da käme erst noch der Abgeordnete Reuncke und andere Herren in Frage —, Gelder zu verwilligen. Er sei nun 25 Jahre lang hier in der Stadt und habe die Noth in derselben mit Angst und Sorge mehr und mehr anwachsen sehen; mit größter Kraftanstrengung habe das geistliche Ministerium gearbeitet derselben entgegen zu treten, und Herzogl. Kirchenregierung habe sich niemals gerechtfertigten Wünschen gegenüber ablehnend verhalten. Er bäte die Synode nochmals bei dem Commissionsantrage stehen zu bleiben.

Der Herr Consistorial-Präsident v. Schmidt-Phijeldeck:

Die Anträge des Abgeordneten Zerbst hätten insofern ihr Gutes gehabt, als sie einmal Veranlassung zu einer reiflichen und ernsthaften Prüfung in dieser Beziehung geboten hätten. Und so würde die jetzige Anregung vielleicht in Zukunft auch ihre Früchte tragen. Aber über diesen Nutzen hinaus könnten die Anträge vorläufig nicht geheißen. Bestimmte Beschlüsse würden von der Synode augenblicklich nicht mit Vortheil gefaßt werden können. Auf die Besoldungsfrage wolle er jetzt nicht weiter eingehen, er wolle nur constatieren, daß bei der Prüfung, welche Herzogl. Consistorium über diese Frage angestellt habe, in dem Wegfall des Pfründensystems keine überwiegende Vorzüge hätten gesehen werden können, sondern daß die Wagschaale entschieden zu Gunsten der hiesigen Verhältnisse ausgeschlagen sei. Was die Frage der Begründung neuer Parochien anlange, so sei ein Nothstand im Lande nicht, in der Stadt Braunschweig vorhanden. Dieser Nothstand sei aber der Kirchenregierung durchaus bekannt, und dieselbe arbeite mit allem Eifer, demselben abzuhefen — die Schwierigkeit liege nur in der Frage: Wie? Jedoch sei auch hier die Hoffnung auf einen baldigen gedeihlichen Abschluß vorhanden. Ob die Annahme des Antrages des Abgeordneten Eißfeldt beschleunigend wirken würde, wolle er dahin gestellt sein lassen. Was den Wunsch auf Bereitstellung von Geldmitteln anlange, so müsse er bemerken, daß in den letzten 10 Jahren, soweit sein Ueberblick reiche, da, wo sich ernsthafte Uebelstände gezeigt hätten, stets Abhülfe geschaffen sei. Es seien Parochien neu geschaffen; und Herzogl. Landesregierung habe die Kirchenregierung in diesen Bestrebungen nicht im Stich gelassen. Beihilfen seien gegeben sowohl zu neuen Pfarrstellen als Kirchenbauten. Daß dies hätte mehr sein können, ja, in dieser Beziehung sei die Landesregierung an die Mittel gebunden, welche ihr die Landesvertretung zur Verfügung stellte. Im Allgemeinen könne man sich mit der Sicherheit beruhigen, daß, sobald ein Project zur Reife gelangt sei, man der Beihilfe des Staates sicher sein könne.

Hierauf zog der Abgeordnete Eißfeldt seinen oben gestellten Antrag zurück und die Versammlung nahm ohne weitere Debatte den Commissionsantrag an.

Der Herr Vorsitzende stellte hierauf folgenden Antrag des Abgeordneten Skerl:

„Hochwürdige Synode wolle das hohe Kirchenregiment ersuchen, die einer Synode zu machenden Vorlagen, wenn irgend thunlich, dem Synodalausschusse so zeitig zu gehen zu lassen, daß dieser die Vorlagen, nachdem er die Wahlprüfungen vollzogen hat, den Synodalen zu übermitteln im Stande ist“, welcher vom Antragsteller kurz begründet wurde und genügende Unterstützung fand zur Berathung.

Der Antrag wurde von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Nachdem sodann noch der Abgeordnete Bach ein Schreiben der Landessynode vom 16. d. Mts., betreffend die zu dem Entwurfe eines Erlasses Herzogl. Consistorii, wegen Zulassung zur Confirmation, von der Versammlung vorgeschlagenen Wünsche verlesen hatte und dasselbe von der Versammlung genehmigt war,

wurde der Synodalausschuß mit der Abnahme des heutigen Protokolles sowie dem Erlasse etwa noch rückständiger Schreiben an Herzogl. Kirchenregierung beauftragt.

Der Herr Vorsitzende verlas sodann ein Höchstes Rescript vom heutigen Tage N. 1076, nach welchem die Landessynode geschlossen wird, und schloß die Sitzung.

Schließlich nahm der Abgeordnete v. Gramm Gelegenheit dem Herrn Vorsitzenden im Namen der Versammlung den wärmsten Dank auszusprechen für die wohlwollende und umsichtige Leitung der Verhandlungen.

Die Versammlung gab diesem Dankgefühle durch Erheben von den Sitzen Ausdruck.

Affsejor **Koch**, protokoll. Secretair.



## Anlage 1. (Prot. 1.)

Von Sr. Königl. Hoheit, dem Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig, gnädigst mit dem Auftrage beehrt, die fünfte ordentliche Landessynode zu eröffnen, lasse ich es mein Erstes sein, Sie, meine hochgeehrten Herren, die Sie, dem Rufe Sr. Königl. Hoheit folgend, sich heute zum Beginne Ihrer synodalen Thätigkeit hier versammelt haben, von ganzem Herzen willkommen zu heißen.

Als die vierte ordentliche Landessynode zusammentrat, geschah dies unter dem Drucke der Trauer und der schweren Sorge, welche in Folge des Hinscheidens Seiner Hoheit, unseres Herzogs Wilhelm, auf dem ganzen Lande und auf allen Gemüthern lastete, und von welcher auch unsere evangelisch-lutherische Landeskirche sich tief ergriffen finden mußte. In die Trauer um den dahingegangenen Hüter ihres Heiligthums — eine Trauer, welcher sie den vollsten und würdigsten Ausdruck gab — mischte sich unwillkürlich die Sorge um ihre nunmehr verschleiert vor ihr liegende Zukunft. Aber sie vertraute auf die Gnade des Höchsten. Wie der Höchste die lange segensreiche Regierung des verewigten Landesfürsten auch für sie eine Zeit stetigen friedevollen und segenbringenden Waltens und Wesens hatte sein lassen, so durfte sie sich der Zuversicht getrösten, daß Er sie auch fernerhin unter seinen gnädigen Schutz und Schirm werde nehmen wollen. Heute wissen wir längst, daß sie sich in dieser Zuversicht nicht getäuscht hat. In der Person des Prinzen Albrecht von Preußen, unseres durchlauchtigsten Regenten, hat Gottes Gnade unserer theuren Landeskirche einen obersten Bischof wieder verliehen, dessen von tiefster Erschlossenheit kirchlichen Sinnes getragener Weisheit und Fürsorge sie sich — freudig gehobenen Muthes — von Anfang an hat versichert halten dürfen und fortdauernd zu erfreuen haben wird. Um so freudiger werden denn auch Sie, meine hochverehrten Herren, sich der hochbedeutsamen Aufgabe widmen wollen, die Ihrer jetzt im Namen unserer Landeskirche wartet.

Und diese Kirche selbst — wie hochwerth Ihrer liebevollsten Hingebung an diese Aufgabe muß sie Ihnen, meine Herren Synodalen! erscheinen — sie, die entgegen einem schrillen und unseligen Widerstreite eigenfächtiger Meinungen in kirchlichen Dingen und in Sachen des Glaubens sich in ihrem Innersten den Geist des Friedens und den Einklang mit der Stimme des Evangeliums zu bewahren gewußt hat. Ich möchte hierbei wörtlich wiederholen dürfen, was in dieser Beziehung von dieser Stelle aus zu der zweiten ordentlichen Landessynode bei deren Eröffnung aus christgläubig beredtem Munde geredet wurde:

„Im Innern unserer Landeskirche giebt es wohl verschiedene Stellungen und Richtungen, aber keine Wortführer, welche in den geweihten Räumen der Kirche Sitz und Stimme fordern, um unser christliches Heiligthum den Glauben an den geoffenbarten Sohn des lebendigen Gottes zu bemäkeln und negiren.“

Das ist — Gott sei gepriesen! — bis heute wahr geblieben, und mit Gottes gnädigem Beistande werden wir uns dieses Segens auch ferner zu erfreuen haben; Sie aber, meine Herren Synodalen! werden Sich beglückwünschen wollen, daß dem Rufe, den diese Kirche an Sie ergehen läßt, kein Mißklang beigemischt ist, welcher in Ihren Verhandlungen einen, wenn auch nur unwillkürlichen Wiederhall finden könnte.

Von den Vorlagen, welche die Kirchenregierung Ihnen zu machen hat, werden die von Herzoglichem Consistorium zusammengestellten Mittheilungen über die Zustände und Verhältnisse unserer Landeskirche Ihnen abermals einen erfreulichen Einblick in das fortwährend reich und tiefbewegte innere Leben und Weben derselben und ihre Wirkungen nach außen hin gewähren, zugleich aber Ihnen in mannigfaltigster Beziehung Gelegenheit und Anlaß zur Erwägung von weiter fördernden Wegen und Mitteln darbieten können. — Von den übrigen Vorlagen, welche an Sie gelangen werden, dürfte Ihrer Aufmerksamkeit vorzugsweise der Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, zu empfehlen sein. Derselbe ergeht an Sie auf Anlaß eines bereits von der dritten ordentlichen Landessynode ausgesprochenen Verlangens, hat aber nicht wohl schon bei der vierten Synode eingebracht werden können. — Ferner werden Sie Sich durch den Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, und durch ein paar andere Gesetzentwürfe, eine Abänderung des §. 3 Nr. 3 resp. Nr. 7 der Synodalordnung, bezw. eine Ergänzung der Geschäftsordnung (§. 25) betreffend, beschäftigt finden.

Im Uebrigen behält die Kirchenregierung sich vor, Ihnen im Laufe der Sitzungsperiode auch noch andere Vorlagen zugehen zu lassen.

Ich schließe mit dem Ausdrucke der Freude, die es mir in meiner berufsmäßigen, herzinnig hoch und werth gehaltenen Stellung zu unserer evangelisch lutherischen Landeskirche gewährt hat, mich mit dieser zuversichtlichen Ansprache an Sie, meine hochgeehrten Herren! beim Beginne Ihrer synodalen Thätigkeit wenden zu dürfen.

Nr. 27.

Anlage 2. (Prot. 1.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Ew. Königlichen Hoheit präsentirt die versammelte 5. ordentliche Landessynode, der Vorschrift des Gesetzes vom 31 Mai 1871 Nr. 34, §. 18 Abs. 2 entsprechend, zu dem Amte eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters die Abgeordneten

Kreisdirector Lerche aus Gandersheim,

Pastor Skerl von hier,

Oberbürgermeister Pockels von hier,

mit dem unterthänigsten Ersuchen, einem derselben als Vorsitzenden und einem als dessen Stellvertreter die Landesfürstliche Bestätigung gnädigst ertheilen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht

**Ew. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 19. Decbr. 1888.

unterthänigst = treu = gehorjamste  
Landes = Synode.

Der Alters = Präsident.  
**A. H. T. Kuhn.**

**Koch,** Assessor, protokoll. Secretair.

Anlage 3. (Prot. 1.)

**Albrecht, Prinz von Preußen u., Regent des Herzogthums  
Braunschweig.**

Wir wollen auf den Bericht vom heutigen Tage dem Abgeordneten Kreisdirector Lerche aus Gandersheim als Vorsitzenden der fünften ordentlichen Landes-synode, und dem Abgeordneten Pastor Dr. Skerl von hier als dessen Stellvertreter Unsere Bestätigung hiermit ertheilen.

Braunschweig, den 19. December 1888.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**W i r t.**

An  
die Landes-Synode  
hieselbst.

N<sup>o</sup> 8664.

Anlage 4. (Prot. 1.)

Den Ausschuß der Landessynode setzen Wir im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit, des Regenten des Herzogthums, hierdurch ergebenst davon in Kenntniß, daß die sämmtlichen Mitglieder des Herzoglichen Staatsministeriums ermächtigt sind, die Kirchenregierung bei den Verhandlungen der auf den 17. d. Mts. berufenen fünften ordentlichen Landessynode zu vertreten, und daß insbesondere der Wirkliche Geheimerath Dr. jur. Wurf den Auftrag erhalten hat, den Verhandlungen als Commissar Seiner Königlichen Hoheit beizuwohnen.

Durch welche Mitglieder das Herzogliche Consistorium sich vertreten lassen (S. Anl. 4a) wird, darüber werden Wir alsbald Mittheilung machen.

Braunschweig, den 11. December 1888.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Wurf.

An  
den Ausschuß der Landessynode  
hieselbst.

Nr 8769.

Anlage 4a. (Prot. 1.)

**Albrecht**, Prinz von Preußen zc., Regent des Herzogthums  
Braunschweig.

Wir setzen den Ausschuß der Landesynode hierdurch davon in Kenntniß, daß  
Unser Herzogliches Consistorium Sich durch nachstehende Mitglieder:

Consistorial-Präsident von Schmidt-Bisfeld, ,

Consistorialrath Abt Dr. Sallentien,

Consistorialrath Spieß und

Consistorialrath Rohde

bei den Verhandlungen der fünften ordentlichen Landesynode vertreten lassen  
wird.

Braunschweig, den 17. December 1888.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Wirt.**

An  
den Ausschuß der Landesynode.

Nr 8420.

Anlage 5. (Prot. 1.)

Den geehrten Ausschuß der Landes-Synode setzen Wir hierdurch ergebenst davon in Kenntniß, daß der zur Zeit der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig zur Beschäftigung überwiesene Assessor Koch hieselbst mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte der fünften ordentlichen Landes-Synode beauftragt ist, und daß die erforderlichen Registraturgeschäfte einschließlich der Cassen- und Rechnungsführung von dem Landschafts-Secretair Deicke hieselbst werden übernommen werden.

Braunschweig, den 7. December 1888.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staats-Ministerium.  
Wirt.

An

den Ausschuß der Landes-Synode.

N<sup>o</sup> 7490.

Anlage **G.** (Prot. 1.)  
 (Nebst Anlagen G a und I bis III.)

## Albrecht, Prinz von Preußen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig.

In Gemäßheit des §. 20. II. Abj. 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 Nr. 34, die Errichtung einer Landes-Synode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, lassen Wir der Landes-Synode eine vom Herzoglichen Consistorium entworfene und von Uns genehmigte eingehende Mittheilung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche hierneben mit dem Anheimgeben zugehen, die Mittheilung der dortseitigen Verathung über die Zustände und Bedürfnisse der Landeskirche zum Grunde legen zu wollen.

Braunschweig, den 19. December 1888.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

An  
die Landes-Synode.



## Anlage 6a. (Prot. 1.)

Bei der Mittheilung, welche mit Höchster Genehmigung die unterzeichnete Kirchenbehörde der Hochwürdigsten Landes-Synode in Gemäßheit der Bestimmung in §. 20 II. Abf. 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landes-Synode zc. betreffend, im Folgenden zu machen sich beehrt, sind wesentlich die Jahre 1884 bis 1887 incl. ins Auge gefaßt worden.

### Cap. I.

#### Verhältniß der Landeskirche zum Staate.

Seit dem Erlasse des Gesetzes, den Erlaß der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche betreffend vom 27. März 1882 (M. 16) sind Aenderungen in der Gestaltung des Verhältnisses der Landeskirche zum Staate nicht eingetreten.

### Cap. II.

#### Verhältniß der Landeskirche zu der deutschen evangelischen Gesamtkirche, sowie zu den anderen Religionsgesellschaften im Lande.

A. Die hiesige Kirchenregierung hat ihre Betheiligung an der deutschen evangelischen Kirchenconferenz fortbauern lassen.

1. Bezüglich der Herbeiführung eines gemeinsamen Buß- und Bettages für das gesammte evangelische Deutschland hat die dritte ordentliche Landes-Synode in ihrem Höchsten Orts erstatteten Berichte vom 7. December 1880

„1) mit der Wahl des letzten Freitags im Kirchenjahre als neuen Buß- und Bettages, sowie

2) damit sich einverstanden erklärt, daß, sobald die Anordnung der Feier des Buß- tages am gedachten Tage sowohl für die alten preussischen Provinzen, als auch für die Provinz Hannover erlassen sein wird, der hier zu Lande am Mittwoch in der Martiniwoche gefeierte Buß- und Bettag auf den letzten Freitag im Kirchenjahre verlegt werde.“

Wir haben bereits in unserer der vierten ordentlichen Landes-Synode gemachten Mittheilung bemerkt, daß wir dem Vorstande der Eisenacher Kirchenconferenz hiervon Kenntniß gegeben und zugleich an den Evangelischen Oberkirchenrath in Berlin das Ersuchen gerichtet haben, sobald die Anordnung der Feier des Buß- und Bettages an dem gedachten Tage in den bezeichneten Preussischen Provinzen erlassen sein werde, uns davon gefällige Mittheilung

machen zu wollen, und daß uns eine derartige Benachrichtigung zugesagt worden sei, sobald es gelungen sein werde, die dort augenblicklich noch vorhandenen Anstände namentlich bezüglich der Provinz Hannover zu beseitigen.

Eine fernere Mittheilung in der Angelegenheit ist uns Seitens des Evangelischen Oberkirchenrathes zu Berlin seitdem nicht zugegangen.

Ueber den Stand der Angelegenheit ist in dem Geschäftsberichte des Vorstandes der deutschen evangelischen Kirchenconferenz vom Jahre 1886 Folgendes bemerkt:

„Was die von unserer Konferenz erstrebte gemeinsame Bußtagsfeier aller deutschen evangelischen Landeskirchen am Feiertage vor dem Sonntage des 1. Advents betrifft, so ist insofern ein erfreulicher Vorschritt zu verzeichnen, als die im Herbst des Jahrs 1884 stattgehabte außerordentliche Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche der Provinz Hannover einen dem diesseitigen Antrage entsprechenden Beschluß gefaßt hat und somit das hauptsächlichste Hinderniß beseitigt war, welches — sicherem Vernehmen nach — bis dahin der Verlegung eines die bürgerliche Anerkennung des gemeinsamen Buß- und Bettages herbeiführenden Staatsgesetzes an den Landtag der preußischen Monarchie entgegengestanden hatte. Nun ist auch aus Anlaß dieses Umstandes nach einer Mittheilung des Evangelischen Oberkirchenraths zu Berlin von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten Vortrag in der Sache an das Königlich preussische Staatsministerium erstattet worden. Auch hat die zweite im vorigen Herbst abgehaltene ordentliche Generalsynode der evangelischen Landeskirche Preußens aus den gegen eine Verlegung des preussischen Bußtages eingegangenen Petitionen keine Veranlassung genommen, den auf solche Verlegung gehenden Beschluß der ersten Generalsynode aufzuheben, vielmehr an den Evangelischen Oberkirchenrath das Ersuchen gerichtet, die Bemühungen fortzusetzen, um den beschlossenen Buß- und Betttag in allen deutschen Staaten einzuführen. Ueber einen seitdem an kompetenter Stelle in dieser Angelegenheit gefaßten Beschluß ist bisher, so weit meine Kenntniß reicht, etwas nicht bekannt geworden. Zweifellos aber liegt nach den von den übrigen evangelischen Kirchenregierungen Norddeutschlands bereits mit Bestimmtheit abgegebenen Erklärungen die Sache so, daß, sobald das Königreich Preußen der in Aussicht genommenen gemeinsamen Bußtagsfeier den staatlichen Schutz gewährt, der Einführung derselben in diesem Theile des Deutschen Reichs ein Hinderniß nicht weiter entgegensteht.“

In dem Seitens des gedachten Konferenzvorstandes in diesem Jahre erstatteten Geschäftsberichte ist bemerkt:

„Anlangend die von hier aus für den Freitag vor dem 1. Advent empfohlene gemeinsame Bußtagsfeier in den deutschen evangelischen Landeskirchen, so scheint diese Angelegenheit noch auf derselben Stelle zu stehen, auf welcher wir sie vor zwei Jahren fanden. Wenigstens ist etwas, was auf einen Vorschritt in der Sache schließen ließe, nicht zur Kenntniß des Vorstandes gekommen.“

2. In Bezug auf die Einführung des von der Eisenacher Kirchenconferenz bearbeiteten evangelischen Militair-Gesang- und Gebetbuchs ist in dem von dem Vorstande der gedachten Kirchenconferenz im Jahre 1886 erstatteten Geschäftsberichte Folgendes bemerkt:

„Durch Erlaß Sr. Majestät des Königs von Preußen und Deutschen Kaisers vom 8. October 1884 ist die Einführung desselben bei der Königlich preussischen Armee in dem

Maße angeordnet worden, daß die noch vorhandenen Bestände des bisherigen Kirchenbuchs für das preußische Kriegerheer aufgebraucht und für die Zeit des Uebergangs die beiden Bücher neben einander gebraucht werden, die Anschaffung der neuen aber nach Maßgabe des durch den Abgang des alten Buches sich ergebenden Bedarfs, bezw. der verfügbaren Mittel erfolge; imgleichen daß wegen der Einführung des neuen Buchs bei den Contingenten derjenigen Bundesstaaten, welche sich zustimmend geäußert haben, das weiter Erforderliche veranlaßt werde. Hierauf ist mittelst provisorischen kirchlichen Gesetzes vom 7. August 1885 die Ingebrauchnahme dieses Buches für die im Großherzogthum Baden bestehenden evangelischen Militärkirchengemeinden angeordnet worden. Ebenso ist mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs von Sachsen dessen Einführung im sächsischen Armeecorps durch das sächsische Kriegsministerium bereits im Gange und zwar in einer von dem evangelischen Landesconsistorium zu Dresden bearbeiteten Ausgabe, welche den ersten, die Ordnung des Gottesdienstes betreffenden Theil, sowie den Katechismus Luthers in der den Verhältnissen der sächsischen Landeskirche entsprechenden Form, auch den Fahneneid in der für Sachsen bestimmten Fassung darbietet.“

Nach der im Jahre 1886 zwischen der diesseitigen und der Königlich Preussischen Regierung abgeschlossenen Militär-Convention ist das gedachte Militär-Gesang- und Gebetbuch auch für die vormalig Braunschweigischen Truppentheile zur Einführung gelangt.

B. Im Verhältnisse zu der römisch-katholischen, der reformirten Kirche und den Secten im Lande ist eine Aenderung nicht eingetreten.

### Cap. III.

#### Kirchenverfassung.

A. In dem Organismus der Behörden der evangelisch-lutherischen Landeskirche ist eine Veränderung nicht eingetreten.

B. Hinsichtlich der im Herzogthume vorhandenen General-Stadt- und Special-Inspectionen bemerken wir Folgendes:

1) Bezüglich des Sitzes derselben haben in den Jahren 1884—1887 nachstehende Veränderungen stattgefunden:

- a. die Special-Inspection Schöppenstedt hat ihren Sitz wieder in Schöppenstedt erhalten,
- b. die Special-Inspection Semmenstedt hat ihren Sitz gegenwärtig in Gr.-Biewende,
- c. die Special-Inspection Ahlum in Cremlingen,
- d. die Special-Inspection Barum wird provisorisch von Lichtenberg aus mit verwaltet,
- e. die Special-Inspection Campen hat gegenwärtig ihren Sitz in Lehre,
- f. die Special-Inspection Zimmerlah in Zimmerlah,
- g. die Special-Inspection Wolsdorf wird provisorisch von dem General-Superintendenten in Helmstedt mit verwaltet,
- h. die General-Inspectionen Gandersheim und Holzminden und die Special-Inspection Gandersheim haben ihren Sitz in Gandersheim,
- i. die Special-Inspection Ottenstein in Halle.

2. Die dritte ordentliche Landes-Synode hatte Höchsten Orts in ihrer Eingabe vom 10. December 1880 unter *N.* 1 beantragt:

„es möchten da, wo die Verhältnisse es wünschenswerth erscheinen lassen, einzelne Special-Inspectionen zusammengelegt werden.“

Ein Anlaß zu einer derartigen Zusammenlegung hat sich durch die Erledigung der Superintendentur in der Specialinspection Siedte dargeboten, und mittelst Höchsten Rescripts vom 24. Februar 1887 *N.* 1215 ist auf unseren Antrag genehmigt worden, daß die bisherige Inspection Siedte — früher Querum — als ein selbstständiger Superintendentur-Bezirk zum 1. März 1887 aufgehoben und von dem gedachten Tage an die Pfarochien Querum, Wendhausen, Hondelage und Wenden der Special-Inspection Lehre, die Pfarochien Mascherode, Rautheim und Siedte aber der Special-Inspection Salzdahlum zugetheilt werden.

3. In derselben Eingabe hat die Landes-Synode unter *N.* 8 beantragt:

„daß den General- und Special-Superintendenten ein Fixum von 300 *M.* ausgeworfen werde.“

Mit Genehmigung der Landesversammlung ist die bisherige Remuneration der General- und Special-Superintendenten durch einen Zuschuß aus der Klosterreinertragscasse vom 1. Januar 1885 an auf jährlich 300 *M.* erhöht worden.

4. Kirchenvisitationen sind in den Jahren 1884 bis 1887 (incl.) gehalten:

a. in der General-Inspection Wolfenbüttel:

1884 zu Salder, Wabum, Ahlum,

1885 zu Lebenstedt, Gr. Biewende, Gebhardshagen, Gr. Dahlum, Schlieftedt,

1886 zu Hedeper,

1887 zu Apelnstedt, Kl. Stöckheim, Remlingen.

b. in der General-Inspection Braunschweig:

1884 zu St. Andreas in Braunschweig, Duttonstedt,

1885 zu St. Martini in Braunschweig, Gr. Brunsrode, Siedte,

1886 zu Völkenrode, Meerdorf, Bevenrode, Volkmarode, Zimmerlah,

1887 zu St. Magni in Braunschweig, Gardeßen, Bettmar, Delper.

c. in der General-Inspection Helmstedt:

1884 zu Wolsdorf, Vorsfelde, Mackendorf, Parsau, Zobbenitz,

1885 zu Zerzheim, Marienthal,

1886 zu Volkmarisdorf,

1887 zu Rickensdorf, Saalsdorf, Belpke, Marienberg, Babsdorf.

d. in der General-Inspection Gandersheim:

1884 zu Schlewede,

1885 zu Ostharlingen.

e. in der General-Inspection Holzminden:

1884 zu Rühle,

1885 zu Hehlen, Remnade, Golmbach,

1886 zu Ottenstein, Bessingen,  
1887 zu Grave, Hehen, Meinbregen.

f. in der General=Inspection Blankenburg:

1887 zu Gattenstedt, Hohegeiß.

Wegen der zahlreichen, oft längere Zeit andauernden Pfarrvacanzen, sowie wegen Krankheit des Visitators oder der betreffenden Geistlichen hat in vielen Fällen ein Aufschub der zu haltenden Visitationen eintreten müssen.

C. In dem Zeitabschnitte von 1884 bis 1887 sind folgende Aenderungen in den Pfarr= bezw. Kirchengemeindebezirken vorgekommen:

1. Der vorher noch zum Pfarrverbande der St. Catharinenkirche in Braunschweig und demgemäß zur Stadtinspection Braunschweig gehörig gewesene Theil des Ortsgemeindebezirks von Glesmarode ist auf unseren Antrag zufolge Höchsten Rescripts vom 7. Januar 1886 *N*. 8676 unter vorschriftsmäßiger Mitwirkung der zuständigen Organe dem Parochialbezirke Querum=Kiddagshausen, dem der übrige Ortsgemeindebezirk Glesmarode bereits angehörte, und damit zugleich der Specialinspection Querum beigelegt worden.

2. Mittelft Rescripts vom 15. März 1886 *N*. 370 ist auf unseren Antrag Höchsten Orts die Aufhebung der parochialen Verbindung der Gemeinde Mönche=Schöppenstedt mit der Gemeinde Mascherode verfügt und die parochiale Verbindung von Mönche=Schöppenstedt mit der Gemeinde Rautheim angeordnet, vorbehaltlich jedoch der Regulirung der danach sich ändernden rechtlichen Beziehungen der Gemeinden zu einander, der Patronatsverhältnisse, der beteiligten Geistlichen und Stiftungen. Diese Regulirung hat demnächst stattgefunden (s. indessen wegen der Patronatsverhältnisse Cap. V. C. 2 dieser Mittheilungen), und ist vom 1. Januar 1887 ab die Neuordnung der Parochialverhältnisse, nach welcher also die Gemeinde Mönche=Schöppenstedt fortan statt der Pfarre zu Mascherode die Pfarre zu Rautheim als die ihrige zu betrachten hat, in Kraft getreten.

3. Mittelft Rescripts vom 9. August 1887 *N*. 5464 ist Höchsten Orts die Abtrennung des Klostergutes Steinhof aus dem kirchlichen und Pfarrverbande des Kreuzklosters zu Braunschweig — für welches der Sitz der Pfarre in Lehdorf ist — und die Beilegung des gedachten Klostergutes zur Kirchengemeinde Watenbüttel und zugleich zum Pfarrverbande der combinirten Kirchengemeinden Wölkenrode und Watenbüttel — für welche der Pfarrsitz in Wölkenrode ist — unter Bestätigung gewisser wegen der Kirchen= und Pfarrverbandslasten getroffener Vereinbarungen verfügt worden.

D. Bezüglich der Einrichtung und des Wirkungskreises der Kirchenvorstände sind Aenderungen nicht eingetreten.

E. Die Inspections=Synoden sind gemäß der Bestimmung in §. 1 des Kirchengesetzes vom 6. Januar 1873 *N*. 5 in den Jahren 1885 und 1889 in sämtlichen Inspectionen gehalten worden. Die Special=Inspectionen Gandersheim und Greene, sowie Seesen und Gittelde haben in den Jahren 1885 und 1887, und die Special=Inspectionen Lichtenberg und Barum im Jahre 1887 ihre Synodal=Verhandlungen mit unserer Genehmigung vereint gehalten.

Auf Grund der Beschlüsse der vierten ordentlichen Landes-Synode ist das Kirchengesetz, betreffend die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Kirchengesetzes über die Einrichtung von Inspections-Synoden für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes und die Kirchenconvente vom 6. Januar 1873, unter dem 18. December 1884 als *Nr.* 48 dieses Jahrgangs der Gesetz- und Verordnungsammlung publicirt. Zufolge desselben ist im Jahre 1885 auf sein Ansuchen dem Director und Anstaltsgeistlichen des Wilhelmsstifts zu Bevern und ebenso dem Anstaltsgeistlichen der Idioten-Anstalt zu Neu-Grerode die Theilnahme mit Stimmrecht an den Inspections-Synoden Holzminden (Bevern) bezw. Siedte von uns verstattet, und sind die Kirchenvorstände von Bevern, bezw. Siedte veranlaßt, um derselben willen je ein zweites weltliches Mitglied für die bezüglichen Inspections-Synoden zu wählen.

Die von den Inspections-Synoden über unsere Vorlagen abgegebenen Erachten, dergleichen die an uns gerichteten Anträge und Wünsche derselben, auf welche Resolutionen erlassen sind, sowie anderweite Verhandlungen derselben, welche die Ertheilung von Resolutionen nicht veranlaßt haben, sind in dem folgenden Capitel von uns zusammengestellt worden.

F. In Beziehung auf die Landessynode und den Synodalausschuß und unsere Geschäftsbeziehungen zu denselben bemerken wir, daß sich in Angelegenheiten unseres Geschäftskreises während des Zeitraums von 1884 bis 1887 einschließlich nur einmal für uns ein specieller Anlaß geboten hat, sich mit dem Synodalausschuß in unmittelbare Verbindung zu setzen; und zwar in einem Falle, in welchem Höchsten Orts einem Prediger eine Pfarrstelle (zu H.) versprochen war, die Gemeinde aber die Vocation verweigerte, und nunmehr nach §. 27 *Nr.* 2 des Synodalgesezes vom 31. Mai 1871 *Nr.* 34, da wir diese Weigerung nicht für genügend begründet erachten konnten, zur Stellung des Antrages auf Höchste Ergänzung der verweigten Vocation die Zustimmung des Synodalausschusses erforderlich wurde. Auf unseren Antrag vom 16. Juli v. Js. wurde diese Zustimmung unterm 5. August v. Js. ertheilt. Mittelfst Rescripts vom 22. September 1887 *Nr.* 6221 ist demnachst die verweigte Vocation der betreffenden Kirchengemeinde Höchsten Orts ergänzt worden.

## Cap. IV.

### Verhandlungen der Inspections-Synoden.

#### I. Von denselben abgegebene Erachten.

##### A. im Jahre 1885.

Von der vierten ordentlichen Landes-Synode ist in der Sitzung vom 11. December 1884 auf Antrag des Abgeordneten Cunze nachstehender Beschluß gefaßt:

„Hergzogliches Consistorium zu ersuchen, die im nächsten Jahre zusammentretenden Inspections-Synoden zu veranlassen, sich über das Verhältniß der Kirche zu solchen, die sich durch Verweigerung von Trauung, Taufen und dergleichen der Mißachtung derselben schuldig machen, zu äußern.“

Demzufolge haben wir die Superintendenten angewiesen, den bezeichneten Gegenstand auf den im Jahre 1885 zusammentretenden Inspections-Synoden mit zur Verhandlung zu bringen und letztere zu veranlassen, ihr Erachten namentlich über nachstehende Fragen abzugeben:

- 1) In welcher Weise hat der Kirchenvorstand den Geistlichen in seiner seelsorgerischen Thätigkeit in Bezug auf solche, welche die kirchliche Trauung oder die Taufe ihrer Kinder verweigern, zu unterstützen?
- 2) Sind die betreffenden Ehemänner, resp. Väter, falls alle seelsorgerische Einwirkung auf sie fruchtlos geblieben ist, vom activen und passiven Wahlrechte auszuschließen?
- 3) Ist den betreffenden Eheleuten oder Eltern, resp. demjenigen Theile, durch dessen Schuld die kirchliche Handlung unterblieben ist, das Pathenrecht zu entziehen?
- 4) Ist denselben event. unter welchen Umständen, die Zulassung zum heiligen Abendmahl zu verweigern?
- 5) Ist nach der Geburt von Kindern solcher Eheleute, welche die kirchliche Trauung verweigert haben, überhaupt oder unter besondern Umständen die kirchliche Dank-sagung und die Einsegnung der Wöchnerin zu versagen?
- 6) Hat die Kirche bei dem Begräbnisse von Eheleuten, welche die Trauung und von Eltern, welche die Taufe ihrer Kinder verweigert haben, sich der Mitwirkung zu enthalten?

Die Inspections-Synode Braunschweig ist in eine nähere Erörterung der einzelnen Fragen nicht eingetreten, hat vielmehr nachstehende Resolution angenommen:

„Inspectionssynode hält in Anbetracht der großen Bedenken, welche der Wieder-einführung von Kirchenzucht entgegenstehen, die Zeit noch nicht angethan, daß in unserm Lande Maßregeln gegen die Verweigerer der kirchlichen Trauung und der Taufe gesetzlich fixirt werden, hält es vielmehr für zweckmäßig, abzuwarten, welche Erfahrungen in andern Ländern mit derartigen gesetzlichen Bestimmungen gemacht werden.“

Von den übrigen Inspectionssynoden sind die bezeichneten Fragen einer eingehenden Berathung unterzogen und ist von allen anerkannt, daß die Kirche solchen ihrer Glieder gegenüber, welche bei Eingehung ihrer Ehe die kirchliche Trauung verschmähen, oder die Taufe ihrer Kinder verweigern, sowohl zur Wahrung ihrer eigenen Ordnung, als um der Irrenden selbst willen Stellung zu nehmen und ihr Verhalten zu regeln habe. Nur über die Art der zu ergreifenden Maßregeln ist bei den Inspectionssynoden eine mehrfache Verschiedenheit der Ansichten hervorgetreten. Die Frage:

- 1) „In welcher Weise hat der Kirchenvorstand den Geistlichen in seiner seelsorgerischen Thätigkeit in Bezug auf solche, welche die kirchliche Trauung oder die Taufe ihrer Kinder verweigern, zu unterstützen?“

ist von der Mehrzahl der Inspectionssynoden dahin beantwortet:

a. Der Kirchenvorstand hat die Betreffenden durch eins oder mehrere seiner Mitglieder auffuchen zu lassen, um sie durch freundliche, ernste Mahnung derselben zur Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten zu bewegen.

b. Bleibt diese Einwirkung erfolglos, so hat der Kirchenvorstand in seiner Gesamtheit den Betreffenden eine schriftliche Anmahnung zugehen zu lassen.

Nach der Ansicht eines Theiles der Inspectionssynoden ist mit dieser schriftlichen Mahnung unter Bezeichnung einer bestimmten Frist zur Nachholung des Versäumten der ausdrückliche Hinweis auf die Folgen einer ferneren Weigerung zu verbinden.

Nach der Ansicht eines andern Theiles hat der Kirchenvorstand, wenn auch die schriftliche Mahnung desselben längere Zeit hindurch erfolglos geblieben ist, den Betreffenden durch eine Zuschrift mitzutheilen, daß nunmehr die mit ihrer Weigerung verbundenen Folgen (s. unter Frage 2 ff.) eintreten werden.

Von mehreren Inspectionssynoden ist namentlich im Hinblick auf größere Gemeinden — auch darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Kirchenvorstandes, wenn ihnen Fälle von Trauungs- oder Taufverweigerung (sei es bereits geschehener oder beabsichtigter) bekannt geworden sind, den Geistlichen davon in Kenntniß zu setzen und zugleich den Gründen der Weigerung nachzuforschen haben.

Von einigen Inspectionssynoden ist noch der Vorschlag gemacht, vor Zustellung der sub b. bezeichneten schriftlichen Mahnung den Geistlichen zu veranlassen (event unter Zuziehung einiger Mitglieder des Kirchenvorstandes), die Betreffenden aufzusuchen und Namens des Kirchenvorstandes zu ermahnen.

Außerdem ist noch darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Kirchenvorstandes bei dem Vorkommen von Fällen der bezeichneten Art ihr mißbilligendes Urtheil über dieselben stets offen kund zu geben und für die Beschlüsse des Kirchenvorstandes den Gemeinden gegenüber solidarisch einzustehen hätten.

- 2) Die Frage: „Sind die betreffenden Ehemänner, resp. Väter, falls alle seelsorgerische Einwirkung auf sie fruchtlos geblieben ist, vom activen und passiven Wahlrechte zu kirchlichen Aemtern auszuschließen?“

ist bezüglich des passiven Wahlrechtes von allen Inspectionssynoden, bezüglich des activen von allen mit einer Ausnahme bejaht worden. Von einer Inspectionssynode ist der Zusatz gemacht: unter der Voraussetzung, daß in der Verweigerung der kirchlichen Handlung eine thatsächliche Verachtung der Religion oder der Kirche sich kundgiebt.

- 3) Die Frage: „Ist den betreffenden Eheleuten oder Eltern, resp. demjenigen Theile, durch dessen Schuld die kirchliche Handlung unterblieben ist, das Pathe[n]recht zu entziehen?“

ist a. bezüglich der Eltern, welche die Taufe ihrer Kinder verweigert haben, bezw. des schuldigen Theils derselben, mit einer Ausnahme von sämtlichen Inspectionssynoden bejaht worden; von einer unter der sub 2 am Schluß bezeichneten Voraussetzung;

b. bezüglich der Eheleute, welche die Trauung verweigert haben bezw. des schuldigen Theiles derselben von drei Inspectionssynoden verneint. Die übrigen haben sie sämtlich bejaht, drei unter der Voraussetzung sub 2, — eine mit der Beschränkung, daß Eheleuten, welche sich nicht haben trauen lassen, dagegen ihre Kinder zur Taufe gebracht haben, das Pathe[n]recht in der Regel zu belassen sei, — eine mit der Bemerkung, daß die Entziehung des Pathe[n]rechts von der Lage des einzelnen Falles abhängig zu machen sei, — und eine, daß denen gegenüber, welche die Trauung verweigert haben, die erdenklichste Milde zu üben sei, namentlich in dem Falle, daß sie etwa gleich im Anfange nach dem Inkrafttreten des Civilstandsgesetzes ihre Pflicht versäumt haben.

- 4) Die Frage: „Ist denselben, eventuell unter welchen Umständen, die Zulassung zum heiligen Abendmahl zu verweigern?“

ist von vier Inspectionssynoden sowohl bezüglich der Trauungs-, als auch der Taufverweigerer



unbedingt verneint, von drei anderen wenigstens in Bezug auf die Trauungsverweigerer. Von der Mehrzahl ist die Frage dahin beantwortet, daß den Betreffenden die Zulassung zum heiligen Abendmahle nur dann zu verweigern sei, wenn die Unterlassung der kirchlichen Handlungen ihren Grund in offenkundiger Verachtung des göttlichen Wortes oder der kirchlichen Ordnung habe, bezw. wenn dieselben sich nicht bereit zeigen, die kirchlichen Handlungen nachzuholen, oder, falls dieses nicht möglich sein sollte, nicht wenigstens unzweideutig Reue über die Unterlassung derselben bekunden.

- 5) Die Frage: „Ist nach der Geburt von Kindern solcher Eheleute, welche die kirchliche Trauung verweigert haben, überhaupt, oder unter besondern Umständen die kirchliche Dankagung und die Einsegnung der Wöchnerin zu versagen?“

ist a. bezüglich der kirchlichen Dankagung von fast sämtlichen Inspections-Synoden bejaht worden, — von zweien mit der Bemerkung: wenn beide Eheleute an der Verweigerung der Trauung schuldig sind, bezw. unter der Voraussetzung sub 2, — von einer: wenn auch die Taufe des Kindes verweigert wird, — von einer: bis zu erfolgter Taufe, — von einer: in der Regel, — von zweien: unter erschwerenden Umständen. Von drei Inspections-Synoden ist die Frage verneint worden, von einer derselben jedoch mit der Bemerkung, daß die Dankagung zwar zu gewähren sei, aber unter Hinzufügung einer Fürbitte für das Kind und besonders (in seelsorgerischem Interesse) für die Eltern.

b. Bezüglich der Einsegnung der Wöchnerin haben unter der Voraussetzung, daß die Ehefrau an der Trauungsverweigerung der mitschuldige Theil sei, mit zwei Ausnahmen sämtliche Inspections-Synoden die Frage bejaht, — eine zugleich unter der Voraussetzung sub 2 — eine mit dem Zusatz: in der Regel, — zwei: unter erschwerenden Umständen.

- 6) Die Frage: „Hat die Kirche bei dem Begräbniße von Eheleuten, welche die Taufe ihrer Kinder verweigert haben, sich der Mitwirkung zu enthalten?“

ist von zwei Inspections-Synoden verneint, von den übrigen bezüglich des schuldigen Theils und unter der Voraussetzung, daß der Betreffende keine Reue bezeugt und in Verachtung der Kirche und ihrer Ordnungen gestorben sei, bejaht.

Von einem größeren Theile der Inspections-Synoden ist dabei insonderheit bemerkt, daß den Betreffenden das Grabgeläute und die Begleitung des Geistlichen zu versagen sei, — von einer: nur das Grabgeläute, — von dreien: daß auf Wunsch der Betheiligten eine Ansprache im Hause könne gehalten werden, — von einer: daß die kirchliche Dankagung zu gewähren sei.

Von mehreren Inspections-Synoden ist noch ausdrücklich hervorgehoben, daß auch die nach der Beantwortung der Fragen 2—5 zu entziehenden kirchlichen Rechte zurückzugeben seien, sobald die Betreffenden nachträglich ihren bezüglich kirchlichen Verpflichtungen nachgekommen seien, oder, falls dieses nicht möglich sein sollte, über die Unterlassung derselben unzweideutig Reue bezeugten.

B. im Jahre 1887.

Auf Veranlassung eines von dem Vorstande des Landwirthschaftlichen Centralvereins an Herzogliches Staatsministerium gerichteten und von diesem zum Berichte uns mitgetheilten Antrages „dahin wirken zu wollen, daß die Hagelfeier auf einen der Sonntage des Monats

Juni verlegt werde“, haben wir den Superintendenten aufgegeben, unter die Gegenstände der Verhandlungen der im Jahre 1887 zusammentretenden Inspections-Synoden auch diesen Antrag mit aufzunehmen.

Derselbe war in folgender Weise motivirt:

„Der Hagelfeiertag fällt im Braunschweigischen auf den Montag nach dem ersten Sonntage nach Trinitatis und darf während der Vormittagspredigt gesetzlich auf dem Lande keine Feldarbeit stattfinden, während Handel und Wandel in den Städten davon nicht berührt wird. Die ländliche Arbeiterbevölkerung betrachtet aber den ganzen Tag als Feiertag, und weder Tagelöhner, noch Gesinde versteht sich zu den in dieser Jahreszeit gerade sehr dringenden Feldarbeiten. Im Herzogthume Braunschweig, in welchem der Zuckerrübenbau eine so bedeutende Rolle spielt, ist Anfang bis Mitte Juni die Zeit, in welcher meistens die Rüben gezogen und beackert werden, und ein Tag Versäumniß kann sehr wesentlichen Schaden verursachen, noch mehr, falls derselbe wie der Hagelfeiertag auf einen Montag fällt, so daß während zweier Tage hinter einander die nothwendige Rübensculture nicht stattfinden kann“.

Wir haben die Superintendenten veranlaßt, namentlich eine Beantwortung nachstehender Fragen herbeizuführen:

1. In welchem Ansehen der Hagelfeiertag bei den zu dem bezüglichen Inspectionsbezirke gehörenden Gemeinden steht, insbesondere, wie sich der Besuch des Gottesdienstes an demselben im Vergleich zu dem durchschnittlichen Besuche des Gottesdienstes an den gewöhnlichen Sonntagen verhält?

2. Ob und eventuell welche Unzuträglichkeiten bei der Feier desselben an einem Montage hervorgetreten sind.

3. Ob die Verlegung der Feier auf einen Sonntag wünschenswerth erscheint?

Der Stadtinspektion Braunschweig sind die gedachten Fragen zur Beantwortung nicht zugeandt, weil in der Stadt Braunschweig der Hagelfeiertag (abgesehen von der St. Magnikirche, wo wegen der dort eingepfarrten Gemeinde Kühme ein Gottesdienst stattfindet), kirchlich nicht gefeiert wird.

Von mehreren Inspections-Synoden sind zunächst einige ungenaue Angaben in der Motivirung des betreffenden Antrages hervorgehoben:

a. daß der Hagelfeiertag im Braunschweigischen nicht auf den Montag nach dem 1. Sonntage nach Trinitatis falle, sondern zufolge der Höchsten Verordnung vom 28. März 1825 auf den zweiten, oder wenn dieser in die Pfingstwoche fällt auf den dritten Montag im Juni,

b. daß an demselben gesetzlich nicht etwa nur „während der Vormittagspredigt“ auf dem Lande keine Feldarbeit stattfinden dürfe, sondern daß dieselbe nach dem Polizeistrafgesetze §. 1 „bis nach beendigtem Vormittags-Gottesdienste“ verboten sei,

c. daß „Handel und Wandel in den Städten“ von dem gesetzlichen Schutze des Tages nicht etwa unberührt blieben, vielmehr von den Bestimmungen in §. 1 des Polizeistrafgesetzes (abgesehen von der Stadt Braunschweig) mit betroffen würden,

d. daß nur in einem Theile der Gemeinden des Landes die Arbeiterbevölkerung den ganzen Tag als Feiertag betrachte, während er in den übrigen Landestheilen der gesetzlichen Bestimmung gemäß nur als ein halber Feiertag gelte.

1. die erste der oben bezeichneten Fragen ist von der überwiegenden Mehrzahl der Inspections-Synoden dahin beantwortet, daß in fast sämtlichen Gemeinden des zu ihnen gehörenden Bezirks der Hagelseiertag in sehr hohem Ansehen stehe, und der Kirchenbesuch an demselben, den durchschnittlichen Besuch des Gottesdienstes an den gewöhnlichen Sonntagen — zum Theil sogar namhaft — übersteige, demselben aber mindestens gleich komme.

So: Schöppenstedt, Börßum (mit Ausnahme einer Gemeinde), Salzdahlum, Thiede-Engelnstedt, Lichtenberg-Barum, Timmerlah (mit Ausnahme einer Gemeinde), Wendeburg, Vorsfelde-Calvörde, Gandersheim-Greene, Seesen-Gittelde (mit Ausnahme der Stadt Seesen), Langelsheim, Holzminden-Bevern, Stadtholtenborn, Ottenstein, Hasselfelde, Lunsen-Thedinghausen.

Bezüglich der Inspektionen Campen, Königslutter, Ferzheim, Walkenried wird bezeugt, daß wenigstens in den meisten der zu ihnen gehörenden Gemeinden der Kirchenbesuch am Hagelseiertage besser sei, als durchschnittlich an einem gewöhnlichen Sonntage, oder ihm doch gleich komme.

2. Von der Mehrzahl der Inspections-Synoden ist anerkannt, daß mit der Ordnung, wornach die Hagelseier auf einen Montag fällt, für die Landwirthschaft wegen des Ausfalls eines (ganzen oder) halben Arbeitstages gewisse Unzuträglichkeiten verbunden seien, dieselben seien indessen nicht so durchgreifender Art, daß um derselben willen die Verlegung der Hagelseier auf einen Sonntag gerechtfertigt erscheinen würde, wie ja denn auch die Zuckerrüben-cultur in unserm Lande zu ihrer so hohen Blüthe trotz des bisherigen Hagelseiertages gelangt sei.

Als anderweite Unzuträglichkeiten, die bei der Anordnung der Hagelseier auf einen Montag hervorgetreten seien, sind von mehreren Inspections-Synoden noch folgende bezeichnet: daß, da der Hagelseiertag in der Stadt Braunschweig und in den Nachbarprovinzen kirchlich nicht gefeiert werde, die in der Nähe der Residenz oder an der Landesgrenze liegenden Ortschaften leicht in das sie umgebende Getriebe des Alltagslebens mit hineingezogen würden, — daß man hie und da der Versuchung erliege, den Hagelseiertag und den vorangehenden Sonntag als zwei arbeitslose Tage zu Volksbelustigungen, Schützen- und Sängereisten und dergl. zu benutzen, — daß, da der Hagelseiertag nicht zu den Feiertagen gehöre, an deren Vorabende geräuschvolle öffentliche Lustbarkeiten gesetzlich verboten seien, der Segen desselben durch die oft mit lautem Wesen erfüllte Vornacht vielfach beeinträchtigt werde.

3. Die Frage, ob die Verlegung der Hagelseier vom Montag auf einen Sonntag wünschenswerth erscheine, ist unter den 24 Inspections-Synoden von 22 verneint worden, und zwar von 14 Inspections-Synoden einstimmig, von Campen und Seesen-Gittelde mit allen gegen 1 Stimme, von Hasselfelde mit 8 gegen 2, von Blankenburg mit 15 gegen 4, von Vorsfelde-Calvörde mit 14 gegen 4, von Salzdahlum mit 19 gegen 6, von Ferzheim mit 7 gegen 6 Stimmen; von Königslutter ist das Stimmenverhältniß nicht angegeben. — Bejagt ist die Frage nur von den Inspections-Synoden Helmstedt-Bolsdorf und Schöningen und zwar von jeder derselben mit 7 gegen 6 Stimmen.

Die gegen die Verlegung der Hagelseier auf einen Sonntag geltend gemachten Gründe sind namentlich folgende:

Das religiöse Bewußtsein der Gemeinden würde eine starke Schädigung erleiden, wenn man eine althergebrachte und bewährte kirchliche Ordnung ohne zwingenden Grund um materieller Vortheile willen aufgeben wolle. — Auch könnte leicht der Schein erweckt werden, als wenn der Segen Gottes und die Bitte um denselben in unserer Zeit nicht mehr für so wichtig gehalten werde, als früher.

Die Verlegung komme einer Abschaffung gleich. In den ersten Jahren würde freilich wohl der Sonntag in den Hagelseiertag aufgehen, mit der Zeit aber der Hagelseiertag in den Sonntag und allmählich ganz in Vergessenheit gerathen. Das sei das Schicksal fast aller kleineren kirchlichen Feste gewesen, welche von einem besondern Wochentage auf einen Sonntag verlegt seien.

Entweder der Sonntag oder der Hagelseiertag würden ihren besondern Character verlieren. Der Hagelseiertag trage wesentlich Bußtagscharacter an sich, der Sonntag aber als Tag der Auferstehung Christi habe den Character eines Freudentages.

Unsere evangelische Kirche würde der katholischen Kirche gegenüber in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen, da diese um der bei der Rübcultur beschäftigten katholischen Arbeiter willen ihr etwa in die gleiche Zeit des Jahres und auch auf einen Wochentag fallendes Frohnleichnamsfest nicht aufgeben würde.

Auch in socialer Beziehung sei es nicht wohlgethan, den arbeitenden Klassen einen Tag der Ruhe und Erholung, welchen sie bisher besessen hätten, zu nehmen.

Von einigen Inspections-Synoden ist mit Rücksicht auf die in der Zeit des jetzigen Hagelseiertages besonders drängende ländliche Arbeit beantragt oder doch gewünscht, daß derselbe auf einen Montag in einer etwas früheren Zeit des Jahres verlegt werden möge, während dagegen ein solcher Antrag von andern Inspections-Synoden ausdrücklich abgelehnt ist. Von einigen Inspections-Synoden ist die Erhebung des Hagelseiertages zu einem ganzen Feiertage, oder die Aufnahme desselben unter die Feiertage, an deren Vorabende die Veranstaltung geräuschvoller öffentlicher Lustbarkeiten gesetzlich verboten ist, beantragt.

Wir lassen die in dieser Beziehung an uns gerichteten besonderen Anträge, bezw. Wünsche, hierunter folgen:

1. Herzoglichem Consistorium anheim zu geben, in Rücksicht auf die ländlichen Arbeiten die Verlegung des Hagelseiertages in eine frühere Zeit des Jahres, etwa um die Mitte des Monats Mai zu erwirken. (Thiede-Engelnstedt.)

Von der Inspections-Synode Börßum ist der Wunsch ausgesprochen, daß der Hagelseiertag auf einen Wochentag innerhalb der Zeit vom 20. Mai bis Ende des Monats Mai verlegt werden möge, — von der Inspections-Synode Zimmerlah, falls überhaupt eine Verlegung beliebt werden sollte, auf den Montag nach Jubilate.

2. Herzogliches Consistorium wolle dahin wirken, daß der Hagelseiertag zu einem ganzen Feiertage erhoben werde (Halle-Ottenstein), — als Wunsch ausgesprochen auch von der Inspections-Synode Walkenried und, falls überhaupt eine Aenderung vorgenommen werden sollte, von der Inspections-Synode Campen,

3. Herzogliches Consistorium möge dahin wirken, daß der Hagelseiertag in Zukunft denjenigen Feiertagen eingereiht werde, an deren Vorabende alle geräuschvolle öffentliche Lust-

barkeiten gesetzlich verboten seien (Holzminden, Stadtoldendorf), — als Wunsch ausgesprochen auch von der Inspektions-Synode Langelsheim.

## II. Anträge und Wünsche der Inspektions-Synoden, auf welche Resolutionen ergangen sind.

Außer den durch die vorstehenden Verhandlungen veranlaßten Anträgen sind von den Inspektions-Synoden noch folgende Anträge und Wünsche an uns gerichtet worden, welche wir nach einer durch ihre Gegenstände an die Hand gegebenen Ordnung zur Mittheilung bringen. Wir werden dabei zugleich bemerken, in welchen Jahren und auf welchen Inspektions-Synoden die bezüglichen Verhandlungen stattgefunden haben.

### A. Die Verfassung der Kirche.

#### 1. Landes-Synode.

##### Wahlkreise.

1. Antrag (Lunsen-Theedinghausen 1885): „Dahin zu wirken, daß die Parodie Lunsen-Theedinghausen mit dem Wahlkreise Braunschweig oder Wolfenbüttel behuf Ausübung des Wahlrechts zur Landessynode verbunden werde.“

Resolvirt: „Daß wir in Erwägung ziehen würden, ob von uns eine der nächsten ordentlichen Landessynode zu machende Vorlage wegen entsprechender Abänderung des §. 3 im Gesetze vom 31. Mai 1871 Nr. 34 Höchsten Orts empfohlen werden soll.“

#### 2. Inspektions-Synoden.

##### Eröffnung derselben durch einen Gottesdienst.

2. Antrag (Richtenberg 1885): „Daß in Zukunft die Verhandlungen der Inspektions-Synoden durch einen öffentlichen Gottesdienst in der Kirche eingeleitet werden.“

Resolvirt: „Daß wir, wie bisher, auch in Zukunft gern bereit sein würden, einem von dem betreffenden Superintendenten an uns gerichteten bezüglichen Antrage zu entsprechen.“

#### 3. Kirchenvorstand.

##### a. Wahlen zu demselben.

3. Antrag (Blankenburg 1885): „Darauf Bestimmung treffen zu wollen, was zu geschehen habe, wenn bei den Kirchenvorstandswahlen kein Wahlkörper zusammen komme.“

Resolvirt: „Daß uns der Erlaß darauf bezüglicher Bestimmungen nicht erforderlich scheine, da es Sache der betreffenden Geistlichen und der bisherigen Mitglieder des Kirchenvorstandes sei, dafür Sorge zu tragen, daß ein solcher Wahlkörper vorhanden sei.“

##### b. Vertretung der Kirchengemeinde durch denselben in vermögensrechtlicher Beziehung.

4. Antrag (Campen 1887): „Die Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dahin zu erwirken, daß der Kirchenvorstand die Kirchengemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung dem Gemeinderathe gegenüber selbstständig vertritt.“

Resolvirt: „Daß es zur Zeit nicht in unserer Absicht liege, unsererseits eine Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen anzuregen, daß wir den Antrag jedoch zur Kenntniß der nächsten ordentlichen Landes-synode bringen würden.“

## B. Pfarramt.

### Verwendung der Vacanzmittel.

5. Antrag (Holzminden 1885): „Dahin zu wirken, daß den vicarirenden Geistlichen auch für Amtshandlungen außer an den zu öffentlichen Gottesdiensten angeordneten Tagen die Fuhrkosten aus der Vacanzcasse gewährt würden.“

Resolvirt: „Daß wir nach den in der vierten ordentlichen Landes-synode über den Gegenstand gepflogenen Verhandlungen und da neue Gründe für den Antrag nicht vorgebracht seien, demselben Folge zu geben, nicht die Absicht hätten. „

## C. Opferleute.

6. Antrag (Ottenstein 1885): „Herzogliches Consistorium wolle die im Gesetze vom 17. April 1873 festgesetzte Vergütung von 150 M für diejenigen Lehrer, welche Kirchendienst versehen, angemessen erhöhen.“

Resolvirt: „Daß dem Antrage durch das Gesetz vom 29. März 1886 M. 18 entsprochen sei.“

## D. Das kirchliche Leben.

### 1. Cultus.

#### Gesangbuch.

7. Antrag (Stadtholbendorf 1887): „Eine eingehende Revision des Landesgesangbuches zu veranlassen.“

Resolvirt: „Daß wir nach den über den Gegenstand des Antrags gepflogenen Verhandlungen nicht die Absicht hätten, demselben zur Zeit Folge zu geben.“

8. Antrag. (Halle-Ottenstein 1887): „Herzogliches Consistorium wolle die Ausarbeitung eines neuen Gesangbuches als Erweiterung des Anhanges in Angriff nehmen.“

Resolvirt wie auf den Antrag unter 7.

### 2. Feiertage.

#### Confirmationstag.

9. Antrag (Lichtenberg 1885): „Da die Inspections-Synode Lichtenberg auf Grund gemachter Erfahrungen der Ansicht ist, daß die am bisherigen Confirmationstage hervorgetretenen Mißstände bei ernstlicher Kraftanstrengung sich im Wesentlichen abstellen lassen, im Uebrigen den Gründen gegen den weißen Sonntag zwingende Bedeutung nicht zuzuerkennen vermag, richtet dieselbe an Herzogliches Consistorium die Bitte, darauf hinzuwirken, daß die althergebrachte Sitte, die Confirmation am weißen Sonntage zu halten, auch ferner bestehen bleibe.“

(Ähnlich: Borchum, Campen, Bruchmachtersen, Schöppenstedt, Wolfenbüttel).

Resolvirt: „Daß in dem über den Beschluß der vierten ordentlichen Landessynode wegen Verlegung der Confirmation auf den Sonntag Palmarum Höchsten Orts von uns zu erstattenden Berichte der Antrag Beachtung finden werde.“

10. Antrag (Salzdahlum 1885): „Die Inspections-Synode Salzdahlum, überzeugt, daß der weiße Sonntag in seiner Bedeutung als Confirmationstag den Gemeinden unseres Landes durch alte Sitte lieb und theuer geworden ist, und daß der Verlegung der Confirmation auf den Palmsonntag nicht unerhebliche Bedenken entgegenstehen, bittet die hohe Landes-Synode: dieselbe wolle von der Verlegung der Confirmation auf den Palmsonntag Abstand nehmen, und ersucht Herzogliches Consistorium, diesen Antrag zur Kenntniß der Landes-Synode zu bringen.“

Resolvirt: „Dem Ersuchen werde Folge gegeben werden.“

### 3. Besondere kirchliche Handlungen.

#### 11. Antrag (Siedte 1885):

„1) durch eine Verordnung dafür Sorge zu tragen, daß

- a. überall die Pathen vor der Taufe dem Pastor angemeldet werden müssen,
- b. die aus fremden Gemeinden erscheinenden Pathen verpflichtet sind, sich durch Bescheinigung ihres Ortspredigers wegen ihrer Qualification als Pathen zu legitimiren;

2) eine Verordnung über gleichmäßiges Verfahren hinsichtlich der Anmeldung zum heiligen Abendmahle zu erlassen.“

Resolvirt: ad 1. a: „Daß die zeitige Anmeldung der Pathen vor der Taufe der kirchlichen Ordnung entspreche, und es Sache der Geistlichen sei, für Aufrechterhaltung derselben Sorge zu tragen, daß wir uns aber von einer unsererseits zu erlassenden bezüglichen Verordnung einen wesentlichen Erfolg nicht zu versprechen vermöchten,

ad 1) b, daß der Erlaß einer derartigen allgemeinen Bestimmung unthunlich erscheine,

ad 2), daß die Vorschrift eines gleichmäßigen Verfahrens hinsichtlich der Anmeldung zum heiligen Abendmahle mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse undurchführbar erscheine.“

12. Antrag (Königs-Lutter 1887): „Daß die seit dem Jahre 1799 zwischen dem derzeitigen Kirchenregimente und den Consistorien zu Magdeburg, Hannover u. s. w. bestehende Uebereinkunft: „daß von den Predigern der dortigen und hiesigen Lande, außer den Catechumenen von ausländischen Filial- und Pfarrdörfern keine Kinder des Auslandes zur Confirmation zugelassen werden sollen, es wäre denn, daß sie von einem Einwohner des andern Landes an Kindes Statt angenommen oder über Jahr und Tag vor der Confirmation dergestalt in dasselbe hinübergegangen wären, daß sie nach derselben nicht wieder in den Ort ihres vorigen Aufenthaltes zurückzukehren die Absicht hätten“ — dahin abgeändert werde: „daß Kinder, welche ein Jahr lang eine höhere städtische Schule besucht haben, auf den Wunsch der Eltern ohne Weiteres auch in der Kirche confirmirt werden dürfen, zu welcher die Schule gehört.“

Resolvirt: „Daß eine weitere Verfolgung des Antrages nicht in unserer Absicht liege, daß derselbe jedoch der nächsten ordentlichen Landesynode werde zur Kenntniß gebracht werden.“

13. Antrag (Schöningen 1885): „Daß in Zukunft das bisher jeder unverheiratheten Person, der es nachweislich oder geständlich nicht zu versagen ist, bei dem kirchlichen Aufgebote beigelegte Ehrenprädicat „Junggefell“ oder „Jungfrau“ überall wegfallen.“

Resolvirt: „Daß es nicht in unserer Absicht liege, eine dem Antrage entsprechende Vorlage für die nächste ordentliche Landes-Synode Höchsten Orts zu empfehlen, daß derselbe jener jedoch werde zur Kenntniß gebracht werden.“

14. Erklärung (Braunschweig 1887): „Die Synode hält den Erlaß eines Kirchengesetzes für angemessen, in welchem nachstehender Grundsatz zum Ausdruck gelangt:

Der Fall, wenn bei der Eheschließung eines Protestanten und einer Katholikin der Erstere das Versprechen vor einem katholischen Geistlichen abgegeben hat, daß die in der Ehe zu erwartenden Kinder in der Confession der Mutter erzogen werden sollten, muß als ein solcher angesehen werden, in welchem nach §. 5 eventuell 3 des Kirchengesetzes vom 8. December 1875 die kirchliche Trauung zu versagen ist.“

Resolvirt: „Daß wir den Antrag zunächst zur Kenntniß der nächsten ordentlichen Landes-Synode bringen würden, um derselben Gelegenheit zu geben, sich über denselben zu äußern.“

### E. Sittliche Zustände in den Gemeinden.

15. Antrag (Campen 1887): „Bei Herzoglicher Landesregierung eine Beschränkung der Festlichkeiten und besonders der Tanzvergünstigungen an Sonn- und Festtagen wegen der dadurch veranlaßten kirchlichen, sittlichen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schädigungen der Volkswohlfahrt herbeiführen zu wollen.“

Resolvirt: „Daß eine Anregung zu Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1882, die öffentlichen Tanzmusiken betreffend, von uns nicht beabsichtigt werde, daß der Antrag jedoch zur Mittheilung an die nächste ordentliche Landesynode gelangen werde.“

### F. Begräbnißwesen.

16. Antrag (Tergheim 1885): „Sorge tragen zu wollen, daß in der in Aussicht stehenden neuen Begräbnißordnung auch bezüglich des Verhaltens unserer Kirche und deren Geistlichen bei Begräbnißnissen von Angehörigen der katholischen Kirche oder anderer kirchlicher bzw. religiöser Gemeinschaften auf unsern evangelisch-lutherischen Begräbnißstätten die nöthigen Bestimmungen getroffen, oder doch, falls solches unthunlich erscheine, die Geistlichen unserer Kirche mit den nöthigen Weisungen in dieser Beziehung versehen werden.“

Resolvirt: „Daß der Antrag im Zusammenhange mit der Frage wegen einer zu erlassenden neuen Begräbnißordnung von uns werde in Erwägung gezogen werden.“

### G. Kirchenbuchführung.

17. Antrag (Lichtenberg 1885): „Daß den Standesbeamten die nachträgliche Beur-



kundung der Namengebung eines Kindes durch Aufnahme eines entsprechenden Vordrucks in das Geburts-Formular thunlichst erleichtert werde."

Resolvirt: „Daß es dazu einer Abänderung der in Folge des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875, die Beurkundung des Personenstandes u. betreffend, von Reichswegen vorgeschriebenen Formulare bedürfen würde, auf eine solche Abänderung hinzuwirken aber nicht in unserer Absicht liege, daß der Antrag indessen zur Kenntniß der nächsten ordentlichen Landes-Synode werde gebracht werden."

### H. Gemeinde-Schulwesen.

18 Antrag (Hasselfelde 1885): „Bestimmungen treffen zu wollen, wie es in Betreff des Schulbesuchs und der Theilnahme am Religionsunterrichte mit ungetauften Kindern zu halten ist."

Resolvirt: „Daß es des Erlasses darauf bezüglichlicher Bestimmungen nicht bedürfe, da die Schulpflichtigkeit der Kinder bereits gesetzlich, namentlich durch die Gesetze vom 23. April 1840 Nr. 6 und vom 25. März 1873 Nr. 62 geregelt sei, und sämtliche Kinder auch zur Theilnahme an dem Religionsunterrichte gesetzlich verbunden seien, soweit nicht besondere gesetzlich Bestimmungen davon Ausnahmen statuirten, was rücksichtlich ungetaufter Kinder nicht der Fall sei."

### III. Anderweite Verhandlungen der Inspections-Synoden, welche die Ertheilung von Resolutionen nicht veranlaßt haben.

Außer den unter I und II angegebenen Verhandlungen haben auf den Inspections-Synoden von 1885 und 1887 noch folgende Verhandlungen stattgefunden, durch welche wir zur Ertheilung von Resolutionen nicht veranlaßt worden sind. Wir bringen dieselben nach der Reihenfolge der Inspektionen zur Mittheilung und werden in den Fällen, in denen die Verhandlungen zu formulirten Beschlüssen nicht geführt haben, nur den Gegenstand derselben angeben, in den Fällen aber, in welchen die Ansicht einer Inspections-Synode aus den von ihr angenommenen Thesen u. s. w. zu ersehen gewesen ist, auch diese mittheilen.

#### Stadtinspektion Wolfenbüttel.

1. Ueber Eingliederung der Diaconissenarbeit in das kirchliche Gemeindeleben (1887). Die Synode stimmt dem nachstehenden Antrage zu:

„In Anbetracht der localen Verhältnisse giebt die Inspections-Synode dem Kirchen-Convente anheim, ein gemeinsames Organ, das von den Kirchenvorständen und den Stadtbehörden ressortirt, niederzusetzen, um die Leitung des Diaconissenwerks in hiesiger Stadt zu übernehmen."

#### Schöppenstedt.

2. Was ist Seitens der Kirche zur Bekämpfung der Trunksucht zu thun? (1887).

#### Börßum.

- Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände der Inspektion (1885 und 1887).
- Wie ist bei dem Begräbnisse von Selbstmördern zu verfahren? (1885).
- Was kann Seitens der Kirche zur Hebung der Taufpathenschaft geschehen? (1887).

## Thiede-Engelnstedt.

6. Wie 3. (1887).

## Lichtenberg.

7. Wie 3. (1885 und 1887).

8. Wie können wir zur Kräftigung unseres kirchlichen Gemeindelebens beitragen? (1887).

## Barum.

9. Wie 3. (1885).

## Timmerlah.

10. Wie beleben wir in unsern Gemeinden das Interesse an der Heidenmission? (1885).

Es wurde beschlossen, alljährlich in der Inspection ein Missionsfest zu feiern.

11. Die innere Mission, nach Seiten ihrer biblischen Begründung, ihres Wesens, sowie ihrer Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung der in dem Herzogthume Braunschweig derselben dienenden Liebesanstalten und Vereine. (1887).

12. Wie 3 (1887).

## Campen.

13. Besprechung über die kirchlichen und sittlichen Zustände der Inspection (185).

## Wendeburg.

14. Wie 3 (1887).

15. Ueber den Uebelstand, daß bei der heiligen Taufe oft der Vater allein als Bathe auftritt? 1) Weshalb ist dieses ein Uebelstand? 2) Wie läßt sich derselbe erklären? 3. Wodurch kann derselbe verhindert werden? (1887).

16. Ueber die Anschaffung von kleinen Bibliotheken für die Schulkinder (1887).

## Helmstedt-Wolsdorf.

17. Wie haben Lehrer und Prediger der Jugend gegenüber bei Festlichkeiten derselben oder bei Theilnahme derselben an Festlichkeiten der Gemeinde sich zu verhalten? (1885) Die Synode erklärte ihre Zustimmung zu nachstehenden Thesen:

1. Die eigentlichen Schulfeste sollen Geistliche und Lehrer zu conserviren suchen und sich ihre leitende Stellung dabei in keinem Punkte schmälern lassen.

2. Der Abhaltung von andern Kinderfesten sollen sie im Princip nicht feindselig-gegentreten. Geht dabei aber nicht Alles in Ordnung, Ehre und Zucht zu, so sollen sie nur indirect, soweit sie durch ihr Amt dazu befugt sind, also der Geistliche durch Predigt und auf seelsorgerischem Wege, der Lehrer beim Unterricht und durch gelegentliche Unterredungen mit den Eltern, nicht aber durch Verbote und Strafen, welche Sache der Polizei sein können, den Ungehörigkeiten bei solchen Festen oder deren Abhaltung überhaupt entgegenzutreten besonders entschieden der Theilnahme der Kinder an Tanzereien der Erwachsenen.

3. Tritt an den Geistlichen als Localschulinspector, oder den Schulbirigenten die Forderung heran, zum Zweck solcher Feste die Schule auszusparen, so soll das Herkommen maßgebend sein, ist der Fall neu, so soll er sich mit der Bitte um Verhaltungsmaßregeln an seine vorgesetzte Behörde wenden.

18. Ueber Pathenschaft (1887). Antrag: Herzogliches Consistorium zu ersuchen, geeignete Anordnung treffen zu wollen, daß: 1) bei der Taufe unehelicher Kinder die Pathenschaft mehrerer unverheiratheter jüngerer Personen, sowie 2) die Pathenschaft eines Katholiken als einzigen Pathen bei evangelischen Kindern verboten werde.

Der Antrag ist abgelehnt.

#### Schöningen:

19. Was können und sollen die Herrschaften bei uns thun, um das Hausgefinde, Knechte und Mägde, wieder mehr zur Theilnahme am öffentlichen Gottesdienste und den Bespergottesdiensten und besonders zur Theilnahme am heiligen Abendmahle zu bewegen? (1887).

#### Vorsfelde=Calvörde.

20. Ueber Einrichtungen der innern Mission in den kleineren Stadt- und größeren Landgemeinden (1887). These:

1) Auch in größeren Land- und kleineren Stadtgemeinden (Gemeinden von etwa 1000 Einwohnern aufwärts) ist die weibliche Gemeinbediaconie:

a. nothwendig zur Bewahrung der unbeaufsichtigten Kinder in Kinderbewahranstalten, — zur Krankenpflege, sowohl in leiblicher, als auch in geistlicher Beziehung, — daneben zur Ertheilung von Schulunterricht in weiblichen Handarbeiten und zur Leitung von Jungfrauenvereinen,

b. durchführbar, wenn Prediger und Kirchenvorstand persönlich für die Sache wirken.

2) Für die kleineren Gemeinden sind von den Einrichtungen der innern Mission vor Allem Jünglings- und Jungfrauenvereine und Volksbibliotheken zu empfehlen.

Die Synode erklärt zu 1a und b ihre Zustimmung, zu These 2 wenigstens bezüglich der Volksbibliotheken.

21. Wie 3 (1887).

#### Ferzheim.

22. Wie 13 (1885 und 1887).

#### Königsutter.

23. Ueber Verwendung der durch die allgemeine Kirchencollecte für die Mission aufkommenden Gelder (1887). Antrag: „Herzogliches Consistorium zu bitten, die Ueberweisung der durch die kirchlichen Sammlungen aufkommenden Missionsgelder auch an den Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsverein zu gestatten in der Weise, daß den Kirchenvorständen die Bestimmung überlassen werde, ob die genannte Gesellschaft oder die Leipziger das Geld erhalten solle.“

Der Antrag ist nach längerer Verhandlung zurückgezogen.

#### Seesen=Stittelde.

24. Ueber die Fürsorge für die sogenannten armen Reisenden (1885).

25. Ueber Mission und Gustav-Adolf-Verein (1887). Es wurde beschloffen, daß jährlich abwechselnd ein Missionsfest und ein Gustav-Adolf-Vereinsfest in dem Inspectionsbezirke gefeiert werden solle.

#### Langelshiem.

26. Wie 3 (1887).

27. Was kann in den Gemeinden geschehen, damit es wieder zur bessern Heilighaltung der Sonn- und Festtage komme. (1887).

Holzminde = Bevern.

28. Wie 13 (1887).

29. Ueber die Mission unter den Heiden (1887). Es wurde beschloffen, in der Inspection jährlich ein Missionsfest zu veranstalten.

30. Ueber mancherlei Incorrectheiten in der Haltung der Confirmanden und die Mittel ihnen zu begegnen (1887).

Stadtlendorf.

31. Ueber die Ueberreichung einer Traubibel durch den Geistlichen bei jeder Trauung (1885).

Halle = Ottenstein.

32. Wie 13 (1885).

33. Ueber Einrichtung von christlichen Herbergen. (1885). Die Synode beschließt: Behuf Verwandlung der von dem Kreisausschusse für den Kreis Holzminde im Anschluß an die Nachbarprovinzen Westfalen und Hannover beabsichtigten Natural-Verpflegungs-Stationen für arme Reisende in christliche Herbergen die Kirchenvorstände in den einzelnen Parochien aufzufordern, Personen, die geeignet und gewillt sind, Herbergen in ihren Häusern zu halten, dem Superintendenten namhaft zu machen, der dieselben Herzoglicher Kreisdirection zur Verfügung anzubieten hätte, und zugleich Herzogliche Kreisdirection zu ersuchen, die Grundzüge der ganzen Einrichtung, insonderheit die Bedingungen der Contracte mit den Herbergsvätern zur Kenntniß der Pfarrgeistlichen der Inspection zu bringen.

34. Was kann von Seiten der kirchlichen Organe geschehen, um unsere Volksfeste und Volksvergünungen in christlich-sittliche Bahnen zu lenken? (1887).

35. Hat die christliche Gemeinde ein Interesse daran, auf Ausübung resp. Verweigerung der kirchlichen Ehren bei der Trauung zu halten? und wenn das der Fall ist, was ist zu fordern zum Zweck einer gleichmäßigen Behandlung der Sache in sämmtlichen Gemeinden der Diöcese? (1887).

Die Synode beschließt, den Kirchenvorständen zu empfehlen, gleichmäßig den Desflorirten die kirchlichen Ehren: Kranz, Orgelspiel, Geläut, Lichter, zu versagen.

Blankenburg.

36. Hat sich die seit einigen Jahren getroffene Einrichtung der Verpflegungsstationen in Bezug auf ihren Zweck, die wandernde Bevölkerung unter den höchst nöthigen sittlich-bewahrenden Einfluß zu stellen und das Vagabundenthum zu bekämpfen, bewährt? Oder aber, was könnte und müsse geschehen, um dieselben für diesen Zweck nutzbar werden zu lassen? (1887).

Die Synode einigt sich dahin, das durch die bisherigen Verpflegungsstationen zwar ein sittlich bewahrender Einfluß ausgeübt und das Vagabundenthum eingeschränkt sei, aber noch viel zu thun übrig bleibe, daß namentlich die Herbergsväter auf den Stationen mehr, als bisher, auf Zucht und Ordnung halten, die Verpflegung begehrenden Wanderer mehr, als bisher geschehen, zur Arbeit angestellt werden, und die Ortsgeistlichen berechtigt und ver-

pflichtet sein müßten, auch den Verpflegungsstationen ihre seelsorgerliche Thätigkeit zu widmen.

37. Ueber die Mission unter den Heiden (1887). Die Synode beschließt, in jedem Jahre ein Missionsfest in der Inspection zu halten und zwar abwechselnd in den verschiedenen Pfarochien.

38. Ueber den Gustav-Adolph-Verein. (1887). Die Synode erklärt sich bereit, sowohl für die Wiederherstellung von Ortsvereinen thätig sein, als auch namentlich die Bildung eines den Blankenburger Kreis umfassenden Vereins anstreben und durch Veranstaltung eines jährlich wiederkehrenden Kreisfestes die Zwecke des Gustav-Adolph-Vereins fördern zu wollen.

### Walfenried.

39. Ueber Mission (Missionsfeste, Missionsschriften, Missionscollecten, Missionsstunden). (1885).

40. Ueber die Taufnamen (1885). Was kann geschehen, wenn die gegenwärtige Praxis, von Kindern christlicher Eltern gleich bei Anmeldung der Geburt auf dem Standesamte den Namen anzugeben, die bereits vorhandenen irrigen Anschauungen über die Bedeutung der Namen nicht noch mehr befestigen, oder gar zur Verabsäumung der Taufe der Kinder Anlaß geben soll? — Die Synode erklärt ihre Zustimmung zu nachstehenden Thesen:

- 1) Daß die Namen den Kindern gleich bei Anmeldung ihrer Geburt auf dem Standesamte beigelegt werden, ist gegenwärtig die Regel; daß dieselben erst nach erfolgter Taufe dem Standesamte mitgeteilt werden, seltene Ausnahme.
- 2) Es ist in jenem zur Regel gewordenen Gebrauche eine die Bedeutung der Namen als Taufnamen nicht mehr würdigende Abweichung von der guten kirchlichen Sitte, in dieser nur noch ausnahmsweise vorkommenden Handlungsweise das wieder anzustrebende kirchlich correcte Verfahren zu erkennen.
- 3) Bei der gegenwärtigen Praxis, durch welche die Namengebung ohne nöthigenden Grund von der Taufe losgetrennt wird, muß die richtige Anschauung über die Bedeutung der Taufnamen immer mehr Schaden nehmen. Denen aber, die den Segen der Taufe verachten, kann dieselbe gegebenen Falls ein Anlaß werden, es bei der Namensangabe bewenden zu lassen und die Taufe zu verabsäumen.
- 4) Um den beiden in These 3 berregten Uebelständen entgegenzuwirken, muß durch private Belehrung, Predigt und Vorbild dahin gearbeitet werden, daß die gegenwärtige Praxis nicht die Alleinherrschaft ferner behaupte, sondern an die Stelle derselben die kirchlich richtige Praxis mehr und mehr wieder trete.

41. Wie 13 (1887).

42. Ueber die im Kreise Blankenburg seit einiger Zeit eingerichteten Verpflegungsstationen für die wandernde Bevölkerung, näher die Frage, ob dieselben ihren Zweck erfüllen, oder was zu thun sei, um sie ihrem Zwecke dienstbar zu machen (1887).

43. Ueber Einrichtung eines alljährlich zu feiernden Inspections-Missionsfestes (1887).

## Hajjelfelde.

44. Wie 3 (1887).

45. Ueber Zweck und bisherigen Erfolg der in dortiger Inspection bestehenden Verpflegungsstation (1887). — Die Synode stimmt im Allgemeinen nachstehenden Sätzen zu.

- 1) Mit der Forderung der Arbeitsleistung ist voller Ernst zu machen. Die Station muß Verpflegungsarbeitsstation sein, damit sie nicht durch bloße Verpflegung die arbeitsunwilligen Reisenden zur Vagabondage ermuntert.
- 2) Die Verpflegungsstation wird erhalten durch eine besondere Steuer, die unter dem besonderen Namen „Steuer für die Verpflegungsstation und Abwehr der Bettelei“ erhoben wird.
- 3) Sonntags sind die armen Reisenden auf der Station zu behalten.
- 4) Zur sittlich religiösen Einwirkung auf die Reisenden sind die Ortsgeistlichen berechtigt.
- 5) Es muß als dringend wünschenswerth bezeichnet werden, daß die Einrichtung der Verpflegungsstationen auch auf die andern Kreise unseres Herzogthums ausgedehnt werde.

46. Ueber Mission und Gustav-Adolph-Verein (1887). Die Synode einigt sich in nachstehendem Beschlusse:

Die Inspections-Synode erklärt sich, durchdrungen von der Heiligkeit und Wichtigkeit der Mission und des Gustav-Adolph-Vereins, durchaus dafür, daß in den einzelnen Gemeinden der Sinn für die Sache gefördert werde, insbesondere durch Gründung von Bibliotheken und Ortsvereinen, sowie durch die Feier von Missions- und Gustav-Adolphs-Vereinsfesten.

## Lunsen-Ihedinghausen.

47. Ueber Grabdenkmäler und Grabinschriften (1885).

48. Wie 3 (1887).

49. Ueber Bekämpfung der Trunksucht (1887). Die Synode spricht ihr Bedauern darüber aus, daß Seitens der Herzoglichen Kreisdirection noch in neuester Zeit neue Schank-Concessionen erteilt seien. Zugleich beschließt sie, den Gemeinderäthen der Pfarochie thunlichste Beschränkung der Tanzbelustigungen ans Herz zu legen.

50. Ueber die unzulängliche Behandlung geistesschwacher Kinder (1887).

## Cap. V.

## Der kirchliche Dienst — Lehre, Cultus, Seelsorge — in den Gemeinden.

A. Um den Geistlichen die Erlangung der nöthigen Bekanntschaft mit den auf ihre Dienstführung bezüglichen Gesetzen, Verordnungen und Rescripten zu erleichtern, ist im September 1887 mit der Herausgabe des Amtsblattes des Herzoglichen Consistoriums begonnen. Wegen des Inhaltes und der Benützung desselben darf auf das Blatt selbst, welches sämmtlichen Geistlichen, sowie den zur Mitwirkung bei der Erledigung kirchlicher Angelegenheiten berufenen staatlichen Organen unentgeltlich zugestellt wird, verwiesen werden.

B. In Bezug auf die Institution kirchlicher Unterweisung der Jugend sind Veränderungen nicht eingetreten.

C. Was das Gebiet des Cultus im Allgemeinen und einzelne kirchliche Acte im Besondern angeht, so ist Folgendes zu bemerken.

1. Auf Grund der Beschlüsse der vierten ordentlichen Landes-Synode ist das Kirchengesetz, die Hinzufügung eines Anhangs zu dem jetzigen Landesgefangbuche betreffend, unter dem 13. Januar 1887 als № 1 dieses Jahrganges der Gesetz- und Verordnungs-sammlung publicirt worden.

Dem mittelst Schreibens des Ausschusses der Landes-Synode vom 22. December 1886 № 3 unter 2 an das Kirchenregiment gerichteten Ersuchen: „Hohe Kirchenregierung wolle den Zeitpunkt der Einführung des Anhangs nicht von der Fertigstellung der erforderlichen Ergänzung des Landes-Choralbuches abhängig machen“ ist dadurch entsprochen worden, daß durch Höchste Verordnung vom 7. März 1887 als Termin der Einführung des Anhangs der 1. April 1887 festgesetzt ist.

Entsprechend dem unter 3 des gedachten Schreibens ausgesprochenen Ersuchen haben wir uns zufolge Höchsten Auftrags wegen des Druckes des Anhangs mit den Verlagshandlungen von Joh. Heinr. Meyer in Braunschweig und Julius Zwiffler in Wolfenbüttel in Verbindung gesetzt und zugleich wegen dessen Vertriebes mit denselben die erforderlichen Verträge abgeschlossen.

Dem unter 4 des gedachten Schreibens verzeichneten Ersuchen: „Hohe Kirchenregierung wolle die schnelle Einführung und Benutzung des Anhangs dadurch erleichtern, daß ähnlich wie bei Einführung der neuen Gottesdienstordnung eine angemessene Anzahl von Exemplaren zu unentgeltlicher Vertheilung in den einzelnen Gemeinden gelange“ zu entsprechen, ist Höchsten Orts nicht für angezeigt erachtet worden. Höchstem Auftrage gemäß ist indessen von uns jedem der Confirmanden des Jahres 1887 ein Druckexemplar des Anhangs unentgeltlich zugestellt worden, und sind die daraus erwachsenen Kosten auf die Klosterreinetrags-Casse übernommen worden.

Der Herstellung des gemäß §. 2 des Kirchengesetzes vom 13. Januar 1887, die Hinzufügung eines Anhangs zu dem jetzigen Landesgefangbuche betreffend, zu bearbeitenden Anhangs zum Neuen Choralbuche für das Herzogthum Braunschweig hat sich auf unser Ersuchen der Universitäts-Musikdirector und Professor Ed. Hille in Göttingen mit dankbar anzuerkennender Bereitwilligkeit unterzogen. Der gedachte Anhang hat unter dem 18. Juli d. Js. mit einem in Stück 16 unseres Amtsblattes von uns erlassenen Ausschreiben zur Versendung kommen können. Dem unter 1 des oben gedachten Schreibens ausgesprochenen Ersuchen gemäß haben in demselben auch eine Anzahl Choräle in rhythmischer Form Aufnahme gefunden.

2. Das mit der vierten ordentlichen Landes-Synode vereinbarte Kirchengesetz, die liturgische Ordnung des Begräbnisses betreffend, ist unter dem 7. August d. Js. publicirt und durch Höchste Verordnung vom 8. August d. Js. als Termin der Einführung derselben der 1. September d. Js. festgesetzt worden. Dieselbe ist mit einem in Stück 18 unseres Amtsblattes von uns erlassenen Ausschreiben vom 22. August d. Js. an die Geistlichen des Landes von uns verjant worden.

**Cap. VI.****Das Predigt-Amt.****A. Zahl der Predigtämter.**

1. Neue Pfarrstellen sind in den Jahren 1884—1887 nicht gegründet.
2. An der Heil- und Pfllegeanstalt zu Königsutter ist seit dem Sommer 1885 der Inhaber der Pfarrstelle zu Stift-Königsutter als Geistlicher beschäftigt. Derselbe besorgt unter Beachtung besonderer deshalb getroffener Festsetzungen die Anstaltsgottesdienste in den zur Anstaltschapelle eingerichteten ehemaligen Klosterremter, sowie die Seelsorge bei den dazu geeigneten Pflieglingen der Anstalt. Seine Thätigkeit in der Anstalt ist als ein remunerirtes Nebenamt anzusehen und findet mit der Maßgabe statt, daß dadurch der Erfüllung seiner Pflichten als Prediger und Seelsorger in der Parochie Stift-Königsutter — Oberlutter und Sunstedt kein Abbruch geschieht.
3. Die Zahl der Hilfspredigtämter hat sich, soviel die Pfarradjuncturen anbelangt, abermals beträchtlich vermindert. Zu Ende des Jahres 1887 waren nur noch folgende

1) Berklingen, 2) Dobbeln, 3) Lehdorf, 4) Schliestedt, 5) Gr.-Winnigstedt vorhanden, und von diesen nur 3 besetzt.

Neue Pfarrcollaboraturen sind nicht geschaffen, es existiren noch die 10, welche in den Mittheilungen vom 1. October 1884 S. 34 verzeichnet sind; dieselben haben indessen auch während der Jahre 1884—1887 nicht sämmtlich besetzt werden können.

Die Gesamtzahl der zu besetzenden Predigtämter beträgt demnach noch zur Zeit unverändert 247. Von diesen waren am Schlusse des Jahres 1887 29 vacant. Die in letzterer Zeit erheblich gestiegene Zahl der Candidaten des Predigtamtes hat inzwischen eine bedeutende Verringerung dieser Vacanzenzahl ermöglicht und wird voraussichtlich binnen kurzer Frist wieder zur regelmäßigen Besetzung aller Predigtämter führen.

**B. Einkommensverhältnisse.**

Von Bedeutung für die Einkommensverhältnisse der Prediger ist das Gesetz vom 20. März 1886, die Aenderung des §. 9 des Gesetzes über die Aufhebung der Stolgebühren und Opfer vom 31. Mai 1871 (M. 33) betreffend, M. 15, geworden. Dasselbe ist bestimmt, gewissen Uebelständen abzuhelfen, welche die Anwendung des angeführten §. 9 in der Praxis hatte hervortreten lassen. Auf der einen Seite erwies sich der Kreis derjenigen Pfarrstellen, denen die Stolgebührenrente behuf der Aufbesserung gering dotirter Pfarren sollte abgenommen werden dürfen und nach der bei der Bewilligung der Alterszulagen staatsseitig gestellten Bedingung auch abgenommen werden mußte, als zu weit gezogen, das Einkommen von 3600 M außer der Wohnung, auf welches nach dem §. 9 die Pfarrstellen beschränkt werden durften, konnte als voll genügend zum Unterhalt eines Predigers in vorgerückten Jahren mit seiner Familie den jetzigen Lebensverhältnissen nach nicht mehr angesehen werden. Auf der andern Seite war der Kreis der Stellen, welcher die Aufbesserung mittelst der abgenommenen Renten sollte zu Theil werden können, zu eng bemessen. Deshalb ist durch das



angeführte neue Gesetz anderweitig bestimmt, daß die Abnahme der Rente nur geschehen darf bei den Pfarren, welche zu den 70 bestdotirten des Landes gehören, und daß alle die Stellen aufgebessert werden dürfen, welche zu den einhundert und zwanzig geringst dotirten des Landes zählen. Jedoch soll die Abnahme der Rente nur mit der Maßgabe geschehen, daß dem Inhaber der betreffenden Stelle ein Einkommen von mindestens 4500 M außer der Wohnung belassen wird; die Aufbesserung einer Stelle über 3000 M außer der Wohnung hinaus soll nur erfolgen, wenn mit derselben eine Superintendentur verbunden ist oder deren Inhaber mindestens 15 Dienstjahre aufweist. — Seit dem Erlasse dieses Gesetzes ist bereits manchen Stellen mittlerer Einnahme die von ihnen abgetrennte Stolgebührenrente zurückgegeben, und eine Anzahl von Pfarren, bei denen sich das Bedürfniß dringend herausgestellt hat, über 3000 M hinaus aufgebessert.

Eine Folge der damit eingetretenen Verminderung der Zahl abzutrennender Stolgebührenrenten einerseits und der Beilegung der abgetrennten Renten an Pfarrstellen, deren Inhaber bereits in vorgerücktem Dienstatler stehen, ist nun aber, daß die jüngeren Prediger auf den geringst dotirten Anfangsstellen während der ersten Dienstjahre im allgemeinen nicht auf Stolgebührenrenten zu rechnen, sondern sich mit der durch die Alterszulagen ihnen in Aussicht gestellten Einnahmevermehrung zu bescheiden haben werden. Es ist wünschenswerth, daß die Einsicht von diesem Sachverhalte sich in den theilhaftigen Kreisen Bahn breche und sie zu entsprechender Gestaltung ihrer Lebens Einrichtungen veranlasse.

Die Einnahme aus den Pfarrländereien, dem Hauptbestandtheile der Pfarrdotationen hat während der Jahre 1884—1887 im Ganzen genommen noch eine geringe Steigerung erfahren; allerdings aber hat sich dem gegenüber an verschiedenen Orten ein nicht unbeträchtlicher Rückgang in der Höhe der Pachten bereits fühlbar gemacht, und es steht dahin, ob nicht demnächst überhaupt eine Verminderung des Gesamtertrages der Pfarrpfünden sich herausstellen wird.

Am Schlusse des Jahres 1887 lag die Sache so. Es waren vorhanden

49	Stellen mit dem Minimaleinkommen von 2100 M *)	
11	" " " Einkommen von 2101—2400 "	
10	" " " " " 2401—2700 "	
12	" " " " " 2701—3000 "	
19	" " " " " 3001—3500 "	
29	" " " " " 3501—4000 "	
25	" " " " " 4001—4500 "	
19	" " " " " 4501—5000 "	
22	" " " " " 5001—5500 "	
7	" " " " " 5501—6000 "	
17	" " " " " 6001—6500 "	
9	" " " " " 6501—7000 "	

\*) Bei diesen Stellen ist der Zuschuß, der ihren Ertrag auf die Höhe von 2100 M bringt, der eigentlichen geringen Dotation hinzugerechnet.

5	Stellen mit dem Einkommen von	7001—7500 M.
6	" " " " "	7501—8000 "
2	" " " " "	8001—8500 "
3	" " " " "	8501—9000 "
2	" " einem " "	mehr als 9000 M.

Das Durchschnittseinkommen sämtlicher Pfarrpfünden berechnet sich demnach auf 4140,08 M., also etwas höher, als am Schlusse des Jahres 1883.

Weniger günstig hat sich das Einkommen der zeitweiligen Inhaber der Pfarrpfünden gestaltet. Sie hatten am Schlusse des Jahres 1887 abzugeben

- a. von 85 Pfarrstellen behuf der Predigerwitwenversorgung etwa . . . 40285,— M.
- b. von 26 Pfarrstellen als Pfündenabgabe an den Emeritirungsfonds 43950,— "
- c. von den noch mit Adjuncten besetzten 5 Pfarrstellen zum Unterhalte emeritirter Geistlicher . . . . . 15961,— "

Ueberdies waren von 44 Stellen die Stolgebührenrenten zum Belaufe von insgesammt 15625 M. abgetrennt.

Andererseits war für die Inhaber der geringst dotirten Stellen, wie durch diese Stolgebührenrenten, so auch durch Zuschüsse zum Minimaleinkommen und durch Alterszulagen Fürsorge getroffen.

An Einkommenszuschüssen — einschließlich der Zuschüsse zum Einkommen der Adjuncturen und Collaboraturen — waren, dem im voraus nachgewiesenen Bedürfnisse entsprechend angewiesen

für 1884:	27431 M.
" 1885:	19003 "
" 1886:	21377 "
" 1887:	26230 "

Diese Summen sind indessen wegen der im Laufe der bezeichneten Jahre eingetretenen Erledigung mancher Stellen nicht vollständig zur Auszahlung gelangt.

An Alterszulagen, welche nur in verhältnißmäßig geringem Maße beansprucht werden konnten, weil den Inhabern der geringst dotirten Stellen häufig noch vor der Erreichung des zu einer Zulage berechtigenden Dienstalters die Versetzung auf besser dotirte Pfarren zu Theil wurde, waren angewiesen

für 1884:	10743 M.
" 1885:	9145 "
" 1886:	7821 "
" 1887:	4222 "

Auch diese Summen sind nicht voll zur Erhebung gekommen, weil einzelne der Prediger, für welche Alterszulagen in Aussicht genommen waren, versetzt wurden. Es ist anzunehmen, daß nach der, wie erwähnt, bald zu erhoffenden Wiederkehr normaler Zustände in der Besetzung der Pfarrstellen der Uebergang von einem Pfarramte zum andern sich minder rasch, als in den letzten Jahren, vollziehen, und dann eine größere Summe von Alterszulagen zur Verwendung kommen wird.

Eine Anzahl von Predigern hatte überdies in der Remuneration, welche sie als Superintendenten und Schulinspectoren empfingen, eine weitere Einnahme zu genießen.

Danach stellte sich im Sommer dieses Jahres \*) das Einkommen der Prediger folgendermaßen. Es bezogen

16	Prediger	das	Minimaleinkommen	von	2100	ℳ
13	"	ein	Einkommen	von	2101—2400	"
20	"	"	"	"	2401—2700	"
20	"	"	"	"	2701—3000	"
32	"	"	"	"	3001—3500	"
31	"	"	"	"	3501—4000	"
32	"	"	"	"	4001—4500	"
28	"	"	"	"	4501—5000	"
16	"	"	"	"	5001—5500	"
15	"	"	"	"	5501—6000	"
8	"	"	"	"	6001—6500	"
5	"	"	"	"	6501—7000	"
3	"	"	"	"	7001—7500	"
—	"	"	"	"	7501—8000	"
—	"	"	"	"	8001—8500	"
—	"	"	"	"	8501—9000	"
1	"	"	"	"	mehr als 9000	ℳ.

Das Durchschnittseinkommen eines Predigers stellt sich demnach auf 3945,25 ℳ, also geringer, als nach der Berechnung von 1883.

Eine Verbesserung wird hier eintreten, wenn die in den letzten Jahren übermäßig gestiegene Zahl von Emeritirungen auf die normale Höhe zurückgeht; sie wird überdies angestrebt durch die jetzt in Angriff genommene Aenderung der Pfarrwitwenversorgung, bei deren Ausführung die Abtretung von Theilen der Pfarrpfünden behuf der Versorgung der Wittwen der Amtsvorgänger beseitigt werden würde.

Die Gesamtsumme der Stolgebührenrenten aller Pfarrstellen steht unveränderlich fest. Sie beträgt 159744 ℳ. Am Schlusse des Jahres 1887 waren die Renten von 44 Stellen abgetrennt. Ihre Höhe und Verwendung läßt die folgende Tabelle ersehen:

Es sind beigelegt der Stolgebührenrente von	zu	der Pfarre in
1) Ahlum . . . . .	228,— ℳ	Walfenried,
2) Timmenrode . . . . .	220,— "	Velm,
3) Söllingen . . . . .	a. 187,50 "	Wolfenbüttel, St. Trinitatis,
	b. 187,50 "	Wolfenbüttel, St. Trinitatis,
4) Börzum . . . . .	a. 156,50 "	Wolfenbüttel, St. Johannis,
	b. 156,50 "	Zorge,

\*) Wegen der vielen Vacanzen am Schlusse des Jahres 1887 ist nicht genau dieser Zeitpunkt für die folgende Tabelle gewählt, sondern ein einige Monate weiter vorgerückt.

Es sind beigelegt der Stolgebührenrente von	zu	der Pfarre in
5) Gevensleben . . . . .	44,— M	Wieda,
(88 M sind bei der Stelle belassen),		
6) Watenstedt, Barnstorf . . . . .	237,— "	Hohegeiß,
7) Schöningen, Primariat . . . . .	a. 376,— "	Braunlage,
	b. 360,— "	Beßingen,
	c. 300,— "	Trautenstein,
	d. 300,— "	Volkmarode,
8) Königsutter, Stadtpfarre . . . . .	a. 300,— "	Lebenstedt,
	b. 300,— "	Walfenried,
(585 M sind bei der Stelle belassen),		
9) Barum . . . . .	371,— "	Derenthal.
10) Dettum . . . . .	301,— "	Wolfenbüttel, St. Trinitatis,
11) Halle a. d. Weser . . . . .	a. 300,— "	Derenthal,
	b. 224,— "	Wolfenbüttel, St. Johannis,
12) Beddingen . . . . .	363,— "	Walfenried,
13) Wapum . . . . .	191,— "	Kirchbraak,
14) Esbeck . . . . .	132,— "	Wieda,
15) Barbecke . . . . .	181,— "	Hüttenrode,
16) Bevenrode . . . . .	338,— "	Heinade,
17) Bruchmachtersen . . . . .	118,— "	Zorge,
18) Wähle . . . . .	379,— "	Theedinghausen,
19) Salzdahlum . . . . .	290,— "	Hüttenrode,
20) Süpplingen . . . . .	343,— "	Mascherode,
21) Sauingen . . . . .	328,— "	Ofer,
22) Halchter . . . . .	232,— "	Hehlen,
23) Köchingen . . . . .	360,— "	Völkenrode,
24) Kl. Winnigstedt . . . . .	74,— "	Hüttenrode,
25) Vallstedt . . . . .	312,— "	Allrode,
26) Lichtenberg . . . . .	331,— "	Saalsdorf,
27) Belpfe . . . . .	311,— "	Marienberg,
(300 M sind bei der Stelle belassen),		
28) Ihiede . . . . . ? . . . . .	a. 250,— "	Wendhausen,
	b. 246,— "	Tanne,
29) Gr. Dahlum . . . . .	227,— "	Uthmöden,
30) Mahlum . . . . .	244,— "	Tanne,
31) Hedeper . . . . .	319,— "	Hedenbeck,
32) Warberg . . . . .	128,— "	Wienrode,
33) Cremlingen . . . . .	111,— "	Völkenrode,
34) Lunjen . . . . .	a. 322,— "	Zorge,
	b. 300,— "	Wolfenbüttel, B. M. V. I.,
	300,— "	Wolfenbüttel, St. Johannis,

Es sind beigelegt der Stollgebührenrente von	zu	der Pfarre in
35) Querum . . . . .	295,— M	Delber a. w. Wege,
36) Pabstorf . . . . .	a. 300,— „	Ottenstein,
	b. 251,— „	Oßleben,
37) Timmerlah . . . . .	a. 150,— „	Wolfmarode,
	b. 150,— „	Majcherode,
	c. 410,— „	Aldersheim,
38) Westerlinde . . . . .	260,— „	Wolfenbüttel, B. M. V. II.,
39) Delper . . . . .	323,— „	Hohegeiß,
40) Denstorf . . . . .	a. 300,— „	Harlingerode,
	b. 300,— „	Brunkenen,
(155 M find bei der Stelle belaffen),		
41) Calvörde . . . . .	a. 300,— „	Grünenplan,
	b. 300,— „	Herrhausen,
	c. 371,— „	Golmbach,
42) Grefsen . . . . .	222,— „	Bevern,
43) Wolsdorf . . . . .	170,— „	Scheppau,
44) Benzingenode . . . . .	244,— „	Heinade.

#### C. Befetzung der Pfarrämter und Hülfspredigtämter.

1. In den Jahren 1884 bis Ende 1887 find von den Pfarr- und Hülfspredigtämtern 110 neu beſetzt. Dieſelben find in dem als Anlage I beigegebenen Verzeichniſſe zugleich unter Angabe, welche von derſelben durch einheimiſche oder durch auswärtige Prediger oder Candidaten beſetzt ſind, ſpeciell aufgeführt.

2. Bei der Cap. III, C. 2 dieſer Mittheilungen erwähnten neuen Regelung der parochialen Verhältniſſe von Mönche=Schöppenſtedt wurde, wie daſelbſt bemerkt iſt u. A. auch die Regelung der Patronatsverhältniſſe in Beziehung auf Mönche=Schöppenſtedt vorbehalten. Das Recht der Verleihung des Pfarramts zu Mönche=Schöppenſtedt ſtand biſher dem Abte von Riddagshauſen zu, wurde von ihm jedoch — was auch durch die Geringfügigkeit der Einkünfte der Pfarre Mönche=Schöppenſtedt ausgeſchloſſen war — nicht als ein ſelbſtſtändiges, ſondern als ein Beſtandtheil des Patronatsrechts über die beſſer dotirte Pfarrſtelle von Maſcherode behandelt dergeſtalt, daß der Patron mit der letzteren auch jenes Pfarramt, regelmäßig unter ausdrücklicher Hervorhebung deſſelben, zugleich mit verlieh.

Zur Regelung dieſes Patronatsverhältniſſes des Abtes von Riddagshauſen zu Mönche=Schöppenſtedt und um demſelben, wie es ſchon biſher ein inhaltleeres war, für künftige Einſetzung zu machen, iſt darauf Bedacht genommen, darauf hinzuwirken, daß bei etwaiger Wiederbeſetzung der Stelle eines Abtes von Riddagshauſen deſſen Recht zur Befetzung des Pfarramts zu Mönche=Schöppenſtedt ausdrückliche als fortfallend bezeichnet werde.

#### D. Emeritirungen.

Von den fünfzehn Predigern, welche, wie in den Mittheilungen von 1884 auf S. 39 angegeben iſt, den Beitritt zum Emeritirungsfonds verweigert hatten, ſind inzwiſchen 7

hinweggefallen, so daß zur Zeit nur noch 8 der neuen Einrichtung des Emeritirungswesens fern geblieben sind.

Emeritirt waren im Jahre 1883 acht Geistliche. Dazu kamen an ferneren Emeritirungen im Jahre 1884 sechs, bei den Pfarrstellen

Lehre,	mit dem Ruheeinkommen von	2448	Al
Querum,	" "	6088	"
Geitelde,	" "	2282	"
Gr. Biewende,	" "	4200	"
Pabstorf	" "	5949	"
Salzdahlum	" "	2813	"

im Jahre 1885 fünf, bei den Pfarrstellen

Wieda,	mit dem Ruheeinkommen von	1500	Al
Vortfeld,	" "	2976	"
Timmenrode	" "	4472	"
Ahlum,	" "	5560	"
Seejen (Prim.)	" "	5368	"

im Jahre 1886 sieben, bei den Pfarrstellen

Holzminde (Prim.)	mit dem Ruheeinkommen von	4840	Al
Fümmelse,	" "	3408	"
Gevensleben,	" "	5656	"
Süpplingen,	" "	5664	"
Wolsdorf,	" "	6432	"
Benzingenrode,	" "	6920	"
Börßum,	" "	5580	"

Damit hörte der außerordentliche Zudrang zur Emeritirung, welcher sich in der ersten Zeit nach dem Erlasse des Kirchengesetzes vom 1. December 1882 (M. 46) bemerkbar machte und bewies, daß der letztere in der That einem dringenden Bedürfnisse abgeholfen hatte, wieder auf, und es begannen normale Zustände bezüglich der Emeritirungen wieder einzutreten. Im Jahre 1887 sind nur zwei Geistliche, von den Pfarrstellen

Regenborn	mit dem Ruheeinkommen von	1500	Al
und Schöningen (Prim.)	" "	4618	"

in den Ruhestand versetzt; im laufenden Jahre hat nur ein Gesuch um Emeritirung vorgelegen.

Von den seit dem 1. Januar 1883 emeritirten 28 Geistlichen waren bis zum Schlusse des Jahres 1887 sechs hinweggefallen, also noch 22 am Leben; außerdem waren damals noch 7 vor dem 31. December 1882 in den Ruhestand Getretene vorhanden.

Unleugbar hat die über Erwarten große Zahl der Emeritirungen und die dadurch verursachte beträchtliche Steigerung der an Ruheeinkommen zu zahlenden Gesamtsumme dem Emeritirungsfonds vorübergehend eine gewisse Schwierigkeit bereitet. Es ist indessen mittelst der von den zahlreichen vacanten Pfarren her der Consistorialcasse zufließenden Vacanzgelder möglich gewesen, dem Fonds die erforderlichen Summen zur Deckung seiner Ausgaben zuzuführen, ohne die anfänglich angesammelten mäßigen Reserven aufzehren zu müssen. In-

zwischen ist die Finanzlage des Fonds durch die erfolgte Steigerung seiner Einnahmen an Pfründenabgaben gegenüber der bereits merklich eingetretenen Abnahme der Zahl von Emeritirten soweit gebessert, daß er den, in kurzer Frist voraussichtlich versiegenden, Zufluß von Pfarrvacanzgeldern demnächst ohne Nachtheil wird entbehren können. Die Verhältnisse des Fonds sind zur Zeit und für absehbare Zukunft befriedigend zu nennen.

### E. Unfreiwillige Entfernungen aus dem Amte.

Unfreiwillige Entfernungen aus dem Predigtamte als Folge einer Verurtheilung im Strafverfahren sind nicht vorgekommen.

Auch hat es sich in dem Zeitabschnitte von 1884 bis 1887 einschl. vermeiden lassen, ein gerichtliches Verfahren auf Entlassung gegen einen Geistlichen auf dem Wege des Civilprocesses nach dem Gesetze Nr. 113 vom 22. December 1870 anzustrengen. Unsere Bedenken gegen dieses Verfahren, das vor Allem — bei Anwendung der Grundsätze des Verfahrens für bürgerliche Rechtsfachen durch die gewöhnlichen Civilgerichte — dem betheiligten öffentlichen Interesse (der Kirche bezw. der Schule) nicht gerecht wird, und daneben noch, weil das cit. Gesetz von 1870 die Geltung wesentlich anderer Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsverfahrens zur Voraussetzung hatte, als derjenigen der Reichscivilproceßordnung und des Reichsgerichtsverfassungsgesetzes, verschiedene andere Unzukömmlichkeiten im Gefolge hat, sind indessen dieselben geblieben, wie sie bereits in Cap. V, E der Mittheilungen über die Zustände zc. der Landeskirche für den Zeitraum von 1880 — 1883 einschl. angedeutet sind, und wiederum wenigstens durch den Fort- bezw. Ausgang einiger im unteren Kirchendienste vorgekommener Entlassungsfälle (i. Cap. VII, 12 3) als zutreffend bestätigt worden.

## Cap. VII.

### Die Predigtamts Candidatur.

A. Der Bedarf an Candidaten, welcher nach einer früher von uns gemachten Mittheilung auf etwa 7 jährlich angenommen ist, ist für die Jahre 1884 bis 1887 incl. ein größerer gewesen, da innerhalb des gedachten Zeitraums

19 Geistliche gestorben,

20 Geistliche emeritirt sind,

2 Geistliche ein auswärtiges Pfarramt übernommen haben.

Es sind demnach

41 Pfarrstellen erledigt worden, und der Bedarf an Candidaten hat sich darnach durchschnittlich auf etwa 10 jährlich herausgestellt.

Vorhanden waren nach unserer der vierten ordentlichen Landes Synode gemachten Mittheilung:

Am Schlusse des Jahres 1883 . . . 24,

Hinzugekommen sind 1884 . . . 6,

" " 1885 . . . 23,

" " 1886 . . . 18,

" " 1887 . . . 26,

zusammen . . . 97.

Von diesen sind vom 1. Januar 1884 bis ult. December 1887

angestellt im Pfarramte . . . . 38,

„ „ Schuldienste . . . . 3,

zusammen . . . . 41.

Es verblieben demnach . . . . 56.

Von diesen 56 Candidaten hatten bis Ende 1887: 5 das theologische Hauptexamen bereits bestanden, und sind diese im Laufe des Jahres 1888 im Pfarramte angestellt.

B. Die theologischen Prüfungen der Candidaten sind nach der bisherigen Examina-tions-Ordnung vollzogen.

Unter dem mit Ablegung des Hauptexamens rückständigen Candidaten befindet sich keiner, welcher die erste theologische Prüfung vor dem Jahre 1883 abgelegt hätte.

C. Das Prediger-Seminar hat unter Leitung der Directoren desselben die ihm gestellte Aufgabe in bisheriger Weise zu erfüllen gesucht.

Die Vorträge und Uebungen in den Conferenzen haben sich bezüglich auf praktische Exegetik, Homiletik, Katechetik, patristische Literatur, die Augustina, kirchliche Zeitfragen, Bekanntschaft mit den Rechten und Ordnungen der Landeskirche und des landeskirchlichen Dienstes, Schulkunde und außerdem auf liturgischen Gesang und Behandlung der Kirchen-orgel erstreckt.

Zur praktischen Beschäftigung im Kirchendienste ist den Collegiaten dadurch Gelegenheit gegeben, daß von ihnen an jedem dritten Sonntage der Abendgottesdienste in der hiesigen Hauptkirche hat abgehalten werden müssen, und daß sie außerdem mehrfach zur Vertretung erkrankter Prediger, sowie zur Aushülfe in Vacanzfällen herangezogen worden sind. Die Versorgung der geistlichen Collaboratur in den Kirchen hiesiger Stadt hat, weil nicht zwei ordinirte Collegiaten vorhanden waren, nur in beschränktem Maße stattfinden können. Zur Uebung im Schuldienste ist den Collegiaten durch Uebertragung von Unterricht an den hiesigen Schul-anstalten Gelegenheit gegeben worden.

## Cap. VIII.

### Die dem Predigtamt untergeordneten Kirchenämter.

1. In der Mittheilung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche während der Jahre 1880—1883 einschl. hatten wir unter Cap. VII. Nr. 1 hervorgehoben, wie im Zusammenhange mit der erfreulichen Erscheinung, daß in steigendem Maße auf die Ausstattung der Kirchen und Capellen mit Orgeln und Harmoniums, die den heutigen Ansprüchen entsprechen, in den Gemeinden Gewicht gelegt werde, die Opferr Männer und Lehrer in steigendem Maße zu Organistenfunctionen herangezogen seien. — Wir haben zu constatiren, daß nicht nur die Neigung zu vollkommenerer Ausstattung der Kirchen und Capellen mit jenen musikalischen Instrumenten fortdauert, sondern daß auch das seit einer Reihe von Jahren in erfreulicher Weise zunehmende Interesse für Hebung der Gottesdienste und namentlich der liturgischen Gottesdienste durch Chorgesang, sowie in manchen Kirchengemeinden für



Heranbildung geübterer Chöre zur Leitung des Kirchengesanges, die Wichtigkeit des Organistendienstes mehr als früher in den Vordergrund treten läßt.

2. Die Gemeindefullehrer auf dem Lande haben größtentheils in ihrer gleichzeitigen Eigenschaft als Kirchendiener nach gesetzlicher Bestimmung die Verpflichtung, die s. g. Betglocke anzuschlagen oder zu läuten. Dieser Umstand oder auch, wo Kirchendienern, die nicht zugleich Gemeindefullehrer sind, jene Verpflichtung obliegt, einfach der Gesichtspunkt, diese Dienstobliegenheit zu erleichtern, haben bei vielen Kirchen zur Einrichtung s. g. mechanischer Betglockenschlagwerke geführt. Die Gelegenheit dazu hat in letzterer Zeit meistens die nothwendige Anschaffung neuer Thurmuhren gegeben. Da, wo die Anschaffung für Kirchen solcher Gemeinden geschah, in welchen Gemeindefullehrer in ihrer Eigenschaft als Kirchendiener jene Verpflichtung hatten, wo also diese Anschaffung wesentlich dem Interesse des Schuldienstes bezw. der bei dem Schuldienste theilhabenden Ortsgemeinde zu gute kam; ferner da, wo, wie bei den meisten Kirchen, die Kirchencassen nur mittelmäßig oder schlecht dotirt waren, mußten wir bei derartigen Anschaffungen grundsätzlich darauf bedacht sein, bei den mit jedem Jahre steigenden sonstigen Anforderungen an die Kirchencassen, die Cassen der betreffenden Kirchen dagegen zu wahren, daß sie mit den Kosten der Anschaffung oder mit der Verpflichtung der künftigen Unterhaltung derartiger Betglockenschlagwerke neu belastet würden, und darauf halten, daß die theilhabenden Gemeinden sie übernehmen.

Da in letzterer Zeit wiederholt die mechanischen Betglockenschlagwerke Gegenstand der Erörterung geworden sind, so haben wir bei Gelegenheit der Ermittlungen über die Kirchenheizungsanlagen (s. Cap. IX.) durch die Kirchenvorstände u. auch Ermittlungen darüber angestellt, wie weit bis jetzt in den Kirchen des Landes die Anschaffung mechanischer Betglockenschlagwerke vorgeschritten ist.

Danach sind bis August d. Js. in den Kirchen des Landes 74 mechanische Betglockenschlagwerke eingerichtet. Davon fallen auf die Stadtinspection und die Generalinspection Braunschweig 10 (2 auf die Stadt), auf die Stadtinspection und Generalinspection Wolfenbüttel 32, auf die Generalinspection Helmstedt 23, auf die Generalinspection Gandersheim 8, auf die Generalinspection Holzminde 1. — Außerdem ist die Einrichtung von 2 weiteren Betglockenschlagwerken (in der Generalinspection Wolfenbüttel) in Vorbereitung.

3. Unfreiwillige Entfernungen aus dem Amte sind in den Jahren 1884 bis 1887 einschl. 4 vorgekommen.

Von diesen Fällen ist der eine, welcher durch Anstöße in sittlicher Beziehung veranlaßt wurde, bereits in den Mittheilungen über die Zustände u. der Landeskirche für die Jahre 1880—1883 (Cap. VII unter A. 2 b) erwähnt, obwohl damals die Erledigung desselben noch nicht gemeldet werden konnte. Der Fall ist, wie wir bereits damals meldeten, auf dem Wege des jetzt geltenden (Civil-) Verfahrens auf Entlassung aus dem Amte nach dem Gesetze vom 22. December 1870 (A. 113 von 1870) verhandelt, und ist insofern charakteristisch für dasselbe, als der Antrag auf Einleitung des Verfahrens unterm 11. August 1883 gestellt, die Entlassung des Verklagten aus dem Amte eines Schullehrers, Dyfmanns und Organisten durch richterliches Urtheil aber — obwohl keine Behörde ein Wortwurf hinsichtlich der Verzögerung der Sache trifft — erst am 14. April 1886 rechtskräftig wurde, und daß auch damals das Verfahren bei geschickter Benützung der betreffenden processualischen Be-

stimmungen durch den Beklagten noch Jahre lang hätte fortgesetzt werden können, und nur dadurch früher beendet wurde, daß derselbe es gewisser Umstände halber vortheilhafter fand, sich für sächlich zu erklären. — Inzwischen hatte derselbe sein Dienst Einkommen ruhig fortbezogen, hatte im Genuße seiner Dienstwohnung in dem betreffenden Orte gelassen werden müssen, und hatte eine Neubefestigung der durch seine Schuld daselbst verwirrten Schulverhältnisse nicht stattfinden können.

Auch ein zweiter Fall unfreiwilliger Entfernung aus dem Amte verlief im Wege desselben Verfahrens. Auf Grund eines am 12. Juli 1885 rechtskräftig gewordenen richterlichen Urtheils des betreffenden Civilgerichts wurde ein Gemeinbeschullehrer und Opferrmann, der bereits wegen Unbotmäßigkeit und Widersetzlichkeit gegen seinen unmittelbaren Vorgesetzten mit Dienstentlassung bedroht war, wegen abermaliger durch derartige Widersetzlichkeiten begangener Disciplinarvergehen seines Amtes entlassen. Der Antrag auf Erwirkung der Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beim Oberstaatsanwalt war von uns unterm 3. Mai 1884 gestellt worden.

Zwei andre unfreiwillige Entfernungen aus dem Amte haben in Folge gerichtlichen Strafverfahrens stattgefunden, indem

der Lehrer und Opferrmann B. in Ü. durch rechtskräftiges Urtheil Herzoglichen Landgerichts zu Braunschweig vom 31. August 1887 wegen unzüchtiger Handlungen an Personen unter 14 Jahren in 8 Fällen nach §. 176 A 3 des Reichsstrafgesetzbuchs zu 4 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre,

der Lehrer L. zu W. durch Urtheil Herzoglichen Landgerichts Braunschweig vom 5. August 1887, welches am 17. November 1887 rechtskräftig wurde, wegen zweier realiter concurrirender Urkundensälschungen und wegen mit diesen Verbrechen concurrirenden Betrugsversuchs zu einer Strafe von 2 Jahren Zuchthaus sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurtheilt

und für beide Verurtheilte in Folge dessen Abhebung vom Amte und dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter eingetreten ist.

## Cap. IX.

### Institutionen zur Förderung der Fortbildung der Geistlichen.

A. Die Prediger-Synoden (Colloquia der Superintendenten mit den ihnen untergebenen Predigern; cf Erneuerte Kirchenordnung Th. 1 Cap. IV. §. 4) sind in Gemäßheit des Kirchengesetzes vom 6. Januar 1873 A 5, die Einrichtung von Inspectionssynoden betreffend, in den Jahren 1886 und 1888 gehalten worden.

Für die bezeichneten Jahre sind von den General-Superintendenten folgende Thesen zu schriftlicher Bearbeitung und mündlicher Verhandlung verstellt.

#### 1. In der General-Inspection Wolfenbüttel. 1886.

I. Locus Job. 19, 25—27 ita explicetur, ut et nexus cum antecedentibus exponatur et singula dicta interpretationis luce maxime indigentia illustrentur.

II. Erscheint die officiële Einführung der im Auftrage der Eisenacher deutschen evangelischen Kirchenconferenz revidirten Bibel (sogenannte Probebibel) wegen ihrer von der Uebersetzung Luthers abweichenden Uebersetzung der oben bezeichneten und anderer Stellen der heiligen Schrift wünschenswerth?

1888.

I. Exponatur, quae sit notio biblica vocis „βασιλεία τοῦ Θεοῦ.“

II. Welches ist das Verhältniß von Kirche und Staat nach der Anschauung der römisch-katholischen Kirche einerseits, sowie Luthers und Melancthons andererseits, und wie ist über diese verschiedenen Auffassungen zu urtheilen?

III. Was ist von den in neuerer Zeit (besonders in Folge des bekannten von Hammerstein'schen Antrages) hervorgetretenen Bestrebungen nach einer größeren Selbstständigkeit der evangelischen Landeskirchen zu urtheilen in Rücksicht auf die rechtliche Lage unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche?

## 2. In der General-Inspection Braunschweig.

1886.

De die dominica disseratur:

I. Historia diei dominicae in ecclesia celebratae.

Imprimis explicentur vestigia diei dominicae in novo testamento obvia nec non praecipua reformatorum de die dominica enunciata.

II. De obligatione diem dominicam celebrandi.

III. Ueber Inhalt und Art der öffentlichen und privaten Sonntagsfeier.

1888.

I. De meritis theologicis Friderico Schleiermachers haud abjudicandis.

Imprimis disseratur:

1) De progressu ejus in essentia religionis destinata.

2) De dignitate personae Christi a Schleiermachers in medium denuo proposita

II. Hauptgrundzüge der Seelsorge.

## 3. In der General-Inspection Helmstedt.

1886.

De jurejurando.

I. quid docuerit Dominus ipse loco Matth. 5, 33—37 cf. Matth. 26, 63 sq. et Jacobus Jac 5, 12 demonstretur, nec non utrum Paulus Deum testem invocando (Rom. 1, 9; 2 Cor. 1, 23; 11, 31; Phil. 1, 8; 1 Thess. 2, 5, 10; 2 Tim. 4, 1; cf. Hebr. 6, 16) dem senserit, quod Dominus et Jacobus nec ne, examinetur.

II. Welches sind die Ursachen der in neuerer Zeit auf so tief bedauerliche Weise sich mehrenden Weineide?

III. Welche Mittel sind im Allgemeinen von jedem Christen, und im Besondern von Predigern, Lehrern, Kirchenverordneten, Richtern und Regierungen in Anwendung zu bringen, um diesem Schrecken erregenden Zustande wirksam entgegen zu arbeiten?

1888.

## Ueber die Auferstehung Jesu.

I. Woher haben die Jünger den Glauben an die Auferstehung des Herrn genommen, und wie (ideell oder reell) haben sie diesen Glauben gepredigt und als Grundlage ihrer sonstigen religiösen Anweisungen benutzt? Die einschlagenden Beweisstellen aus dem N. T. sind aufzujuchen, zusammen zu stellen und kurz zu beurtheilen.

II. Was ist von den die leibliche Auferstehung des Herrn leugnenden Hypothesen (namentlich der Betrugshypothese und der Scheintodshypothese) zu halten?

III. Welchen Einfluß hat der Glaube an die leibliche Auferstehung des Herrn auf das Glaubensleben der Kirche?

4. In den General-Inspectionen Holzminden und Gandersheim.

1886.

I. Richard Rothe — theol. Ethik, 2. Aufl., Band 4, Seite XVII. — behauptet: „Es ist ein großer Mißbrauch getrieben worden mit der Anwendung des Grundgesetzes, daß die ethischen Begriffe im N. T. noch unvollkommen seien und erst im N. T. ihre rechte Reinheit erhalten hätten. Dieses ganze Axiom ist in sich falsch. Gerade von Seiten der Ethik stehen beide Testamente auf gleicher Stufe der Klarheit. Der heilige Geist kann wohl in verschiedenen Zungen reden; aber wo er, wie in der ganzen canonischen Bibel, rein und ungetrübt durch menschlichen Geist spricht, da sind auch seine Principien und Begriffe überall dieselben. Das ganze N. T. konnte ja überhaupt nur unter Voraussetzung des N. T. existiren. Dies soll aber nicht von dem einzelnen Frommen des Alten Bundes, sondern von der göttlichen Offenbarung desselben in Beziehung auf die Ethik gesagt sein.“ Dagegen stellt Schleiermacher — christliche Sitte, 1843 herausgegeben von Jonas — den Satz auf: „Das N. T. ist in Beziehung auf die christliche Sittenlehre ganz überflüssig. Man kann eigentlich Christliches nicht daraus entwickeln. Diese Unterscheidung ist noch keineswegs anerkannt. Ihre Vernachlässigung aber ist für die christliche Sittenlehre noch gefährlicher, als für die Glaubenslehre, weil wir mit dem Fotalogus den ganzen geistlichen Geist in die christliche Sittenlehre einführen.“

Beide Behauptungen mögen geprüft werden.

II. Schleiermacher — christliche Sitte, Seite 247 ff — bezeichnet die Todesstrafe als einen „Rest barbarischer Zeiten, als einen Beweis politischen Unvermögens“ und nennt es „einen Beweis des Stumpfsinnes“, wenn mit der Bildung der Staaten nicht das Bestreben wachse, dieselbe als „überflüssig, unnütz und unsittlich“ aufzuheben. Rothe dagegen — theol. Ethik, Band 5, S. 1146 — behauptet, es handle sich bei der Todesstrafe gar nicht darum, was der Staat dürfe, sondern darum, was er müsse nach dem Gesetze der sittlichen Ordnung, deren Diener er sei; wo der qualifizierte Mord vorliege, da könne nicht die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe, sondern nur die Zulässigkeit der Vergnadigung in Frage gestellt werden.

Auch diese beiden Behauptungen mögen geprüft werden.

1888.

I. Locus Matth. 20, 8—16, *versuum qui antecedunt, quatenus videtur esse necessarium, respectu habito illustretur atque quae inest doctrina exponatur.*

II. Wie sind die Hauptforderungen der Socialdemokratie vom Standpunkte der neutestamentlichen Lehre aus zu beurtheilen?

III. Inwieweit und auf welche Weise hat sich die Kirche an der Lösung der socialen Frage zu betheiligen?

IV. Es sind diejenigen Sonntags-Perikopen — mit vorwiegender Beschränkung auf die evangelischen in beiden Jahrgängen — zu bezeichnen, welche hauptsächlich es nahe legen möchten, in der Predigt das sociale Gebiet zu berühren, und sind die betreffenden Punkte bei den einzelnen Perikopen kurz anzugeben.

5. In der General-Inspection Blankenburg.

1886.

I. Quid de inspirationis Sacrae Scripturae natura, indole, finibus sit statuendum, quibusque argumentis auctoritas Sacrae Scripturae tam normativa quam judicialis sit probanda, quaeritur.

II. Erscheint eine Revision unserer Lutherbibel vom evangelischen Standpunkte aus berechtigt, gegenüber dem Stande der heutigen exegetischen Wissenschaft und der veränderten Sprachweise geboten, im gemeindlichen Interesse räthlich?

III. Entspricht die sogenannte „Probibibel“ den an eine Revision der Lutherbibel zu stellenden Anforderungen oder nach welcher Seite hin wird eine etwa erforderliche nochmalige Durchsicht der Probibibel ihr Augenmerk zu richten haben.

IV. Welcher Modus empfiehlt sich für die Einführung einer also fertig gestellten revidirten Bibel?

V. Was ist von den auf Herstellung eines Bibelauszuges für das Haus und namentlich für die Jugend (Schulbibel) gerichteten Bestrebungen zu halten?

1888.

I. Welches ist auf Grund der heiligen Schrift und im Gegenjage zu der katholischen Auffassung die Lehre unserer evangelischen Kirche von Begriff, Wesen und Beruf der Kirche Christi?

II. Wenn aus 1. Cor. 14, 40 sich zwar die Nothwendigkeit einer Verfassung der Kirche erweisen läßt, wenn jedoch nach lutherischer Anschauung die Verfassung der Kirche kein kirchliches Dogma bildet und es kein göttlich-gegebenes Verfassungsgesetz und keine ausschließlich biblisch zu begründende Form der Verfassung für die Kirche giebt, vielmehr die Form derselben als Sache der menschlichen Ordnung anzusehen und der Vorzug der einen vor der andern allein nach der größeren Zweckmäßigkeit zu beurtheilen sein wird, welcher den möglichen bezw. vorhandenen Verfassungsformen will als die der Idee der Kirche angemessenste und zur Förderung ihrer Zwecke geeignetste erscheinen?

III. Was ist insonderheit von dem geschichtlich gewordenen Landeskirchentum und von dem landesherrlichen Kirchenregiment („Summepiscopat“) zu halten? a. Ist dasselbe die principiell von der Reformation geforderte oder aber eine mit dem Wesen und den Aufgaben der evangelischen Kirchengemeinschaft an sich unvereinbare Verfassungsform? b. Ueberwiegen die demselben anhaftenden Mängel oder die ihm eigenen Vorzüge? c. Unter welchen Umständen würde auf Beseitigung desselben zu Gunsten einer anderweiten Verfassungsform Bedacht zu nehmen sein?

IV. Haben die auf Entstaatlichung der Kirche in dem Sinne, daß der Kirche eine größere Leiblichkeit, Unabhängigkeit vom Staate und Selbstständigkeit gewährt werde, gerichteten Jogen. Hammerstein'schen Anträge und die darauf beruhenden Kleist-Regow'schen Forderungen überhaupt, event. in wie weit in Bezug auf unsere Braunschweigische Landeskirche eine Berechtigung?

B. Für das durch die Höchste Verordnung vom 9. October 1801 errichtete Institut der General-Inspection's-Leesegesellschaften und General-Inspection's-Bibliotheken, welche unter Oberaufsicht des Herzoglichen Consistorii von den General-Superintendenten verwaltet werden, sind wie früher so auch in den Jahren 1884—1887 aus vermögenden Kirchencassen

1)	der General-Inspection	Wolfenbüttel	. .	74 M 50 S
2)	"	"	Braunschweig	. . 21 " — "
3)	"	"	Helmstedt	. . . 18 " — "
4)	"	"	Gandersheim	. . 30 " — "
5)	"	"	Holzminen	. . 6 " — "
6)	"	"	Blankenburg	. . — " — "

jährlich bewilligt und ist daneben ein jährlicher Betrag von überhaupt 510 M aus der Klosterreinertrags-Casse erfolgt.

## Cap. X.

### Das kirchlich-religiöse Leben in den Gemeinden.

#### A. Die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage.

Die Klagen über Störung der Sonntagsruhe durch Lustbarkeiten und Werktagsarbeit sind alt. Daß es damit in der abgelaufenen Berichtsperiode wesentlich besser geworden sei, läßt sich leider nicht sagen. Um wirksame Abhilfe zu schaffen, reichen die Bemühungen der Geistlichen in Predigt und Seelsorge nicht aus, wenn sie nicht aus den Gemeinden heraus Unterstützung finden. Es bietet sich gerade in dieser Beziehung für die Kirchenvorstände ein Wirkungskreis, in welchem sie durch Wort und Beispiel einen segensreichen Einfluß ausüben können.

#### B. Der Besuch des Gottesdienstes.

Der Besuch des Gottesdienstes ist in den verschiedenen Landestheilen und den einzelnen Gemeinden ein sehr ungleicher. Derselbe hat sich in manchen Gemeinden in letzter Zeit gehoben, während in andern ein geringer Rückgang zu bemerken gewesen ist. Hindernd hat noch immer die große Zahl der oft längere Zeit dauernden Pfarrvacanzen eingewirkt, welche in Folge der zahlreichen Emeritirungen seit dem Jahre 1883 und des gleichzeitigen Candidatenmangels in den Jahren 1884 und 1885 ihren Höhepunkt erreicht hat. Dieser Uebelstand wird in kurzer Zeit gänzlich beseitigt sein; und es darf gehofft werden, daß die geregelte pfarramtliche Thätigkeit auch eine größere Regelmäßigkeit des Kirchenbesuchs zur Folge haben werde.

Die an vielen Orten zuerst versuchsweise eingerichteten Christvespern haben sich bewährt und sind, soweit unsre Kenntniß reicht, nirgends wieder eingegangen. Auch in den letzten 4 Jahren sind solche an vielen Orten neu eingeführt. Einen besonders erfreulichen Erfolg haben die Advents- und Fastengottesdienste gehabt, welche in manchen Kirchen entweder Sonntags oder an einem Wochentage Abends eingerichtet sind. Namentlich sind solche von den arbeitenden Classen gut besucht gewesen.

### C. Kirchliche Catechisationen.

Hinsichtlich der kirchlichen Catechisationen, welche an den Sonntag-Nachmittagen, bezw. in der Woche, in den Landgemeinden mit der Oberklasse, der Gemeindegemeinde, in den Städten mit den nächstjährigen Confirmanden angestellt werden, ist eine Veränderung nicht eingetreten.

Die unter dem Namen „Sonntagschule“ in 3 Gemeinden der Stadt Braunschweig schon früher eingerichteten Kindergottesdienste, welche unter Aufsicht und Leitung der Geistlichen von freiwilligen Helferinnen gehalten werden, haben einen gesegneten Fortgang gehabt. Nach den vorliegenden Berichten werden diese Kindergottesdienste durchschnittlich in der St. Magnikirche von 400, in der Ect. Andreaskirche von 480, in der Ect. Ulricikirche von 175 Kindern regelmäßig besucht. Neu eingerichtet sind solche Sonntagschulen in der Kirche zu Marienberg bei Helmstedt mit etwa 65 Kindern und in der Stadtkirche zu Blankenburg mit etwa 150 Kindern.

### D. Theilnahme am heiligen Abendmahle.

Ueber die Theilnahme am heiligen Abendmahle geben die nachfolgenden beiden Tabellen nähere Auskunft, von welchen die erste die Gesamtzahl der Communicanten in den einzelnen Landestheilen gibt, die zweite den danach berechneten Procentsatz der Communicanten im Verhältniß zu der Zahl der evangelisch-lutherischen Einwohner nachweist. Dieselben bringen gesonderte Angaben für die Stadt-Inspectionen Braunschweig und Wolfenbüttel, welche einer General-Inspection nicht angehören, und sodann für die einzelnen General-Inspectionen. Hinsichtlich der letzteren sind zunächst die Gesamtzahlen für die ganze General-Inspection angegeben, sodann aber auch gesonderte Angaben für die einzelnen derselben angehörenden Städte und für den Gesamtcomplex der zugehörigen Landgemeinden gemacht. Diese Trennung hat dieses Mal vollständiger als in dem letzten Berichte durchgeführt werden können, nämlich auch hinsichtlich derjenigen Parochien, in welchen eine städtische Gemeinde mit einer oder mehreren ländlichen Gemeinden verbunden ist. Während damals die betreffenden ländlichen Gemeinden, weil, gesonderte Angaben nicht vorlagen, mit zu den mit ihnen verbundenen städtischen Gemeinden gerechnet waren, was eine wenn auch nicht bedeutende Ungenauigkeit zur Folge hatte, beziehen sich dieses Mal die für die Städte geltenden Angaben wirklich nur auf rein städtische Gemeinden, und die betreffenden ländlichen Parochialtheile sind den übrigen Landgemeinden des Kreises hinzugerechnet.

Aus der Vergleichung der in den Tabellen enthaltenen Zahlen ergibt sich, daß, wie in den meisten einzelnen Landestheilen, so auch im ganzen Lande die absolute Zahl der Communicanten im beständigen Wachsen begriffen gewesen ist, während hinsichtlich des Procent-

sages das Jahr 1885 einen geringen Rückgang gegen das Jahr 1884 aufweist. Der Grund hiervon liegt darin, daß für das Jahr 1884 noch die bei der Volkszählung im Jahre 1880 ermittelten Bevölkerungsziffern zu Grunde gelegt werden mußten, für das Jahr 1885 und die folgenden Jahre aber die Ergebnisse der im Jahre 1885 angestellten Zählung, durch welche eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Bevölkerung nachgewiesen ist. Die Angabe des Procentsages ist daher nur für das Jahr 1885 völlig zutreffend, während er für das Jahr 1884 und ebenso, wenn eine fortwährende Vermehrung der Bevölkerung wird angenommen werden müssen, für die Jahre 1886 und 1887 im Verhältniß zu der wirklichen Bevölkerungsziffer als etwas zu hoch anzusehen ist. Um aus der Vergleichung ein sichreres Resultat ziehen zu können, sind daher in in der zweiten, die procentualen Angaben enthaltenden Tabelle die Zahlen für das Jahr 1880, in welchem die letzte Volkszählung vor 1885 stattgefunden hat, und für welches die betreffenden Angaben daher ebenfalls als durchaus zutreffend anzusehen sind, in der ersten Columne vorangestellt.

Es ergibt sich aus diesen Tabellen, daß der Abendmahlsbesuch, von geringen Schwankungen abgesehen sich etwa gleich geblieben ist, sowie daß er im Allgemeinen in den Landgemeinden und in mehreren der kleinern Städte um ein geringes abgenommen, dagegen in anderen Städten, namentlich Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöppenstedt und Schöningen zugenommen hat. Wir lassen nun die Tabellen folgen:



## Die Anzahl der Communicanten betrug:

in den Jahren . . . . .	1884	1885	1886	1887
I. in der Stadt-Inspection Braunschweig . . . . .	7616	7302	7987	8421
II. in der Stadt-Inspection Wolfenbüttel . . . . .	2212	2182	2422	2742
III. in der General-Inspection Braunschweig . . . . .	11704	11873	12049	11992
IV. in der General-Inspection Wolfenbüttel . . . . .	12514	12969	13368	13445
nämlich 1) in der Stadt Schöppenstedt . . . . .	263	286	346	337
2) in den Landgemeinden . . . . .	12251	12683	13022	13108
V. in der General-Inspection Helmstedt . . . . .	13036	14316	14963	14812
nämlich 1) in der Stadt Helmstedt . . . . .	1056	1265	1201	1328
2) " " " Königsflutter . . . . .	476	453	582	634
3) " " " Schöningen . . . . .	497	606	658	684
4) " " " den Landgemeinden . . . . .	11007	11992	12522	12166
VI. in der General-Inspection Gandersheim . . . . .	18891	20205	20712	20881
nämlich 1) in der Stadt Gandersheim . . . . .	408	577	618	622
2) " " " Seesen . . . . .	244	236	329	387
3) " " " den Landgemeinden . . . . .	18239	19392	19765	19872
VII. in der General-Inspection Holzminden . . . . .	17648	17320	18220	18786
nämlich 1) in der Stadt Holzminden . . . . .	2142	2005	2232	2428
2) " " " Stadtholbendorf . . . . .	300	335	305	258
3) " " " Eschershausen . . . . .	464	351	326	372
4) " " " den Landgemeinden . . . . .	14742	14629	15357	15728
VIII. in der General-Inspection Blankenburg . . . . .	5066	4594	4709	5060
nämlich 1) in der Stadt Blankenburg . . . . .	594	698	674	902
2) " " " Haffelfelde . . . . .	435	323	359	292
3) " " " den Landgemeinden . . . . .	4037	3573	3676	3866
IX. in der Pfarodie Lunsen-Theedinghausen . . . . .	3831	3982	4109	4018
Ueberhaupt: A. in den Stadtgemeinden . . . . .	16327	16621	18039	19407
B. " " " Landgemeinden . . . . .	76191	78122	80500	80750
C. im ganzen Lande . . . . .	92518	94743	98539	100157
Unter den Communicanten waren:				
A. männliche . . . . .	40722	41958	43474	43958
B. weibliche . . . . .	51796	52785	55065	56199

## Auf 100 evangelische Einwohner kommen Communicanten:

in den Jahren . . . . .	1880	1884	1885	1886	1887
I. in der Stadt-Inspection Braunschweig . . . . .	8,5	11,0	9,3	10,2	10,7
II. in der Stadt-Inspection Wolfenbüttel . . . . .	14,6	19,4	17,4	19,4	21,9
III. in der General-Inspection Braunschweig . . . . .	47,3	48,8	45,8	46,5	50,6
IV. in der General-Inspection Wolfenbüttel . . . . .	28,4	26,8	26,8	27,7	26,6
nämlich 1) in der Stadt Schöppenstedt . . . . .	6,0	8,7	9,2	11,2	10,9
2) „ den Landgemeinden . . . . .	29,9	28,1	28,0	28,8	27,6
V. in der General-Inspection Helmstedt . . . . .	23,3	22,2	23,1	24,1	23,9
nämlich 1) in der Stadt Helmstedt . . . . .	13,4	13,1	14,0	13,3	14,7
2) „ „ „ Königsflutter . . . . .	12,9	10,5	9,4	12,1	13,2
3) „ „ „ Schöningen . . . . .	5,2	7,8	9,2	10,0	10,4
4) „ den Landgemeinden . . . . .	30,5	27,6	28,8	30,1	29,2
VI. in der General-Inspection Gandersheim . . . . .	38,9	34,9	36,7	37,7	38,0
nämlich 1) in der Stadt Gandersheim . . . . .	26,8	16,7	22,8	24,4	24,5
2) „ „ Seesen . . . . .	8,9	7,4	6,2	8,7	10,2
3) „ den Landgemeinden . . . . .	41,5	37,9	39,9	40,6	40,8
VII. in der General-Inspection Holzminden . . . . .	42,8	42,5	40,9	43,0	44,4
nämlich 1) in der Stadt Holzminden . . . . .	29,3	29,9	27,1	30,1	32,8
2) „ „ „ Stadtfeldendorf . . . . .	13,0	12,7	13,7	12,4	10,5
3) „ „ „ Eschershausen . . . . .	30,9	33,8	24,8	23,0	26,3
4) „ den Landgemeinden . . . . .	48,7	48,0	47,1	49,4	50,6
VIII. in der General-Inspection Blankenburg . . . . .	21,8	20,5	17,8	18,3	19,6
nämlich 1) in der Stadt Blankenburg . . . . .	14,1	12,2	12,3	11,9	15,9
2) „ „ Haffelfelde . . . . .	10,4	17,4	13,3	14,8	12,0
3) „ den Landgemeinden . . . . .	25,7	23,3	20,2	20,8	21,9
IX. in der Pfarodie Lunzen- <u>Thedinghausen</u> . . . . .	105,3	91,2	92,5	95,4	93,3
Ueberhaupt: A. in den Stadtgemeinden . . . . .	11,7	12,7	11,8	12,9	13,8
B. „ „ Landgemeinden . . . . .	37,2	36,6	36,4	37,5	37,7
C. im ganzen Lande . . . . .	28,6	27,6	26,7	27,8	28,2
Unter je 100 Communicanten waren					
A. männliche . . . . .	45,5	44,0	44,3	44,1	43,9
B. weibliche . . . . .	54,5	56,0	55,7	55,9	56,1

## E. Taufen.

Ein genauer Nachweis darüber, in wie vielen Fällen die Taufe von Kindern evangelischer Eltern in jedem Jahre versäumt sei, läßt sich nicht führen. Die Vergleichung der Zahl der Taufen mit derjenigen der Geburten jeden Jahrs wird immer ein ungenaues Resultat geben, da einerseits manche außerhalb Landes geborne Kinder hier getauft werden, während wiederum hier geborne Kinder im Auslande die Taufe empfangen, andererseits das Jahr der Taufe in zahlreichen Fällen mit dem Jahre der Geburt nicht zusammenfällt. Doch ist anzunehmen, daß die Zahl der in einem einzelnen Jahre hier zu Lande vollzogene Taufe von Kindern, die auswärts oder in einem früheren Jahre hier geboren sind, ungefähr den Ausfall an Taufen solcher Kinder deckt, welche im Auslande bzw. hier erst in einem späteren Jahre getauft werden. Die in der folgenden Tabelle enthaltene Gegenüberstellung der Zahl der Geburten und der Taufen jeden Jahrs wird daher wenigstens annähernd richtig ergeben, wie viele der in jedem Jahre geborenen Kinder umgetauft geblieben sind. Es sind dabei zunächst nur die Kinder aus rein evangelischen Ehen (bzw. uneheliche Kinder evangelischer Mütter) berücksichtigt, während die Kinder aus Mischehen sodann besonders zu besprechen sind.

Zahl der Geburten und Taufen von Kindern aus rein evangelischen Ehen  
(resp. von unehelichen Kindern evangelischer Mütter).

	1 8 8 4		1 8 8 5		1 8 8 6		1 8 8 7	
	Ge- burten	Taufen	Ge- burten	Taufen	Ge- burten	Taufen	Ge- burten	Taufen
in der Stadt Braunschweig . .	2574	2111	2674	2234	2757	2392	2893	2458
in dem übrigen Lande . . .	9438	9148	9457	9216	9549	9328	9700	9528
im ganzen Lande . . . . .	12012	11259	12131	11450	12306	11720	12593	11986

Hieraus ergibt sich die Zahl der ungetauft gebliebenen Kinder und das procentuale Verhältniß der Taufen zu den Geburten, wie es die folgende Tabelle nachweist:

	Zahl der ungetauft gebliebenen Kinder:				Auf 100 Geburten kommen Taufen:			
	1884	1885	1886	1887	1884	1885	1886	1887
in der Stadt Braunschweig . .	463	440	365	435	82,0	83,5	86,8	85,0
in dem übrigen Lande . . .	290	241	221	172	96,9	97,5	97,7	98,2
im ganzen Lande . . . . .	753	681	586	607	93,7	94,4	95,2	95,2

Wenn hiernach die Zahl der ungetauft gebliebenen Kinder bedauerlich groß erscheint, so wird doch auch berücksichtigt werden müssen, daß viele derselben, wie die folgende Tabelle nachweist, vor Empfang der Taufe wieder verstorben sind. Wenn man diese von der Zahl der ungetauft gebliebenen Kinder abrechnet, so stellt sich dadurch das procentuale Verhältniß der Tausen zu den Geburten in entsprechender Weise günstiger, wie in der folgenden Tabelle ebenfalls angegeben ist. Es muß dabei bemerkt werden, daß die Angabe vom Jahre 1887 für die Stadt Braunschweig nur für die Zeit bis zum 1. October gilt, da zu diesem Zeitpunkte der neue Centrafriedhof eröffnet ist und von da an diejenigen Beerdigungen, welche (wie regelmäßig bei ungetauften Kindern) ohne Begleitung eines Geistlichen vollzogen sind, nicht mehr in die Kirchenbücher eingetragen werden, so daß für das letzte Quartal die betreffenden Angaben nicht zu erlangen waren.

	Zahl der ungetauft verstorbenen Kinder:				Nach Abzug derselben von der Zahl der Geborenen kommen auf 100 Geburten an Tausen:			
	1884	1885	1886	1887	1884	1885	1886	1887
in der Stadt Braunschweig . .	230	255	241	158	90,0	92,3	95,1	89,9
im übrigen Lande . . . . .	233	261	229	194	99,4	100,2	100,1	100,2
im ganzen Lande . . . . .	463	516	470	352	97,5	98,6	99,0	97,9

Es sind freilich unter diesen vor Empfang der Taufe verstorbenen Kindern eine Anzahl solcher, welche schon ein höheres Alter (von 6 Monaten und darüber) erreicht hatten. Bei vielen von diesen wird man annehmen müssen, daß ihre Eltern überhaupt nicht die Absicht hatten, sie taufen zu lassen, so daß die Zahl der Taufverweigerungen doch etwas höher angenommen werden muß. Eine genauere Berechnung läßt sich aber nicht anstellen, da ein bestimmter Termin, von welchem an eine Taufverweigerung anzunehmen ist, nicht wohl festgesetzt werden kann. Es mag daher nur erwähnt werden, daß von den ungetauft verstorbenen Kindern

im Jahre 1884: 58,  
 " " 1885: 43,  
 " " 1886: 47,  
 " " 1887: 28

ein Alter von 6 Monaten und darüber erreicht hatten.

Die vorstehenden statistischen Resultate zeigen, daß im Vergleich zu den Jahren 1880 bis 1883 eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten ist.

Hinsichtlich der aus Mischehen geborenen Kinder läßt sich überhaupt nicht nachweisen, ob und in wie vielen Fällen die Taufe unterlassen ist, da Angaben über die Zahl

der in der katholischen Kirche vollzogenen Taufen nicht vorliegen. Unter normalen Verhältnissen würde anzunehmen sein, daß etwa die Hälfte solcher Kinder in der katholischen Kirche getauft werden und es würde daher die Zahl der evangelischen Taufen zu der Zahl der Geburten sich etwa wie 50 zu 100 verhalten müssen. Wie sich aus der folgenden Tabelle ergibt, trifft dies hinsichtlich der Stadt Braunschweig, von einigen Schwankungen abgesehen, zu. In den übrigen Landestheilen stellt sich der Procentsatz höher, da an denjenigen Orten, an welchen eine katholische Kirche nicht vorhanden ist, die Taufen solcher Kinder überwiegend von dem lutherischen Ortsgeistlichen vollzogen werden.

Verhältniß der Zahl der Taufen zu der Zahl der Geburten hinsichtlich der Kinder aus Mischhehen.

	1884		1885		1886		1887		Auf 100 Geburten kommen Taufen			
	Ge- burten	Taufen	Ge- burten	Taufen	Ge- burten	Taufen	Ge- burten	Taufen	1884	1885	1886	1887
in der Stadt Braunschweig .	232	119	209	99	213	124	270	133	51,3	47,4	58,2	49,3
im übrigen Lande . . . .	285	168	272	195	303	216	325	215	58,9	71,7	71,3	66,1
im ganzen Lande . . . .	517	287	481	294	516	340	595	348	55,5	61,1	65,9	58,5

#### F. Trauungen.

Hinsichtlich der Trauungen hat sich nach den statistischen Erhebungen aus den Jahren 1884 bis 1887, welche in den folgenden Tabellen mitgetheilt sind im Vergleich zu den Jahren 1880—1883 eine bemerkbare Veränderung nur insofern ergeben, als der Procentsatz der evangelischen Trauungen gemischter Ehepaare im Verhältniß zu den Eheschließungen solcher Paare ein höherer geworden ist.

Verhältniß der Zahl der Trauungen zu der Zahl der Eheschließungen hinsichtlich rein evangelischer Ehepaare.

	1884		1885		1886		1887	
	Ehe- schließungen	Trauungen	Ehe- schließungen	Trauungen	Ehe- schließungen	Trauungen	Ehe- schließungen	Trauungen
in der Stadt Braunschweig .	635	492	634	513	667	529	666	514
im übrigen Lande . . . .	2359	2303	2373	2368	2458	2465	2302	2315
im ganzen Lande . . . .	2994	2795	3007	2881	3125	2994	2968	2829

Hieraus ergibt sich:

	Zahl derjenigen Ehe- schließungen, welchen die Trauung nicht folgte				Auf 100 Eheschließungen kommen Trauungen			
	1884	1885	1886	1887	1884	1885	1886	1887
in der Stadt Braunschweig .	143	121	138	152	77,5	80,9	79,3	77,2
im übrigen Lande . . . . .	56	5	(+ 7)	(+ 13)	97,6	99,8	100,3	100,6
im ganzen Lande . . . . .	199	126	131	139	93,4	95,8	95,8	95,3

Verhältniß der Zahl der Trauungen zu der Zahl der Eheschließungen hinsichtlich der Ehepaare gemischter Confession.

	1884		1885		1886		1887		Auf 100 Ehe- schließungen kommen Trauungen			
	Ehe- schließungen	Trauungen	Ehe- schließungen	Trauungen	Ehe- schließungen	Trauungen	Ehe- schließungen	Trauungen	1884	1885	1886	1887
in der Stadt Braunschweig	79	27	71	31	100	35	86	38	34,2	43,7	35,0	44,2
im übrigen Lande . . . . .	87	48	107	62	99	55	95	57	55,2	57,9	55,6	57,9
im ganzen Lande . . . . .	166	75	178	93	199	90	181	95	45,2	52,2	45,2	52,5

Bemerkt zu werden verdient noch, daß auf Grund des §. 5 des Trauungsgesetzes vom 8. December 1875 in den Jahren 1884—1887 in 6 Fällen die kirchliche Trauung ver sagt ist.

### G. Beerdigungen.

Die schon in früheren Jahren gemachte Beobachtung, daß bei Beerdigungen die Mitwirkung der Geistlichen in steigendem Maße in Anspruch genommen wird, hat sich auch in den letzten Jahren wiederum bestätigt. Es kamen auf 100 Beerdigungen

im Jahre 1883: 35,1 kirchliche Beerdigungen

" " 1884: 36,5 " "

" " 1885: 37,2 " "

" " 1886: 35,9 " "

" " 1887: 38,7 " "

## H. Kirchliches Armenwesen.

Zur Versorgung der Armen stehen der Kirche nur geringe eigene Mittel zur Verfügung, abgesehen von den mancherlei hier und da vorhandenen Stiftungen und Legaten nur die Erträge der sonntäglichen Beckensammlungen. Es verdient daher anerkannt zu werden, daß an vielen Orten, insbesondere in den Städten durch freie Vereine, namentlich Frauenvereine in der Fürsorge für Arme und Kranke reichgesegnete Hülfe geleistet ist. Als ein großer Fortschritt ist es anzusehen, daß seit einigen Jahren in mehreren städtischen Gemeinden durch die kirchlichen Organe eine geordnete Gemeindepflege mit Hülfe von Diaconissen aus dem Marienstifte eingerichtet ist, welcher es an sichtbarem Erfolge nicht gefehlt hat.

### J. Christliche Liebesthätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der äußern und inneren Mission.

1. Die Bibelgesellschaft hat in den Jahren 1884—1887 an Beiträgen außer einem Geschenk Ihrer Königl. Hoheit, der Frau Prinzessin Albrecht von 300 M nur die Summe von 153 M eingenommen. Sie hat sich daher darauf beschränken müssen, die von der Cansteinschen Bibelanstalt zu Halle und von der Preussischen Hauptbibelgesellschaft bezogenen Bibeln zum Einkaufspreis ohne jeden Aufschlag abzugeben und hat in dieser Weise in der genannten Zeit 1670 Exemplare abgesetzt. Seit Mai d. Js. ist sie mit allen Umständen und Schulden an die Grüneberg'sche Buch- und Kunsthandlung (Wollermann und Neumeyer) zu Braunschweig übergegangen, welche Firma den Betrieb der Bibeln zum Selbstkostenpreise in unveränderter Weise fortführt.

2. Der Colportage-Verein, welcher außer Erbauungsbüchern auch andere gute Schriften belehrenden und unterhaltenden Inhalts zu verbreiten bestrebt ist, um dadurch dem die Volksmoral schädigenden Einflusse schlechter durch Colporteure gewerbmäßig verbreiteter Bücher entgegen zu arbeiten, hat in den letzten 4 Jahren für 1538 M Schriften abgesetzt. Da die Beiträge der Mitglieder, welche in der gedachten Zeit nur etwa 170 M betrugen, nicht hingereicht haben, um die Betriebskosten zu decken, so ist der Verein nach wie vor auf Beiträge angewiesen.

3. Der seit dem Jahre 1848 bestehende evangelisch-lutherische Missions-Verein, welcher mit der evangelisch-lutherischen Mission zu Leipzig, die ihr Arbeitsfeld unter den Tamulen in Vorder-Indien hat, in Verbindung steht, hat sich in der abgelaufenen Berichtsperiode wachsender Theilnahme zu erfreuen gehabt. Wie früher, hat derselbe regelmäßig sein Jahresfest Anfangs Juli jeden Jahres durch einen Festgottesdienst in der Domkirche zu Braunschweig gefeiert. Zur Belebung des Interesses haben wesentlich auch die zahlreichen kleineren Missionsfeste beigetragen, welche, in der Regel mit einer volkstümlichen Nachfeier im Freien verbunden, an verschiedenen anderen Orten des Landes theils von einzelnen Geistlichen, theils auf Anregung der Inspections-Synoden durch die Superintendenten veranstaltet sind, so 1884 in Verel, Gebhardshagen, Halle a. W., Hallendorf, Marienberg, Meerdorf, Schandelah, 1885 in Verel, Deensen, Halle a. W., Hallendorf, Marienberg, Riddagshausen, Schöppenstedt, Waggum, 1886 in Vortfeld, Halle a. W., Hallendorf, Lunsen, Lutter a. Abg., Marienberg, Riddagshausen, Salber, Schöppenstedt, Schulenrode, Wendhausen, Wolfenbüttel,

1887 in Bortfeld, Engelnstedt, Halle a. W., Hohegeiß, Marienberg, Riddagshausen, Schöppenstedt, Veltheim a. d. Ohe, Wolfenbüttel.

Nach den vorliegenden Jahresberichten M 36 bis 39, von welchen der 37. nur ein halbes Jahr (Juli bis December 1885) umfaßt, da es für zweckmäßig gehalten wurde, das Rechnungsjahr, welches früher vom 1. Juli bis 30. Juni des folg. Jrs. lief, hinfort mit dem Kalenderjahre zusammenfallen zu lassen, haben die Einnahmen betragen:

vom 1. Juli 1884/85 . . . . .	4817 M
„ 1. Juli bis 31. December 1885.	1713 „
1886 . . . . .	7010 „
1887 . . . . .	6687 „

in Summa also 20227 M

gegen 15037 M in den vorhergehenden 4 Jahren. Nach Abzug der Unkosten sind davon 19456 M an die Missionsanstalt zu Leipzig, 146 M in Folge besonderer Bestimmung der Geber an die Missionsanstalt zu Hermannsburg gesandt.

4. Seit Anfang des Jahres 1886 hat sich zu Braunschweig auch ein Zweigverein des einige Jahre zuvor gegründeten allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins, der seinen Sitz in Weimar hat und zunächst die Verbreitung des Evangeliums in Japan ins Auge gefaßt hat, gebildet. Der Braunschweiger Zweigverein hat zur Förderung des Interesses an seinen Bestrebungen mehrfach öffentliche Vorträge veranstaltet, auch hat auf Einladung desselben der Gesamtverein im Juli 1887 in Braunschweig seine dritte Jahresversammlung, mit welcher ein Festgottesdienst in der Bräuerkirche verbunden gewesen ist, gehalten. Nach den uns zugegangenen Mittheilungen zählt der Zweigverein z. B. 252 Mitglieder, seine Einnahmen haben betragen im Jahre 1886: 987 M, im Jahre 1887: 2038 M (einschließlich des Ertrages der bei dem Festgottesdienste des Hauptvereins gehaltenen Kirchencollecte zu 384 M und einer besonderen Sammlung zur Erbauung einer Vortragshalle in Tokio mit 575 M).

5. Für die Sache der Gustav-Adolf-Stiftung ist die Anregung und Kräftigung des evangelischen Bewußtseins, welche das Jahr 1883 mit der 400jährigen Gedenkfeier des Geburtstages Luthers gebracht hat, sichtbar förderlich gewesen. Die Gesamteinnahme des Rechnungsjahres 1883/84 ist die Höchste gewesen, welche der Braunschweigische Hauptverein bis dahin zu verzeichnen hatte; und wenn auch in dem folgenden Jahre ein geringer Rückgang eingetreten ist, so ist doch die Einnahme in den beiden dann folgenden Jahren wieder erheblich gestiegen. Sie betrug einschließlich verschiedener Legate von insgesammt 6280 M

im Jahre 1883/84: 12861 M

1884/5: 10335 „

1885/6: 12991 „

1886/7: 16032 „

Davon ist ein Theil, namentlich die Legate nach den bezüglichen besonderen Bestimmungen, capitalisirt, so daß sich der Capitalbestand des ganzen Vereins im hiesigen Lande in den letzten 4 Jahren von 13200 M auf 18700 M gehoben hat. Aber auch die Unter-



stützungen an bedrängte Gemeinden haben in reichlicherem Maße, als früher möglich gewesen ist, gewährt werden können, nämlich

1883/4: 9110 M

1884/5: 9150 "

1885/6: 10491 "

1886/7: 11477 "

Zur Förderung des Vereinszwecks sind besonders die Kreis-Vereine Braunschweig und Wolfenbüttel, sowie die Frauenvereine in Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden und Gandersheim thätig gewesen. Die Hauptversammlung hat 1884 in Braunschweig, 1885 in Wolfenbüttel, 1886 in Holzminden, 1887 in Helmstedt stattgefunden. Mit derselben ist regelmäßig ein Festgottesdienst, in den letzten Jahren auch eine volkstümliche Nachfeier im Freien verbunden gewesen. Außerdem haben auch einzelne Kreis- und Local-Vereine besondere Feste mit Gottesdienst in der Kirche und erbaulicher Feier im Freien veranstaltet, welche zur Belebung des allgemeinen Interesses an der Sache des Vereins sich als förderlich erwiesen haben.

6. Neben der Gustav-Adolf-Stiftung hat auch der ähnlichen Zwecken dienende lutherische Gotteskasten in unserm Lande Theilnahme gefunden. Während nämlich der Gustav-Adolf-Verein überhaupt protestantische Gemeinden ohne Unterschied des besondern Bekenntnisses unterstützt, besteht seit dem Jahre 1854 in verschiedenen Ländern lutherischen Bekenntnisses, namentlich in Bayern, Sachsen, Mecklenburg und der Provinz Hannover, unter dem Namen „lutherischer Gotteskasten“ ein Verein, welcher sich zur Aufgabe gestellt hat, nur rein lutherische Gemeinden in katholischen Ländern zu unterstützen. Für diese Zwecke sind auch in unserm Lande seit längeren Jahren, namentlich im Kreise von Geistlichen, Gaben gesammelt, welche dem Gotteskasten in Hannover zugeführt sind und in den Jahren 1884 bis 1888 bezw. 120,95, 110 und 126 M betragen haben.

7. Der evangelische Verein für das Herzogthum Braunschweig hat seit einigen Jahren angefangen, in der Stadt Braunschweig an jedem Sonnabend regelmäßig gedruckte Predigten für den folgenden Sonntag in größeren Mengen zu verbreiten, um auf diese Weise denjenigen Volksklassen, welche der Kirche entfremdet sind, das Wort Gottes zuzuführen, und solchen, welche durch ihre Lebenslage von dem Besuche des Gottesdienstes verhindert sind, einen Ersatz zu bieten. Es werden so jedesmal etwa 1500 Exemplare von Predigten durch Mitglieder des Vereins und durch freiwillige Helfer und Helferinnen und zwar zum größten Theile unentgeltlich vertheilt. Nachdem der Verein zur Fürsorge für entlassene Sträflinge die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt hat, werden auch sämtliche Inhaftirte in der Gefangenen-Anstalt zu Braunschweig, in welcher, weil es an einem dazu bestimmten Locale fehlt, ein Gottesdienst nicht gehalten werden kann, sonntäglich mit einer Predigt versorgt. Hier, wie auch sonst, werden die Predigten nach den uns gewordenen Mittheilungen gern angenommen.

8. Das von dem Magdalenen-Verein gegründete Asyl für gefallene Mädchen in den Räumen des alten Marienstifts ist aufgegeben. Es ist vorgezogen, die betreffenden Mädchen der Magdalenen-Anstalt zu Kirchrode bei Hannover, mit welcher der Verein zur

Fürsorge für entlassene Sträflinge sich in Verbindung gesetzt hat, zuzuführen, da hier die ganze Organisation auf den beabsichtigten Zweck der Rettung Gefallener zugeschnitten ist.

9. Der niedersächsischer Paramenten-Verein mit dem Sitz in Kloster Marienberg bei Helmstedt, welcher zum Zweck hat, die Ausstattung der Kirchen mit würdigem und stilgerechtem Kirchenschmuck (Bekleidung von Altar, Kanzel, Taufstein etc.) zu befördern, hat in den letzten 4 Jahren eine besonders rege und ersprießliche Thätigkeit entfalten können und auch in unserm Lande in steigendem Maße wohlverdiente Anerkennung gefunden. Er hat in dem genannten Zeitraume z. B. 181 vollständige Altarbekleidungen geliefert, von denen 32 in Kirchen hiesigen Landes Verwendung gefunden haben, außerdem etwa die dreifache Zahl an andern einzelnen Gegenständen. Die Einnahmen des Vereins, denen die Ausgaben gleich kommen, haben in den letzten 4 Jahren etwa 40000 M. betragen. Der Verein zählt zur Zeit etwa 25 Mitglieder, Vorsteherin ist die Gräfin Anna von der Schulenburg zu Wolfzburg bei Vorsfelde, Geschäftsführerin die Domina von Belthelm zu Marienberg.

10. Das Rettungshaus bei Sct. Leonhard vor Braunschweig, mit welchem ein Kinderhospital verbunden ist, hat seit dem Jahre 1886 dadurch eine Erweiterung erfahren, daß das von den übrigen Anstaltsgebäuden getrennt liegende frühere Schulhaus zu einer Pflegestation für Reconvallescenten eingerichtet ist. Diese soll zur Aufnahme derjenigen Kinder dienen, welche aus dem Hospitale entlassen werden müssen, aber für das eigentliche Rettungshaus ihrer Jugend wegen sich noch nicht eignen und, wenn sie ganz entlassen werden müßten, der Verwahrlosung preisgegeben werden würden.

So umfaßt die ganze Anstalt jetzt 5 Kinderfamilien: die Knabenfamilie, die Mädchenfamilie, die confirmirten Mädchen, welche nach ihrer Confirmation noch einige Jahre in der Anstalt bleiben, um zu häuslichen Arbeiten ausgebildet zu werden, das Hospital und das Reconvallescentenhaus. Die Gesamtzahl der zu diesen 5 Familien gehörenden Kinder betrug am 30. April jedes der letzten 4 Jahre (1885—1888) je 67, 61, 75, 81.

Von Herzoglicher Landesregierung ist die Anstalt jährlich durch eine Beihilfe von 600 M. unterstützt, wozu im Jahre 1886 noch eine außerordentliche Verwilligung von 1200 M. zu Bauzwecken gekommen ist. Auch von den Rittern des Johanniterordens im hiesigen Lande ist der jährliche Beitrag von 320 M. zur Erhaltung des Kinderhospitals fortgezahlt. An Legaten sind der Anstalt in den 4 Jahren vom 1. April 1884 bis 1887 insgesammt 9629 M. zugeflossen. An sonstigen Liebesgaben von Seiten Privater (einschließlich des Ertrages eines von Freunden des Hauses vor Weihnachten angestellten Verkaufs) sind in den genannten 4 Jahren eingegangen 7290 M., 8123 M., 10728 M. und 10149 M.

11. Die Idiotenanstalt zu Neu-Errerode zählt jetzt (im Sommer 1888) 197 Pfleglinge (123 männliche, 74 weibliche) im Alter von 5 bis 72 Jahren, darunter 3 Katholiken und 2 Israeliten. An dem Unterrichte, welcher von dem Director, 2 Lehrern, und einer Lehrschwester erteilt wird, nehmen 30 bis 40 von den jüngeren Pfleglingen Theil, 4 konnten innerhalb der letzten 4 Jahre confirmirt werden. An dem Gottesdienste nehmen regelmäßig 115 Pfleglinge Theil, 32 von ihnen können auch zum heiligen Abendmahl zugelassen werden.

Mit der Pflege sind 9 Diaconen aus dem Stephansstifte bei Hannover und 9 Pflegegerinnen (darunter 2 Diaconissen aus dem Marienstifte) beschäftigt.

Herzogliche Landesregierung hat die Anstalt in den Jahren 1884, 1885 und 1887 durch eine jährliche Bewilligung von 1000 M aus den Ueberschüssen der Aachen-Münchener-Feuerversicherungs-Gesellschaft unterstützt, 1886 aber zu nothwendigen Baukosten die Summe von 15000 M zugeschoffen. Im Uebrigen ist die Anstalt, da die Einnahmen an Verpflegungskosten zu ihrem Bestande bei weitem nicht ausreichen, vorzugsweise auf freiwillige Liebesgaben angewiesen. Diese haben außer dem weiter unten (unter Litt. K.) angegebenen Ertrage der Kirchencollecten und einer im Jahre 1886 veranstalteten Hauscollecte, welche nach Abzug der Unkosten 13503 M eingetragen hat, sich belaufen

	im Jahre 1884	auf 4444 M (einschl. 700 M Legate),
" "	1885	" 5971 M (einschl. 2703 M Legate),
" "	1886	" 7461 M (einschl. 3900 M Legate),
" "	1887	" 3013 M.

12. Das Marienstift zu Braunschweig hat trotz mancher entgegenstehenden Schwierigkeiten im Ganzen sich in ruhigem Gange weiter entwickeln und fortgesetzt eine segensreiche Thätigkeit entfalten können. Die Zahl der Kranken, welche

im Jahre 1883 sich auf 300 mit 15451 Verpflegungstagen belief,  
hat 1884: 440 Kranke mit 18945 Verpflegungstagen,

1885: 393	"	"	17530	"
1886: 393	"	"	17594	"
1887: 400	"	"	18000	"

betragen. Außerdem wurden in den als Siedenhaus dienenden Räumen des alten Marienstifts an der Wolfenbüttlerstraße (Bethanien)

1884: 17	Sieche mit	6156	Verpflegungstagen,
1885: 22	"	7535	"
1886: 28	"	8844	"
1887: 34	"	12000	"

verpflegt.

Die Zahl der dem Stifte angehörenden Schwestern, welche am Schlusse des Jahres 1883: 36 betrug, ist gegenwärtig auf 50 (nämlich 26 eingesegnete Diaconissen und 24 Probenschwestern) gestiegen, von welchen regelmäßig 5—6 in dem Siedenhaus Bethanien und der dort eingerichteten Kleinkinderschule beschäftigt sind. In Folge dieser größeren Zahl hat den mannigfachen Wünschen nach Entsendung von Diaconissen zur Dienstleistung außerhalb des Stifts, namentlich zur Gemeindepflege und zur Pflege in städtischen Krankenhäusern in größerem Maße entsprochen werden können. Während im Jahre 1884 auf 7 derartigen Außenstationen 13 Schwestern beschäftigt waren, sind jetzt auf 13 Außenstationen 26 Schwestern thätig, nämlich:

- 1) in der Ect. Magnigemeinde zu Braunschweig (Gem.-Pflege und Krippe) 3,
- 2) " " " Petrigemeinde daselbst (Gem.-Pfl. und Kleinkinderschule) 3,
- 3) " " " Catharinengemeinde daselbst (Gem.-Pfl.) 2,
- 4) " " " Michaelisgemeinde daselbst (Gem.-Pfl.) 1,
- 5) in Harzburg (Gem.-Pfl. und Kinderheilanstalt) 2,
- 6) " Destedt (Gem.-Pfl. und Kleinkinderschule) 2,

- 7) in Holzwinden (Krankenhaus und Gem.-Pfl.) 3,
- 8) „ Erkerode (Ziottenanstalt) 2,
- 9) „ Calvörde (Gem.-Pfl.) 1,
- 10) „ Wolfenbüttel (Krankenhaus und Gem.-Pfl.) 3,
- 11) „ Königsutter (Gem.-Pfl. und Kleinkinderschule) 2,
- 12) „ Steterburg (Gem.-Pfl.) 1,
- 13) „ Delber a. w. B. (Gem.-Pfl.) 1.

Wie früher von Sr. Hoheit, dem Herzoge Wilhelm, so ist auch seitdem von Sr. Königlichen Hoheit, dem Regenten Prinz Albrecht das Marienstift jährlich durch ein Geschenk von 1000 M unterstützt. Herzogliche Landesregierung hat in den Jahren 1884 und 1885 in Folge eines von der vierten ordentlichen Landessynode durch Schreiben vom 11. December 1884 an die Kirchenregierung gerichteten Ersuchens außerordentliche Beihilfen von 10000 M und 30000 M zur Abtragung der auf dem neuen Anstaltsgebäude haftenden Bauschuld und 6000 M zum Ankauf des für demnächstige Erweiterung der Anstalt erforderlichen Terrains bewilligt, außerdem aber einen festen Zuschuß zum Gehalte des Anstaltsgeistlichen und jährlich eine Beihilfe zu den allgemeinen Verwaltungskosten von bezw. 900, 1400, 1500 und 1000 M gewährt.

Selbstverständlich ist die Anstalt außerdem auch auf fortlaufende Unterstützung freiwilliger Liebesgaben angewiesen. Dieselben haben, außer den schon genannten Verwilligungen, aber mit Einschluß verschiedener Legate, sowie der Kirchencollecten und einer im Jahre 1887 veranstalteten Hauscollecte

1884 :	18 042 M
1885 :	19 097 „
1886 :	21 490 „
1887 :	26 700 „

betragen.

Der im Jahre 1884 eingetretene Anstaltsgeistliche Pastor Spitta ist nach kurzer verdienstvoller Wirksamkeit an der Anstalt bereits 1886 wieder ausgeschieden, um ein Gemeindepfarramt in der Provinz Hannover zu übernehmen; ebenso hat sein Nachfolger, Pastor Weit gleichfalls nach 2jähriger Amtsführung am 1. August dieses Jahres die Anstalt wieder verlassen, um das Amt eines Geistlichen an einer Diakonissenanstalt in Schlesien zu übernehmen. Ein neuer Anstaltsgeistlicher ist noch nicht gewonnen.

13. In der Herberge zur Heimath in Braunschweig hat der Zuzug von Gästen auch in den letzten 4 Jahren beständig zugenommen. Es sind in der Zeit

vom 1. Juli 1883/4 :	9 342	Nachtquartiere
„ „ 1884/5 :	10 440	„
„ „ 1885/6 :	11 289	„
„ „ 1886/7 :	10 305	„

geleistet, so daß durchschnittlich auf jede Nacht 25 bis 31 Gäste kamen. Nicht ohne Einfluß auf diese steigende Frequenz ist es gewesen, daß mehrere Innungen, zuerst diejenige der Maler, sodann auch der Klempner, Stellmacher und Schmiede die Einrichtung getroffen haben, den durchreisenden Gesellen statt des sonst üblichen Innungsgebührens Karten zu ver-

abreichen, gegen welche ihnen in der Herberge zur Heimath Nachtquartier und Verpflegung gewährt wurde, und daß der Verein gegen Bettelerei derselben ebenfalls durch solche geschenkte Verpflegungskarten eine große Zahl Gäste zugewiesen hat. Nach einer dem Vorstande der Herberge gemachten Mittheilung der Herzoglichen Polizeidirection haben in der Zeit vom 1. Juli 1884/5 in sämmtlichen Herbergen der Stadt 22 724 Personen übernachtet, von denen 6957, also 30 % der Gesamtzahl auf die Herberge zur Heimath kommen. Diese war unter allen Herbergen der Stadt die besuchteste und zählte noch 2136 Gäste mehr, als die meistbesuchte nach ihr.

Zur Bestreitung der Ausgaben des Haushalts, der Reparaturen, Abgaben u. s. w. haben die Einnahmen für Logis und Verköstigung nicht nur ausgereicht, sondern es hat jährlich noch ein Ueberschuß von einigen 100 M an die Hauptcasse abgeliefert werden können. Dennoch bedarf die Anstalt zur Verzinsung und allmählichen Abtragung der Baukosten noch fortwährender Unterstützung durch freiwillige Beiträge. An solchen sind einschließlich eines jährlichen Beitrags von 600 M (bezw 750 M) von Herzoglicher Landesregierung und eines vom Magistrate der Stadt Braunschweig bewilligten Beitrags von jährlich 400 M eingegangen

1883/4 : 2732 M

1884/5 : 2741 "

1885/6 : 2670 "

1886/7 : 2823 "

Außerdem sind der Herberge in den letzten beiden Jahren mehrere Legate im Gesamtbetrage von 4500 M zugeflossen. Endlich haben die Eigenthümer der Antheilscheine, welche bei Gründung der Anstalt im Betrage von je 100 M ausgegeben waren, größtentheils auf den Bezug der Zinsen und, wenn ihre Antheilscheine ausgelooft waren, auf die Rückzahlung des Capitals verzichtet, so daß es möglich gewesen ist, die Schuldenlast an aufgeliene Baukosten, welche am 1. Juli 1878 sich noch auf 43 500 M belief, bis auf 24 000 M abzutragen.

14. Erwähnung verdient wiederum die Thätigkeit, welche das evangelisch-lutherische Frauentloster Marienberg bei Helmstedt in zeitgemäßer Wiederaufrichtung klösterlicher Ordnung auf dem Gebiete der Kindererziehung und Krankenpflege entfaltet hat. Unter seiner Verwaltung stehen die aus einer im Kloster gegründeten Krankenanstalt hervorgegangenen in der Nähe des Klosters von der Stadt und dem Kreise Helmstedt erbauten Krankenhäuser, in welchen die Pflege durch Neuen-Dettelsauer Diaconissen besorgt wird. In denselben sind in den letzten 4 Jahren (1884 bis 1887) 1809 Kranke verpflegt. Ferner unterhält das Kloster neben einem durchschnittlich von 40 Böglingen besuchten Töchterpensionat eine Kleinkinderschule mit durchschnittlich 70 bis 80 Kindern und eine zweiklassige Volkselementarschule von etwa 40 Schülern und Schülerinnen. An diesen sämmtlichen Anstalten sind 5 Neuen-Dettelsauer Diaconissen und 3 geprüfte Seminaristinnen thätig.

In dem Kloster Marienberg wird fortwährend auch eine Hostienbäckerei betrieben, welche in den letzten Jahren jährlich etwa 80 Tausend Hostien geliefert hat, welche aber im hiesigen Lande bisher nur für wenige Kirchen verlangt sind.

## K. Kirchliche Collecten.

Die auf Anordnung des Kirchenregiments an einem von den Kirchenvorständen zu bestimmenden Sonntage zum Besten der Heidenmission und der Gustav-Adolf-Stiftung zu haltenden Kirchencollecten sind regelmäßig in jedem Jahre erhoben, erstere meistens am Pfingstfeste, letztere am Reformationsteste (nur in der Stadt Braunschweig in umgekehrter Ordnung.) Die Erträge sind nachstehend verzeichnet.

Mit Genehmigung der Kirchenregierung sind ferner zum Besten des Marienstiftes am Weihnachtsfeste in den Jahren 1884, 1885 und 1886, zum Besten der Ibioten-Anstalt am Erntedankfeste in den Jahren 1884, 1885 und 1887 Kirchencollecten veranstaltet. Im Jahre 1887 ist für das Marienstift und 1886 für die Ibioten-Anstalt eine Hauscollecte im ganzen Lande gehalten, und sind daher Kirchencollecten in den betreffenden Jahren nicht ausgeschrieben. In einer größeren Anzahl von Kirchen sind solche dennoch auch in den genannten Jahren gehalten, vermuthlich weil die Geistlichen der irrigen Ansicht gewesen sind, daß dieselben ein für alle Mal ausgeschrieben seien. Daher ist der aufgekommene Ertrag, welcher erklärlicherweise geringer ausgefallen ist, als sonst, in der unten folgenden Nachweisung mit aufgeführt.

Um die Mittel zur Anschaffung und Austheilung s. g. Traubibeln zu gewinnen, sind nur in wenigen Gemeinden Kirchencollecten eingeführt, und wo es geschehen ist, haben die Erträge derselben zu dem gedachten Zwecke kaum ausgereicht.

Behufs Aufbringung von Mitteln zu Stipendien für Theologie-Studirende ist zum letzten Male Ostern 1884 eine Kirchencollecte ausgeschrieben. Schon damals hatte der Zubrang zum theologischen Studium erheblich zugenommen, und seitdem ist die Zahl der Candidaten derart gewachsen, daß zum Studium der Theologie nur da noch gerathen werden kann, wo entschiedene Neigung oder besondere Begabung dazu vorhanden ist. Da auch die vierte ordentliche Landes Synode sich gegen die fernere Erhebung der gedachten Collecten ausgesprochen hat, so ist eine solche für Ostern 1885 nicht wieder ausgeschrieben und durch Rescript des Regentschaftsraths verfügt, daß dieselbe in Zukunft überhaupt fortfallen solle. Von dem Ertrage der Collecte von 1884 und dem damals noch vorhandenen Cassenvorrathe sind

für das Sommersemester 1884 an sechs Studirende der Theologie Stipendien zu je 100 M,

für das Wintersemester 1884/85 an sieben Studirende der Theologie Stipendien zu gleichfalls je 100 M

von den nachträglich eingegangenen Gaben aber nochmals im October 1885 ein Stipendium zu 60 M verliehen.

Außer diesen bis dahin regelmäßig veranstalteten Collecten ist am 17. August 1884 auf Anregung der Königlich Preussischen Gesandtschaft zur Erbauung einer evangelischen Kirche in Jerusalem auf dem ehemaligen Terrain des Johanniter-Ordens, und am 22. August 1886 auf Ansuchen des Vorstandes des Diaconissen-Krankenhauses Mathildienstift zu Neß zur Erbauung eines neuen Krankenhauses eine Kirchencollecte angeordnet.

Diese sämtlichen Kirchencollecten haben folgende Erträge ergeben:

B e s t i m m u n g	1884	1885	1886	1887
Heidenmission . . . . .	3678	3360	4383	4623
Gustav-Adolf-Stiftung . . . . .	2807	2690	2807	2911
Marienstift . . . . .	3258	3373	3341	1885
Soldaten-Anstalt . . . . .	2436	2865	670	3216
Traubibeln . . . . .	124	199	238	232
Theologie-Studirende . . . . .	1141	—	—	—
Evang.-Kirche zu Jerusalem . . . . .	2152	—	—	—
Mathildienstift zu Mez . . . . .	—	—	2096	—

#### L. Austritte aus der Kirchengemeinschaft und Uebertritte in dieselbe.

Nach den von den Geistlichen alljährlich zu liefernden statistischen Nachrichten sind in den Jahren 1884 bis 1887 4 Juden und 106 Katholiken zur lutherischen Kirche, dagegen 7 Lutheraner zur katholischen Kirche übergetreten.

An demselben Zeitraume sind 23 Personen aus der lutherischen Kirche ausgetreten, ohne sich einer der andern anerkannten Kirchen anzuschließen (Dissidenten), während 9 Dissidenten zur lutherischen Kirche zurückgekehrt sind. Nach den bei den Herzoglichen Amtsgerichten geführten Dissidenten-Registern sind dagegen nur 18 Personen aus der lutherischen Kirche ausgetreten und 3 Dissidenten zu derselben zurückgekehrt. Diese geringeren Zahlen erklären sich daraus, daß nicht alle, welche sich einer Sekte (namentlich der Baptisten oder den Irvingianern) anschließen, ihren Austritt aus der lutherischen Kirche durch Erklärung vor dem betreffenden Amtsgerichte formell vollziehen und daß deshalb bei solchen, wenn sie zu der lutherischen Kirche zurückkehren, ein Vermerk in dem Dissidenten-Register nicht erforderlich ist.

#### M. Das Sektenwesen.

Aus den vorstehenden Angaben, nach welchen die Zahl der zum Dissidententhume Uebergetretenen (23 nach Angabe der Geistlichen, 18 nach Angabe der Amtsgerichte) kaum größer gewesen ist, als in den vorhergehenden 4 Jahren (18 bzw. 24), wird geschlossen werden dürfen, daß die Sekten in den letzten 4 Jahren nennenswerthe Fortschritte nicht gemacht haben.

Denjelben Schluß gestattet auch das Refultat der im Jahre 1885 angestellten Volkszählung. Bei derjelben haben ſich auf den Zählarten

244	als Baptiſten
4	„ Mennoniten
102	„ Diſſidenten
95	„ Freireligiöſe
157	„ Apoſtoliſche
1	„ Deutſchkatholik
7	„ Confeſſionsloſe
1	„ Quäker

Summa 611

angegeben. Die Summe aller dieſer „ſonſtigen Chriſten“, wie ſie in den ſtatistiſchen Tabellen zum Unterſchiede von den einer der anerkannten chriſtlichen Kirchen Angehörnden bezeichnet werden, beträgt nur 0,16 % der Gesamtbevölkerung, während das procentuale Verhältniß der „ſonſtigen Chriſten“ zu der Einwohnerzahl bei den Volkszählungen von 1867, 1871, 1875 und 1880 ſich bezw. auf 0,17 %; 0,18 %; 0,17 % und 0,18 % ſtellte. Wir haben deßhalb geglaubt, von näheren Ermittlungen über die Verhältniſſe der einzelnen Sekten, zumal da ein ſicheres Refultat ſchwer zu erlangen iſt, für das Mal abſehen zu dürfen.

## Cap. XI.

### Kirchenbanſachen.

A. In den Jahren 1884 biß einſchl. 1887 ſind, wie in Anlage II. im Einzelnen nachgewieſen, für Neubauten und Beſſerungen der Kirchen und Pfarrhäuſer des Landes mit Einſchluß der unter der Verwaltung der Stadt Braunſchweig ſtehenden Kirchen und geiſtlichen Gebäude die nachfolgenden Koſten aufgewandt:

a. 11 Kirchen- bezw. Thurm-Neubauten haben erfordert 278 074 M., wovon auf die Kirchencaffen 69 109 M., auf Gemeindebeiträge 132 716 M. und auf Zuſchüſſe aus Staatsmitteln 76 249 M. entfallen.

b. 46 größere Kirchen-Inſtandſetzungen, mit einem Koſtenaufwande von über 3000 M. in jedem einzelnen Falle, gelangten zur Ausführung und erforderten einen Geſamtbetrag von 351 633 M. Hiervon beſtritten die Kirchencaffen 164 045 M., die Gemeinden 74 467 M. während 113 121 M. durch Zuſchüſſe aus Staatsmitteln gedeckt wurden.

c. Für 320 Kirchen-Inſtandſetzungen, mit einem Koſtenaufwande von unter 3000 M. in jedem einzelnen Falle, wurden verausgabt 141 378 M. Davon wurden 80 944 M. aus den Kirchencaffen, 42 032 M. durch Gemeindebeiträge und 18 402 M. durch Zuſchüſſe aus Staatsmitteln gedeckt.

Die Koſten für die Anſchaffung, Verbeſſerung und Inſtanderhaltung der Kirchenorgeln, die in den Angaben unter a, b und c nicht mit aufgeführt ſind, belaufen ſich

d. für 26 neue Orgeln resp. Harmonien auf 67 578 M., wovon 13 447 M. durch die Kirchencaffen, 42 429 M. durch Gemeindebeiträge und 11 702 M. durch Zuſchüſſe aus Staatsmitteln beſtritten wurden; ſodann



e. für 24 größere Instandsetzungen mit einem Kostenaufwande von über 150 M in jedem einzelnen Falle, zusammen 8905 M und zwar 4313 M aus den Kirchencassen, 2557 M aus Gemeindebeiträgen und 2035 M aus Staatsmitteln; schließlich

f. für 158 Instandsetzungen von unter 150 M in jedem einzelnen Falle, im Ganzen 7160 M, wovon 3473 M aus den Kirchencassen, 3038 M aus Gemeindemitteln und 649 M aus staatlichen Zuschüssen erfolgten.

Insgesamt belaufen sich demnach die Kostenaufwendungen für die Erneuerung, Verbesserung und Instandhaltung der Kirchen auf 771 085 M, der Orgeln auf 83 643 M, zusammen auf 854 728 M.

Nach General-Inspectionen vertheilt, entfallen hiervon auf General-Inspection

Wolfenbüttel . . . . .	188701 M
Braunschweig . . . . .	250265 "
Helmstedt . . . . .	203755 "
Gandersheim . . . . .	129324 "
Holzminde . . . . .	22105 "
Blankenburg . . . . .	59688 "

sowie auf die Parodie

Thedinghausen . . . . .	890 "
-------------------------	-------

Die von den Gemeinden frei zu leistenden Führen und Handarbeiten im Betrage von 1999 M sind in den aufgeführten Beträgen nicht enthalten. Ebenso umfassen jene Zahlen nicht die für Ausschmückung der Kirchen mit kirchlichen Bildwerken, heiligen Geräthen, Altar- und Kanzelbekleidungen verausgabten Kosten, weil hierfür durch, wie wir mit besonderer Anerkennung hervorheben, besondere zahlreiche Gemeinden Sorge getragen ist.

Es sind ferner verausgabt:

g. für 11 Neubauten von Pfarrhäusern 304703 M, und zwar 188532 M aus den Kirchencassen, 91771 M aus Gemeindebeiträgen und 24400 M aus Staatsmitteln, so-  
dann für

h. 15 Umbauten resp. größere Instandsetzungen von Pfarrhäusern, im Kostenaufwande von über 3000 M in jedem einzelnen Falle, 63000 M, wovon 28546 M aus den Kirchencassen, 14725 M aus Gemeindemitteln und 19729 M aus staatlichen Zuschüssen gedeckt wurden und schließlich für

i. kleinere Reparaturen an 215 Pfarrhäusern, mit einem Kostenaufwande von unter 3000 M in jedem einzelnen Falle, 170596 M bei einer Vertheilung von 40367 M auf die Kirchencassen, 100308 M auf Gemeindemittel und 29921 M auf staatliche Zuschüsse.

Insgesamt betragen die Kostenaufwendungen zum Neubau, bezw. der Instandhaltung der Pfarrhäuser hiernach 538 299 M, welche Summe in nachfolgender Weise auf die einzelnen General-Inspectionen vertheilt ist:

## General-Inspection

Wolfenbüttel . . . . .	116104 M
Braunschweig . . . . .	220455 "
Helmstedt . . . . .	56819 "
Gandersheim . . . . .	60273 "
Holzminde . . . . .	34711 "
Blankenburg . . . . .	46597 "

jowie die Parochie

Lunzen-Thedinghausen . . . . . 3340 "

Auch bei diesen Angaben sind die von den Gemeinden frei zu leistenden Hand- und Spanndienste im Betrage von 2959 M nicht berücksichtigt.

Ausgeschlossen sind diejenigen Befälle, welche mit einem Schulhause unter einem Dache sich befinden und deshalb als selbständige Gebäude nicht angesehen werden können, während die Pfarrwittwenhäuser in den angeführten Angaben mit enthalten sind.

Für die Instandsetzung der letzteren, 12 an der Zahl, sind im Ganzen 2212 M aufgewendet worden.

Sodann entfallen von den angegebenen Kostenbeträgen

k. auf die Anschaffung neuer Kirchenglocken in 12 Ortschaften 16132 M, welche Summe mit 10278 M von den Kirchencassen, mit 5854 M von Gemeindemitteln bestritten wurde,

und

l. auf den Umguß von 2 Kirchenglocken 2523 M aus Gemeindemitteln, so daß im Ganzen an Gesamtkosten für Kirchenglocken 18655 M aufgewendet sind.

Schließlich enthalten obige Angaben noch

m. die Kosten für Anschaffung von 12 neuen Thurmuhren im Betrage von 14453 M, wovon 4193 M auf die Kirchencassen, 8265 M auf Gemeindebeiträge und 1995 M auf staatliche Zuschüsse entfallen.

Bemerkt wird, daß sowohl in den vorstehenden Angaben, als auch in den beigegeführten Tabellen unter dem Ausgabebetrage, welcher „von der Gemeinde“ gedeckt ist, auch die Geldsummen begriffen sind, welche durch freiwillige Beiträge Einzelner oder der Kirchenpatrone aufgebracht worden und daß unter den Beträgen „aus Staatsmitteln“ nicht nur die Summen, welche der Klosterfonds, die Haupt-Finanz-Casse, die Cammer-, Stifts- und Pfarrvacanz-Cassen gezahlt haben, sondern auch die Verwilligungen aus dem Aachen-Münchener-Uberschußfonds enthalten sind.

## Cap. XII.

### Kirchenheizungsanlagen.

Als wesentliches Mittel zur Förderung des Gottesdienstes, dessen Besuch in unseren Gegenden in Folge der klimatischen Verhältnisse namentlich im Winterhalbjahre erheblichen Störungen ausgesetzt ist und seit einiger Zeit in dieser Jahreshälfte mehr und mehr, besonders

aber da abgenommen hat, wo die Kälte in den Kirchengebäuden deren Beschaffenheit oder Lage wegen den Besuchern des Gottesdienstes besonders empfindlich werden mußte, verdienen die Heizeinrichtungen für die Kirchen hervorgehoben zu werden.

Wir haben hiervon Veranlassung genommen, durch Berichte der Kirchenvorstände u. festzustellen, wie weit bis jetzt (August d. Js.) im Herzogthume mit der Anlage von Heizeinrichtungen zur Erwärmung des eigentlichen Kirchenraums in den Kirchen vorgeschritten ist. Unseren Ermittlungen nach befinden sich jetzt in den evangelisch-lutherischen Kirchen des Herzogthums 38 derartige Heizeinrichtungen; außerdem sind noch 3 in Ausführung begriffen, und 8 zur Ausführung in Aussicht genommen.

Abgesehen von den Kirchen in der Stadt Braunschweig, die mit Ausnahme der Kreuzlosterkirche, für welche die Mittel zu einer Heizungsanlage staatsseitig versagt wurden, sämmtlich im Besiz von Heizungsanlagen sind, fallen von den fertigen Heizungsanlagen 12 auf den Bezirk der General- und Stadt-Inspection Wolfenbüttel, 8 auf den Bezirk der Generalinspection Helmstedt, 6 auf den Bezirk der Generalinspection Braunschweig, 2 auf die Parodie Lunsen-Theedinghausen und je eine auf die Generalinspectionsbezirke Gandersheim und Holzminden. — Von diesen Heizeinrichtungen ist jedoch eine (in der Klosterkirche zu Ribbadsghausen) nur eine partielle, zur Heizung der Nordcapelle dieser Kirche bestimmte. — Außerdem wird von der Heizungsanlage in der Kirche zu Lutter a. B. ge. berichtet, daß die Heizung mittelst eines einfachen schon schadhafte Ofens geschehe und sehr unzureichend sei und von der zu L. u. m., daß die dort vorhandenen beiden Ofen meistens den Winter hindurch nicht geheizt wurden. — Von den vorhandenen Heizanlagen sind 30 einfache Ofenheizungen, von denen jedoch die eine durch eine Warmwasserheizung ersetzt werden soll (St. Catharinen in Braunschweig); 1 Heizung durch Gasöfen; 3 Circulationsluftheizungen; 1 Dampfheizung (Dom zu Braunschweig); 1 Heißwasserheizung (St. Petri daselbst); 2 Warmwasserheizungen (St. Magni in Braunschweig, und Kirche in Schöppenstedt.)

Von den in Ausführung begriffenen 3 Heizanlagen fällt eine (Warmwasserheizung) auf die Stadtinspection Wolfenbüttel, eine (zur Heizung der Nebencapelle der Klosterkirche St. Lorenz in Schöningen) auf die Generalinspection Helmstedt, eine auf die Generalinspection Blankenburg.

Von den in Aussicht genommenen 8 Heizanlagen endlich fallen eine (Circularluftheizung) auf die Stadtinspection Wolfenbüttel, 3 auf die Generalinspection Wolfenbüttel, 3 auf die Generalinspection Gandersheim, eine auf die Generalinspection Blankenburg (Stadt, Warmwasserheizung).

Wir wünschen dringend, daß diese Nachrichten zur Einrichtung weiterer Heizeinrichtungen in den Kirchen des Landes anregen mögen.

## Cap. XIII.

### Das Friedhofs- und Begräbniswesen.

1. Auf dem Gebiete des Friedhofs- und Begräbniswesens verdient die Einrichtung eines Centralfriedhofs zunächst für die sieben dem (Kirchen-) Gemeinde-Cassen-Verbande

angehörigen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden der Stadt Braunschweig und der Erlass der Friedhofs- und Begräbnisordnung (in Beziehung auf jenen Centralfriedhof) für die Stadtkirchengemeinden zu Braunschweig besonders hervorgehoben zu werden.

Obwohl dadurch und durch die danach beabsichtigte künftige Verwaltung des Begräbniswesens in Beziehung auf den Centralfriedhof, theils vermöge seiner Centralisirung, theils vermöge einer Verwaltungseinrichtung, welcher durch engere Verziehungen zur Stadtverwaltung ein mehr weltliches Gepräge aufgedrückt wurde, die mehr selbstständige kirchliche Verwaltung auf diesem Gebiete bei den einzelnen Kirchen in der bisherigen Gestalt im Wesentlichen beseitigt wurde, so haben wir doch, da auch wir eine mit einer Art Centralisation verbundene Neuorganisation des Friedhofswesens in der Stadt Braunschweig nach der neueren Entwicklung ihrer Bevölkerungs-Wohn- und wirthschaftlichen Verhältnisse für angezeigt halten mußten, der neuen Einrichtung und bezw. der neuen Friedhofs- und Begräbnisordnung nach der eigenthümlichen Verquickung der kirchlichen und der städtischen Verwaltung bezw. der kirchlichen und städtischen finanziellen Interessen in dieser Stadt, nach dem Maaße ferner, in welchem die einzelnen Kirchen bisher finanziell bei dem Begräbniswesen der einzelnen Kirchen bisher bei dem Begräbniswesen der einzelnen Kirchengemeinden in Beziehung auf die Gebühren theilhaftig waren, nach den polizeilichen Rücksichten endlich, welche bei einer Centralisirung des Friedhofswesens naturgemäß zu nehmen sind, den Grundzügen der mühsamen, äußerst verdienstlichen Neuorganisation beistimmen können, und diese Stellung zur Sache hat uns bestimmen müssen, derselben auch von kirchlicher Seite thunlichst entgegenzukommen, und auch unsererseits dahin zu wirken, daß die neue Einrichtung und Begräbnisordnung auch in kirchlicher Hinsicht höchsten Orts genehmigt, und daß dem, was zur Wahrung kirchlicher Interessen dabei zu geschehen hatte, durch entsprechende Vorbehalte bei der Genehmigung Geltung verschafft werde.

Die Friedhofs- und Begräbnisordnung für den Centralfriedhof ist im Druck erschienen. Den besonders wichtigen §. 2 derselben bringen wir im Folgenden unter a zum Abdruck. Da es auch von Interesse ist, die Vorbehalte, unter denen mit Höchster Ermächtigung die Genehmigung zu jener Ordnung — auch in kirchlicher Beziehung — erteilt ist, zur Kenntniß zu bringen, so lassen wir das betreffende Rescript Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 4. April 1887 *N*. 2036 unter b im Wortlaute folgen. Endlich haben wir unter c einen Extract unseres in der betreffenden Sache an Herzogliches Staats-Ministerium erstatteten Berichts vom 11. December 1886 eingefügt, worin constatirt wird, daß auch dem neuen Centralfriedhofe nach dem Inhalte jener Ordnung selbst und der Vorverhandlungen die Bestimmung und der Character eines Friedhofs der evangelisch-lutherischen Kirche beizuwohnt.

Der feierlichen Einweihung des Centralfriedhofs, der seit 1. October 1887 in Gebrauch genommen ist, hat in unserer Vertretung auch ein Mitglied des Herzoglichen Consistoriums beigewohnt.

a. Der §. 2 der Friedhofs- und Begräbnisordnung für den Centrafriedhof lautet, wie folgt:

§. 2.

Der Central-Friedhof ist gemeinschaftlicher Begräbnisplatz für die Gemeinden der dem Gemeinde-Cassen-Verbande angehörigen hiesigen Stadtkirchen; übrigenfalls sollen in demselben auf Verlangen auch die Leichen von einer Stadtkirchen-Gemeinde nicht angehörig gewesenen Personen, unbeschadet des etwaigen Stolgebiethrechts der Kirche, deren Mitglieder dieselben waren, aufgenommen werden, sofern entweder der Ehegatte des Verstorbenen zu einer hiesigen Stadtkirche gehört, oder aber der Verstorbene keiner hier einen eigenen Friedhof unterhaltenden Religionsgesellschaft zugethan gewesen ist.

Leichen anderer als der vorbezeichneten Personen können Aufnahme in dem Central-Friedhofe nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der Friedhofs-Deputation (§. 4) finden.

Ohne Rücksicht auf confessionelle Verhältnisse werden in die Leichenhallen diejenigen Leichen aufgenommen, deren Entfernung aus dem Sterbehause polizeilich (§. 15, 1a) angeordnet worden ist.

Die Aufnahme der hier außerhalb des Stadtkirchenverbandes bestehenden evangelischen Kirchengemeinden in die Friedhofsgemeinschaft bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Sofern im örtlichen Anschluß an den Central-Friedhof Begräbnisplätze für die Katholiken oder Israeliten hergerichtet werden, bestimmt sich das Recht der Letzteren zur Mitbenutzung von Einrichtungen des Central-Friedhofs nach diesbezüglichem Uebereinkommen.

b. Rescript Herzoglichen Staats-Ministeriums an Herzogliches Consistorium vom 4. April 1887  
 Nr. 2036 die Genehmigung der Friedhofs- und Begräbnisordnung betreffend.

11. December v. Js.

Auf den Bericht vom 7. Januar d. Js. Nr. 8991 wollen Wir die damit

vorgelegte Friedhofs- und Begräbnis-Ordnung für die (zum kirchlichen Gemeinde-Cassen-Verbande gehörigen) Kirchengemeinden zu Braunschweig, in staatlicher und — kraft der Uns erteilten Höchsten Ermächtigung — auch in kirchlicher Beziehung unter den nachstehenden Bedingungen und Voraussetzungen hierdurch genehmigen:

1. Zu den eventuell nach §. 2, Absatz 4 und 5 unter Mitwirkung des Kirchenconvents zu treffenden Vereinbarungen und Uebereinkommen ist Unsere bezw. die Höchste Genehmigung einzuholen.

2. Unter den im §. 3 gedachten „gesetzlichen“ Zuständigkeiten sind selbstverständlich allgemein die „im Rechte begründeten“ Zuständigkeiten der Oberaufsichtsorgane zu verstehen.

3. Durch Rescript vom 14. Februar d. Js. Nr. 904 haben Wir dem Stadtmagistrate hieselbst eröffnet, daß Wir geneigt seien, statt der bei Begräbnissen in hiesiger Stadt von den betreffenden Privatpflichtigen an die Gymnasialcasse zu entrichtenden Abgaben eine Pauschsumme von 4000 M jährlich aus der Friedhofs-Casse, vorerst jedoch nur auf einen Zeitraum von 10 Jahren, anzunehmen. Wenn dieses Anerbieten seitens der hiesigen localen in Betracht kommenden Behörden angenommen wird, so muß der §. 8 Abs. 1 der Friedhofs- u. Ordnung entsprechend abgeändert werden, und bleibt dem Stadtmagistrate überlassen, eventuell solche Abänderung vorzunehmen.

4. Durch die Bestimmung im §. 12 Absatz 1, wonach die Zuziehung eines Geistlichen zu einem Leichenbegängnisse von der Entschließung der Hinterbliebenen abhängen soll, werden die Rechte der Kirche, unter Umständen ihre öffentliche Amtliche Mitwirkung zu versagen oder nur in beschränktem Maße zu gestatten, nicht berührt.

5. Die Vorschrift des §. 13, derzufolge das kirchliche Grabgeläut auf Bestellung bei dem Opferrmann gegen Erlegung der Gebühr erfolgt, begründet einen selbständigen Anspruch auf das Geläut da, wo dieses nach kirchlichen Grundsätzen ausgeschlossen ist bezw. durch etwa in dieser Beziehung künftig zu erlassende kirchliche Normen ausgeschlossen wird, nicht.

6. Die Bestimmung in §. 26 *N.* 3, wonach bei Familienbegräbnissen 2. Classe dem Wortlaute nach die Aufstellung von Metallfärgen auf freien Plätzen gestattet ist, wird anders zu fassen sein; vgl. auch §. 26 *N.* 9 Absatz 3.

7. Beschlüsse der zuständigen Organe über Abänderungen der Friedhofs- und Begräbnis-Ordnung unterliegen Unserer bezw. der Höchsten Genehmigung.

Verfügung auf den Antrag wegen Uebermittelung aller auf das Bauwesen und insbesondere die kirchliche Vermögensverwaltung bei den Stadtkirchen hieselbst erlassenen bezw. in Zukunft zu erlassenden Vorschriften und Anordnungen von allgemeinerem Interesse an Herzogliches Consistorium bleibt vorbehalten.

c. Extract aus dem dem vorstehenden Genehmigungsrescripte vorausgegangenen Berichte Herzoglichen Consistoriums an Herzogliches Staatsministerium vom 11. December 1886 *N.* 8991.

An  
Herzogliches Staatsministerium  
zu

Braunschweig.

Herzogliches Consistorium über die Friedhofs- und Begräbnis-Ordnung für die (zum kirchlichen Gemeindecasserverbande gehörigen) Kirchengemeinden zu Braunschweig.

Der Stadtmagistrat zu Braunschweig hat uns mittelst Schreibens vom 22. v. Mts. die seitwärts bezeichnete, nebst dem ebengedachten Begleitschreiben und seinen Voracten u. d. anliegende Friedhofs- und Begräbnis-Ordnung mit dem Ersuchen zugehen lassen, zum Erlaß der Ordnung, welche übrigens nur die den neuen Centrafriedhof betreffenden Verhältnisse zu regeln und das sonstige Begräbniswesen nur mit Beschränkung auf diejenigen Beerdigungsfälle, bei denen vom Centrafriedhofe Gebrauch gemacht wird, zu behandeln bestimmt ist (§. 1. Abs. 1 der Ordnung), die Genehmigung Hoher Behörde zu erwirken.

Nach dem Inhalte der Ordnung selbst und der ergangenen Vorverhandlungen soll der an der Magdeburger Heerstraße vor der Stadt belegene Centrafriedhof gemeinschaftlicher Begräbnisplatz der dem (Kirchen-) Gemeindecassen-Verbande angehörigen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden zu Braunschweig werden. Insbesondere werden darin von dem Grundsätze, wonach derselbe für Leichen von Personen bestimmt ist, welche einer jener Stadtkirchengemeinden angehörig gewesen sind, Ausnahmen nur für die Fälle gemacht:

wo entweder dieser anderweite Anspruch auf Aufnahme als ein aus dem Zugehörigkeitsverhältnisse zu jenen Stadtkirchengemeinden wenigstens abgeleiteter sich darstellt (so der nach §. 2 Abs. 1 für den, nicht einer solchen Kirchen-Gemeinde angehörigen Ehegatten begründete Ausnahmefall),

oder wo bekannte staatsrechtliche Grundsätze oder dringende polizeiliche Rücksichten solche Abweichungen an sich oder nach den Bedingungen, unter welchen das Terrain städtischer Seite zum Begräbnisplatze überwiesen wird, jene Abweichung nothwendig machten (so die übrigen in §. 2 Abs. 1 und Abs. 3 statuirten Ausnahmen);

während im Uebrigen die Aufnahme von Leichen solcher Personen, welche nicht den bezeichneten Stadtkirchengemeinden angehören, von besonderer Erlaubniß der Friedhofs-Deputation (i. §. 2 Abs. 2, §. 4 der Ordnung) im einzelnen Falle abhängen, oder nur kraft etwaiger für künftige vorbehaltener allgemeiner Vereinbarungen mit den einzelnen außerhalb jenes Stadtkirchengenverbandes stehenden anderen evangelischen Kirchengemeinden, welchen die Verstorbenen angehörten, geschehen soll.

Bemerkung (Auf die Vorschrift in §. 2 Schlußabsatz, welche nach unserer Auffassung dem Friedhofe selbst, auch falls Uebereinkommen der dajelbst bezeichneten Art getroffen

werden, bezüglich seines Zwecks als Begräbnißplatz keine erweiterte Bestimmung geben, kommen wir unten unter *N* 2 zurück).

Hiernach ist zweifellos dem Centrafriedhofe grundsätzlich die Bestimmung und der Character eines kirchlichen Friedhofes der evangelisch-lutherischen Kirche gegeben; und dem entspricht auch das bei der Feststellung der Friedhofs- und Begräbnißordnung in den localen Instanzen eingehaltene Verfahren, demzufolge die kirchlichen Organe der evangelisch-lutherischen Kirche zu Braunschweig, wenn auch unter gewissen Beschränkungen, die das Verhältniß der Kirchen zu der gewissermaßen mit ihnen practirenden Stadtverwaltung auferlegte, die beschließenden gewesen sind, die Stadtverordneten-Versammlung aber nur gutachtlich gehört wurde.

2c.

Wolfenbüttel, den 11. December 1886.  
Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Consistorium.  
von Schmidt-Bisfeldbeck. Zipes.

2. Auch in dem Zeitabschnitt von 1884 bis 1887 einschließlich sind übrigens in Beziehung auf das Friedhof- und Begräbnißwesen Aenderungen nicht eingetreten.

Locale Regelungen desselben, namentlich in einzelnen Punkten durch Begräbniß- und Kirchhofsordnungen oder durch Ergänzungen solcher Ordnungen haben je nach den Bedürfnissen in manchen Orten stattgefunden; wie denn auch an verschiedenen Orten neue Friedhöfe angelegt bezw. bestehende erweitert sind.

3. Ob der hochwürdigen Landes Synode Seitens der Kirchenregierung eine Vorlage in Beziehung auf das Verhalten der Kirche bei der Beerdigung solcher Personen, die sich selbst entleibt haben, gemacht werden kann, wird nach dem Höchsten Erlaß an die Landes Synode vom 6. December 1886 (Anl. 26 zu Protokoll 9 der Verhandlungen der 4. ordentlichen Landes Synode) erwartet werden müssen.

4. Was die Vorlage einer allgemeinen Begräbnißordnung betrifft, der übrigens unseres Erachtens wegen der engen Beziehungen des Kirchhof- und Begräbnißwesens zu Rechtsfragen, deren Wahrnehmung und Ordnung dem Staate, und zu Polizeifragen, deren Wahrnehmung der Polizei anheimfällt, eine Verständigung der oberen Kirchenbehörde mit den betreffenden Ressorts der obersten Staatsbehörde über die sachliche Ausdehnung und die Grundlinien, welche jener Ordnung zu geben wären und über die geschäftliche Behandlung der Sache vorauszufragen hätte; so hat sich die Lage der Dinge, welche auf die Begräbnißordnung von erheblicherem Einfluß sein können, seit der letzten ordentlichen Landes Synode wesentlich dadurch geändert, daß inzwischen die Vollendung eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich nahe gerückt ist. Da die Rechte an und auf den Kirchhöfen und deren Theilen und die Art, in der man sich den Grund und die Entstehung sowie die Möglichkeiten der Beerdigung dieser Rechte zu denken hat für die Gestaltung der kirchlichen Ordnung der bezüglichen Verhältnisse wesentlich in Betracht kommen, so dürfte es sich, um diese Ordnung von vorn herein der etwa zu erwartenden gesetzlichen Gestaltung verschiedener, sich mit Fragen des Friedhofs- und Begräbnißwesens berührender Rechtsmaterien anzupassen, unter allen Umständen empfehlen, die Einführung des neuen Gesetzbuchs bezw. die betreffenden Einföhrungsgesetze abzuwarten, bevor mit einer allgemeinen Begräbnißordnung vorgegangen wird. Dies erscheint auch um so unbedenklicher, als — abgesehen etwa von dem oben unter *N* 2 behandelten Gegenstande — den practisch dringendsten Bedürfnissen durch örtliche

Regelung abgeholfen zu werden pflegt; manchen Unsicherheiten im Verfahren auch bereits früher von uns durch einen Erlaß vom 7. November 1881. N. 6802 vorgebeugt ist, welcher, ursprünglich für den Kirchenvorstand zu Nühle bestimmt, auch an die betreffenden Kirchenvisitatoren und an alle Herzogliche Kreisdirectionen und alle Superintenden ten und General-Superintenden ten versandt ist, um daraus die Grundsätze zu entnehmen, nach welchem Herzogliches Consistorium bei Anlage neuer Friedhöfe verfähre, und welcher sich unseren Erfahrungen nach im Erfolge bewährt hat. Wir haben diesen Erlaß zur Kenntnißnahme für die Hochwürdige Landes-Synode hierunter einrücken lassen.

Auf den Bericht vom 6. September v. Js. wird dem Kirchenvorstande, nachdem die inzwischen auf Unsere Veranlassung Seitens der Kirchenvisitatoren angestellten Ermittlungen deren Berichte vom 27. v. Mts. zufolge ergeben haben, daß das zum Friedhöfe ausersehene Terrain zu solchem Zwecke verwendbar und beizubehalten ist, Folgendes eröffnet.

Da das fragliche Terrain Eigenthum der Weideinteressentenschaft ist, so hat zunächst die Gemeinde dasselbe, damit sie darüber zu dem fraglichen Zwecke, d. h. zur Ueberweisung als Friedhofsterrain frei disponiren könne, in aller Form Rechtsens, und zwar frei von allen dinglichen Belastungen, von der Weideinteressentenschaft zu Eigenthum zu erwerben, und daß dies geschehen sei, durch Mittheilung der betreffenden gerichtlichen Verhandlungen und den Verlaßschein, der Kirche resp. Uns nachzuweisen. Denn nur unter dieser Voraussetzung ist das fragliche Terrain als ein zum Friedhofe überweisbarer und geeigneter Platz anzusehen und kirchenseitig acceptabel. Die Einräumung an die Kirche kann dann, nachdem das Terrain und der Weg dahin zugleich aptirt und ersteres gehörig eingefriedigt ist, durch einfache Ueberweisung Seitens der Gemeindebehörde an den Kirchenvorstand, ohne gerichtliche Mitwirkung geschehen; und es empfiehlt sich, dieselbe dann vorzunehmen, wenn das Terrain unter kirchlicher Einsegnung das erste Mal in Gebrauch genommen werden soll. Durch diese Einweihung und Ingebrauchnahme des befriedigten Begräbnißplatzes als solchen tritt derselbe aus dem bürgerlichen Rechtsverkehr (extra commercium) und unter die Aufsicht und Verwaltung der kirchlichen Organe, und kann diesem Verhältniß demnächst nur wieder entzogen und dem Rechtsverkehr zurückgegeben werden durch eine Specialverordnung des Landesherrn. Es empfiehlt sich nach Obigem, seiner Zeit über jene Ueberweisung von der Gemeinde an die Kirche ein diesen Act nachweisendes Protocoll aufzunehmen. Zu jener Einweihung und Ingebrauchnahme bedarf es Unserer zuvor zu erwirkenden Genehmigung.

Es würde, wenn das bezüglichliche Terrain groß genug dazu ist, nichts im Wege stehen, einen genauer zu bezeichnenden Theil desselben einstweilen noch (unbeschadet übrigens der bestimmungsmäßigen Verwendung desselben zum Friedhofe, sobald das Bedürfniß dieselbe nothwendig macht) von jener Ueberweisung anzunehmen und der Gemeinde zu einer mit den Zwecken des angrenzenden Friedhofs nicht collidirenden pachtweisen Verwerthung zu überlassen, die natürlich nur so lange dauern kann, als jener Theil nicht mehr nach Ansicht der kirchlichen



Organe) für den eigentlichen Friedhof in Anspruch zu nehmen ist. Dieser Theil ist dann aber noch außer der Befriedigung zu lassen.

Hat in dieser Beziehung die Gemeinde besondere Wünsche, so sehen Wir weiteren genaueren Vorschlägen des Kirchenvorstandes entgegen.

Die Grasnutzung auf dem eigentlichen (eingefriedigten) Friedhofe steht dagegen der Kirche zu, die darüber zu ihren Zwecken disponiren kann.

Uebrigens ist demnächst bei den weiteren Vorschlägen, ein das Einzelne und die Umgebung nachweisender Situationsplan über das zum Begräbnißplaze von der Gemeinde zu erwerbende Terrain miteinzureichen.

Wolfenbüttel, den 7. November 1881.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Consistorium.

Spiez.

An  
den Kirchenvorstand  
zu

Rühle.

## Cap. XIV.

**Kirchenvermögensverwaltung und Vermögensverwaltung hinsichtlich der kirchlichen Stiftungen.**

A. Mit der Ablösung der nach dem Gesetze *N* 19 vom 23. April 1867 oder nach den Bestimmungen der Ablösungsordnung vom 20. December 1834 (*N* 20 von 1834) ablösbaren Rechte der geistlichen Stiftungen auf Geld- oder Naturalleistungen ist fortgefahren. Die Ablösungen sind jetzt in allen Pfarochien theils beendet theils beantragt. Indessen ist die Annahme, daß sie sämmtlich bis zum 1. October 1888 beendet sein würden, welche dazu führte, daß die in §. 7 Abs. 3 des Gesetzes vom 8. März 1878 *N* 14 für die Eintragung von an Kirchen, Pfarren, Opfereien und Schulen oder an deren Diener zu entrichtenden Abgaben und Leistungen in die Grundbücher gewährte Frist durch Landesgesetz vom 6. Februar 1883 *N* 8 bis zum 1. October 1888 verlängert wurde, wie wir gleich jetzt bemerken wollen, wegen Anhäufung der fraglichen Ablösungsgeschäfte bei den betreffenden mit deren Bearbeitung beauftragten Commissarien, nicht zugetroffen, so daß eine neue Verlängerung jener Frist bis zum 1. October 1893 mittelst des Landesgesetzes *N* 15 vom 26. März 1888 erforderlich geworden ist.

B. Eine Uebersicht über den Vermögensstand der Kirchen- und Capellen, nach den nämlichen Grundsätzen, als früher, aufgestellt, ist in der Anlage III. beigelegt. Dieselbe umfaßt die Jahre 1880 bis 1884. Das Jahr 1885 mußte noch unberücksichtigt bleiben, da die Superrevision einzelner Kirchenrechnungen aus demselben bisher nicht hat ausgeführt werden können.

## Cap. XV.

**Kirchenbuchführung.**

Auf sorgfältige Führung der Kirchenbücher wird nach wie vor gehalten. Wichtigere allgemeine Anordnungen sind in dieser Hinsicht seit dem Jahre 1884 nicht getroffen.

**Cap. XVI.****Das evangelisch-lutherische Gemeinde-Schulwesen.**

Von den Lehrer-Bildungsanstalten des Landes ist die eine, welche mit dem Gymnasium in Blankenburg verbunden war, im Jahre 1885 aufgehoben, so daß seitdem eine Aufnahme in dieselbe nicht mehr statt fand, und nachdem die damals noch vorhandenen Zöglinge den begonnenen Cursus beendigt hatten, fortan nur noch die beiden Seminare in Wolfenbüttel und Braunschweig die Aufgabe haben, für den Volksschuldienst vorzubereiten.

Wie die nachstehende Uebersicht ergibt, hat die Zahl derer, welche sich dem Volksschullehrerberufe widmen, in dem verflossenen vierjährigen Zeitraume abgenommen, und die Folge davon ist, daß die Hoffnung, der Bedarf an Lehrkräften werde ausreichend gedeckt werden können, nicht in dem Maße in Erfüllung gegangen ist, wie solches am Schlusse der vorigen Periode von 1880 bis 1883 erwartet werden durfte.

Die Zahl der Seminarzöglinge betrug im Schuljahre

1884/85	in Wolfenbüttel	174	} 240
	„ Braunschweig	57	
	„ Blankenburg	9	
1885/86	„ Wolfenbüttel	158	} 217
	„ Braunschweig	56	
	„ Blankenburg	3	
1886/87	„ Wolfenbüttel	151	} 205
	„ Braunschweig	51	
	„ Blankenburg	3	
1887/88	„ Wolfenbüttel	150	} 212
	„ Braunschweig	59	
	„ Blankenburg	3	

In diesem vierjährigen Zeitraume haben nach vollendetem Seminarcursum und nach bestandener Abgangsprüfung die Anstalt verlassen

Ostern 1885	Wolfenbüttel	26	} 43
	Braunschweig	13	
	Blankenburg	4	
Ostern 1886	Wolfenbüttel	30	} 46
	Braunschweig	13	
	Blankenburg	3	
Ostern 1887	Wolfenbüttel	26	} 32
	Braunschweig	6	
	Blankenburg	—	
Ostern 1888	Wolfenbüttel	25	} 38
	Braunschweig	10	
	Blankenburg	3	

In den 4 Jahren von 1884 bis 1887 haben die Schulaufsprüfung bestanden 144 Seminaristen, welche nach dem Abgange vom Seminare als Hilfslehrer, ausnahmsweise

auch wohl auf kürzere Zeit als Hauslehrer beschäftigt wurden, und von denen 109 der Anstalt in Wolfenbüttel, 29 der Anstalt in Braunschweig, 6 der Anstalt in Blankenburg angehörten.

In demselben Zeitraume sind für höhere Lehramter an Lehrerseminaren und Bürgerschulen auf Grund der Verordnung vom 15. Januar 1872 11 Kandidaten geprüft, darunter 2 Theologen, 2 Philologen, 1 Realschullehrer und 6 Gemeindevorschullehrer.

Von den Lehrerinnen-Seminaren in Braunschweig und Wolfenbüttel (jenes mit der städtischen höheren Mädchenschule, dieses mit der Vorwerk'schen höheren [Privat-] Mädchenschule verbunden) sind in den Jahren 1884 bis 1887 nach vollendetem dreijährigen Cursus und nach bestandener Abgangsprüfung 79 Zöglinge entlassen, von denen 17 dem Seminare in Braunschweig, 62 dem Seminare in Wolfenbüttel angehörten.

Bei sämtlichen Gemeindevorschulen des Landes haben während dieses vierjährigen Zeitraums 64 Lehrer-Versetzungen stattgefunden, und 165 Lehrer und 15 Lehrerinnen sind neu angestellt worden, und zwar

- a. in der Stadt Braunschweig 46 Lehrer und 10 Lehrerinnen, darunter 5 Nichtbraunschweiger;
- b. an den übrigen Bürgerschulen des Landes 24 Lehrer und 5 Lehrerinnen, darunter 1 Nichtbraunschweiger;
- c. an den Landschulen 95 Lehrer, darunter 4 Nichtbraunschweiger.

An sämtlichen städtischen und Landschulen (mit Einschluß der Waisenhaus- und Garnisonsschule zu Braunschweig) waren am Schlusse des Schuljahres 1887/88 im Schuldienste theils als festangestellte Lehrer und Lehrerinnen, theils als Hilfslehrer beschäftigt 1002 Personen, davon in den Stadtschulen 512 (in der Stadt Braunschweig allein 262), in den Landschulen 490.

Wie bedeutend die Zahl der Schüler und Schülerinnen sich in diesem vierjährigen Zeitraume vergrößert hat, ist aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich:

Jahr	Stadtschulen			Landschulen			Gesamtzahl der Schüler u. Schülerinnen in den Stadt- u. Land- schulen		
	Schüler	Schülerinnen	Summa	Schüler	Schülerinnen	Summa	Schüler	Schülerinnen	Summa
1884	10271	9906	20177	20909	21150	42059	31180	31056	62236
1885	10613	10170	20783	21249	21235	42484	31862	31405	63267
1886	11068	10576	21644	21332	21302	42634	32400	31878	64278
1887	11330	10877	22207	21483	21440	42923	32813	32317	65130

Hiernach ist die Zahl der Schüler und Schülerinnen, welche im Jahre 1883 überhaupt 60 390 betrug, in vier Jahren um 4740 gewachsen, und davon entfallen auf die städtischen Schulen 2811 (die Stadt Braunschweig allein 1914), auf die Landschulen 1929.

Daß infolge dieser Zunahme die Vermehrung der Lehrkräfte ein unabweisbares Bedürfnis ist, dürfte nicht zu bezweifeln sein.

Es ist aber auch zu erwarten, daß überall, auch in den ländlichen Gemeinden, wo es die übergroße Zahl von Schulkindern selbst dem eifrigsten Lehrer unmöglich macht, für den Unterricht und die Erziehung der ihm anvertrauten Jugend in ausreichender Weise zu sorgen, beizeiten darauf Bedacht genommen werde, solchen Uebelständen Abhülfe zu schaffen.

## Cap. XVII.

**Stiftungen, welche unter Aufsicht und Verwaltung des Herzoglichen Consistoriums stehen.**

An solchen sind neu errichtet:

- 1884: Walter'sches Legat in Gr.-Winnigstedt,  
Herbst'sche Stiftung für Arme in Semmenstedt,  
Walke'sches Legat zum Zwecke der Armenunterstützung in Beddingen,  
Salzenberg'sche Legate in Bodenburg zwecks Bekleidung armer Confirmanden und behuf Bestreitung der Kosten der Beleuchtung der dortigen Ect. Johannis-Kirche während des am Vorabend vor Weihnachten in derselben stattfindenden Gottesdienstes,
- 1885: David Ehlers'sche Stiftung zu wohlthätigen Zwecken in der Gemeinde Gr.-Stöckheim,  
Weiberg'sches Legat für die Capelle in Erzhausen,  
Carl Ernst Friedrich Alphéus'sches Legat für dieselbe Capelle,
- 1886: von Schrader'sche Stiftung zur Schulbibliothek in Braunlage,  
Hagemann'sches Legat zu Gunsten Armer in Barbecke,
- 1887: Wolff'sches Legat zum Besten der kirchlichen Armenkasse in Dettum,  
Bartels'sches Legat zu Gunsten armer Einwohner, insbesondere armer Confirmanden in Süpplingen,  
Spannuth'sches Legat für die kirchliche Armenkasse in Königsutter,  
Wiegand'sche Legatencapitale zu Gunsten der Kirchen zu Alveste und Wierthe und der kirchlichen Armenkasse zu Alveste,  
Wiegand'sches Legat zu Gunsten der kirchlichen Armenkasse in Gandersheim,  
Holzberg'sches Vermächtniß zu Gunsten Bedürftiger der Ect. Johannis-Gemeinde in Wolfenbüttel,  
Holzberg'sches Vermächtniß zu Gunsten Armer aus Gr.-Stöckheim.
- Sämmtliche Stiftungen stehen unter Aufsicht des Herzoglichen Consistoriums.

Wolfenbüttel, den 24. October 1888.

**Herzogl. Braunschw. = Lüneb. Consistorium.**

**H. Sallentien.**

Anlage I. zur Anlage 6a.

# Verzeichniß

der

vom Jahre 1884 an bis Ende 1887 besetzten  
Pfarr- und Hülfspredigtämter

unter

Angabe, welche von den Stellen durch einheimische oder durch  
auswärtige Prediger oder Candidaten besetzt sind.



## Anlage I. zur Anlage 6 a.

Fb. Nr.	Jahr	Bezeichnung der besetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Besetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige Prediger und Candidaten	auswärtige	
1	1884	Pfarrstelle	Disperode		Pastor Ziel	aus Eggestorf bei Lüneburg.
2	"	"	Gr-Biewende	Compastor Loß aus Gandersheim		
3	"	Pfarradjunctur	Büddenstedt		Candidat Rößter	aus Hamburg.
4	"	Pfarrstelle	Cattenstedt	Pastor Martins aus Allrode		
5	"	"	Erkerode	Pastor Winkler aus Hörsing		
6	"	"	Gittelde	Pastor Krebs aus Badenhausen		
7	"	"	Hasselfelde	Pastor Kellner aus Lutter a. Obge.		
8	"	"	Hehlen		Pastor Bernd	aus Wernigerode.
9	"	"	Heimburg	Rector und Gehülfs- prediger Kölsch aus Seesen		
10	"	"	Herrhausen	Pastor adj. Hartung aus Timmerlah		
11	"	"	Hohegeiß	Candidat Meyer		
12	"	Diaconatpfarr- stelle	Holzminde	Schuldirigent Dießelmann aus Schöningen		
13	"	Pfarrstelle	Ferzheim	Superintendent Henningsen aus Disperode		
14	"	"	Rödingen	Pastor Schulze aus Gillum		

## Anlage I. zur Anlage 6 a.

Ffd. Nr.	Jahr	Bezeichnung der besetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Besetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige	auswärtige	
				Prediger und Candidaten		
15	1884	Stadtpfarrstelle	Königsutter	Superintendent Willecke aus Stift Königsutter		
16	"	Pfarrstelle	Lauingen	Candidat Ritmeier		
17	"	"	Lehre	Superintendent Dettmer aus Gardeffen		
18	"	"	Leinde	Candidat Heepe		
19	"	"	Naensen	Pastor Winker aus Brunjen		
20	"	"	Ostharingen	Pastor Weinhausen aus Grashorst		
21	"	"	Pabstorf	Pastor Lohmann aus Bährdorf		
22	"	"	Scheppau	Candidat Böhme		
23	"	Pfarr- collaboratur	Schöppensiedt	Candidat Bätghe		
24	"	Compastorat	Thedinghausen	Candidat Simm		
25	"	Pfarrstelle	Timmerlah	Superintendent Dr. Faber aus Kautheim		
26	"	"	Borge	Candidat Hartmann		
27	1885	"	Allrode	Candidat Schulze		
28	"	"	Bährdorf	Pastor Schall aus Gordorf		
29	"	"	Beddingen	Pastor Ahrens aus Harzburg		

## Anlage I. zur Anlage 6 a.

4

Fb. Nr.	Jahr	Bezeichnung der besetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Besetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige Prediger und	auswärtige Candidaten	
30	1885	I. Pfarr- collaboratur	Braunschweig	Candidat Schneider		
31	"	Pfarrstelle	Broistedt	Pfarrcollaborator Graf aus Braunschweig		
32	"	"	Brunkenjen	Candidat Schüke		
33	"	"	Brunjen	Candidat Krebs		
34	"	"	Gr.-Brunzrode	Pastor Bender aus Al.-Rhüden		
35	"	"	Calvörde	Pastor adj. Bach dieselbst		
36	"	"	Gr.-Dahlum		Archidiaconus Bracht	aus Uelzen.
37	"	"	Denstorf	Pastor Ortman aus Münchehof		
38	"	"	Eilum	Pfarrcollaborator Bähge aus Schöppenstedt		
39	"	"	Esbeck	Pastor Seebach aus Gr.-Brunzrode		
40	"	Compastorat	Gandersheim	Candidat Wicke		
41	"	Pfarrstelle	Garbesen	Pastor Stolze aus Lanne		
42	"	"	Geitelde	Candidat Wolle- mann		
43	"	"	Glentorf	Candidat Sieberling		



Ffd. Nr.	Jahr	Bezeichnung der besetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Besetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige	auswärtige	
				Prediger und Candidaten		
44	1885	Pfarrstelle	Hessen	Pastor diac. Engel aus Seesen		
45	"	Diaconatspfarr- stelle	Holzminden	Candidat Stüper		
46	"	Pfarrstelle	Stift Königsutter	Pastor Freijt aus Börnecke		
47	"	"	Lutter a. Vbge.	Pastor Haeger- bäumer aus Mein- bregen		
48	"	"	Meinbregen		Pastor Janssen	aus Wilawe (Schle- sien).
49	"	"	Harzburg	Pastor adj. Gyme aus Sauringen		
50	"	"	Delper	Pastor adj. Scheller dasselbst		
51	"	"	Kautheim	Pastor Fischer aus Kühle		
52	"	"	Salzdahlum	Pastor Fritz aus Sambleben		
53	"	"	Sambleben		Pfarrer Genuit	aus Hernighausen (Waldeck).
54	"	Diaconatspfarr- stelle	Seesen	Pastor Lindemann aus Aistfeld		
55	"	Pfarrstelle	Timmenrode	Pastor Kellner aus Volkersheim		
56	"	"	Trautenstein	Candidat Gronau		
57	"	"	Wangelnstedt		Diaconatsver- weiger Nebelung	aus Sonneberg in Sachsen-Meiningen.

## Anlage I. zur Anlage 6a.

6

Fb. Nr.	Jahr	Bezeichnung der beetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Bezeichnung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige	auswärtige	
				Prediger und Candidaten		
58	1886	Pfarrstelle	Abbenrode	Candidat Hayder		
59	"	"	Ahlum	Pastor Klusmeyer aus Wendeburg		
60	"	"	Berel	Pastor adj. Köster aus Büddenstedt		
61	"	"	Bettingerode	Rector und Gehülfs- prediger Herbst aus Königsutter		
62	"	Primariat- pfarrstelle	Blankenburg	Stadtprediger, Superintendent Schönermark daselbst		
63	"	Stadtpfarrstelle	Blankenburg	Pastor Broistedt aus Hondelage		
64	"	Pfarrstelle	Bortfeld	Candidat Finkel		
65	"	Pfarrstelle zu Sct. Andreas	Braunschweig		Pastor Dr. Hasenclever	aus Badenweiler.
66	"	Pfarrstelle	Büddenstedt	Pastor Schrader aus Gr.-Denfte		
67	"	"	Gr.-Dahlum		Pastor, Super- intendent Dr. jur. Sievers	aus Sehlde.
68	"	"	Evesjen	Pastor Mölecke aus aus Heimburg		
69	"	"	Heimburg	Pastor Schaumann aus Gr.-Twülpstedt		
70	"	Primariat- pfarrstelle	Holzminde	Pastor Jeep aus Berel		

## Anlage I. zur Anlage 6 a.

7

Fb. Nr.	Jahr	Bezeichnung der besetzten Stellen	N a m e n der G e m e i n d e n	Die Besetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige	auswärtige	
				Prediger und Candidaten		
71	1886	Pfarrstelle	Reppner	Pastor Kaulbach aus Opperhausen		
72	"	"	Al.-Rhüden	Candidat Endler		
73	"	"	Rühle	Candidat Freytag		
74	"	Pfarr= collaboratur	Schöppenstedt	Candidat Erdmann		
75	"	Primariat= pfarrstelle	Seesen	Pastor adj. Lutterloh aus Alvesse		
76	"	Pfarrstelle	Tanne	Candidat Perl		
77	"	"	Bollersheim		Candidat Sievers	
78	"	Primariat= pfarrstelle	Borsfelde	Pastor diac. Bode dieselbst		
79	"	Pfarrstelle	Wendeburg	Pfarrcollaborator Befte aus Braun= schweig		
80	"	"	Westerlinde	Pastor Lengers= hausen aus Ellierode		
81	1887	"	Alvesse	Candidat Heege		
82	"	"	Badenhausen	Candidat Henniges		
83	"	"	Benzingerode	Superintendent von Peinen aus Siedte		
84	"	Adjunctur der Pfarrstelle	Berklingen	Candidat Menadier		
85	"	Pfarrstelle	Börnecke	Candidat Barneke		
86	"	"	Börsum		Pastor von Hanffstengel	aus Burgdorf bei Börsum.

Fb. Nr.	Jahr	Bezeichnung der besetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Besetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige Prediger und Candidaten	auswärtige	
87	1887	Pfarrstelle	Braunlage	Candidat Sorge		
88	"	Hof- und Dom- predigerstelle	Braunschweig	Pastor Wichmann aus Meerdorf		
89	"	Pfarrstelle	Deenjen		Hilfsprediger Wigig	aus Werdohl in West- falen.
90	"	"	Gr.-Denke	Pastor Knackstedt aus Gehrenrode		
91	"	"	Dielmijßen	Candidat Seebach		
92	"	Adjunctur der Pfarrstelle	Dobbeln	Candidat Otto		
93	"	Pfarrstelle	Ellerode	Pastor Jenner aus Bornum b. Seesen		
94	"	Primariat- pfarrstelle	Eichershausen		Pastor Klose	aus Horneburg (Pro- vinz Hannover).
95	"	Pfarrstelle	Sevensleben	Schuldirector Ger- loff aus Holzminden		
96	"	"	Grensheim	Candidat Struve		
97	"	"	Höxum	Candidat Teichmann		
98	"	"	Hondelage	Pastor Winker aus Erterode		
99	"	"	Hoiersdorf	Pastor diac. Ilse aus Stadtholbendorf		
100	"	"	Opperhausen	Candidat Ziegler		
101	"	"	Ortshausen	Candidat Koeeggen		

## Anlage I. zur Anlage 6 a.

9

Pfd. Nr.	Jahr	Bezeichnung der beetzten Stellen	Namen der Gemeinden	Die Beetzung hat stattgefunden durch		Bemerkungen
				hiesige	auswärtige	
				Prediger und Candidaten		
102	1887	Pfarrstelle	Sauingen	Pastor Goeke aus Braunlage		
103	"	"	Siedte	Pastor adj. Drewes aus Verflingen		
104	"	Primariat= pfarrstelle	Stadtolbendorf	Pastor coll. Schlüter aus Blankenburg		
105	"	Pfarrstelle	Süpplingen	Pastor Kellner aus Sauingen		
106	"	"	Gr.=Twülpstedt	Candidat Stalman		
107	"	Diaconat= pfarrstelle	Borsfelde	Candidat Niemeier		
108	"	Pfarrstelle	Bornwohle	Candidat Fischer		
109	"	"	Wieda	Candidat Fischer (prov. Rector aus Hasselfelde)		
110	"	"	Wolsdorf	Pastor Schütte aus Hoiersdorf		

Anlage II zur Anlage 6 a.

# Nachweisung

der

in den Jahren 1884 bis 1887 incl. an Kirchen und Capellen zc., sowie an  
Kirchen=Orgeln und Pfarrhäusern ausgeführten Baulichkeiten

und

der dafür aufgewandten Kosten.



Kfde. M.	Jahr, in welchem die Bau- kosten ausge- führt	G e m e i n d e	Gesamtbetrag der Kosten M.	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M.	aus den Ge- meinden M.	aus Staats- mitteln M.	
		<b>I. Kirchen.</b>					
		<b>a. neu gebaut:</b>					
		(Ausschließlich der Kosten für die Anschaffung neuer Orgeln, einschl. der Kosten für die Anschaffung von Gloden und Uhren.)					
1	18 <sup>82</sup> / <sub>84</sub>	Barmke . . . . .	17594	—	2115	15479	Restkosten des Gesamtbetrages von 38400 M.
2	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Braunlage . . . . .	32000	—	—	32000	Erster Betrag der Gesamtkosten von 58000 M.
3	1887	Braunlage . . . . . (Friedhofscapelle)	743	248	495	—	
4	18 <sup>85</sup> / <sub>87</sub>	Braunschweig . . . . . (Friedhofscapelle)	144000	64000	80000	—	Eine Orgel ist in der Capelle nicht vorhanden.
5	1884	Dohnsen . . . . .	1178	—	828	350	Thurmbau.
6	1887	Elzebeck . . . . . (Capelle)	4553	—	2633	1920	Eine Orgel oder ein Harmonium fehlt noch.
7	18 <sup>84</sup> / <sub>86</sub>	Gremshelm . . . . .	28558	—	20558	8000	Gesamtkosten ohne Orgel.
8	18 <sup>83</sup> / <sub>84</sub>	Seboldshausen . . . . . (Capelle)	13363	1000	5863	6500	Rest der Gesamtkosten von 19980 M. Eine Orgel oder ein Harmonium ist in der Capelle nicht vorhanden.
9	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Gr. Steinum . . . . .	24224	—	12224	12000	Restbetrag der Gesamtkosten von 47340 M einschl. der Orgel.
10	18 <sup>80</sup> / <sub>83</sub>	Eunstedt . . . . .	3861	3861	—	—	Rest der Gesamtverausgabung von 57000 M einschl. der Orgel.
11	1886	Wolfenbüttel . . . . . (Friedhofscapelle)	8000	—	8000	—	Gesamtkosten. Eine Orgel oder ein Harmonium ist in der Capelle nicht vorhanden.
		<b>Summa a.</b>	<b>278074</b>	<b>69109</b>	<b>132716</b>	<b>76249</b>	

Nr.	Jahr, in welchem die Baulich- keiten ausge- führt	G e m e i n d e	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		<b>b. wiederhergestellt bezw. umgebaut mit einem Kosten- aufwande von über 3000 M in jedem einzelnen Falle.</b> (Ausschließlich der Kosten für Orgel- Reparaturen, einschl. der Kosten für die Anschaffung von Glocken und Uhren.)					
1	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Alzum . . . . .	8631	8631	—	—	
2	1884	Beddingen . . . . .	4420	2460	1960	—	
3	1886	Bentierode . . . . .	4468	—	3468	1000	
4	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Bornum b. Königsutter . .	16075	16055	20	—	
5	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Bodenstedt . . . . .	8542	—	8192	350	
		<b>Braunschweig:</b>					
6	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Andreaskirche . . . . .	6872	6872	—	—	
7	"	Brüderkirche . . . . .	11790	9780	2010	—	
8	"	Catharinenkirche . . . .	14349	1889	—	12460	
9	"	Domkirche . . . . .	19142	—	—	19142	
10	"	Magnifikirche . . . . .	4826	4826	—	—	
11	"	Martinikirche . . . . .	21937	21937	—	—	
12	"	Petrkirche . . . . .	13573	13573	—	—	
13	"	Broikem . . . . .	6757	900	4357	1500	
14	1887	Burgdorf . . . . .	3770	217	2653	900	
15	"	Calvörde . . . . .	22630	12174	10456	—	
16	1884	Destedt . . . . .	4081	—	4081	—	
17	1886	Dettum . . . . .	7337	7337	—	—	
18	"	Eimen . . . . . (Capelle)	3586	—	3586	—	
<b>Seitenbetrag</b>			<b>182786</b>	<b>106651</b>	<b>40783</b>	<b>35352</b>	



Fide. Nr.	Jahr, in welchem die Baukosten ausgeführt	Gemeinde	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		Uebertrag	182786	106651	40783	35352	
19	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Esbeck . . . . .	6285	6285	—	—	
20	18 <sup>84</sup> / <sub>86</sub>	Neustadt-Harzburg . . . . .	3331	—	2981	350	
21	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Helmstedt, Ect. Stephani . . . . .	5467	403	5064	—	
22	"	Hohegeiß . . . . .	3263	—	—	3263	
23	"	Königsutter, Stiftskirche . . . . .	11594	—	—	11594	
24	18 <sup>84</sup> / <sub>86</sub>	Langelshcim . . . . .	3016	3016	—	—	
25	18 <sup>85</sup> / <sub>86</sub>	Lelm . . . . .	4105	3897	208	—	
26	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Liedingen . . . . .	15520	—	11520	4000	Außer dem Werthe von 1510 M für Geschenke an Paramenten u. fast einem Neubau des Lang- hauses gleichkommend.
27	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Marienberg . . . . .	11216	—	—	11216	
28	1887	St. Georg (Capelle) . . . . .	3260	—	3260	—	
29	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Rautheim . . . . .	3059	5	1554	1500	
30	18 <sup>84</sup> / <sub>86</sub>	Reinsdorf . . . . .	3998	3998	—	—	
31	18 <sup>85</sup> / <sub>87</sub>	Rickensdorf . . . . .	3317	2309	1008	—	
32	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Riddagshausen . . . . .	5584	—	—	5584	
33	1887	Schlieftedt . . . . .	2778	2778	—	—	
34	"	Schöningen, Ect. Lorenz . . . . .	10100	5050	—	5050	
35	"	" Ect. Vincenz . . . . .	3598	3598	—	—	
36	18 <sup>85</sup> / <sub>86</sub>	Schöppenstedt . . . . .	4226	3026	1200	—	
37	"	Sierße . . . . .	9482	9482	—	—	
38	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Steterburg . . . . .	9281	—	—	9281	
39	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Stiege . . . . .	3199	3199	—	—	
40	18 <sup>84</sup> / <sub>85</sub>	Süpplingenburg . . . . .	4373	—	—	4373	
41	1884	Gr.-Wahlberg . . . . .	4150	—	2850	1300	
42	"	Vorsfelde . . . . .	6025	6025	—	—	
Seitenbetrag			323011	159720	70428	92863	

Sbe. Nr.	Jahr, in welchem die Baulichkeiten ausgeführt	Gemeinde	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		Seitenbetrag	323011	159720	70428	92863	
43	1884/87	Watenstedt . . . . .	3270	2950	320	—	
44	1887	Wolfenbüttel, Hauptkirche B. M. V. . . . .	17733	1003	—	16730	
45	1884/85	" Ect. Trinitatis . . . . .	3600	72	—	3528	
46	1887	Brescherode . . . . .	4019	300	3719	—	
		Summa b.	351633	164045	74467	113121	
		c. wiederhergestellt mit einem Kostenaufwande von unter 3000 M in jedem einzelnen Falle:					
		320 Kirchen zc. . . . .	141378	80944	42032	18402	
		Dazu Summa a.	278074	69109	132716	76249	
		" " b.	351633	164045	74467	113121	
		Summa tot. I.	771085	314098	249215	207772	
		II. Kirchen-Organen.					
		a. neu gebaut.					
1	1884	Barmke . . . . .	2766	—	2766	—	
2	1886	Bentierode . . . . .	331	—	331	—	Harmonium.
3	"	Al.-Biewende . . . . .	2630	—	1730	900	
		Seitenbetrag	5727	—	4827	900	

Vdr. Nr.	Jahr, in welchem die Bau- kosten ausge- führt	Gemeinde	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		Uebertrag	5727	—	4827	900	
4	1887	Bodenstedt . . . . .	3436	—	2936	500	
5	"	Bornhausen . . . . .	5285	—	5285	—	
6	18 <sup>83</sup> 85	Braunschweig, Andreaskirche.	3326	3326	—	—	Außer den hier nicht bekannt ge- wordenen i. J. 1883 gemachten Zahlungen.
7	1885	Bremke . . . . .	2269	—	2269	—	
8	1887	Broitzem . . . . .	3865	—	3865	—	
9	1884	Cluß . . . . .	3772	—	—	3772	
10	"	Fohlenplacken . . . . .	320	—	70	250	
11	1886	Gremshelm . . . . .	2415	—	2415	—	
12	1887	Hachum . . . . .	340	340	—	—	
13	1885	Harlingerode . . . . .	4179	2450	1129	600	
14	1887	Hohegeiß . . . . .	2855	—	585	2270	
15	1885	Kirchberg . . . . .	3050	—	2250	800	
16	1887	Liedingen . . . . .	6000	—	6000	—	
17	1885	Mühlenberg . . . . .	300	—	50	250	
18	1886	Neuhaus . . . . .	350	—	100	250	
19	"	Ortshausen . . . . .	3084	90	1514	1480	
20	18 <sup>84</sup> 87	Rautheim . . . . .	2670	—	2670	—	
21	1887	Riddagshausen . . . . .	360	—	—	360	
22	1885	Seejen, Ect. Andreas . . .	7479	6422	1057	—	
23	1887	Gr.-Steinum . . . . .	3530	—	3530	—	
24	"	Wolfenbüttel, Hauptkirche B. M. V. . . . .	270	—	—	270	
25	1885	Wolfschagen . . . . .	648	648	—	—	
26	1887	Zobbenitz . . . . .	2048	171	1877	—	
		Summa a.	67578	13447	42429	11702	

## Anlage II. zu Anlage 6 a.

Sibe. Nr.	Jahr, in welchem die Baulich- keiten ausge- führt	G e m e i n d e	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		Summa a.	67578	13447	42429	11702	
		<b>b. Besserungen mit einem Kostenaufwande von über 150 Mfl. in jedem einzelnen Falle.</b>					
		24 Orgeln . . . . .	8905	4313	2557	2035	
		<b>c. Besserungen mit einem Kostenaufwande von unter 150 Mfl. in jedem einzelnen Falle.</b>					
		158 Orgeln . . . . .	7160	3473	3038	649	
		<b>Summa tot. II.</b>	83643	21233	48024	14386	
		<b>Zusammenstellung von I. und II.</b>					
		I. Kirchenbaufkosten . . .	771085	314098	249215	207772	
		II. Orgelbaufkosten . . .	83643	21233	48024	14386	
		<b>Ueberhaupt</b>	854728	335331	297239	232158	
		<b>III. Pfarrhäuser.</b>					
		<b>a. neu gebaut.</b>					
1	18 <sup>83</sup> / <sub>84</sub>	Braunschweig,					
		Catharinengemeinde	28961	28961	—	—	
2	18 <sup>83</sup> / <sub>85</sub>	" Martinigemeinde .	97275	97275	—	—	
3	18 <sup>84</sup> / <sub>85</sub>	" Petrigemeinde. . .	47452	47452	—	—	
		<b>Seitenbetrag</b>	173688	173688	—	—	

Fol. Nr.	Jahr, in welchem die Bautheilen ausgeführt wird	Gemeinde	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		Uebertrag	173688	173688	—	—	
4	1886	Cattenstedt . . . . .	11562	—	10162	1400	Teilweiser Neubau.
5	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Dielmissen . . . . .	17389	—	12389	5000	Anschlagsmäßige Gesamtkosten 20500 M.
6	"	Gehrenrode . . . . .	27710	—	16710	11000	Gesamtkosten.
7	1887	Rödingen . . . . .	11724	—	11724	—	1. Rate der zu 18058 M veran- schlagten Baukosten.
8	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Lobmachterien . . . . .	21000	—	18000	3000	Gesamtkosten.
9	1887	Räbfe . . . . .	13350	—	13350	—	1. Rate der Gesamtkosten von 22500 M.
10	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Westerlinde . . . . .	15436	2000	9436	4000	Rest der Gesamtkosten von etwa 2100 M.
11	"	Al.-Winnigstedt . . . . .	12844	12844	—	—	1. Rate der zu 20522 M veran- schlagten Gesamtkosten.
		Summa a.	304703	188532	91771	24400	
		<b>b. Verbesserungen mit einem Kostenaufwande von über 3000 Mk. in jedem einzelnen Falle.</b>					
1	18 <sup>86</sup> / <sub>87</sub>	Abbenrode . . . . .	3665	—	2165	1500	
2	1885	Bodenburg, St. Johannis .	4400	2500	1900	—	
3	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Braunschweig, Andreasgemeinde .	3512	3512	—	—	
4	1884	" Catharinengemeinde	3879	3879	—	—	
5	18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	" Magnisgemeinde . .	3192	3192	—	—	
6	"	" Michaelisgemeinde .	3546	3546	—	—	
7	"	Eikum . . . . .	3878	3878	—	—	
		Seitenbetrag	26072	20507	4065	1500	

Jahr, in welchem die Bau- lich- keiten ausge- führt	G e m e i n d e	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
			aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
	Uebertrag	26072	20507	4065	1500	
8 18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Heimburg . . . . .	6447	6447	—	—	
9 "	Hohegeiß . . . . .	3394	—	—	3394	
10 18 <sup>85</sup> / <sub>86</sub>	Königslutter, Stift . . . . .	7355	—	—	7355	
11 1887	Münchehof . . . . .	3739	—	3739	—	
12 18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Delsburg . . . . .	4772	1592	1590	1590	
13 18 <sup>85</sup> / <sub>87</sub>	Salzdahlum . . . . .	3003	—	3003	—	
14 1884	Trautenstein . . . . .	3528	—	2328	1200	
15 18 <sup>84</sup> / <sub>87</sub>	Walfenried . . . . .	4690	—	—	4690	
	<b>Summa b.</b>	63000	28546	14725	19729	
	<b>c. Besserungen mit einem Kostenaufwande von unter 3000 M in jedem einzelnen Falle.</b>					
	215 Pfarrhäuser . . . . .	170596	40367	100308	29921	
	Dazu Summa a.	304703	188532	91771	24400	
	" " b.	63000	28546	14725	19729	
	<b>Summa tot. III.</b>	538299	257445	206804	74050	

Abc. Nr.	Jahr, in welchem die Bautheilen ausgeführt	Gemeinde	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		Von den aufgeführten Kosten fallen					
		<b>I. auf die Anschaffung neuer Kirchenglocken 16132 M und zwar:</b>					
1		Ahlum . . . . .	4303	4303	—	—	eine große Glocke.
2		Beddingen . . . . .	2059	2059	—	—	2 neue Glocken.
3		" . . . . .	1130	—	1130	—	2 neue Glocken, von der Gemeinde geschenkt.
4		Bentierode . . . . .	792	—	792	—	eine neue Glocke.
5		Bornum bei Königsutter . . . . .	2101	2101	—	—	3 neue Glocken nach Anrechnung von 2 alten Glocken.
6		Börnecke . . . . .	1470	1470	—	—	eine neue Glocke.
7		Grafhorst . . . . .	345	345	—	—	" " Schlagglocke.
8		Neustadt-Harzburg . . . . .	897	—	897	—	freiwillige Beiträge zu einer neuen Glocke.
9		Meynfoth . . . . .	350	—	350	—	eine neue Glocke.
10		Gr. Steinum . . . . .	890	—	890	—	durch freiwillige Beiträge aufgebracht.
11		Thiede . . . . .	1541	—	1541	—	eine neue Glocke und Veränderung des Glockenstuhls.
12		Zimmerlah . . . . .	254	—	254	—	eine neue Glocke.
		<b>Summa I.</b>	<b>16132</b>	<b>10278</b>	<b>5854</b>	<b>—</b>	

Nr. d. Lfz.	Jahr, in welchem die Baukosten ausgeführt	Gemeinde	Gesamtbetrag der Kosten M.	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M.	aus den Ge- meinden M.	aus Staats- mitteln M.	
		<b>II. auf den Umguß von Kirchenglocken 2523 M und zwar:</b>					
1		Bündheim-Harzburg . . .	79	—	79	—	Umguß zweier Glocken.
2		Halle a. W. . . . .	2444	—	2444	—	
		Summa II.	2523	—	2523	—	
		Dazu „ I.	16132	10278	5854	—	
		<b>Gesamtkosten für Glocken</b>	18655	10278	8377	—	
		<b>III. auf die Anschaffung neuer Thurmuhren 14453 M und zwar:</b>					
1		Barbecke . . . . .	1330	1330	—	—	Thurmuhr mit Betglocken-Anschlagsverf.
2		Beierstedt . . . . .	1671	1140	531	—	
3		Berel . . . . .	746	—	746	—	
4		Cremlingen . . . . .	1600	750	850	—	
5		Engelnstedt . . . . .	1590	—	1290	300	
6		Greene . . . . .	1190	—	1190	—	
7		Hohgeiß . . . . .	1245	—	—	1245	
8		Ildehausen . . . . .	1200	—	750	450	
9		Kneitlingen . . . . .	873	873	—	—	
10		Mehnfoth . . . . .	500	100	400	—	
11		Rickensdorf . . . . .	963	—	963	—	
12		Uehrde . . . . .	1545	—	1545	—	
		Summa III	14453	4193	8265	1995	



Hbe. N.	Jahr, in welchem die Bau- lich- keiten ausge- führt	G e m e i n d e	Gesamtbetrag der Kosten M	Davon sind aufgebracht			Bemerkungen
				aus den Kirchen- cassen M	aus den Ge- meinden M	aus Staats- mitteln M	
		<b>und IV. auf die Instand- setzung von Pfarrwittwen- häusern 2212 M und zwar:</b>					
1		Ahlshausen . . . . .	39	—	—	—	bezahlt vom Pfarrwittwen- thums- fonds.
2		Badenhausen . . . . .	137	—	—	—	bezahlt von der Gemeinde.
3		Bahrdorf . . . . .	360	—	—	—	bezahlt vom Pfarrwittwen- thums- fonds.
4		Gr. Denkte . . . . .	323	—	—	—	" " "
5		Engelstedt . . . . .	301	—	—	—	" " "
6		Hehlen . . . . .	198	—	—	—	" " "
7		Kirchbraak . . . . .	48	—	—	—	" " "
8		Lehre . . . . .	56	—	—	—	" " "
9		Parjau . . . . .	96	—	—	—	" " "
10		Querum . . . . .	178	—	—	—	" " "
11		Schliestedt . . . . .	93	—	—	—	" " "
12		Seesen diac. . . . .	383	—	—	—	" " "
		<b>Summa IV.</b>	<b>2212</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	

## Anlage III. zur Anlage 6a.

**Uebersicht**

der

**jährlichen Gesamt-Einnahme und Ausgabe**

sowie

**des Vermögensbestandes von sämmtlichen lutherischen Kirchen  
und Capellen im Braunschweigischen Lande****von den Jahren 1880 bis 1884 incl.****sub I**

der Kirchen zc., deren Rechnungen bei Herzoglichem Consistorio zur Revision kommen,

**sub II**

des Domes in Braunschweig und

**sub III**der übrigen 7 Kirchen daselbst, deren Rechnungen beim Stadtmagistrate  
zur Revision eingereicht werden.

## Anlage III. zur Anlage 6a.

in den Jahren	Es haben betragen								Within ist Mehr=			
	die		darunter		die		darunter für		Einnahme		Ausgabe	
	Einnahmen		eingegangene Ablösungs- capitale und Geld für verkaufte Grundstücke		Ausgaben		angekaufte Grundstücke und für ab- gelöste Ver- pflichtungen der Kirchen		M		S	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
<b>I.</b>												
1880	216385	30	5883	64	197668	32	—	—	18716	98	—	—
1881	234627	65	15203	91	189543	34	—	—	45084	31	—	—
1882	230833	45	11463	8	175539	48	—	—	55293	97	—	—
1883	234258	—	8733	38	155467	71	—	—	78790	29	—	—
1884	233705	82	4551	56	180262	23	—	—	53443	59	—	—
<b>II.</b>												
1880	10982	53	—	—	10726	49	—	—	256	4	—	—
1881	10772	30	—	—	11275	29	—	—	—	—	502	99
1882	10728	78	—	—	10650	81	—	—	77	97	—	—
1883	8940	36	—	—	9023	53	—	—	—	—	83	17
1884	9320	88	—	—	9122	92	—	—	197	96	—	—
<b>III.</b>												
1880	88271	22	16740	—	73929	37	—	—	—	—	2398	15
1881	86590	46	6000	—	85964	4	5076	—	—	—	297	58
1882	80182	32	—	—	80104	10	—	—	78	22	—	—
1883	128283	7	10200	—	112111	12	—	—	5971	95	—	—
1884	105115	13	6000	—	118311	40	—	—	—	—	19196	27

## Anlage III. zur Anlage 6 a.

25

Vermögensbestand am Jahreschlusse				Mithin übersteigen am Jahreschlusse die Activa die Passiva um		Wirkliche im Laufe des Jahrs stattehabte			
Activa Cassenvorrath, Rückstände und ausstehende Capitalien		Passiva Vorschuß des Rechnungsführers und angeliehene Capitalien				Zunehmung		Verminderung	
M	S	M	S	M	S	M	S	M	S

## I.

1948573	81	290899	94	1657673	87	12833	34	—	—
1986027	76	283269	58	1702758	18	29880	40	—	—
2036564	99	278512	84	1758052	15	43830	89	—	—
2102897	58	266055	14	1836842	44	70056	91	—	—
2157542	94	267256	91	1890286	3	48892	3	—	—

## II.

508	12	—	—	508	12	256	4	—	—
5	13	—	—	5	13	—	—	502	99
83	10	—	—	83	10	77	97	—	—
—	—	—	7	—	—	—	—	83	10
197	89	—	—	—	—	197	89	—	—

## III.

763119	69	89	94	763029	75	290	75	—	—
766490	16	89	94	766400	22	2381	75	—	—
766708	—	138	27	766569	85	175	38	—	—
778365	44	177	3	778188	41	1419	56	—	—
783704	66	920	8	782784	58	—	—	1313	83

N<sup>o</sup> 8415.

Anlage 7. (Prot. 1.)  
(Nebst Anlagen 7 a, 7 b und 7 c.)

## Albrecht, Prinz von Preußen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig.

In Verfolg des von der vierten ordentlichen Landes-Synode an Uns gerichteten Schreibens vom 22. December 1886 haben Wir durch Unser Herzogl. Consistorium einen Entwurf zu einem Kirchengesetze, die theologischen Prüfungen betreffend, ausarbeiten lassen.

(S. Anl. 31  
der Druckf.  
der 4. ordentl.  
Landes-Synode.)

Anl. 7 a  
und 7 b.  
Anl. 7 c.

Wir übersenden diesen Entwurf nebst den Motiven in Ausfertigungen der Landes-Synode zur kirchenverfassungsmäßigen Mitwirkung, schließen auch eine Ausfertigung eines Entwurfes einer Instruction für die theologische Prüfungs-Commission zur Kenntnissnahme an, da, wenn auch letzterer nach §. 20 I Abf. 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1871, N<sup>o</sup> 34 der Beschlussfassung der Landes-Synode nicht zu unterliegen hat, Wir doch der Synode Gelegenheit geben wollen, bezüglich desselben etwaige Wünsche zu äußern.

Braunschweig, den 19. December 1888.

### Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

An  
die Landes-Synode.

Anlage 7a. (Prot. 1.)

Entwurf.

## Kirchengesetz, die theologischen Prüfungen betreffend.

d. d. Braunschweig, . . . . .

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen rc., Regent des  
Herzogthums Braunschweig,

erlassen Kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirath Unseres Herzoglichen Consistoriums und mit Zustimmung der Landes-Synode das nachstehende Kirchengesetz:

### §. 1.

Die Anstellung in einem Pfarramte der Landeskirche des Herzogthums Braunschweig ist für Landeseinwohner durch das Bestehen zweier theologischer Prüfungen:

- 1) des tentamen pro venia concionandi,
- 2) des examen pro ministerio,

bedingt.

### §. 2.

Zur Abhaltung derselben wird bei Unserm Herzoglichen Consistorium eine theologische Prüfungs-Commission eingesetzt, welche aus den drei demselben angehörenden geistlichen Räthen und zwei von Uns aus der Landesgeistlichkeit auf die Dauer von drei Jahren zu ernennenden Mitgliedern besteht.

Vorsitzender derselben ist der älteste geistliche Rath in Unserm Herzoglichen Consistorium. Derselbe ist ermächtigt, sich durch eines der beiden andern geistlichen Mitglieder des letztern vertreten zu lassen.

Die Prüfungen finden am Sitze Unseres Herzoglichen Consistoriums statt, und werden von dem Personale desselben auch die Kanzlei-Geschäfte besorgt.

Die für das Prüfungsgeschäft zu gewährende Remuneration bleibt weiterer Bestimmung vorbehalten.

## §. 3.

Das Verfahren der Prüfungs-Commission bei den anzustellenden Prüfungen wird von Uns durch Verordnung festgesetzt.

## §. 4.

Die Zulassung zu der ersten Prüfung (Tentamen) ist durch ein nach dem Bestehen der Maturitätsprüfung auf einem humanistischen Gymnasium begonnenes mindestens dreijähriges theologisches Universitäts-Studium bedingt.

Studirende, welche in der Maturitätsprüfung befriedigende Kenntnisse im Hebräischen nicht nachgewiesen haben, müssen dieselben durch eine Nachprüfung bei einem Gymnasium des Herzogthums oder vor einer der wissenschaftlichen Prüfungs-Commissionen auf der Universität darthun, und danach noch fünf Halbjahre hindurch ihr theologisches Studium fortsetzen.

Der Erlaß eines halben Jahres an dem vorgeschriebenen dreijährigen theologischen Universitäts-Studium, sowie an den nach der bestandenen Nachprüfung im Hebräischen noch erforderlichen fünf Halbjahren kann aus besonders dringenden Gründen durch Unser Herzogliches Consistorium erfolgen. Zu einem weiter gehenden Erlaß ist Unsere Höchste Dispensation erforderlich.

## §. 5.

Die Gesuche um Zulassung zu der ersten wie zu der zweiten Prüfung sind bei Unserem Herzoglichen Consistorium einzureichen, welches dieselben, sofern den vorschriftsmäßigen Bedingungen genügt ist, und begründete Bedenken bezüglich der sittlichen Führung des Petenten nicht vorliegen, an den Vorsitzenden der Prüfungs-Commission abzugeben hat.

## §. 6.

Die Meldung zu der ersten Prüfung (Tentamen) hat während des letzten Halbjahres der Universitätsstudien, spätestens in dem darauf folgenden Halbjahre zu erfolgen.

Die Erlaubniß zu einer längeren Verzögerung ist von Unserem Herzoglichen Consistorium nur auf Grund des Nachweises zu ertheilen, daß Krankheit oder außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen.

## §. 7.

Die erste Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche, außerdem ist eine Probe im Predigen und Katechisiren abzulegen.

Die Aufgabe dieser Prüfung ist, zu ermitteln, ob der Geprüfte die nöthige Begabung für den gewählten Beruf besitzt, und ob seine theologische Ausbildung wenigstens so weit gefördert ist, als von ihm nach Beendigung des Universitäts-Studiums unumgänglich gefordert werden muß.

## §. 8.

Die Meldung zu der zweiten Prüfung (Examen) hat frühestens zwei Jahre und spätestens fünf Jahre nach dem Bestehen der ersten Prüfung zu erfolgen.

Unser Herzogliches Consistorium ist ermächtigt, ausnahmsweise aus genügenden Gründen die zwischen den beiden Prüfungen liegende Frist bis auf die Dauer von 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren zu verkürzen, sowie eine über die Frist von 5 Jahren verspätete Meldung zur zweiten Prüfung anzunehmen.

### §. 9.

Jeder Candidat der Theologie ist verpflichtet, um sich mit dem Volksschulwesen genauer bekannt zu machen, zwischen seiner ersten und zweiten Prüfung in einem der beiden Lehrseminare des Herzogthums einen sechswöchigen Seminarcurfus durchzumachen, und hat bei seiner Meldung zur zweiten Prüfung das Zeugniß der Seminardirection beizubringen, daß und mit welchem Erfolge er sich an demselben betheiligt hat.

Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind nur diejenigen Candidaten, welche

- 1) ein Jahr lang der Schulabtheilung des Prediger-Seminars in Wolfenbüttel angehört haben,

oder

- 2) eine Lehrerstelle an einer öffentlichen Volksschule oder einer öffentlichen höheren Lehranstalt mindestens ein Jahr lang bekleidet haben.

Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung der Seminarcurse erläßt nach eingeholter Zustimmung der Landesregierung Unser Herzogliches Consistorium.

### §. 10.

Die zweite Prüfung ist ebenfalls eine schriftliche und eine mündliche, ebenso ist mit derselben eine Probe im Predigen und Katechisiren verbunden.

Die Aufgabe derselben ist, zu ermitteln, ob und in welchem Grade es dem Candidaten durch fortgesetztes theologisches Studium und praktische Uebung gelungen ist, die für das geistliche Amt erforderliche Befähigung zu erlangen.

### §. 11.

Ist ein Candidat in einer der beiden Prüfungen für nicht bestanden erklärt, so kann er sich in der Regel noch einmal, frühestens zu der nach einem Jahre, spätestens zu der nach zwei Jahren stattfindenden Prüfung melden.

Eine definitive Abweisung desselben hat in dem Falle stattzufinden, daß nach dem Urtheile der Prüfungs-Commission das Ergebnis der nicht bestandenen Prüfung den ungünstigen Erfolg einer wiederholten Prüfung mit Sicherheit vorherrschen läßt.

Eine zweite Wiederholung der Prüfung kann nur auf Unsere Höchste Dispensation erfolgen.

### §. 12.

Falls seit der letzten Prüfung eines Candidaten ein Zeitraum von mehr als fünf Jahren verstrichen ist, kann vor der ersten Anstellung desselben im Pfarramte von Unserm Herzoglichen Consistorium die Abhaltung eines von der Prüfungs-Commission mit demselben anzustellenden Colloquiums, mit welchem die Haltung einer Predigt und einer Katechisation ver-



bunden ist, gefordert werden und ist von dessen genügendem Ausfalle die Beförderung des Candidaten zum Pfarramte abhängig.

§. 13.

Für jede Prüfung werden an Gebühren 30 Al, für jedes Colloquium 20 Al an die Consistorial-Casse gezahlt.

§. 14.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1889 unter folgenden näheren Bestimmungen in Kraft:

Das erste Tentamen wird von der Prüfungs-Commission um Michaelis 1889 angestellt, und werden bei demselben alle Meldungen Berücksichtigung finden, welche vom 1. April 1889 an eingegangen sind, außerdem auch diejenigen früheren Meldungen, welche bis zum 1. April 1889 nicht haben berücksichtigt werden können.

Das erste Examen wird von der Prüfungs-Commission um Johannis 1889 angestellt, und werden bei demselben diejenigen Meldungen berücksichtigt werden, welche vom 1. Februar 1889 bis zum 1. April desselben Jahres eingegangen sind, außerdem die schon früher eingegangenen, sofern sie nicht bereits haben erledigt werden können.

Die Bestimmung wegen des zwischen der ersten und zweiten Prüfung zu absolvirenden Seminarcursus kommt zuerst bei dem um Johannis 1890 stattfindenden Examen in Anwendung.

§. 15.

Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich die Bestimmungen in Serenissimi Verordnung vom 14. April 1814 §. 3 und in dem Consistorial-Ausschreiben vom 2. Januar 1861 werden hiermit aufgehoben.

Alle, die es angeht . . . . .

Urkundlich . . . . .

Braunschweig, den

## Anlage 7 b. (Prot. 1.)

## N o t i v e.

Die vierte ordentliche Landes-Synode hat in dem Schreiben vom 22. December 1886 an die Kirchenregierung das Ersuchen gerichtet:

„in Betreff der von den Candidaten des Predigtamts abzulegenden Prüfungen auf Erlaß einer Prüfungs-Ordnung und Einsetzung einer besondern Prüfungs-Commission Bedacht zu nehmen und eintretenden Falls der nächsten ordentlichen Landes-Synode eine bezügliche Vorlage zugehen zu lassen.“

Die Kirchenregierung hat geglaubt, dem Antrage durch Vorlage des anliegenden Entwurfs eines Kirchengesetzes, die theologischen Prüfungen betreffend, entsprechen zu sollen, und wird zu demselben noch Folgendes bemerkt:

Zur Abnahme der theologischen Prüfungen ist es angemessen erschienen, zu den drei geistlichen Rätthen im Herzoglichen Consistorium, vor welchen dieselben bisher stattgefunden haben, noch zwei höchsten Orts zu ernennende Geistliche der Landeskirche als Mitglieder der Prüfungs-Commission hinzuzunehmen. Dieselben etwa durch die Landes-Synode wählen zu lassen, erschien auf Grund des Synodal-Gesetzes nicht thunlich. Von der etwaigen Zuziehung eines Universitäts-Professors zu den Prüfungen ist wegen der aus dem Mangel einer Landes-Universität sich ergebenden Schwierigkeiten Abstand genommen.

Die Zulässigkeit des Erlasses eines halben Jahres an dem vorchriftsmäßigen dreijährigen Studium (§. 4) ist namentlich in Rücksicht auf solche Fälle ins Auge gefaßt, daß ein Studirender sich erst im Verlaufe seines akademischen Studiums der Theologie zugewandt hat, und daß das vorausgegangene andere (insbesondere philologische) Universitätsstudium als förderlich für theologische Studien angesehen werden kann.

Die Vorschrift in §. 9, wornach die Candidaten verpflichtet sind, zwischen ihrer ersten und zweiten Prüfung einen sechswöchigen Seminarcurfus durchzumachen, ist in Rücksicht auf die in ihrer demnächstigen pfarramtlichen Stellung von ihnen zu übernehmenden Localschulaufsicht für erforderlich erachtet. Eine gleiche Einrichtung besteht bereits seit längeren Jahren in dem Königreiche Preußen und hat wegen ihres reichen Erfolges innerhalb der letzten Jahrzehnte mehrfach auch in andern Ländern Aufnahme gefunden. — In Anbetracht der hohen Wichtigkeit der Pädagogik für das geistliche Amt ist dieselbe zugleich unter die Prüfungsgegenstände im Examen (2. Prüfung) aufgenommen.

Entwurf zu einer  
**Instruction**  
für  
**die theologische Prüfungs-Commission.**

---

**Allgemeine Bestimmungen.**

§. 1.

Die Prüfungs-Commission betreibt ihre Geschäfte collegialisch.

Zu einer jeden Prüfung und Beschlußfassung bedarf es der Mitwirkung von wenigstens drei Mitgliedern.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden bezw. des denselben vertretenden Mitgliedes der Commission.

§. 2.

Die erste Prüfung (Tentamen) wird regelmäßig halbjährlich je um Ostern und Michaelis, die zweite (Examen) regelmäßig halbjährlich je um Johannis und Weihnachten abgehalten.

§. 3.

Der Candidat hat sich spätestens am Tage vor Beginn der Prüfung bei dem Vorsitzenden und den übrigen am Ort der Prüfung wohnenden Mitgliedern der Commission persönlich vorzustellen.

Erscheint er auf die zur Prüfung an ihn erlassene Vorladung nicht, so bleibt er von der dormaligen Prüfung (§. 2.) ausgeschlossen.

Er kann sich bei Bescheinigung erheblicher Hindernisse zu der nächsten Prüfung wieder melden, ist aber bei abermaligem unentschuldigtem Zurückbleiben zu einer Prüfung überall nicht weiter zuzulassen.

§. 4.

Die Themata zu den von den Candidaten schriftlich anzufertigenden Arbeiten werden denselben durch den Vorsitzenden nach vorheriger Vereinbarung mit den übrigen Mitgliedern der Commission überwiesen.

Bei der mündlichen Prüfung hat jedes der Commissionsmitglieder selbst zu prüfen; das hauptsächlich für das Gemeindefchulwesen bestimmte Mitglied Unseres Herzoglichen Consistoriums ist indessen nur im Examen (zweite Prüfung) zur Abhaltung der Prüfung in der Pädagogik verpflichtet.

Die Mitglieder der Commission haben sich darüber zu einigen, eventuell darüber zu beschließen, in welchen der verschiedenen theologischen Fächer jeder Einzelne vorzugsweise zu examiniren haben soll.

#### §. 5.

Die Prüfungen werden in deutscher Sprache abgehalten; nur für die in der Clausur anzufertigende Uebersetzung des alt- und neutestamentlichen Abschnittes kommt die lateinische Sprache in Anwendung.

#### §. 6.

Zur mündlichen Prüfung sind gleichzeitig nicht mehr als drei, ausnahmsweise vier Prüflinge zuzulassen.

Sind mehr zu prüfende Candidaten vorhanden, so ist die Zahl derselben in Abtheilungen mit verschiedenen Prüfungsterminen zu vertheilen. Die der zweiten u. Abtheilung zugewiesenen, sind als gleichzeitig mit den Candidaten der ersten Abtheilung geprüft anzusehen.

#### §. 7.

Ueber jede mündliche Prüfung ist ein Protokoll aufzunehmen, welches Zeit und Ort der Prüfung, die Namen der Prüfenden und Geprüften und für jeden der letztern in Betreff der Hauptgegenstände der Prüfung die Materie, welche bei seiner Prüfung behandelt ist, in kurzen Umrissen ersehen läßt.

#### §. 8.

Nach Schluß der Prüfungen hat die Commission zu berathen und zu beschließen, ob nach dem Gesamtergebniß derselben

der Candidat in dem Maße für bestanden zu erachten sei, daß demselben die erste Censur mit dem Prädikate „sehr gut (N. I)“ oder die zweite mit dem Prädikate „gut (N. II)“ oder doch die dritte mit dem Prädikate „genügend (N. III)“ zu ertheilen sei,

oder aber

der Candidat wegen ungenügender Leistungen definitiv zurückzuweisen, bezw. demselben die Meldung zu einer nochmaligen Prüfung (s. Prüfungs-Gesetz §. 11) zu gestatten sei.

#### §. 9.

Das Ergebniß der Prüfungen ist in tabellarischer Form unter Beifügung sämtlicher Prüfungsacten an Unser Herzogliches Consistorium einzusenden.

Die förmliche Eröffnung über den Ausfall der Prüfung erfolgt durch letzteres nach Maßgabe des Urtheils der Prüfungscommission und beschränkt sich in der Regel auf das allgemeine Endurtheil.

### Besondere Bestimmungen.

#### A. Für die erste Prüfung.

Das an Unser Herzogliches Consistorium zu richtende Gesuch um Zulassung zur ersten Prüfung (Tentamen) ist bei demselben, um bei dem nächsten Prüfungstermin berücksichtigt werden zu können, bis zum 15. Januar bezw. bis zum 15. Juli einzureichen. Dasselbe muß von dem Candidaten selbst verfaßt, mit seinem vollen Namen unter Angabe seines Wohnorts und des Jahrestages unterschrieben sein und über sein Alter, den Stand und Wohnort seines Vaters, sowie über seine Braunschweigische Staatsangehörigkeit Auskunft geben.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) ein Taufschein,
- 2) das Reisezeugniß von einem humanistischen Gymnasium, event. auch das zu dessen Ergänzung dienende Zeugniß über die Prüfung im Hebräischen,
- 3) das akademische Abgangszeugniß mit dem Nachweis über die gehörten Vorlesungen.

Falls dasselbe nicht schon beigebracht werden kann, so ist es jedenfalls vor dem Beginne der mündlichen Prüfung nachzuliefern,

- 4) eine von dem Candidaten selbst in deutscher Sprache verfaßte Lebensbeschreibung, welche außer seinem Bildungsgange überhaupt namentlich den Gang seiner Universitätsstudien darlegt.
- 5) ein Zeugniß des Geistlichen seines Heimathorts bezw. letzten Aufenthaltsorts über das kirchliche und sittliche Verhalten des Examinanden.

Hat der Bittsteller schon größere selbständige Arbeiten angefertigt, so ist ihm deren Beilegung gestattet.

#### §. 11.

Hierauf entscheidet Unser Herzogliches Consistorium darüber, ob der Bittsteller — namentlich etwa wegen mangelnder Vollständigkeit des theologischen Universitätscursus oder wegen gegründeter sittlicher Bedenken — sei es für jetzt oder für immer — zurückzuweisen, oder zur Prüfung zuzulassen sei.

Im ersteren Falle setzt es den Betreffenden von dem Beschlusse unter Angabe der Gründe unmittelbar in Kenntniß, im letzteren theilt es seine Entscheidung unter Anschluß der betreffenden Gesuche nebst deren Anlagen dem Vorsitzenden der Prüfungscommission mit.

Gegen die Entscheidung des Consistoriums steht dem Betreffenden der Recurs an Uns zu.

#### §. 12.

Der Vorsitzende der Prüfungscommission setzt sodann die Bittsteller von ihrer Zulassung in Kenntniß, theilt ihnen zugleich nach vorgängigem Benehmen mit den übrigen Mit-

gliedern der Commission das Thema zu einer dem Bereiche der wissenschaftlichen Theologie angehörigen, in deutscher Sprache abzufassenden, Arbeit mit, deren Ausdehnung 20 Folioseiten nicht übersteigen soll, sowie den Text zu einer von denselben auszuarbeitenden Predigt und bestimmt ihnen den Termin, bis zu welchem beide Arbeiten einzuliefern sind, sowie den Tag, an welchem sie sich zur Prüfung einzufinden haben.

Zur Ausarbeitung dieser Aufgaben ist eine vierwöchige Frist zu gewähren.

Am Schlusse der wissenschaftlichen Arbeit ist genau anzugeben, welche Bücher und Schriften bei der Abfassung benutzt sind, und gleichzeitig an Eides Statt zu versichern, daß anderweite Hülfsmittel, insbesondere auch fremde Beihülfe bei Anfertigung derselben nicht gebraucht sind.

Werden die häuslichen Arbeiten, welche sämtlichen Mitgliedern der Commission zur Beurtheilung vorzulegen sind, ungenügend befunden, so hat die Prüfungs-Commission den betreffenden Candidaten von der Prüfung zurückzuweisen.

Ein Gleiches gilt, wenn der zur Einlieferung der Arbeiten bestimmte Termin nicht eingehalten ist.

#### §. 13.

Hauptgegenstände der Prüfung sind:

- 1) Exegete des alten und neuen Testaments.
- 2) Einleitung in das alte und neue Testament.
- 3) Biblische Theologie.
- 4) Kirchen- und Dogmengeschichte incl. Geschichte der Philosophie.
- 5) Dogmatik nebst Religionsphilosophie und Symbolik.
- 6) Ethik.

#### §. 14.

Die schriftliche Prüfung besteht, abgesehen von der für die Prüfung erfordernten Predigt und der wissenschaftlichen Arbeit (§. 12) in der Anfertigung von Clausurarbeiten unter Aufsicht eines Commissions-Mitgliedes.

Dieselben bestehen:

- 1) in der Uebersetzung und Erklärung eines alttestamentlichen Abschnittes,
- 2) desgleichen eines neutestamentlichen Abschnittes,
- 3) in der Behandlung einiger Aufgaben aus der historischen Theologie.

Die Clausurarbeiten sind im Verlaufe eines Tages anzufertigen.

Für die Bearbeitung der beiden exegetischen Aufgaben werden im Ganzen vier Stunden und für die Bearbeitung der Aufgaben aus der historischen Theologie im Ganzen drei Stunden gewährt.

Der Gebrauch unerlaubter Hülfsmittel hat die Ausschließung des Examinanden von der Prüfung zur Folge.

#### §. 15.

Der Vorsitzende hat dafür Sorge zu tragen, daß die abgelieferten Clausurarbeiten behuf deren Prüfung sämtlichen Mitgliedern der Commission zugestellt werden.

## §. 16.

Die mündliche Prüfung folgt der schriftlichen nach. Sie hat zur Erreichung des in §. 7 des Prüfungs-Gesetzes bezeichneten Zwecks möglichst alle Hauptdisciplinen des theologischen Universitätsstudiums (s. §. 13) zu umfassen, und dabei auch zu erforschen, ob der Candidat nicht etwa nur ein ausreichendes Maaß positiver Kenntnisse gedächtnismäßig sich angeeignet hat, sondern auch zu einem genügenden Verständnis des Gelernten gelangt ist.

## §. 17.

Die Predigtprobe (s. §. 7 des Prüfungs-Gesetzes) besteht im Vortrage eines Theiles der eingeliesserten Predigt.

Für die Probekatechisation wird den Candidaten spätestens Tags vorher die Aufgabe zugestellt.

Bei diesen Proben dürfen bis zu sechs, ausnahmsweise auch sieben Prüflinge vereinigt werden.

## B. Für die zweite Prüfung.

## §. 18.

Die Meldungen zur zweiten Prüfung sind, um bei dem nächsten Prüfungstermin berücksichtigt werden zu können, bis zum 15. März, bezw. 15. September bei Unserem Herzoglichen Consistorium schriftlich einzubringen, müssen von den Bittstellern selbst verfaßt, mit ihrem vollen Namen unter Angabe ihres Wohnorts und des Jahrestages unterschrieben sein und über ihr Alter und ihre derzeitigen Verhältnisse nähere Angaben enthalten. Denselben ist beizufügen

- 1) ein Bericht über die wissenschaftliche Fortbildung und practische Thätigkeit seit der ersten Prüfung
- 2) eine in deutscher Sprache abzufassende Abhandlung über ein frei gewähltes Thema aus dem Gebiete der wissenschaftlichen Theologie.

Derselben ist am Schluß die §. 12 Abs. 3 vorgeschriebene Angabe und Versicherung beizufügen.

- 3) das nach §. 9 des Prüfungs-Gesetzes erforderliche Zeugniß der Seminardirection
- 4) ein Zeugniß von dem Geistlichen des letzten Aufenthaltsorts des Examinanden über sein kirchliches und sittliches Verhalten.

Auch ist den Candidaten die Beilegung größerer selbständiger Arbeiten, auch etwaiger Privatzeugnisse gestattet.

## §. 19.

Unser Herzogliches Consistorium verfährt sodann nach analoger Anwendung der in §. 11 enthaltenen Vorschriften.

## §. 20.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Commission setzt darnach die Bittsteller von ihrer Zulassung in Kenntniß, theilt ihnen nach vorgängigem Benehmen mit den übrigen Mitgliedern

der Commission den Text zu einer zu bearbeitenden Predigt, sowie zu einer in Frage und Antwort auszuführenden Catechese mit und bestimmt ihnen den Termin, bis zu welchem beide Arbeiten einzuliefern sind, sowie den Tag, an welchem sie sich zur Prüfung einzufinden haben.

Wird der Termin für Einlieferung der Arbeiten nicht eingehalten, oder werden die häuslichen Arbeiten von der Prüfungs-Commission für ungenügend befunden, so ist der betreffende Candidat von der weiteren Prüfung auszuschließen.

#### §. 21.

Hauptgegenstände der Prüfung sind:

- 1) Exegese des alten und neuen Testaments.
- 2) Dogmatik nebst Religionsphilosophie und Symbolik.
- 3) Ethik.
- 4) Kirchen- und Dogmengeschichte.
- 5) Practische Theologie (Homiletik, Katechetik, Liturgik) und Kirchenrecht.
- 6) Pädagogik.

#### §. 22.

Die in der schriftlichen Prüfung anzufertigenden Clausurarbeiten bestehen:

- 1) in der Uebersetzung und Erklärung eines alttestamentlichen Abschnittes.
- 2) desgleichen eines neutestamentlichen Abschnittes.
- 3) in der Behandlung eines Gegenstandes aus der systematischen Theologie.

Für die Bearbeitung der beiden exegetischen Aufgaben werden im Ganzen vier Stunden, für die Bearbeitung der Aufgabe aus der systematischen Theologie drei Stunden gewährt.

Im Uebrigen kommt die Bestimmung in §. 14 Absatz 3 in Anwendung.

#### §. 23.

Die mündliche Prüfung hat sich auf die im §. 21 bezeichneten Gegenstände zu erstrecken.

#### §. 24.

Die eingelieferte Predigt (s. §. 10 des Prüfungs-Gesetzes) ist in einem öffentlichen Gemeindegottesdienste zu halten und hat der Candidat dabei auch den liturgischen Theil des Gottesdienstes zu besorgen. Wenn dieses wegen der zu großen Zahl der Candidaten nicht thunlich sein sollte, so kann die Predigtprobe durch Beschluß der Commission auf den Vortrag eines Theils der Predigt vor der Commission beschränkt werden. In diesem Falle ist aber auch eine Probe des liturgischen Vortrags im Singen und Lesen abzulegen.

Für die Probekatechisation gilt die Bestimmung in §. 17 Abs. 2.

Ebenso kommt die Bestimmung in §. 17 Abs. 3 in Anwendung.

#### §. 25.

Zur Erreichung des in §. 10 des Prüfungs-Gesetzes bezeichneten Zwecks hat die zweite Prüfung im Unterschiede von der ersten ihr besonders Augenmerk auf das dem angehenden Geistlichen in praktischer Beziehung für Kirche und Schule nöthige Maß von Kenntnissen, Urtheil und Geschicklichkeit zu richten, zugleich aber auch nach der wissenschaftlichen Seite hin bezüglich des Umfangs und der Vertiefung theologischer Bildung erhöhte Ansprüche an den Prüfling zu stellen.



N 8681.

Anlage S. (Prot. 1.)

## Albrecht, Prinz von Preußen &c., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Wir lassen der Landessynode den mit Unserer Genehmigung von Unserm Herzoglichen Consistorium ausgearbeiteten und von Uns gebilligten Entwurf eines Kirchengesetzes, Abänderung der Geschäftsordnung für die Landessynode und deren Ausschuß betreffend, vom 13. November 1872, hierneben zur Berathung und Beschlußfassung zugehen und bemerken dazu, daß durch solche Aenderung der Geschäftsordnung einem bereits mehrfach geäußerten Wunsche der Landessynoden entsprochen werden soll. Bereits von der dritten und vierten Landessynode ist auf einen aus ihrer Mitte hervorgegangenen Antrag beschloffen worden, jede Sitzung der bezüglichen Synoden mit Verlesung eines Bibelwortes zu eröffnen, auch hat der betreffende Regierungs-Commissar, Namens der Kirchenregierung die Zustimmung dazu erteilt. Wir halten es indessen für angemessen, daß eine derartige Bestimmung ausdrücklich in die Geschäftsordnung aufgenommen und die gedachte Einrichtung dadurch zu einer ständigen gemacht werde, und legen deshalb der Landessynode den obenbezeichneten Kirchengesetz-Entwurf zur kirchenverfassungsmäßigen Mitwirkung vor.

Braunschweig, den 17. December 1888.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

An  
Die Landes-Synode.

## Kirchengesetz,

Abänderung der Geschäftsordnung für die Landes-Synode und deren  
Auschuß betreffend, vom 13. November 1872.

d. d. . . .

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen 2c., Regent des  
Herzogthums Braunschweig,

erlassen Kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirath Unseres Herzoglichen  
Consistoriums und mit Zustimmung der Landes-Synode das nachstehende Kirchengesetz:

### Einziger Paragraph.

Dem §. 25 der Geschäfts-Ordnung für die Landes-Synode und deren Auschuß vom  
13. November 1872 wird zu Anfang nachstehende Bestimmung hinzugefügt:

„Jede Sitzung wird nach ihrer Eröffnung mit Gebet oder Verlesung eines  
Schriftwortes begonnen,“

und dem folgenden Abjaze nachstehende Fassung gegeben:

„Darnach ist zunächst das Protokoll der vorhergehenden Sitzung zu verlesen.“

Alle, die es angeht 2c.

Urkundlich 2c.

Braunschweig, d. . . . .

N<sup>o</sup> 8648.

Anlage 9. (Prot. 1.)

## Albrecht, Prinz von Preußen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Wir lassen der Landessynode einen mit Unserer Genehmigung von Unserm Herzogl. Consistorium verfaßten und von Uns gebilligten Entwurf eines Kirchengesetzes wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, zur Berathung und Beschlußfassung hierneben zugehen, und bemerken dazu, daß die Abänderung des §. 3 des obgedachten Gesetzes dahin, daß die bislang mit dem daselbst unter N<sup>o</sup> 7 verzeichneten Wahlkreise der General- und Stadtinspection Holzminden verbundene Parochie Lunsen-Ihedinghausen von diesem Wahlkreise abgetrennt und dem Wahlkreise N<sup>o</sup> 3 der Generalinspection Braunschweig zugetheilt werde, von Uns als nicht nur für die betreffenden Wahlberechtigten einfacher und weniger zeitraubend, sondern auch als für die Sache selbst ersprißlicher erachtet wird.

Braunschweig, den 17. December 1888.

### Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirk.

An  
die Landes-Synode.

# Kirchengesetz

wegen

Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landes-Synode und eines Synodalausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend.

d. d. Braunschweig, den . . . . .

Von Gottes Gnaden, Wir, **Albrecht**, Prinz von Preußen rc., Regent des Herzogthums Braunschweig,

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt nach vorgängiger Berathung mit Unserem Herzogl. Consistorium, mit Zustimmung der Landes-Synode und unter Bezugnahme auf das Staatsgesetz vom 27. März 1882, den Erlaß der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche betreffend, das nachstehende Kirchengesetz:

## Einziger Paragraph.

Die **№ 3** des §. 3 des Gesetzes **№ 34** vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landes-Synode und eines Synodalausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, erhält folgenden Zusatz:

mit Hinzufügung der Parochie Lunsen-Thebinghausen.

Der gleichlautende Zusatz bei **№ 7** desselben Paragraphen kommt in Wegfall.

Alle, die es angeht rc.

Urkundlich rc.

Braunschweig, den . . . . .

N<sup>o</sup> 8770.

Anlage **10.** (Prot. 1.)  
(Nebst Anlagen 10 a, 10 b und 10 c.)

Albrecht, Prinz von Preußen rc., Regent des Herzogthums  
Braunschweig.

Wir lassen der Landessynode hierneben einen von Unserm Herzogl. Consistorium  
ausgearbeiteten und von Uns gebilligten Entwurf eines Kirchengesetzes, die litur-  
gische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, nebst Motiven  
zur kirchenverfassungsmäßigen Mitwirkung zugehen.

Braunschweig, den 17. December 1888.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

An  
die Landes-Synode  
hieselbst.

Anlage **10a.** (Prot. 1.)

# Kirchengesetz,

## die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend.

d. d. Braunschweig . . . . .

**Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen** *rc.*, Regent des  
Herzogthums Braunschweig,

erlassen Kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirath Unseres Herzoglichen Con-  
sistoriums und mit Zustimmung der Landes-Synode das nachstehende Kirchengesetz:

§. 1.

Die heilige Taufe und die Confirmation sollen in der evangelisch-lutherischen Kirche  
des Landes fortan in der Form vollzogen werden, welche in der anliegenden liturgischen  
Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation vorgeschrieben ist.

§. 2.

Als Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und  
der Confirmation wird der 1. April 1889 festgesetzt.

§. 3.

Die Bestimmungen im Theil II. Cap. IX, X XI und XII der Erneuerten Kirchen-  
Ordnung von 1709 werden, insoweit sie auf die durch die neue liturgische Ordnung der  
heiligen Taufe und der Confirmation anderweit geregelten Punkte sich beziehen, von dem  
Tage der Einführung der letzteren an aufgehoben.

Alle, die es angeht *rc.*

Urkundlich *rc.*

Braunschweig, den . . . . .

# Die heilige Taufe.

## Die Taufe der Kinder.

(Vor der Taufvornahme hat der Geistliche nächst den sonstigen Notizen für das Kirchenbuch auch die Namen, welche das Kind erhalten soll, zu erkunden.

Wo sich's einrichten läßt, mag der Geistliche vor oder nach der Taufhandlung einen oder einige passende Verse aus dem Gesangbuche von den um die Taufe Versammelten singen lassen.)

Der Täufer beginnt mit einer freien Ansprache, oder mit der Vorlesung eines der nachstehenden Redeformulare.

### 1.

Im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Beliebte in Christo! Wir hören aus Gottes Wort, erfahren es auch an unserm Leben und Sterben, daß wir von Adam her allesammt der Sünde und ihrem Elend unterworfen sind und deshalb vor Gott nicht bestehen können, sondern ewiglich verloren wären, wenn sich nicht Gott, der Vater aller Gnade, unser erbarmt und Seinen Sohn Jesum Christum, unsern Heiland, in die Welt gesandt hätte, uns aus solchem Verderben zu erretten.

Auch dieses Kindlein ist seiner Natur nach mit gleicher Sünde, wie auch wir, behaftet und ist mit uns gleichem Tode verfallen. Denn es ist Fleisch vom Fleisch geboren und kann nicht in das Reich Gottes eingehen, es sei denn von Neuem geboren aus dem Wasser und Geist. Das ist aber unser starker und gewisser Trost, daß unser Herr Jesus Christus, der die Sünde der ganzen Welt getragen, wie uns Alle, so auch unsere Kinder von allen Sünden, vom Tode und von der Gewalt des Teufels erlöst und uns vor Gott gerecht und selig gemacht hat. Er hat auch geboten, die Kindlein zu Ihm zu bringen und verheißen, daß Er sie segnen und in Sein Reich aufnehmen wolle.

Darum wollen auch wir jetzt thun, wie es Sein Befehl und die christliche Liebe von uns fordern, und wollen Ihm dieses Kind unter herzlichem Gebet zur heiligen Taufe zuführen und darbringen, in der festen Zuversicht, Er werde unser Gebet gewißlich erhören und dieses Kind, wie Er verheißen, in Gnaden annehmen, ihm alle Sünde vergeben und Seinen heiligen Geist ihm reichlich mittheilen, also daß es den seligmachenden Glauben empfangen und fortan Gottes Kind und Erbe sei und bleibe in Ewigkeit. Amen.

## 2.

Im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Geliebte in Christo! Wir sind hier vor dem Angesichte des dreieinigen Gottes versammelt, um dies gegenwärtige liebe Kind durch das Wasserbad der heiligen Taufe seinem Heiland und Erlöser, Jesu Christo, zuzuführen. Denn auch dieses Kind ist, wie wir alle, von Natur, Fleisch vom Fleisch geboren und kann nicht zum Leben eingehen, es werde denn von Neuem geboren aus Wasser und Geist und in das Gnadenreich Jesu Christi aufgenommen, in welchem wir haben die Erlösung durch Sein Blut, nämlich die Vergebung der Sünden, und welcher uns errettet hat von der Obrigkeit der Finsterniß und hat uns tüchtig gemacht zum Erbtheil der Heiligen im Licht.

Solche große Gnade und Erlösung aber soll von unserm Herrn und Heilande Jesu Christo auch diesem Kindlein in der heiligen Taufe geschenkt und versiegelt werden.

Darum wollen wir jetzt thun, was Sein Befehl und die christliche Liebe von uns fordern und dieses Kindlein unter Bekenntniß und Gebet in der heiligen Taufe Ihm zutragen und zu eigen geben.

## 3.

Im Namen Gottes des Vaters, der Himmel und Erde geschaffen und nach dem Reichthum Seiner Gnade uns errettet hat von der Obrigkeit der Finsterniß und hat uns versetzt in das Reich Seines lieben Sohnes;

Im Namen Seines eingeborenen Sohnes, unseres Heilandes Jesu Christi, in welchem wir haben die Erlösung durch Sein Blut, nämlich die Vergebung der Sünden, und der auch die Kindlein zu sich gerufen und verheißen hat, daß ihrer das Reich Gottes sei;

Im Namen des heiligen Geistes, durch welchen wir wiedergeboren werden in dem Wasserbad der heiligen Taufe, auf daß wir gerecht und Erben seien des ewigen Lebens.

Er, der heilige, dreieinige Gott, hochgelobt in Ewigkeit, sei uns gnädig und fördere das Werk unserer Hände bei uns zu Seines Namens Ehre. Amen.

Geliebte in Christo! Wir sind hier versammelt vor dem Angesichte Gottes, des heiligen und dreieinigen, um in Seinem Namen nach der Ordnung und Einsetzung unseres Herrn Jesu Christi Ihm dieses Kind in der heiligen Taufe zuzuführen, damit Er es in Seinen Gnadenbund aufnehme und es ein Kind Gottes und Erbe Seiner Herrlichkeit werde. Denn auch dieses Kind hat unser Herr und Heiland theuer erkaufte, und auch ihm soll die Verheißung gelten: „Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein“ und „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen.“ Der das gute Werk in Ihm anfängt, der will es auch vollführen und das Bad der heiligen Taufe kräftig machen an diesem Kinde durch Seinen heiligen Geist, es mit Seinen Gaben erleuchten, im rechten Glauben heiligen und erhalten, daß es sein Leben lang Gott diene in Heiligkeit und Gerechtigkeit, die Ihm gefällig ist.

So laßet uns denn mit getroster Zuversicht dieses Kind der Gnade unseres Gottes und Heilandes übergeben.



Hierauf wendet sich der Täufer zu dem Kinde und spricht:

Der Herr sei mit dir!

Nimm an das Zeichen des heiligen Kreuzes, beides an Stirn (+) und Brust (+) zur heilsamen Erinnerung, daß dein Heiland Jesus Christus am Stamm des Kreuzes für dich den Tod erlitten hat. — Unter diesem Zeichen sollst du leben, sollst kämpfen und sollst siegen.

Lasset uns beten:

Allmächtiger, ewiger Gott, Vater unseres Herrn Jesu Christi, wir rufen Dich an, über dieses Kind, welches um die Gabe Deiner Taufe bittet und Deine ewige Gnade durch das Bad der Wiedergeburt begehrt. Nimm es auf, o Herr, wie Du gesagt hast: Bittet, so werdet ihr nehmen, suchet, so werdet ihr finden, klopfet an, so wird euch aufgethan. So reiche nun das Gute dem, der da bittet, und öffne die Thür dem, der da anklopft, damit es den ewigen Segen dieses himmlischen Bades erlange und das verheißene Reich Deiner Gabe empfangen, durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Lasset uns nun hören, wie unser Herr Jesus Christus selbst die heilige Taufe eingesetzt hat.

Bei Matth. im 28. Capitel spricht er: „Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes, und lehret sie halten Alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“

Und bei Marcus im 16. Capitel: „Gehet hin in alle Welt und prediget das Evangelium aller Creatur. Wer da glaubet und getauft wird, der wird selig werden; wer aber nicht glaubet, der wird verdammet werden.“

Daß der Herr aber auch die unmündigen Kinder schon in Seinen Gnadenbund aufnehmen und segnen will, lernen wir aus dem Ev. Marci im 10. Capitel:

„Und sie brachten Kindlein zu Jesu, daß Er sie anrührete. Die Jünger aber fuhren die an, die sie trugen. Da es aber Jesus sahe, ward Er unwillig und sprach zu ihnen: Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn solcher ist das Reich Gottes. Wahrlich ich sage euch, wer das Reich Gottes nicht empfängt, wie ein Kindlein, der wird nicht hineinkommen. Und Er herzte sie und legte die Hände auf sie und segnete sie.“

Solchen Segen unseres Herrn Jesu Christi auch diesem Kindlein zuzuwenden, wollen wir nun nach dem Vorbilde des Herrn demselben die Hände auslegen und mit einander andächtig beten:

Vater unser, der Du bist im Himmel, Geheiligt werde Dein Name, Dein Reich komme, Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden, Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Der Herr behüte deinen Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

Hierauf ist nach einem der folgenden Formulare fortzufahren.

### Liebe Freunde in Christo!

Ihr habt für dieses Kind begehret, daß es in dem Namen Jesu Christi getauft und durch die Taufe in die heilige Gemeinde des Volkes Gottes aufgenommen werde. Nun ist euch aber als Christen nicht verborgen, daß derjenige, welcher sich zur christlichen Kirche thut, sich in einen geistlichen Streit begiebt, den wir die Tage unseres Lebens hier auf Erden wider die Macht der Sünde und das Reich der Finsterniß zu kämpfen haben, welchen Streit wir ohne rechten Glauben an Gott den Vater, Sohn und heiligen Geist nicht zu vollführen vermögen. Weil ihr euch nun aus christlicher Liebe und Freundschaft dieses noch unmündigen Kindes angenommen habt, und dasselbe in dieser heiligen Handlung vertreten, so wollet auch auf meine folgenden Fragen an seiner Statt antworten, bis es am Tage seiner Confirmation für sich selbst zu antworten gelernt haben wird.

Entjagest du der Sünde sammt allem Wesen und allen Werken des Satans und seines Reiches der Finsterniß?

Glaubst du an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden?

Und an Jesum Christum, Seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, niedergefahren zur Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Todten, aufgefahren gen Himmel, sitzend zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen Er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten?

Und an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinde der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben?

Antwort der Taufzeugen: Ja.

Willst du getauft sein?

Antwort der Taufzeugen: Ja.

Hierauf begiebt der Täufer das entblößte Haupt des Kindes dreimal mit Wasser und spricht: N. N. Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Der Täufer legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:

Der allmächtige Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der dich wiedergeboren hat durch das Wasser und den heiligen Geist und hat dir alle deine Sünden vergeben, der stärke dich mit Seiner Gnade zum ewigen Leben. Amen.

Friede sei mit dir! Amen.

Lasset uns nun Gott dem Herrn Dank sagen und einmüthiglich also beten:

Allmächtiger, barmherziger Gott und Vater, wir sagen Dir Lob und Dank, daß Du Deine Kirche gnädiglich erhältst und mehrest, und auch dieses Kind durch die heilige Taufe wiedergeboren, Deinem lieben Sohne, unserm Herrn und Heilande Jesu Christo einverleibt und zu Deinem Kinde und Erben Deiner himmlischen Güter hast werden lassen. Wir bitten Dich demüthiglich, Du wollest dasselbe bei der empfangenen Wohlthat gnädiglich bewahren, daß es nach Deinem Gefallen in Deiner Furcht erzogen werde, und im wahren Glauben endlich das verheißene Erbe im Himmel erlangen möge, durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Zu den Gevattern gewandt:

Die Gevattern werden nun diesem Kinde, oder wenn es sonst zu wissen nöthig ist, Zeugniß geben können, daß es nach dem Befehle Jesu Christi recht getauft sei, und daß es durch sie als seine christlichen Vormünder vor Gott gelobt habe, dem Bösen beharrlich zu entsagen, hingegen an Gott zu glauben und Ihm zu dienen. Sie werden auch für dieses getaufte Kind fleißig zu Gott beten und soviel an ihnen ist, nächst seinen Eltern Sorge tragen, daß es in der Erkenntniß Gottes und Seines heiligen Willens aufgezogen und an seinen Taufbund fleißig erinnert wird.

Also spricht der Herr: Alles was ihr thun werdet an einem dieser Geringsten, das habt ihr mir gethan. Amen.

Der Herr segne euch und behüte euch.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

Oder:

Liebe Freunde in Christo!

Wir haben für dieses unmündige Kind Gott den Herrn angerufen und begehret, daß es durch die heilige Taufe in den Bund Seiner Gnade aufgenommen und der heiligen Gemeinde Seines Volks einverleibt werde.

So wollet denn ihr, deren christliche Liebe das Kind in dieser heiligen Handlung vertritt, an seiner Statt entsagen der Sünde sammt allem Wesen und allen Werken des Satans und seines Reiches der Finsterniß, dagegen freudige Zusage thun im rechten Glauben dem dreieinigen Gott, Ihm zu leben und zu dienen in Heiligkeit und Gerechtigkeit, die Ihm gefällig ist.

Daß zum Erweis und Zeugniß lasset uns unseren allerheiligsten Glauben bekennen, auf welchen wir alle getauft sind, und auf welchen auch dieses Kind jetzt getauft werden soll.

Ich glaube an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden.

Und an Jesum Christum, Seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, niedergefahren zur Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Todten, aufgefahren gen Himmel, sitzend zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen Er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten.

Ich glaube an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinde der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben.

Begehret ihr nun anstatt dieses Kindes, daß dasselbe auf diesen Glauben getauft werde? (so antwortet: Ja) — Ja.

Wollet ihr auch, soviel an euch ist, nebst den Eltern des Kindes Sorge tragen, daß es in diesem Glauben unterwiesen und bei demselben erhalten werde? (so antwortet: Ja) — Ja.

Hierauf begießt der Täufer das entblößte Haupt des Kindes dreimal mit Wasser und spricht:

N N. Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Der Täufer legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:

Der allmächtige Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der dich wiedergeboren hat durch das Wasser und den heiligen Geist und hat dir all' deine Sünde vergeben, der stärkte dich mit Seiner Gnade zum ewigen Leben. Amen.

Friede sei mit dir! Amen.

Lasset uns nun Gott dem Herrn Dank sagen und einmütiglich also beten:

Allmächtiger, barmherziger Gott und Vater, wir sagen Dir Lob und Dank, daß Du Deine Kirche gnädiglich erhältst und mehrest und auch dieses Kind durch die heilige Taufe wiedergeboren, Deinem lieben Sohne, unserm Herrn und Heilande Jesu Christo einverleibt und zu Deinem Kinde und Erben Deiner himmlischen Güter hast werden lassen. Wir bitten Dich demütiglich, Du wollest nun dasselbe bei der empfangenen Wohlthat gnädiglich bewahren, daß es nach Deinem Gefallen in Deiner Furcht erzogen werde und im wahren Glauben endlich das verheißene Erbe im Himmel erlangen möge durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Der Herr segne euch und behüte euch.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

Oder:

Lasset uns nun in unserm und des Kindes Namen unsern christlichen Glauben bekennen und also sprechen:

Ich glaube an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden.

Und an Jesum Christum, seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist vom heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, niedergefahren zur Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Todten, aufgefahren gen Himmel, sitzend zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen Er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten.

Ich glaube an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinde der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben. Amen.

Geliebte in Christo! Weil ihr erschienen seid, das hier gegenwärtige Kind in der heiligen Taufe zu vertreten, so frage ich euch:

Wollet ihr nun, daß dieses Kind auf diesen unseren christlichen Glauben getauft und in demselben christlich erzogen werde, so antwortet: Ja.

Antwort: Ja.

Hierauf begießt der Täufer das entblößte Haupt des Kindes dreimal mit Wasser und spricht:

N. N. Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Der Täufer legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:

Der allmächtige Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der dich wiedergeboren hat durch das Wasser und den heiligen Geist, und hat dir all' deine Sünde vergeben, der stärkte dich mit Seiner Gnade zum ewigen Leben. Amen.

Friede sei mit dir! Amen.

Der Herr segne euch und behüte euch.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

Wenn die Geistlichen gerufen werden, um einem schwachen Kinde eilig die Taufe zu geben, so sollen sie, falls der Zustand des Kindes es leidet, dasselbe wie jedes andere Kind nach einem der vorstehenden Formulare taufen, anderenfalls die erforderlichen Abkürzungen eintreten lassen und sich entweder auf die kirchlich wichtigsten Stücke (Evangelium von den Kindern, Vaterunser und Glaubensbekenntniß) beschränken, oder im äußersten Falle auch ohne diese und nur mit einem kurzen einleitenden Gebetsworte die Taufhandlung vollziehen.

### Die Nothtaufe und ihre Bestätigung.

Ist ein neugeborenes Kind in ernster Todesgefahr, und ein Geistlicher durchaus nicht zu erreichen, so verrichte der Vater des Kindes oder ein anderes erwachsenes Glied der Gemeinde, Mann oder Weib, etwa die Hebamme, die Nothtaufe.

Zu einer solchen ist aber nur in dringender Noth und nicht eher, als bis das Kind wirklich zur Welt gekommen ist, und auch nur bei einem noch lebenden Kinde zu schreiten.

Dieselbe ist in der Weise vorzunehmen, daß diejenige Person, welche die Taufe — wenn irgend möglich in Gegenwart einiger achtbarer christlicher Personen als Zeugen —, verrichtet, laut das Vaterunser vorbetet, und dann, mit oder ohne Nennung des dem Kinde beizulegenden Namens, das Haupt des Kindes dreimal mit Wasser besprengt und dazu spricht:

Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Wenn das Kind nach der Nothtaufe am Leben bleibt, so soll der Geistliche ernstlich erfragen: ob, durch wen, in wessen Gegenwart, womit und mit welchen Worten das Kind getauft, auch ob und was für ein Name demselben beigelegt sei. Ergiebt sich hierbei, daß die Leute nicht mehr sicher anzugeben wissen, was sie in der Angst gethan, oder stellt sich sogar heraus, daß sie nicht mit Wasser oder nicht mit den Worten: „Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes“ getauft haben, so soll der Geistliche das Kind als ungetauft ansehen und dasselbe wie jedes andere Kind taufen.

Wenn aber die Zeugen nur so viel mit Sicherheit und auf ihr christliches Gewissen auszusagen vermögen, daß das Kind mit Wasser und mit den mehrgedachten Worten getauft sei, so soll der Geistliche das Kind als getauft ansehen, nicht wieder taufen, sondern die geschehene Taufe in Gegenwart der Person, welche es getauft hat und der Zeugen, die dabei zugegen gewesen (wenn thunlich in der Kirche) unter Anwendung des nachstehenden Formulare bestätigen:

Im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Geliebte in dem Herrn! Dieses Kindlein hat um großer Leibeschwachheit willen die Nothtaufe empfangen. Gott der Herr aber hat es nach Seiner Barmherzigkeit am Leben erhalten, und wir sind mit ihm hier erschienen, damit nach christlicher Ordnung öffentlich

bestätigt werde, daß die Taufe, die es empfangen hat, dem Worte Gottes gemäß, geschehen und eine rechte, christliche, seligmachende Taufe sei.

Darum beantwortet ihr, die ihr dieses Kind hier vor den Herrn gebracht habt, zuvörderst die nachstehenden Fragen:

- 1) Ist dieses Kind nach dem Befehle unseres Herrn Jesu Christi im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes getauft worden?

Antwort: Ja.

- 2) Ist es mit Wasser getauft worden?

Antwort: Ja.

- 3) Ist diesem Kinde bei seiner Taufe schon ein Name beigelegt worden?

(Bei Bejahung dieser Frage):

- 4) Welches ist der Name?

Antwort N. N.

(Bei Verneinung):

- 5) Mit welchem Namen soll es genannt werden?

Antwort N. N.

Nun, meine lieben Freunde, weil denn dieses Kind nach dem Befehl unseres Herrn Jesu Christi mit Wasser im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes getauft worden ist, so erkläre ich, daß es die rechte Taufe erhalten habe, also daß wir es für ein Kind des Allmächtigen und Glied unseres Herrn Jesu Christi erkennen, und als solches dem dreieinigen Gott und Seiner heiligen Kirche überantworten, in welcher es im Glauben bis an sein Ende bewahrt bleiben möge. Euch aber, die ihr als Taufpaten dieses Kindes hier zugegen seid, ermahne ich, daß ihr nebst den Eltern nach bestem Wissen und Gewissen dafür sorget, daß es, so ihm Gott das Leben förder schenket, in unserm heiligen christlichen Glauben erzogen und darin erhalten werde zum Heile seiner theuer erworbenen Seele.

Ihr aber, liebe Freunde, habt recht und wohl gethan, dieses Kindlein durch die Taufe einem Heilande zuzuführen, weil auch die Kinder Seiner Gnade bedürfen und Er sie ihnen auf das Freundlichste zugefagt hat, wie solches St. Marcus im 10. Capitel tröstlich bezeugt:

„Und sie brachten Kindlein zu Jesu, daß Er sie anrührete. Die Jünger aber fuhren die an, die sie trugen. Da es aber Jesus sahe, ward Er unwillig und sprach zu ihnen: Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn solcher ist das Reich Gottes. Wahrlich ich sage euch, wer das Reich Gottes nicht empfängt, wie ein Kindlein, der wird nicht hineinkommen. Und Er herzte sie und legte die Hände auf sie und segnete sie.“

Weil wir nun aus den gehörten Worten des gewiß und sicher sind, daß auch dieses Kind zum Reich der Gnaden angenommen ist, wollen wir bitten, daß es darin zur ewigen Seligkeit beständig erhalten werde.

Lasset uns beten: Vater unser, der Du bist im Himmel, Geheiligt werde Dein Name, Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieh uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Der allmächtige Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der dich wiedergeboren hat durch das Wasser und den heiligen Geist, und hat dir alle deine Sünde vergeben, der stärke dich mit Seiner Gnade zum ewigen Leben. Amen.

Friede sei mit dir! Amen.

Der Herr segne euch und behüte euch.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

### Taufe eines Erwachsenen.

(Die Taufe eines Erwachsenen [Juden, ungetauften Baptisten, falsch getauften Sec-tirers u. s. w.] setzt voraus, daß derselbe genügend im Worte Gottes unterwiesen sei.

Bei einem solchen Getauften findet, da hier die Katechese der Taufe vorangeht und mit dieser abschließt, eine Confirmation nicht statt, sondern der Getaufte ist ohne Vermittlung der Confirmation am Sonntage nach empfangener Taufe mit der Gemeinde zum heiligen Abendmahl zuzulassen.

Es ist nicht nöthig, daß die Taufe der Erwachsenen im öffentlichen Gemeindegottesdienste geschehe, vielmehr bei derselben Alles zu vermeiden, was den Schein des Gepränges haben könnte. Dagegen bedarf es bei der Taufe Erwachsener nicht minder, als bei der Kindertaufe der Taufzeugen, welche auch hier die Bedeutung nicht bloß der Fürbitter und der Zeugen, sondern auch der Vertreter der Kirche und der nächsten Träger der Liebespflichten der Kirche gegen Täufling und Getauften haben:)

Nach einer den Umständen angemessenen freien Rede des Geistlichen wendet sich derselbe zu dem Täufling und spricht:

Der Herr sei mit dir!

Nimm an das Zeichen des heiligen Kreuzes beides an Stirn und Brust, zur heilsamen Erinnerung, daß dein Heiland Jesus Christus am Stamm des Kreuzes für dich den Tod erlitten hat. — Unter diesem Zeichen sollst du leben, sollst kämpfen und sollst siegen. Amen.

Lasset uns beten:

O allmächtiger, ewiger Gott, Vater unseres Herrn Jesu Christi, wir rufen Dich an über diesen Deinen Diener (diese Deine Dienerin), der (die) um die Gabe Deiner Taufe bittet, und Deine ewige Gnade durch das Bad der Wiedergeburt begehret. Nimm ihn (sie) auf, o Herr, wie Du gesagt hast: Bittet, so werdet ihr nehmen; suchet, so werdet ihr finden, klopfet an, so wird euch aufgethan. So reiche nun das Gut dem, der (der, die) da bittet, und öffne die Thür dem, der (der, die) da anklopft, daß er (sie) den ewigen Segen dieses himmlischen Bades erlange und das verheißene Reich Deiner Gabe empfangen, durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Höret nun die Worte der heiligen Schrift, wie unser Herr Jesus Christus die heilige Taufe eingekehrt hat.

So schreibt Matthäus im 28. Capitel:

„Gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes, und lehret sie halten Alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“

Und Marcus im 16. Capitel:

„Wer da glaubet und getauft wird, der wird selig werden, wer aber nicht glaubet, der wird verdammet werden.“

Lasset uns auch hören das heilige Evangelium Matthäi im 11. Capitel:

„Zu derselbigen Zeit antwortete Jesus und sprach: Ich preise Dich, Vater und Herr Himmels und der Erde, daß Du solches den Weisen und Klugen verborgen hast, und hast es den Unmündigen geoffenbaret. Ja, Vater, denn es ist also wohlgefällig gewesen vor Dir. Alle Dinge sind mir übergeben von meinem Vater, und Niemand kennet den Sohn, denn nur der Vater, und Niemand kennet den Vater, denn nur der Sohn, und wem es der Sohn will offenbaren. Kommt her zu mir Alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken. Nehmet auf euch mein Joch und lernet von mir, denn ich bin sanftmützig und von Herzen demüthig, so werdet ihr Ruhe finden für eure Seelen. Denn mein Joch ist sanft und meine Last ist leicht.“

Lasset uns beten:

Vater unser, der Du bist im Himmel. Geheiligt werde Dein Name. Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Hierauf ist nach einer der folgenden Formen fortzufahren:

Der Herr behüte deinen Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

Vor Gottes Angesichte und den hier gegenwärtigen Zeugen frage ich dich nun:

Begehrest du Vergebung aller deiner Sünde und entlastest du derselben sammt allem Wesen und Werke des Satans und seines Reiches der Finsterniß?

Glaubest du an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden?

Und an Jesum Christum Seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, niedergefahren zur Hölle, am dritten Tage wieder auf-erstanden von den Todten, aufgefahren gen Himmel, sitzend zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen Er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten?

Und an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinde der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben?

Antwort: Ja.

Willst du getauft sein?

Antwort: Ja.

Hierauf begießt der Geistliche das entblößte Haupt des Täuflings dreimal mit Wasser und spricht:

N. N. Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes.



Der allmächtige Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der dich wiedergeboren hat durch das Wasser und den heiligen Geist, und hat dir alle deine Sünden vergeben, der stärke dich mit Seiner Gnade zum ewigen Leben. Amen.

Friede sei mit dir! Amen.

Lasset uns nun Gott dem Herrn Dank sagen und einmüthiglich also beten:

Allmächtiger, barmherziger Gott und Vater, wir sagen Dir Lob und Dank, daß Du Deine Kirche gnädiglich erhältst und mehrest, und daß Du diesen Mann (Jüngling, Frau, Jungfrau) durch die heilige Taufe wiedergeboren, Deinem lieben Sohne, unserm Herrn und Heilande Jesu Christo einverleibt und zu Deinem Kinde und Erben Deiner himmlischen Güter hast werden lassen. Wir bitten Dich demüthiglich, Du wollest nun denselben (dieselbe) bei der empfangenen Wohlthat gnädiglich bewahren, damit er (sie) in Deiner Erkenntniß alle Tage wachje, und im wahren Glauben endlich das verheißene Erbe im Himmel mit allen Heiligen empfangen möge, durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Der Herr segne euch und behüte euch.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

Oder:

Der Herr behüte deinen Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

Lasset uns nun den christlichen Glauben bekennen, auf welchen du getauft werden sollst.

Ich glaube an Gott, den Vater, allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden.

Und an Jesum Christum, Seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, niedergefahren zur Hölle, am dritten Tage wieder aufstanden von den Todten, aufgefahren gen Himmel, sitzend zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen Er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten.

Und an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinde der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben. Amen.

Vor Gottes Angesicht und vor diesen Zeugen frage ich dich nun:

1) Ist dieser Glaube auch dein Glaube und begehrest du, auf denselben in dem Namen des dreieinigen Gottes getauft zu werden?

Antwort: Ja.

2) Gelobest du, diesem allerheiligsten Glauben gemäß durch die Gnade Gottes würdig zu wandeln, dich vor Sünden zu hüten und gottselig zu leben?

Antwort: Ja.

3) Willst du in solchem rechten Glauben und gottseligen Wandel mit Gottes Hülfe bis an dein Ende beharren, und damit du solches wohl vollbringen mögest, dich mit fleißigem Gebet zu Gottes Wort und Tisch treulich halten?

Antwort: Ja (mit Gottes Hülfe).

Hierauf begießt der Geistliche das entblößte Haupt des Täuflings dreimal mit Wasser und spricht:

N. N. Ich taufe dich im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes.

Der allmächtige Gott und Vater unseres Herrn Jesu Christi, der dich wiedergeboren hat durch das Wasser und den heiligen Geist, und hat dir alle deine Sünde vergeben, der stärke dich mit Seiner Gnade zum ewigen Leben. Amen.

Friede sei mit dir! Amen.

Lasset uns nun Gott dem Herrn Dank sagen und einmütiglich also beten:

Allmächtiger, barmherziger Gott und Vater, wir sagen Dir Lob und Dank, daß Du Deine Kirche gnädiglich erhältst und mehrest, und daß Du diesen Mann (Jüngling, Frau, Jungfrau) durch die heilige Taufe wiedergeboren, Deinem lieben Sohne, unserm Herrn und Heilande Jesu Christo einverleibt und zu Deinem Kinde und Erben Deiner himmlischen Güter hast werden lassen. Wir bitten Dich demüthiglich, Du wollest nun denselben (dieselbe) bei der empfangenen Wohlthat gnädiglich bewahren, damit er (sie) in Deiner Erkenntniß alle Tage wachse und im wahren Glauben endlich das verheißene Erbe im Himmel mit allen Heiligen empfangen möge, durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Der Herr segne euch und behüte euch.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

### Einssegnung der Wöchnerinnen.

Die löbliche Sitte der Einssegnung der Wöchnerinnen ist allenthalben, wo sie besteht, zu erhalten, und wo sie nicht mehr besteht, ist ihre Wiedereinführung anzustreben.

Sie kann am Sonntag oder auch bei einem Gottesdienste in der Woche geschehen, eintretendenfalls im unmittelbaren Anschlusse an die Taufhandlung.

Selbstverständlich kann sie nur Ehefrauen zu Theil werden.

Die Wöchnerin tritt (wo es thunlich ist, ihr Kindlein auf den Armen tragend) an den Altar. Dasselbst redet der Geistliche sie also an:

Im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Liebe Schwester in Christo!

Weil dir der liebe Gott in deiner Noth gnädiglich geholfen, ein gesundes Kind gegeben und dasselbe zur heiligen Taufe hat kommen lassen, so sollst du Ihm für solchen Segen von Herzen danken und Ihn bitten, daß Er dich auch ferner sammt dem Kindlein in Seine väterliche Obhut nehmen wolle. — Höre denn in Andacht, wie geschrieben steht  
Ps. 35, 2—9:

„Ich will den Herrn loben allezeit, Sein Lob soll immerdar in meinem Munde sein.

Meine Seele soll sich rühmen des Herrn, daß die Elenden hören und sich freuen.

Preiset mit mir den Herrn und lasset uns mit einander Seinen Namen erhöhen.

Da ich den Herrn suchte, antwortete Er mir und errettete mich aus aller meiner Furcht.

Welche Ihn ansehen und anlaufen, deren Angesicht wird nicht zu Schanden.

Da dieser Glende rief, hörte der Herr und half ihm aus allen seinen Nöthen.

Der Engel des Herrn lagert sich um die her, so Ihn fürchten, und hilft ihnen aus.

Schmecket und sehet, wie freundlich der Herr ist. Wohl dem der auf Ihn bauet."

Allmächtiger Gott, lieber himmlischer Vater, wir sagen Dir Lob und Dank, daß Du dieser hier gegenwärtigen Ehefrau nach der Stunde der Angst ein gesundes Kindlein geschenkt und dasselbe in der heiligen Taufe zu Deinem Kinde und Erben gemacht hast. Wir bitten Dich, erbarme Dich über dieselbe auch fernerhin, behüte sie sammt ihrem Kindlein vor allem Uebel, erhalte sie beständig bei Deinem Wort im rechten Glauben und verleihe ihr Gnade, daß sie ihr Kind Dir zu allem Wohlgefallen erziehe und dereinst mit ihm ewig selig werde durch Jesum Christum, Deinen lieben Sohn, unsern Herrn. Amen.

Vater unser, der Du bist im Himmel. Geheiligt werdet Dein Name. Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Der Herr segne dich und behüte dich.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über dir und sei dir gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf dich und gebe dir Frieden. Amen.

Oder:

Der Herr segne deinen Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

Ein Kindlein hast du geboren, geschaffen zum Bilde des lebendigen Gottes und durch die heilige Taufe angenommen zum ewigen Leben. Darum soll deine Seele den Herrn erheben, und dein Geist freue sich Gottes deines Heilandes. Denn Er hat große Dinge an dir gethan, der da mächtig ist, und Deß Name heilig ist. Und Seine Barmherzigkeit währet immer für und für bei denen, die Ihn fürchten. Darum opfere Gott Dank und bezahle dem Herrn deine Gelübde. Demüthige dich vor dem Herrn, deinem Gott, an Seinem Altare und folge mir im Geiste, wenn ich in deinem Namen mit den Worten des 116. Psalms also bete:

Die Wöchnerin kniet nieder und der Geistliche betet aus dem 116. Psalm:

„Das ist mir lieb, daß der Herr meine Stimme und mein Flehen höret,

Daß Er Sein Ohr zu mir neiget; darum will ich mein Leben lang Ihn anrufen.

Stricke des Todes hatten mich umfangen, und Angst der Hölle hatte mich getroffen, ich kam in Jammer und Noth.

Aber ich rief an den Namen des Herrn: O Herr, errette meine Seele.

Der Herr ist gnädig und gerecht, und unser Gott ist barmherzig.

Der Herr behütet die Einfältigen. Wenn ich unterliege, so hilft Er mir.

Sei nun wieder zufrieden, meine Seele, denn der Herr thut dir Gutes.

Denn Du hast meine Seele aus dem Tode gerissen, mein Auge von den Thränen, meinen Fuß vom Gleiten. —

Wie soll ich dem Herrn vergelten alle Seine Wohlthat, die Er an mir thut?

Ich will den heilsamen Reich nehmen und des Herrn Namen verkündigen.

Ich will meine Gelübde dem Herrn bezahlen, vor allem Seinem Volk.

In den Höfen am Hause des Herrn, in Dir, Jerusalem. Hallelujah!"

Allmächtiger Herr Gott, wir danken Dir demüthiglich, daß Du diese Frau, Deine Züngerin, in ihren Kindesnöthen gnädiglich behütet, in ihren Aengsten sie getröstet und ihr bis hierher gnädiglich geholfen hast. So hilf ihr denn auch fernerhin, o barmherziger Vater, daß sie auf allen ihren Wegen unter Deiner heiligen Obhut (mit diesem ihren Kindlein) in Deinem Gehorsam wandeln, in Deiner Erkenntniß immerdar wachsen und also endlich zu Deiner ewigen Herrlichkeit eingehen möge, durch Deinen lieben Sohn Jesum Christum, der mit Dir und dem heiligen Geiste lebet und regieret in Ewigkeit. Amen.

Vater unser, der Du bist im Himmel. Geheiligt werde Dein Name. Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Der Herr segne dich und behüte dich. Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über dir und sei dir gnädig. Der Herr erhebe Sein Angesicht auf dich und gebe dir Frieden. Amen.

### Wenn das Kindlein todt ist.

Liebe Schwester in Christo! Da es dem allmächtigen Gott nach Seinem verborgenen Rathschlusse gefallen hat, das Kindlein, welches er dir geschenkt, bald wieder von dieser Welt abzurufen und zu Sich in Sein himmlisches Reich zu nehmen, so hast du Ihm doch zu danken, daß Er dir beigestanden in deinen Nöthen (und dein Kindlein zur heiligen Taufe hat kommen lassen) und hast Ihn zu bitten, daß Er dir Gnade verleihe, dich in geduldiger Ergebung unter Seinen väterlichen Willen zu beugen, auch in Kreuz und Trübsal Seine Führung zu erkennen und Seinen heiligen Namen zu preisen und mit Hiob zu sprechen: „Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen. Der Name des Herrn sei gelobt.“

Deshalb wollen wir mit dir und für dich von Herzen beten:

Herr Gott, himmlischer Vater, der Du dieser Deiner Magd in der Stunde ihrer Noth beigestanden, aber auch ihre Hoffnung und Freude in Traurigkeit verwandelt hast, wir danken Dir für alle väterliche Güte und Gnade, die Du ihr (und ihrem Kinde) erwiesen hast, und bitten Deine Barmherzigkeit: erleuchte, regiere, tröste sie durch Deinen heiligen Geist, daß sie in der ihr auferlegten Trübsal Deinen guten und gnädigen Willen erkenne, sich unter denselben in aller Geduld und Ergebung beuge und sich des gewissen Glaubens getröste, daß ihr Kind in Deiner Vaterhand wohl geborgen und zum ewigen seligen Leben verwahrt sei. Stärke sie auch fernerhin an Leib und Seele, bewahre sie nach Deinem Rath vor allem Uebel und schenke ihr Gnade, daß sie im rechten Glauben zunehme und bis ans Ende verharre, und also in Freud und Leid Deinen Namen preise und Dir allezeit diene durch Jesum Christum, unsern Herrn. Amen.

Vater unser, der Du bist im Himmel. Geheiligt werde Dein Name. Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Der Herr segne dich und behüte dich.

Der Herr lasse Sein Angesicht leuchten über dir und sei dir gnädig.

Der Herr erhebe Sein Angesicht auf dich und gebe dir Frieden. Amen.

## Die Confirmationshandlung.

Der Tag der Confirmation wird am Sonntage vorher der Gemeinde bekannt gemacht,\*) und der Segen des Herrn dazu erbeten.

Die öffentliche Prüfung der Confirmanden findet entweder an dem Confirmationstage selbst, oder an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage, bezw. an einem Tage innerhalb der dem Confirmationstage vorhergehenden Woche statt. Der Gottesdienst am Confirmationstage verläuft nach der vorgeschriebenen sonntäglichen Gottesdienstordnung bis zum Schluß des Bekenntnisliedes. Nach letzterem sind die etwaigen Danksgesänge, Fürbitten und Abkündigungen vorzunehmen, während das allgemeine Kirchengebet an dem Tage in Wegfall kommt.

Hierauf folgt die Prüfung der Confirmanden, falls dieselbe nicht an einem früheren Tage bereits stattgefunden hat.

Nach dem dann folgenden Hauptliede hält der Geistliche die Confirmationsrede.

Darnach singt die Gemeinde nach Aufforderung des Geistlichen: „Komm, heiliger Geist, Herr Gott“ u. s. w. oder ein anderes passendes Lied aus dem Gesangbuche.

Hierauf leitet der Geistliche zu dem eigentlichen Confirmationsacte etwa in folgender Weise über:

Geliebte Söhne und Töchter, wollet ihr nun euren Taufbund mit Gott bestätigen, euren christlichen Glauben, in welchem ihr nach der Lehre unserer evangelisch-lutherischen

---

\*) Etwa in folgender Weise: „An dem nächstfolgenden Sonntage soll, mit Gottes Hülfe die Confirmation der dazu vorbereiteten Söhne und Töchter unserer Gemeinde vorgenommen werden. Wir preisen den Reichtum aller Barmherzigkeit, die Gott an uns und unsern Kindern gethan hat und sind der getrosten Zuversicht, daß Er sie auch ferner nicht lassen, sondern sie mit Seinem heiligen Geiste leiten und regieren und das gute Werk vollführen wird, welches Er in ihnen angefangen. Wir Alle aber wollen hierbei nicht nur an unseren eigenen Taufbund uns erinnern lassen, sondern auch wohl beherzigen, daß unsere Kinder ein uns von Gott anvertrautes Gut sind, über welches wir Ihm einst Rechenschaft zu geben haben. Darum bitte und ermahne ich die ganze Gemeinde, besonders aber die Eltern und Taufpaten, wie die nächsten Angehörigen und Lehrer der Confirmanden, sich in herzlichem Gebet und aller christlichen Treue derselben anzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie in dem häuslichen Leben nicht zerstreut, sondern zu heilsamer Einsicht in sich und stiller Sammlung vor Gott angeleitet und unterstützt werden. Gott der Herr aber, welcher der rechte Vater ist über Alles, was da Kinder heißt im Himmel und auf Erden, walte in Gnaden, daß diese und unser Aller Namen im Himmel angeschrieben bleiben. Er segne dazu die christliche Unterweisung und Erziehung unserer Jugend und verbinde Haus, Schule und Kirche unter uns immer fester durch das Band der Einigkeit in Seinem Geiste, auf daß durch unsere gemeinsame Arbeit Sein Name geheiligt und Sein Reich gebauet werde. Das verleihe Er uns um Jesu Christi, unseres Heilandes willen. Amen.“

Kirche unterwießen seid, öffentlich bekennen und das Taufgelübde, das einst eure Väter für euch abgelegt, nun selber auf euch nehmen, so sprecht: Ja.

(Nachdem die Gemeinde nach Aufforderung des Geistlichen sich erhoben hat, fährt derselbe fort:)

So frage ich euch nun vor Gott und dieser christlichen Gemeinde:

1) Glaubet ihr an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden?

Und an Jesum Christum, Seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, niedergefahren zur Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Todten, aufgefahren gen Himmel, sitzend zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen Er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten?

Und an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinde der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben? (so antwortet: Ja, wir glauben.)\*)

Antwort: Ja, wir glauben.

2) Ich frage euch weiter: Gelobet ihr, diesem allerheiligsten Glauben gemäß durch die Gnade Gottes würdiglich zu wandeln, euch vor Sünden zu hüten und gottselig zu leben? (so antwortet: Ja, mit Gottes Hülfe.)

Antwort: Ja, mit Gottes Hülfe.

3) Ich frage euch zum Dritten:

Wollt ihr in solchem rechten Glauben und gottseligen Wandel mit Gottes Hülfe bis an euer Ende beharren, und damit ihr solches wohl vollbringen möget, euch mit fleißigem Gebet zu Gottes Wort und Tisch treulich halten? (so antwortet: Ja, Gott stärke uns durch Jesum Christum)

Antwort: Ja, Gott stärke uns durch Jesum Christum.

Auf solch euer Bekenntniß und Gelübde bezeuge ich euch kraft meines Amtes als verordneter Diener der christlichen Kirche, daß der Gnadenbund Gottes, des dreieinigen, welchen Er in der heiligen Taufe euch zugesagt und versiegelt hat, feststeht, bestätige euch als Glieder unserer evangelisch-lutherischen Kirche und spreche euch zu alle Rechte, Güter und Gaben, die unser Herr Jesus Christus Seiner gläubigen Gemeinde erworben und geschenkt hat. Solches thue ich im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes.

---

\* Statt dieser Frage kann auch folgende Form gebraucht werden:

So fordere ich euch nun auf, euren christlichen Glauben zu bekennen, indem Einer von euch im Namen eurer Aller ihn sprechen möge.

Einer der Knaben spricht das apostolische Glaubensbekenntniß.

So frage ich euch nun vor Gott und dieser christlichen Gemeinde: Bekennt ihr euch Alle von Herzen zu diesem christlichen Glauben, auf den ihr getauft seid, so antwortet: Ja, wir glauben.

Antwort: Ja, wir glauben.

Lasset uns beten:

Allmächtiger und barmherziger Gott, Vater unseres Herrn Jesu Christi, der Du allein alles Gute in uns anfängst, bestätigst und vollendest, wir danken Dir von Herzen, daß Du diese Kinder Deiner Kirche geschenkt, durch die heilige Taufe wiedergeboren und nun auch so weit erleuchtet hast, daß sie diese Deine Gnade und Güte und ihre Erlösung in Christo, Deinem lieben Sohne, unserm Herrn, auch selbst erkennen und vor Deiner Gemeinde jetzt bekannt haben. Wir bitten Dich, Du wollest das gute Werk, das Du in ihnen angefangen hast, stärken, Deinen heiligen Geist in ihnen mehren, auf daß sie in Deiner Kirche und Gemeinde, im wahren Glauben Deines heiligen Evangeliums stetig bleiben und beständig verharren, und keine falsche Lehre noch fleischliche Lüste sie von der bekannten Wahrheit abführen möge. Sondern gib ihnen, daß sie zu Deinem heiligen Wohlgefallen an Christo, Deinem Sohne, unserm gemeinsamen Haupte, immerdar wachsen, in aller Weisheit, Heiligkeit und Gerechtigkeit, damit sie Dich und Deinen lieben Sohn, unsern Herrn sammt dem heiligen Geiste als alleinigen wahren Gott immer vollkommener erkennen, herzlicher lieben und vor aller Welt mit Worten und all ihrem Leben je länger desto beständiger bekennen, loben und preisen; daß sie also nach ihrem Taufbunde Glauben und gut Gewissen bewahren, christlich leben, geduldig leiden, ritterlich ringen und durch Tod und Leben zu Dir in den Himmel dringen mögen, durch denselben unsern Herrn Jesum Christum, der mit Dir und dem heiligen Geiste lebet und regieret, hochgelobet in Ewigkeit. Amen.

Vater unser, der Du bist im Himmel. Geheiligt werde Dein Name. Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Unser täglich Brot gib uns heute. Und vergieb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung. Sondern erlöse uns von dem Uebel. Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen. \*)

Der Friede Gottes, welcher höher ist, denn alle Vernunft, bewahre euere Herzen und Sinne in Christo Jesu zum ewigen Leben. Amen.

(Während des hierauf folgenden Gesanges treten die Confirmanden an den Altar zum Empfang des heiligen Abendmahls.)

Wo es thunlich erscheint, mögen die Confirmanden nach dem Vaterunser einzeln oder zu mehreren an den Altar treten und dort niederknien, um von dem Geistlichen unter Handauslegung eingeseget zu werden. Der Geistliche bedient sich dabei des einen oder anderen der nachfolgenden Segensprüche (denen er auch für jeden einzelnen Confirmanden einen passenden Bibelspruch als Denkspruch fürs Leben beifügen kann):

Der Herr segne dich und behüte dich. Der Herr erleuchte Sein Angesicht über dir und sei dir gnädig. Der Herr erhebe Sein Angesicht auf dich und gebe dir Frieden. Amen.

Der Herr unser Gott bestätige und verwahre das Gute, das Er in dir angefangen hat, durch Jesum Christum. Amen.

Der Segen des allmächtigen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes komme über euch und bleibe bei euch jetzt und immerdar. Amen.

\*) Hiernach kann auch noch eine kurze Ansprache gehalten werden, in welcher die Kinder dem Gebet und der Fürsorge der Gemeinde empfohlen werden.

Der Allmächtige Gott erneuere und vermehre in dir die Gabe des heiligen Geistes Schutz und Schirm vor allem Argen, Stärke und Hülfe zu allem Guten, um des Verdienstes unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi willen. Amen.

Der Gott aller Gnade, der dich berufen hat zu Seiner ewigen Herrlichkeit in Christo Jesu, derselbige wolle dich vorbereiten, stärken, kräftigen, gründen. Amen.

Der Vater unseres Herrn Jesu Christi gebe dir Kraft, stark zu werden durch Seinen Geist an dem inwendigen Menschen und Christum zu wohnen durch den Glauben in deinem Herzen, daß du erfüllt werdest mit allerlei Gottesfülle. Amen.

Gott, der himmlische Vater, erneuere und vermehre in dir um Christi willen die Gabe des heiligen Geistes zur Stärkung des Glaubens, zur Kraft in der Gottseligkeit, zur Geduld in allen Leiden und zur seligen Hoffnung des ewigen Lebens. Amen.

Der Gott des Friedens heilige dich durch und durch, daß dein Geist ganz, sammt Seele und Leib, unsträflich behalten werde auf die Zukunft unseres Herrn Jesu Christi. Amen.

Nach der Einsegnung spricht der Geistliche noch zu allen Confirmanden:

Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben, spricht der Herr, euer Erlöser. Darum, meine Lieben, seid fest und unbeweglich und nehmet immer zu in dem Werke des Herrn. Denn Gott ist treu, der euch berufen hat.

Der Friede unseres Herrn Jesu Christi sei und bleibe bei euch Allen. Amen.



## Anlage 10 c. (Prot. 1.)

## M o t i v e.

Von der dritten ordentlichen Landes-Synode war an die Kirchenregierung das Ersuchen gerichtet,

„der nächsten ordentlichen Landes-Synode eine Vorlage zugehen zu lassen, wodurch die Taufhandlung und die Confirmation einheitlich liturgisch geregelt werden.“

Die Kirchenregierung hat indessen, wie der vierten ordentlichen Landes-Synode mitgetheilt ist, von einer den gedachten Gegenstand betreffenden Vorlage damals noch absehen zu sollen geglaubt, jedoch für angemessen erachtet, den Entwurf eines darauf bezüglichen Kirchengesetzes nunmehr der fünften ordentlichen Landes-Synode zur Vorlage zu bringen, und wird zu demselben noch Folgendes bemerkt:

Was zunächst den Entwurf einer liturgischen Ordnung der Kindertaufe betrifft, so ist nach dem Vorgange anderer Kirchenregierungen für zweckmäßig erachtet, für dieselbe mehrere und zwar drei Parallelformulare zu geben, von denen das erste sich genauer an die Agende von 1709 anschließt, während bei dem zweiten und dritten mehrfach in neuere Agenden aufgenommene Formen berücksichtigt sind, und das dritte zugleich eine etwas abgekürzte Form darbietet.

Außerdem ist ein Formular für die Nothtaufe und ihre Bestätigung hinzugefügt.

Für die Taufe eines Erwachsenen findet sich in der E. K. O. von 1709 eine Anweisung überhaupt nicht vor, es ist indessen zweckmäßig erschienen, auch eine solche und zwar in zwei Parallelformularen darzubieten.

Im Anschluß an die liturgische Ordnung der Kindertaufe ist zugleich ein liturgisches Formular für die Einsegnung der Wöchnerinnen vorgelegt, da die in Cap. XII. der E. K. O. von 1709 enthaltene Form der heutigen Ausdrucksweise zu fremd geworden sein dürfte.

Bei Feststellung der liturgischen Ordnung für die Confirmationshandlung ist in Rücksicht auf die verschiedenen localen Verhältnisse bezüglich einiger Stücke die Wahl zwischen verschiedenen Formen freigelassen.

Anlage **11.** (Prot. 1.)

**Albrecht, Prinz von Preußen** u., Regent des Herzogthums  
Braunschweig.

Wir finden Uns in Rücksicht auf die Geschäftslage bei der heute eröffneten  
fünften ordentlichen Landes-Synode bewogen, dieselbe hiermit bis

**Mittwoch, den 16. Januar k. J.**

zu vertagen, und verordnen, daß sich die Mitglieder derselben an jenem Tage allhier  
wieder zu versammeln haben.

Braunschweig, den 19. December 1888.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Wirt.**

An  
die Landes-Synode.

## Albrecht, Prinz von Preußen rc., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Wir lassen der Landes-Synode in der Anlage einen von Unserm Herzogl. Consistorium ausgearbeiteten und von Uns genehmigten Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, zur kirchenverfassungsmäßigen Mitwirkung zugehen und bemerken dazu Folgendes:

Während der Verhandlungen der 4. ordentlichen Landes-Synode ist bereits die Frage einer Erörterung unterzogen worden, ob nicht die Kirchenregierung um Vorlage eines Kirchengesetzes zu ersuchen sei, durch welches die Behandlung derjenigen Fälle, in denen die kirchliche Trauung oder die Taufe der Kinder verschmäht oder die letztere begehrt werde, ohne daß die erstere vorangegangen sei, geregelt werde. Wenn auch die ordentliche Landes-Synode von einem darauf bezüglichen Antrage für damals absehen zu sollen geglaubt hat, so ist doch auf Grund eines aus der Mitte der Landes-Synode später gestellten und angenommenen Antrages mittelst Schreibens vom 18. December 1884 an Unser Herzogl. Consistorium das Ersuchen gerichtet:

„die im nächsten Jahre zusammentretenden Inspections-Synoden zu veranlassen, sich über das Verhältniß der Kirche zu solchen, die sich durch Verweigerung von Trauung, Taufen und dergleichen der Mißachtung derselben schuldig machen, zu äußern“.

Wie diesem Ersuchen von Unserm Herzogl. Consistorium entprochen worden, und welche Stellung die Inspections-Synoden zu den ihnen zur Begutachtung vorgelegten Fragen eingenommen haben, ist in dem Capitel IV unter Nr. I A der der Landes-Synode unter dem 19. December v. Js. J. Nr. 7490 von Uns übersandten eingehenden Mittheilung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche des Näheren ausgeführt, und nehmen Wir hierauf Bezug. In engem An-

An  
die Landes-Synode.

schluß an die, aus der soeben angezogenen Stelle ersichtlichen Ansichten des bei Weitem größten Theiles der Inspections-Synoden hat Unser Herzogl. Consistorium den anbei erfolgenden Kirchengesetz-Entwurf bearbeitet, welcher, wie Wir zu bemerken nicht unterlassen wollen, im Wesentlichen den Bestimmungen des für das Königreich Preußen unter dem 30. Juli 1880 erlassenen Kirchengesetzes, dessen segensreiche Wirkungen in Bezug auf Erstarkung des kirchlichen Pflicht- und Ehrgefühles in den Gemeinden die wärmste Anerkennung gefunden hat, folgt.

Braunschweig, den 5. Januar 1889.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

## Entwurf

### eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung.

d. d. Braunschweig, den . . . . .

---

Von Gottes Gnaden, Wir, **Albrecht**, Prinz von Preußen u., Regent des Herzogthums Braunschweig,

erlassen Kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirath Unseres Herzoglichen Consistoriums und mit Zustimmung der Landes-Synode das nachstehende Kirchengesetz:

#### §. 1.

Wenn Kirchenglieder ihre Pflicht veräumen, die unter ihrer Gewalt stehenden Kinder taufen bezw. confirmiren zu lassen oder für die von ihnen eingegangene Ehe die Trauung zu begehren, so ist auf dieselben vorerst durch seelsorgerischen Zuspruch des Geistlichen sowie durch freundliche ernste Mahnung eines oder mehrerer Mitglieder des Kirchenvorstandes einzuwirken.

Etwaige äußere Hindernisse, welche die Erfüllung jener Pflichten erschweren können, sind thunlichst zu beseitigen.

#### §. 2.

Wer ungeachtet dieser Einwirkung die Erfüllung der kirchlichen Pflicht beharrlich versagt, ist durch eine Zuschrift des Kirchen-Vorstandes zur Nachholung des Versäumten binnen einer angemessenen Frist unter Hinweisung auf die Folgen der Unterlassung aufzufordern.

#### §. 3.

Bleibt auch diese schriftliche Aufforderung ohne Erfolg, so treten für den Schuldigen auf Beschluß des Kirchen-Vorstandes die in den nachfolgenden Bestimmungen festgestellten weiteren Maßregeln ein.

Die Betheiligten haben wegen dieses Beschlusses das Recht der Beschwerde, über welche Unser Herzogliches Consistorium entscheidet. Gegen diese Entscheidung kann ein Recurs an Uns sowohl von den Betheiligten, als von dem Kirchenvorstande verfolgt werden.

## §. 4.

Kirchenglieder, welche die Taufe eines unter ihrer Gewalt stehenden Kindes verweigern oder ohne triftige Gründe beharrlich versäumen, sollen der Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, des kirchlichen Wahlrechts (§§. 2—4 des Gesetzes vom 10. October 1873 *Nr.* 51; §. 6 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 *Nr.* 34) sowie des Rechtes der Taufpathenschaft verlustig erklärt werden.

Ueber die Ausschließung vom heiligen Abendmahl bei Verweigerung der Taufe, sowie in den nachfolgenden Fällen der §§. 5 bis 7 entscheiden die Bestimmungen des §. 12.

## §. 5.

Der Verlust der in §. 4 genannten Rechte trifft auch solche Kirchenglieder, welche in Verachtung der kirchlichen Ordnung sich weigern, für eine von ihnen geschlossene, kirchlich nicht zu beanstandende Ehe die Trauung nachzusuchen, oder ein evangelisches, unter ihrer Gewalt stehendes Kind beharrlich der Vorbereitung für die Confirmation entziehen oder in die Confirmation desselben nicht einwilligen.

## §. 6.

Ein Kirchenglied, welches eine Ehe schließt, der die Trauung aus kirchlichen Gründen nach Maßgabe der Vorschriften in §. 5 des Trauungsgesetzes vom 8. December 1875 *Nr.* 91 verweigert werden muß, ist der Fähigkeit zur Bekleidung eines kirchlichen Amtes, sowie des kirchlichen Wahlrechts und des Rechtes der Taufpathenschaft verlustig zu erklären.

## §. 7.

Wenn ein in gemischter Ehe lebender evangelischer Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zusagt oder zuläßt, so ist derselbe der Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, sowie des kirchlichen Wahlrechts verlustig zu erklären, und sind beide Ehegatten, wenn nicht besondere Milderungsgründe vorliegen, zu der Taufpathenschaft nicht zuzulassen.

## §. 8.

Die nachträgliche Entziehung kirchlicher Rechte ist nicht zulässig, wenn die Erfüllung der genannten kirchlichen Pflichten thatsächlich nicht mehr möglich ist.

## §. 9.

Wird die versäumte Pflicht nachträglich erfüllt, so sind die entzogenen Rechte dem Betroffenen auf seinen Antrag wieder beizulegen.

## §. 10.

Wenn die nachträgliche Erfüllung der verletzten kirchlichen Pflicht nicht mehr möglich ist, so können die entzogenen Rechte auf Grund nachhaltiger Beweise kirchlichen Wohlverhaltens wieder beigelegt werden. <http://publikationsserver.tu-braunschweig.de/get/64651>

## §. 11.

Die Wiederbeilegung der entzogenen kirchlichen Rechte erfolgt auf Antrag durch Beschluß des Kirchenvorstandes.

Gegen einen ablehnenden Beschluß des Kirchenvorstandes steht dem Betroffenen die Beschwerde an Unser Herzogliches Consistorium, bezw. der Recurs an Uns zu.

## §. 12.

Kirchenglieder, welche von den nach Vorschrift dieses Gesetzes (§§. 4 — 7) zulässigen Maßregeln betroffen werden, sind vom heiligen Abendmahle zurückzuweisen, wenn dieselben als unfähig angesehen werden müssen, die Gnadengabe im Segen und ohne Argerniß der Gemeinde zu empfangen.

Dieses ist anzunehmen bei beharrlicher Verabsäumung der Taufe und in den übrigen Fällen besonders dann, wenn die Unterlassung der kirchlichen Pflicht sich durch Argerniß erregende Reden oder Handlungen als Verachtung des Wortes Gottes oder der auf dasselbe gegründeten kirchlichen Ordnung kennzeichnet.

## §. 13.

Ungetaufte sind nicht als Kirchenglieder anzusehen und können deshalb weder zur Confirmation noch zur Ausübung der den Kirchengliedern zustehenden Rechte zugelassen werden. Es ist jedoch gestattet, ihnen die Theilnahme an der kirchlichen Unterweisung zu gewähren.

Kirchengliedern, welche die Kindertaufe empfangen haben, die aber nicht confirmirt sind, steht die Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, die Ausübung des kirchlichen Wahlrechts, sowie das Recht der Taufpathenschaft nicht zu.

## §. 14.

Die Unterlassung der Trauung Seitens der Eltern ist kein Grund, den Kindern derselben die Taufe zu versagen.

Dagegen hat die Danksagung für die Geburt solcher Kinder zu unterbleiben.

## §. 15.

Die Einfegnung der Wöchnerin ist zu versagen, wenn die Ehefrau an der Trauungsverweigerung, bezw. an der Unterlassung der Taufe des Kindes mitthulbig ist.

## §. 16.

Die ehrende Mitwirkung der Kirche bei der Beerdigung solcher Kinder, welche durch Schuld der Eltern ungetauft geblieben sind, kann Seitens der Angehörigen nicht beansprucht werden.

Alle 2c.

Urkundlich 2c.

N<sup>o</sup> 8805 de 1888.Anlage 13. (Prot. 4.)  
(Nebst Anl. 13 a, 13 b und X zu 13 b.)

## Albrecht, Prinz von Preußen u., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Nachdem Unser Herzogl. Consistorium sich schon seit einer längeren Reihe von Jahren auf regierungsseitig gegebene Anregung mit der Aufgabe beschäftigt gefunden hat, zu erwägen, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln den Mängeln gründlich abzuheffen sei, mit welchen das bestehende Pfarr-Wittwen-Versorgungswesen behaftet ist und auch nach der, den Predigern gesetzlich gewährten Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt mehr oder weniger behaftet geblieben ist,

die zu dem Ende mehrfach entworfenen Pläne aber zunächst noch an verschiedenen Bedenken oder Hindernissen gescheitert waren,

hat dasselbe neuerdings zum Zwecke der Lösung dieser Aufgabe die Gründung einer für sich bestehenden und namentlich von der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gänzlich getrennten, aber nach im Wesentlichen gleichen Grundsätzen und Bedingungen eingerichteten stiftungsmäßigen Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt, deren finanzielle Grundlage durch ein, aus einer Vereinigung der Vermögen der bisherigen einzelnen Pfarrwittwen- bezw. Pfarrwittwencassen zu gewinnendes Capital von mehr als anderthalb Millionen Mark gebildet werden soll, bei Uns unter Vorlegung eines bezüglichlichen Gesetzesentwurfes und der dazu ausgearbeiteten Motive in Vorschlag gebracht, und zwar mit dem Antrage, diesen Gesetzesentwurf der Landesversammlung zur „Berathung und Annahme“ vorzulegen.

Wir gedenken, auf diesen Plan einzugehen, finden Uns jedoch bewogen, vor weiterer Entschließung in dieser Angelegenheit die Mitwirkung der Landessynode, welcher wir den gedachten Entwurf nebst den Motiven hierneben zugehen lassen, auf Grund des §. 20 II der Synodalordnung in Anspruch zu nehmen, und bemerken in dieser Hinsicht Folgendes:

An  
die Landes-Synode  
hieselbst.



In den Motiven ist S. 112 fg. unter der Paragraphirung: „Das Verhältniß der staatlichen und der kirchlichen Gesetzgebung zu der Angelegenheit“ dargelegt worden, daß und inwiefern der vorgelegte Gesetzesentwurf „ganz vorwiegend“ der staatlichen Gesetzgebung anheim falle, daß derselbe aber auch in das Gebiet der Kirchengesetzgebung eingreife, indem einerseits den Geistlichen eine umfänglichere Abgabe vom Dienst Einkommen auferlegt, andererseits ein durch die Kirchenordnungen und durch Verfügungen der kirchlichen Oberbehörde eingeführtes und ausgebildetes Pfarrwittwen-Versorgungswesen beseitigt werden solle. Hiernach hält Herzogliches Consistorium dafür, daß der Gesetzesentwurf zunächst bei der Landesversammlung einzubringen, „seine Inkraftsetzung nach erfolgter Annahme“ aber von einer Zustimmungserklärung der Landessynode abhängig zu machen sei; und ist dieser Vorbehalt im §. 30 des Entwurfs zum Ausdrucke gebracht worden.

Wie jedoch die Landessynode die Zustimmung zu dem, zwischen Unserer Staatsregierung und der Landesversammlung vereinbarten Gesetze nur mit Zustimmung Unserer Kirchenregierung würde versagen können, ein Widerstreit aber zwischen dieser und jener, wie solcher mit der Verjagung zu Tage treten würde, nicht wohl statuiert werden darf, die in den Motiven als der Kirchengesetzgebung anheim fallend bezeichneten Fragen auch kaum für so spezifisch kirchlich zu erachten sein möchten, daß sie nicht auch der Staatsgesetzgebung zumal bei erklärtem Einverständnisse der Kirchenregierung mit dem, dieselben einschließenden Gründungsplane, sollten überlassen werden können, so nehmen Wir jedenfalls von einer der Landessynode vorzubehaltenden Zustimmungserklärung zu einem vorangängigen Staatsgesetze Abstand, wollen vielmehr statt dessen die Landessynode hierdurch veranlaßt haben:

Uns ihr Gutachten über den neuen Plan, wie solcher in dem Gesetzesentwurfe des Herzoglichen Consistoriums ausgearbeitet und in den Motiven erörtert worden, zukommen zu lassen;

worauf dann die Frage, ob der vorgelegte Gesetzesentwurf — unverändert oder mit welchen Abänderungen — bei der Landesversammlung einzubringen sei, in weitere Erwägung zu nehmen sein würde.

Insofern jedoch diese demnächstige Erwägung sich auch auf die Frage hingelenkt finden könnte, ob nicht — wie es durch das Gesetz, das Ruheeinkommen der emeritirten Geistlichen betreffend, vom 1. December 1882, zur Vorbereitung des Kirchengesetzes, die Emeritirung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betreffend de eod. d. geschehen ist — durch ein Staatsgesetz die entschieden der Staatsgesetzgebung unterliegenden Bedingungen der neuen Einrichtung festzustellen und der Kirchengesetzgebung die weitere Ausführung des Plans auf dieser Grundlage zu überlassen sei, so wollen Wir zugleich hinsichtlich dieser Frage einem eventuellen Gutachten der Landessynode entgegen sehen.

Braunschweig, den 14. Januar 1889.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Wirt.**

## E n t w u r f

eines Gesetzes, die Errichtung einer Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt betreffend.

d. d. Braunschweig, den . . . . .

---

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen rc., Regent des  
Herzogthums Braunschweig,

erlassen mit Zustimmung der Landes-Versammlung das nachfolgende Gesetz:

### §. 1.

Zum Zwecke der Versorgung der Wittwen- und Waisen von Geistlichen der hiesigen Landeskirche wird eine Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt gegründet und nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes verwaltet.

### § 2.

Der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt stehen alle Rechte und Vorzüge einer milden Stiftung zu.

Dieselbe wird von dem Herzoglichen Consistorium activ und passiv vertreten und — bis auf weiteres unter Mitwirkung des Herzoglichen Finanz-Collegiums — verwaltet.

Die näheren Bestimmungen über die Verwaltungsführung und namentlich die dem Herzoglichen Finanz-Collegium dabei zufallende Mitwirkung werden im Verordnungs- beziehungsweise Verwaltungswege getroffen.

Die Buch- und Cassenföhrung der Anstalt wird bis auf weiteres der Herzoglichen Haupt-Finanz-Casse übertragen, welche die Jahresrechnung dem Herzoglichen Consistorium als der unmittelbaren Verwaltungsbehörde einreicht. Revision und Abnahme der Rechnung erfolgen bis auf weiteres bei Herzoglichem Finanz-Collegium.

Alle Verwaltungs- und Rechnungsangelegenheiten der Anstalt werden von den dabei mitwirkenden Behörden kostenfrei besorgt.

### §. 3.

Das Vermögen und die Einnahmen der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt dürfen zu anderen, als den in diesem Gesetze angegebenen Zwecken nicht verwandt werden.

### §. 4.

Der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt wird das Capitalvermögen der bei den einzelnen Pfarrstellen bereits bestehenden oder demnächst noch zu bildenden Pfarrwitwenthumscassen bezw. Pfarrwitwenhauscassen, soweit nicht Rechte Dritter auf Theile desselben oder seiner Nutzungen nachweislich bestehen, als Grundstock überwiesen.

Wo jedoch vor dem Erlasse dieses Gesetzes einzelnen Gemeinden die Aussicht auf die Verwendung eines Theiles des Capitalvermögens der betreffenden Pfarrwitwenthums-Casse für kirchliche oder Schulzwecke durch besondere oberbehördliche Zusage eröffnet ist, wird den Kirchencassen derselben die Hälfte desjenigen Betrages von jenem Capitalvermögen, welcher nach Ausscheidung der zur Sicherung der festgesetzten Miethentschädigung der Pfarrwitwe mittelst der Zinsen erforderlichen Summe übrig bleibt, vorweg zugetheilt, und sodann der gesammte Rest der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt überwiesen.

Dem Grundstocke der Anstalt werden ferner überwiesen die zur Pfarrwitwen-Versorgung bestimmten, beim Kloster-Capitalfonds oder bei Kirchencassen bezw. im Anhange zu diesen verwalteten Capitalien, deren Zinsen bisher, wenn und so lange sich keine Predigerwitwe in deren Genuße befand, Pfarrwitwenthums-Cassen zugeführt oder capitalisirt worden sind.

Eine Ausnahme machen nur solche zur Pfarrwitwenversorgung bestimmte Capitalien, welche nachweislich aus Stiftungen von Privatpersonen herrühren und bisher ohne Beziehung zu Pfarrwitwenthums-Cassen insbesondere ohne Vermischung ihrer Zinsen mit den Einkünften der letzteren, selbstständig verwaltet sind.

Die Ueberweisung der Capitalien an die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt, sowie eventuell die Zuweisung von Theilen derselben an einzelne Kirchencassen, welche unmittelbar nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu beginnen und thunlichst rasch zu Ende zu führen ist, geschieht durch das Herzogliche Consistorium, gegen dessen Verfügungen den Betheiligten die Beschwerde an das Herzogliche Staats-Ministerium vorbehalten bleibt.

Dem Grundstocke der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt werden durch das Herzogliche Consistorium demnächst fernerweit die entbehrlichen Ueberschüsse der Pfarrwitwenthums- bezw. Pfarrwitwenhaus-Cassen zugeführt. Er vermehrt sich überdies durch die einkommenden Zinsen, welche alljährlich capitalisirt werden müssen, soweit sie nicht nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu anderweitiger Verwendung bestimmt sind; (§§. 5, 9, 29) sowie eventuell durch Zuwendungen, welche ihm etwa, sei es aus öffentlichen Mitteln, sei es von Privatpersonen, gemacht werden.

Der Grundstock ist unantastbar. Er darf nie zur Bestreitung laufender Ausgaben oder Verpflichtungen der Anstalt angegriffen werden. Bei der Belegung der ihm angehörigen

Gelder sind die Vorschriften für die Belegung von Geldern mißher Stiftungen maßgebend. Dem Herzoglichen Consistorium steht jedoch die Befugniß zu, aus dem Grundstocke an Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwenhumms-Cassen und Opfereien bezw. Schulen zur Bestreitung von Ausgaben, denen ihre laufenden Jahreseinnahmen nicht gewachsen sind, sowie an Gemeinden zur Bestreitung der Kosten von kirchlichen Bauten oder Schulbauten, auch ohne Hypothekbestellung Darlehen zu geben. Anträge auf Bewilligung solcher Darlehen sind an das Herzogliche Consistorium zu richten, dessen Entscheidung in jedem einzelnen Falle die Frage, ob und unter welchen Bedingungen das Darlehen erfolgen soll, überlassen ist. Diese Bedingungen müssen so gestellt werden, daß eine Verringerung der jährlichen Einnahmen des Grundstockes der Anstalt in Folge des Darlehnsgeschäftes ausgeschlossen bleibt.

## §. 5.

Die Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt hat mittelst ihrer laufenden Einnahmen:

- 1) diejenigen Verpflichtungen zu erfüllen, welche ihr bei Ueberweisung der in den Grundstock aufzunehmenden Capitale als auf denselben bereits ruhende Lasten auferlegt worden;
- 2) den Wittwen und Waisen verstorbenen Geistlichen der hiesigen Landeskirche nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes Pensionen oder Beiträge zu solchen (§. 10 Absatz 2) zu zahlen.

## §. 6.

Die laufenden Einnahmen der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt bestehen in

- 1) den jährlichen Zinsen des Grundstockes und eventuell des Reservefonds (s. §. 7);
- 2) den laufenden Beiträgen der Theilnehmer der Anstalt.

## §. 7.

Zur Deckung pflichtmäßiger Ausgaben der Anstalt (§. 5), welche mittelst ihrer laufenden Einnahmen ausnahmsweise nicht bestritten werden können, wird ein Reservefonds gebildet. In denselben fließen

- 1) die einmaligen Abgaben eines Zwölftels vom Dienst Einkommen der Theilnehmer der Anstalt;
- 2) die Zinsen seines gesammten Vermögens, welche alljährlich zu capitalisiren sind, soweit sie nicht dem Zwecke des Fonds gemäß verbraucht werden müssen.

Sobald der Reservefonds die Höhe von 100 000 M. erreicht hat und so lange sein Capitalbestand nicht unter diesen Betrag sinkt, werden seine Einkünfte den laufenden Einnahmen der Anstalt hinzugerechnet und mit diesen zu den Ausgaben der letzteren bezw. zur Vermehrung ihres Grundstockes verwandt.

Dem Reservefonds sind diejenigen Summen zu entnehmen, deren es bedarf, um in außerordentlichen Fällen das Gleichgewicht zwischen den Jahreseinnahmen und den Jahresausgaben der Anstalt herzustellen.

## §. 8.

Falls nach eingetretener Erschöpfung des Reservefonds die Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt mittelst ihrer Jahreseinnahmen die ihr obliegenden Zahlungen vollständig zu leisten nicht vermag, so wird das Deficit eines jeden Jahres durch verhältnißmäßige Zuschläge zu den laufenden Beiträgen gedeckt. Die Zuschläge werden in jeder Hinsicht den laufenden Beiträgen gleich behandelt. Die Höhe derselben soll jedoch 50 Procent der Beiträge nicht übersteigen. Ein danach noch verbleibendes Deficit wird durch verhältnißmäßige Abzüge von sämmtlichen Pensionen beglichen.

Die erforderlichen Verfügungen wegen des Beginnes, der Höhe und des Wiederaufhörens der Zuschlagszahlungen sowie der Abzüge von den Pensionen erläßt das Herzogliche Consistorium.

## §. 9.

Sobald der Grundstock bis zur Höhe von 2500000 M angewachsen ist, wird der etwaige Ueberschuß seiner Zinsen, welcher zur Bestreitung der Jahresausgaben der Anstalt nicht erforderlich ist, zunächst dem Reservefonds bis zum Gesamtbetrage der dem Capitalbestande desselben zur Herstellung des Gleichgewichtes in der Casse der Anstalt bisher etwa entnommenen Summen (§. 7) zugeführt. Nachdem auf diese Weise der Reservefonds jedoch höchstens bis auf die Summe von 100000 M, ergänzt ist, oder wenn und in soweit es einer solchen Ergänzung nicht bedarf, wird die Hälfte des Ueberschusses fernerweit zur Vermehrung des Grundstockes capitalisirt, die andere Hälfte aber in zwei gleichen Theilen einerseits den Pensionsberechtigten als außerordentlicher Zuschuß zu den Pensionen nach dem Verhältnisse der Höhe der letzteren überwiesen, andererseits den Theilnehmern nach dem Verhältnisse ihrer laufenden Beiträge zurückgezahlt.

Ist der Grundstock über 2500000 M hinaus soweit angewachsen, daß seine Zinsen für sich allein genügen würden, die Jahresausgaben der Anstalt zu bestreiten, so kann das Herzogliche Consistorium für je ein Jahr die Verwendung eines größeren Bruchtheiles des Ueberschusses, entweder zur Zahlung von Zuschüssen zu den Pensionen, oder zur Zurückzahlung an die Theilnehmer, oder zu beiden Zwecken anordnen.

## §. 10.

Zur Theilnahme an der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt sind berechtigt und verpflichtet alle im Gemeindepfarramte der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogthums fest angestellte Geistliche, deren Pfarrsitz innerhalb der Landesgrenzen belegen ist, einerlei ob sie verheirathet sind oder nicht.

Eine Ausnahme machen nur die Geistlichen, bei deren Pfarrstellen behuf der Pfarrwittwen-Versorgung Privatstiftungen bestehen, welche außer Verbindung mit den Pfarrwittwen-Cassen und der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt geblieben sind (§. 4 Absatz 3), in so weit als durch diese Stiftungen ihren Wittwen und Waisen der Bezug einer Pension gesichert ist. Erreicht die letztere jedoch die Höhe der gesetzlichen Pension (§. 12) nicht, so müssen sie, einerlei, ob sie verheirathet sind, oder nicht, ihren etwaigen Wittwen oder Waisen den Bezug einer Pension von der Höhe des Fehlbetrages aus der Landes-Pfarr-

wittwen-Verorgungsanstalt durch Theilnahme an dieser mit einem Theile ihres Dienst Einkommens (§. 22) sichern.

Die Berechtigung und Verpflichtung zur Theilnahme beginnt regelmäßig mit dem ersten Tage des Monats, innerhalb dessen der Geistliche in das Pfarramt an einer inländischen Gemeinde eingeführt ist, bei denjenigen Geistlichen aber, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits in einem inländischen Gemeindepfarramte angestellt sind, mit dem ersten Tage des Monats, innerhalb dessen sie nach erfolgter Versetzung in ein anderes inländisches Gemeindepfarramt eingeführt werden.

Die Theilnahme an der Landes-Pfarrwittwen-Verorgungsanstalt hebt die Verpflichtung zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt auf. Theilnehmer an der letzteren scheiden aus derselben mit dem Beginne ihrer Theilnahme an der Landes-Pfarrwittwen-Verorgungsanstalt aus

#### §. 11.

Die Verpflichtung und Berechtigung zur Theilnahme erlischt regelmäßig, sobald der Theilnehmer aufhört, ein inländisches Gemeindepfarramt zu bekleiden. Sie überdauert diesen Zeitpunkt jedoch (abgesehen von der Bestimmung im 3. und 4. Absätze des §. 24)

bei emeritirten Geistlichen,

sowie bei Geistlichen, welche nach den §§. 21 bis 23 des Gesetzes, die Entlassung der Staatsdiener u. s. w. betreffend, vom 22. December 1870 (M. 113) aus dem Amte entlassen sind,

bis zu deren Ableben

Werden emeritirte oder entlassene Geistliche zu Zuchthausstrafe verurtheilt, so gehen sie der Theilnahme an der Anstalt verlustig.

Einem Theilnehmer, welcher aus dem Gemeindepfarramte in Folge seiner Berufung zu einem kirchenregimentlichen Amte oder einer Staatsdienststelle bezw. Schuldienststelle innerhalb des Herzogthums ausscheidet, kann auf seinen Antrag durch das Herzogliche Staatsministerium nach Anhörung des Herzoglichen Consistoriums gestattet werden, ferner bei der Landes-Pfarrwittwen-Verorgungsanstalt theilhaftig zu bleiben und um deswillen die Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt abzulehnen. Wird die Erlaubniß erteilt, so bleibt er auf Grund derselben zur Theilnahme an der Landes-Pfarrwittwen-Verorgungsanstalt so lange verpflichtet, als er anderenfalls zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt verbunden gewesen wäre

Ein Anspruch auf Zurückzahlung der an die Landes-Pfarrwittwen-Verorgungsanstalt geleisteten Abgaben und Beiträge findet nicht statt.

#### §. 12.

Die bis zum Tode des Theilnehmers fortgesetzte Theilnahme an der Anstalt begründet für die hinterbliebene Wittwe, und in den dazu geeigneten Fällen für die hinterbliebenen Waisen, den Anspruch auf Zahlung einer Pension, welche in der Regel (§§. 8 und 9) 24 Procent desjenigen jährlichen Einkommens, wovon die gesetzlichen Beiträge geleistet sind, betragen soll.

Die Pension wird für die Hinterbliebenen der Theilnehmer, welche zur Zeit ihres Todes noch im Dienste standen, nach demjenigen Einkommen, von welchem sie zuletzt beigetragen haben, für die Hinterbliebenen der emeritirten oder aus dem Amte entlassenen Theilnehmer aber nach demjenigen Einkommen berechnet, von welchem sie vor ihrem Ausscheiden aus dem Pfarramte bezw. Dienste zuletzt beigetragen haben.

Wenn emeritirte oder aus dem Amte entlassene Theilnehmer nach erlangter Wiederanstellung im inländischen Kirchendienste oder Staats- bezw. Schuldienste von dem neuen Dienst Einkommen beigetragen haben (s. §. 24 a. E.), so wird die Pension für ihre Hinterbliebenen nach diesem berechnet, falls es höher war, als das Dienst Einkommen zur Zeit der Emeritirung oder Entlassung, anderenfalls nach letzterem.

### §. 13.

Der Anspruch auf Pension fängt von dem Zeitpunkte an, zu welchem der Bezug des Dienst Einkommens, bezw. des dem aus dem Amte Entlassenen verbliebenen Theiles desselben, oder des Ruhe Einkommens, aufhört.

Die Zahlung der Pension hat zur Voraussetzung, daß von dem Dienst Einkommen, nach welchem die letztere berechnet wird, die einmalige Abgabe abgeführt ist, und die laufenden Beiträge mindestens für ein volles Jahr entrichtet sind. Ist das beim Eintritte des Anspruches auf Pension noch nicht geschehen, so haben die Pensionsberechtigten das Fehlende zunächst einzuzahlen bezw. sich von der oder den ersten Pensionsräten in Abzug bringen zu lassen, wie sie auch verpflichtet sind, die etwa beim Ableben des Theilnehmers verbliebenen Rückstände desselben an einmaliger Abgabe und Beiträgen zur Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt zu berichtigen.

Die Pensionen sind in vierteljährlichen Raten zahlbar und können im dritten Monate eines jeden Quartales erhoben werden.

### §. 14.

Die Pensionen können nach allen zum Deutschen Reiche gehörigen Orten bezogen werden. Zum Bezuge derselben nach Orten außerhalb des Deutschen Reiches ist die Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums erforderlich. Bei Ertheilung dieser Erlaubniß, welche ohne besonderen Grund nicht versagt werden wird, werden den Pensionsberechtigten zugleich die Bedingungen vorgegeschrieben, denen sie sich wegen des Fortbezuges der Pension zu unterwerfen haben.

### §. 15.

Der Anspruch auf die Pension kann mit rechtlicher Wirkung nur in soweit abgetreten, verpfändet oder sonst übertragen werden, als derselbe der Pfändung unterliegt.

### §. 16.

Zu dem Bezuge der Pension sind unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen die nachgelassenen Wittwen und die ~~ehelichen~~ <sup>ehelichen</sup> Kinder der Theilnehmer berechtigt.

## §. 17.

Das Anrecht der Wittve auf den Bezug der Pension währt regelmäßig bis zu ihrem Ableben. Sie geht desselben jedoch verlustig durch Wiederverheirathung oder durch ihre rechtskräftige Verurtheilung zu Zuchthausstrafe.

Das Anrecht der Kinder auf den Bezug der Pension währt bis zu ihrem vollendeten 21. Jahre. Sie gehen desselben verlustig durch ihre rechtskräftige Verurtheilung zu Zuchthausstrafe, Töchter außerdem durch ihre Verheirathung.

Das Anrecht der aus der Ehe der Wittve mit dem verstorbenen Theilnehmer der Anstalt stammenden Kinder auf den Bezug der Pension wird erst wirksam nach dem Erlöschen des Anrechtes der Wittve.

## §. 18.

Das Anrecht der Wittve geht auf die volle Pension, falls neben ihr pensionsberechtigigte Kinder aus früheren Ehen des verstorbenen Theilnehmers nicht vorhanden sind. Es beschränkt sich auf zwei Drittheile derselben, wenn und so lange ein solches Kind vorhanden ist; auf die Hälfte, wenn und so lange mehrere solcher Kinder vorhanden sind, falls die Wittve eigene pensionsberechtigigte Kinder nicht hat. Ist neben pensionsberechtigigter Nachkommenschaft aus einer früheren Ehe des verstorbenen Theilnehmers, auch Nachkommenschaft aus der Ehe des Letzteren mit der Wittve vorhanden, so erhält die Wittve von der Pension zunächst die Hälfte; die andere Hälfte wird auf die sämmtlichen pensionsfähigen Kinder aus den verschiedenen Ehen nach Köpfen vertheilt, und die Antheile der eigenen Kinder werden sodann der Wittve als Vermehrung ihrer Pension überwiesen.

Der nach Vorstehendem der Wittve entzogene Theil der vollen Pension fällt dem pensionsberechtigigten Kinde oder den pensionsberechtigigten Kindern aus der früheren Ehe des verstorbenen Theilnehmers zu und wird unter den Letzteren nach Köpfen vertheilt.

## §. 19.

Wenn eine Wittve nicht vorhanden, oder die vorhandene Wittve des Anspruches auf die Pension verlustig geworden ist, so geht das Anrecht vorhandener pensionsfähiger Kinder, einerlei ob sie aus einer Ehe oder mehreren Ehen des verstorbenen Theilnehmers stammen, bei drei oder mehreren Berechtigten auf die volle Pension, bei zweien auf zwei Drittheile derselben; ist nur ein Kind vorhanden, so erhält dieses die Hälfte der vollen Pension.

Unter mehreren pensionsberechtigigten Kindern eines Theilnehmers wird der ihnen dem Vorstehenden gemäß zufallende Pensionsbetrag, nach Köpfen gleichmäßig vertheilt.

## §. 20.

Wird der Pensionsantheil eines Kindes durch dessen Ableben oder durch den Wegfall seiner Pensionsberechtigung erlöhigt, so fällt derselbe den übrigen bereits pensionsberechtigigten Kindern bis zur Erreichung des Höchstbetrages ihres Pensionsanspruches zu (Vergl. §. 18 und 19). Den danach verbleibenden Rest, oder wenn kein pensionsberechtigigtes Kind



mehr vorhanden, den ganzen erledigten Antheil, erhält die etwa noch vorhandene Wittve zur Ergänzung ihrer Pension bis auf deren vollen Betrag.

Fällt das Anrecht der Wittve auf die Pension hinweg, so bemißt sich das Anrecht der überlebenden pensionsberechtigten Kinder auf dieselbe, einerlei, ob sie aus der Ehe des verstorbenen Theilnehmers mit der Wittve, oder aus einer anderen Ehe desselben herkommen, nach §. 19 dieses Gesetzes.

### §. 21.

Wird eine Ehe durch rechtskräftiges Erkenntniß getrennt, und der Ehemann für den schuldigen Theil erklärt, so behalten die geschiedene Ehefrau und die aus der Ehe mit derselben stammenden Kinder ihre bisherigen Ansprüche auf Pension, und wenn dem Ehemanne gestattet werden sollte, zur zweiten Ehe zu schreiten, so bleiben die zweite Ehefrau und die aus der Ehe mit derselben stammenden Kinder so lange und so weit (§§. 18 und 19) von dem Genuße der Pension ausgeschlossen, als die erste Ehefrau und die aus der Ehe mit ihr stammenden Kinder dieselbe beziehen.

Wird aber die Ehefrau durch rechtskräftiges Erkenntniß für den schuldigen Theil erklärt, oder wird die Ehe aus landesherrlicher Machtvollkommenheit getrennt, so verliert die geschiedene Ehefrau alle Ansprüche auf Pension; der Anspruch der aus der getrennten Ehe stammenden Kinder auf Pension bleibt jedoch bestehen und wird so, als ob ihre Mutter mit Tode abgegangen wäre, nach Maßgabe der §§. 17—20 dieses Gesetzes wirksam.

### §. 22.

Die Theilnehmer haben an die Anstalt regelmäßig zu entrichten:

- a. eine einmalige Abgabe von einem Zwölftel ihres jährlichen Dienst Einkommens zum Reservefonds derselben (§. 7);
- b. laufende (jährliche) Beiträge von drei und ein halb Procent des Dienst Einkommens zu den laufenden Einnahmen derselben (§. 6.)

Theilnehmer, welche für ihre Wittwen und Waisen nur einen Theil der gesetzlichen Pension bei der Anstalt zu sichern haben (s. §. 10 Absatz 2), zahlen die einmalige Abgabe und die laufenden Beiträge nur von dem entsprechenden Theile ihres Dienst Einkommens.

Theilnehmer, welche der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt beitreten, nachdem sie zuvor Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gewesen sind, zahlen an die Erstere die einmalige Abgabe nur von demjenigen Betrage ihres Dienst Einkommens, von welchem sie dieselbe früher noch nicht entrichtet haben.

Aus dem Amte entlassene oder emeritirte Teilnehmer zahlen nach etwaiger Wiederanstellung im inländischen Kirchendienste oder Staats- bezw. Schuldienste die einmalige Abgabe nur von demjenigen Betrage ihres neuen Dienst Einkommens, um welchen dieses etwa das frühere Dienst Einkommen, wovon sie dieselbe bereits entrichtet haben, übersteigt. (Vergl. §. 24 a. G.)

Die Beitragspflicht bezüglich eines Dienst Einkommens von bestimmter Höhe beginnt mit dem ersten Tage des Monats, innerhalb dessen der Teilnehmer den Anspruch auf den Bezug desselben in dieser Höhe erworben hat.

## §. 23.

Die jederzeitige Höhe des Dienst Einkommens der Theilnehmer wird durch das Herzogliche Consistorium ermittelt und festgestellt. Zu demselben werden gerechnet:

- 1) die reinen Einkünfte der Pfarrdotation, bezw. bei combinirten Stellen der mehreren, vereinigten Pfarrdotationen, wie solche in dem bei dem Herzoglichen Consistorium geführten Pfarrkataster verzeichnet sind;
- 2) die Zuschüsse, welche aus Staatsmitteln zur Erhöhung der Pfarreinkünfte auf den Betrag des Minimal-Einkommens erfolgen;
- 3) die Stolgebührenrenten, welche der Pfarrstelle, wenn auch nur für die Dauer der Amtsführung des derzeitigen Inhabers beigelegt sind;
- 4) die Alterszulagen, und andere persönliche Zulagen, welche dem Geistlichen mindestens für die Dauer seines Verbleibens in seiner derzeitigen Stellung bedingungslos bewilligt sind;
- 5) Einnahmen von Prälaturen, kirchenregimentlichen Aemtern (Generalsuperintendenturen, Superintendenturen) oder Schulämtern, wenn diese Aemter für die Dauer der Amtsführung des betreffenden Geistlichen mit der Pfarrstelle verbunden sind.

Der ermittelte Gesamtbetrag des Dienst Einkommens wird behuf Berechnung der zu zahlenden Abgaben und Beiträge auf eine durch 10 theilbare Summe abgerundet.

Die Festsetzung der Höhe der Abgaben und Beiträge geschieht durch das Herzogliche Consistorium. Den Theilnehmern steht das Recht zu, gegen dieselbe, sei es wegen vermeintlicher Unrichtigkeit der Ansätze im Pfarrkataster, sei es aus anderen Gründen, bei dem Herzoglichen Consistorium vorstellig zu werden und, falls ihre Anträge keine Berücksichtigung finden, Beschwerde an das Herzogliche Staatsministerium zu verfolgen.

Vermindert sich das Dienst Einkommen eines Theilnehmers, so kann ihm auf seinen Antrag durch das Herzogliche Consistorium gestattet werden, die Beiträge von dem bisherigen Einkommen unverändert weiter zu zahlen und damit seinen Hinterbliebenen eventuell eine der Höhe des letzteren entsprechende Pension zu sichern.

## §. 24.

Die einmalige Abgabe eines Zwölftels von dem Dienst Einkommen, bezw., nach eingetretener Erhöhung desselben, von dem Betrage der letzteren, ist binnen zwölf Monaten, nachdem der Anspruch auf jenes, bezw. auf die Erhöhung, erworben war, zu entrichten. Die Entrichtung der laufenden Beiträge hat in vierteljährlichen Raten postnumerando zu geschehen.

Sowohl die einmaligen Abgaben, als die laufenden Beiträge unterliegen der Beitreibung durch Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege.

Die Zahlung sowohl der einmaligen Abgabe, als der laufenden Beiträge soll, soweit thunlich, durch Innebehaltung der entsprechenden Beträge von der den Theilnehmern aus

öffentlichen Cassen zufließenden Einnahmen bewerkstelligt werden. Genauere Bestimmungen bezüglich derselben werden erforderlichenfalls im Verordnungswege erlassen.

Die laufenden Beiträge werden auch von dem Betrage der einmaligen Abgabe, sowie von den Einkünften des Sterbemonates und des Gnadenhalbjahres geleistet.

Emeritirte Theilnehmer, bzw. deren Erben bezüglich des Sterbemonates und der beiden Gnadenmonate vom Ruheeinkommen, zahlen die laufenden Beiträge von dem Betrage des Ruheeinkommens; aus dem Amte entlassene von dem ganzen Betrage des früheren Dienst-einkommens.

Wenn jedoch emeritirte oder aus dem Amte entlassene Theilnehmer wieder eine Anstellung im inländischen Kirchendienste oder Staats- bzw. Schuldienste erhalten, so zahlen sie die laufenden Beiträge von dem neuen Dienst Einkommen, insoweit dieses (eventuell unter Hinzurechnung des dem Betreffenden verbliebenen Betrages an Ruheeinkommen) die Summe übersteigt, von der sie zuvor beigetragen hatten. (Vergl. auch §. 22 Abf. 4).

#### §. 25.

Diejenigen Prediger, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt sind, bleiben mit allen bisherigen Rechten und Pflichten Theilnehmer derselben bis zu ihrer etwaigen Versetzung auf eine andere Pfarrstelle. Mit ihrem dadurch bedingten Zutritte zur Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt (§. 10) scheiden sie aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt aus. Eine Zurückzahlung ihrer der letzteren gezahlten Beiträge an sie findet nicht statt. (Wegen der einmalige Abgabe vergl. §. 22 Abf. 3).

#### §. 26.

Die den zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Predigerwittwen und Waisen nach dem bisherigen Rechte zustehenden Ansprüche auf Pension aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt bleiben unverändert in Geltung. Dasselbe findet bezüglich der Ansprüche der Wittwen und Waisen solcher Prediger statt, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes versterben, ohne Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt geworden zu sein.

#### §. 27.

Denjenigen Predigerwittwen, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits in den Genuß des bei der Stelle ihrer verstorbenen Ehemänner vorhandenen Pfarrwittwen-thums getreten sind, verbleibt derselbe ungeschmälert bis zu ihrem Ableben. Die Zahlung derjenigen Summen, welche ihnen bisher aus den betreffenden Pfarrwittwen-thums- oder Pfarrwittwenhaus-Cassen zugeflossen sind, übernimmt die Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt. Von da an findet eine Erhöhung derselben, insbesondere der darunter begriffenen Miethentfchädigung, nicht weiter statt.

Denjenigen Predigerwitwen, welche zur Zeit des Inkrasttretens dieses Gesetzes bereits vorhanden, aber zum Genuße eines Pfarrwittwenthums nicht gelangt sind, verbleibt ihre bisherige Pension unverändert bis zu dem Zeitpunkte, zu welchem sie nach dem früheren Rechte in den Genuß eines Pfarrwittwenthums einzutreten berufen sind. Ist zu diesem Zeitpunkte die betreffende Pfarrstelle im Besitze eines der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt nicht beigetretenen Predigers, so rücken sie in den Genuß des Pfarrwittwenthums unter Anwendung der im vorigen Absätze wegen desselben gegebenen Bestimmungen ein, und verbleiben darin nach Maßgabe der bisherigen Gesetze. Ist zu diesem Zeitpunkte die betreffende Pfarrstelle dagegen im Besitze eines Theilnehmers der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt, so erhalten sie aus der Cassé der letzteren anstatt des Pfarrwittwenthums (i. §. 28) eine dem Werthe desselben zur Zeit seiner Eröffnung nach einer alsdann durch das Herzogliche Consistorium anzuordnenden Ermittlung entsprechende jährliche Rente.

Dasselbe gilt bezüglich der Wittwe und Waisen solcher Prediger, welche nach dem Inkrasttreten dieses Gesetzes versterben, ohne Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt geworden zu sein, wenn und sobald denselben nach dem bisherigen Rechte der Zutritt zum Genuße eines Pfarrwittwenthums eröffnet wird.

### §. 28.

Bei den Pfarrstellen der Theilnehmer an der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt hört mit dem Augenblicke ihres Zutrittes zu letzterer die Wittwenversorgung nach dem bisherigen Rechte, bezw. der Anspruch auf eine solche auf, wo sie nicht nach der Ausnahmebestimmung des ersten und zweiten Absatzes des §. 27 erst mit dem Ableben einer im Genuße des Pfarrwittwenthums befindlichen Wittwe beendet wird. Von dem Zeitpunkte ihres Erlöschens an werden, vorbehaltlich der folgenden näheren Bestimmungen, zur Versorgung der einzelnen Pfarrwittwen weder die Kirchencassen, noch die Patrone, noch andere Personen, noch die Gemeinden oder Interessenschaften, noch das Cammergut oder der Staatsfiscus herangezogen, noch die Einkünfte der betreffenden Pfarrstellen geschmälert.

Alle bisher zur Pfarrwittwen-Versorgung bestimmt gewesenen Grundstücke, Forderungen und Berechtigungen jeder Art, deren Genuß, wenn eine Wittwe nicht vorhanden war, Kirchen, (resp. Kirchencassen) Patronen, anderen Personen, Gemeinden, Interessenschaften oder dem Cammergute bezw. Staatsfiscus zustand, verbleiben von jenem Zeitpunkte an fernerhin in deren Genuße, auch wenn künftig eine Wittwe von der betreffenden Pfarrstelle vorhanden ist; Verbindlichkeiten, welche nur wirksam würden, wenn und so lange eine Predigerwitwe von der betreffenden Pfarrstelle vorhanden war, kommen in Wegfall.

Alle bisher zur Pfarrwittwen-Versorgung bestimmt gewesenen Grundstücke, Forderungen und Berechtigungen jeder Art, deren Genuß, wenn eine Wittwe nicht vorhanden war, dem Prediger zustand, werden von jenem Zeitpunkte an als Bestandtheile des Vermögens (der Dotation) der betreffenden Pfarren angesehen und behandelt, einerlei, ob, wie und wo sie zuvor als dem Pfarrwittwenthume zugehörig bezeichnet sein möchten.

Alle Gebäude, sonstige Grundstücke, Forderungen und Berechtigungen jeder Art, deren Genuß, wenn eine Predigerwitwe nicht vorhanden war, bisher den Pfarrwittwenthums- oder

Pfarrwittwenhaus-Cassen zugestanden hat, verbleiben diesen Cassen und werden von ihnen genutzt, einerlei, ob eine Predigerwitwe von der betreffenden Pfarrstelle vorhanden ist, oder nicht. Die bezüglich derselben bestehenden Verpflichtungen von Kirchen, Patronen, anderen Personen, Gemeinden, dem Cammergute oder dem Staatsschatz bleiben bis zu ihrer etwaigen Aufhebung im Wege besonderen Vertrages oder sonstigen Rechtsactes unverändert in Kraft.

Die Verwaltung der einzelnen Pfarrwittwenhaus- bzw. Pfarrwittwenhaus-Cassen, soweit eine solche nach der Ueberweisung des vorhandenen Capitalvermögens an die Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt (§. 4) noch erforderlich ist, wird in der bisherigen Weise nach den Anordnungen des Herzoglichen Consistoriums fortgesetzt oder nöthigenfalls neu eingerichtet. Capitale, welche in denselben, sei es durch Veräußerung von Pfarrwittwenhäusern oder anderen Vermögensstücken, sei es durch Ansammlung von Ueberschüssen der laufenden Einnahmen, oder auf andere Weise entstehen, werden auf Verfügung des Herzoglichen Consistoriums der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt zur Vergrößerung ihres Grundstockes zugeführt (vergl. §. 4).

#### §. 29.

Denjenigen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Predigerwitwen, welche auf Grund des bisherigen Rechtes eine Wittwenversorgung zum Belaufe von weniger als 24 Procent des Dienst Einkommens ihrer verstorbenen Ehemänner beziehen (vergl. §. 1 des Gesetzes vom 18. April 1873 [A. 22]), kann auf ihren Antrag im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit durch Herzogliches Consistorium der Fehlbetrag aus der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt bewilligt werden.

Ebenso soll es dem Herzoglichen Consistorium gestattet sein, denjenigen Waisen von Predigern, welche nach den Bestimmungen des bisherigen Rechtes keine Pension beziehen, aber zu einer solchen berechtigt sein würden, wenn ihre Erblasser Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt gewesen wären, aus letzterer im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit eine Pension in der nach Maßgabe dieses Gesetzes zulässigen Höhe auf Antrag zu bewilligen.

Unter gleichen Voraussetzungen kann das Herzogliche Consistorium denjenigen Waisen von Predigern, welche aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt eine geringere Pension beziehen, als ihnen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zustehen würde wenn ihre Erblasser Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt gewesen wären, aus letzterer den Fehlbetrag bewilligen.

Eine auf Grund dieses Paragraphen ertheilte Bewilligung darf sich nur auf die dem betreffenden Antrage folgende Zeit erstrecken.

#### §. 30.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird, nachdem zuvor die Landes-Synode sich mit letzterem einverstanden erklärt hat, durch Höchste Verordnung festgesetzt.

Mit demselben erlischt die Gültigkeit aller diesem Gesetze entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen, insbesondere der auf die Versorgung der Predigerwitwen bezüglichen Bestimmungen der Kirchenordnung des Herzogs Julius, der Erneuernten Kirchenordnung des Herzogs Anton Ulrich, des Consistorialauschreibens vom 3. März 1717, und des Gesetzes, die Verhältnisse der Beamten = Wittwen = und Waisen = Versorgungsanstalt betreffend, vom 22. März 1876.

Alle, die es angeht zc.

Urkundlich zc.

Braunschweig, den . . . .

Anlage **13 b.** (Prot. 4.)

# M o t i v e

zu dem

**Gesetzentwurfe, die Errichtung einer Landes-Pfarrwittwen-  
Versorgungs-Anstalt**

betreffend.



# Inhalts-Übersicht.

## Abchnitt I.

	Seite
Die allgemeinen Grundlagen des Gesetzes. Veranlassung zu dem Gesetze . . . . .	1
Die bisherigen Bestimmungen über die Predigerwitwenversorgung . . . . .	2
Mängel der bisherigen Einrichtung derselben . . . . .	5
I. Ausschließung der Waisen von der Versorgung. . . . .	6
II. Ungeeignete Form der Versorgung . . . . .	6
III. Unsicherheit des Betrages derselben . . . . .	8
IV. Zu hohe Belastung der Prediger . . . . .	9
V. Ungleichheit der Belastung der Prediger . . . . .	11
Nothwendigkeit baldiger Abhülfe im Hinblick auf das Emeritirungsgesetz . . . . .	12
Das Ziel für eine Umgestaltung der Predigerwitwenversorgung . . . . .	13
Unmöglichkeit der Erreichung desselben mittelst der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt . . . . .	14
Der Weg zum Ziele: Gründung einer eigenen Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt mit Hilfe der Pfarrwitwenenthumscassen . . . . .	14
Zweckmäßigkeit des Planes . . . . .	15
Rechtliche Zulässigkeit seiner Ausführung . . . . .	16
Insbefondere die Stellung der Gemeinden zu dem Plane . . . . .	17
Finanzielle Durchführbarkeit des Planes . . . . .	19
A. Die Mittel der künftigen Anstalt:	
I. Das Vermögen der Pfarrwitwenenthumscassen . . . . .	19
II. Die jährlichen Beiträge der Theilnehmer . . . . .	21
III. Das einmalige Zwölftel vom Einkommen derselben (Reservefonds) . . . . .	21
B. Die Ausgaben der künftigen Anstalt, Zahl und Höhe der Witwenpensionen . . . . .	21
C. Die finanzielle Entwicklung der künftigen Anstalt in den ersten 24 Jahren ihres Bestehens . . . . .	24
D. Schlussergebniß . . . . .	27
Das Verhältniß der staatlichen und der kirchlichen Gesetzgebung zu der Angelegenheit . . . . .	28

## Abchnitt II.

Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzes insbesondere betreffend	
§. 2 . . . . .	29
§. 4 . . . . .	30
§. 7 . . . . .	33
§. 8 . . . . .	34
§. 9 . . . . .	34
§. 10 . . . . .	34
§. 11 . . . . .	35



	Seite
<i>§</i> 16 . . . . .	36
<i>§</i> 21 . . . . .	36
<i>§</i> 23 . . . . .	37
<i>§</i> 24 . . . . .	37
<i>§</i> 25 . . . . .	37
<i>§</i> 27 . . . . .	38
<i>§</i> 28 . . . . .	38
<i>§</i> 29 . . . . .	39

---

## M o t i v e

zu dem Gesetze, die Errichtung einer Landes-Pfarrwittwen-  
Versorgungsanstalt betreffend.

---

### Abschnitt I.

#### Die Grundlagen des Gesetzes.

##### Veranlassung zu dem Gesetze.

Die bisherige Versorgung der Wittwen und Waisen hiesiger Prediger zeigt ungeachtet des Fortschrittes, welcher durch die neue Gesetzgebung des Herzogthums auch auf diesem Gebiete gemacht ist, im Vergleiche zu der Versorgung der Wittwen und Waisen von Staatsbedienern erhebliche Mängel. Muß auch anerkannt werden, daß sie, gleich der letzteren, seit dem Erlasse des Gesetzes vom 18. April 1873 (N. 22)

— an dessen Stelle dann ohne Aenderung des hier in Betracht kommenden sachlichen Inhaltes das Gesetz, die Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt vom 22. März 1876 (N. 30) trat —

bedeutend reichlicher gestaltet ist, als zuvor, so bleibt doch unbestreitbar, daß sie den Hinterbliebenen der Prediger nicht voll die Vortheile gewährt, welche den Hinterbliebenen der Staatsbeamten gesichert sind, umgekehrt aber den Predigern größere Lasten auferlegt, als den Staatsbeamten zu dem gleichen Zwecke zugemuthet werden. Der Grund dieser Verschiedenheiten liegt darin, daß sie nicht, wie die Versorgung der Hinterbliebenen von Staatsbeamten, in neuerer Zeit nach einem einheitlichen leitenden Gedanken folgerrecht ausgebildet und geregelt ist, sondern sich als das Ergebniß mehrerer gesetzgeberischer Schöpfungen darstellt, welche vor 3 Jahrhunderten beginnend auf diesem Gebiete einander in weitem Abstände gefolgt sind. Indem diese, obwohl von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend, doch stets die vorgefundenen Einrichtungen zur Predigerwittwen-Versorgung beibehielten und sie nur durch Hinzufügung neuer zu ergänzen strebten, ohne gleichzeitig die ihnen eigenthümlichen Mängel völlig zu beseitigen, blieben die letzteren zum Theil bis jetzt unverändert bestehen.

## Die bisherigen Bestimmungen über die Predigerwitwenversorgung.

Der Gang der Sache ist der folgende gewesen.

Schon Herzog Julius erkannte die Nothwendigkeit, Fürsorge für die Wittwen der Geistlichen zu treffen, als er mittelst der Durchführung der Reformation in seinen Landen den Anlaß gab, daß die Prediger großentheils zur Verheirathung schritten. Er verordnete also in seiner Kirchenordnung

— S. 219 der zu Wolfenbüttel im Jahre 1569 bei Contr. Horn gedruckten Ausgabe —

daß, damit die nachgelassenen Wittwen und Kinder der Pastoren „unter Dach seien und eine Behausung haben“, jede Stadt und jedes Kirchspiel eine Wohnung an einem geeigneten Orte nach Rath des Amtmanns, bezw. der städtischen Obrigkeit fürderlich solle bauen, worin dann die „Predigerwitwen“ zeit lebens die freie Wohnung haben, „auch schaffrei sitzen und nichts desto weniger der gemeinen Hut und Weide, Mastung und nothdürftiger Feuerung, wie Andere, zu genießen haben“ sollen. Wie die Herstellung, so sollte auch die Unterhaltung der Pfarrwitwenhäuser Sache der Kirchspielsgemeinden sein; doch soll die Einnahme, welche, wenn keine Wittve vorhanden, durch Vermietzung des Hauses erzielt wird, „dem Baue des Hauses und der Kirchen zum Besten kommen.“

Damit wurde

- 1) die Verpflichtung der (Kirchen-) Gemeinden zur Erbauung und Unterhaltung von Pfarrwitwenhäusern geschaffen,
- 2) indem die von den letzteren zu erzielenden Einnahmen ausschließlich bestimmten kirchlichen Zwecken (der Unterhaltung jener Häuser selbst und eventuell auch der Kirchengebäude) gewidmet wurden, der Grund zu der Ausgestaltung der Pfarrwitwenhäuser und ihrer Zubehörungen zu selbstständigen kirchlichen Stiftungen unter der Verwaltung kirchlicher Organe (Pfarrwitwenhümer) gelegt.
- 3) Den Predigerwitwen wurde Wohnung, und durch den ihnen überwiesenen Antheil an den gemeinen Nutzungen, wo solche vorhanden waren, ein je nach den Umständen mehr oder minder beträchtlicher Vermögensvortheil verschafft. Diese Wohthaten blieben indessen
  - a. auf die Wittwen beschränkt und kamen also einerseits in Ermangelung solcher den mütterlos nachgelassenen Waisen der Prediger überhaupt nicht zu gute, andererseits für die zunächst mit der Wittve gemeinschaftlich versorgten Kinder beim Ableben jener (Wittve) in Wegfall; sie wurden auch
  - b. nur je einer Wittve gewährt und deshalb so lange, als die Wittve eines früher auf der betreffenden Pfarrstelle verstorbenen Geistlichen sich in ihrem Genuße befand, den Wittwen später daselbst verstorbenen Geistlicher vorenthalten.

In der Erneuten Kirchenordnung des Herzogs Anton Ulrich von 1709 wurden dann diese Vorschriften, welche, wenn ihre vollständige Durchführung überhaupt je stattgefunden hatte, späterhin hier und da vernachlässigt sein mochten, eingeschränkt, genauer bestimmt und erweitert.

Dieselbe verordnete im Cap. XVI des ersten Theiles:

- 1) nachdem die Verpflichtung der (Kirchen-) Gemeinden zur Herstellung und Unterhaltung der Pfarrwittwenhäuser ausgesprochen worden (§§. I und X), daß so lange ein solches Haus nicht beschafft sei, die betreffende Gemeinde der vorhandenen Predigerwittwe eine Miethentschädigung zu geben habe (§. VI).

Sie schrieb

- 2) vor, daß der Antheil einer vorhandenen Pfarrwittwe an den gemeinen Nutzungen einem halben Ackermannstheile gleich sein solle (§. II) und bestimmte
- 3) daß die durch die Vermietzung der Pfarrwittwenhäuser, wenn keine Wittwe vorhanden, auflommenden Gelder, soweit sie nicht sofort zur Ausführung von Reparaturen erforderlich, capitalisirt und weder von dem Prediger, noch von den Gemeinden hingenommen, noch mit anderen Kirchenintraden vermischt werden sollen (§. III).

Uebrigens giebt sie den betreffenden Obrigkeiten auf, thunlichst dahin zu wirken,

- a. daß zu den Wittwenhäusern, wo solche noch ohne Garten oder Land seien, Gärten, Wiesen und Acker, welche zu dem Behufe aus der gemeinen Weide ausgeschieden werden möchten, gelegt würden;
- b. daß Wittwen, welche wegen des Vorhandenseins einer vor ihnen zum Genuße des Pfarrwittwenhauses sammt Zubehörungen berechtigten Wittwe einstweilen ohne Versorgung seien, doch mittelst irgend einer Unterstützung geholfen werde.

Blieben diese beiden letzten Auflagen bei dem Widerstande, der ihrer Ausführung seitens der finanziell beteiligten Gemeinden entgegengesetzt wurde, ziemlich ergebnislos, so war die Außersweifstellung der Pflicht der Gemeinden zur eventuellen Zahlung einer Miethentschädigung an die Predigerwittwe, und die Bestimmung, daß die Einkünfte von den Pfarrwittwenhäusern zu dem alleinigen Zwecke der Predigerwittwenversorgung (zunächst und insbesondere zum Zwecke der Erhaltung der dieser dienenden Gebäude) mit Ausschluß jedes Anspruches der Gemeinden oder Anderer auf sie zu verwenden seien, von desto größerer Bedeutung und haben dieselbe bis jetzt behalten.

Immerhin war die Versorgung der Predigerwittwen auch in dieser Gestalt noch recht dürftig zu nennen; da aber die Anregung zu ihrer Verbesserung mittelst Beilegung von Grundstücken aus den Gemeinheiten zu den Pfarrwittwenhäusern, wie erwähnt, keinen nennenswerthen Erfolg hatte, so wurde nun ein anderes Verfahren eingeschlagen, wobei man davon ab sah, die Gemeinden stärker, als bisher, zur Schaffung des Unterhaltes für die Predigerwittwen heranzuziehen. Es wurde nämlich am 3. März 1717 durch ein Consistorialaus schreiben — s. dasselbe z. B. in Frederzdorfs Promptuarium der Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landesverordnungen, Theil II Seite 232 der Steinacker'schen Bearbeitung — verordnet, daß bei der Neubesezung der Pfarren, falls eine Wittwe vorhanden, der zehnte Theil der Pfarrgrundstücke zu lebenslänglicher Nutzung für diese ausgeschieden werden und, so lange diese Nutzung dauern, dem Pfarrinhaber vorenthalten bleiben solle.

Die Versorgung der Wittwe eines verstorbenen Predigers ist damit also zu einem sehr beträchtlichen Theile dem Amtsnachfolger auferlegt, welcher sich einer derartigen zeitweiligen Schmälerung der mit der Pfarrstelle verbundenen Pfründe nicht zu widersetzen vermag, weil die Stelle ihm mit der ausdrücklichen oder stillschweigenden Bedingung, daß er sich jene gefallen zu lassen habe, verliehen und so von ihm angenommen wird. Es ist auf diese Weise ohne förmliches Gesetz, einfach im Verwaltungswege, eine sehr ausgiebige Quelle für die Predigerwittwenversorgung erschlossen. Die Frage, ob es in Wahrheit rechtlich zulässig sei, einen Theil der Pfarrpfründen der stiftungsmäßigen Bestimmung, nach welcher sie den Unterhalt des Pfarrinhabers liefern soll, zu entziehen, umging man durch das angegebene Verfahren, indem man jene Schmälerung stets nur in dem einzelnen Bedürfnisfalle und für dessen Dauer eintreten ließ und gegen die Aufsechtung seitens des zunächst Betheiligten in der erwähnten Weise sicherte. Die Bedenken, welche sich gegen die Maßregel auch in dieser Form noch erheben mochten, überwand man mit der Erwägung, daß sich in der That kein anderer Weg zeigte, um sicher zu einer einigermaßen reichlichen Predigerwittwenversorgung zu gelangen, und beruhigte sich wegen der Nachtheile, welche nun eine Anzahl von Predigern zu gunsten der Wittwen ihrer Amtsvorgänger ertragen mußten, mit dem Gedanken, daß sie von nur vorübergehender Dauer seien. In der Praxis aber waren diese Nachtheile oft sehr empfindlich und ihre Dauer unter Umständen recht langwierig.

Die also mittelst Inanspruchnahme der Kirchengemeinden, mittelst Schaffung besonderer Pfarrwittwenstiftungen und mittelst der zeitweiligen Schmälerung der Pfarrpfründen erzielte Versorgung der Predigerwittwen bestand im wesentlichen unverändert bis gegen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Von da an begann die staatliche Gesetzgebung, sich mit der Angelegenheit zu befassen und an sie, in Anlehnung an die inzwischen erfreulich ausgebildete Fürsorge für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten, die bessernde Hand zu legen. Zuerst sorgte sie für die Predigerwittwen, auf welche die oben dargestellten Einrichtungen keine Anwendung fanden. Es gab einige, wenn auch nicht zahlreiche Pfarrstellen, bei denen es, weil bei ihnen eine zu versorgende Predigerwittwe nie vorhanden gewesen, zur Herstellung eines Pfarrwittwenhauses beziehungsweise Festsetzung einer an dessen Stelle gemeindefeitig zu zahlenden Miethentschädigung, oder zur Auswirkung sonstiger Leistungen der Gemeinde für die Versorgung der Wittwe thatsächlich nie gekommen war; Pfarrstellen überdies, bei welchen Pfarrgrundstücke entweder ganz fehlten oder von so geringem Umfange waren, daß die Ausschheidung eines Zehntels derselben keinen namhaften Beitrag zum Unterhalte der Pfarrwittwe geschafft haben würde. Bezüglich solcher Pfarren schrieb das Gesetz vom 18. Juli 1837, die Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt betreffend (N. 31) im §. 2 vor, daß ihre Inhaber der genannten Anstalt beizutreten und nach den weiter folgenden Bestimmungen des Gesetzes mittelst Einzahlung eines Zwölftels ihrer Jahreseinnahmen und fester jährlicher Beiträge ihren Wittwen und Waisen eine Pension zur Höhe von 16 Procent ihres Dienst-einkommens zu sichern hätten.

Zunächst waren es nur wenige Geistliche, welche so zur Theilnahme an der genannten Anstalt herangezogen wurden. Allein der in dem Gesetze zum Ausdruck gelangte Gedanke, daß thunlichst jeder Predigerwittwe eine Versorgung gesichert werden müsse, und daß die letztere mindestens eine gewisse Höhe haben solle, erwies sich bald als fruchtbar. Hatte man

staatsseitig für die Wittwen der Prediger gesorgt, bei deren Stellen bislang eine Wittwenversorgung überhaupt nicht vorgesehen war, so lag es nahe, auch denjenigen Wittwen zu Hülfe zu kommen, denen das vorhandene Pfarrwittwenhum nicht zu nutzen vermochte, weil eine näher berechnete Wittve sich bereits in dessen Besitze befand; und wurde für die aus der Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt zu gewährende Pension ein bestimmter Mindestbetrag festgesetzt, so lag nicht fern, zu verlangen, daß auch die bei den Pfarrstellen vorhandenen Wittwenversorgungen nöthigenfalls auf denselben ergänzt wurden. Zu diesen Bestimmungen schritt man in dem Gesetze vom 6. Juli 1853, die Theilnahme der Prediger an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betreffend (M. 43), nach welchem zur Theilnahme an der Anstalt auch alle Geistlichen herangezogen wurden, bei deren Stellen das Wittwenhum entweder besetzt war, oder den Betrag von 16 Procent des Einkommens der Stelle nicht erreichte. Bei den ersteren beschränkte man die Theilnahme an der Anstalt auf die Zeit, während deren durch fremde Ansprüche der Zugang zum Wittwenhume für die eventuelle Wittve des Stelleninhabers verschlossen war, bei den letzteren auf die Erwerbung einer den Fehlbetrag an dem vorhandenen Wittwenhume ergänzenden jährlichen Pension, nach deren Höhe alsdann die Beiträge bemessen wurden.

Mußte hiernach schon die Zahl der Prediger, welche der Anstalt beizutreten hatten, eine ziemlich beträchtliche werden, so stieg dieselbe noch erheblich, als das Gesetz vom 18. April 1873 M. 22 den Mindestbetrag der Wittwenpension auf 24 Procent des Dienst Einkommens des verstorbenen Mannes erhöhte. Seit diesem Gesetze giebt es nur ganz wenige Pfarrstellen,

— 1873 waren es 14, augenblicklich sind es 12, nämlich die Pfarren zu Veierstedt, Boffzen, Sct. Petri in Braunschweig, Ingeleben, Kirchberg, Selm, Dffleben, Querum, Scheppau, Volkmarzdorf, Wendeburg und Wienrode —

deren Inhaber wegen völlig genügender Höhe des vorhandenen Wittwenhums, so lange das letztere unbesetzt ist, von der Verpflichtung zur Theilnahme an der Anstalt befreit sind: allein auch ihre Inhaber müssen der letzteren zeitweilig beitreten, so bald und so lange das Wittwenhum besetzt ist, oder ihnen gegenüber nach dem Gesetze als besetzt gilt. (i. §. 21 des Gesetzes vom 22. März 1876 M. 30.)

### Die Mängel der bisherigen Einrichtung.

Die bisherige Versorgung der Predigerwittwen, welche also zum Theil durch Leistungen der Gemeinden, zum Theil mittelst der Einkünfte selbstständiger Stiftungen (Pfarrwittwenhümer) aufgebracht wird, zum Theil eine Belastung der Pfarrstellen bildet und daneben durch Pensionen aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wesentlich ergänzt wird, bleibt nun, sowohl an und für sich betrachtet, wie namentlich im Vergleiche zu der Versorgung der Hinterbliebenen der Staatsdiener, mit folgenden Mängeln behaftet. \*)

\*) Der Umstand, daß nach §. 21 Abs. 2 des eben citirten Gesetzes die Versorgung der Predigerwittwen um 72 M. hinter dem Normalbetrage zurückbleiben darf, soll, so bedauerliche Folgen er gerade bei kleinen Pensionen haben kann, nicht als ein Mangel, welcher dem jetzigen Systeme anhafte, hervorgehoben und besprochen werden, da er ganz wohl unter Beibehaltung des letzteren würde beseitigt werden können.

## I. Ausschließung der Waisen von der Versorgung.

Sie erstreckt sich nicht, oder doch nur in ungenügendem Maße auf die Waisen der Prediger. Weder die Kirchengemeinden (beziehungsweise deren finanzielle Vertreter wo Patrone oder der Fiskus diese Stellung einnehmen), noch die Pfarrwittwenstiftungen oder die Amtsnachfolger beziehungsweise die Pfarrpfünden, haben die Verpflichtung, für die Waisen eines Predigers zu sorgen. Wenn also ein Prediger verstirbt, ohne der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt beigetreten zu sein, so fehlt seinen Waisen jeder Versorgungsanspruch. Hinterläßt er eine Wittwe, so erhält diese den Genuß des vollen Pfarrwittwenstums, ohne davon den hinterbliebenen Kindern, mögen es ihre eigenen, oder Kinder aus einer früheren Ehe des Verstorbenen sein, etwas abgeben zu müssen; stirbt sie, so hört der Bezug des Pfarrwittwenstums einfach auf, einerlei, ob sie von Kindern in pensionsfähigem Alter überlebt wird. Hinterläßt er keine Wittwe, aber Kinder, so erhalten diese, einerlei, in wie jugendlichem Alter sie noch stehen mögen, keine Pension. War der Prediger Theilnehmer an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wegen unzureichenden Wittwenstums seiner Stelle (was, wie erwähnt, seit 1873 die Regel bildet), so haben seine Waisen zwar einen Pensionsanspruch, derselbe beschränkt sich aber auf den Betrag an Pension, welcher zur Ergänzung der Wittwenversorgung von der Anstalt gezahlt wird; mit diesem müssen sie sich, falls sie beim Ableben des Vaters, oder später beim Ableben der Mutter, zum Pensionsbezüge berufen werden, begnügen, mag er auch noch so kärglich sein. Nur wenn der Prediger wegen gänzlichen Mangels eines Pfarrwittwenstums bei seiner Stelle, oder weil das vorhandene besetzt war, von seiner ganzen Dienstentnahme zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt beisteuern muß, erwirbt er damit seinen Waisen einen Pensionsanspruch, welcher dem der Waisen von Staatsdienern mit gleichen Dienstentnahmen gleich kommt, und jenen auch für den Fall gesichert bleibt, daß der Pensionsanspruch der Wittwe, welche vor oder neben ihnen zum Pensionsbezüge berufen war, durch deren Einrücken in das mit der Stelle verbundene Pfarrwittwensthum aufgehoben oder gemindert wird (S. §. 26 Abs. 2 des cit. Gesetzes von 1876).

## II. Ungeeignete Form der Versorgung.

Die Form, in welcher die bisherige Predigerwittwenversorgung mittelst der Pfarrwittwenhäuser den gesetzlichen Bestimmungen nach gereicht werden soll, entspricht den heutigen Zeitverhältnissen und den ihnen angepassten Lebensgewohnheiten nicht mehr. Schon seit mehr als 3 Jahrzehnten ist die Abneigung der Predigerwittwen, auf dem platten Lande im Pfarrwittwenhause zu wohnen und mittelst eines kleinen landwirthschaftlichen Haushalts ihren Lebensbedarf zu gewinnen, entschieden merkbar geworden. Seit dieser Zeit hat deshalb darauf Bedacht genommen werden müssen, die ihnen zugebachten Naturalnutzungen, so weit thunlich, in Geldrenten umzusetzen, um es ihnen zu ermöglichen, ihren Wohnsitz in den Städten zu nehmen, und dort von dem Ertrage jener zu leben.

Es sind zu dem Zwecke die Pfarrwittwenhäuser, da sie als Wittwenwohnungen nicht mehr benutzt wurden, sowie die regelmäßig dazu gehörigen kleinen Gärten, hier und da auch die damit verbundenen Theilnahmerechte an den Gemeinheiten oder die an deren Stelle bei

Gelegenheit von Gemeintheiltheilungen getretenen Grundstücke verkauft und mit Hilfe des Erlöses Pfarrwittwenhumsfonds für die einzelnen Pfarrstellen gebildet; aus den Zinsen derselben wird den Predigerwittwen anstatt der Wohnung eine für jede einzelne Pfarrstelle speciell bestimmte Miethentschädigung gegeben, zu deren Ergänzung eventuell, so lange die Zinsen des betreffenden Fonds nicht die erforderliche Höhe erreichen, die Gemeinden beizutragen haben. Zur Zeit (Sommer 1887) existiren nur noch 14 Pfarrwittwenhäuser. Von diesen liegen vier in größeren Orten (eins in Braunschweig, zwei in Seesen, eins in Vorsfelde) und sind daher zur Wohnung für Predigerwittwen möglicherweise noch verwendbar; bei zweien der übrigen (in Lehre und Bährdorf) ist über den Verkauf bereits verhandelt. Bezüglich der anderen werden die Verhandlungen über den Verkauf eröffnet werden, sobald sich eine günstige Gelegenheit dazu findet. Bis dahin müssen die betreffenden Pfarrwittwen, wenn sie, zum Genuße des Pfarrwittwenhums berufen, die Häuser nicht selbst bewohnen wollen, dieselben so gut es eben angeht durch Vermietzung nutzen.

Die Naturalabgaben an Pfarrwittwen sind sämmtlich abgelöst oder in der Ablösung begriffen. Die den Pfarrwittwen zu leistenden wirtschaftlichen Spann- und Handdienste, welche thatsächlich wohl seit langer Zeit seitens der Wittwen nirgends mehr gefordert waren, sind entweder durch Ablösung in Dienstreuten (§. 5 des Gesetzes vom 23. April 1867, die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben betreffend Nr. 19) verwandelt, oder es ist ihre Ablösung nur deshalb nicht in Angriff genommen, weil bei der hohen Unwahrscheinlichkeit, daß eine Predigerwittwe den Versuch zu eigener Wirthschaft, namentlich nach ausgeführtem Verkaufe des Pfarrwittwenhauses, je wieder unternehmen sollte, die Constituirung der nur für diesen Fall zahlbaren Dienstreuten keinen practischen Nutzen gewährt.

Die Brennholzbezüge sind bisher beibehalten, für die Predigerwittwen aber häufig nur durch den Verkauf des Holzes am Orte seiner Gewinnung nutzbar zu machen, da entweder zu hohe Transportkosten, oder anders geartete Feuerungseinrichtungen in den städtischen Wohnungen oder sonstige Hindernisse ihnen den eigenen Verbrauch des Holzes in vielen Fällen erschweren.

Die fruchttragenden Grundstücke werden von den Predigerwittwen regelmäßig verpachtet.

Die ihnen auf diese Weise verschafften Geldeinnahmen können sie indessen, da dieselben aus einer Anzahl verschiedengearteter Quellen herfließen (die Miethentschädigung aus der Pfarrwittwenhumscaffe oder der Gemeindecasse beziehungsweise von einer anderen, statt dieser verpflichteten Stelle her, Miethgelder für das Pfarrwittwenhaus und Pachtgelder für die fruchttragenden Grundstücke von den Miethern oder Pächtern, der Erlös aus dem Brennholze von den Käufern, die Zinsen der Ablösungscapitale aus dem Klostercapitalfonds, die Dienstreuten eventuell von den Pflichten u. s. w.) nur mit verhältnißmäßig großen Umständen und Schwierigkeiten erheben und werden häufig deren pünktliches Eingehen überhaupt nicht erzielen.



### III. Unsicherheit des Betrages derselben.

Ueberdies fehlt es an der genügenden Garantie dafür, daß die Mieth- und Pachtgelder oder der Erlös aus dem Brennholze die Höhe wirklich erreichen, welche bei der Ordnung der Verhältnisse des einzelnen Pfarrwittwenthums, insbesondere bei der Entscheidung der Frage, ob dasselbe die gesetzliche Minimalhöhe erreiche und in wie weit es eventuell einer Ergänzung aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt bedürfe, vorausgesetzt ist; es fehlt also die Gewähr dafür, daß die Predigerwittwen den ihnen von dem Gesetze zugebachten Mindestbetrag an Pension auch wirklich beziehen. Sobald jene Einkünfte hinter dem Anschlagswerthe zurückbleiben, erhält die betreffende Wittwe die volle, gesetzliche Pension nicht. Der Ausfall, der ihr aus diesem Grunde droht, kann um so beträchtlicher werden, je bedeutender das Pfarrwittwenthum einer Stelle, und je mehr in Folge dessen die Predigerwittwe auf schwankende Einnahmen, insbesondere auf Landpacht, angewiesen ist. Die Gefahr, welche hierin für die Predigerwittwen liegt, ist bisher unterschätzt, weil der Erlaß und die Ausführung der citirten Gesetze von 1853 und 1873 in eine Zeit stetiger Steigerung der Pachtpreise gefallen sind. Die damals gemachten Veranschlagungen des Ertrages der Pfarrwittwenthümer wurden daher meistens von den wirklichen Einkünften derselben bald überholt, und die inzwischen zur Versorgung gelangten Wittwen hatten demnach, mochten sie auf das Pfarrwittwenthum allein angewiesen sein, oder neben ihm zu seiner Ergänzung eine nach dem Pfarrwittwenthumsanschlage bemessene Pension aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt beziehen, größtentheils eine höhere Einnahme, als angenommen war. Allein in Zeiten einer rückläufigen Bewegung der Pachtpreise, wie sie jetzt begonnen hat, liegt die Sache umgekehrt. Da kann und wird die reelle Einnahme mehr oder weniger hinter den Ansätzen des Anschlages zurückbleiben. Dann vermag die ergänzende Aushilfe der Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt nicht zu retten. Die Anstalt zahlt die Pension lediglich nach Maßgabe der von dem verstorbenen Geistlichen geleisteten Beiträge, nicht höher und nicht niedriger. Das liegt im Wesen ihrer Einrichtung begründet und ist als Grundsatz für die Bemessung ihrer Zahlungen im §. 7 des citirten Gesetzes vom 28. März 1876 (M. 30) ausdrücklich ausgesprochen. Sie hält demnach von den mittelst der Beiträge erworbenen Pensionen nichts zurück, wenn die Wittwe von dem Pfarrwittwenthume mehr Einnahmen hat, als bei Festsetzung jener Beiträge angenommen war, aber sie erhöht dieselben auch nicht, wenn diese Einnahmen kleiner werden. — Bisher hat ein derartiger Ausfall die Predigerwittwen nur in vereinzelten Fällen und in nicht sehr hohem Maße betroffen; es ist aber sehr zu besorgen, daß dieser Uebelstand demnächst einen weiteren Umfang gewinnt. Ein sicheres Mittel, dem vorzubeugen, giebt es bisher nicht, insbesondere ist ein solches nicht in der Befugniß des Herzöglichen Consistoriums zur Feststellung der Pfarrwittwenthumsanschlage zu sehen. Denn wenn diese zu dem Zwecke gebraucht werden sollte, die letzteren absichtlich zu gering festzusetzen, um jeden möglichen Ausfall an dem Schätzungsergebnisse im Interesse der Predigerwittwen zu verhüten, so würde man, wie die Erfahrung lehrt, dem Widerspruch der betheiligten Prediger begegnen, welchen um des zu niedrigen Ergebnisses der Schätzung willen für eine höhere eventuelle Wittwenpension höhere Beiträge an die Beamten-Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt zu zahlen zugemuthet werden sollte. Aber

auch wo die Prediger im wohlverstandenen Interesse ihrer eventuellen Hinterbliebenen sich des Widerspruches gegen die zu niedrige Schätzung enthielten, würde die Anwendung der letzteren in der Praxis auf große Schwierigkeiten stoßen.

In dem Pfarrcataster nämlich sind alle eventuell zur Wittwenversorgung bestimmten Grundstücke und sonstigen Vermögenswerthe, soweit sie zur Zeit im Genuße der Inhaber der Pfarrstellen sich befinden, zu ihrem vollen, wirklichen Ertrage angesetzt und müssen dort auch fernerhin so angesetzt werden, damit das Pfarrcataster seine Richtigkeit und vielseitige Brauchbarkeit nicht einbüße. Wollte man nun die nämlichen Grundstücke u. s. w. zum Zwecke der Ordnung der Wittwenversorgung anders einschätzen, als im Pfarrcataster geschehen ist, und wegen der Regelung der Einkommenszuschüsse, Alterszulagen und Emeritirungsansprüche der Prediger geschehen muß, so dürfte die Handhabung der doppelten Schätzungen und Werthsanätze für dieselben Gegenstände zu schweren Unzuträglichkeiten führen. — Und ließen sich diese Bedenken und Schwierigkeiten auch theilweise heben: jedenfalls ist es nicht günstig, daß die bisherige Prediger-Wittwenversorgung zum großen Theile auf einer unsicheren Basis beruht, während pünktliches und vollständiges Eingehen der Zahlungen als wesentliches Merkmal eines wohl eingerichteten Wittwenpensionsverfahrens bezeichnet werden muß.

#### IV. Zu hohe Belastung der Prediger.

Auf der anderen Seite verlangt nun aber die jetzige Versorgung der Wittwen von den Geistlichen vergleichsweise sehr hohe Opfer, erheblich höhere Opfer als die gleiche Anzahl von Staatsdienern in gleich hoch dotirten Dienststellen für den nämlichen Zweck zu bringen haben würde.

Wenn man diesen Vergleich richtig ziehen will, muß man allerdings nicht die Verhältnisse des einzelnen Geistlichen für sich betrachten, sondern die aller Geistlichen der Landeskirche in ihrer Gesamtheit in's Auge fassen, und dann beachten, daß auch diejenigen Beträge, die behuf der Wittwenversorgung den Pfarrpfünden entnommen werden, in Wahrheit Opfer darstellen, welche die Inhaber der Pfarrstellen für die Versorgung von Predigerwittwen zu bringen haben. Sie geben dieselben zwar, formell betrachtet, nicht eigentlich von ihrem Diensteinkommen her, weil ihnen das letztere erst nach Ausscheidung des der Witwe des Vorgängers zu überlassenden Theiles überwiesen wird; aber materiell entbehren sie in denselben einen Theil des ursprünglichen Einkommens ihrer Stellen, materiell würden sie ein um diese Beträge höheres Einkommen haben, wenn die gegenwärtige Art der Wittwenversorgung nicht bestände.

Am Schlusse des Juni 1887 stellte sich die Gesamtsumme dieser Beträge nach thunlichst genauem Ausweise des Pfarrcatasters auf 40285,29 M um welche Summe die Einkünfte von 85 Pfarrstellen verringert waren. Die Summe der Verringerung ist bei den einzelnen Pfarrstellen sehr verschieden: sie schwankt von 36 M bis 1239,40 M, im Durchschnitt beträgt sie 473,94 M oder rund 474 M.

Dazu bezahlen nach der Sachlage am Schlusse des Juni 1887 sämmtliche Prediger im Ganzen 23625 M an jährlichen Beiträgen zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, d. h. 3½ Prozent von rund 675000 M jährlichen Einkommens, bezüglich dessen sie wegen fehlender, ungenügender oder besetzter Pfarrwittwenenthümer beitragspflichtig

sind. Bei dieser Berechnung sind die zufällig vacanten Pfarrstellen, von denen augenblicklich Beiträge zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt nicht erhoben werden, so mit gezählt, als wären sie besetzt: denn da die jetzt vorhandene größere Zahl von Vacanzen nur als ein vorübergehender Umstand anzusehen ist, so kann sie bei dieser auf die Gewinnung allgemein zutreffender Resultate abzielenden Berechnung ebensowenig in Betracht gezogen werden, als unten bei den Angaben über den Gesamtbetrag des Einkommens der Pfarrstellen.

Von dem Ertrage der Pfarrpfünden und dem Dienst Einkommen der Prediger zusammen werden also behuf der Pfarrwittwenversorgung zur Zeit (Sommer 1887) in Anspruch genommen

$$\begin{array}{r} 40\,285 \text{ M} \\ + 23\,625 \text{ „} \\ \hline \text{im Ganzen } 63\,910 \text{ M.} \end{array}$$

Diese Summe drückt die reelle jährliche Belastung aus, welche (die Dauer ähnlicher Verhältnisse als der jetzigen vorausgesetzt) die Gesamtheit der Prediger behuf der Wittwenversorgung zu tragen hat.

Um nun festzustellen, wie viel im Gegenjage hierzu eine Anzahl Staatsdiener von einem Gesamteinkommen, welches dem der Gesamtheit der Prediger gleichstände, zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zu leisten haben würde, ist zunächst die Summe dieses Gesamteinkommens zu ermitteln.

Nach den Ausführungen in Anl. 6 a zu den Verhandlungen der vierten ordentlichen Landes Synode S. 35, deren Angaben im wesentlichen noch jetzt zutreffen, und deshalb, wenn auch im Einzelnen nur noch annähernd richtig, doch als im Ganzen genügend genau für den gegenwärtigen Zweck angesehen werden dürfen, beträgt der Gesamtreinertrag der Pfarrpfünden bei 247 Stellen und einem Durchschnittsjage von 4114 M

$$247 \times 4114 = 1\,016\,158 \text{ M.}$$

Davon sind auf der einen Seite diejenigen Summen abzusehen, welche die Prediger entweder als Pfündenabgabe an den Emeritirungsfonds zu zahlen, oder an vor dem Emeritirungsgejeze vom 1. December 1882 in den Ruhestand versetzte Geistliche abzugeben haben, da dieselben bei der Berechnung der seitens der Prediger den Wittwen eventuell zu sichernden Pensionen außer Ansatz bleiben; im Juni 1887

$$\begin{array}{r} 42\,278 \text{ M} \\ \text{und } 16\,561 \text{ „} \\ \hline \text{im Ganzen } 58\,839 \text{ M.} \end{array}$$

Auf der anderen Seite sind, weil auch für die Berechnung der Wittwenpension in Betracht kommend, wieder hinzuzurechnen die Alterszulagen der Prediger und die Zuschüsse zur Ergänzung des Minimaleinkommens, welche für 1887 mit 4222 M und 21 385 M, zusammen 25 607 M in Aussicht genommen waren, indessen wegen inzwischen eingetretener Aenderungen in der Besetzung der Pfarrämter nicht voll zur Auszahlung gelangen. Ihr

Betrag mag deshalb und behuf der Abrundung etwas niedriger, zu 22681 Ml. angesetzt werden. Dann ergibt sich als Gesamteinkommen der Prediger die Summe von

$$\begin{array}{r}
 1016\,158 \text{ Ml.} \\
 - \quad 58\,839 \text{ „} \\
 \hline
 957\,319 \text{ Ml.} \\
 + \quad 22\,681 \text{ „} \\
 \hline
 980\,000 \text{ Ml.}
 \end{array}$$

Nun würde eine Anzahl von Staatsdienern mit dem Gesamteinkommen von 980000 Ml. von jährlichen Beiträgen zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt  $3\frac{1}{2}$  Procent dieser Summe = 34300 Ml. zu zahlen haben, also ( $63910 - 34300 =$ ) 29610 Ml. jährlich weniger, als die oben angegebene jährliche Belastung der Prediger zu Gunsten der Wittwenversorgung beträgt. Um diesen Betrag, also um fast 30000 Ml. jährlich, sind also die Prediger in ihrer Gesamtheit durch die jetzige Art der Versorgung ihrer Wittwen schlechter gestellt, als sie stehen würden, wenn die letztere so eingerichtet wäre, wie die für die Wittwen der Staatsdiener geschaffene.

Bei dieser Vergleichung ist einstweilen unberücksichtigt gelassen, daß an die Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt außer den jährlichen Beiträgen von  $3\frac{1}{2}$  Prozent der Jahreseinnahme auch die einmalige Einzahlung eines Zwölftels der letzteren stattfindet. Es ist klar, daß Staatsdiener, welche von der vollen als ihr Einkommen angenommenen Summe der 980000 Ml. jährlich zur Wittwencasse beitragen, als Zwölftel derselben mehr zu entrichten haben, wie die Prediger, welche nur von einem Theile jener Summe zu den Wittwencassenbeiträgen herangezogen werden. Allein so gewaltig ist der Unterschied doch nicht. Wie oben gesagt, so bezahlen die Prediger die Jahresbeiträge an die Anstalt zur Zeit von rund 675000 Ml. Einkommen. Davon haben sie auch das einmalige Zwölftel mit 56250 Ml. entrichtet. Das einmalige Zwölftel von 980000 Ml. beträgt rund 81667 Ml., die Differenz zwischen beiden Summen also nur 25417 Ml. Diese Summe, welche seitens der Staatsdiener einmal mehr geleistet sein würde, gleicht noch nicht für ein Jahr die jährliche Mehrleistung der Prediger (29610 Ml.) aus, kann also gegenüber der letzteren nicht schwer ins Gewicht fallen. Die obige Vergleichung gelangt also, auch wenn sie das Zwölftel mit in Betracht ziehen will, im Wesentlichen zu dem nämlichen Ergebnisse.

### V. Ungleichheit der Belastung der Prediger.

Die so schwere Belastung der Gesamtheit der Prediger ist nun aber, und das muß als ein besonders drückender Uebelstand bezeichnet werden, nicht gleichmäßig auf sämtliche einzelne Prediger vertheilt, sondern ruht zum überwiegenden Theile auf einer Minderzahl. Es ist schon oben angegeben, daß die rund 40285 Ml. jährlichen Einkünfte, welche zur Zeit von den Pfarrstellen behuf der Wittwenversorgung abgetrennt sind, von nur 85 unter den 247 vorhandenen Pfarrstellen herkommen. Die Inhaber dieser 85 Stellen sind zugleich diejenigen, welche, da sie von dem ganzen Reste der ihnen verbliebenen Pfarreinkünfte die Beiträge an die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt bezahlen müssen, überdies noch den größeren Theil der oben angegebenen 23625 Ml. an Wittwencassenbeiträgen zu ent-

richten haben, während ihre Amtsbrüder, wenn sie auch, wie erwähnt, von der Verpflichtung zu letzteren nur selten noch ganz frei bleiben, doch von ihr ungleich weniger stark betroffen werden. Der Unterschied mag an einem Beispiele erläutert werden.

Man denke zwei Pfarrstellen A und B, jede mit dem Durchschnittseinkommen von 4114 oder rund 4100 M., beide verpflichtet zur Abgabe der Durchschnittssumme von rund 474 M. an eine Predigerwitwe, bei A das Wittwenthum besetzt, bei B unbesetzt. Der Inhaber der Stelle A behält an Einkünften für sich nur  $(4100 - 474 =) 3626$  M., hat bei Annahme der Stelle ein Zwölftel dieser Summe mit rund 302 M. an die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zahlen müssen, und an letztere jährliche Beiträge zu rund 127 M. zu entrichten. Der Inhaber der Stelle B hat die vollen Einkünfte derselben mit 4114 M. Liegt der Fall für ihn noch verhältnismäßig ungünstig, d. h. sind die nachweisbaren, für die Pfarrwitwe eventuell bestimmten Einkünfte nicht ungewöhnlich groß, umfassen sie z. B. außer obigen 474 M. von der Pfarre nur noch eine Miethentschädigung von 180 M. aus der Pfarrwittwenthumscasse und einen Reihentheil an Brennholz zu 36 M. jährlichen Durchschnittswerthes, betragen also nur 690 M. im Ganzen, so muß er, um seiner Wittwe das volle gesetzliche Wittwenthum, 24 Procent von 4100 M. = 984 M. zu sichern, ihr eine Pension von  $984 - 690 = 294$  M. bei der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt erwerben und zu dem Zwecke derselben wegen eines Einkommens von rund 1220 M. beitreten, ihr also von dieser Summe einmal ein Zwölftel mit 101,67 M. und jährliche Beiträge mit 42,70 M. zahlen.

Der Inhaber der an sich mit B gleich dotirten Stelle A hat also während er an Einnahme merklich weniger bezieht, als der Inhaber der Stelle B, annähernd dreimal so viel für die Wittwenversorgung zu zahlen, als Letzterer. — Mag man nun dieser Sachlage gegenüber betonen, daß der einzelne Prediger kein Recht besitze, sich über sie zu beklagen, da er seine Stelle mit der darauf ruhenden und ihm bekannten Belastung freiwillig übernommen habe, mag man auch anzunehmen geneigt sein, daß dieselbe von den Predigern, da sie einmal herkömmlich bestche, im allgemeinen nicht mehr als drückend empfunden werde — wiewohl letzteres bei einer größeren Zahl von Predigern gewiß nicht zutreffen würde — immerhin wird man nicht in Abrede stellen können, daß sie der Verbesserung fähig und bedürftig ist und, wenn möglich, mit einer Einrichtung vertauscht werden muß, welche die Belastung behuf der Wittwenversorgung den Predigern im Ganzen erleichtert, ihnen im einzelnen gleichmäßig auferlegt und dabei die, hier nur nebenbei zu erwähnende, bisherige Unzuträglichkeit beseitigt, daß die Prediger hauptsächlich zu Gunsten der Versorgung fremder Familien (Wittwen) beschwert werden.

### **Nothwendigkeit baldiger Abhülfe im Hinblick auf das Emeritirungsgesetz.**

Es ist um so mehr geboten, hier mit einer Aenderung vorzugehen, als in neuester Zeit durch das Kirchengesetz vom 1. December 1882, die Emeritirung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betreffend, (M. 36), den letzteren neue, nicht unbeträchtliche Lasten auferlegt sind. Tragen sie diese auch willig im Interesse der Hebung des geistlichen Standes, dessen Lage, im Ganzen betrachtet, durch jenes Gesetz verbessert ist, so erscheint es doch billig, daß, wenn möglich, die neue Belastung durch Erleichterung der Leistungen für die Wittwen-

versorgung in etwas aufgewogen werde. Durch eine Umgestaltung dieser würde man auch dazu gelangen, der Bestimmung im zweiten Absätze des §. 14 des cit. Kirchengesetzes, nach welcher die Höhe der Pfründenabgaben während der 8 Jahre, für die sie bezahlt werden müssen, unverändert bleibt, einen Theil ihrer Härte für die davon betroffenen Geistlichen zu nehmen. Es kann jetzt vorkommen, und hat sich seit dem Inkrafttreten des genannten Kirchengesetzes schon einige Male ereignet, daß ein Prediger, welcher eine Pfarrstelle mit unbefestem Wittwenenthume unter der Verpflichtung zur Zahlung der Pfründenabgabe übernommen hatte, dadurch, daß nachher der von der Stelle emeritirte Pastor mit Hinterlassung einer Wittwe starb, genöthigt wurde, nachträglich dieser Wittwe den zur Wittwenversorgung bestimmten Theil der Pfarreinkünfte herauszugeben und dann überdies von dem ganzen, ihm verbliebenen Einnahmereste zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt beizutragen. Dadurch sind für die theilhaftigen Prediger arge Verlegenheiten entstanden, über welche sie freilich kein Recht hatten, sich zu beschweren, weil es ihre Sache gewesen wäre, die Möglichkeit des Eintrittes des dargestellten Falles vor ihrer Bewerbung um die fraglichen Stellen in Betracht zu ziehen, deren Ursache zu beseitigen aber doch im Interesse des Predigerstandes wünschenswerth erscheint.

### Das Ziel für eine Umgestaltung der Predigerwittwenversorgung.

Behuf der Abstellung der im Vorstehenden besprochenen Mängel gilt es also, zu einer Umgestaltung der bisherigen Einrichtungen für die Predigerwittwenversorgung zu schreiten und dabei als zu erreichendes Ziel Folgendes in's Auge zu fassen:

- a. die Gewährung von Versorgungsansprüchen auch an die Waisen der Prediger in mindestens gleichem Umfange, als sie den Waisen der Staatsdiener eingeräumt sind;
- b. die Ersetzung der zum Theil schwankenden und schwierig zu erhebenden bisherigen Wittwenversorgung durch eine feste und bequem zu hebende Pension in Geld;
- c. die Befreiung der Prediger von der Verpflichtung zur Abgabe eines Theiles der Einkünfte ihrer Pfarrstellen zur Versorgung der Wittwen der Amtsvorgänger, und die Heranziehung derselben zu angemessenen, allen gleichmäßig obliegenden Beiträgen behuf Sicherung der Pension für die eigenen Hinterbliebenen, in der Art etwa, wie sie den Staatsdienern obliegen.

Daß dieses Ziel nur unter vollständigem Bruche mit dem bisherigen Predigerwittwenversorgungssysteme erreicht werden kann, ergibt ohne weiteres die Forderung unter c, der sich innerhalb des letzteren schlechterdings nicht genügen läßt. Es kann deshalb dahin gestellt bleiben, ob die bei dem voraussichtlichen Widerspruche der Gemeinden und sonstigen Verpflichteten jedenfalls nicht leichte Aufgabe, der Forderung unter a gerecht zu werden, sich mittelst der Ausdehnung der bisher bestehenden Verpflichtungen zur Versorgung der Predigerwittwen auf die Versorgung der Waisen von Predigern möchte lösen lassen; und ebenso, ob und in wie weit die Forderung unter b sich mittelst fortschreitender Umsehung der zur Pfarrwittwenversorgung bestimmten Grundstücke und Berechtigungen in Capital oder Geldrente wenigstens annähernd zu erfüllen wäre.

## Unmöglichkeit der Erreichung desselben mittelst der Beamten-Wittwen- und Waisen- Versorgungsanstalt.

Der durch den oben vorgeführten geschichtlichen Verlauf der Angelegenheit nahe gelegte Versuch, die nöthigen Verbesserungen durch abermalige Erweiterung der Beziehungen der Prediger zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt herbeizuführen und zu dem Zweck etwa zu bestimmen, daß letztere eventuell die Pensionszahlung an Waisen und die Zahlung desjenigen Theiles der Wittwenversorgung übernehme, der bisher von den Pfarrstellen getragen ist, dagegen aber sämtliche Prediger von der vollen Dienststeinnahme zu den Beiträgen heranzuziehen habe, dürfte

— abgesehen davon, daß er die Forderung unter b zum Theil unberücksichtigt ließe —

sich aus finanziellen Gründen als unausführbar erweisen. Wie oben unter IV angegeben, so beträgt der jährliche Beitrag der Geistlichen an die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zur Zeit rund 23625 M und würde bei ihrer Heranziehung von dem vollen Diensteinkommen auf ( $3\frac{1}{2}$  Procent von 980000 M =) 34300 M steigen. Dagegen beläuft sich der von den Pfarrstellen zur Wittwenversorgung abgegebene Betrag zur Zeit auf 40285 M. Mit dieser jährlichen Mehrausgabe (ohne die etwaigen Waisenpensionen zu rechnen) würde man die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt belasten müssen, während man ihr eine Mehr-Einnahme von nur ( $34300 - 23625 =$ ) 10675 M zuführte. Ohne Zweifel würde gegen ein derartiges Ansinnen an die genannte Anstalt, welches derselben eine neue Ausgabe von etwa 30000 M jährlich ohne entsprechende Deckung zumuthete, staatsseitig wohlbegründeter Widerspruch erhoben werden.

## Der Weg zu dem Ziele: Gründung einer eigenen Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs- anstalt mit Hülfe der Pfarrwittwenhumsassen.

Es eröffnet sich nun aber der Weg zu dem angegebenen Ziele durch die Gründung einer eigenen Anstalt zur Versorgung der Wittwen und Waisen von Predigern, welche jenen mindestens die gleichen Vortheile gewährt, als die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt den Hinterbliebenen der Staatsbeamten, und die Prediger für diesen Zweck nicht stärker in Anspruch nimmt, als die Staatsbeamten für den gleichen Zweck belastet sind. Die Mittel zur Eröffnung einer solchen Anstalt sind vorhanden, und es liegt Grund zu der Annahme vor, daß bei richtiger Verwendung derselben möglich sein wird, die Verpflichtungen der Theilnehmer an der neuen Anstalt unter gleichzeitiger Erhöhung der aus diejer zu gewährenden Pensionen späterhin unter die für den Anfang in Aussicht genommene Höhe (ein Zwölftel einmalige Abgabe und  $3\frac{1}{2}$  Procent jährlicher Beiträge vom Diensteinkommen) herabzumindern. Diese Mittel gewähren die Capitalbestände der bei den einzelnen Pfarrstellen vorhandenen Pfarrwittwenhumsassen bezw. Pfarrwittwenhausassen unter Hinzunahme gewisser anderer ausschließlich zur Pfarrwittwenversorgung bestimmter Vermögensstücke.

Wenn man jene Bestände an Capital zu einem Fonds vereinigt, dem die Einkünfte von den noch vorhandenen wenigen Pfarrwittwenhäusern sowie den fruchttragenden Grund-

stücken und etwaigen Berechtigungen, welche, so lange eine Pfarrwittwe nicht vorhanden ist, zu Gunsten der Pfarrwittwenhumscasse genützt sind, zufließen und dann jährliche Beiträge der Prediger zugeführt werden, so wird dieser Fonds, bezw. die mit ihm zu gründende Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt im Stande sein, die Prediger-Wittwen- und Waisen-Versorgung allein zu übernehmen, ohne daß für dieselbe ferner die Gemeinden in Anspruch genommen oder die Prediger zur zeitweiligen Hergabe eines Theiles der Pfarrpfründen genöthigt werden. Auf dieser Grundlage ist der jetzt vorliegende Entwurf eines Gesetzes, die Landespfarrwittwen-Versorgungsanstalt betreffend ausgeführt, welcher im Folgenden zunächst hinsichtlich seiner Gestaltung im Allgemeinen erläutert wird.

### **Zweckmäßigkeit des Planes.**

Der Gedanke, neben den Predigern auch die Gemeinden nunmehr von der Belastung mit der eventuellen Versorgung der einzelnen Pfarrwittwen zu befreien, findet seine Berechtigung darin, daß man die gemeindeseitige Aushilfe bei einer größeren Anzahl von Pfarrstellen bereits in wesentlichen Beziehungen als eine nur noch subsidiäre aufzufassen sich gewöhnt hat: bedarf man ihrer nicht mehr nothwendig, wie das nach der Gründung der neuen Anstalt der Fall sein wird, so kann man sie in consequenter Weiterverfolgung dieser Entwicklung ohne Entschädigung aufgeben. Daß dagegen ständige Leistungen der Gemeinden oder sonstiger Verpflichteter, welche auch im Falle des Nichtvorhandenseins einer Wittwe an die Pfarrwittwenhumscasse erfolgen müssen, unverändert bestehen bleiben und zu Gunsten der neuen Anstalt verwertet werden sollen, darf wohl als selbstverständlich bezeichnet werden.

Nach dem jetzigen Plane also soll den bisher zum großen Theile gewissermaßen todt liegenden Capitalien der Pfarrwittwenhumscassen eine segensreiche Verwendung gegeben, sollen sie den allgemeinen Interessen der Prediger, ihrer Hinterbliebenen und den Gemeinden mit wirklichem Erfolge dienstbar gemacht werden; das bedarf bei der Lage der Sache kaum einer Empfehlung. Dieselben sind über den einzigen ihnen bisher angewiesenen Zweck, den Wittwen der Prediger von den betreffenden Stellen eine mäßige Miethentschädigung zu gewähren, im Ganzen betrachtet, weit hinausgewachsen.

— Wegen der Pfarrwittwenhauscassen, welche in geringer Zahl noch bestehen, vergl. unten die Bemerkung §. 4 Abs. 1 des Gesetzesentwurfs. —

Wo der Betrieb der Pfarrwittwenhumscasse von vorn herein mit etwas reichlichen Mitteln begonnen und dann, weil keine Pfarrwittwe von der Stelle vorhanden war, das Capital von Jahr zu Jahr durch weitere Capitalisirung der Zinsen vermehrt wurde, haben sich schon jetzt Bestände angesammelt, welche wegen ihrer bedeutenden Höhe außer Verhältniß zu dem Zwecke stehen, dem allein ihre Zinsen dienen sollen. Mehr oder minder kann dieses demnächst nach längerer Zeit und unter günstigen Umständen das Ergebniß der Verwaltung einer jeden Pfarrwittwenhumscasse sein. Somit liegt in deren Einrichtung und Anlage selbst etwas Irrationelles und Widerspruchsvolles, welches nur dadurch beseitigt werden kann, daß im gesetzlichen Wege die Möglichkeit zu einer allgemeinen anderweitigen Verwendung ihrer Mittel eröffnet wird, wie es der gegenwärtige Plan eben bezweckt. Würde man diesen oder einen ähnlichen zu verfolgen Bedenken tragen, so würde demnächst nur übrig bleiben,



durch die Zulassung einer anderweitigen localen Verwendung des Theiles der Einkünfte der einzelnen Cassen, welcher unbeschadet des ersten Zweckes derselben entbehrlich wäre, der unbegrenzten Ansammlung von Capitalen in letzterer ein Ende zu machen. Das Verlangen nach derartigen Bestimmungen, welches bisher schon hier und da laut geworden ist, würde mit dem weiteren Anschwellen der einzelnen Cassen von Jahr zu Jahr an mehr Stellen und mit größerer Energie sich geltend machen, bis ihm zuletzt nachgegeben würde. Dann aber müßte man, wie leicht einzusehen, ebenso tief in das bestehende Recht einschneiden, als das mit dem vorliegenden Plane geschieht, ohne doch mehr als Vortheile rein localen und zufälligen Character bei einzelnen Stellen zu erlangen, welche mit dem allgemeinen und weitgreifenden Nutzen, den der jetzige Plan zu stiften geeignet ist, sich nicht gleichstellen lassen.

Es fragt sich nun, ob die Ausführung des an sich empfehlenswerthen Grundgedankens rechtlich zulässig und thatsächlich möglich ist, in letzterer Hinsicht insbesondere ob sie den erwarteten finanziellen Erfolg haben wird.

### Rechtliche Zulässigkeit seiner Ausführung.

Die rechtliche Zulässigkeit der beabsichtigten Maßregel bedarf deshalb einer Erläuterung, weil die letztere das Vermögen von Stiftungen betrifft und dessen Verwendung zu einem in seiner ursprünglichen Bestimmung nicht enthaltenen Zwecke beabsichtigt. Es muß also geprüft werden, ob und in wie weit sie mit den Vorschriften des §. 217 der Neuen Landschafts-Ordnung in Einklang zu bringen ist.

Nun wird sich mit Recht nicht bestreiten lassen, daß der Zweck, zu welchem nach dem jetzigen Plane das Vermögen der Pfarrwittenthums-Cassen verwendet werden soll, ein der ursprünglichen stiftungsmäßigen Bestimmung derselben durchaus ähnlicher ist. Nach der letzteren hatte es der Versorgung der Wittwen derjenigen Prediger zu dienen, welche als Inhaber der betreffenden Pfarrstellen verstorben waren: auch in Zukunft soll es der Versorgung der Wittwen und Waisen von Predigern dienen; nur die Beschränkung seiner Verwendung auf die Hinterbliebenen gewisser einzelner Prediger und die regelmäßige specielle Beziehung seiner Mittel auf die Beschaffung einer Wohnung wird beseitigt.

Die Maßregel soll im Wege der Gesetzgebung angebahnt werden: die Zustimmung der Landesversammlung zu ihr einzuholen ist also von vorn herein in Aussicht genommen. Danach könnte sich nur noch fragen, ob möglicherweise die Zustimmung der bei der einzelnen Pfarrwittenthumsstiftung speciell Betheiligten für erforderlich zu halten sein möchte.

Als solche kommen in Betracht:

- 1) die Predigerwittwen, welche sich zur Zeit im Genuße eines Pfarrwittenthums befinden;
- 2) die Prediger, welche zur Zeit im Besitze der Pfarrstellen sind, bezw. deren Ehefrauen, welchen ein eventuelles Anrecht auf den Genuß des Pfarrwittenthums der betreffenden Stelle zusteht.

Daneben ist zu erwägen, ab

- 3) möglicherweise auch die Gemeinden zu berücksichtigen seien, insofern sie entweder
  - a. zu Geldzahlungen oder Leistungen anderer Art behuf der Pfarrwittwenversorgung verpflichtet sind, oder
  - b. sich etwa für berechtigt halten möchten an den Einkünften oder dem Capitalvermögen der Pfarrwittwenhümer als Empfänger Theil zu nehmen.

Zu 1) nun ist die Absicht des Entwurfes an den Rechten der Predigerwittwen auf die bereits in ihrem Besitze und ihrer Nutzung befindlichen Pfarrwittwenhümer nicht zu rütteln, dieselben vielmehr bis zum Ableben der betreffenden Wittwen unverändert fortbestehen zu lassen (§. 27 des Entwurfes). Gegen die einzige beabsichtigte Aenderung, daß ihnen nämlich in Zukunft, die bisher aus der einzelnen Pfarrwittwenhumscasse geleisteten Baarzahlungen aus der Casse der zu gründenden Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt gereicht werden sollen, haben sie kein Recht, Widerspruch zu erheben, da nach bekannten Rechtsgrundsätzen der Gläubiger sich gefallen lassen muß, daß ihm ein anderer statt des ursprünglichen Schuldners Zahlung leistet. Ihrer Zustimmung zu dem neuen Gesetze bedarf es also nicht, da ihre Befriedigung aus den Mitteln der Anstalt, sobald diese auf Grund des Gesetzeswurfs ins Leben getreten ist, hinreichend gesichert erscheint, ja in Wahrheit bequemer und pünktlicher erfolgen wird, als zuvor.

Uebrigens stände an sich auch nichts im Wege, die Uebernahme der bisherigen Miethentschädigungen auf die neue Anstalt von der Zustimmung der einzelnen, beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits vorhandenen Pfarrwittwen abhängig zu machen. Die Versagung derselben im einzelnen Falle hätte dann den Erfolg, daß zunächst nur der zur Sicherung der festgesetzten Miethentschädigung nicht erforderliche Theil des Vermögens der betreffenden Pfarrwittwenhumscasse an die Anstalt abgeführt würde. Indessen empfiehlt sich dieses Verfahren wegen der beträchtlichen Umstände und Weitläufigkeiten, welche es verursacht, weit weniger als das in dem Gesetzentwurfe vorgeschlagene.

Ebenso sollen, zu 2, die eventuellen Ansprüche der zur Zeit des Erlasses des Gesetzes vorhandenen Prediger bezw. ihrer Ehefrauen auf die Pfarrwittwenhümer bei den alsdann in ihrem Besitze befindlichen Pfarrstellen nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Die Prediger sollen vielmehr zur Theilnahme an der neuen Anstalt mit der Folge, daß ihren Wittwen anstatt des Pfarrwittwenhumscasse eine Pension aus letzterer erworben wird, erst herangezogen werden, wenn ihnen auf vorherige Bewerbung ein anderes Pfarramt verliehen ist. Unter der Herrschaft des neuen Gesetzes aber geschieht dann die Verleihung einer Pfarre nur mit dem gesetzlichen Bedinge, daß der Erwerber derselben der Landes-Pfarrwittwenversorgungsanstalt beitrete und damit die Aufhebung des bisherigen Pfarrwittwenhumscasse bei seiner künftigen Pfarrstelle anerkenne. In der Annahme der Stelle liegt folglich dann die Unterwerfung unter diese gesetzliche Bedingung. — Demnach bedarf es auch nicht der Einholung der Zustimmung der Prediger zu dem Entwurfe.

### Insbefondere die Stellung der Gemeinden zu dem Plane.

Somit, zu 3a, die Gemeinden betrifft, so haben diese kein Recht, der neuen Einrichtung zu widersprechen oder bezüglich ihrer gehört zu werden, insoweit dieselbe sie von früheren

gesetzlichen Verpflichtungen befreit. Schon nach civilrechtlichen Grundsätzen hat der Schuldner es sich gefallen zu lassen, daß ihn ein Dritter auch ohne seine Zustimmung von seiner Schuld durch deren Zahlung befreit, und für die Gesetzgebung besteht kein Hinderniß, öffentlich rechtliche Verpflichtungen aufzuheben, ohne deshalb mit den bisher Belasteten zuvor zu unterhandeln.

Anders würde, zu 3 b, die Sachlage zu beurtheilen sein, wenn die Pfarrwittwenhäuser neben ihrem besprochenen obersten Zwecke zugleich die Bestimmung gehabt hätten, für Gemeindegewerke verwandt zu werden, und dieser Bestimmung durch die neue Einrichtung entzogen werden sollten. Allein sie haben eine derartige Nebenbestimmung nicht gehabt; vielmehr ist durch den oben citirten §. III. des Cap. XVI. des ersten Theiles der Erneuerten Kirchenordnung von 1709 die Verwendung ihrer Einkünfte für Gemeindegewerke ausdrücklich ausgeschlossen.

Demnach sind die Gemeinden an denselben im allgemeinen nicht in dem Sinne rechtlich theilhaft, daß ihre Zustimmung zu deren anderweitiger Verwendung für erforderlich zu halten wäre. — Es bleibt nur noch die Frage übrig, ob nicht etwa einzelne Ausnahmen von jener Vorschrift der Erneuerten Kirchenordnung zu gunsten von einzelnen, bestimmten Gemeinden oder anderer Berechtigten zugelassen seien. Wäre das aber auch geschehen, so würde dadurch doch die beabsichtigte anderweitige gesetzliche Regelung der Angelegenheit im Ganzen nicht gehindert, sondern es würde um deswillen nur ein Vorbehalt bezüglich der Behandlung der einzelnen Fälle, in welchen derartige Ausnahmen nachweislich existirten, nöthig erscheinen. — Soweit eine genaue Nachforschung ergeben hat, giebt es derartiger Ausnahmen im Lande nur zwei, in Eßum zu gunsten der Kirchencasse, in Brunken zu gunsten des Patrons, in beiden Fällen mit der Bestimmung, daß den genannten Berechtigten die Einnahmen der Pfarrwittwenhauscasse, in soweit sie eine gewisse Höhe übersteigen, zufallen sollen. Für beide Fälle wird der Anspruch jener Berechtigten vorzubehalten sein, (wie das im §. 4 Abs. 1 des Gesetzentwurfes geschieht) und künftigen Verhandlungen überlassen bleiben können, sie mit der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt, der, ohne daß sie in ihrem Rechte gekränkt werden, jedenfalls ein Theil des Vermögens der fraglichen Pfarrwittwenhauscassen zugeführt werden kann, in geeigneter Weise auseinanderzusetzen.

Als eigentliche Ausnahmen von der citirten wichtigen Vorschrift dürfen die Fälle nicht angesehen werden, in welchen vor einigen Jahrzehnten bei Gelegenheit des Verkaufs der Pfarrwittwenhäuser und der Bildung von Pfarrwittwenhauscassen den betreffenden Gemeinden erklärt ist, daß unter Umständen ein Theil des Vermögens dieser Cassen zu kirchlichen Ausgaben (oder auch zu Schulausgaben), für welche sie (die Gemeinden) sonst aufkommen haben würden, unter Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums und des Herzoglichen Staatsministeriums solle verwandt werden können. Derartige Erklärungen sind gegenüber vierzehn Gemeinden

— Heddingen, Beningerohe, Bodborg, Broistedt, Burgdorf, Gebhardshagen, Halchter, Harzburg, Herrhausen, Lichtenberg, Linden, Weserlingen, Westerlinde, Al-Winnigstedt —

abgegeben, in der Form von einander mehr oder weniger abweichend, dem Inhalte nach aber darin sämmtlich gleich, daß sie ein Recht der genannten Gemeinden auf eine derartige Verwendung

der Pfarrwittenthumscassen nicht anerkennen, vielmehr, nachdem in mehreren Fällen die Versuche der Gemeinden, ein solches geltend zu machen, auf das entschiedenste zurückgewiesen worden, nur eine Gnadenerweisung in Aussicht stellen, bezüglich deren sowohl die Frage ob, als die Frage in welchem Betrage sie eintreten solle, der Entscheidung der Oberbehörden überlassen ist. Diesen Erklärungen gemäß sind einigen der genannten Gemeinden Beihilfen aus den fraglichen Cassen bewilligt, einigen abgelehnt, von einigen sind Bewilligungen bisher nicht erbeten. Seit dem Jahre 1864 sind derartige Erklärungen nicht mehr abgegeben; in strengerer Handhabung der Vorschrift der Erneuernten Kirchenordnung hat man vielmehr dieselben vermieden und die Mittel der Pfarrwittenthumscassen ihrer ausschließlichen stiftungsmäßigen Bestimmung reservirt. — Jene vierzehn Gemeinden würden nun, da ihnen, wie gesagt, ein Recht auf einen Theil des Vermögens der dortigen Pfarrwittenthumscassen nicht zusteht, auch eine Befugniß, der anderweitigen Verwendung derselben sich zu widersetzen, nicht haben. Allein sie stehen zu der Sache immerhin etwas anders, als die übrigen Gemeinden. Während die letzteren sich überhaupt keine Rechnung auf die Verwendung von Mitteln jener Cassen zu ihren Gunsten zu machen hatten, war ihnen zu der Hoffnung auf eine solche behördlicherseits Anlaß gegeben. Wo also für die Erfüllung solcher Hoffnung zur Zeit des Erlasses des Gesetzes die reale Grundlage gegeben, d. h. mehr Vermögen in den betreffenden Cassen angesammelt ist, als zur Bestreitung der denselben in erster Linie obliegenden Ausgabe, (der festgesetzten Miethentschädigung für eine Predigerwitwe) erfordert wird, empfiehlt es sich wohl, der erregten Hoffnung insoweit Rechnung zu tragen, daß man einen Theil des Ueberschusses an Capital der dortigen Kirchencasse überweist. Eine darauf bezügliche Vorschrift ist in den Absatz 2 des §. 4 des Gesetzentwurfs aufgenommen.

### Finanzielle Durchführbarkeit des Planes.

Da also durch das Vorstehende die rechtliche Zulässigkeit der beabsichtigten empfehlenswerthen Neuordnung erwiesen ist, gewinnt nunmehr die Frage nach deren practischer Durchführbarkeit, insbesondere vom finanziellen Standpunkte aus, entscheidende Bedeutung. Zu ihrer Lösung bedarf es einer eingehenden Untersuchung einerseits der Mittel, über welche die künftige Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt zu verfügen haben wird, andererseits der Lasten, welche sie zu übernehmen hat.

### A. Die Mittel der künftigen Anstalt.

Als solche werden vorhanden sein

#### I. Das Vermögen der Pfarrwittenthumscassen.

I. Das zu einem Fonds, dem Grundstocke der Anstalt, zu vereinigenbe Vermögen der bisherigen einzelnen Pfarrwittenthums bzw. Pfarrwittwenhauscassen.

Der jeweilige Gesamt-Capitalbestand dieser Cassen läßt sich bei deren großer Zahl (es sind gegen 200) und unter den bezüglich der Rechnungsführung bei ihnen geltenden Bestimmungen jedesmal nur mittelst eines sehr umständlichen und zeitraubenden Verfahrens er-

mitteln, dessen häufige Wiederholung, zumal es doch stets nur zu einem für die aller kürzeste Frist genau zutreffenden Abschlusse führt, nicht gut ausführbar ist. Dasselbe hat in den Jahren 1875 und 1886 stattgefunden und die damals gewonnenen Ergebnisse lassen mit genügender Sicherheit, (wenn auch natürlich nicht mit völliger ziffermäßiger Genauigkeit) ersehen, auf welchen Bestand für den Schluß des Jahres 1887 mindestens gerechnet werden kann.

Nach den Erhebungen von 1875 waren am Schlusse des Jahres 1874 die Capitale der fraglichen Cassen von ursprünglich geringen Anfängen aus zu der Gesammthöhe von  
1 150 968 M

angewachsen. Nach den Erhebungen von 1886, welche, da sie zu einer Zeit vorgenommen wurden, wo noch nicht alle Rechnungsabschlüsse der betreffenden Cassen bezüglich des Jahres 1885 stattgefunden hatten, nur die Sachlage am Schlusse des Jahres 1884 berücksichtigen konnten, waren damals die Capitale auf

1 480 220 M

gestiegen. Es hatte also in den zehn Jahren vom Beginne des Jahres 1875 bis zum Ende des Jahres 1884 eine Vermehrung um

329 252 M

stattgefunden; das ergiebt für das Jahr im Durchschnitt eine Vermehrung von  $\frac{329252}{10} =$

(rund) 32 925 M.

Man kann danach mit Gewißheit annehmen, daß die weitere Vermehrung in den Jahren 1885, 1886 und 1887 mindestens  $3 \times 32925 =$

98 775 M

beträgt: in Wahrheit wird sie wohl etwas mehr betragen haben, da sie bei dem steten Wachsen der Capitale in jedem folgenden Jahre nicht die Summe des Vorjahres, sondern eine um die Höhe der Zinsen der inzwischen neu belegten Capitale erhöhte Summe ausmachen muß. Dieser Umstand mag indeß hier unberücksichtigt bleiben, zumal er möglicherweise zum Theile durch Vermehrung der Zahlungsverpflichtungen der Pfarrwittwenhauseassen (es waren 1885 einige Wittwen mehr vorhanden, als 1884) aufgewogen ist. Für den Schluß des Jahres 1887 ergiebt sich also zuverlässig ein Capitalbestand von nicht unter

1 480 220 M

+ 98 775 „

= 1 578 995 M.

Dieses Vermögen ist fast ausnahmslos zu 4 Procent belegt. Damit indessen die folgenden Berechnungen auch für den Fall Wahrheit behalten, daß es demnächst nicht mehr als  $3\frac{1}{2}$  Procent Zinsen einbringen würde, soll denselben die Annahme zum Grunde gelegt werden, daß es zu nur  $3\frac{1}{2}$  Procent belegt sei. Die jährlichen Zinsen sind danach also auf

55 265 M

anzusetzen.

Zu dem Vermögen der Pfarrwittwenhause- bezw. Pfarrwittwenhaus-Cassen gehören dann ferner noch einige (im Sommer 1887 noch 14) Pfarrwittwenhäuser und rund 319 Morgen

fruchttragender Länderei, deren Ertrag stets der Wittwenversorgung zu dienen hat, also wenn keine Predigerwittwe von der Stelle vorhanden ist, in der betreffenden Pfarrwittwenhuthumscasse vereinnahmt wird. Die ihrem Betrage nach ungewissen Einnahmen von den Häusern können hier um so eher übergangen werden, als ihnen die Ausgaben für Reparaturen an jenen gegenüberstehen. Dagegen ist die Einnahme von der Länderei zu berücksichtigen. Die letztere besteht im allgemeinen aus kleinen, in bequemer Lage unweit der Ortschaften ausgewiesenen Grundstücken von guter Qualität, welche eine vortheilhafte Verpachtung zulassen. Der Betrag der Pachtgelder ist natürlich in den verschiedenen Gegenden des Herzogthums verschieden; als Durchschnitt wird der Preis von 30 M für den Morgen nicht zu hoch gegriffen sein. Die jährliche Einnahme von diesen Grundstücken ist also zu mindestens

9 570 M

anzunehmen.

## II. Die jährlichen Beiträge der Theilnehmer.

II. Die jährlichen Beiträge der Theilnehmer, welche zunächst  $3\frac{1}{2}$  Procent vom Dienst Einkommen betragen sollen.

Wenn sämtliche Geistliche mit ihrem oben zu 980000 M angesetzten Dienst Einkommen der Anstalt beigetreten sind, beläuft sich die Summe der Beiträge ( $3\frac{1}{2}$  Procent von 980000 M) also auf

34 300 M

jährlich.

## III. Das einmalige Zwölftel vom Einkommen derselben (Reservefonds).

III. Das von den Anstaltstheilnehmern einmal zu entrichtende Zwölftel vom gesamten Dienst Einkommen.

Da diese Einnahme nach dem Gesekentwurfe nicht zur regelmäßigen Deckung der laufenden Ausgaben verwandt, sondern zu einem Reservefonds angesammelt werden soll, so kommt ihr Betrag hier einstweilen nicht mit in Ansatz; es wird noch weiter unten (§. 25 ff.) von demselben die Rede sein.

## B. Die Ausgaben der künftigen Anstalt. Zahl und Höhe der Wittwenpensionen.

Diese bestehen demnächst in der Zahlung der Pensionen an die Predigerwittwen. Um deren Jahresbetrag zu ermitteln, ist erforderlich, sowohl die durchschnittliche Zahl der in jedem Jahre vorhandenen Predigerwittwen, als auch den durchschnittlichen Betrag der an die einzelnen Wittwen zu gebenden Pension festzustellen.

1. Die jährliche Durchschnittszahl der Predigerwittwen für einen längeren Zeitraum genau festzustellen ist durch die Unvollständigkeit des zu Gebote stehenden statistischen Materials einigermaßen erschwert. Jährliche wiederkehrende Zählungen der Predigerwittwen haben erst seit dem Jahre 1882 stattgefunden; aus der Zeit vorher liegen Zählungen von den Jahren 1849, 1853, 1875 und 1879 vor. Indessen ist es doch möglich, mittelst der durch diese Zählungen gebotenen Anhaltspunkte zu einem für den gegenwärtigen Zweck genügenden Ergebnisse zu gelangen.

1849 gab es 96 Predigerwittwen, 1853: 85 und 1875: 84; es waltet kein Umstand ob, der zu der Annahme nöthigte, daß in den dazwischen liegenden oder unmittelbar vorausgegangenen und gefolgten Jahren die Zahl erheblich höher gewesen sei.

1879 gab es 103, 1882: 105, 1883: 108, 1884: 115, 1885: 121, 1886: 119 Predigerwittwen, diese Jahre zeigen also eine erhebliche Zunahme der Zahl. Berechnet man nun für die 30 Jahre von 1847 bis 1876 den Durchschnitt nach den obigen drei aus diesem Zeitraume gegebenen Zahlen, so erhält man als Durchschnittszahl für das Jahr: 88,33.

Berechnet man ebenso für die 10 Jahre von 1877 bis 1886 den Durchschnitt nach den sechs aus diesem Zeitraume gegebenen Zahlen, so erhält man als Durchschnittszahl 111,83. Berechnet man dann aus 30 Jahren mit der Durchschnittszahl 88,33 und 10 Jahren mit der Durchschnittszahl 111,83 den Gesamtdurchschnitt für die Periode von 40 Jahren, so ergibt sich die Zahl 94,20. — Daß diese Zahl hoch genug für den Gesamtdurchschnitt gegriffen ist, bestätigt die Betrachtung ihres procentualen Verhältnisses zu der Zahl der überhaupt vorhandenen Pfarrstellen, 247: sie stellt 38,11 Procent der letzteren dar. Durch ihre Annahme wird also die Voraussetzung ausgesprochen, daß regelmäßig auf 100 Geistliche mindestens 38 Wittwen von Geistlichen vorhanden sind. Diese Voraussetzung aber geht schon über das hinaus, was nach den Ermittlungen des Herzoglichen Finanz-Collegiums auf Grund der bei der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gemachten Erfahrungen als Verhältniß zwischen der Zahl der Beamten und der Beamtenwittwen thatsächlich besteht. Danach waren in den Jahren 1881, 1882, 1883 und 1884 auf 100 Beamte 35 Wittwen, in allen vorhergegangenen Jahren aber weniger, nämlich auf 100 Beamte nur 26—34 Wittwen vorhanden. Nimmt man obige 38 als dauernde Verhältnißzahl an, so constatirt man damit schon ein erhebliches Mehr an Wittwen von Predigern gegenüber der Wittwen von Männern des Beamtenstandes. Da der Grund dieser auffälligen Erscheinung nicht in der durchschnittlichen Lebensdauer der Geistlichen gesucht werden darf

— diese ist vergleichsweise nicht kurz, sondern vorwiegend von beträchtlicher Länge —, so muß er in den besonderen Lebensverhältnissen derselben liegen. In Zeiten normaler Anstellungsverhältnisse mag er namentlich darin gefunden werden, daß verwitwete Geistliche durch die eigenartigen Bedürfnisse ihres Hauswesens, zumal auf dem Lande, sich öfter, als andere Wittwer, veranlaßt sehen, zur zweiten Ehe zu schreiten. Vor einigen Jahrzehnten waren nun aber längere Zeit hindurch die Anstellungsverhältnisse nicht normal, sondern die Geistlichen kamen wegen der übergroßen Zahl der vorhandenen Candidaten erst in weit vorgerückten Jahren ins Pfarramt. Das hatte späte Verheirathungen derselben und häufig einen erheblichen Altersunterschied zwischen ihnen und ihren Ehefrauen zur Folge, der als Ursache des regelmäßigen Ueberlebens der letzteren und damit des gewaltigen Anwachsens der Zahl der Predigerwittwen in den letzten Jahren angesehen werden muß. Es ergibt sich hieraus, daß ein beträchtlicher Rückgang dieser übermäßigen Zahl (im Jahr 1885: 121, oder 48,98 Procent auf 247 Pfarrstellen!) demnächst für längere Zeit erwartet werden darf, da die Anstellungsverhältnisse in neuerer Zeit wieder günstiger geworden sind und die Ehen der Geistlichen dementsprechend in jüngeren Jahren und mit geringerem Altersunterschiede haben geschlossen werden können.

Nach diesen Ausführungen wird die Zahl 94,20 als Durchschnittszahl der Predigerwittwen für längere Perioden verwendbar erscheinen, es soll aber in den weiter folgenden Berechnungen nicht übersehen werden, daß vorübergehend sehr erhebliche Steigerungen derselben, bis auf etwa 120, vorgekommen sind und möglicherweise wieder vorkommen.

2. Die Durchschnittspension einer Predigerwittwe ist, da der jetzige Plan davon ausgeht, daß sie zunächst in dem nämlichen Verhältnisse, wie bisher, zum Diensteinkommen des verstorbenen Ehemannes stehen soll, gleich 24 Procent des Durchschnittseinkommens eines Predigers. Das letztere beträgt, da nach den obigen Ausführungen das gesammte Diensteinkommen aller Prediger zu 980 000 M angenommen ist, bei 247 Pfarrstellen

$$\frac{980\,000}{247} \text{ M} = \text{rund } 3968 \text{ M.}$$

Davon 24 Procent sind 952,32 oder rund 952 M.\*)

Gegen diesen Ansaß darf nicht eingewandt werden, daß der Durchschnittsbetrag der Wittwenpension höher sein müsse, weil anzunehmen sei, daß die Prediger im allgemeinen zu höherer Einnahme, als der genannten Durchschnittlichen, gelangen müßten. Diese Annahme trifft keineswegs regelmäßig zu, weil die Zahl der gering dotirten Stellen die der einträglichen überwiegt, und trägt namentlich in Zeiten, wo die Prediger erst spät angestellt werden. Die Erfahrung zeigt daher, daß eine beträchtliche Anzahl von Predigerwittwen vorhanden sind, deren Pensionsansprüche nicht den Durchschnitt erreichen. Man darf daher mit dem letzteren ohne Bedenken rechnen und hat nur vorsichtigerweise im Auge zu behalten, daß es in Zeiten, in welchen unerwartet eine übergroße Zahl hoher Pensionen gezahlt werden muß, nicht an den nöthigen Reserven für deren Aufbringung fehle.

Danach ist der jährliche Durchschnittsbetrag der Pensionen zu  $952 \text{ M} \times 94,20$  also zu rund 89 678 M anzunehmen. Daß die Mittel der neuen Anstalt dieser Ausgabe gewachsen sind, liegt auf der Hand: dieselben sind oben zu

$$\begin{array}{r} 55\,265 \text{ M} \\ + 9\,570 \text{ „} \\ + 34\,300 \text{ „} \\ \hline \end{array}$$

zusammen 99 135 M

nachgewiesen, ergeben also noch einen erheblichen Ueberschuß zur eventuellen Befriedigung zeitweilig höherer Pensionsansprüche,

— mittelst der Differenz der angegebenen Einnahme und Ausgabe von 9457 M würde sich jede der angenommenen 94,20 Pensionen noch um rund 100 M erhöhen lassen —

ohne daß es erforderlich wäre, zum Reservefonds zu greifen.

\*) Nach dem Gesetzentwurfe, §. 23, würde eine Abrundung dieser Summe auf einen durch 10 theilbaren Betrag eintreten.



### C. Die finanzielle Entwicklung der Anstalt in den ersten 24 Jahren ihres Bestehens.

Allerdings aber genügt diese Zusammenstellung noch nicht, um die Lebensfähigkeit der neuen Anstalt vollständig darzuthun. Dazu ist vielmehr der Nachweis erforderlich, daß ihre Mittel auch hinreichen werden, um für eine außerordentliche, z. B. auf 120 gesteigerte Zahl von Predigerwitwen die Pensionen zu zahlen. Augenscheinlich wäre die Anstalt derartigen Ansprüchen nicht gewachsen, wenn sie nicht die Aussicht hätte, vor deren Geltendmachung ihre Mittel noch ansehnlich verstärken zu können. Diese nun ist für sie nach dem Plane des Gesekentwurfes mit genügender Sicherheit gewährleistet.

Wie oben gesagt, ist es die Absicht, die Prediger nicht sofort bei Eröffnung der Anstalt sämmtlich zur Theilnahme an ihr heranzuziehen, sondern sie allmählich, sowie sie neu ins Amt treten, oder andere Pfarren annehmen, derselben beitreten zu lassen, ebenso aber, nur den Wittwen der Theilnehmer Pensionen zu zahlen: s. §§. 10, 12, 26 und 27 des Entwurfes. Dagegen sollen die vollen Einnahmen aus dem vorhandenen Vermögen der Pfarrwittwenenthums-Casse sofort nach dem Inkrafttreten des Gesetzes der Anstalt zufließen. Daraus folgt, daß die Anstalt anfänglich weit mehr Einnahmen haben wird, als ihr Ausgaben möglicherweise erwachsen können, daß sie also anfangs erhebliche Ueberschüsse machen und diese zu ihrem Grundstocke schlagen kann, dessen Leistungsfähigkeit dadurch bedeutend verstärkt werden wird. Der Umfang dieses Zuwachses ist durch die anliegende Tabelle X veranschaulicht, in welcher Etats der neuen Anstalt für die ersten 24 Jahre ihres Bestehens aufgestellt sind. Zum Verständnisse derselben dienen zunächst nachstehende Erläuterungen.

Es ist von der Annahme ausgegangen, daß die Anstalt zunächst nur den oben angegebenen Bestand an Capitalvermögen besitzen und daß dieses durchweg nur  $3\frac{1}{2}$  Procent Zinsen abwerfen werde. Der Zinsenposten zu 55265 M. (wie oben) findet sich daher unverändert in den Etat des ersten Jahres eingestellt und gleichbleibend, als „Zinsen des ursprünglichen Capitales“, in der Einnahme jedes Jahres wiederholt.

Der Ueberschuß eines jeden Jahres wird capitalisirt. Die Zinsen dieses neuen Capitales, des „Zuwachses“ zu dem ursprünglichen werden unter Angabe der Höhe desselben vom zweiten Jahre an in jedem Jahre, und zwar gleichfalls nur zu  $3\frac{1}{2}$  Procent gerechnet, in Einnahme gebracht.

Bzüglich der Einnahme von 9570 M. an „Pacht“, wie sie kurz bezeichnet werden mag, ist zu beachten, daß die Anstalt sie zunächst nicht vollständig beziehen wird, da ein Theil der Grundstücke von welchen sie erfolgt, sich zur Zeit in der Nutzung seitens vorhandener Predigerwitwen befindet. Wie erwähnt, so sind zur Zeit 85 Pfarrwittwenenthümer besetzt;

— die über diese Zahl weit hinausgehende Zahl augenblicklich (Sommer 1887) vorhandener Predigerwitwen erklärt sich daraus, daß bei einzelnen Pfarrstellen zwei, drei oder selbst mehr Wittwen existiren —

der Theil obiger Summe, welcher zur Zeit Predigerwitwen zufließt, kann daher zu rund  $\frac{2}{5}$  derselben angenommen werden, beträgt also 3828 M., während der Anstalt sofort 5742 M. zugehen.jene 3828 M. aber treten allmählich zu den Einkünften der letzteren hinzu, sowie

die im Besitze der Wittenthümer befindlichen Wittwen wegfallen. Es wird angenommen, daß der Wegfall jährlich ein Zwanzigstel der betreffenden Wittwen ausmacht, und daß vom zweiten Jahre an demnach ein Zwanzigstel jener 3828 M mit 191 M für die Anstalt gewonnen werden.

Die Beiträge der Theilnehmer können bei der nur allmählich steigenden Zahl der Letzteren auch erst in längerer Zeit die volle, oben angegebene Höhe erreichen. Um ihren anfänglichen Betrag und das Maß ihres Anwachsens zu bestimmen, ist die Zahl der jährlichen Einführungen neuer Prediger von Bedeutung, da diese den Verpflichtungsgrund und Anfangspunkt für die Theilnahme derselben an der Anstalt bilden sollen. Es ist deshalb die Zahl der Predigereinführungen aus den 15 Jahren von 1872 bis 1886 zusammengestellt. Dieselbe betrug

1872: 13, 1873: 21, 1874: 10, 1875: 11, 1876: 16, 1877: 24, 1878: 26, 1879:

27, 1880: 25, 1881: 15, 1882: 19, 1883: 29, 1884: 30, 1885: 30, 1886: 23,

im Durchschnitte der 15 Jahre also  $21\frac{4}{15}$  auf das Jahr. Da indeß dieser Durchschnitt für die Dauer wohl zu hoch sein dürfte, weil auf ihn die nächsten Jahre nach dem Erlasse des Emeritirungsgesetzes von 1882 mit ihren unerwartet zahlreichen Emeritirungen zu sehr einwirken, so ist der weiteren Berechnung nur die Zahl von 15 Einführungen jährlich zum Grunde gelegt. Sodann ist angenommen, daß die 15 jährlich neu zutretenden Mitglieder die Beiträge je von dem Durchschnittseinkommen zu 3968 M mit rund 139 M, im Ganzen also 2085 M, zahlen. Für das erste Jahr ist, da die Beitritte erst in dessen Laufe erfolgen, nur die Hälfte dieser Summe mit rund 1043 M in Einnahme gestellt; dann in den folgenden zehn Jahren der volle Betrag, dann wiederum nur die Hälfte, um dem Umstande Rechnung zu tragen, daß späterhin ein Theil der versetzten Prediger in solchen besteht, welche der Anstalt bereits angehört haben und demnach deren Einnahmen nur mittelst der Beiträge von demjenigen Theile ihrer Einkünfte noch vermehren, um welchen sie sich in dem neuen Pfarramte verbessert haben. Von dem Momente an, wo die oben angegebene Maximalsumme der Beiträge auf diese Weise erreicht ist, wird sie unverändert in die folgenden Jahresetats aufgenommen.

Die 15 neuen Mitglieder haben jährlich ein Zwölftel ihres Einkommens zum Reservefonds zu zahlen. Dasselbe würde bei dem angenommenen Durchschnittseinkommen von 3968 M  $15 \times 3968$

12

Einnahme gestellt, weil derselbe allerdings in Folge des Umstandes, daß anfänglich die bereits bei der Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt theilhaftig gewesenen Mitglieder (s. S. 25 des Entwurfes), späterhin die versetzten Theilnehmer, das Zwölftel nur von einem Theile ihrer Einnahmen zu zahlen haben, hinter jener Annahme zurückbleiben wird. Zu der Höhe von 2480 M ist diese Einnahme des Reservefonds dann aber als unveränderliches Minimum in jeden Etat aufgenommen. Vom zweiten Jahre an vermehrt sich der Reservefonds überdies durch die  $3\frac{1}{2}$  %igen Zinsen seines Bestandes am Schlusse des Vorjahres.

Die neue Anstalt soll nun nach dem Entwurfe (§. 5 vergl. mit §. 27) mit dem Capitalvermögen der Pfarrwittenthumscaffen auch die auf denselben ruhenden Lasten, d. h. hauptsächlich die aus denselben an bereits vorhandene Predigerwittwen zu zahlenden Mieth-

entSchädigungen übernehmen. Der Gesamtbetrag dieser Lasten ist gleich dem Theile der jährlichen Gesamtzinseneinkünfte jenes Vermögens, welcher bisher nicht hat capitalisirt werden können. Da nun aber nachgewiesen ist, daß in den letzten Jahren mindestens 32925 M jährlich an Ueberschüssen der Pfarrwittwenpensionen capitalisirt sind, so ist die gesammte Belastung gleich der Differenz zwischen dieser Summe und der angenommenen Zinssumme, also auf  $55265 - 32925 = 22340$  M anzusetzen. Eine ziffermäßig genauere Bestimmung dieser Summe unter Berücksichtigung der einzelnen aus den Cassen wirklich zu leistenden Ausgaben wäre nur durch eine äußerst umständliche und zeitraubende Arbeit zu erreichen und hätte für die jetzt anzustellende Berechnung keinen Werth, wenn ihr nicht dann auch die genaue Aufrechnung der wirklichen Zinseneinnahmen der Pfarrwittwenpensionen gegenüber gestellt würde. Beide damit gewonnenen Zahlen aber würden wegen ihrer fortwährenden Veränderlichkeit für den jetzigen Zweck keinen höheren Werth beanspruchen können, als die im Vorstehenden angenommenen, welche zwar nur annähernd genau, dafür aber mit dauernder Geltung als Verhältniszahlen ausgestattet sind. Selbstverständlich vermindert sich die Ausgabe für derartige von der neuen Anstalt zu übernehmende ältere Lasten mit dem allmählichen Hingewegfallen der bei ihrer Eröffnung vorhandenen Predigerwitwen. Es ist angenommen, daß sie in jedem Jahre um durchschnittlich ein Zwanzigstel mit rund 1117 M, im ersten Jahre um die Hälfte dieses Betrages, also um 558 M zurückgeht.

Die Summe der jährlich von der Anstalt im Durchschnitte neu zu übernehmenden Wittwenpensionen hängt von der Durchschnittszahl der jährlich in den Wittwenstand eintretenden Predigerfrauen ab. Um dieselbe zu bestimmen, ist die Zahl der thatsächlich in den 15 Jahren von 1872 bis 1886 verwittweten Predigerfrauen ermittelt. Sie betrug 1872: 4, 1873: 5, 1874: 1, 1875: 6, 1876: 6, 1877: 5, 1878: 13, 1879: 7, 1880: 6, 1881: 8, 1882: 7, 1883: 9, 1884: 8, 1885: 8, 1886: 5. Das ergiebt im Durchschnitte  $6\frac{8}{15}$  Fälle auf das Jahr. Da, wie oben erwähnt, gerade innerhalb der zehn Jahre von 1877 bis 1886 sich eine ungewöhnlich starke Zunahme des Bestandes an Predigerwitwen gezeigt hat, so könnte man geneigt sein, den Durchschnitt für längere Perioden tiefer zu setzen. Es ist jedoch in den Stats unter Abrundung auf 6,5 jährlich (d. h. 13 Wittwen Zuwachs in je 2 Jahren) der Sicherheit wegen beibehalten. In dieser Höhe aber begreift er auch die Pensionsfälle mit, welche dadurch entstehen, daß Prediger nach dem Ableben der Frau mit Hinterlassung minderjähriger Kinder versterben. Die Zahl derselben ist nicht genau nachzuweisen, da bezügliche Aufzeichnungen fehlen: es kann indessen als gewiß angegeben werden, daß sie in den obigen 15 Jahren, wenn nicht gleich Null, doch jedenfalls nur äußerst gering gewesen ist. Im ersten Jahre ist demnach der Betrag von 3 vollen Pensionen, in jedem folgenden für 6,5 Pensionen mehr in Ausgabe gestellt und damit fortgefahren, bis zur Erreichung des Höchstbetrages von 121 vollen Pensionen.

Soweit die ordentlichen Einkünfte der Anstalt sich nicht als zureichend erwiesen, ist das Fehlende dem Reservefonds entnommen und als dessen Ausgabe, bezw. als Verringerung seines Bestandes in Rechnung gestellt.

Die nach diesen Grundsätzen angefertigten Stats zeigen nun, daß die Anstalt nöthigenfalls auch ungewöhnlich gesteigerten Ansprüchen auf Pensionen demnächst wird gerecht werden können. Sie bietet demnach nachweislich die Mittel, um dauernd 121 volle Wittwenpensionen

zu zahlen, während neben einer solchen Ausgabe der Reservefonds, der, so lange die Beiträge der Theilnehmer noch nicht zur vollen Höhe in die Einnahme zu setzen, dagegen aber neben den Pensionen noch ältere Ansprüche an die Pfarrwittwenhumschaften zu befriedigen waren, seinen Capitalbestand hatte angreifen müssen (s. die Jahre 19, 20 und 21) vom zweiundzwanzigsten Jahre an wieder fortfährt, denselben zu vermehren.

#### D. Schlußergebniß.

Allein diese Stats zeigen noch mehr. Sie sind augenscheinlich unter der Annahme der ungünstigsten Wendungen für die Anstalt entworfen, und schätzen einerseits deren zu erwartende Einnahmen zu niedrig, während sie andererseits deren Ausgaben zu hoch beziffern.

Auf der einen Seite ist außer Acht gelassen,

a. daß das ursprüngliche Capital der Anstalt nur für den Schluß des Jahres 1887 berechnet ist, aber, da dieselbe keinesfalls schon am 1. Januar 1888 wird eröffnet werden können, bis zum Eröffnungstage noch steigt. Ebenso ist

b. nicht in Betracht gezogen, daß sich dasselbe demnächst durch den Verkauf der noch vorhandenen 14 Pfarrwittwenhäuser vermehren wird; ferner

c. nicht berechnet, daß zunächst jedenfalls fast der ganze Capitalbestand 4 Procent Zinsen trägt; dann

d. auch eine spätere mögliche Steigerung der nur mäßig veranschlagten Pachteinnahmen von den fruchttragenden Grundstücken nicht in Aussicht genommen;

e. bezüglich der Beiträge endlich nach dem Einkommensdurchschnittssatze von 3968 M. unverändert weiter gerechnet, ungeachtet derselbe mit dem allmählichen Wegfalle der Abgabe von Pfarrdotationstheilen zur Wittwenversorgung sich erhöht.

Auf der anderen Seite ist

a. angenommen, daß die Anstalt schon im ersten Jahre ihrer Thätigkeit Wittwenpensionen zu zahlen haben und daß die Zugangszahl der letzteren schon im zweiten Jahre die Durchschnittshöhe erreichen werde. Das ist höchst unwahrscheinlich, denn in den ersten Jahren des Bestehens der Anstalt werden ihre Theilnehmer der Mehrzahl nach jüngere Geistliche sein, unter denen eine Sterblichkeit von dem Umfange, daß sie eine so beträchtliche Zahl von Wittwen verursachte, erfahrungsmäßig gar nicht vorausgesetzt werden kann. Unter dem Walten normaler Verhältnisse werden erst einige Jahre verstreichen, bevor die Anstalt mit Pensionszahlungen zu beginnen genöthigt wird, und noch mehr, bevor sie den Zuwachs von 6,5 Wittwen jährlich zu tragen hat. Sodann

b. ist eine Zahl von Predigerwittwen für längere Jahre als gleichzeitig vorhanden angenommen, welche über die durch die Erfahrung gegebene höchste Grenze erheblich hinausgeht. Im Jahre 1885 sind allerdings 121 Predigerwittwen vorhanden gewesen, aber der Durchschnitt der sechs bekannten ungünstigsten Jahre ergiebt doch nur, wie oben gesagt, 111,83, also neun weniger.

Wenn man diese Umstände ihrem vollen Gewichte nach würdigt, so wird man zugehen müssen, daß die Hoffnung, die Anstalt werde demnächst erheblich günstigere Ergebnisse aufweisen, als jene Stats erschen lassen, nicht ohne triftigen Grund ist; liefert sie aber solche, so ist auch ferner die Hoffnung berechtigt, daß sie späterhin zu einer Vermögenslage gelangen

werde, welche es ihr ermöglicht, die Beiträge der Mitglieder theilweise (wenn nicht ganz) zu entbehren und die Pensionen zu erhöhen. Die hierauf abzielenden Bestimmungen des §. 9 des Entwurfes sind deshalb nicht von vorn herein als eitle Einbildungen anzusehen, sondern haben, falls nicht ungewöhnlich widrige Umstände es verhindern, gegründete Aussicht, wenn auch erst nach längerer Zeit, wirksam zu werden.

Die Vorsicht, mit welcher der Entwurf (s. §. 9) selbst nach erheblicher Vermehrung des Vermögens der Anstalt, ferner noch für das ununterbrochene Anwachsen ihres Grundstockes sorgt, erhebt ihn endlich über den Vorwurf, als habe er nur die jetzige Höhe der Pfarreinkünfte und Wittwenpensionen im Auge gehabt und übersehe die Möglichkeit einer Steigerung derselben. Es ist richtig, daß die Vermehrung der Gesamtsumme der Beiträge, welche eintritt, wenn die Pfarreinkünfte sich erhöhen, mehr als aufgewogen wird von der damit zugleich eintretenden Erhöhung der event. Pensionsansprüche. Wenn z. B. sämmtliche 247 Pfarrstellen um je 100 M Einkünfte verbessert werden, so haben die Inhaber von dem Zuwachse = 24700 M  $3\frac{1}{2}$  Procent = 864,50 M jährlich der Anstalt mehr als zuvor, an Beiträgen zu entrichten. Dafür aber steigen die Pensionsansprüche ihrer Wittwen um 24 Procent der Zuwachssumme, d. h. bei der Durchschnittszahl von 94,20 Wittwen um  $24 \times 94,20 = 2260,80$  M.

Die mit der Vermehrung der Pfarreinnahmen eintretende Erhöhung der eventuellen Pensionen findet also ihre Deckung nicht ohne weiteres in den höher werdenden Beiträgen der Mitglieder: diese müßten sonst erst sehr lange an die Anstalt gezahlt werden, bevor Pensionsansprüche von dem vergrößerten Umfang geltend gemacht würden; sondern es wird für sie zu einem jezt im Voraus nicht zu bestimmenden Theile aus den übrigen Einkünften der Anstalt Rath geschafft werden müssen. Es ist indessen nicht zu bezweifeln, daß die Anstalt auch derartigen erhöhten Anforderungen zu genügen vermögen wird, zumal dieselben eventuell nur allmählich und in kleinen Beträgen an sie herantreten. Nur muß im Hinblick auf die Möglichkeit ihres Eintretens, nicht nur auf die Erhaltung, sondern auch auf die Vermehrung des Grundstockes der Anstalt sorgfältig hingewirkt und deshalb namentlich die vollständige Unterbrechung der weiteren Capitalsammlung für die Anstalt in den Jahren, in welchen dieselbe mittelst ihrer ordentlichen Einnahmen Ueberschüsse erzielt, ausgeschlossen werden: wie das im §. 9 des Entwurfes vorgesehen ist.

### Das Verhältniß der staatlichen und der kirchlichen Gesetzgebung zu der Angelegenheit.

Nachdem somit auch die practische Durchführbarkeit der beabsichtigten Einrichtung gezeigt ist, bleibt, bevor zu den Einzelheiten des Gesetzentwurfes übergegangen wird, noch zu erörtern, auf welchem Wege demselben die Geltung als Gesetz zu verschaffen sein wird.

Derselbe greift insofern in das Gebiet der Kirchenverfassung ein, als er den Geistlichen eine Abgabe von dem Dienst Einkommen auferlegt, welche sie wenigstens in diesem Umfange bisher nicht zu leisten hatten, und berührt die kirchliche Gesetzgebung, indem er eine Art der Pfarrwittwen-Versorgung beseitigt, welche durch die Kirchenordnungen und durch Verfügungen der kirchlichen Oberbehörde eingeführt und ausgebildet ist. Allein ganz vorwiegend ist sein Gegenstand doch der staatlichen Gesetzgebung unterworfen. Es ist oben schon darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Verwendung der Pfarrwittwenenthums-

Cassen überhaupt nur auf Grund eines Staatsgesetzes geschehen kann; ebenso kann die in Aussicht genommene Hülfe staatlicher Behörden zur Organisation und Verwaltung der neuen Anstalt nur staatsseitig angeordnet und geregelt werden; ferner kann die Loslösung der Prediger von ihren durch Staatsgesetz begründeten Verpflichtungen gegen die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt nur durch ein Staatsgesetz erfolgen, — diese Loslösung wird beiläufig gesagt für die genannte Anstalt im Endergebnisse nur von Vortheil sein, da sie jedenfalls an die zahlreichen Predigerwitwen erheblich mehr an Pension zu zahlen hat, als sie durch die Beiträge der Prediger gewinnt — endlich muß die Sorge für die Hinterbliebenen der Prediger mit allen den Bestimmungen, welche sie erforderlich macht, wenn sie gleich von seiten der Kirche in die Hand genommen werden kann und wie oben dargestellt worden auch zum Theil als kirchliche Angelegenheit behandelt und geregelt ist, doch zugleich als eine Sache angesehen werden, um welche der Staat sich zu bekümmern ebenso gut befugt und berufen ist, als er sich um das Wohl anderer Classen seiner Unterthanen bekümmert. Thatsächlich ist er diesem Berufe auch bis in die neueste Zeit gefolgt; das im Eingang citirte Gesetz vom 18. April 1873 ist staatsseitig erlassen, nachdem bereits die Kirche mit einem Organe der Gesetzgebung ausgestattet war, ohne daß die Concurrenz des letzteren für nöthig erachtet wäre.

Demnach wird es erforderlich sein, den Gesetzentwurf zunächst der Landesversammlung vorzulegen. Aber es empfiehlt sich, seine Inkrastsetzung nach erfolgter Annahme seitens der Landesversammlung davon abhängig zu machen, daß auch die Landessynode ihre Zustimmung zu ihm erklärt. Auf diese Weise würde der Landesversammlung ihr Recht, in Gemeinschaft mit der Herzoglichen Landesregierung den Gegenstand gesetzlich zu ordnen, gewahrt, zugleich aber der Landessynode die Möglichkeit vorbehalten, durch Versagung ihrer Zustimmung das Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu hindern und damit die fernere Beibehaltung des bisherigen Zustandes, falls sie diesen im kirchlichen Interesse vorziehen zu müssen glauben sollte, zu bewirken. Der §. 30 des Entwurfes giebt dieser Auffassung der Sachlage Ausdruck.

## Abchnitt II.

### Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzes.

#### Zu §. 2.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind den Bestimmungen im §. 1 des Gesetzes, das Ruheeinkommen der emeritirten Geistlichen betreffend, vom 1. December 1882 (Az. 45) nachgebildet. Dabei hat jedoch die Erwägung nicht unbeachtet bleiben können, daß es demnächst vielleicht zweckmäßig sein möchte, die Verwaltung der Landes-Pfarrwitwenversorgungsanstalt, welche immerhin eine ziemlich beträchtliche Menge von Arbeit erfordern wird, den in dem Gesetze genannten staatlichen Behörden behuf deren Entlastung wieder abzunehmen und einer besonderen kirchlichen Rechnungsstelle zu überweisen, zu welcher in der bei Herzoglichem Consistorium bereits bestehenden Revisionsstelle für das kirchliche Rechnungswesen der Anfang gegeben ist. Augenblicklich verhindert schon die Beschränktheit der Geschäftsräume des Herzoglichen Consistoriums die Verfolgung eines solchen Planes. Um aber seine Wiederaufnahme

und Durchführung unter veränderten Umständen anzubahnen und zu erleichtern, wird in dem Paragraph 2 die Thätigkeit des Herzoglichen Finanz-Collegiums und der Herzoglichen Haupt-Finanz-Casse nur „bis auf weiteres“ in Anspruch genommen.

#### Zu §. 4.

1. (Abſatz 1). Die oben (§. 3) besprochene Bestimmung im §. III des Cap. XVI der Erneuerten Kirchenordnung (Ersten Theils) hat die Veranlassung zur Gründung von Pfarrwittwenhaus-Cassen gegeben, deren Zweck in Sammlung der Mittel zur baulichen Erhaltung der Pfarrwittwenhäuser bestand. So oft dann neuerdings ein Pfarrwittwenhaus verkauft wurde, ist das in der dazu gehörigen Pfarrwittwenhaus-Casse etwa angesammelte Vermögen zusammen mit dem Erlöse aus dem Verkaufe zu einem Fonds vereinigt und einer Pfarrwittwen thums-casse überwiesen, deren Bestimmung, wie oben (§. 14 ff.) erwähnt, darin besteht, einer Pfarrwittwe von der betreffenden Stelle eine bestimmte Miethentschädigung zu gewähren. In Folge des Verkaufes der wenigen noch vorhandenen Pfarrwittwenhäuser kann sich in einzelnen Fällen die Nothwendigkeit ergeben, auch ferner noch Pfarrwittwen thumscassen neu zu bilden, welche freilich dem Zwecke, eine Miethentschädigung zu gewähren, höchstens noch für eine kurze Uebergangszeit zu dienen haben werden, alsdann aber nach Maßgabe des §. 28 (a. G.) dieses Gesetzes zu verwalten und zu verwenden sind.

2. (Abſatz 2). Die hier vorgeschlagene Zuweisung von Capital an einzelne Kirchen-cassen (vgl. §. 18 ff.) kann um so unbedenklicher zugestanden werden, als die danach dem Grundstocke der neuen Anstalt entgehenden Summen nicht sehr beträchtlich sind. Nach einer genauen Ermittlung, welche allerdings aus dem oben (§. 20) angegebenen Grunde nur den Zustand am Schlusse des Jahres 1884 hat berücksichtigen können, waren damals überhaupt nur acht unter den in Frage kommenden Pfarrwittwen thumscassen so vermögend, daß sie Ueberfluß über das zur Sicherung der eventuellen Miethentschädigung der Pfarrwittwe erforderliche Capital besaßen. Nach dem Vorschlage des Entwurfes würden diese an jenem Zeitpunkte im Ganzen 15781 M abzugeben gehabt haben; bis zur Ausführung des Gesetzes hin wird sich diese Summe etwas vergrößert haben, aber doch nicht so angewachsen sein, daß ihre Ausscheidung aus den zur Dotirung der neuen Anstalt bestimmten Mitteln Anstoß oder Besorgniß erregen könnte.

3. (Abſ. 3). In Ausführung des §. 1 des Gesetzes, die Verwendung der Entschädigungscapitale für Grundvermögensstücke der Schulen und Pfarren betreffend, vom 3. Juli 1837 (M 27) sowie des §. 1 des Gesetzes vom 23. April 1867 (M 20) sind eine Anzahl von Entschädigungscapitalen, welche Beziehung zu Grundstücken hatten, die bisher der Pfarrwittwenversorgung zu dienen bestimmt waren, zum Klostercapitalfonds eingezahlt. Das rechtliche Verhältniß dieser Capitale ist nach der Verschiedenheit der Inhaber des Eigenthums an den Grundstücken, welche den Anlaß zu ihrer Einzahlung gegeben haben, ein verschiedenes. Entweder gehören ihre Zinsen den Pfarrnugnießern und müssen von diesen nur, wenn und so lange bei der Stelle eine Predigerwittwe vorhanden ist, der Letzteren zur Nutzung überlassen werden; oder die Zinsen fließen regelmäßig in die Pfarrwittwen thumscassen und werden aus diesen beim Vorhandensein einer Predigerwittwe der Letzteren als Theil ihrer Wittwen thumseinkünfte, sei es neben der Miethentschädigung, sei es in derselben gezahlt.

Der erstere Fall bedarf keiner ausdrücklichen Regelung durch das jetzige Gesetz: es versteht sich nach dessen Grundgedanken von selbst und ist unter der allgemeinen Regel des §. 28 mit begriffen und verordnet, daß die fraglichen Zinsen in Zukunft den Theilnehmern an der Anstalt als Bestandtheile der Pfarrdotations für immer verbleiben und von ihnen nicht ferner an eine Pfarrwitwe abgegeben zu werden brauchen.

Anders ist es mit dem zweiten Falle. Die Herausgabung und Vereinnahmung der sehr geringen (manches Mal kaum volle Mark umfassenden) Zinsbeträge auf die winzigen Capitale, welche hier in Betracht kommen,

— da die eigenen Grundstücke der Pfarrwitwenhäuser überall nur von sehr geringem Umfange sind, so besitzen dementsprechend die in Bezug auf sie bei Gelegenheit von Expropriationen, Gemeintheilungen und Ablösungen zur Zahlung gelangten Entschädigungs- und Ablösungs-Capitale auch nur geringe Größe —

verursacht beim Klostercapitalfonds, wie bei den einzelnen Pfarrwitwenhäusern, eine unverhältnißmäßige Menge von Arbeit und Verwaltungskosten, welche dadurch erspart werden kann, daß man den gesammten Betrag dieser Capitale aus dem Kloster-Capital-Fonds ausscheidet und dem Grundstocke der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zuführt. Die Pfarrwitwen, welchen bisher die Zinsen der Capitale durch Vermittlung der Pfarrwitwenhäuser zugeslossen waren, erleiden durch das vorgeschlagene Verfahren keinen Nachtheil, da der neuen Anstalt ihnen gegenüber die Verpflichtung auferlegt ist, (s. §. 27 Abs. 1) das ihnen bisher aus den einzelnen Pfarrwitwenhäusern gezahlte ihrerseits an sie zu entrichten. Die Ueberführung der fraglichen Capitale in den Grundstock der Anstalt aber wird begründeten Bedenken nicht unterliegen, da der letztere nach dem Gesetzentwurfe (§. 4 Abs. 7) unveräußerlich ist, also für die Erhaltung derselben ebenso wohl Sicherheit bietet, als der Kloster-Capital-Fonds. Sollte sich einmal die Nothwendigkeit ergeben, für eins der betreffenden Pfarrwitwenhäuser Grundstücke aufzuwenden, welche nach den citirten Gesetzen von 1837 und 1867 durch Rückzahlungen aus dem Klostercapitalfonds bestritten werden durften, so würde dazu in Zukunft, falls sich die Angelegenheit nicht zweckmäßig anders erledigen ließe, durch die Mittel der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt geholfen werden müssen: es würde einer der Fälle vorliegen, auf welche die Bestimmung des Entwurfs in §. 5 unter 1 Abwendung findet.

4. (Zu Abs. 4.) Die Veranlassung zur Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesetz haben lediglich das Compastorats-Witwenheim in Gandersheim und das Witwenheim von Sct. Petri in Braunschweig geliefert. Beide sind ursprünglich durch Privatstiftungen entstanden und von jeher als verschiedene von den auf der oben besprochenen gesetzlichen Grundlage zu Stande gekommenen Pfarrwitwenhäusern und Pfarrwitwenhäusern angesehen. Beide haben bis jetzt noch einen von den letzteren kenntlich abweichenden Charakter bewahrt und stehen noch jetzt nicht unter ständiger Controle der kirchlichen Oberbehörde, wenn gleich ihr Vorhandensein bei der Gestaltung des Verhältnisses der Inhaber der bezeichneten Pfarrstellen zur Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in Rechnung gezogen ist. Es erscheint deshalb, um unerwünschten und unnöthigen Weiterungen vorzubeugen, rathlich, das neue Gesetz auf sie nicht anzuwenden, sie vielmehr in ihrem eigenthümlichen Wesen fort-



bestehen zu lassen und, soweit durch ihre Einkünfte die Versorgung der Wittwen und Waisen von der betreffenden Pfarrstelle gesichert erscheint, die Inhaber der letzteren von der Verpflichtung zur Theilnahme an der neuen Anstalt zu entbinden, wie das in dem Gesetzentwurfe (§. 10. Absatz 2) geschieht. Da nun aber die Möglichkeit berücksichtigt werden muß, daß noch andere derartige Stiftungen, deren Dasein bisher nicht bekannt geworden, existiren oder späterhin gegründet werden können, so ist der allgemeineren Fassung des Absatzes 4, in welcher die beiden erwähnten Stiftungen nicht genannt werden, der Vorzug gegeben.

Sollten eigentliche Pfarrwittwenhumscassen früherhin eine Bereicherung ihrer Mittel durch Privatstiftung erfahren haben, so würde das kein Hinderniß ihrer Behandlung nach den allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes bilden; sie würden eben mit ihrem gesammten Capitalbestande, also auch mit jener in demselben begriffenen Bereicherung, dem durch das neue Gesetz vorgeschriebenen Wege folgen: es ist übrigens nicht bekannt, daß derartige Fälle vorhanden sind.

5. (Zu Abs. 6.) Wo das gesammte Vermögen einer Pfarrwittwenhumscasse ausschließlich in Capitalien besteht, deren zinsbare Belegung so geschehen ist, daß die Erhebung der Zinsen keine Schwierigkeiten und Weiterungen macht, da kann diese Casse nach Ueberweisung ihrer Capitale an den Grundstock der neuen Anstalt möglicherweise ganz aufgehoben werden. Wo das aber nicht der Fall, sondern entweder neben den Capitalen noch andere Vermögensthelle, insbesondere Grundstücke vorhanden sind, welche der Pfarrwittwenhumscasse gehören, oder wo die Erhebung von Zinsen und Abträgen auf belegte Capitalien mit besonderen Umständen verbunden ist, oder wo Ausgaben aus der Pfarrwittwenhumscasse zu bestreiten sind, deren Uebernahme auf die Anstalt unverhältnißmäßige Schwierigkeiten in der Verwaltung der letzteren verursachen würde, da muß die locale Verwaltung der betreffenden Casse einstweilen oder dauernd beibehalten werden. Es ist dann dafür Sorge zu tragen, daß alles ihr entbehrliche Capital der Anstalt zugeführt wird. Die in dieser Beziehung erforderlichen Anordnungen zu treffen, kann dem Herzogl. Consistorium überlassen bleiben, zu dessen Ressort bisher schon die Leitung und Regelung des Verwaltungs- und Cassenwezens der Pfarrwittwenhumscasse gehört.

6. (Zu Abs. 7.) Dafür, daß die hier ausgesprochene Unantastbarkeit des Grundstockes der Anstalt durchgeführt werden könne, ist durch die Vorschriften der §§. 7 und 8 gesorgt.

7. (Zu demselben Absätze.) Es liegt nicht selten die Nothwendigkeit vor, zur Erhaltung oder Verbesserung des Grundvermögens von kirchlichen Stiftungen oder Schulen Ausgaben zu machen, zu welchen sich die Mittel in den betreffenden Cassen nicht finden und von den zu deren Füllung subsidiär verpflichteten Gemeinden nicht ohne beträchtliche Umstände und Schwierigkeiten angefordert werden können. Ferner handelt es sich oft um Ausgaben, deren Uebernahme kirchlichen Cassen oder Gemeinden überhaupt nicht angeschlossen werden kann, da ihre Tragung nach Rechtsgrundsätzen den Nutznießern der betreffenden Pfarr- oder Schulstelle obliegt, welche aber doch billigerweise nicht dem einen, zu der gegebenen Zeit zufällig im Besitze der Stelle befindlichen Nutznießer, welcher vielleicht nach kurzer Zeit verstirbt, oder von der Stelle versetzt wird, aufzubürden sind. Für solche Fälle hat eine langjährige bewährte Praxis das Verfahren ausgebildet, daß der betreffenden Stiftung die erforderliche Summe vorgeliehen und dann aus ihrer Casse, oder durch die Nutznießer der Stelle verzinst und

allmählich binnen einer nach den Umständen (insbesondere mit Rücksicht auf die wahrscheinliche Dauer der gemachten Anlage oder Verbesserung) verschieden bemessenen Frist durch jährliche Abträge wieder getilgt wird. Zur Hergabe derartiger Vorschüsse sind mit Vorliebe die Pfarrwittwenhumscassen benutzt, da sie einerseits ihrem Zwecke nach regelmäßig nicht in die Lage kommen, ihr Capitalvermögen angreifen zu müssen, es also unbedenklich in Anleihen, welche wenn auch nicht dem Rechte nach doch thatsächlich unkündbar sind, anlegen dürfen, andererseits zu nutzbringender Wiederanlage der jährlichen kleinen Capitalabträge bei der jährlichen Belegung ihrer Ueberschüsse wohl im Stande sind. Das practische Bedürfniß fordert, daß diese Anleihequelle für die kirchlichen Stiftungen nicht verstopft werde. Für den Grundstock der neuen Anstalt aber ist es thunlich und unbedenklich, einen Theil seiner Capitale in dieser durchaus sicheren Weise anzulegen.

Ferner ist wiederholt und mit gutem Erfolge stark belasteten Gemeinden damit geholfen, daß ihnen behuf der Bestreitung außerordentlicher Ausgaben für parochiale oder Schulzwecke unter günstigen Bedingungen Darlehne aus Pfarrwittwenhumscassen gegeben sind, wobei kraft besonderer Bewilligung in einzelnen Fällen von der für viele Gemeinden umständlichen oder unmöglichen Bestellung einer Hypothek abgesehen ist. Es muß für wünschenswerth gehalten werden, diese Gelegenheit für die Gemeinden, billige Anleihen zu den genannten Zwecken abschließen zu können, nicht aufzugeben, sondern thunlichst zu erleichtern, namentlich dadurch, daß dem Herzoglichen Consistorium die allgemeine Ermächtigung ertheilt wird, bei der Bewilligung von Darlehen aus dem Grundstocke der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt Gemeinden gegenüber von der bezüglich der Belegung der Stiftungsgelder geltenden Vorschrift der Hypothekbestellung seitens des Schuldners abzuweichen. Da die reelle Sicherheit eines an eine Gemeinde gegebenen Darlehens und die Garantie für pünktliche Zinszahlung auf dasselbe in Wahrheit mehr in der Steuerkraft der Gemeindegemeinden, als in den etwa bestellten Hypotheken liegt, so dürfte es unbedenklich sein, die vorgeschlagene Bestimmung zuzulassen, zumal nach derselben die Prüfung der Frage, ob und wie das Darlehen bewilligt werden soll, dem Herzoglichen Consistorium überlassen bleibt, welches die Lage des einzelnen Falles genau zu untersuchen und sorgsam zu erwägen sich angelegen sein lassen wird.

### Zu §. 7.

Wie die in der Anlage X beigegebenen Etats ausweisen, so genügt der Reservefonds der Anstalt schon bei einer Capitalhöhe von etwa 50 000 M vollständig seinem Zwecke. Jene Etats sind, wie oben ausgeführt, unter Zugrundelegung sehr ungünstiger Annahmen für die Entwicklung der Anstalt aufgestellt; es ist deshalb in Wahrheit nicht anzunehmen, daß der demnächstige Verlauf der Geschäfte der letzteren höhere Reserven erfordern werde. Um indessen auch unerwarteten üblen Wendungen im voraus zu begegnen, ist vorgeschrieben, daß die Ansammlung des Reservefonds bis zur doppelten Höhe des nachgewiesenen Bedürfnisses also bis 100 000 M, fortgesetzt werden soll. Darüber hinaus zu gehen würde überflüssig sein und nicht erwünscht erscheinen, da in Folge stärkerer Anhäufung von Reserven das Anwachsen des Grundstocks der Anstalt verlangsam, und damit der Zeitpunkt, zu welchem dieselbe den Predigerwittwen und den Theilnehmern die erhofften größeren Vortheile gewähren könnte, weiter hinausgeschoben wird.

## Zu §. 8.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind dem zweiten Absätze in dem §. 10 des Kirchengesetzes, die Emeritirung der Geistlichen betreffend vom 1. December 1882 (M. 46) nachgebildet. Nach den oben gegebenen Darlegungen ist nicht zu erwarten, daß von ihnen jemals practischer Gebrauch gemacht werden wird; sie gehören indessen zum vollständigen Abschlusse dieses vorliegenden Gesetzes, indem sie die unentbehrlichen Anordnungen für den Fall treffen, daß wider alle Voraussicht und Berechnung die Mittel der Anstalt sich dennoch einmal ungenügend erweisen sollten.

## Zu §. 9.

Der Fassung dieses Paragraphen liegt die Erwägung zum Grunde, daß es sich nicht empfiehlt, den Theilnehmern an der Anstalt Prämienszahlungen, oder den Predigerwitwen höhere Pensionen, als die normalen zu gewähren, bevor die Anstalt mittelst ihrer laufenden Einnahmen den höchsten vor auszusehenden Ansprüchen zu genügen im Stande ist. Der Betrag derselben beziffert sich nach den Etats in Anlage X auf 115 192 M. jährlich. Um diesen zu decken würde z. B. das Anwachsen des Grundstockes auf 2 000 000 M. noch nicht vollständig genügen. Seine Zinsen zu  $3\frac{1}{2}$  Procent betrügen alsdann . . . . . 70 000 M.  
dazu die „Pachteinnahme“ . . . . . 9 570 „  
und die Beiträge . . . . . 34 300 „

ergäben im Ganzen nur 113 870 M.

Nach dem Anwachsen des Grundstockes um fernere 500 000 M. dagegen stellt sich die Rechnung so:

die drei und einhalb procentigen Zinsen von 2 500 000 M. ergeben . 87 500 M.  
und betragen mit den Pachteinnahmen zu . . . . . 9 570 „  
und den Beiträgen . . . . . 34 300 „

zusammen: 131 370 M.

decken also jene Bedürfnissumme nicht nur, sondern lassen noch einen Ueberschuß, der genügen wird, auch die Erhöhung des Bedürfnisses, welche inzwischen etwa durch das Steigen der Prediger-Dienstehkünfte und die dadurch verursachte Steigerung der Wittwenpensionsansprüche herbeigeführt sein möchte, auszugleichen.

## Zu §. 10.

1. Der Kreis der Theilnehmer an der Anstalt ist ebenso begrenzt, wie der der Theilnehmer an dem Emeritirungsfonds: vergl. §. 1 des Kirchengesetzes vom 1. December 1882 (M. 46).

2. Der zweite Absatz des Paragraph 10 wird, wenn die jetzige Sachlage unverändert bestehen bleibt, allerdings nur auf zwei Geistliche Anwendung finden: vergl. die obige Bemerkung 4 zu §. 4. Der dort angegebene Grund hat jedoch zu der allgemeineren Wortfassung auch dieser Stelle den Anlaß gegeben.

3. Zum Absatz 3 vergleiche den ersten Absatz im §. 12 des citirten Kirchengesetzes von 1882.

Die in den mit den Worten „bei denjenigen Geistlichen“ beginnenden zweiten Theil des Satzes aufgenommene sehr wichtige Bestimmung ist eigentlich eine Uebergangsbestimmung und hätte deshalb ihren Platz möglicherweise auch im §. 25 finden können. Ihre Aufnahme in den §. 10 empfiehlt sich indessen durch die Rücksicht auf eine bequeme Handhabung des Gesetzes in der ersten Zeit seiner Geltung.

4. Dagegen darf die im vierten Absätze enthaltene Vorschrift nicht als bloße Uebergangsbestimmung angesehen werden, sondern hat auch für die weitere Folge noch ihre Bedeutung; denn es kann auch in späterer Zeit vorkommen, daß Geistliche zunächst nicht in das Pfarramt, sondern in andere dienstliche Stellungen, z. B. Schulämter, eintreten, in denen sie genöthigt sind, Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt zu werden.

Daß diejenigen, welche aus der letzteren ausscheiden, indem sie Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt werden, die an jene gezahlten Beiträge nicht zurückerhalten, folgt ohne weiteres aus dem Absatz 4 des §. 6 im Gesetze, die Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betreffend vom 22. März 1876 (M 30) und bedurfte daher keiner besonderen Hervorhebung in dem gegenwärtigen Gesetzentwurfe, es ist übrigens unter den Uebergangsbestimmungen des §. 25 erwähnt. Die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gewinnt also eventuell die fraglichen Beiträge ohne Gegenleistung. Dasselbe trifft umgekehrt zu, wenn eine Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt aus dieser ausscheidet und Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wird s. §. 11 des Gesetzentwurfes a. E. Da dieser Fall, der Natur der Sache nach, sehr viel seltener eintreten wird, als der im §. 10 vorausgesetzte, so wird die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zweifelsohne den größeren Vortheil auf ihrer Seite haben: derselbe wird ihr unter den obwaltenden Verhältnissen aber seitens der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt belassen werden müssen.

### Zu §. 11.

1. Vergleiche zu Absatz 1 den ersten Absatz im Paragraph 12 des cit. Kirchengesetzes, die Emeritirungen betreffend, und Paragraph 6 des cit. Gesetzes über die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt von 1876.

2. (Zu Absatz 2.) Veranlassung zu dem Wunsche, Theilnehmer der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt zu bleiben, wird regelmäßig von vorn herein für den in ein Staats- oder Schuldienstverhältniß übergehenden Geistlichen der Umstand bieten, daß er beim Eintritt in die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt das eine Zwölftel von seiner vollen Dienstentnahme, ohne Rücksicht auf seine zuvorigen Zahlungen an die Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt zu entrichten gehalten ist. Falls die letztere späterhin dazu gelangt, Prämien an die Theilnehmer und höhere Pensionen an die Predigerwittwen zu zahlen, dann wird die Aussicht auf diese Vortheile um so mehr zu dem Antrage auf Fortsetzung der Theilnahme an ihr führen. Indessen wird es zweckmäßig der Beurtheilung der höchsten Staatsbehörde wie der Leitung der neuen Anstalt überlassen bleiben, ob nach Lage der Verhältnisse einem solchen Antrage gewillfahrt werden soll.

## Zu §. 12.

Vergl. §. 7 des cit. Gesetzes über die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt von 1876.

## Zu §. 13.

Vgl. §. 8 des cit. Gesetzes von 1876.

## Zu § 14.

Vergl. §. 9 des cit. Gesetzes von 1876 und §. 17, 4 des cit. Kirchengesetzes, die Emeritirungen betreffend, von 1882.

## Zu §. 15.

Vergl. §. 749 der Reichs-Civil-Proceß-Ordnung und §. 5 des Gesetzes, das Ruheeinkommen der emeritirten Geistlichen betreffend vom 1. December 1882 (N. 45).

## Zu §. 16.

Vergl. §. 11 des cit. Gesetzes von 1876. Rücksicht auf den Fall der Legitimation außerehelicher oder vorehelicher Kinder der Theilnehmer der Anstalt zu nehmen erscheint im Hinblick auf den geistlichen Stand der letzteren unnöthig; adoptirten Kindern aber Pensionsberechtigung einzuräumen, wird durch die nothwendige Beachtung der finanziellen Interessen der Anstalt unterjagt.

## Zu den §. 17—20.

In diesen Paragraphen ist versucht, dem Inhalte der §. 12 bis 14 des cit. Gesetzes von 1876 eine übersichtlichere und deutlichere Fassung zu geben. Dabei ist es unbedenklich erschienen, die Pensionsberechtigung der Kinder von Predigern bis auf das vollendete ein- und zwanzigste Lebensjahr auszudehnen und so ihren Endtermin mit dem Beginne der Volljährigkeit zusammenfallen zu lassen.

## Zu §. 21.

Vergl. §. 15 des cit. Gesetzes von 1876.

In den zweiten Absatz ist die Beschränkung der Theilnahmepflicht, welche für den Fall der Unzulänglichkeit des Pfarrwittwenthums der zweite Absatz des §. 21 des cit. Gesetzes von 1876 enthält, nicht aufgenommen, weil es an inneren Gründen für dieselbe, welche die ihr eventuell entsprechende Schmälerung der Wittwenversorgung rechtfertigten, in Wahrheit gebricht.

Die im dritten Absätze ausgesprochene Beschränkung der Verpflichtung zur Zahlung der einmaligen Abgabe von einem Zwölftel des Dienst Einkommens an die Anstalt ist von Billigkeitsrücksichten dictirt. Nach den mehr erwähnten Stats kann sie von der Anstalt, deren Finanzen sie an und für sich natürlich nicht günstig ist, ertragen werden.

Zum Schlußjage vergl. den vorletzten Absatz im §. 10 des gegenwärtigen Gesetzeswurfes und §. 12 des cit. Kirchengesetzes, die Emeritirungen betreffend, von 1882.

### Zu §. 23.

Vergl. §. 11 des cit. Kirchengesetzes von 1882.

Bezüglich der Einkünfte aus den Pfarrdotationen ist der inzwischen geschehenen Einrichtung des Pfarrkatasters Rechnung getragen. — Unter Nr. 5 sind auch die Einkünfte von Prälaturen aufgeführt, da kein Grund vorliegt, die durch ihre Verleihung den betreffenden Geistlichen zu Theil gewordene Verbesserung des Einkommens der Wittwen und Waisen derselben nicht zu gut kommen zu lassen.

### Zu §. 24.

Vergl. zum ersten und zweiten Absätze §. 24 des cit. Gesetzes von 1876 und §. 4 des Gesetzes, das Ruheeinkommen der emeritirten Geistlichen betreffend, vom 1. December 1882 (Nr. 45).

Im Interesse sowohl der neuen Anstalt, als der Theilnehmer liegt es, die pünktliche Einzahlung der Beiträge und einmaligen Abgaben dadurch thunlichst zu sichern und zu erleichtern, daß sie mittelst der Gelder bewerkstelligt wird, welche die Theilnehmer aus den öffentlichen Cassen, denen die Vereinnahmung jener obliegt, zu empfangen haben. Das sind bei der Mehrzahl der Pfarren die Stolgebührenrenten, welche nach §. 10 des Gesetzes, die Aufhebung der Stolgebühren betreffend, vom 31. Mai 1871 halbjährlich postnumerando gezahlt werden sollen, thatsächlich aber aus überwiegenden Nützlichkeitserwägungen durch die Herzoglichen Kreiscassen in vierteljährlichen Raten postnumerando ausgefolgt werden; sie sind in vielen Fällen für die Erhebung der laufenden Beiträge verwendbar. Für größere Zahlungen an einmaliger Abgabe werden ferner häufig die Zinsen von den beim Kloster-Capital-Fonds belegten Geldern verfügbar sein, welche regelmäßig am Jahreschlusse zur Erhebung kommen. Wahrscheinlich würde die Praxis demnächst von selbst dazu geschritten sein, ein derartiges Zahlungs- bezw. Erhebungsverfahren auszubilden; um Weiterungen vorzubeugen, empfiehlt es sich aber, im Gesetze geradezu auf dasselbe hinzuweisen.

Zum vierten Absätze vergl. §. 16 Absatz 3 des cit. Gesetzes von 1876 und §. 12 Absatz 2 des cit. Kirchengesetzes von 1882.

### Zu den §§. 25—29.

Die fünf Paragraphen 25—29 enthalten Uebergangsbestimmungen, und zwar der §. 25 bezüglich der zur Zeit des Erlasses des Gesetzes bereits der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt beigetretenen Prediger; §. 26 und 27 bezüglich der Predigerwittwen und Waisen, deren Erblasser noch nicht Theilnehmer der neuen Anstalt gewesen sind; §. 28 bezüglich der Verhältnisse der bisher zur Wittwen-Versorgung bestimmt gewesenen Grundstücke und sonstigen Vermögensgegenstände; §. 29 bezüglich einzelner nach Maßgabe des bisherigen Rechtes besonders ungünstig gestellter Predigerwittwen.

## Zu §. 25.

Bezüglich derjenigen Prediger, welche zur Zeit des Erlasses des Gesetzes vorhanden sind, ohne Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt geworden zu sein (wie oben erwähnt, kann ihre Zahl nicht groß sein) gilt der vorletzte Absatz des §. 10.

## Zu §. 27.

(Absatz 1). In der Mehrzahl der die Gründung von Pfarrwittwen-Cassen nach dem Verlaufe von Pfarrwittwenhäusern (vergl. die Bemerkung zu §. 4 Absatz 1) betreffenden Urkunden findet sich nach der ziffermäßigen Festsetzung der Miethentschädigung für die Predigerwittve, für welche eventuell bei Unzulänglichkeit der Mittel der Pfarrwittwen-Casse die Gemeinde aufzukommen hat, die Bestimmung, daß, wenn die Jahres-Einnahmen der Casse mehr betragen, als zur Deckung jener Miethentschädigung (neben der Bestreitung anderer pflichtmäßiger Ausgaben der betreffenden Casse) erforderlich ist, unter Zustimmung der Gemeinde von seiten des Herzoglichen Consistoriums der Wittve eine höhere Miethentschädigung ausgesetzt werden kann. In einzelnen Fällen ist es danach zur Aussetzung einer höheren, als der ursprünglich festgestellten Miethentschädigung gekommen, in anderen hat der Antrag der Wittve auf eine solche Vergünstigung wegen des Widerspruchs der Gemeinde zurückgewiesen werden müssen. Keine Predigerwittve aber hat ein Recht auf eine derartige Erhöhung ihrer Miethentschädigung: weder formell, wegen der Befugniß willkürlichen Widerspruchs der Gemeinde und der, auch abgesehen davon, völlig freien Befugniß des Herzoglichen Consistoriums, seinerseits das Gesuch um Erhöhung der Miethentschädigung abzuschlagen; noch materiell, da bei der Regelung der gesetzlichen Wittwen-Cassenansprüche einer jeden Predigerwittve die ursprünglich festgestellte Höhe der Miethentschädigung zum Grunde gelegt ist. Die nachherige Erhöhung der letzteren gewährt demnach der Wittve regelmäßig einen Vortheil, welcher über das gesetzliche Maß der Wittwenpension hinausgeht. Die Bewilligung derartiger außerordentlicher Vortheile kann nach dem Insbleibetreten der neuen Anstalt im Interesse der ordnungsmäßigen finanziellen Entwicklung derselben nicht mehr zugelassen werden. Sie ließe sich einfach im Verwaltungswege dadurch ausschließen, daß von seiten des Herzoglichen Consistoriums alle darauf gerichteten Anträge zurückgewiesen würden; behuf der Abschneidung von Weiterungen aber empfiehlt es sich, den Grundsatz im Texte des Gesetzes selbst auszusprechen.

## Zu §. 28.

Beim Aufhören der Predigerwittwen-Versorgung mittelst der Pfarrwittwenhäuser sollen nach dem Grundgedanken des Paragraphen die verschiedenen, bisher dazu verwandten Gegenstände und Werthe denjenigen verbleiben, welche sie zuvor dem Herkommen nach, wenn eine Pfarrwittve vorhanden war, herzugeben hatten. Es handelt sich dabei um drei Gruppen von Gegenständen und Berechtigungen, welche sich leicht äußerlich nach der Person desjenigen unterscheiden lassen, welcher das Recht zu ihrer Nutzung während der Zeit besitzt, wo keine Predigerwittve von der betreffenden Pfarrstelle vorhanden ist. Danach heben sich von einander als verschiedener Behandlung bedürftig ab:

- a. die Güter und Rechte der selbstständigen Pfarrwittwenstiftungen (Pfarrwittwenstiftungs- und Pfarrwittwenhauscassen),
- b. die von den Pfarrdotationen zur Wittwenversorgung hergegebenen Stücke,
- c. die von den Gemeinden, oder anderen zu ihrer Vertretung in dieser Beziehung Verbundenen zu gewährenden Sachen oder Leistungen.

Dem entsprechend sind die erforderlichen Bestimmungen für jede dieser drei Gruppen im Texte des Paragraphen getroffen.

Was die bisher zur eventuellen Pfarrwittwen-Versorgung bestimmten Theile der Pfarrdotationen betrifft, so ist bezüglich ihrer hier noch folgendes zu bemerken. So zweifellos es nach der oben dargestellten rechtsgeschichtlichen Entwicklung ist, daß diejenigen der Predigerwittwen-Versorgung dienenden Grundstücke und Berechtigungen, welche beim Nichtvorhandensein einer Predigerwittwe in der Nutzung des Pfarrinhabers verbleiben, nichts anderes sind, als ursprüngliche Theile der Pfarrdotation selbst, welche nur auf Grund der oben besprochenen Consistorialverfügungen die Nebenbestimmung erhalten haben, eventuell in den Genuß einer Predigerwittwe überzugehen, so sind betreffs ihrer doch hier und da Unklarheiten entstanden. Namentlich ist es bei Gemeintheilteilungen und in den zur Feststellung ihrer Ergebnisse abgefaßten Recessen mehrfach vorgekommen, daß derartige Grundstücke ungenau als „Pfarrwittwenstiftungsgrundstücke“ bezeichnet sind, „welche, wenn eine Predigerwittwe nicht vorhanden, der Pfarrinhaber zu nutzen habe“, was dann weiter dahin geführt hat, sie ungehörigerweise als Grundstücke des Pfarrwittwenstiftungs, als ihren Eigenthümer also irthümlich die Pfarrwittwenstiftung selbst anzusehen. Diesem, an manchen Orten durch Unbekanntheit der localen Organe mit dem eigentlichen Sachverhalte verschuldeten, unrichtigen Verfahren ist von seiten der vorgesetzten Kirchenbehörde (des Herzöglichen Consistoriums) wo sie zeitig Kenntniß davon erhielt, mit Erfolg entgegengetreten; hier und da aber hat das nicht mehr geschehen können, weil der betreffende Vorgang der Behörde erst in einem Zeitpunkte bekannt wurde, wo der Wortlaut der fraglichen Recesse oder sonstigen Urkunden einer Aenderung nicht mehr unterzogen werden konnte. Damit nun nicht späterhin aus derartigen Irrthümern und Mißverständnissen lästige Weiterungen erwachsen, empfiehlt es sich, die im §. 28 Absatz 3 vorgeschlagene allgemeine Bestimmung anzunehmen, nach welcher die Richtigstellung der Sache in jedem Falle leicht erfolgen kann, da über das angegebene Kriterium, nämlich über die Frage, wer thatsächlich während des Nichtvorhandenseins einer Predigerwittwe die Nutzung gehabt habe, nirgends ein Zweifel obwaltet.

### Zu §. 29.

Die Erhöhung der Wittwenpension von 16 auf 24 Procent des Dienst Einkommens, welche der §. 1 des Gesetzes vom 18. April 1873 Nr. 22 brachte, kam nur denjenigen Predigerwittwen zu Gute, welche eine Pension aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt bezogen, und diesen auch nur hinsichtlich des Betrages, welchen sie aus der Anstalt erhielten. Predigerwittwen, welche im Genuße eines nach dem damaligen Stande der Gesetzgebung für genügend erachteten (also zu 16 Procent des Dienst Einkommens ihrer verstorbenen Ehemänner angenommenen) Wittwenstiftungs sich befanden, erhielten keine Erhöhung ihrer Wittwen-Versorgung, einerlei, um wieviel dieselbe in Wahrheit hinter 24 Procent vom Dienst-



einkommen der verstorbenen Männer zurückblieb; Predigerwitwen, welche neben dem Pfarrwittwenthume, weil dasselbe schon nach damaligem Rechte ungenügend war, zu dessen Ergänzung eine Pension aus der Beamten- Wittwen- und Waisen- Versorgungs-Anstalt bezogen, wurde nur der letztere um die Hälfte erhöht, ohne Rücksicht darauf, ob damit ihre Wittwenversorgung im Ganzen 24 Procent des Dienst Einkommens ihrer verstorbenen Ehemänner erreichte oder nicht.

So blieb 1873 eine große Anzahl von Predigerwitwen übrig, welchen die neue gesetzliche Pension von 24 Procenten nicht zu Theil wurde und innerhalb des bestehenden Rechtes nicht verschafft werden konnte. Es ist nun die Absicht, denjenigen von ihnen, welche jetzt vorhanden sind, durch eine außerordentliche Maßregel wenigstens für die Zukunft Hülfe angedeihen zu lassen, soweit sie einer solchen wirklich bedürftig sind. — Eine genaue Ermittlung hat ergeben, daß gegen den Schluß des Jahres 1887 noch 18 von jenen Predigerwitwen vorhanden sind, daß die Summe, welche den wirklich Bedürftigen unter ihnen nach der Bestimmung des §. 29 behuf Ergänzung ihrer Wittwenversorgung jährlich zu zahlen sein würde, wenig über 1000 M. beträgt, daß diese Summe bei dem hohen Alter der Mehrzahl dieser Wittwen als rasch abnehmend angesehen werden darf, und daß deshalb der neuen Anstalt eine zu große Last durch diesen Act des Wohlwollens nicht aufgebürdet werden wird.

Waisen, denen der §. 29 zu gute kommen könnte, sind soweit bekannt, am Ende des Jahres 1887 nicht vorhanden. Es ist indessen einerseits, wenn gleich nicht wahrscheinlich, doch möglich, daß die Verhältnisse der Kinder irgend eines verstorbenen Geistlichen übersehen sind, andererseits können noch bis zum Inkrafttreten des Gesetzes und darüber hinaus in Folge des Absterbens von Predigerwitwen, welche nicht aus der neuen Anstalt versorgt sind, oder von Geistlichen, welche deren Theilnehmer nicht gewesen sind, Fälle entstehen, in denen die hier zu Gunsten von Waisen gegebene Bestimmung praktisch wird. Eine irgend beträchtliche Ausdehnung wird ihre Anwendung nach Maßgabe der bisherigen Erfahrungen allerdings nicht gewinnen.

Anlage X zur Anlage 13 b. (Prot. 4).

# Anlage X.

der

Motive zu dem Gesetzentwurfe, die Einrichtung einer Landes-  
Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt

betreffend.

---

## Anlage X.

## Stats

über

die Einnahmen und Ausgaben' der Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt.

## Einnahme

## Ausgabe

## Jahr 1.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Beiträge . . . . .	1043 "

Mietentschädigung zc. . . . .	22340 M
—	558 "

Pension für 3 Wittwen à 952 M = . . . . .	21782 M
	2856 "

62050 M

24638 M

Ueberschuß: 37412 M

## B. Reservefonds.

Zwölftel der Theilnehmer 2480 M

Cess. .

## Jahr 2.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs ( $3\frac{1}{2}\%$ v. 37412 M) . . . . .	1309 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs ( $1 \times 191$ M) . . . . .	191 "
Beiträge 1043 M + 2085 M . . . . .	3128 "

Mietentschädigung zc. . . . .	21782 M
—	1117 "

Pension für 3 + $6\frac{1}{2}$ Ww. . . . .	20665 M
	2856 M
+	6188 "

65635 M

29709 M

Ueberschuß: 35926 M

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	86 M.
Zwölftel . . . . .	2480 "

Cess.

2566 M

Bestand: 5046 M

## Anlage X zur Anlage 13 b.

## Einnahme

## Ausgabe

## Jahr 3.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (73338 M) . . . . .	2566 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (2 × 191 M) . . . . .	382 "
Beiträge 3128 M + 2085 M =	5213 "

---

 69168 M

Mietentschädigung x. . . . .	20665 M	
	— 1117 "	
		19548 M
Pension für 9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> + 6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Wm. . . . .	9044 M	
	+ 6188 "	
		15232 "
		34780 M

Ueberschuß: 34388 M

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	176 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	2656 M

Cess.

Bestand: 7702 M

## Jahr 4.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (107726 M). . . . .	3770 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (3 × 191 M) . . . . .	573 "
Beiträge 5213 M + 2085 M =	7298 "

---

 72648 M

Mietentschädigung x. . . . .	19548 M	
	— 1117 "	
		18431 M
Pension für 16 + 6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Wm. . . . .	15232 M	
	+ 6188 "	
		21420 "
		39851 M

Ueberschuß: 32797 M

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	269 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	2749 M

Cess.

Bestand: 10451 M

# Einnahme

# Ausgabe

## Jahr 5.

### A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (140523 M) . . . . .	4918 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (4 × 191 M) . . . . .	764 "
Beiträge 7298 M + 2085 M =	9383 "

Mietentuschädigung z. . . . .	18431 M
—	1117 "
	17314 M
Pension für 22½ + 6½ Ww. . . . .	21420 M
+ 6188 "	
	27608 "
	44922 M

76072 M

Ueberschuß: 31150 M.

### B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	365 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	2845 M

Cess.

Bestand: 13296 M.

## Jahr 6.

### A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (171673 M) . . . . .	6008 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (5 × 191 M) . . . . .	955 "
Beiträge 9383 M + 2085 M =	11468 "

Mietentuschädigung z. . . . .	17314 M
—	1117 "
	16197 M
Pension für 29 + 6½ Ww. . . . .	27608 M
+ 6188 "	
	33796 "
	49993 M

79438 M

Ueberschuß: 29445 M

### B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	465 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	2945 M

Cess.

Bestand: 16241 M.

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 7.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M
Zinsen v. Zuwachs (201118 M). . .	7093 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (6 × 191) . . . . .	1146 "
Beiträge 11468 M + 2085 M =	13553 "

---

82745 M

Ueberschuß: 27681 M

Mietenthenschädigung z. . . . .	16197 M
—	1117 "
	15080 M
Pension für 35 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> + 6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Ww. . . . .	33796 M
+ 6188 "	
	39984 "
	55064 M

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	568 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	3048 M

Bestand: 19289 M.

Cess.

**Jahr 8.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M
Zinsen v. Zuwachs (228799 M) . . .	8007 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (7 × 191) . . . . .	1337 "
Beiträge 13553 M + 2085 M =	15638 "

---

11. 85989 M

Ueberschuß: 25854 M.

Mietenthenschädigung z. . . . .	15080 M
—	1117 "
	13963 M
Pension für 42 + 6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Ww. . . . .	39984 M
+ 6188 "	
	46172 "
	60135 M

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	675 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	3155 M

Bestand: 22444 M.

Cess.

## Anlage X zur Anlage 13 b.

7

## Einnahme

## Ausgabe

## Jahr 9.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (254653 M) . . . . .	8912 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (8 × 191 M) . . . . .	1528 "
Beiträge 15638 M + 2085 M =	17723 "

Miethentschädigung zc. . . . .	13963 M
—	1117 "

12846 M

Pension für 48½ + 6½ Ww. . . . .	46172 M
+	6188 "

52360 "

89170 M

65206 M

Ueberschuß: 23964 M.

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	785 M
Zwölftel . . . . .	2480 "

3265 M

Cess.

Bestand: 25709 M

## Jahr 10.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (278617 M) . . . . .	9751 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (9 × 191 M) . . . . .	1719 "
Beiträge 17723 M + 2085 M =	19808 "

Miethentschädigung zc. . . . .	12846 M
—	1117 "

11729 M

Pension für 55 + 6½ Ww. . . . .	52360 M
+	6188 "

58548 "

92285 M

70277 M

Ueberschuß: 22008 M.

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	899 M
Zwölftel . . . . .	2480 "

3379 M

Cess.

Bestand: 29088 M.

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 11.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (300625 M) . . . . .	10521 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (10 × 191 M) . . . . .	1910 "
Beiträge 19808 M + 2085 M =	21893 "

Mietbenthädigung u. . . . .	11729 M	
—	1117 "	
		10612 M
Pension für $61\frac{1}{2} + 6\frac{1}{2}$ Ww. . . . .	58548 M	
+ 6188 "		
		64736 "
		75348 M

95331 M

Ueberschuß: 19983 M

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1018 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	3498 M

Cess.

Bestand: 32586 M.

**Jahr 12.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (320608 M) . . . . .	11221 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (11 × 191 M) . . . . .	2101 "
Beiträge 21893 M + 1043 M =	22936 "

Mietbenthädigungen u. . . . .	10612 M	
—	1117 "	
		9495 M
Pension für 68 + $6\frac{1}{2}$ Ww. . . . .	64736 M	
+ 6188 "		
		70924 "
		80419 M

97265 M

Ueberschuß: 16846 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1140 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	3620 M

Cess.

Bestand: 36206 M.



## Anlage X zur Anlage 13 b.

9

## Einnahme

## Ausgabe

## Jahr 13.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.	Mietenthschädigung u. . . . .	9495 M
Zinsen v. Zuwachs (337454 M). . . . .	11810 "	—	1117 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "		
Zuwachs (12 × 191 M) . . . . .	2292 "		
Beiträge 22936 M + 1043 M =	23979 "	Pension für 74½ + 6½ Ww. 70924 M	8378 M
		+ 6188 "	
			77112 "
	99088 M		85490 M

Ueberschuß: 13598 M.

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	1267 M	Cess.
Zwölftel . . . . .	2480 "	
	3747 M	

Bestand: 39953 M.

## Jahr 14.

## A.

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.	Mietenthschädigung u. . . . .	8378 M
Zinsen v. Zuwachs (351052 M). . . . .	12286 "	—	1117 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "		
Zuwachs (13 × 191 M) . . . . .	2483 "		
Beiträge 23979 M + 1043 M =	25022 "	Pension für 81 + 6½ Ww. . 77112 M	7261 M
		+ 6188 "	
			83300 "
	100798 M		90561 M

Ueberschuß: 10237 M.

## B. Reservefonds.

Zinsen des Bestandes . . . . .	1398 M	Cess.
Zwölftel . . . . .	2480 "	
	3878 M	

Bestand: 43831 M.

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 15.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (361289 M). . .	12645 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (14 × 191 M) . . . . .	2674 "
Beiträge 25022 M + 1043 M =	26065 "

Mietenterschädigung zc. . . . .	7261 M
	— 1117 "

Pension für 87 $\frac{1}{2}$ + 6 $\frac{1}{2}$ Wm.	83300 M
	+ 6188 "

///. 6144 M

///. 89488 "

102391 M

95632 M

Ueberschuß: 6759 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1534 M
Zwölftel . . . . .	2480 "

Cess.

4014 M

Bestand: 47845 M.

**Jahr 16.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (368048 M). . .	12881 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (15 × 191 M) . . . . .	2865 "
Beiträge 26065 M + 1043 M =	27108 "

Mietenterschädigung zc. . . . .	6144 M
	— 1117 "

Pension für 94 + 6 $\frac{1}{2}$ Wm. .	89488 M
	+ 6188 "

///. 5027 M

///. 95676 "

103861 M

100703 M

Ueberschuß: 3158 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1674 M
Zwölftel . . . . .	2480 "

Cess.

4154 M

Bestand: 51999 M.

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 17.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) . . .	12992 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (16 × 191 M) . . . . .	3056 "
Beiträge 27108 M + 1043 M =	28151 "

---

105206 M

Mietenschädigung zc. . . . .	5027 M
	— 1117 "
	<hr/>
Pension für 100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> + 6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Ww.	95676 M
	+ 6188 "
	<hr/>
	101864 "
	<hr/>
	105774 M

Fehlbetrag: 568 M

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1819 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	<hr/>
	4299 M

Mehreinnahme: 3731 M.  
Bestand: 55730 "

Deckung des Fehlbetrages sub A. . . . .	568 M
	<hr/>
	568 M

**Jahr 18.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) . . .	12992 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (17 × 191 M) . . . . .	3247 "
Beiträge 28151 M + 1043 M .	29194 "

---

106440 M

Mietenschädigung zc. . . . .	3910 M
	— 1117 "
	<hr/>
Pension für 107 + 6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Ww.	101864 M
	+ 6188 "
	<hr/>
	108052 "
	<hr/>
	110845 M

Fehlbetrag: 4405 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1950 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	<hr/>
	4430 M

Mehreinnahme: 25 M.  
Bestand: 55755 "

Deckung des Fehlbetrages sub A. . . . .	4405 M
	<hr/>
	4405 M

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 19.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) =	12992 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (18 × 191 M). . . . .	3438 "
Beiträge 29194 M + 1043 M =	30237 "

---

107674 M

Mietentschädigung zc. . . . .	2793 M
— 1117 "	
./. 1676 M	
Pension für 113½ + 6½ Ww. 108052 M	
+ 6188 "	
./. 114240 "	

---

115916 M

Fehlbetrag: 8242 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1951 M
Zwölftel . . . . .	2480 "

---

4431 M

Bestand: 55755 M

Abzüglich: 8242 M

— 4431 "

---

3811 "

---

Bleiben 51944 M

Theilweise Deckung des Fehlbetrages sub A. . 4431 M

---

4431 M
**Jahr 20.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) =	12992 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (19 × 191 M). . . . .	3629 "
Beiträge 30237 + 1043 M =	31280 "

---

108908 M

Mietentschädigung zc. . . . .	1676 M
— 1117 "	
./. 559 M	
Pension für 120 + 1 Ww. . . 44240 M	
+ 952 "	
./. 115192 "	

---

115751 M

Fehlbetrag: 6843 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1818 M
Zwölftel . . . . .	2480 "

---

4298 M

Bestand: 51944 M

Abzüglich: 6843 M

— 4298 "

---

2545 "

---

Bleiben 49399 M

Theilweise Deckung des Fehlbetrages sub A. . 4298 M

---

4298 M

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 21.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) . . . . .	12992 "
Pacht ursprünglich . . . . .	5742 "
Zuwachs (20 × 191 M) = . . . . .	3820 "
Beiträge 31280 M + 1043 M = . . . . .	32323 "

∴ 110142 M.

Pension für 121 Bw. . . . .	115192 M
-----------------------------	----------

115192 M

Fehlbetrag: 5050 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1728 M.
Zwölftel . . . . .	2480 "

4208 M.

Teilweise Deckung des Fehlbetrages sub A. . . . .	4208 M
---	--------

4208 M

Bestand . . . . . 49399 M

Abzüglich: 5050 M

— 4208 "

842 "

bleiben 48557 M

**Jahr 22.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) . . . . .	12992 "
Pacht . . . . .	9570 "
Beiträge 32323 M + 1043 M = . . . . .	33366 "

111193 M.

Pension für 121 Bw. . . . .	115192 M
-----------------------------	----------

115192 M

Fehlbetrag: 3999 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1699 M.
Zwölftel . . . . .	2480 "

4179 M

Deckung des Fehlbetrages sub A. . . . .	3999 M
---	--------

3999 M

Rehreinnahe . . . . . 180 M

Bestand . . . . . 48737 M

**Einnahme****Ausgabe****Jahr 23.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) . . . . .	12992 "
Pacht . . . . .	9570 "
Beiträge . . . . .	34300 "
	<hr/>
	112127 M

Pension für 121 Ww. . . . .	115192 M
-----------------------------	----------

---

115192 M

Fehlbetrag: 3065 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1705 M
Zwölftel . . . . .	2480 "
	<hr/>
	4185 M

Deckung des Fehlbetrages sub A. . . . .	3065 M
---	--------

---

3065 M

Mehreinnahme . . . . . 1120 M

Bestand . . . . . 49857 M

**Jahr 24.****A.**

Zinsen ursprünglich . . . . .	55265 M.
Zinsen v. Zuwachs (371206 M) . . . . .	12992 "
Pacht . . . . .	9570 "
Beiträge . . . . .	34300 "
	<hr/>
	112127 M

Pension für 121 Ww. . . . .	115192 M
-----------------------------	----------

---

115192 M

Fehlbetrag: 3065 M.

**B. Reservefonds.**

Zinsen des Bestandes . . . . .	1744 M.
Zwölftel . . . . .	2480 "
	<hr/>
	4224 M

Deckung des Fehlbetrages sub A. . . . .	3065 M
---	--------

---

3065 M

Mehreinnahme . . . . . 1159 M

Bestand . . . . . 51016 M

## Anlage 14. (Prot. 5.)

## A n t r ä g e

der liturgischen Commission zu dem vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend.

1) Auf S. 7 wird die Anrede an die Gevattern direct gesagt „Ihr werdet nun diesem Kinde, oder wem es sonst zu wissen nöthig ist, Zeugniß geben können, daß es nach dem Befehle Jesu Christi recht getauft sei, und daß es durch euch als seine christlichen Vormünder vor Gott gelobt habe, dem Bösen beharrlich zu entsagen, hingegen an Gott zu glauben und Ihm zu dienen. Ihr werdet auch für dieses getaufte Kind fleißig zu Gott beten und soviel an euch ist, nächst seinen Eltern Sorge tragen, daß es in der Erkenntniß Gottes und Seines heiligen Willens auferzogen und an seinen Taufbund fleißig erinnert werde.“

2) S. 7. Z. 5 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Die beiden Fragen können auch gemeinsam durch ein Ja beantwortet werden.“

3) S. 8 Z. 10 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Anstatt dieser Frage können auch die beiden Fragen aus dem zweiten Formular gebraucht werden.“

4) Zu S. 8 unten wird beantragt. „Hier kann das am Schluß der beiden ersten Formulare stehende Dankgebet hinzugefügt werden.“

5) Auf S. 13 lautet die Antwort auf Frage 1 „Ja (ich glaube)“ statt Ja.

2 „Ja (das gelobe ich)“ statt Ja.

6) Auf S. 17 wird vor Z. 21 v. o. hinzugefügt „Unsere Hülfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Meine Geliebten in dem Herrn, ihr seht hier diese Söhne und Töchter, welche schon in ihrer Kindheit durch die heilige Taufe unserm Herrn Jesus Christus und Seiner heiligen Kirche eingepflanzt sind, auf daß sie unter christlicher Zucht und Ermahnung als Gottes Pflanzen erwachsen und mit Früchten der Gerechtigkeit erfüllt werden möchten. Weil sie nun nach dem Befehle des Herrn in Gottes Wort unterrichtet und zur Erkenntniß Seines Willens und Seines heiligen Evangeliums angeleitet worden sind, so begehren sie ihren christlichen Glauben mit eigenem Munde allhier zu bekennen und das Taufgelübde selbst über sich zu nehmen, damit sie an dem Sacrament des heiligen Abendmahls Theil haben und als vollständige Glieder der Kirche Christi wandeln können.“

## Anlage 14.

7) Auf S. 18 wird zwischen Z. 27 und 28 v. o. eingeschoben „Amen. — Der Gott und Vater unsers Herrn Jesu Christi, der in euch angefangen hat das gute Werk, wolle es durch Seinen heiligen Geist bestätigen und vollführen bis auf den Tag Jesu Christi. Amen.“

8) S. 19 oben wird das Lasset uns beten erweitert in „Lasset uns nun zur Stärkung und Kräftigung dieser Kinder im rechten Glauben und wahrhaftiger Gottseligkeit den Beistand des allmächtigen Gottes anrufen und also für sie beten.“

9) Auf S. 19 wird nach Z. 19 v. o. folgende Bemerkung eingeschoben. „(Während dieses Gebetes kann der Geistliche segnend seine rechte Hand über die Confirmanden ausstrecken, entweder am Altare stehend, oder zwischen ihnen hindurchschreitend. Wo die Zahl der Confirmanden es zuläßt, kann dabei jedem einzelnen die Hand aufs Haupt gelegt werden.)“

**E. Rothe.**

**F. C. Eimecke.**

**Dr. Leidloff.**

**W. Schulz.**

**A. Hörmann.**



# Anlage **15.** (Prot. 6.)

Da Uns zur Kenntniß gekommen, daß der durch Unser Rescript vom 7. v. Mts. *N.* 8420 mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte der fünften ordentlichen Landesynode beauftragte Assessor Koch erkrankt und einstweilen an der Fortführung des ihm übertragenen Amtes verhindert ist, so haben Wir während der Dauer solcher Behinderung des Assessors Koch den in der zweiten juristischen Prüfung bestandenen Referendar von Damm hieselbst mit der Besorgung der Secretariatsgeschäfte beauftragt und denselben angewiesen, sich am Dienstag, den 22. d. Mts., dem Herrn Vorsitzenden der Landesynode zur Verfügung zu stellen, wovon die geehrte Landesynode Wir hierdurch ergebenst benachrichtigen.

Braunschweig, den 22. Januar 1889.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staats-Ministerium.

Wirt.

An  
die Landes-Synode.

Anlage **16.** (Prot. 7.)**Anträge**

der

**Commission zur Vorprüfung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung betreffend.**

Antrag 1: zu §. 3.

Abſatz 2 zu ſtreichen. (Wegen Erſatzes deſſelben ſiehe Antrag 5.)

Antrag 2: zu §. 7.

In Zeile 4 die Worte „ſind beide Ehegatten“ und „beſondere“ zu ſtreichen.

Antrag 3: Zu §. 11.

Abſatz 2 zu ſtreichen (Wegen Erſatzes vergl. auch hier Antrag 5.)

Antrag 4a.: Zu §. 12.

Den ganzen §. zu ſtreichen.

NB. Bei Annahme des Antrags auch

§. 4 Abſatz 2 in Wegfall bringen zu laſſen.

Eventuell 4b:

Den Abſatz 2 des §. 12 dahin zu faſſen: dies iſt anzunehmen bei beharrlicher Verabſäumung der betreffenden kirchlichen Pflichten, wenn dieſelbe ſich durch Aerger- niß u. (wie im Entwurf).

Antrag 5.

Dem Entwurf folgenden Schlußparagraphen hinzufügen:

Den Betheiligten ſteht wegen eines Beſchlusses, durch welchen eine der nach §. 4—7 (event. hinzufügen: und 12) dieſes Geſetzes zuläſſige Maßregel verhängt bezw. die Wiederbeilegung entzogener kirchlicher Rechte verſagt iſt (§. 11), das Recht der Beſchwerde an den Ausſchuß der Landesſynode zu. Gegen die Entſcheidung deſſelben kann ſowohl von den Betheiligten, als vom Kirchenvorſtande an Uns ein Refuſ verfolgt werden. Beſchwerde und Refuſ ſind binnen 14 Tagen, von Eröffnung der betreffenden Entſcheidung angerechnet, zu überreichen.

*Elssfeldt.*

*Keunecke.*

*Rhamm.*

*Schönermark.*

*Schrader.*

N<sup>o</sup> 24 de 1888.

Anlage 17. (Prot. 8.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Prinz, Regent und Herr!**

Der mittelst Höchsten Rescripts vom 17. December vorigen Jrs. N<sup>o</sup> 8648 uns zur verfassungsmäßigen Mitwirkung zugegangene Entwurf zu einem Kirchengesetze wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betr., hat unsere Zustimmung erhalten.

Ew. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
den 24. Januar 1889.

treu-gehorjamste  
Landes-Synode.

*Lerche.*

*W. Pockels.*

N<sup>o</sup> 22 de 1888.

Anlage 18. (Prot. 8.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Ew. Königlichen Hoheit verfehlen wir nicht auf den Hohen Erlaß vom 17. v. Mts. N<sup>o</sup> 8681 unterthänigst anzuzeigen, daß wir in unserer Sitzung vom 21. d. Mts. dem im Entwurfe übersandten Kirchengesetze, Abänderung der Geschäftsordnung für die Landes-Synode und deren Ausschuß betr., vom 13. November 1872 die kirchenverfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen beschlossen haben.

In tiefster Ehrerbietung

**Ew. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 24. Januar 1889.

unterthänigst=treu=gehorsamste  
Landes-Synode.

*Lerche.*

*C. Langerfeldt.*

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Sw. Königlichen Hoheit beehren wir uns, die unterthänigste Anzeige zu machen, daß in unserer Sitzung vom 19. vorigen Monats der Beschluß gefaßt ist, Hohes Kirchenregiment zu ersuchen,

daß Herzogliches Consistorium veranlaßt werde, behuf thunlichster Beseitigung der Ordnungswidrigkeiten, welche bei der Wahl von Wahlmännern zur Vorbereitung der Wahlen von Abgeordneten zur Landes-synode in zahlreichen Fällen vorgekommen sind, einheitliche Formulare zu Protokollen für die betreffende Wahlhandlung aufstellen und den Vorsitzenden der Kirchenvorstände zur Benutzung zugehen zu lassen.

Wegen der Begründung dieses Ersuchens bitten wir unterthänigst, auf die Verhandlung der gedachten Sitzung, an welcher Vertreter der Herzoglichen Kirchenregierung theilgenommen haben, Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrerbietung

**Sw. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 24. Januar 1889.

unterthänigst-treu-gehorfamste  
Landes-synode.

*Lerche.*

*Rhamm.*

N<sup>o</sup> 15 de 1888.

Anlage 20. (Prot. 9.)

**Durchlauchtigster Prinz!**  
**Gnädigster Regent und Herr!**

Die Mittheilungen, welche im Allerhöchsten Auftrage in einem Erlaß vom 19. December v. J. N<sup>o</sup> 7490 der fünften ordentlichen Landessynode über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche zugegangen sind, haben diese zu folgenden Anträgen Veranlassung gegeben, und bittet die Landessynode unterthänigst um deren Genehmigung.

**Zu Cap. IV. D. N<sup>o</sup> 1**

- 1) Herzogliche Kirchenregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der deutschen evangelischen Kirche ein einheitliches Gesangbuch gegeben werde.
- 2) Herzogliche Kirchenregierung zu ersuchen, daß der jährliche Todtenfeiertag mit demselben wünschenswerthen auf seine Ruhe und Heilighaltung gerichteten Schutze umgeben werde, dessen andere ähnliche Tage wie der Charfreitag u. s. w. sich zu erfreuen haben, und demgemäß das Gesetz, betreffend die Bestrafung der Polizeiübertretungen vom 27. November 1872 N<sup>o</sup> 2 §. 1. II 2 dahin zu ändern, daß hinter Bußtage eingeschaltet wird:  
 „Todtenfeste“.

**Zu Cap. VI.**

An das hohe Kirchenregiment den Antrag zu richten, auf baldige Neuordnung des Disciplinarverfahrens gegen Kirchendiener hinzuwirken.

**Zu Cap. VII.**

Bei Herzogl. Kirchenregierung die Bereitstellung von Mitteln zu beantragen, um den dazu geeigneten Candidaten die Theilnahme an Instructionskursen für innere Mission zu ermöglichen.

**Zu Cap. X.**

An das Kirchenregiment das Ersuchen zu richten, Anordnung dahin zu treffen, daß gegenüber etwa wieder vorkommenden Hauscollecten für katholische Zwecke Seitens der Organe der evangelisch-lutherischen Landeskirche durch öffentliche Ausschreiben und Ansprachen, sowie von den Kanzeln das evangelische Gewissen der Mitglieder der Landeskirche geweckt und dem Erfolge solcher Sammlungen entgegen gewirkt werde.

An Herzogliches Consistorium das Ersuchen zu richten, in Zukunft auch den Nachweis der Pfrunderträge in den der Synode zugehenden Mittheilungen aufzunehmen.

**Cap. X zu J. № 12.**

Der hohen Landesregierung und der hohen Landesversammlung ihren Dank auszusprechen für die auf Antrag der vierten Landessynode bewilligten außerordentlichen Zuwendungen an das Marienstift und wolle die in reichem Segen wirkende aber noch immer von Bauschulden gebrückte Anstalt fernerem Wohlwollen hoher Landesregierung und hoher Landesversammlung empfehlen.

**Cap. XV.**

Herzögl. Kirchenregierung zu veranlassen, daß die seit 1876 erfolgte und noch erfolgende Legitimierung außerehelich geborener Kinder von den Standesbeamten den Kirchenbuchführern angezeigt werde.

In tiefster Ehrfurcht

**Gw. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 25. Januar 1889.

unterthänigst-treu-gehoramste  
Landes-Synode.

**Lerche.**

**H. von Schwartz** (Hessen), Schriftführer.

N<sup>o</sup> 16 de 1888.

Anlage 21. (Prot. 9.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Eu. Königlichen Hoheit beehren wir uns die unterthänigste Anzeige zu machen, daß der von der Herzoglichen Kirchenregierung der fünften ordentlichen Landessynode mit Erlaß vom 19. December v. J. N<sup>o</sup> 8415 vorgelegte Entwurf eines Kirchengesetzes, die theologische Prüfung betreffend, in den Sitzungen vom 22. und 23. Januar berathen ist. Im Einverständniß mit dem Vertreter hohen Kirchenregimentes hat die Synode beschlossen, es möge §. 9 Absatz 1 vor dem Worte „sechswöchigen“ das Wort „mindestens“ eingeschoben werden, es möge §. 14 statt „1. April 1889“ „15. April 1889“ gesetzt werden, und hat dem so veränderten Entwurfe ihre Zustimmung ertheilt.

Außerdem hat die Synode beschlossen, zu der gleichzeitig vorgelegten Instruction für die theologische Prüfungs-Commission die ehrerbietigen Wünsche auszusprechen, es möchte gesetzt werden

§. 2 statt „um Ostern und Michaelis“ „im März und September“,

§. 17 Absatz 1 statt „im Vortrage eines Theils der eingelieferten Predigt“ „im Vortrage der eingelieferten Predigt“.

§. 17 Absatz 2 statt „spätestens Tags vorher“ „spätestens 3 Tage vorher“.

Endlich möchten §. 24 Absatz 1 die zwei letzten Sätze von „Wenn dieses“ bis „Lesen abzulegen“ gestrichen werden.

In tiefster Ehrerbietung

**Eu. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 25. Januar 1889.

unterthänigst-treu-gehorfamste  
Landes-Synode.

*Lerche.*

*Eggeling.*



**Durchlauchtigster Prinz!**  
 **Gnädigster Regent und Herr!**

Eu. Königlichen Hoheit beehren wir uns unterthänigst anzuzeigen, daß der fünften ordentlichen Landessynode gelegentlich der Berathung des durch Erlaß der Herzoglichen Kirchenregierung vom 19. December 1888 N. 7490 ihr zugegangenen Berichtes des Herzoglichen Consistorii über die Zustände und Verhältnisse der evangelischen Landeskirche aus ihrer Mitte der Antrag zur Erwägung verstellt war,

„die Synode wolle bei der Kirchenregierung beantragen, zu veranlassen, daß dem §. 5 des Gesetzes vom 8. December 1875, betreffend die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot, als N. 4 folgender Passus hinzugefügt werde: bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Die Landessynode hat diesen Antrag in ihrer Sitzung am 22. Januar in reifliche Ueberlegung gezogen und richtet darnach das ergebene Ersuchen an Eu. Königlichen Hoheit Kirchenregiment

ein dem obigen Antrage entsprechendes Gesetz zur Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875 der Landessynode zur verfassungsmäßigen Mitwirkung, wo möglich noch in dieser Sitzung, vorzulegen.

In tiefster Ehrfurcht

**Eu. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 25. Januar 1889.

unterthänigst-treu-gehorsamste  
Landessynode.

*Lerche.*

*A. Skerl.*

N<sup>o</sup> 23 de 1888.

Anlage 23. (Prot. 10.)

Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!

Eu. Königlichen Hoheit verfehlen wir nicht, eine an uns gerichtete Bitte des Pastors Johannes Stölting-Schliestedt und Genossen, d. d. Wolfenbüttel am Tage der Synodalwahl 1888, das Verfahren bei Reparaturen geistlicher Gebäude betreffend, hierneben mit dem unterthänigsten Hinzufügen zu überreichen, daß wir in unserer Sitzung vom 22. d. Mts. beschlossen haben, diese Eingabe Eu. Königl. Hoheit Herzoglichem Kirchenregimente mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß mit den erforderlichen regelmäßigen Revisionen sei es der betreffende Herzogl. Kreis-Bauinspector, sei es ein dazu bei Herzogl. Consistorio anzustellender Baubeamter, sei es der zuständige Superintendent beauftragt wird, die Beauftragten indessen nicht das Recht der „Anordnung“ erhalten, sondern lediglich über den Befund an Herzogl. Consistorium behuf des Weiteren zu berichten haben.

In tiefster Ehrerbietung

Eu. Königl. Hoheit.

Braunschweig,  
den 26. Januar 1889.

unterthänigst-treu-gehorsamste  
Landessynode.

*Lerche.*

*C. Langerfeldt.*

## Albrecht, Prinz von Preußen u., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Nach einem von dem Ausschusse der Landes-Synode unter dem 18. December 1884 an den Regentschaftsrath für das Herzogthum Braunschweig gerichteten Schreiben hat die 4. ordentliche Landes-Synode in ihren Sitzungen vom 11. und 12. December 1884 verschiedene, aus ihrer Mitte gestellte, die Zulassung der Kinder zur Confirmation betreffende Anträge berathen und dann, nachdem sie den Antrag 1 der in der Sitzung vom 6. December 1884 gestellten Anträge des Abgeordneten Skerl in etwas modificirter Fassung angenommen hatte, die in dem obigen Schreiben enthaltenen Beschlüsse gefaßt. (Anlage 20, Prot. 8.)

Während Unser Herzogliches Consistorium, in Uebereinstimmung mit Uns, geglaubt hat, dem soeben erwähnten Beschlusse zu 2, da eine Unzuträglichkeit darin liegen würde, wenn die Zulassung zur Confirmation, also zu einer kirchlichen Handlung, von einer körperlichen Beschaffenheit abhängig gemacht würde, nicht entsprechen zu können, hat dasselbe in Verfolg des Beschlusses zu 1 und in Anerkennung des von dem genannten Abgeordneten in der 5. Sitzung der 4. ordentlichen Landes-Synode gerügten Mißstandes, daß, obgleich nach dem maßgebenden Ausschreiben Unseres Herzoglichen Consistoriums vom 20. Januar 1841, die Zulassung der Confirmanden betreffend, Dispensationsgesuche für Kinder von noch nicht 14, aber mindestens 13½ Jahren nur statthaft sind, wenn sehr erhebliche Gründe für dieselben sprechen, die Gesuche um frühere Entlassung aus der Schule und um die, diese bedingende Zulassung zur Confirmation sich unverhältnißmäßig vermehrt und hier und da in Folge von vielleicht etwas zu nachsichtiger Beurtheilung Seitens der Prediger zur Dispensation von dem Erfordernisse des vorchriftsmäßigen Alters wirklich geführt haben, und von dem lebhaften Wunsche geleitet, diesem Uebelstande nach Kräften zu begegnen, einen Entwurf zu einem Erlasse, die Zulassung zur Confirmation betreffend, ausgearbeitet.

An  
die Landes-Synode.

Dieser Entwurf, dessen Inhalt Wir für zutreffend und ausreichend erachten, setzt über das zur Confirmation ordnungsmäßig erforderliche Alter von 14 Jahren und über die für Kinder, welchen nur noch ein halbes Jahr an diesem Alter fehlt, unter Umständen zulässige Dispensation von diesem Alter im Wesentlichen dieselben Bestimmungen, wie das erwähnte Consistorial-Ausschreiben von 1841, fest, enthält indessen neue Vorschriften über die Zulassung der Kinder zum Confirmations-Unterrichte, über das Verfahren bei Zurückweisung von Kindern vom Confirmations-Unterricht und bei Verweigerung der Dispensations-Beantragung, und im §. 6 über die Art der Einbringung der Dispensationsgesuche.

In Gemäßheit des §. 20, II, der Synodal-Ordnung lassen Wir solchen Entwurf der 5. ordentlichen Landes Synode zur gutachtlichen Äußerung hieneben-zugehen.

Braunschweig, den 25. Januar 1889.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

# Er l a ß

des

## Herzoglichen Consistoriums, die Zulassung zur Confirmation betr.

### §. 1.

Für die Zulassung zur Confirmation ist, wie bisher, ordnungsmäßig das Alter von 14 Jahren erforderlich, welches bis zum 30. April des betreffenden Jahres bezw. bis zum Confirmationstage, falls dieser später fällt, erreicht sein muß. Kinder dieses Alters sind von derselben, bezw. dem Confirmanden-Unterrichte nur dann auszuschließen, wenn der niedrige Stand ihrer religiösen Erkenntniß sie zur Theilnahme an der Confirmation, bezw. dem Confirmanden-Unterrichte unfähig, oder ihr sittliches Verhalten sie für die Confirmation unwürdig erscheinen läßt.

In solchen Fällen, wo Katechumenen das vorchriftsmäßige Alter erreicht haben, aber nach Ansicht des betreffenden Geistlichen die zur Theilnahme an dem Confirmanden-Unterrichte, bezw. zur Confirmation erforderliche religiöse Erkenntniß noch nicht besitzen, deren Eltern oder Angehörige aber auf der Annahme zum Confirmanden-Unterrichte, bezw. zur Confirmation bestehen, hat der Geistliche dieselben an den Superintendenten zur Prüfung zu verweisen, auch an diesen über den Fall zu berichten und von dessen Entscheidung die Zulassung zum Confirmanden-Unterrichte bezw. zur Confirmation abhängig zu machen.

### §. 2.

Für jüngere Kinder ist Dispensation von dem Erfordernisse des vorchriftsmäßigen Alters nur dann statthast, wenn dieselben bis zur Confirmationszeit (cf. §. 1) mindestens das Alter von 13½ Jahren erreichen, und sehr erhebliche Gründe dafür sprechen.

Sinsichtlich der Zulassung solcher Kinder zum Confirmanden-Unterrichte und der für dieselben nachzusuchenden Dispensation ist nach Maßgabe der in den folgenden §§. enthaltenen näheren Bestimmungen zu verfahren.

### §. 3.

Wenn der betreffende Geistliche nicht selbst Local-Schulinspector bezw. Schuldirigent ist, haben die in §. 2 bezeichneten Kinder vor Zulassung zum Confirmanden-Unter-

richte ein Zeugniß des betreffenden Schuldirectors bezw. Schuldirigenten oder Bürgerschulinspectors darüber beizubringen, daß sie nach ihrer Gesamtbildung das Ziel einer einfachen Volksschule im Wesentlichen erreicht haben, und ihrer Entlassung aus der Schule zu Ostern des betreffenden Jahres um deswillen oder aus sonstigen Gründen ein Hinderniß nicht entgegensteht.

Nur bei Kindern, welche eine höhere Bildungsanstalt, bezw. die erste oder zweite Klasse einer mindestens fünfstufigen Bürgerschule besuchen, ist die Beibringung des gedachten Zeugnisses nicht erforderlich. Jedoch haben diejenigen Kinder, welche die erste oder zweite Klasse einer Bürgerschule besuchen, solches nachzuweisen.

#### §. 4.

Wenn der Geistliche selbst Localschulinspecteur ist, hat er diejenigen Kinder, deren Bildungsstand behuf ihrer Zulassung zum Confirmanden-Unterrichte von ihm für ungenügend erachtet wird, deren Eltern oder Angehörige jedoch auf derselben bestehen, an den zuständigen Schulinspecteur zur Prüfung zu verweisen und von dessen Entscheidung die Zulassung derselben zum Confirmanden-Unterrichte abhängig zu machen.

#### §. 5.

Für die gedachten dispensationsbedürftigen Kinder ist von dem betreffenden Geistlichen, falls er während der Zeit des Confirmanden-Unterrichts die Ueberzeugung gewonnen hat, daß dieselben die für die Confirmation erforderliche religiöse und sittliche Reife besitzen, die Dispensation von dem Erforderniß des gesetzlichen Alters bei Herzoglichem Consistorium nachzusuchen.

Sollte derselbe in Rücksicht auf den religiösen Bildungsstand eines Kindes Bedenken tragen, die Dispensation zu empfehlen, so hat er dasselbe, falls dessen Eltern oder Angehörige auf der Zulassung desselben zur Confirmation bestehen, zur nochmaligen Prüfung an den Superintendenten zu verweisen und nach Maßgabe des von demselben schriftlich abgegebenen Gutachtens weiter zu verfahren.

#### §. 6.

Die Gesuche um Dispensation (§. 5) sind unter Benutzung der vorgeschriebenen Formulare innerhalb der drei Wochen vom Sonntage Oculi bis zum Sonntage Palmarum bei Herzoglichem Consistorium einzureichen. Die den Kindern zu ertheilenden Zeugnisse sind so abzufassen, daß daraus deutlich zu ersehen ist, ob das betreffende Kind von dem Geistlichen selbst zur Dispensation empfohlen werden soll, und daß dem Herzoglichen Consistorium zugleich ein zutreffendes Urtheil über dasselbe ermöglicht wird. Sollte in besonderen Fällen eine eingehendere Aeußerung erforderlich sein, für welche das tabellarische Verzeichniß genügenden Raum nicht darbietet, so ist dieselbe in den begleitenden Bericht aufzunehmen.

Die in den §§. 3—5 erwähnten Zeugnisse und Bescheinigungen sind den Gesuchen beizufügen.

**N<sup>o</sup> 7.**

**Anlage 25.** (Prot. 11.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Nachdem wir den uns mittelst Höchsten Rescripts vom 5. d. Mts. N<sup>o</sup> 8608 zugefertigten Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, der Berathung unterzogen haben, verfehlen wir nicht, die von uns gefaßten Abänderungs-Beschlüsse in der Anlage ehrerbietigst zu überreichen.

In tiefster Ehrerbietung

**Eu. Königl. Hoheit.**

Braunschweig,  
den 28. Januar 1889.

unterthänigst-treu-gehorfamste  
Landessynode.

**Lerche.**

**Rhamm.**

**Änderungen, welche bei Verathung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, von der Landessynode beschlossen sind.**

---

- I. Zu §. 3: Absatz 2 zu streichen.
- II. Zu §. 7: In Zeile 4 die Worte: „sind beide Ehegatten“ und „besondere“ zu beseitigen.
- III. Zu §. 11: Absatz 2 in Wegfall bringen zu lassen.
- IV. Zu §. 12: den ganzen §. zu streichen.
- V. Dem Entwurf folgenden Schlußparagraphen anzufügen:

§.

„Den Betheiligten steht wegen eines Beschlusses, durch welchen eine der nach §. 4—7 dieses Gesetzes zulässigen Maßregeln verhängt bezw. die Wiederbeilegung entzogener kirchlicher Rechte versagt ist (§. 11), das Recht der Beschwerde an Herzogl. Consistorium zu, welches in der in §. 27 *N* 3 der Synodalordnung angegebenen Weise unter Zuziehung des Ausschusses der Landessynode entgültig zu entscheiden hat.“

---



**Nr 15.**

**Anlage 26.** (Prot. 11.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

In der am 25. d. Mts. abgehaltenen Sitzung der durch Höchste Verordnung vom 9. December 1888 **Nr 58** berufenen 5. ordentlichen Landessynode wurde von dieser folgender Beschluß gefaßt:

„Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, eine Revision der Bestimmungen über die geschlossene Zeit herbeizuführen.“

In tiefster Ehrfurcht

**Eu. Königl.ichen Hoheit**

**Braunschweig,  
den 28. Januar 1889.**

**treu - gehorsamste  
Landessynode.**

**Lerche.**

**von Schwartz** (Heffen),  
Schriftführer.

N<sup>o</sup> 25 de 1888.

Anlage 27. (Prot. 11.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Der mittelst Höchsten Rescripts vom 17. v. Mts. N<sup>o</sup> 8770 der Landes-Synode zur kirchenverfassungsmäßigen Mitwirkung zugegangene Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, ist von uns durchberathen worden.

Wir beehren uns unterthänigst anzuzeigen, daß wir unter Hinzufügung der beifolgend in einem Abdrucke aufgeführten redactionellen Aenderungen und Zusätze demselben zugestimmt haben und bitten unterthänigst, dem also abgeänderten Entwurfe die Höchste Genehmigung ertheilen zu wollen.

In tiefster Ehrerbietung

Ew. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
den 28. Januar 1889.

unterthänigst = treu-gehorsamste  
Landes = Synode.

*Lerche.*

**A. Hörmann.**

## Redactionelle Aenderungen und Zusätze zu dem Entwurf eines Kirchengesetzes, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation betreffend, welche bei der ersten Fesung angenommen sind.

- 1) E. 2 §. 2 soll lauten „Der Termin der Einführung der neuen liturgischen Ordnung der heiligen Taufe und der Confirmation wird im Verordnungswege festgesetzt.“
- 2) E. 4 §. 7 v. u. Anstatt „Niemand soll sich aus meiner Hand reißen“ soll es heißen „Niemand soll dich aus meiner Hand reißen.“
- 3) E. 7 §. 11—13 v. o. Statt „Der Herr segne euch und behüte euch u. s. w.“ soll gesagt werden „Der Herr segne dich und behüte dich u. s. w.“
- 4) E. 7 §. 19 v. u. Statt „Daß“ soll es lauten „Deß.“
- 5) E. 7 §. 5 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Die beiden Fragen können auch gemeinsam durch ein Ja beantwortet werden.“
- 6) E. 8 §. 15—17 v. o. Wie bei M 3.
- 7) E. 8 §. 10 v. u. wird ein Stern gesetzt, welcher auf folgende Fußnote hinweist: „Anstatt dieser Frage können auch die beiden Fragen aus dem zweiten Formular gebraucht werden.“
- 8) Zu E. 8 unten soll hinzugesetzt werden „Hier kann das am Schluß der beiden ersten Formulare stehende Dankgebet hinzugefügt werden.“
- 9) E. 9 §. 1—3 v. o. Wie bei M 3.
- 10) E. 10 §. 1 v. o. Nach dem Worte gemäß fällt das Komma fort.
- 11) E. 10 §. 4 v. o. Statt „nachstehenden“ soll gesagt werden „folgenden.“
- 12) E. 11 vor §. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Kinde die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 13) E. 11 §. 5—7 v. o. Wie bei M 3.
- 14) E. 11 §. 16 v. o. Statt „vielmehr“ soll es heißen „vielmehr ist“
- 15) E. 11 §. 6 v. u. Statt „das Gut“ soll es lauten „das Gute.“
- 16) E. 12 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 17) E. 13 vor §. 1 v. o. wird hinzugefügt „Der Geistliche legt dem Täufling die rechte Hand aufs Haupt und spricht:“
- 18) E. 13 §. 14—16 v. o. Wie bei M 3.
- 19) E. 13 am Ende „Amen“ wird hinzugefügt.
- 20) E. 14 vor §. 1 v. o. Wie bei M 17.
- 21) E. 14 §. 2 v. o. Statt „Sünde“ soll es heißen „Sünden“
- 22) E. 14 §. 14—16 v. o. Wie bei M 3.

- 23) S. 15 Z. 2 v. o. Statt „bauet“ soll es lauten „trauet“
- 24) S. 15 Z. 18 v. u. Statt „Herrn“ soll es heißen „Höchsten“.
- 25) S. 17 Z. 8 v. o. Statt „an dem vorhergehenden Sonntagnachmittage“ soll es heißen „an einem vorhergehenden Sonn- oder Festagnachmittage“
- 26) S. 17 Z. 19 v. o. Statt „zu dem eigentlichen Confirmationsacte“ soll gesagt werden „zu der eigentlichen Confirmationshandlung“
- 27) S. 17 wird vor Z. 21 v. o. unter Einklammerung hinzugefügt „Unsere Hülfe steht im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Meine Geliebten in dem Herrn, ihr seht hier diese Söhne und Töchter, welche schon in ihrer Kindheit durch die heilige Taufe unserm Herrn Jesus Christus und Seiner heiligen Kirche eingepflanzt sind, auf daß sie unter christlicher Zucht und Ermahnung als Gottes Pflanzen erwachsen und mit Früchten der Gerechtigkeit erfüllt werden möchten. Weil sie nun nach dem Befehle des Herrn in Gottes Wort unterrichtet und zur Erkenntniß Seines Willens und Seines heiligen Evangeliums angeleitet worden sind, so begehren sie ihren christlichen Glauben mit eigenem Munde allhier zu bekennen und das Taufgelübde selbst über sich zu nehmen, damit sie an dem Sacrament des heiligen Abendmahls Theil haben und als vollständige Glieder der Kirche Christi wandeln können.“
- 28) S. 18 nach Z. 5 v. o. wird unter Einklammerung folgende Bemerkung hinzugefügt „Während des Folgenden oder bei der Einsegnung kann mit der Betglocke angeschlagen werden, oder kann Glockengeläut eintreten.“
- 29) S. 18 Z. 16 u. 17 v. o. Statt „Ja, wir glauben“ soll es heißen „Ja, das glauben wir.“
- 30) S. 18 Z. 20 u. 21 v. o. Statt „Ja, mit Gottes Hülfe“ soll es heißen „Ja, das geloben wir.“
- 31) S. 18 Z. 25—27 v. o. Statt „Ja, Gott stärke uns durch Jesum Christum“ soll es heißen „Ja, mit Gottes Hülfe.“
- 32) S. 18 Z. 31 v. o. Statt „und spreche“ soll es heißen „und wie ihr damit alle Verpflichtungen derselben übernehmt, so spreche ich“
- 33) S. 18 in der Fußnote soll nach Z. 3 hinzugefügt werden „oder: indem ihr Alle gemeinsam ihn sprechen möget“  
Seite 18 in der Fußnote soll nach Z. 4 hinzugefügt werden „oder: die Confirmanden sprechen das apostolische Glaubensbekenntniß.“
- 34) S. 19 Z. 1 v. o. Statt „Lasset uns beten:“ soll gesagt werden „Lasset uns nun zur Stärkung und Kräftigung dieser Kinder im rechten Glauben und wahrhaftiger Gottseligkeit den Beistand des allmächtigen Gottes anrufen und also für sie beten:“
- 35) S. 19 nach Z. 19 v. o. wird folgende Bemerkung eingeschoben „(Während dieses Gebetes kann der Geistliche segnend seine rechte Hand über die Confirmanden ausstrecken, entweder am Altare stehend, oder zwischen ihnen hindurchschreitend. Wo die Zahl der Confirmanden es zuläßt, kann dabei jedem einzelnen die Hand aufs Haupt gelegt werden.)“

Nr 563.

Anlage 28. (Prot. 11.)

## Albrecht, Prinz von Preußen 2c., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Wir finden Uns in Rücksicht auf die gegenwärtige Geschäftslage bei der fünften ordentlichen Landes-Synode bewogen, dieselbe hiermit bis zum Dinstag, den 12. Februar d. J. zu vertagen, und verordnen, daß die Mitglieder derselben sich an diesem Tage allhier wieder zu versammeln haben.

Braunschweig, den 28. Januar 1889.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

An  
die Landes-Synode.

N<sup>o</sup> 905.

Anlage 29. (Prot. 13.)

## Albrecht, Prinz von Preußen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Wir lassen der Landes-synode hieneben einen von Unserm Herzoglichen Consistorium ausgearbeiteten Entwurf eines Kirchengesetzes wegen Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, zur verfassungsmäßigen Mitwirkung zugehen, indem Wir  
(S. Anl. 22 hierdurch dem von der Landes-synode mittelst Schreibens vom 25. v. Mts. N<sup>o</sup> 12 der Druck.) an Uns gerichteten Ersuchen entsprochen haben wollen.

Braunschweig, den 11. Febr. 1889.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirk.

An  
die Landes-Synode.

# K i r c h e n g e s e z

wegen

**Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche  
Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend.**

Braunschweig, den . . . .

**Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen rc., Regent des  
Herzogthums Braunschweig,**

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirath Unseres Herzogl. Consistoriums  
und mit Zustimmung der Landessynode das nachstehende Kirchengesetz:

## Einziger Paragraph.

Dem §. 5 des Kirchengesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das  
kirchliche Aufgebot betreffend, wird am Schluß nachstehende Bestimmung hinzugefügt:

„4) bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung  
der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.

Alle, die es angeht, rc.

Urkundlich rc.

Braunschweig, den

(L. S.)

## Albrecht, Prinz von Preußen 2c., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Wir erwidern der Landessynode auf das Schreiben vom 28. v. M. Nr. 7, mit welchem dieselbe Uns die zu dem Entwurfe eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, beschlossenen Abänderungen mitgetheilt hat, nach Anhörung Unseres Herzogl. Consistoriums, daß Wir zu den, zu den §§. 3, 7 und 11 des Entwurfs beschlossenen Aenderungen, sowie zu der Aufnahme des vorgeschlagenen Schlußparagraphen in das Gesetz, Unsere Zustimmung zu erklären bereit sind.

Was aber die beschlossene Streichung des §. 12 des Entwurfs anlangt, so bemerken Wir, daß dieser Beschluß Uns zu ernststen Bedenken Anlaß geben muß, da die in diesem Paragraphen unter den dort aufgeführten Voraussetzungen vorgesehene Zurückweisung vom heiligen Abendmahle, sich als die logische Consequenz aus der, in den übrigen Bestimmungen des Entwurfs zur Geltung gebrachten Forderung kirchlicher Ordnung und kirchlichen Ernstes darstellt, und Wir gerade der, in diesem Paragraphen enthaltenen Bestimmung, einen besonderen pädagogischen Werth beimessen. Zudem hat mit dem §. 12 des Entwurfs nicht etwa ein neues materielles Recht erst eingeführt werden sollen, da den Geistlichen nach Cap. X. 2, 9 und 10 der Ern. Kirchen-Ordnung von 1709 das Recht vom heiligen Abendmahle zurückzuweisen — wenn auch nur unter der Voraussetzung der Genehmigung Herzogl. Consistoriums — bereits zusteht, die Geistlichen auch nach der Landesherrlichen Verordnung von 1593 (f. Ern. Kirchen-Ordn. von 1709 S. 139/148) schon befugt sind, in besonderen, Aergerniß erregenden Fällen ohne zuvor eingeholte Genehmigung des Consistoriums, vorläufig von dem heiligen Abendmahle abzuweisen. Wir würden daher wünschen, daß die Landessynode Sich nach erneueter Berathung doch noch bewogen finden möchte, der Aufnahme des §. 12 des Entwurfs in das Gesetz die Zustimmung zu ertheilen, wobei Wir zugleich bemerken, daß Wir eventuell auch der Fassung des Absatz 2 des §. 12, wie



solche eventuell von der betreffenden Commission der Landessynode in Antrag gebracht ist, zuzustimmen geneigt sein würden. Sollte die Mehrheit der Landessynode gleichwohl dem §. 12 nicht zustimmen, so wollen Wir Uns, da Wir Werth darauf legen, über das Gesetz im Uebrigen, wenn irgend thunlich mit der Landessynode eine Vereinbarung zu erzielen, auch mit der Streichung des §. 12 einverstanden bezeigen, in der Erwägung, daß es ohne die Aufnahme der bezüglichlichen Bestimmungen des §. 12 in das Gesetz bei der Rechtsbeständigkeit der obgedachten Bestimmungen der Ern. Kirchen-Ordnung von 1709, beziehungsweise der Landesherrlichen Verordnung von 1593, sein Bewenden behalte und danach hinsichtlich solcher Kirchenglieder, welche von den nach Vorschrift der §§. 4—7 des Entwurfs zulässigen Maßregeln betroffen werden, auch die Zurückweisung vom heiligen Abendmahl unter den weiteren, in den mehrgedachten älteren Ordnungen bestimmten Voraussetzungen und in dem dort vorgeschriebenen Wege würde erfolgen können.

Wir ersuchen hiernach die Landessynode, nachdem dieselbe den §. 12 noch einer nochmaligen Berathung und Beschlußfassung unter Berücksichtigung Unserer vorgedachten Kundgebungen unterzogen haben wird, über das Gesetz im Ganzen abstimmen zu wollen.

Braunschweig, den 14. Februar 1889.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Wirt.

N<sup>o</sup> 20.Anlage **31.** (Prot. 15.)

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Die mittelst Höchsten Rescripts vom 11. Februar 1889 N<sup>o</sup> 905 der Landessynode zur verfassungsmäßigen Mitwirkung zugegangene Ergänzung des Kirchengesetzes vom 8. December 1875 die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, ist von uns in der Sitzung vom 15. Februar 1889 berathen und hat unsere Zustimmung gefunden.

In tiefster Ehrfurcht

Ew. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
den 16. Februar 1889.

unterthänigst-treu-gehorfamste  
Landes-Synode.

*Lerche.*

*von Schwartz* (Hessen), Schriftführer.

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

In Bezug auf einen von dem Abgeordneten Bach in der 5. Landessynode gestellten und dahin gehenden Antrag:

„daß Hohe Synode Herzogliche Kirchenregierung ersuche, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Erweiterung der Verwendungszwecke des Kirchenvermögens nach der Richtung hin thunlich sei, daß dasselbe da, wo es dazu ausreicht, auch zu Zwecken der Förderung des christlichen Lebens innerhalb der betreffenden Gemeinden verwandt werden dürfe, und eventuell der nächsten ordentlichen Landessynode einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen,“

hat die Landessynode in ihrer Sitzung vom 13. Februar d. Js. beschlossen:

„über den genannten Antrag zwar zur Tagesordnung überzugehen, jedoch Herzoglichem Consistorio den Wunsch zu erkennen zu geben, Hochdasselbe wolle bei an dasselbe gerichteten Gesuchen um Verwilligung von Kirchenmitteln zu Zwecken, welche dem ursprünglichen Zwecke derselben ähnlich sind, dem Stande der einzelnen Kirchencassen entsprechend bei der Verwilligung ein möglichst weitgehendes und mildestes Verfahren walten lassen.“

Wir versehen nicht, Euer Königlichen Hoheit von diesem Beschlusse unterthänigst Mittheilung zu machen.

In tiefster Ehrerbietung

**Ev. Königlichen Hoheit**

Braunschweig,  
den 15. Februar 1889.

unterthänigst-treu-gehorsamste  
Landessynode.

**Lerche.**

**Schönermark.**

N<sup>o</sup> 21.

Anlage 33. (Prot. 15).

**Durchlauchtigster Prinz!**  
**Gnädigster Regent und Herr!**

Em. Königlichen Hoheit beehren wir uns auf das Höchste Rescript vom 14. d. Mts. N<sup>o</sup> 1093 unterthänigst davon in Kenntniß zu setzen, daß wir in der gestrigen Sitzung die Abstimmung über den mittelst Höchsten Rescripts vom 5. vorigen Monats N<sup>o</sup> 8608 uns vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Confirmation und Trauung, im Ganzen vorgenommen und vom Gesetze, wie es aus den Beschlüssen der Synode vom 26. vorigen Monats hervorgegangen ist, die Zustimmung erteilt haben.

Zusätzlich zu unserem Rückschreiben vom 28. vorigen Monats N<sup>o</sup> 7, bezw. der Anlage desselben bemerken wir, daß mit dem Fortfall des §. 12 des Entwurfs auch der Absatz 2 des §. 4 desselben hinfällig geworden ist.

Uebrigens hat die Landessynode in ihrer gestrigen Sitzung anerkannt, daß durch die beschlossene Beseitigung des §. 12 der Vorlage die bisherigen kirchenrechtlichen Bestimmungen über den von demselben betroffenen Gegenstand nicht beeinträchtigt werden

und

daß es dem Herzoglichen Consistorium demnach vorbehalten bleiben müsse, wegen deren Beobachtung das Weitere seinen Zuständigkeiten entsprechend im Instructionswege anzuordnen.

In tiefster Ehrerbietung

Em. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
den 16. Februar 1889.

unterthänigst - treu - gehorjamste  
Landes - Synode.

*Lerche.*

*Rhamm.*

**Durchlauchtigster Prinz!**  
**Gnädigster Regent und Herr!**

Eu. Königlich. Hoheit versehen wir nicht, die unterthänige Anzeige zu machen, daß wir den mittelst Höchsten Rescripts vom 14. v. M. (N. 8805 de 1888) auf Grund des §. 20 II der Synodalordnung uns übersandten Entwurf eines Gesetzes, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betreffend, in unserer Sitzung vom 12. d. M. der Berathung unterzogen haben.

Es ist beschlossen, die Herzogl. Kirchenregierung zu ersuchen, die nachstehenden Aenderungen des Entwurfes genehm halten zu wollen:

- 1) Im Eingang zwischen den Worten „erlassen“ und „mit“ einzuschließen:  
 „nach angehörtem Rath und Gutachten der Landessynode“.
- 2) Im §. 1 und im §. 5 N. 2 statt „hiesigen Landeskirche“ zu sagen „evang.=lutherische Landeskirche des Herzogthums“.
- 3) Im §. 4 Abf. 6 Zeile 2 statt „entbehrlichen Ueberschüssen“ zu sagen „neu entstehenden und entbehrlichen Capitale“.
- 4) Im §. 6 als N. 2 einzuschließen:  
 „2. den entbehrlichen Ueberschüssen aus den laufenden Einnahmen der weiter bestehenden einzelnen Pfarrwitwenenthums = bezw. Pfarrwitwen-hauscassen (s. §. 28 Abf. 4 und 5)“.
- 5) In §. 17 als einen 4. Absatz hinzuzufügen:  
 „die Pensionen werden bis zum Schluß desjenigen Monats ausbezahlt, in welchem das Anrecht zum Bezuge derselben erfolgt ist“.
- 6) In §. 24 Abf. 3 am Ende statt: „im Verordnungswege“ zu sagen: „im Verordnungs- oder Verwaltungswege“.
- 7) Im §. 30 Abf. 1 die Worte: „nachdem zuvor die Landessynode sich mit letzterem einverstanden erklärt hat“ zu streichen.,

auch der Herzogl. Kirchenregierung eine Erweiterung der Vorlage in der Richtung zu empfehlen, daß denjenigen Predigern, welche eine Pfarrstelle innehaben, deren voriger Prediger emeritirt ist, auf einen binnen einer bestimmten Präjudizialfrist bei Herzogl. Consistorio zu stellenden Antrag der Eintritt in die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gewährt werden könne.

Unbeschadet der vorbezeichneten Wünsche haben wir zu dem vorgelegten Gesetzentwurf  
daß von uns erforderte Gutachten beifällig abgegeben.  
In tieffter Ehrerbietung

Sw. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
16. Februar 1889.

unterthänigst-treu-gehorksamste  
Landessynode.

*Lerche.*

*Rhamm.*

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Den uns mittelst Höchsten Rescripts vom 25. Januar dieses Jahres **Nr. 8828** zur gutachtlichen Neußerung zugefertigten Erlaß Herzoglichen Consistoriums, die Zulassung zur Confirmation betreffend, haben wir eingehender Berathung unterzogen, und verfehlen wir nicht in Bezug auf denselben folgende Wünsche ehrerbietigst auszusprechen:

- 1) Zu §. 1 den Zusatz hinzuzufügen: „Ist der betreffende Geistliche selbst Superintendent, so hat er unter genauer Berichterstattung die Entscheidung Herzoglichen Consistoriums einzuholen.“
- 2) Hinter Absatz 1 im §. 3 einzuschließen: „Fällt das Schulzeugniß ungenügend aus, so ist die Zulassung zum Confirmandenunterricht zu versagen.“
- 3) Ebenfalls im §. 3 beide Male die Worte „oder zweite“ zu streichen.
- 4) Zu §. 4 hinzuzufügen: „Auch hier gilt das im letzten Absätze von §. 1 Gesagte.“
- 5) Im ersten Absätze des §. 6 hinter den Worten „bei Herzoglichem Consistorium“ einzuschalten: „durch den Superintendenten.“
- 6) Im §. 6 statt „innerhalb der drei Wochen vom Sonntage Oculi bis zum Sonntage Palmarum“ zu sagen: „Innerhalb der sechs Fastenwochen.“
- 7) „Herzoglichem Consistorium anheimzugeben, bei Publication des in Rede stehenden Erlasses den Geistlichen zu eröffnen, daß sie sich die durch den Erlaß beabsichtigte größere Strenge in der Prüfung der Gründe der dispensationsbedürftigen Confirmanden haben anlegen sein lassen.“

In tieffter Ehrerbietung

Ew. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
den 16. Februar 1889

unterthänigst-treu-gehorjamste  
Landes-Synode.

**Lerche.**

**A. Bach.**

N 1076.

Anlage **36.** (Prot. 15.)

**Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent des Herzogthums  
Braunschweig.**

Nachdem die Geschäfte der fünften ordentlichen Landessynode mit dem  
heutigen Tage beendet worden sind, wollen Wir dieselbe hiermit schließen.

Braunschweig, den 16. Februar 1889.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Wirt.**

An  
die Landes-Synode.



N 22.

Anlage 37. (Prot. 15.)

Copia.

**Durchlauchtigster Prinz!  
Gnädigster Regent und Herr!**

Eu. Königlichen Hoheit beehren wir uns im Auftrage der 5. ordentlichen Landesynode die unterthänigste Anzeige zu machen, daß die letztere in Folge eines aus ihrer Mitte erhobenen Antrages in der Sitzung vom 16. Februar d. J. den Beschluß gefaßt hat, Hohes Kirchenregiment zu ersuchen:

die einer Synode zu machenden Vorlagen wenn irgend thunlich, dem Synodalausschusse so zeitig zugehen zu lassen, daß dieser die Vorlagen, nachdem er die Wahlprüfungen vollzogen hat, den Synodalen zu übermitteln im Stande ist.

In tiefster Ehrerbietung

Eu. Königlichen Hoheit

Braunschweig,  
20. Februar 1889.

unterthänigst=treu=gehorfamster  
Ausschuß der Landes-Synode.

**W. Pockels.**

**A. Skerl.**

**2225** 068